

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
4 — 37921 — 4334/60VII

Bonn, den 20. Oktober 1960

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen (Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen)

nebst Begründung (Anlagen I und II) mit der Bitte, die Beschußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Beigefügt sind das Abkommen vom 19. Juni 1951 in seinem englischen und französischen Wortlaut und deutscher Übersetzung, die Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 im deutschen, englischen und französischen Wortlaut (Anlage III) und eine Denkschrift zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen (Anlage IV).

Federführend ist der Bundesminister des Auswärtigen.

Der Bundesrat hat in seiner 223. Sitzung am 23. September 1960 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes die als Anlage V beigefügte Stellungnahme beschlossen. Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen. Der Bundesrat ist der Ansicht, daß das Gesetz seiner Zustimmung bedarf.

Die Antwort der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Anlage VI dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Anlage I

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen
und zu den Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959
zu diesem Abkommen
(Gesetz zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen)

Inhaltsübersicht

| | | | | | |
|--|---------------------|---|--|--|-----------|
| TEIL I Beitritt und Zustimmung | Artikel 1 | Kapitel 5 Ausführungsbestimmungen zu Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens | Artikel 17 bis 22 | | |
| TEIL II | | | | | |
| Ausführungsbestimmungen | | | | | |
| Kapitel 1 Ausführungsbestimmungen zu Artikel 19 und 75 des Zusatzabkommens | | 2 und 3 | Kapitel 6 Ausführungsbestimmungen zu Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens | | 23 und 24 |
| Kapitel 2 Ausführungsbestimmung zu Artikel 35 des Zusatzabkommens | | 4 | Kapitel 7 Ausführungsbestimmung zu dem Abkom- men vom 3. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritan- nien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg | | 25 |
| Kapitel 3 Ausführungsbestimmungen zu Artikel 41 des Zusatzabkommens | | 5 bis 14 | Kapitel 8 Prozeßstandschaft | | 26 |
| Kapitel 4 Ausführungsbestimmungen zu Artikel 45 des Zusatzabkommens | | 15 und 16 | TEIL III Inkrafttreten | | 27 |

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

TEIL I

Beitritt und Zustimmung

Artikel 1

(1) Dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags von London vom 19. Juni 1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) wird zugestimmt.

(2) Folgenden, in Bonn am 3. August 1959 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut (Zusatzvereinbarungen) wird ebenfalls zugestimmt:

- A. Zusatzabkommen zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Kanada, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich

der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (Zusatzabkommen) nebst Unterzeichnungsprotokoll,

- B. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und der Französischen Republik über das Außerkrafttreten des Truppenvertrags, des Finanzvertrags und des Steuerabkommens,
- C. Abkommen zwischen dem Königreich Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, Kanada, dem Königreich der Niederlande, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika zu Artikel 45 Abs. 5 des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen,
- D. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland

- über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg,
- E. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen,
- F. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen,
- G. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen,
- H. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen,
- I. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen,
- K. Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Urlaubern.

(3) Das NATO-Truppenstatut, das Zusatzabkommen und die weiteren in Absatz 2 aufgeführten Zusatzvereinbarungen werden nachstehend veröffentlicht.

TEIL II

Ausführungsbestimmungen

KAPITEL 1

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 19 und 75 des Zusatzabkommens

Artikel 2

(1) Die Rücknahme des Verzichts auf das den deutschen Behörden nach Artikel VII Abs. 3 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts in den Fällen der konkurrierenden Gerichtsbarkeit zustehende Vorrang (Artikel 19 Abs. 3 des Zusatzabkommens) und die Zustimmung zur Abgabe einzelner Strafsachen an die deutschen Gerichte oder Behörden (Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe a des Zusatzabkommens) wird von der Staatsanwaltschaft erklärt. Diese ist auch zur Abgabe einzelner Strafsachen nach Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens befugt.

(2) Für die sachliche und örtliche Zuständigkeit gelten die Vorschriften des Gerichtsverfassungs- und Strafprozeßrechts entsprechend.

Artikel 3

Für den Empfang von Mitteilungen über anhängige Fälle im Sinne des Artikels 75 Abs. 1 Buchstabe b des Zusatzabkommens ist jede Staatsanwaltschaft im Geltungsbereich dieses Gesetzes zuständig.

KAPITEL 2

Ausführungsbestimmung zu Artikel 35 des Zusatzabkommens

Artikel 4

(1) Bei der Zwangsvollstreckung aus einem privatrechtlichen Vollstreckungstitel kann das Ersuchen in den Fällen des Artikels 35 des Zusatzabkommens nur von dem Vollstreckungsgericht ausgehen; Vollstreckungsgericht ist das Amtsgericht, bei dem der Schuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, und sonst das Amtsgericht, in dessen Bezirk die zu ersuchende Stelle sich befindet. Zugleich mit dem Ersuchen hat das Gericht an den Schuldner das Gebot zu erlassen, sich jeder Verfügung über die Forderung, insbesondere ihrer Einziehung, zu enthalten.

(2) In den Fällen des Artikels 35 Buchstabe a des Zusatzabkommens ist das Ersuchen der deutschen Behörde von Amts wegen zuzustellen. Mit der Zulassung ist die Forderung gepfändet und dem Pfändungsgläubiger überwiesen. Die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über die Zwangsvollstreckung in Geldforderungen gelten im übrigen entsprechend. § 845 der Zivilprozeßordnung ist nicht anzuwenden.

(3) Bei der Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Geldforderungen geht das Ersuchen in den Fällen des Artikels 35 des Zusatzabkommens von der zuständigen Vollstreckungsbehörde aus. Auf das weitere Verfahren finden in den Fällen des Artikels 35 Buchstabe a des Zusatzabkommens die Vorschriften des in Betracht kommenden Verwaltungswangsverfahrens über die Pfändung und Einziehung von Forderungen entsprechend Anwendung.

KAPITEL 3

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 41 des Zusatzabkommens

Artikel 5

(1) Ansprüche der in Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts genannten Art gegen die Entsendestaaten sind zur Vermeidung des Ausschlusses bei der zuständigen deutschen Behörde innerhalb einer Frist von drei Monaten von dem Zeitpunkt an geltend zu machen, in dem der Geschädigte von dem Schaden und von Umständen Kenntnis erlangt hat, aus denen sich ergibt, daß eine Truppe oder ein ziviles Gefolge für den Schaden rechtlich verantwortlich ist oder daß ein Mitglied oder ein Bediensteter einer Truppe oder eines zivilen Gefolges den Schaden verursacht hat.

(2) Die Frist gilt auch dann als gewahrt, wenn der Anspruch innerhalb der Frist bei einer Dienststelle der Truppe oder des zivilen Gefolges geltend gemacht worden ist, die allgemein für die Behandlung von Entschädigungsansprüchen zuständig ist oder der an dem Schadensfall beteiligte Mitglieder oder Bedienstete der Truppe oder des zivilen Gefolges unterstehen.

(3) Auf die Frist sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über Notfristen entsprechend anzuwenden.

(4) Nach Ablauf von zwei Jahren seit dem Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses kann der Anspruch nicht mehr geltend gemacht werden.

Artikel 6

Bei Schadensfällen der in Artikel 41 Abs. 10 des Zusatzabkommens genannten Art gilt der Anspruch auf Entschädigung als mit der Freigabe der Sache entstanden. Der Lauf der in Artikel 5 Abs. 1 genannten Frist beginnt in diesen Fällen mit dem Zeitpunkt, in dem der Geschädigte von der Freigabe Kenntnis erlangt. Der Lauf der in Artikel 5 Abs. 4 genannten Frist beginnt mit der Freigabe der Sache.

Artikel 7

(1) Zuständige deutsche Behörden sind die Behörden der unteren Verwaltungsstufe der Verteidigungslastenverwaltung.

(2) Örtlich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk das schädigende Ereignis stattgefunden hat.

(3) Abweichend von den Absätzen 1 und 2 kann die zuständige oberste Landesbehörde bestimmen, daß

1. allgemein oder für bestimmte Gruppen von Ansprüchen sie selbst oder die Behörde der mittleren Verwaltungsstufe,
2. für die Bezirke mehrerer Behörden eine von ihnen

zuständig ist.

Artikel 8

(1) Die Ansprüche sind durch Einreichung eines Antrags auf Entschädigung geltend zu machen.

(2) Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der zuständigen Behörde zu stellen. Er hat die geltend gemachten Ansprüche dem Grunde und, soweit möglich, der Höhe nach zu bezeichnen. Er soll ferner alle für die Bearbeitung wesentlichen Angaben enthalten und auf die Beweismittel, soweit sie nicht beigefügt sind, Bezug nehmen.

(3) Ist dem Antragsteller bekannt, daß andere Personen einen Anspruch auf die Entschädigung geltend machen können, so hat er dies in seinem Antrag anzugeben.

Artikel 9

(1) Die Behörde hat den Eingang des Antrags unter Angabe des Eingangstages schriftlich zu bestätigen.

(2) Ist ein Verfahren nach Artikel 41 Abs. 11 des Zusatzabkommens durchgeführt worden, so hat die Behörde den Antragsteller unverzüglich von dem Ergebnis des Verfahrens schriftlich zu unterrichten und dabei den Tag, an dem das Verfahren abgeschlossen worden oder die Entscheidung des Schiedsrichters ihr zugegangen ist, anzugeben. Einer besonderen Unterrichtung bedarf es nicht, wenn gleichzeitig die Mitteilung über die Entschließung nach Artikel 10 Abs. 1 ergeht.

Artikel 10

(1) Die Behörde hat dem Antragsteller ihre Entschließung darüber mitzuteilen, ob und inwieweit sie einen geltend gemachten Anspruch als begründet anerkennt. Wird der Anspruch nicht oder nicht in vollem Umfang als begründet anerkannt, so sind dem Antragsteller die Gründe mitzuteilen, auf denen die Entschließung der Behörde beruht.

(2) Die Mitteilung über die Entschließung ist mit einem Hinweis auf die Klagemöglichkeit (Artikel 11) zu versehen und dem Antragsteller zuzustellen.

(3) Einer Mitteilung nach Absatz 1 bedarf es nicht, wenn und soweit zwischen der Behörde und dem Antragsteller eine Vereinbarung über die zu gewährende Entschädigung abgeschlossen wird.

Artikel 11

(1) Hat die Behörde einen geltend gemachten Anspruch nicht oder nicht in vollem Umfang anerkannt, so kann der Antragsteller Klage vor den ordentlichen Gerichten gegen die Bundesrepublik Deutschland erheben.

(2) Die Bundesrepublik Deutschland führt den Rechtsstreit im eigenen Namen für den Entsendsstaat, gegen den sich der Anspruch richtet.

(3) Die Klage ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Zustellung der Mitteilung über die Entschließung der Behörde zu erheben. Auf die Klagefrist sind die Vorschriften der Zivilprozeßordnung über Notfristen entsprechend anzuwenden.

(4) Die Klage ist auch dann zulässig, wenn die zuständige Behörde dem Antragsteller nicht innerhalb einer angemessenen Frist nach Eingang des Antrags, die jedoch nicht weniger als fünf Monate betragen darf, ihre Entschließung mitgeteilt hat. In den Fällen des Artikels 9 Abs. 2 Satz 1 tritt an die Stelle des Zeitpunkts, in dem der Antrag eingegangen ist, der Zeitpunkt, in dem das Verfahren zur Erlangung der Bescheinigung der Truppe abgeschlossen oder die Entscheidung des Schiedsrichters der Behörde zugegangen ist. Der Klage hat die Aufruforderung an die Behörde vorauszugehen, dem Antragsteller innerhalb eines Monats ihre Entschließung mitzuteilen.

(5) Hat die Behörde in den Fällen des Artikels 9 Abs. 2 Satz 1 einen Anspruch nicht anerkannt, weil der Inhalt der von der Truppe erteilten Bescheinigung der Anerkennung entgegenstand, so kann das Gericht, wenn es begründete Bedenken gegen die Richtigkeit des Inhalts der Bescheinigung hat und eine Entscheidung des Schiedsrichters nach Artikel VIII Abs. 8 des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 Abs. 11 des Zusatzabkommens nicht vorliegt, die Behörde unter Darlegung seiner Bedenken ersuchen, die Entscheidung des Schiedsrichters herbeizuführen.

Artikel 12

(1) Hat die Behörde einen geltend gemachten Anspruch in vollem Umfang oder zum Teil anerkannt, so sind die danach zahlbaren und fälligen Beträge

unverzüglich nach der Zustellung der Mitteilung über das Anerkenntnis (Artikel 10 Abs. 1) auszuzahlen.

(2) Hat die Behörde mit dem Antragsteller eine Vereinbarung über die Entschädigung getroffen, so ist der vereinbarte Betrag nach Maßgabe der Vereinbarung unverzüglich nach deren Wirksamwerden auszuzahlen.

(3) Vorauszahlungen auf die Entschädigung können in angemessenem Umfang gewährt werden, wenn der Anspruch dem Grunde nach gerechtfertigt ist.

Artikel 13

Für Anträge, die einen Anspruch auf Ersatzleistung wegen Manöverschäden (§ 76 des Bundesleistungsgesetzes) zum Gegenstand haben, gelten die Vorschriften dieses Kapitels mit folgender Maßgabe:

1. Der Bundesminister der Finanzen wird ermächtigt, durch Verwaltungsvorschrift zu bestimmen, daß die Anträge allgemein oder für bestimmte Gruppen von Manöverschäden auch bei der örtlich zuständigen Gemeindeverwaltung gestellt werden können.
2. Die Ersatzleistung soll tunlichst im Wege der Vereinbarung geregelt werden. Die nach Artikel 7 zuständige Behörde hat auf den Abschluß einer Vereinbarung mit den Berechtigten hinzuwirken.
3. Kommt innerhalb einer Frist von einem Monat nach Eingang des Antrags eine Vereinbarung zustande, so bedarf es einer Bestätigung nach Artikel 9 Abs. 1 nicht.
4. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so bestimmt sich das weitere Verfahren nach § 79 Abs. 2 und 3 Satz 3 des Bundesleistungsgesetzes in der durch Artikel 14 geänderten Fassung. Die nach Artikel 7 zuständige Behörde hat den Antrag der Behörde vorzulegen, die nach § 79 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes die Ersatzleistung festzusetzen hat. Der Antragsteller kann verlangen, daß der Antrag dieser Behörde vorgelegt wird, wenn seit Eingang des Antrags drei Monate vergangen sind, ohne daß eine Vereinbarung zustande gekommen ist. Die Artikel 10 bis 12 sind nicht anwendbar.

Artikel 14

(1) In § 35 Abs. 3 des Bundesleistungsgesetzes wird hinter den Worten „nach Artikel 8 Abs. 6 des Finanzvertrages“ eingefügt: „sowie nach Artikel 5 und 6 des Gesetzes vom zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen (Bundesgesetzbl. II S.)“.

(2) In § 60 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes wird zwischen Satz 1 und dem bisherigen Satz 2 folgender Satz eingefügt:

„Sind die Schäden nach dem Inkrafttreten des NATO-Truppenstuts und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut verursacht worden oder gelten sie als nach diesem Zeit-

punkt verursacht, so treten an die Stelle des Artikels 8 des Finanzvertrags Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts, Artikel 41 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut nebst Unterzeichnungsprotokoll sowie Artikel 5 bis 14 des Gesetzes vom zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen (Bundesgesetzbl. II S.)“.

(3) § 79 des Bundesleistungsgesetzes wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Für die Entschädigung nach § 75 und § 76a und die Ersatzleistung nach § 76 gelten die Vorschriften des § 25 Abs. 4, der §§ 30, 33 Abs. 2, der §§ 35, 49, 50, 52 bis 59, 60 Abs. 1 und der §§ 61 bis 65.“

b) Es wird ein neuer Absatz 3 mit folgendem Wortlaut angefügt:

„(3) Die Entschädigung oder Ersatzleistung soll tunlichst im Wege der Vereinbarung geregelt werden. Der Zahlungspflichtige hat auf den Abschluß einer Vereinbarung mit den Berechtigten hinzuwirken. Kommt eine Vereinbarung nicht zustande, so gilt § 51 Abs. 3 bis 5.“

(4) § 80 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes wird durch folgenden Satz 2 ergänzt:

„Sind die Schäden nach dem Inkrafttreten des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut verursacht worden, so treten an die Stelle des Artikels 8 des Finanzvertrags Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts, Artikel 41 des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut nebst Unterzeichnungsprotokoll sowie Artikel 5 bis 14 des Gesetzes vom zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen (Bundesgesetzbl. II S.)“.

KAPITEL 4

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 45 des Zusatzabkommens

Artikel 15

Dem § 76 Abs. 2 Satz 1 des Bundesleistungsgesetzes wird folgender Satz 2 angefügt:

„Bei Beschädigungen von Verkehrsanlagen oder Verkehrseinrichtungen sind auch die Kosten zu ersetzen, die zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Verkehrs notwendig sind, es sei denn, daß die Beschädigung durch eine Benutzung im Rahmen des Gemeingebräuchs verursacht wurde.“

Artikel 16

Hinter § 76 des Bundesleistungsgesetzes wird folgender § 76a eingefügt:

§ 76a

Wird durch die Benutzung eines Grundstücks zu Manövern oder anderen Übungen dessen gewöhnliche Benutzung so wesentlich beeinträchtigt,

daß dadurch eine Ertragsminderung oder ein erheblicher sonstiger Nutzungsausfall verursacht wird, so ist eine Entschädigung zu gewähren, die diesen Nachteil angemessen ausgleicht.“

KAPITEL 5

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens

Artikel 17

Für Liegenschaften, die nach Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens einer Truppe oder einem zivilen Gefolge weiter zu überlassen sind, gelten die Artikel 18 bis 22.

Artikel 18

Soweit nicht bereits das „Gesetz zur Ergänzung des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes“ vom 23. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 990) Anwendung findet, gilt die fortdauernde Inanspruchnahme bis zum 31. Dezember 1960 als vorzeitige Besitzteinweisung im Sinne des § 38 des Landbeschaffungsgesetzes. § 64 Abs. 3 Satz 2 und 3 und Abs. 4 des Landbeschaffungsgesetzes gelten entsprechend.

Artikel 19

Die Beschaffung nicht Wohnzwecken dienender Liegenschaften, die nach § 85 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes angefordert wurden, regelt sich nach den Vorschriften des Landbeschaffungsgesetzes. Artikel 18 findet Anwendung.

Artikel 20

Wenn in Einzelfällen der Enteignungsbeschuß nicht bis zum 31. Dezember 1960 erlassen werden kann, ist die Enteignungsbehörde bis zu diesem Zeitpunkt befugt, auf Antrag die vorzeitige Besitzteinweisung bis zu zwei Jahren zu verlängern.

Artikel 21

(1) Auf Ersuchen der Enteignungsbehörde hat das Vormundschaftsgericht, wenn ein Vertreter nicht vorhanden ist, einen rechts- und sachkundigen Vertreter zu bestellen

- a) für einen Beteiligten, dessen Person unbekannt, oder für eine Person, deren Beteiligung ungewiß ist,
- b) für einen abwesenden Beteiligten, dessen Aufenthalt unbekannt oder dessen Aufenthalt zwar bekannt ist, der aber an der Be- sorgung seiner Vermögensangelegenheiten verhindert ist.

Die Bestellung soll binnen zwei Wochen vorgenommen werden.

(2) Für die Bestellung des Vertreters ist das Vormundschaftsgericht zuständig, in dessen Bezirk das von der Enteignung betroffene Grundstück liegt.

(3) Für die Bestellung und für das Amt des Vertreters gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Pflegschaft entsprechend.

Artikel 22

Das Enteignungsverfahren wird von den Ländern im Auftrag des Bundes durchgeführt.

KAPITEL 6

Ausführungsbestimmungen zu Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens

Artikel 23

(1) Kommt eine Vereinbarung über die Einbeziehung einer Straße in das gemäß Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens zu vereinbarende Straßennetz mit den örtlich zuständigen Behörden nicht zustande, so kann die zuständige oberste Landesbehörde die Zustimmung der örtlich zuständigen Behörden ersetzen. Hierbei sind die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, den Schutz und die Unterhaltung der Straße erforderlichen Bedingungen festzulegen. Die Bundesregierung kann den obersten Landesbehörden Einzelweisungen erteilen.

(2) Der Entscheidung über die Zustimmung hat eine Verhandlung mit den Beteiligten vorauszugehen.

Artikel 24

Ist eine Straße, deren Baulastträger nicht der Bund ist, mit Zustimmung des Bundesministers für Verkehr oder der von ihm bestimmten Stellen in das gemäß Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens zu vereinbarende Straßennetz einbezogen worden und ist wegen des Verkehrs mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl (Kolonnenverkehr) die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, ein Ausbau oder ein erhöhter Aufwand für die Unterhaltung der Straße erforderlich, so erstattet der Bund dem Träger der Straßenbaulast die hierdurch entstehenden notwendigen Mehrkosten. Dabei ist die Ersparnis von Aufwendungen zu berücksichtigen.

KAPITEL 7

Ausführungsbestimmungen zu dem Abkommen vom 3. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg

Artikel 25

(1) Die Bundesrepublik gilt, soweit sie nicht bereits auf andere Weise ein Recht zum Besitz erworben hat, mit dem Inkrafttreten der Zusatzvereinbarungen als nach § 38 des Landbeschaffungsgesetzes vorzeitig in den Besitz der Grundstücke eingewiesen, die den britischen und kanadischen Truppen gemäß Artikel 3 Abs. 1 des Abkommens vom 3. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg zu überlassen sind.

(2) Kommt eine Einigung über die Besitzeinweisungsschädigung nicht zustande, so wird diese von der Enteignungsbehörde festgesetzt. § 63 des Landbeschaffungsgesetzes gilt entsprechend.

(3) Der Lauf der in § 42 Abs. 1 Satz 1 des Landbeschaffungsgesetzes bestimmten Frist beginnt mit dem Inkrafttreten der Zusatzvereinbarungen.

KAPITEL 8
Prozeßstandshaft

Artikel 26

Ergeht in einem gerichtlichen Verfahren, in dem die Klage oder der Antrag nach dem Zusatzabkommen in Verbindung mit dem NATO-Truppenstatut und der zur Ergänzung des Zusatzabkommens geschlossenen zweiseitigen Abkommen über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen sowie des Artikels 11 dieses Gesetzes gegen die Bundesrepublik Deutschland an Stelle eines Entsendestaates zu richten oder die Bundesrepublik Deutschland an Stelle eines Entsendestaates sonstwie beteiligt ist, eine Entscheidung über eine

Leistung, so ist auszusprechen, daß die Bundesrepublik für den Entsendestaat zu leisten hat, dem die Leistung obliegt.

TEIL III
Inkrafttreten
Artikel 27

(1) Dieses Gesetz tritt mit Ausnahme der Artikel 2 bis 26 am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Die Artikel 2 bis 26 treten gleichzeitig mit dem NATO-Truppenstatut und den Zusatzvereinbarungen in Kraft.

(2) Die Beitrittsurkunde zu dem NATO-Truppenstatut und die Ratifikationsurkunden zu den in Artikel 1 Abs. 2 aufgeführten Zusatzvereinbarungen sollen erst hinterlegt werden, wenn die anderen Unterzeichnerstaaten die Zusatzvereinbarungen ratifiziert oder genehmigt haben.

(3) Der Tag, an dem das NATO-Truppenstatut nach seinem Artikel XVIII Abs. 3, das Zusatzabkommen nebst Unterzeichnungsprotokoll nach seinem Artikel 83 Abs. 2 und die übrigen in Artikel 1 Abs. 2 dieses Gesetzes aufgeführten Zusatzvereinbarungen für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Anlage II**Begründung****Zu Artikel 1**

Das NATO-Truppenstatut und die in Absatz 2 aufgeführten Zusatzvereinbarungen bedürfen der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, weil sie sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes beziehen.

Die Zustimmung des Bundesrates ist u. a. nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da in den Abkommen verschiedentlich das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt ist, soweit diese für die Ausführung zuständig sind.

Zu Artikel 2

Die Ausübung der Befugnisse, die deutschen Behörden nach Artikel 19 des Zusatzabkommens im Einzelfall zustehen, wird zweckmäßigerweise der Staatsanwaltschaft übertragen, die bei Bestehen der deutschen Gerichtsbarkeit in der Strafsache sachlich und örtlich zuständig wäre. Diese ist am ehesten in der Lage, sich über den Sachverhalt schnell, zuverlässig und umfassend zu unterrichten und auf Grund dieser Kenntnis zu beurteilen, ob wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit erfordern. Gerade bei den in Absatz 2 Buchstabe a des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 19 des Zusatzabkommens genannten Straftaten wird der Erfolg der deutschen Ermittlungstätigkeit häufig davon abhängen, ob die Rücknahme des Verzichts frühzeitig erklärt worden ist. Es empfiehlt sich deshalb nicht, die Rücknahmericklärung einer der Staatsanwaltschaft vorgesetzten und von ihr erst zu unterrichtenden Justizverwaltungsbehörde zu übertragen.

Bei der Zustimmung zur Abgabe einer Strafsache an deutsche Behörden (Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe a des Zusatzabkommens) und bei der Abgabe einer Strafsache an Militärbehörden eines Entsendestaates (Artikel 19 Abs. 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens) wird es zwar meist nicht einer so schnellen Entscheidung bedürfen wie bei der Rücknahme des Verzichts. Schon um die Zuständigkeitsregelung einfach und übersichtlich zu gestalten, erscheint es aber angebracht, eine einheitliche Bestimmung zu treffen.

Zu Artikel 3

Ein Verfahren wegen einer vor dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens begangenen Straftat, deren ein Mitglied der Streitkräfte beschuldigt wird, soll nach dem Recht des Truppenvertrags fortgeführt und abgeschlossen werden. Dies gilt aber nur, wenn der Fall den deutschen Behörden innerhalb von

zehn Tagen nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens mitgeteilt wird. Wegen der Rechtsfolgen einer nicht fristgemäßen Mitteilung erscheint es angebracht, den deutschen Organen die Prüfung des fristgemäßen Zugangs der Mitteilung zu erleichtern. Dies geschieht durch Bestimmung der Stelle, die für den Empfang der Mitteilung zuständig sein soll. Von einer Unterscheidung der Zuständigkeit nach sachlichen und örtlichen Gesichtspunkten ist abgesehen worden, um den Militärbehörden die Mitteilung zu erleichtern. Eine Mitteilung an eine beliebige andere deutsche Behörde kann nur dann ausreichen, wenn sie innerhalb der Zehntagesfrist bei einer Staatsanwaltschaft eingeht.

Zu Artikel 4

In Absatz 1 ist die Stelle bestimmt, die bei zivilrechtlichen Titeln für Zahlungs- und Hinterlegungsersuchen in den Fällen des Artikels 35 Buchstaben a und b des Zusatzabkommens zuständig ist. Um den Zweck des Ersuchens möglichst zu sichern, ist entsprechend dem § 829 Abs. 1 Satz 2 der Zivilprozeßordnung ergänzend angeordnet, daß zugleich mit dem Ersuchen ein Verfügungsverbot an den Schuldner zu erlassen ist.

Bei zivilrechtlichen Titeln handelt es sich in den Fällen des Artikels 35 Buchstabe a des Zusatzabkommens um ein — besonders gestaltetes — Vollstreckungsverfahren. An die Stelle des Zahlungsverbots nach § 829 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung tritt das Ersuchen an die deutsche Behörde, nicht an den Schuldner zu zahlen. An die Stelle der Überweisung der Forderung nach § 835 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung tritt das weitere Ersuchen, an den Pfändungsgläubiger zu zahlen. Da das Ersuchen nach Absatz 1 nur von dem Vollstreckungsgericht ausgehen kann, ist in Absatz 2 Satz 1 — abweichend von § 829 Abs. 2, § 835 Abs. 3 der Zivilprozeßordnung — bestimmt, daß die Zustellung des Ersuchens von Amts wegen erfolgt. Absatz 2 Satz 2 ergibt, wann die Pfändung und Überweisung der Forderung als bewirkt anzusehen ist. Da die deutsche Behörde lediglich ersuchte Stelle und nicht Drittschuldnerin im Sinne der Vorschriften der Zivilprozeßordnung ist, darf sie in den Gerichtsbeschlüssen auch nicht als Drittschuldnerin bezeichnet werden.

Nach Absatz 2 Satz 3 sind auf das weitere Verfahren die Vorschriften der Zivilprozeßordnung entsprechend anzuwenden. Es gelten insbesondere also die Pfändungsgrenzen der §§ 850 ff. der Zivilprozeßordnung. Nicht anzuwenden sind Bestimmungen, welche zur Voraussetzung haben würden, daß der Pfändungsgläubiger unmittelbar mit der deutschen Behörde in Verbindung tritt. Ausgeschlossen ist

demnach auch eine Pfändungsankündigung mit den Wirkungen des § 845 der Zivilprozeßordnung. Hierauf ist in Absatz 2 Satz 4 besonders hingewiesen.

Absatz 3 Satz 1 bestimmt die Stelle, die bei öffentlich-rechtlichen Geldforderungen für Zahlungs- und Hinterlegungsersuchen in den Fällen des Artikels 35 Buchstaben a und b des Zusatzabkommens zuständig ist. Satz 2 regelt für die Fälle des Artikels 35 Buchstabe a des Zusatzabkommens das weitere Verfahren.

Artikel 35 Buchstabe b des Zusatzabkommens erfordert im Hinblick auf das weitere Verfahren keine ergänzenden Vorschriften zu Absatz 1 und Absatz 3 Satz 1. Das Verfahren nach Artikel 35 Buchstabe b des Zusatzabkommens ist seiner Rechtsnatur nach Hinterlegung. Es gelten die Vorschriften des bürgerlichen Rechts über die Hinterlegung von Geld. Aus Artikel 35 Buchstabe b (i) Satz 2 des Zusatzabkommens in Verbindung mit § 378 des Bürgerlichen Gesetzbuchs folgt jedoch, daß die Rücknahme des hinterlegten Geldbetrages ausgeschlossen ist.

Zu Artikel 5 bis 14

Die in Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts sowie in Artikel 41 des Zusatzabkommens nebst Unterzeichnungsprotokoll enthaltenen Bestimmungen über die Abgeltung von Truppenschäden bedürfen, so weit sich diese Regelung auf Schäden bezieht, von denen nicht eine der Vertragsparteien, sondern Dritte betroffen werden, einer Ergänzung im Zustimmungsgesetz. Die Ergänzung der international vereinbarten Bestimmungen über Truppenschäden ist notwendig, weil diese eine Reihe von Fragen bewußt offen lassen, die lediglich die innerstaatliche Durchführung der Abgeltung (vgl. Artikel VIII Abs. 5 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts) berühren und daher keiner Regelung im Vertragswerk selbst bedurften.

Bei der Formulierung der Artikel 5 bis 14 hat sich die Bundesregierung von der Erwägung leiten lassen, daß die Vorschriften des deutschen Rechts, die für die Abgeltung gleichartiger Ansprüche gegen die Bundesrepublik maßgebend wären, möglichst in vollem Umfang angewendet und Änderungen nur da vorgenommen werden sollten, wo es mit Rücksicht auf den Inhalt der zwischenstaatlichen Vereinbarungen und die Tatsache, daß hier nicht Ansprüche aus Handlungen der Bundeswehr, sondern der verbündeten Streitkräfte zu regeln sind, unumgänglich notwendig erscheint.

Zu Artikel 5

Artikel 5 enthält Bestimmungen über die für die Geltendmachung der Ansprüche maßgebenden Fristen.

Die Bestimmung des Absatzes 1 beruht auf Absatz 3 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 41 des Zusatzabkommens, wonach sich die Bundesrepublik verpflichtet hat, durch geeignete gesetzliche Maßnahmen (Bestimmung einer angemessenen Antragsfrist) sicherzustellen, daß eine schnelle Abwicklung der Entschädigungsverfahren gewährleistet wird. Die Frist von 3 Monaten ist in Anlehnung an die bisher geltende Bestimmung des Artikels 8 Abs. 6 Satz 1 des Finanzvertrags (Frist von 90 Tagen) ge-

wählt worden. Zur Frage der Angemessenheit der 90-Tage-Frist hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Beschuß vom 16. Juni 1959 — 2 BvL 10/59 — folgendes ausgeführt: „Auch wenn man die Regelung nur unter innerstaatlichen Aspekten betrachtet, liegen ihr Sinn und Zweck offen: Da bei den Angehörigen der fremden Streitkräfte mit einem Wechsel des Stationierungsortes oder einer Rückkehr in ihre Heimat gerechnet werden muß, besteht ein besonders starkes Bedürfnis nach rascher Klärung der Tatsachengrundlagen der Schadensersatzansprüche. Ohne diese rasche Klärung besteht die Gefahr, daß unberechtigte Ansprüche durchgesetzt oder berechtigte Ansprüche nicht erfüllt werden können, weil ihre Geltendmachung bis zu einem Zeitpunkt hinausgeschoben worden ist, in dem die beteiligten Angehörigen der Streitkräfte nicht mehr als Zeugen zur Verfügung stehen. Die Geschädigten sollen daher gezwungen werden, ihre Forderungen möglichst bald anzumelden. Die getroffene Regelung im Zusammenhang mit ihren erkennbaren Zielen ist angemessen. Die 90tägige Frist ist lang genug, um dem Anspruchsinhaber Zeit zur Überlegung und zur Vorbereitung einer Anmeldung zu geben.“

Absatz 1 bestimmt weiter, wann die Frist zu laufen beginnt. Insoweit ist von den nach § 852 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für den Beginn des Laufs der Verjährungsfrist wesentlichen Tatbestandsmerkmalen ausgegangen worden. An Stelle der Kenntnis von der Person des Ersatzpflichtigen ist jedoch im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse auf die Kenntnis der Umstände abgestellt, die nach Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts eine Haftung der Entsendestaaten auszulösen geeignet sind.

Nach Absatz 2 hat die Geltendmachung des Anspruchs bei einer — an sich unzuständigen — Dienststelle der Truppe oder des zivilen Gefolges, deren Zuständigkeit für die Abgeltung des Schadens naheliegend wäre, fristwährenden Charakter. Die Vorschrift ist aufgenommen worden, um gewisse unter dem bisher geltenden Recht aufgetretene Nachteile für den Antragsteller zu beseitigen.

Die Bestimmung des Absatzes 3 soll es vor allem ermöglichen, gegen die Versäumung der Frist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand in entsprechender Anwendung der §§ 233 ff. der Zivilprozeßordnung zu gewähren. Sie tritt an die Stelle des Artikels 8 Abs. 6 Satz 1 des Finanzvertrags, wonach bei Vorliegen eines „trifftigen Grundes“ Nachsicht gegen die Versäumung der Frist gewährt werden kann. Diese Formulierung, die dem deutschen Recht fremd ist, hat den Behörden und den Gerichten vielfach Anlaß zu Zweifeln gegeben, die durch die Verweisung auf einen im deutschen Recht üblichen Begriff künftig vermieden werden sollen.

Absatz 4 sieht eine unabhängige von der Kenntnis des Schadens und der in Absatz 1 genannten Umstände laufende Ausschlußfrist von 2 Jahren für die Geltendmachung der Ansprüche vor. Diese Frist ist aus den in der Begründung zu Absatz 1 genannten Gründen notwendig. Die Bestimmung tritt an die Stelle des Artikels 8 Abs. 6 Satz 2 des Finanzvertrags, wo eine Ausschlußfrist von einem Jahr vorgesehen ist.

Zu Artikel 6

Artikel 6 regelt die Frist für die Geltendmachung der sogenannten Belegungsschäden an altrequirierten, d. h. vor dem 5. Mai 1955 von den früheren Besatzungsmächten in Anspruch genommenen Gegenständen. Satz 1 enthält eine Ersatzbestimmung für Artikel 8 Abs. 3 des Finanzvertrags, die Sätze 2 und 3 ziehen die daraus für den Beginn des Laufs der in Artikel 5 Abs. 1 und 4 normierten Fristen des Zustimmungsgesetzes notwendigen Folgerungen.

Zu Artikel 7

In Artikel 7 Abs. 1 sind die für die Behandlung der Ansprüche zuständigen deutschen Behörden genannt. Die Zuständigkeit soll bei den Behörden der Verteidigungslastenverwaltung verbleiben, die (zunächst als Feststellungs-, dann als Besatzungslasten-, zuletzt als Verteidigungslastenbehörden) seit jeher für die Behandlung der von den ausländischen im Bundesgebiet stationierten Streitkräften verursachten Schäden auf deutscher Seite zuständig sind, über lange und gründliche Erfahrungen bei der Behandlung derartiger Ersatzansprüche, insbesondere auch im Verkehr mit den verschiedenen Dienststellen dieser Streitkräfte, verfügen und außerdem auch künftig eine Reihe weiterer Aufgaben im Zusammenhang mit der Anwesenheit der ausländischen Streitkräfte im Bundesgebiet zu erfüllen haben. Die Absätze 2 und 3 enthalten nähere Bestimmungen über die Zuständigkeit der Behörden der Verteidigungslastenverwaltung. Die vorgesehene Regelung schließt sich an die Regelungen an, die für die bis zum Inkrafttreten des Zusatzabkommens verursachten Schäden gelten.

Zu Artikel 8

Artikel 8 Abs. 1 bestimmt, daß die Ansprüche durch Einreichung eines Antrages auf Entschädigung geltend zu machen sind. Die Absätze 2 und 3 enthalten Bestimmungen über die Form und den Inhalt des Antrags.

Zu Artikel 9

Artikel 9 verpflichtet die Behörde, dem Antragsteller den Tag des Eingangs des Antrags und gegebenenfalls den Tag, an dem das Verfahren zur Erlangung einer Bescheinigung der Truppe abgeschlossen worden ist, schriftlich mitzuteilen. Die Vorschrift ist nicht nur aufgenommen worden, um zu gewährleisten, daß der Antragsteller über den Stand der Bearbeitung seines Antrags unterrichtet wird, sondern sie hat darüber hinaus Bedeutung für die Fristen, nach deren Ablauf der Antragsteller eine Klage nach Artikel 11 Abs. 4 erheben kann.

Zu Artikel 10

Artikel 10 enthält Vorschriften über die von der Behörde über den Antrag zu treffende Entschließung. Die Bestimmung geht davon aus, daß die Behörde ein im fiskalischen Bereich liegendes Anerkenntnis erteilt.

Die Mitteilung der Gründe für eine — ganz oder teilweise — ablehnende Entschließung (Absatz 1 Satz 2) erscheint zweckmäßig, um dem Antragsteller, soweit er mit der Ablehnung nicht einverstanden ist,

die Entscheidung darüber zu erleichtern, ob er Klage erheben will. Unnötige Prozesse können dadurch vermieden werden.

Die Zustellung der Mitteilung (Absatz 2) ist erforderlich, weil der Eingang der Entschließung bei dem Antragsteller die Klagefrist (Artikel 11 Abs. 3) in Lauf setzt. Der Hinweis auf die Klagemöglichkeit erscheint zweckmäßig, um dem Antragsteller die Durchsetzung seiner Rechte zu erleichtern.

Absatz 3 stellt klar, daß es beim Abschluß einer Vereinbarung nicht der Mitteilung einer Entschließung bedarf.

Zu Artikel 11

Artikel 11 enthält Vorschriften über den Rechtsschutz, der dem Antragsteller zur Verfügung zu stellen ist, wenn er mit der Entschließung der Behörde über seinen Antrag nicht einverstanden ist.

Ohne die Vorschrift des Artikels 11 könnte eine Klage wegen eines Anspruchs der in Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts genannten Art gegen die Bundesrepublik nicht erhoben werden, da sie nicht Schuldner dieser Ersatzansprüche gegen die Entsendestaaten ist. Es ist daher notwendig, wie es für das jetzt geltende Recht der Stationierungsschäden in Artikel 8 Abs. 10 des Finanzvertrags geschehen ist, durch Gesetz die Klagemöglichkeit gegen die Bundesrepublik zu eröffnen (Absatz 1).

Mit der Übernahme der Beklagtenrolle in solchen Rechtsstreitigkeiten wird die Bundesrepublik nicht zum Schuldner der Ansprüche. Sie tritt vielmehr in Prozeßstandschaft für die Entsendestaaten auf. In Absatz 2 ist deshalb ausdrücklich ausgesprochen, daß die Bundesrepublik den Rechtsstreit zwar im eigenen Namen, jedoch für den Entsendestaat führt, gegen den sich der Anspruch richtet. Auf diese Rechtsstreitigkeiten sind die Vorschriften der Ausführungsbestimmungen des Artikels 26 dieses Gesetzes anzuwenden.

Die Bestimmung einer Klagefrist (Absatz 3) erweist sich als notwendig, schon um dem berechtigten Anliegen der Entsendestaaten, die Entschädigungsverfahren so beschleunigt wie möglich abgewickelt zu sehen, Rechnung tragen zu können. Der Verzicht auf eine Klagefrist würde zur Anwendung der Verjährungsbestimmungen (Unterbrechung durch Klageerhebung) führen. Mit Rücksicht auf die notwendige Durchführung des Anmeldungsverfahrens vor der Klageerhebung könnten die Verjährungsbestimmungen teils zu kurz, teils zu lang sein. Es erschien deshalb angemessen, eine Klagefrist, deren Lauf mit der Zustellung der Mitteilung beginnt, vorzusehen. Wie bereits für das geltende Recht in Artikel 8 Abs. 10 des Finanzvertrags, so soll auch künftig die Klagefrist 2 Monate betragen. Während es sich jedoch nach fast einhelliger Ansicht der Rechtsprechung bei der 2-Monats-Frist des Artikels 8 Abs. 10 des Finanzvertrags um eine Ausschlußfrist handelt, soll künftig diese Frist einer Notfrist gleichgestellt werden, d. h. auch hier — wie bei der Antragsfrist — soll die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zulässig sein.

Absatz 4 eröffnet eine Klagemöglichkeit, wenn die Behörde in angemessener, mindestens 5monatiger

Frist seit dem Eingang des Antrags oder dem Abschluß des Verfahrens zur Erlangung der Bescheinigung eine Entschließung über den Antrag nicht mitgeteilt hat. Damit soll dem Antragsteller ein wirklicher Schutz gegen eine verzögerliche Behandlung seines Antrags durch die Behörden gegeben werden. Der Erhebung der Klage muß eine Aufforderung an die Behörde vorausgehen, ihre Entschließung innerhalb eines Monats mitzuteilen. Diese Aufforderung soll der Behörde dartun, daß nach Auffassung des Antragstellers die angemessene Frist zur Bearbeitung des Antrags verstrichen ist. Die Aufforderung kann gleichzeitig einen Anlaß bieten, unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Antragsteller und der Behörde, ob die angemessene Frist abgelaufen ist, zu klären. Die Entscheidung über die Frage, ob dies der Fall ist, trifft das Gericht im Rahmen der Prüfung, ob die Klage im Zeitpunkt ihrer Erhebung zulässig ist.

Absatz 5 regelt die Frage, unter welchen Voraussetzungen auf Ersuchen des Gerichts die Bescheinigung der Truppe zu überprüfen und gegebenenfalls das schiedsrichterliche Verfahren einzuleiten ist.

Zu Artikel 12

Artikel 12 bestimmt, wann Entschädigungsbeträge auszuzahlen sind. Gegenüber den Bestimmungen des Artikels 8 Abs. 9 des Finanzvertrags und der §§ 5 der Anhänge und Regierungsabkommen zu diesem Vertrag, die für das geltende Recht der Stationierungsschäden vorschreiben, daß eine Entschädigung erst auszuzahlen ist, nachdem sich entweder der Geschädigte mit dem Betrag einverstanden erklärt hat oder eine Entscheidung des Gerichts rechtskräftig geworden ist, sieht Absatz 1 eine wesentlich frühere Auszahlung vor. Von der Behörde anerkannte Beträge (auch Teilbeträge) sind grundsätzlich unverzüglich auszuzahlen (Ausnahme: erst künftig fällig werdende Leistungen).

Absatz 2 enthält eine Vorschrift über die Auszahlung von Entschädigungsbeträgen, die auf Grund einer Vereinbarung zu zahlen sind, und Absatz 3 regelt die Frage, wann Vorauszahlungen auf die Entschädigung geleistet werden können.

Zu Artikel 13

Artikel 13 enthält Sonderbestimmungen für die Abgeltung von Manöverschäden. Diese Schäden weisen insofern Besonderheiten gegenüber den anderen Truppenschäden auf, als sie vielfach in engem örtlichen und zeitlichen Zusammenhang mit von der Bundeswehr verursachten Manöverschäden (vgl. dazu insbesondere die Begründung zu Artikel 14 Abs. 3) entstehen werden. Ein möglichst einheitliches und beschleunigtes Verfahren zur Abgeltung dieser beiden Gruppen von Manöverschäden ist im Interesse der Geschädigten wie dem der zahlungspflichtigen Streitkräfte besonders notwendig.

Nummer 1 soll es ermöglichen, daß Anträge auf Abgeltung von Manöverschäden die von den ausländischen Truppen verursacht worden sind, auch bei der zuständigen Gemeindeverwaltung gestellt werden können. Diese Antragstellung bei einer ortsnahmen Behörde ist schon jetzt auf Grund von Verwaltungsregelungen weitgehend üblich und hat sich gut bewährt.

Nummer 2 verpflichtet die nach Artikel 7 zuständigen Behörden, bei der Abgeltung von Manöverschäden tunlichst auf den Abschluß einer Vereinbarung hinzuwirken.

Nach Nummer 3 bedarf es aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung einer Bestätigung des Antrags nach Artikel 9 nicht, wenn innerhalb eines Monats nach Eingang des Antrags eine Vereinbarung zu stande gekommen ist.

Nummer 4 enthält verfahrensmäßig bedeutsame Abweichungen von den Artikeln 10 bis 12. Wenn es nicht zum Abschluß einer Vereinbarung über die zu gewährende Entschädigung kommt, hat nicht die nach Artikel 7 zuständige Behörde eine Entschließung nach Artikel 10 zu treffen, sondern die nach dem Bundesleistungsgesetz zuständige Festsetzungsbehörde der inneren Verwaltung hat die Ersatzleistung im Wege eines hoheitlichen Verwaltungsakts festzusetzen. Das weitere Verfahren bestimmt sich nach dem Bundesleistungsgesetz, insbesondere ist an Stelle des Artikels 11 dieses Gesetzes § 58 des Bundesleistungsgesetzes anzuwenden. Um das Verfahren nicht ungebührlich zu verzögern, kann der Antragsteller auf Grund der Bestimmung des Satzes 3 die Vorlegung seines Antrags bei der nach dem Bundesleistungsgesetz zuständigen Festsetzungsbehörde verlangen, wenn seit dem Eingang des Antrags 3 Monate vergangen sind, ohne daß es zum Abschluß einer Vereinbarung gekommen ist.

In Satz 1 der Nummer 4 sind die Worte „in der durch Artikel 14 geänderten Fassung“ zu streichen, wenn die Novelle zum Bundesleistungsgesetz vor Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes in Kraft tritt (vgl. im übrigen die Begründung zu Artikel 14 Abs. 3).

Zu Artikel 14

Da in den Bestimmungen der §§ 35, 60 und 80 des Bundesleistungsgesetzes auf Artikel 8 des Finanzvertrags verwiesen ist, der mit dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens außer Kraft tritt, ist durch Artikel 14 Abs. 1, 2 und 4 des Zustimmungsgesetzes die Verweisung auf Artikel 8 des Finanzvertrags durch einen Hinweis auf die künftig geltenden Bestimmungen ergänzt worden.

Artikel 14 Abs. 3 dient der Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verfahrens. Die vorgesehene Änderung des § 79 des Bundesleistungsgesetzes soll es bei von der Bundeswehr verursachten Manöverschäden dem zahlungspflichtigen Bund, vertreten durch die Bundeswehrbehörden, insbesondere ermöglichen, unmittelbar mit den Geschädigten eine Vereinbarung abzuschließen, ohne die bei der Abgeltung von Manöverschäden unpraktikable Bestimmung des § 51 Abs. 1 und 2 des Bundesleistungsgesetzes anwenden zu müssen. Eine entsprechende Bestimmung ist in der Novelle zum Bundesleistungsgesetz enthalten. Da nicht vorauszusehen ist, welches der beiden Gesetze früher in Kraft treten wird, ist die in der Novelle vorgesehene Ergänzung zum Bundesleistungsgesetz vorsorglich auch in die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 41 des Zusatzabkommens aufgenommen worden. Die Bestimmung wird entbehrlich, wenn die Novelle zum Bundesleistungsgesetz vor Verabschiedung des vorliegenden Gesetzes in Kraft tritt.

Zu Artikel 15 und 16

Nach Artikel 45 Abs. 1 Satz 2 des Zusatzabkommens gelten, soweit nicht in den folgenden Absätzen dieses Artikels des Zusatzabkommens etwas anderes vorgesehen ist, für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen der Truppe außerhalb der ihr zur ständigen Benutzung überlassenen Liegenschaften die maßgebenden Vorschriften des deutschen Rechts. Die Ersatzleistung für Manöverschäden ist in § 76 des Bundesleistungsgesetzes geregelt. Diese Vorschrift bedarf jedoch einer Ergänzung. Die Novelle zum Bundesleistungsgesetz sieht bereits solche ergänzenden Vorschriften zu § 76 des Bundesleistungsgesetzes vor. Diese Vorschriften sind vorsorglich auch in die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 45 des Zusatzabkommens aufgenommen worden und können hier gestrichen werden, wenn die Novelle zum Bundesleistungsgesetz vor dem Zustimmungsgesetz in Kraft tritt (vgl. die Begründung zu Artikel 14 Abs. 3 des Zustimmungsgesetzes). Die Aufwendungen für die nach diesen Bestimmungen zu leistenden Entschädigungen gehen im Rahmen des Artikels VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 oder nach Artikel 63 Abs. 5 Buchstabe a des Zusatzabkommens zu Lasten der Entsendestaaten, soweit deren Streitkräfte den Nachteil verursacht haben.

Zu Artikel 15

Mit der Vorschrift des § 76 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes werden nicht alle Schäden erfaßt, die durch ein Manöver an Verkehrsanlagen und -einrichtungen verursacht werden können. Wenn z. B. bei einer durch Manöver zerstörten Brücke während der länger dauernden Instandsetzung eine Notbrücke erstellt oder ein Fährbetrieb eingerichtet und unterhalten werden muß, dann erscheint es billig, daß dem Baulasträger auch die Kosten für die Notbrücke bzw. den Fährbetrieb ersetzt werden. Gleiches gilt, wenn infolge der Beschädigung einer Straße im Manöver eine Umleitung durchgeführt und die Umleitungsstrecke mit besonderem Kostenaufwand für den Umleitungsverkehr hergerichtet werden muß. Die Verweisung des Geschädigten auf die — neben der Sondervorschrift des § 76 des Bundesleistungsgesetzes anwendbaren — allgemeinen Schadensersatzbestimmungen des Bürgerlichen Rechts wird in vielen Fällen unbehelflich sein, weil der nach § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs — es wird sich im allgemeinen um Amtspflichtverletzungen handeln — erforderliche Nachweis des Verschuldens meist schwer zu erbringen sein wird. Es war daher notwendig, den § 76 des Bundesleistungsgesetzes durch eine Sonderbestimmung zu erweitern, die auch die Entschädigung für Behelfsanlagen des Verkehrs sowie die Kosten für die Adaptierung einer Umleitungsstrecke und die spätere Wiederherstellung nach Beendigung der Umleitung gestattet. Es erschien jedoch billig, diese erweiterte Entschädigungspflicht auf die Fälle zu beschränken, in denen der Schaden durch eine über den Gemeingebräuch hinausgehende Benutzung verursacht wird, zumal die Verkehrsträger bei einer Beschädigung ihrer Anlagen durch private Benutzer überhaupt keine Entschädigung erhalten, sofern sich die Benutzung der

Anlage im Rahmen des Gemeingebräuchs gehalten hat. Welche Ansprüche der Baulasträger einer Umleitungsstrecke geltend machen kann sowie das Verhältnis zwischen den Baulasträgern der beschädigten Straße und der Umleitungsstrecke, richtet sich nach dem geltenden Straßen- und Wegerecht. Durch die Fassung des Artikels 15 werden jegliche Ansprüche von Verkehrsteilnehmern ausgeschlossen.

Zu Artikel 16

Die neue Bestimmung des § 76a des Bundesleistungsgesetzes will zunächst, im Anschluß an den geltenden § 76 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes, die Ersatzleistung für eine Ertragsminderung auch dann zulassen, wenn sie nicht, wie bisher nach § 76 Abs. 2, als Folge einer Grundstücksbeschädigung eingetreten ist. Mit Rücksicht auf die Vorschrift des Artikels 45 Abs. 2 Buchstabe e des Zusatzabkommens, wonach das Gebot im geltenden § 66 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes, dasselbe Gelände für mehrtägige Übungen innerhalb dreier Monate grundsätzlich nicht wiederholt zu benutzen, für die ausländischen Streitkräfte nicht gilt, mußte darüber hinaus die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß durch eine langdauernde und intensive Benutzung eines Grundstücks die in der Manöverlast liegende Sozialbindung des Eigentums überschritten wird und ein enteignungsgleicher Eingriff vorliegt. Aber auch in diesem Falle kann nach den allgemeinen Grundsätzen des Enteignungsrechts nur der durch den enteignungsgleichen Eingriff entstandene materielle Schaden ersetzt, nicht aber der Eingriff als solcher entschädigt werden. Substanzschäden werden nach § 76 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes immer, also auch bei einem enteignungsgleichen Eingriff, ersetzt. Der in einem solchen Falle entstehende weitergehende Schaden kann sich allenfalls auf die Nutzungen des Grundstücks beziehen, welche nicht nur die Früchte, sondern auch die sonstigen Gebrauchsvorteile des Grundstücks (§ 100 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) umfassen. Da ein solcher über die Sozialbindung der Manöverlast hinausgehender enteignungsgleicher Eingriff auch bei gewerblich genutzten Grundstücken, soweit sie nicht unter die Ausnahmeregelung des § 68 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesleistungsgesetzes fallen, vorkommen kann, erschien es nicht angängig, die Vorschrift des § 76a des Bundesleistungsgesetzes auf die land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke zu beschränken. Durch die Formulierung der Vorschrift soll ferner zum Ausdruck kommen, daß für die Geltendmachung eines Anspruchs aus § 76a ebenso wie aus § 76 des Bundesleistungsgesetzes der Nachweis der Verursachung des Schadens ausreicht, ohne daß es auf ein Verschulden des Schädigers ankommt.

Zu Artikel 17 bis 22

Die Bundesrepublik hat in Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens die Gewährleistung übernommen, daß alle Liegenschaften, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge im Rahmen der Bestimmungen des Truppenvertrags zur Benutzung überlassen worden sind und sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzabkommens noch in ihrem Besitz befinden, der Truppe oder dem zivilen Gefolge weiter über-

lassen werden, solange hierfür ein Bedarf besteht. Für Liegenschaften, die für den öffentlichen Verkehr und dessen Versorgungseinrichtungen sowie für das Post- und Fernmeldewesen bestimmt sind, gilt diese Gewährleistung nur, wenn und insoweit entsprechende Vereinbarungen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe über die weitere Überlassung getroffen worden sind. Diese völkerrechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik kann nur erfüllt werden, wenn entsprechende innerstaatliche Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Da die bisher zur Verfügung stehenden Vorschriften des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes und des § 85 des Bundesleistungsgesetzes nicht ausreichen und zum Teil wegen Ablaufs ihrer Gelungsdauer nicht mehr anwendbar sind, ist eine ergänzende Regelung im Zustimmungs- und Ausführungsgesetz zum Zusatzabkommen unerlässlich. Dabei war zu berücksichtigen, daß die seit dem Jahre 1957 im Gang befindliche Überleitung und Abwicklung der Requisitionsfälle in Verfahren nach deutschem Recht innerhalb der bisher vom Gesetzgeber vorgesehenen Frist nicht durchgeführt werden kann. Es erwies sich daher als unerlässlich, Bestimmungen zu erlassen, die eine baldige abschließende Bereinigung der sogenannten Altrequisitionen ermöglichen.

Zu Artikel 18

Artikel 18 erklärt die Inanspruchnahme von Liegenschaften durch die Streitkräfte für die Zeit bis zum 31. Dezember 1960 als vorzeitige Besitzeinweisung im Sinne des § 38 des Landbeschaffungsgesetzes, soweit dies nicht schon durch das Gesetz zur Ergänzung des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes geschehen ist.

Zweck der Vorschrift ist es, dem tatsächlichen Besitz der Streitkräfte an einer beschränkten Anzahl von ehemals requirierten Grundstücken, die für Dauerzwecke benutzt werden, bei denen aber nach gelgendem Recht ein innerstaatlicher Besitztitel nicht mehr vorhanden ist, kraft Gesetzes eine innerstaatliche Rechtsgrundlage zu verschaffen. Diese Regelung ist erforderlich, um einmal den unerfreulichen Zustand des mangelnden Besitzrechts der Streitkräfte an Grundstücken, deren Überlassung die Bundesrepublik vertraglich gewährleistet hat und in dem Zusatzabkommen weiter gewährleistet, zu beseitigen, zum anderen, um den in diesen Fällen weitergezählten Nutzungs- oder Besitzeinweisungsentschädigungen eine Rechtsgrundlage zu geben.

Der tatsächliche Besitz der Streitkräfte an den requirierten Grundstücken galt auf Grund des § 64 Abs. 3 Satz 1 des Landbeschaffungsgesetzes für die Zeit vom 5. Mai 1955 bis zum 31. Dezember 1957 kraft Gesetzes als vorzeitige Besitzeinweisung. Da es in der verhältnismäßig kurzen Zeit zwischen der Verkündung des Landbeschaffungsgesetzes am 23. Februar 1957 und dem Ablauf dieser Frist infolge der mit Enteignungsverfahren verbundenen praktischen Schwierigkeiten nicht möglich war, in allen Fällen einen Enteignungsbeschuß zu erlassen und damit die Verfahren abzuschließen, hätten die Enteignungsbehörden der Länder die gesetzlich fingierten Besitzeinweisungen gemäß § 64 Absatz 3 in Verbindung

mit § 42 Abs. 1 Satz 2 des Landbeschaffungsgesetzes jeweils im Einzelfall bis zum 31. Dezember 1958 verlängern müssen. Dies ist in der überwiegenden Mehrzahl der Altrequisitionsfälle (insgesamt rund 30 000) geschehen; bei einem Teil dieser Fälle kam es jedoch nicht zum Erlaß von Verlängerungsbeschlüssen, sei es, daß diese nicht zugestellt werden konnten oder die erforderlichen Unterlagen nicht zu beschaffen waren, sei es, daß eine Entscheidung über die Verlängerung der vorzeitigen Besitzeinweisung nicht getroffen wurde. Diese Fälle nahmen daher an der durch das Gesetz zur Ergänzung des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes vom 23. Dezember 1958 (Bundesgesetzbl. I S. 990) bewirkten Verlängerung der Besitzeinweisungsfrist bis zum 31. Dezember 1960 nicht teil; die in Betracht kommenden Liegenschaften befinden sich daher materiell seit dem 1. Januar 1959 ohne innerstaatlichen Rechtsgrund im Besitz der Streitkräfte. Um diese Lücke zu schließen und diese Fälle mit den unter das Ergänzungsgesetz zu § 64 des Landbeschaffungsgesetzes fallenden Verfahren gleichzuschalten, muß die Inanspruchnahme dieser Grundstücke als vorzeitige Besitzeinweisung fingiert werden. Da es sich hierbei nur um eine befristete rechtliche Überbrückung eines feststehenden Sachverhalts handelt, wäre eine Regelung, die den Erlaß von Einzelverlängerungsbeschlüssen durch die Enteignungsbehörden vorsieht, wegen des damit verbundenen Verwaltungsaufwands unzweckmäßig.

Durch die entsprechende Anwendung des § 64 Abs. 3 Satz 2 und 3 und Abs. 4 des Landbeschaffungsgesetzes wird sichergestellt, daß bei der Festsetzung einer Besitzeinweisungsentschädigung in gleicher Weise verfahren wird wie in den übrigen Fällen der sogenannten Altrequisitionen nach § 64 des Landbeschaffungsgesetzes. Die Anwendung des Artikels 18 — ebenso wie die des Artikels 20 — ist bis zum 31. Dezember 1960 begrenzt. Da jedoch nicht mehr damit gerechnet werden kann, daß das Gesetz noch vor dem 31. Dezember 1960 in Kraft tritt, wird im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens an Stelle dieses Datums ein späterer Zeitpunkt zu wählen sein, dessen Festlegung von dem gegenwärtig noch nicht absehbaren Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes abhängig ist.

Zu Artikel 19

Die Vorschrift stellt klar, daß auch die unter die Gewährleistungspflicht des Artikels 48 Absatz 2 des Zusatzabkommens fallenden Liegenschaften, für die ein Leistungsbescheid gemäß § 85 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes erlassen war, nach den Vorschriften des Landbeschaffungsgesetzes zu beschaffen sind.

Es handelt sich hierbei um eine Anzahl gewerblicher und sonstiger nicht Wohnzwecken dienender Liegenschaften, vornehmlich Fabriken, Lagerhallen, Tankstellen, Gaststätten, Sportplätze und Hotels. Bei diesen Objekten bezog sich die Inanspruchnahme der Streitkräfte zunächst nur auf die Benutzung der Gebäude und ihrer Einrichtungen. Da man davon ausging, daß diese Objekte in absehbarer Zeit durch Zurverfügungstellung von Ersatzliegenschaften oder Neubauten freigemacht werden könnten, wurden sie gemäß § 85 Absatz 1 des Bundesleistungsgesetzes

nur auf die Dauer von zwei Jahren bis zum 31. Dezember 1958 angefordert. In der Zwischenzeit hat sich jedoch ergeben, daß sich eine Freimachung aus Gründen der verschiedensten Art nicht ermöglichen läßt, z. B. weil geeignete Ersatzgrundstücke nicht verfügbar sind und (oder) Neubauten mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden wären, weil die Art der Benutzung der Liegenschaften durch die ausländischen Streitkräfte eine Freimachung nicht zuläßt, weil die Verlegung ganzer Betriebe einschließlich der Betriebsangehörigen nicht nur am Mangel geeigneter Ersatzgrundstücke, sondern auch an der Ortsgebundenheit der Betriebe scheitert u. a. m. Die weitergehende Inanspruchnahme hat sich damit zu einer echten Dauerinanspruchnahme entwickelt, die sich nicht nur auf die Nutzung der Gebäude und ihrer Einrichtungen, sondern auch auf den Besitz der Grundstücke selbst erstreckt, soweit das nicht schon bisher der Fall war. Da es nicht möglich war, die Überlassung dieser Liegenschaften im Wege freihändiger Vereinbarungen sicherzustellen, sind die Voraussetzungen für die Einleitung von Landbeschaffungsverfahren gegeben. Es steht fest, daß der Bedarf der Streitkräfte an diesen Liegenschaften auf andere Weise nicht befriedigt werden kann, die Durchführung eines Anhörungs- und Bezeichnungsverfahrens nach § 1 Abs. 2 und 3 des Landbeschaffungsgesetzes würde daher die dringliche Bereinigung dieser Fälle nur verzögern. Es ist daher vorgesehen, die Fiktion des Artikels 18 auch auf diese Fälle auszudehnen.

Zu Artikel 20

Artikel 20 ermächtigt die Enteignungsbehörden, in Einzelfällen, in denen der Enteignungsbeschuß nicht bis zum 31. Dezember 1960 erlassen werden kann, die vorzeitige Besitzteinweisung auf Antrag bis zu zwei Jahren zu verlängern. Die Verlängerung muß vor dem 31. Dezember 1960 beschlossen werden. Diese Fassung beseitigt zugleich eine Zweifelsfrage, die in der Vergangenheit zu Auslegungsschwierigkeiten und widersprechenden Verwaltungsgerichtsentscheidungen geführt hat.

Die Vorschrift entspricht einem unabweisbaren Bedürfnis der Praxis. Die zahlreichen, bei den Enteignungsbehörden noch anhängigen, Enteignungsverfahren lassen sich mit Sicherheit nicht bis zum 31. Dezember 1960 abwickeln. Das Gebot des Landbeschaffungsgesetzes, alle Möglichkeiten eines freihändigen Rechtserwerbs auszuschöpfen, die Schwierigkeit, die Vielzahl der oft an einem Enteignungsverfahren beteiligten Grundstückseigentümer und sonstigen Berechtigten ausfindig zu machen, und der komplizierte Verfahrensgang des Landbeschaffungsgesetzes beanspruchen einen Zeitaufwand, der sich mit der vom Gesetzgeber für die abschließende Rechtsbereinigung der Requisitionen auf den 31. Dezember 1960 festgesetzten Frist nicht in allen Fällen vereinbaren lassen wird. Es ist daher unerlässlich, schon jetzt eine entsprechende Verlängerungsmöglichkeit vorzusehen.

Zu Artikel 21

Artikel 21 ergänzt das Landbeschaffungsgesetz für den Anwendungsbereich der Requisitionsfälle durch

eine Vorschrift, die es den Enteignungsbehörden ermöglicht, für Personen, deren Rechte vom Enteignungsverfahren betroffen werden, deren Einbeziehung in das Verfahren aber auf Schwierigkeiten stößt, weil ihre Beteiligung ungewiß oder ihre Person unbekannt ist oder weil sie abwesend und an der Besorgung ihrer Vermögensangelegenheiten verhindert sind, durch das Vormundschaftsgericht einen Vertreter bestellen zu lassen, wenn nicht ein Vertreter bereits vorhanden ist.

Diese Regelung, die bereits in § 24 des Baulandbeschaffungsgesetzes vom 3. August 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 720), in § 119 des Flurbereinigungsgesetzes vom 14. Juli 1953 (Bundesgesetzbl. I S. 591) und in § 149 des Bundesbaugesetzes vom 23. Juni 1960 (Bundesgesetzbl. I S. 341) ein Vorbild hat, entspricht einem dringenden Bedürfnis der Praxis. Sie wird vor allem dann bedeutsam, wenn der im Grundbuch eingetragene Eigentümer verstorben ist, die Erben aber im einzelnen nicht bekannt oder zunächst nicht feststellbar sind. In diesen Fällen wurde bisher das Enteignungsverfahren zum Teil monatelang aufgehalten, bis die Erben ausfindig gemacht und der Nachweis der Erbfolge durch Erbschein erbracht war, ohne daß die Enteignungsbehörde hierauf Einfluß nehmen konnte. Die Bestellung eines rechts- und sachkundigen Vertreters durch das Vormundschaftsgericht wahrt die Rechte der Beteiligten und trägt wesentlich zu einer Erleichterung und Beschleunigung des Enteignungsverfahrens bei. Da die Pflegeschaftsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht für alle bei Landbeschaffungsverfahren auftretenden Fälle ausreichen, war die Einfügung einer entsprechenden Vorschrift geboten.

Die von den §§ 36 ff. des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und § 14 der Verordnung zur Vereinheitlichung der Zuständigkeit in Familien- und Nachlaßsachen vom 31. Mai 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 472) abweichende Begründung der örtlichen Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts in Absatz 2 trägt dem Umstand Rechnung, daß bei Ungewißheit über die Person des Beteiligten nur an den Gerichtsstand der belegenen Sache angeknüpft werden kann. Eine ähnliche Regelung findet sich in § 10 Abs. 3 Satz 1 des Gesetzes zur Ergänzung von Zuständigkeiten auf dem Gebiete des Bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts (Zuständigkeitergänzungsgesetz) vom 7. August 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 407).

Absatz 3 verweist auf die ergänzenden Pflegeschaftsbestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Zu Artikel 22

Die Vorschrift führt für die Durchführung der Enteignungsverfahren zur Überleitung von Requisitionsfällen die Bundesauftragsverwaltung ein. Dies ist nach den Artikeln 83 und 87 b Abs. 2 des Grundgesetzes zulässig und zur reibungslosen Erfüllung der von der Bundesrepublik übernommenen völkerrechtlichen Verbindlichkeiten notwendig. Die bisher im Vollzug des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes aufgetretenen Schwierigkeiten und

Unzuträglichkeiten haben gezeigt, daß das im Rahmen der landeseigenen Ausführung des Landbeschaffungsgesetzes der Bundesregierung nach Artikel 84 Abs. 5 des Grundgesetzes, § 28 Abs. 3 des Landbeschaffungsgesetzes zustehende Einzelweisungsrecht nicht ausreicht, um eine gleichmäßige und rasche Anwendung des Gesetzes sicherzustellen. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Bundesregierung durch das in Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes verankerte Weisungsrecht in die Lage versetzt wird, für eine einheitliche und zweckentsprechende Handhabung des Gesetzes zu sorgen.

Zu Artikel 23 und 24

Nach Artikel 57 Abs. 3 des Zusatzabkommens gelten für die Truppe, das zivile Gefolge sowie für die Mitglieder der Streitkräfte und die Angehörigen der Streitkräfte grundsätzlich die deutschen Verkehrsvorschriften. Abweichungen hiervon sind einer Truppe nur im Falle dringender militärischer Erfordernisse unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestattet (Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe a). Im übrigen sind über die Bestimmung und Benutzung einer Straße für den militärischen Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, Vereinbarungen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe zu schließen (Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b). Der Abschluß derartiger Vereinbarungen ist mit Rücksicht auf die Befugnis der Truppe nach Absatz 4 Buchstabe a im Interesse der deutschen Verkehrsträger geboten. Auf deutscher Seite sind, neben den zuständigen Verkehrsbehörden, auch die Straßenbaulastträger an dem Abschluß der Vereinbarung beteiligt (vgl. § 48 der Straßenverkehrsordnung).

Kommt eine Vereinbarung mit den Beteiligten nicht zustande, erscheint es aber gleichwohl erforderlich, eine Straße in das Militärstraßennetz einzubeziehen, so kann die Zustimmung der örtlichen Behörden zur Einbeziehung der Straße in das Militärstraßennetz durch die zuständige oberste Landesbehörde ersetzt werden, wobei die für den Schutz und die Unterhaltung der Straße sowie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlichen Bedingungen festzulegen sind. Die oberste Landesbehörde unterliegt dabei nach Artikel 22 Abs. 1 Satz 3 den Weisungen der Bundesregierung, wie es in Artikel 3 Abs. 7 Satz 2 des Zusatzabkommens vorgesehen ist. Die Entscheidung über die Zustimmung darf nicht ohne vorgängige Verhandlung mit den Beteiligten getroffen werden.

Zur Kostenlast ist in Artikel 24 der vorstehenden Ausführungsbestimmungen vorgesehen, daß der Bund dem Träger der Straßenbaulast die notwendigen Mehrkosten für den Ausbau und die Unterhaltung einer Straße erstattet, wenn die Straße in das Militärstraßennetz nach Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b einbezogen wurde und ein Ausbau oder erhöhter Unterhaltsaufwand erforderlich war, weil die Abmessungen, die Achslast oder das Gesamtgewicht der Fahrzeuge oder ihre Anzahl (Kolonnenverkehr) die nach deutschem Verkehrsrecht gelten-

den Begrenzungen überschreiten. Da eine solche Erstattungspflicht nur gegenüber den staatlichen und kommunalen Baulastträgern der Länder möglich ist, ist ihre Geltung auf solche Straßen zu beschränken, deren Baulastträger nicht der Bund ist.

Wenn neben der Verpflichtung des Bundes, Mehrkosten zu erstatten, im Artikel 24 Satz 2 bestimmt ist, daß die Ersparnis von Aufwendungen zu berücksichtigen sei, so soll hierdurch eindeutig zum Ausdruck gebracht werden, daß dem Baulastträger durch den Umstand, daß die Straße in das Militärstraßennetz einbezogen wird, nicht nur kein Nachteil, sondern auch kein Vorteil erwachsen soll. Hier ist etwa an den Fall zu denken, daß der Ausbau der Straße erst zu einem späteren Zeitpunkt notwendig geworden wäre, die Einbeziehung in das Militärstraßennetz aber bereits früher zu einem Ausbau zwingt; dann soll sich die Verpflichtung des Bundes auf die durch die vorzeitige Bauausführung verursachten Mehrkosten beschränken.

Soweit es die Unterhaltung der einbezogenen Straße angeht, die als solche weiterhin dem Straßenbaulastträger obliegt, führt der Grundsatz der Vorteilsausgleichung dazu, daß bei der Feststellung des Mehrkostenerstattungsanspruches des Baulastträgers von den effektiven Ausgaben die Beträge abzusetzen sind, die der Baulastträger für die laufende Unterhaltung dieser Straße hätte aufwenden müssen, wenn sie nicht in das Militärstraßennetz einbezogen worden wäre. In jedem Falle hat der Baulastträger, der einen Erstattungsanspruch geltend macht, diesen nach Grund und Höhe darzutun. Hierzu gehört auch der Nachweis, daß der Gemeingebräuch, wie er sich aus dem Charakter der Straße vor ihrer Einbeziehung in das Militärstraßennetz gemäß Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens ergibt, überschritten wird.

Zu Artikel 25

Nach Artikel 3 des Abkommens vom 3. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg ist die Bundesregierung verpflichtet, den britischen und kanadischen Truppen bestimmte Flächen, die im Abkommen näher festgelegt sind, für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen zur ständigen Benutzung zu überlassen. Diese Flächen müssen den Truppen bereits im Zeitpunkt des Inkrafttretens der Zusatzvereinbarungen zur Verfügung stehen. Es ist daher erforderlich, daß innerstaatlich ein Rechtstitel geschaffen wird, der es der Bundesrepublik ermöglicht, die in Artikel 3 Abs. 1 des Abkommens bezeichneten Flächen den britischen und kanadischen Streitkräften zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen. Die Bundesregierung wird bemüht sein, diese Besitzrechte bis dahin auf vertraglichem Wege oder zwangswise nach dem Landbeschaffungsgesetz zu begründen; da es aber zweifelhaft ist, ob diese Maßnahmen rechtzeitig zum Erfolg führen, ist es unerlässlich, vorsorglich eine Besitzeinweisung durch Gesetz anzuordnen.

Auf diese gesetzliche Besitzeinweisung finden, da es sich um eine vorzeitige Besitzeinweisung nach

§ 38 des Landbeschaffungsgesetzes handelt, die einschlägigen Vorschriften der §§ 38 und 40 bis 42 des Landbeschaffungsgesetzes Anwendung. Dies gilt insbesondere von der Besitzeinweisungsentschädigung nach § 38 Abs. 4 des Landbeschaffungsgesetzes. Da aber ein Besitzeinweisungsbeschluß, in welchem gleichzeitig die Besitzeinweisungsentschädigung festzusetzen wäre (vgl. § 39 des Landbeschaffungsgesetzes), nicht ergeht, mußte ausdrücklich bestimmt werden, daß die Besitzeinweisungsentschädigung von der Enteignungsbehörde festgesetzt wird, sofern sie nicht im Wege freiwilliger Vereinbarung festgelegt wird. Mangels eines Besitzeinweisungsbeschlusses war ferner vorzusehen, daß der Lauf der im § 42 Abs. 1 Satz 1 des Landbeschaffungsgesetzes bestimmten Jahresfrist, nach deren Ablauf die vorläufige Besitzeinweisung aufzuheben ist, mit dem Zeitpunkt beginnt, in welchem die gesetzlich finanzierte Besitzeinweisung nach Absatz 1 wirksam wird, d. h. mit dem Inkrafttreten der Zusatzvereinbarungen.

Zu Artikel 26

Nach Artikel 41 des Zusatzabkommens in Verbindung mit Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und Artikel 11 dieses Gesetzes sind Klagen wegen Schäden der in Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts bezeichneten Art gegen die Bundesrepublik zu richten. Nach Artikel 56 Abs. 8 des Zusatzabkommens unterliegen Streitigkeiten aus dem Arbeits- und aus dem Sozialversicherungsverhältnis der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge der deutschen Gerichtsbarkeit. Klagen sind ebenfalls gegen die Bundesrepublik zu richten. Das Entsprechende gilt im Falle des Artikels 62 Abs. 1 Buchstabe c des Zusatzabkommens, wonach Rechtsstreitigkeiten, die sich gegen die Truppe und das zivile Gefolge als Leistungsempfänger des Anforderungsverfahrens ergeben, von der Bundesrepublik im eigenen Namen geführt werden, und bei Rechtsstreitigkeiten aus Direktbeschaffungen der ausländischen Streitkräfte nach Artikel 44 Abs. 6 des Zusatzabkommens in Verbindung mit den hierzu geschlossenen zweiseitigen Zusatzvereinbarungen. Nach Artikel 56 Abs. 9 des Zusatzabkommens in Verbindung mit Absatz 10 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 56 des Zusatzabkommens können bei Streitigkeiten der Betriebsvertretung der zivilen Arbeitskräfte bei den Streitkräften ebenfalls mit Leistungsanträge in Verfahren kommen, an denen die Bundesrepublik beteiligt ist.

Die Bundesrepublik ist in allen diesen Fällen Prozeßstandeschafterin für die Entsendestaaten. Das wird schon in der Klageschrift und insbesondere in den Entscheidungsgründen des Urteils des Gerichts zum Ausdruck kommen. Zur eindeutigen Klärung der Stellung der Bundesrepublik in dem Rechtsstreit ist es aber geboten, im Falle der Verurteilung der Bundesrepublik auch in der Urteilsformel auszusprechen, daß die Bundesrepublik für den in Betracht kommenden Entsendestaat zu leisten hat. Entsprechendes gilt, wenn die gerichtliche Entscheidung — sei es in den Fällen, in denen die Bundesrepublik als Partei auftritt oder als Beteiligte wie bei den Streitigkeiten aus dem Betriebsvertretungsrecht — durch Beschuß ergeht.

Zu Artikel 27

Die Bestimmungen des Absatzes 1 entsprechen dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Mit Absatz 2 wird der Entschließung des Nordatlantikrats vom 5. Oktober 1955 Rechnung getragen, nach der die Bundesrepublik Deutschland ihre Beitschtsurkunde zum NATO-Truppenstatut hinterlegen kann, wenn die Vertragsparteien des Zusatzabkommens ihre Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden zum Zusatzabkommen hinterlegt haben.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, in dem das NATO-Truppenstatut nach seinem Artikel XVIII Abs. 3, das Zusatzabkommen nebst Unterzeichnungsprotokoll nach seinem Artikel 83 Abs. 2 und die weiteren in Artikel 1 Abs. 2 aufgeführten Zusatzvereinbarungen für die Bundesrepublik in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Zur Kostenfrage:

Die Durchführung dieses Gesetzes wird für den Bund, die Länder und die Gemeinden im Vergleich zu der bisherigen Rechtslage nach dem Truppenvertrag, dem Finanzvertrag und dem Steuerabkommen keine zusätzlichen Kosten verursachen; es steht vielmehr zu erwarten, daß die Verbesserungen, die das NATO-Truppenstatut und die Zusatzvereinbarungen bringen (vgl. die Zusammenfassung auf S. 3 der Denkschrift), zu einer Verminderung der Kosten führen werden. Die persönlichen und sächlichen Verwaltungskosten des Bundes, der Länder und der Gemeinden werden sich durch den Vollzug dieses Gesetzes im Vergleich zu der bestehenden Rechtslage nicht nennenswert ändern.

Anlage III

**Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags
über die Rechtsstellung ihrer Truppen**

**Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty
Regarding the Status of their Forces**

**Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord
sur le Statut de leurs Forces**

THE PARTIES to the Atlantic Treaty signed in Washington on 4th April, 1949,

CONSIDERING that the Forces of one Party may be sent, by arrangement, to serve in the territory of another Party;

BEARING IN MIND that the decision to send them and the conditions under which they will be sent, in so far as such conditions are not laid down by the present Agreement, will continue to be the subject of separate arrangements between the Parties concerned;

DESIRING, however, to define the status of such forces while in the territory of another Party;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article I

1. In this Agreement the expression —

(a) "force" means the personnel belonging to the land, sea or air armed services of one Contracting Party when in the territory of another Contracting Party in the North Atlantic Treaty area in connexion with their official duties, provided that the two Contracting Parties concerned

LES ÉTATS PARTIES au Traité de l'Atlantique Nord, signé à Washington le 4 avril 1949,

CONSIDÉRANT que les forces d'une Partie peuvent, par accord, être envoyées en service sur le territoire d'une autre Partie;

ÉTANT entendu que la décision d'envoyer ces forces et les conditions auxquelles elles seront envoyées, pour autant que ces dernières ne sont pas prévues à la présente convention, continueront à faire l'objet d'accords particuliers entre les pays intéressés:

DÉSIREUX toutefois de déterminer le statut de la force armée de l'une des Parties lorsque cette force se trouve en service sur le territoire d'une autre Partie;

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article I^{er}

1. — Dans la présente Convention l'expression:

(a) «force» signifie le personnel appartenant aux armées de terre, de mer ou de l'air de l'une des Parties Contractantes qui se trouve pour l'exécution du service sur le territoire d'une autre Partie Contractante de la région de l'Atlantique Nord, sous réserve que deux

DIE PARTEIEN des am 4. April 1949 in Washington unterzeichneten Nordatlantikvertrags —

IN ANBETRACHT der Tatsache, daß die Truppen einer Vertragspartei nach Vereinbarung zur Ausübung des Dienstes in das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei entsandt werden können;

IN DEM BEWUSSTSEIN, daß der Beschuß, sie zu entsenden, und die Bedingungen, unter denen sie entsandt werden, auch weiterhin Sondervereinbarungen zwischen den beteiligten Vertragsparteien unterliegen, soweit die Bedingungen nicht in diesem Abkommen festgelegt sind;

IN DEM WUNSCHÉ jedoch, die Rechtsstellung dieser Truppen während ihres Aufenthaltes in dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei festzulegen —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

(1) In diesem Abkommen bedeutet der Ausdruck

(a) „Truppe“ das zu den Land-, See- oder Luftstreitkräften gehörende Personal einer Vertragspartei, wenn es sich im Zusammenhang mit seinen Dienststätten in dem Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei innerhalb des Gebietes des Nordatlantikvertrags befindet, mit der

may agree that certain individuals, units or formations shall not be regarded as constituting or included in a "force" for the purposes of the present Agreement;

- (b) "civilian component" means the civilian personnel accompanying a force of a Contracting Party who are in the employ of an armed service of that Contracting Party, and who are not stateless persons, nor nationals of any State which is not a Party to the North Atlantic Treaty, nor nationals of, nor ordinarily resident in, the State in which the force is located;
- (c) "dependent" means the spouse of a member of a force or of a civilian component, or a child of such member depending on him or her for support;
- (d) "sending State" means the Contracting Party to which the force belongs;
- (e) "receiving State" means the Contracting Party in the territory of which the force or civilian component is located, whether it be stationed there or passing in transit;
- (f) "military authorities of the sending State" means those authorities of a sending State who are empowered by its law to enforce the military law of that State with respect to members of its forces or civilian components;
- (g) "North Atlantic Council" means the Council established by Article 9 of the North Atlantic Treaty or any of its subsidiary bodies authorised to act on its behalf.

2. This Agreement shall apply to the authorities of political sub-divisions of the Contracting Parties, within their territories to which the Agreement applies or extends in accordance with Article XX, as it applies to the central authorities of those Contracting Parties, provided, however, that property owned by political sub-divisions shall not be considered to be property owned by a Contracting Party within the meaning of Article VIII.

Parties Contractantes intéressées peuvent convenir de ne pas considérer certaines personnes, unités ou formations comme constituant une "force" ou en faisant partie au regard des dispositions de la présente Convention;

- (b) « élément civil » signifie le personnel civil accompagnant la force d'une Partie Contractante et employé par l'une des armées de cette Partie Contractante, et qui n'est ni apatride, ni national d'un État non partie au Traité de l'Atlantique Nord, non plus que national de l'État sur le territoire duquel la force est en service, ni une personne qui y a sa résidence habituelle;
- (c) « personne à charge » signifie le conjoint d'un membre d'une force ou d'un élément civil faisant partie d'une force, ou les enfants qui sont à leur charge;
- (d) « État d'origine » signifie la Partie Contractante dont relève la force;
- (e) « État de séjour » signifie la Partie Contractante sur le territoire de laquelle se trouve la force ou l'élément civil, soit en séjour, soit en transit;
- (f) « autorités militaires de l'État d'origine » signifie les autorités de l'État d'origine qui, en vertu de la législation de cet État, sont chargées d'appliquer les lois militaires dudit État aux membres de ses forces ou de ses éléments civils;
- (g) « Conseil de l'Atlantique Nord » signifie le Conseil établi par l'Article 9 du Traité de l'Atlantique Nord, ou tout organe subordonné de celui-ci autorisé à agir en son nom.

2. — La présente Convention est applicable aux autorités des subdivisions politiques des Parties Contractantes, dans les limites des territoires auxquels, conformément aux dispositions de l'Article XX, l'accord s'applique ou est étendu, comme il s'applique aux autorités centrales de ces Parties Contractantes, sous réserve, toutefois, que les biens appartenant aux subdivisions politiques ne seront pas considérés comme étant des biens appartenant, au sens de l'Article VIII, à une Partie Contractante.

Maßgabe jedoch, daß die beiden beteiligten Vertragsparteien vereinbaren können, daß gewisse Personen, Einheiten oder Verbände nicht als eine "Truppe" im Sinne dieses Abkommens oder als deren Bestandteil anzusehen sind,

- (b) „Ziviles Gefolge“ das die Truppe einer Vertragspartei begleitende Zivilpersonal, das bei den Streitkräften dieser Vertragspartei beschäftigt ist, soweit es sich nicht um Staatenlose handelt oder um Staatsangehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrags ist, oder um Staatsangehörige des Staates, in welchem die Truppe stationiert ist, oder um Personen, die dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben,
- (c) „Angehöriger“ den Ehegatten eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, sowie ein dem Mitglied gegenüber unterhaltsberechtigtes Kind,
- (d) „Entsendestaat“ die Vertragspartei, der die Truppe angehört,
- (e) „Aufnahmestaat“ die Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Truppe oder das zivile Gefolge befinden, sei es, daß sie dort stationiert oder auf der Durchreise sind,
- (f) „Militärbehörden des Entsendestaates“ diejenigen Behörden eines Entsendestaates, die nach dessen Recht befugt sind, das Militärrecht dieses Staates auf die Mitglieder seiner Truppen oder zivilen Gefolge anzuwenden,
- (g) „Nordatlantikrat“ den gemäß Artikel 9 des Nordatlantikvertrags errichteten Rat oder die zur Handeln in seinem Namen befugten nachgeordneten Stellen.

(2) Dieses Abkommen gilt für die Behörden politischer Untergliederungen der Vertragsparteien innerhalb der Hoheitsgebiete, auf die das Abkommen gemäß Artikel XX angewendet oder erstreckt wird, ebenso wie für die Zentralbehörden dieser Vertragsparteien, jedoch mit der Maßgabe, daß Vermögenswerte, die politischen Untergliederungen gehören, nicht als Vermögenswerte einer Vertragspartei im Sinne des Artikels VIII anzusehen sind.

Article II

It is the duty of a force and its civilian component and the members thereof as well as their dependents to respect the law of the receiving State, and to abstain from any activity inconsistent with the spirit of the present Agreement, and, in particular, from any political activity in the receiving State. It is also the duty of the sending State to take necessary measures to that end.

Article II

Les membres d'une force ou d'un élément civil, ainsi que les personnes à leur charge sont tenus de respecter les lois en vigueur dans l'État de séjour et de s'abstenir sur le territoire de cet État de toute activité incompatible avec l'esprit de la présente Convention et en particulier de toute activité politique. Au surplus les autorités de l'État d'origine sont tenues de prendre les mesures nécessaires à cette fin.

Artikel II

Eine Truppe und ihr ziviles Gefolge, ihre Mitglieder sowie deren Angehörige haben die Pflicht, das Recht des Aufnahmestaates zu achten und sich jeder mit dem Geiste dieses Abkommens nicht zu vereinbarenden Tätigkeit, insbesondere jeder politischen Tätigkeit im Aufnahmestaat, zu enthalten. Es ist außerdem die Pflicht des Entsendestaates, die hierfür erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Article III

1. On the conditions specified in paragraph 2 of this Article and subject to compliance with the formalities established by the receiving State relating to entry and departure of a force or the members thereof, such members shall be exempt from passport and visa regulations and immigration inspection on entering or leaving the territory of a receiving State. They shall also be exempt from the regulations of the receiving State on the registration and control of aliens, but shall not be considered as acquiring any right to permanent residence or domicile in the territories of the receiving State.

2. The following documents only will be required in respect of members of a force. They must be presented on demand:

(a) personal identity card issued by the sending State showing names, date of birth, rank and number (if any), service, and photograph;

(b) individual or collective movement order, in the language of the sending State and in the English and French languages, issued by an appropriate agency of the sending State or of the North Atlantic Treaty Organisation and certifying to the status of the individual or group as a member or members of a force and to the movement ordered. The receiving State may require a movement order to be countersigned by its appropriate representative.

3. Members of a civilian component and dependents shall be so described in their passport.

Article III

1. — Sans préjudice des dispositions du paragraphe 2 du présent article, et à condition de se conformer aux formalités prescrites par l'État de séjour pour l'entrée et la sortie d'une force, ou des membres d'une force, ceux-ci sont dispensés des formalités de passeport et de visa, ainsi que de l'inspection par les services d'immigration à l'entrée et à la sortie du territoire d'un État de séjour. Ils ne sont pas davantage assujettis à la réglementation relative à l'enregistrement et au contrôle des étrangers. Toutefois, ils ne sont pas considérés comme acquérant des droits à la résidence permanente ou au domicile dans les territoires de l'État de séjour.

2. — Les seuls documents ci-dessous seront exigés des membres d'une force. Ils doivent être produits à toute réquisition:

(a) Carte d'identité personnelle délivrée par l'État d'origine munie d'une photographie et mentionnant les noms et prénoms, la date de naissance, le grade, le service et, s'il y a lieu, le numéro matricule;

(b) Ordre de mission collectif ou individuel dans la langue de l'État d'origine ainsi qu'en anglais et en français, délivré par le service compétent de l'État d'origine ou de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord et attestant le statut de la personne ou de l'unité en tant que membre ou partie d'une force ainsi que l'ordre de déplacement. L'État de séjour peut exiger que l'ordre de déplacement soit contresigné par un de ses représentants à ce qualifié.

3. — Le passeport dont les membres d'un élément civil et les personnes à charge seront porteurs devra faire état de ladite qualité.

Artikel III

(1) Unter den in Absatz (2) festgelegten Bedingungen und vorbehaltlich der Erfüllung der von dem Aufnahmestaat für die Ein- und die Ausreise einer Truppe oder ihrer Mitglieder vorgeschriebenen Förmlichkeiten sind diese Mitglieder von Paß- und Sichtvermerksbestimmungen sowie von der Einreisekontrolle beim Betreten oder Verlassen des Hoheitsgebiets eines Aufnahmestaates befreit. Sie sind ferner von den Bestimmungen des Aufnahmestaates über die Registrierung und Kontrolle von Ausländern befreit, erwerben jedoch keinerlei Recht auf ständigen Aufenthalt oder Wohnsitz in den Hoheitsgebieten des Aufnahmestaates.

(2) Für Mitglieder einer Truppe sind nur die folgenden Urkunden erforderlich. Sie sind auf Verlangen vorzuweisen:

(a) ein von dem Entsendestaat ausgestellter Personalausweis mit Namen, Geburtsdatum, Dienstgrad und Nummer (falls vorhanden), Waffengattung und Lichtbild;

(b) ein Einzel- oder Sammelmarschbefehl in der Sprache des Entsendestaates sowie in englischer und französischer Sprache, ausgestellt von einer zuständigen Dienststelle des Entsendestaates oder der Nordatlantikvertrags-Organisation; er muß die Stellung der Einzelperson oder Gruppe als Mitglied einer Truppe bescheinigen und die befohlene Marschbewegung bezeichnen. Der Aufnahmestaat kann verlangen, daß Marschbefehle von seinem zuständigen Vertreter gegengezeichnet werden.

(3) Mitglieder eines zivilen Gefolges und Angehörige sind in ihren Pässen als solche zu bezeichnen.

4. If a member of a force or of a civilian component leaves the employ of the sending State and is not repatriated, the authorities of the sending State shall immediately inform the authorities of the receiving State, giving such particulars as may be required. The authorities of the sending State shall similarly inform the authorities of the receiving State of any member who has absented himself for more than twenty-one days.

5. If the receiving State has requested the removal from its territory of a member of a force or civilian component or has made an expulsion order against an ex-member of a force or of a civilian component or against a dependent of a member or ex-member, the authorities of the sending State shall be responsible for receiving the person concerned within their own territory or otherwise disposing of him outside the receiving State. This paragraph shall apply only to persons who are not nationals of the receiving State and have entered the receiving State as members of a force or civilian component or for the purpose of becoming such members, and to the dependents of such persons.

Article IV

The receiving State shall either

- (a) accept as valid, without a driving test or fee, the driving permit or licence or military driving permit issued by the sending State or a sub-division thereof to a member of a force or of a civilian component; or
- (b) issue its own driving permit or licence to any member of a force or civilian component who holds a driving permit or licence or military driving permit issued by the sending State or a sub-division thereof, provided that no driving test shall be required.

Article V

1. Members of a force shall normally wear uniform. Subject to any arrangement to the contrary between the authorities of the sending and receiving States, the wearing of civilian dress shall be on the same conditions as for members of the forces of the receiving State. Regularly constituted units or formations of a force shall be in uniform when crossing a frontier.

4. — Si un membre d'une force ou d'un élément civil cesse d'être au service de l'État d'origine et n'est pas rapatrié, les autorités de l'État d'origine en informeront immédiatement les autorités de l'État de séjour en leur donnant toutes indications utiles. Les autorités de l'État d'origine informeront, dans les mêmes conditions, les autorités de l'État de séjour de toute absence illégale dépassant 21 jours.

5. — Si l'État de séjour a demandé l'éloignement de son territoire d'un membre d'une force ou d'un élément civil, ou a pris un arrêté d'expulsion contre un ex-membre d'une force ou d'un élément civil ou contre une personne à charge d'un membre ou d'un ex-membre, les autorités de l'État d'origine sont tenues de les recevoir sur leur territoire ou tout au moins de leur faire quitter le territoire de l'État de séjour. Ce paragraphe ne s'applique qu'aux personnes qui ne sont pas des nationaux de l'État de séjour et qui sont entrées dans ledit État en qualité de membre d'une force ou d'un élément civil ou en vue de le devenir ou de personne à charge de ceux-ci.

Article IV

L'État de séjour peut:

- (a) soit accepter comme valable, sans exiger ni examen ni droit ou taxe, le permis de conduire ou le permis de conduire militaire délivré par l'État d'origine ou par une de ses subdivisions à un membre d'une force ou d'un élément civil;
- (b) soit délivrer, sans exiger d'examen, son propre permis de conduire à tout membre d'une force ou d'un élément civil, titulaire d'un permis de conduire ou d'un permis de conduire militaire délivré par l'État d'origine ou une de ses subdivisions.

Article V

1. — Les membres d'une force porteront normalement leur uniforme. Sous réserve de tout arrangement contraire entre les autorités de l'État d'origine et de l'État de séjour, la tenue civile sera portée dans les mêmes conditions que par les forces armées des États de séjour. Les unités de formations militaires régulièrement constituées d'une force doivent se présenter en uniforme aux frontières qu'elles franchissent.

(4) Scheidet ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges aus dem Dienst des Entsendestaates aus, ohne heimgeschafft zu werden, so benachrichtigen die Behörden des Entsendestaates unverzüglich die Behörden des Aufnahmestaates unter Angabe aller etwa geforderten Einzelheiten. In entsprechender Weise benachrichtigen die Behörden des Entsendestaates die Behörden des Aufnahmestaates, wenn ein Mitglied sich länger als 21 Tage unerlaubt entfernt hat.

(5) Hat der Aufnahmestaat verlangt, daß ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges aus seinem Hoheitsgebiet entfernt wird, oder hat er einen Ausweisungsbefehl gegen ein früheres Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder gegen einen Angehörigen eines Mitglieds oder früheren Mitglieds erlassen, so sind die Behörden des Entsendestaates für die Aufnahme der betreffenden Person im eigenen Hoheitsgebiet oder für eine anderweitige Verbringung außerhalb des Aufnahmestaates verantwortlich. Dieser Absatz findet nur auf Personen Anwendung, die nicht Staatsangehörige des Aufnahmestaates sind und die in den Aufnahmestaat als Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder um Mitglieder zu werden eingereist sind, sowie auf Angehörige solcher Personen.

Artikel IV

Der Aufnahmestaat ist verpflichtet,

- (a) entweder ohne Fahrprüfung oder Gebühr die Fahrerlaubnis oder den Führerschein oder den Militärführerschein des Entsendestaates oder einer Untergliederung dieses Staates für ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges als gültig anzuerkennen,
- (b) oder ohne eine Fahrprüfung zu verlangen, seine eigenen Fahrerlaubnisse oder Führerscheine für Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges auszustellen, die eine Fahrerlaubnis, einen Führerschein oder einen Militärführerschein des Entsendestaates oder einer Untergliederung dieses Staates besitzen.

Artikel V

(1) Die Mitglieder einer Truppe tragen in der Regel Uniform. Vorbehaltlich gegenseitiger Vereinbarungen zwischen den Behörden des Entsendestaates und des Aufnahmestaates gelten für das Tragen von Zivilkleidung die gleichen Bedingungen wie für Mitglieder der Truppen des Aufnahmestaates. Ordnungsmäßig zusammengesetzte Einheiten oder Verbände einer Truppe tragen beim Überschreiten einer Grenze Uniform.

2. Service vehicles of a force or civilian component shall carry, in addition to their registration number, a distinctive nationality mark.

2. — Les véhicules d'une force ou d'un élément civil immatriculés à l'armée portent, en plus de leur numéro d'immatriculation, une marque distinctive de leur nationalité.

(2) Dienstfahrzeuge einer Truppe oder eines zivilen Gefolges führen außer ihrer Kennnummer ein deutliches Staatszugehörigkeitszeichen.

Article VI

Members of a force may possess and carry arms, on conditions that they are authorised to do so by their orders. The authorities of the sending State shall give sympathetic consideration to requests from the receiving State concerning this matter.

Article VI

Les membres d'une force peuvent détenir et porter leurs armes à condition d'y être autorisés par le règlement qui leur est applicable. Les autorités de l'État d'origine examineront avec bienveillance les demandes que l'État de séjour leur présentera en la matière.

Artikel VI

Mitglieder einer Truppe können Waffen besitzen und tragen, vorausgesetzt, daß sie durch ihre Dienstanweisung hierzu befugt sind. Die Behörden des Entsendestaates werden Ersuchen des Aufnahmestaates in diesem Sachbereich wohlwollend erwägen.

Article VII

1. Subject to the provisions of this Article,

- (a) the military authorities of the sending State shall have the right to exercise within the receiving State all criminal and disciplinary jurisdiction conferred on them by the law of the sending State over all persons subject to the military law of that State;
 - (b) the authorities of the receiving State shall have jurisdiction over the members of a force or civilian component and their dependents with respect to offences committed within the territory of the receiving State and punishable by the law of that State.
2. (a) The military authorities of the sending State shall have the right to exercise exclusive jurisdiction over persons subject to the military law of that State with respect to offences, including offences relating to its security, punishable by the law of the sending State, but not by the law of the receiving State.

Article VII

1. — Sous réserve des dispositions du présent article,

- (a) Les autorités militaires de l'État d'origine ont le droit d'exercer sur le territoire de l'État de séjour les pouvoirs de juridiction pénale et disciplinaire que leur confère la législation de l'État d'origine sur toutes personnes sujettes à la loi militaire de cet État;
- (b) Les autorités de l'État de séjour ont le droit d'exercer leur juridiction sur les membres d'une force ou d'un élément civil et les personnes à leur charge en ce qui concerne les infractions commises sur le territoire de l'État de séjour et punies par la législation de cet État.

Artikel VII

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen dieses Artikels

- (a) haben die Militärbehörden des Entsendestaates das Recht, innerhalb des Aufnahmestaates die gesamte Straf- und Disziplinargechtsbarkeit auszuüben, die ihnen durch das Recht des Entsendestaates über alle dem Militärrecht dieses Staates unterworfenen Personen übertragen ist;
- (b) üben die Behörden des Aufnahmestaates über die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und über deren Angehörige in bezug auf die innerhalb des Hoheitsgebiets des Aufnahmestaates begangenen und nach dessen Recht strafbaren Handlungen die Gerichtsbarkeit aus.

(2) (a) Die Militärbehörden des Entsendestaates haben das Recht, über die dem Militärrecht dieses Staates unterworfenen Personen die ausschließliche Gerichtsbarkeit in bezug auf diejenigen Handlungen, einschließlich Handlungen gegen die Sicherheit dieses Staates, auszuüben, welche nach dem Recht des Entsendestaates, jedoch nicht nach dem Recht des Aufnahmestaates strafbar sind.

- (b) Die Behörden des Aufnahmestaates haben das Recht, über Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und deren Angehörige die ausschließliche Gerichtsbarkeit in bezug auf diejenigen Handlungen, einschließlich Handlungen gegen die Sicherheit dieses Staates, auszuüben, welche nach dessen Recht, jedoch nicht nach dem Recht des Entsendestaates strafbar sind.

(c) For the purposes of this paragraph and of paragraph 3 of this Article a security offence against a State shall include

- (i) treason against the State;
- (ii) sabotage, espionage or violation of any law relating to official secrets of that State, or secrets relating to the national defence of that State.

3. In cases where the right to exercise jurisdiction is concurrent the following rules shall apply:

(a) The military authorities of the sending State shall have the primary right to exercise jurisdiction over a member of a force or of a civilian component in relation to

(i) offences solely against the property or security of that State, or offences solely against the person or property of another member of the force or civilian component of that State or of a dependent;

(ii) offences arising out of any act or omission done in the performance of official duty.

(b) In the case of any other offence the authorities of the receiving State shall have the primary right to exercise jurisdiction.

(c) If the State having the primary right decides not to exercise jurisdiction, it shall notify the authorities of the other State as soon as practicable. The authorities of the State having the primary right shall give sympathetic consideration to a request from the authorities of the other State for a waiver of its right in cases where that other State considers such waiver to be of particular importance.

4. The foregoing provisions of this Article shall not imply any right for the military authorities of the sending State to exercise jurisdiction over persons who are nationals of or ordinarily resident in the receiving

(c) Au sens du présent paragraphe et du paragraphe 3 du présent article, sont considérées comme infractions portant atteinte à la sûreté d'un État:

- (i) la trahison,
- (ii) le sabotage, l'espionnage ou la violation de la législation relative aux secrets d'État ou de défense nationale.

3. — Dans les cas de juridiction concurrente, les règles suivantes sont applicables:

(a) Les autorités militaires de l'État d'origine ont le droit d'exercer par priorité leur juridiction sur le membre d'une force ou d'un élément civil en ce qui concerne:

(i) Les infractions portant atteinte uniquement à la sûreté ou à la propriété de cet État ou les infractions portant atteinte uniquement à la personne ou à la propriété d'un membre de la force, ou d'un élément civil de cet État ainsi que d'une personne à charge;

(ii) Les infractions résultant de tout acte ou négligence accomplis dans l'exécution du service.

(b) Dans le cas de toute autre infraction, les autorités de l'État de séjour exercent par priorité leur juridiction.

(c) Si l'État qui a le droit d'exercer par priorité sa juridiction décide d'y renoncer, il le notifiera aussitôt que possible aux autorités de l'autre État. Les autorités de l'État qui a le droit d'exercer par priorité sa juridiction examinent avec bienveillance les demandes de renonciation à ce droit, présentées par les autorités de l'autre État, lorsque celles-ci estiment que des considérations particulièremment importantes le justifient.

4. — Les dispositions du présent article ne comportent pour les autorités militaires de l'État d'origine aucun droit d'exercer une juridiction sur les nationaux de l'État de séjour ou sur les personnes qui y ont leur

(c) Im Sinne dieses Absatzes und des Absatzes (3) sind strafbare Handlungen gegen die Sicherheit eines Staates

- (i) Hochverrat,
- (ii) Sabotage, Spionage oder Verletzung eines Gesetzes, das sich auf Amtsgeheimnisse dieses Staates oder auf Geheimnisse im Zusammenhang mit der Landesverteidigung dieses Staates bezieht.

(3) In Fällen konkurrierender Gerichtsbarkeit gelten die folgenden Regeln:

(a) Die Militärbehörden des Entsendestaates haben das Vorrang auf Ausübung der Gerichtsbarkeit über ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in bezug auf

(i) strafbare Handlungen, die nur gegen das Vermögen oder die Sicherheit dieses Staates oder nur gegen die Person oder das Vermögen eines anderen Mitglieds der Truppe oder des zivilen Gefolges dieses Staates oder eines Angehörigen gerichtet sind;

(ii) strafbare Handlungen, die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergeben.

(b) Bei allen sonstigen strafbaren Handlungen haben die Behörden des Aufnahmestaates das Vorrang auf Ausübung der Gerichtsbarkeit.

(c) Beschließt der bevorrechtigte Staat, die Gerichtsbarkeit nicht auszuüben, so teilt er dies den Behörden des anderen Staates so bald wie möglich mit. Die Behörden des bevorrechtigten Staates ziehen die von den Behörden des anderen Staates an sie gerichteten Ersuchen um Verzicht auf das Vorrang in wohlwollende Erwägung, wenn der andere Staat einem derartigen Verzicht besondere Wichtigkeit beimäßt.

(4) Aus den Bestimmungen der Absätze (1) bis (3) ergibt sich für die Militärbehörden des Entsendestaates nicht das Recht, die Gerichtsbarkeit über Personen auszuüben, die Staatsangehörige des Aufnahmestaates sind

State, unless they are members of the force of the sending State.

résidence habituelle, à moins que ceux-ci soient membres des forces armées de l'État d'origine.

oder dort ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, es sei denn, daß diese Personen Mitglieder der Truppe des Entsendestaates sind.

5. (a) The authorities of the receiving and sending States shall assist each other in the arrest of members of a force or civilian component or their dependents in the territory of the receiving State and in handing them over to the authority which is to exercise jurisdiction in accordance with the above provisions.

5. — (a) Les autorités des États de séjour et d'origine se prêtent mutuellement assistance pour l'arrestation des membres d'une force de l'État d'origine ou d'un élément civil ou des personnes à charge sur le territoire de l'État de séjour et pour leur remise à l'autorité qui a à exercer sa juridiction conformément aux dispositions ci-dessus.

(5) (a) Die Behörden des Aufnahmestaaates und des Entsendestaates unterstützen sich gegenseitig bei der Festnahme von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder von deren Angehörigen im Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates und bei der Übergabe dieser Personen an die Behörde, die gemäß den obigen Bestimmungen die Gerichtsbarkeit auszuüben hat.

(b) The authorities of the receiving State shall notify promptly the military authorities of the sending State of the arrest of any member of a force or civilian component or a dependent.

(b) Les autorités de l'État de séjour notifient dans les délais les plus brefs aux autorités militaires de l'État d'origine l'arrestation de tout membre d'une force ou d'un élément civil ou d'une personne à charge.

(b) Die Behörden des Aufnahmestaates unterrichten die Militärbehörden des Entsendestaates unverzüglich von der Festnahme eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder eines Angehörigen.

(c) The custody of an accused member of a force or civilian component over whom the receiving State is to exercise jurisdiction shall, if he is in the hands of the sending State, remain with that State until he is charged by the receiving State.

(c) La garde d'un membre d'une force ou d'un élément civil sur lequel l'État de séjour a à exercer son droit de juridiction et qui est entre les mains des autorités de l'État d'origine demeurera assurée par celles-ci jusqu'à ce que des poursuites aient été engagées contre lui par l'État de séjour.

(c) Ein einer strafbaren Handlung beschuldigtes Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, über das der Aufnahmestaat die Gerichtsbarkeit auszuüben hat, verbleibt, falls es sich in den Händen des Entsendestaates befindet, in dessen Gewahrsam, bis es von dem Aufnahmestaat unter Anklage gestellt wird.

6. (a) The authorities of the receiving and sending States shall assist each other in the carrying out of all necessary investigations into offences, and in the collection and production of evidence, including the seizure and, in proper cases, the handing over of objects connected with an offence. The handing over of such objects may, however, be made subject to their return within the time specified by the authority delivering them.

6. — (a) Les autorités des États de séjour et d'origine se prêtent mutuellement assistance pour la conduite des enquêtes, pour la recherche de preuves, y compris la saisie, et s'il y a lieu, la remise des pièces à conviction et des objets de l'infraction. La remise des pièces et objets saisis peut toutefois être subordonnée à leur restitution dans un délai déterminé par l'autorité qui procède à cette remise.

(6) (a) Die Behörden des Aufnahmestaaates und des Entsendestaates unterstützen sich gegenseitig bei der Durchführung aller erforderlichen Ermittlungen in Strafsachen sowie bei der Beschaffung von Beweismitteln, einschließlich der Be-
schlagnahme und geeignetenfalls der Aushändigung von Gegenständen, die mit einer strafbaren Handlung im Zusammenhang stehen. Die Aushändigung derartiger Gegenstände kann jedoch von deren Rückgabe innerhalb einer von der aushändigenden Behörde bestimmten Frist abhängig gemacht werden.

(b) The authorities of the Contracting Parties shall notify one another of the disposition of all cases in which there are concurrent rights to exercise jurisdiction.

(b) Les autorités des Parties Contractantes, dans les cas où il y a juridiction concurrente, s'informent réciprocement de la suite donnée aux affaires.

(b) Die Behörden der Vertragsparteien unterrichten sich in allen Fällen, in denen ihre Gerichtsbarkeit konkurriert, darüber, was veranlaßt worden ist.

7. (a) A death sentence shall not be carried out in the receiving State by the authorities of the sending State if the legislation of the receiving State does not provide for such punishment in a similar case.

7. — (a) Il ne peut être procédé par les autorités de l'État d'origine à l'exécution d'une condamnation capitale sur le territoire de l'État de séjour si la législation de ce dernier ne prévoit pas la peine de mort dans un cas analogue.

(7) (a) Todesurteile werden durch die Behörden des Entsendestaates nicht im Aufnahmestaat vollstreckt, wenn das Recht des Aufnahmestaates in entsprechenden Fällen diese Strafe nicht vorsieht.

(b) The authorities of the receiving State shall give sympathetic consideration to a request from the authorities of the sending State for assistance in carrying out a sentence of imprisonment pronounced by the authorities of the sending State under the provision of this Article within the territory of the receiving State.

8. Where an accused has been tried in accordance with the provisions of this Article by the authorities of one Contracting Party and has been acquitted, or has been convicted and is serving, or has served, his sentence or has been pardoned, he may not be tried again for the same offence within the same territory by the authorities of an other Contracting Party. However, nothing in this paragraph shall prevent the military authorities of the sending State from trying a member of its force for any violation of rules of discipline arising from an act or omission which constituted an offence for which he was tried by the authorities of another Contracting Party.

9. Whenever a member of a force or civilian component or a dependent is prosecuted under the jurisdiction of a receiving State he shall be entitled —

- (a) to a prompt and speedy trial;
- (b) to be informed, in advance of trial, of the specific charge or charges made against him;
- (c) to be confronted with the witnesses against him;
- (d) to have compulsory process for obtaining witnesses in his favour, if they are within the jurisdiction of the receiving State;
- (e) to have legal representation of his own for his defence or to have free or assisted legal representation under the conditions prevailing for the time being in the receiving State;
- (f) if he considers it necessary, to have the services of a competent interpreter; and
- (g) to communicate with a representative of the Government of the sending State and, when the rules of the

(b) Les autorités de l'État de séjour examinent avec bienveillance les demandes des autorités de l'État d'origine en vue de prêter assistance à celles-ci pour l'exécution des peines d'emprisonnement prononcées sur le territoire de l'État de séjour par lesdites autorités conformément aux dispositions du présent article.

8. — Lorsqu'un inculpé a été jugé conformément aux dispositions de cet article par les autorités d'une Partie Contractante et a été acquitté ou, en cas de condamnation, s'il subit ou a subi sa peine ou a été gracié, il ne peut plus être jugé de nouveau sur le même territoire, du chef de la même infraction, par les autorités d'une autre Partie Contractante. Toutefois, ce paragraphe ne s'oppose en rien à ce que les autorités militaires de l'État d'origine jugent un membre d'une force pour toute violation des règles de discipline résultant de l'acte ou de l'omission constitutive de l'infraction pour laquelle il a été jugé.

9. — Quand un membre d'une force ou d'un élément civil ou une personne à charge est poursuivi devant les juridictions de l'État de séjour, il a droit:

- (a) à être jugé rapidement;
- (b) à être tenu informé, avant les débats, de l'accusation ou des accusations portées contre lui;
- (c) à être confronté avec les témoins à charge;
- (d) à ce que les témoins à décharge soient contraints de se présenter si la juridiction de l'État de séjour a le pouvoir de les y obliger;
- (e) à être représenté selon son choix ou à être assisté dans les conditions légales en vigueur à l'époque dans l'État de séjour;
- (f) s'il l'estime nécessaire, au service d'un interprète compétent;
- (g) à communiquer avec un représentant du gouvernement de l'État d'origine, et lorsque les règles de pro-

(b) Die Behörden des Aufnahmestaates werden Ersuchen der Behörden des Entsendestaates um Unterstützung bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen, die von den Behörden des Entsendestaates auf Grund dieses Artikels innerhalb des Hoheitsgebiets des Aufnahmestaates ausgesprochen worden sind, wohlwollend prüfen.

(8) Wenn ein Angeklagter in einem Strafverfahren, das nach diesem Artikel von den Behörden einer Vertragspartei gegen ihn durchgeführt wurde, freigesprochen worden ist oder wenn er in einem solchen Verfahren verurteilt worden ist und seine Strafe verbüßt oder verbüßt hat oder begnadigt worden ist, kann er nicht wegen derselben Handlung innerhalb desselben Hoheitsgebiets von den Behörden einer anderen Vertragspartei erneut vor Gericht gestellt werden. Dieser Absatz schließt nicht aus, daß die Militärbehörden des Entsendestaates ein Mitglied der Truppe dieses Staates wegen eines Dienstvergehens belangen, das in einer Handlung oder Unterlassung liegt, deretwegen von den Behörden einer anderen Vertragspartei ein Strafverfahren gegen dieses Mitglied durchgeführt wurde.

(9) Wird ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder ein Angehöriger unter der Gerichtsbarkeit eines Aufnahmestaates strafrechtlich verfolgt, so hat er das Recht

- (a) auf alsbaldige und schnelle Verhandlung;
- (b) vor der Verhandlung über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden;
- (c) den Belastungszeugen gegenübergestellt zu werden;
- (d) Entlastungszeugen laden und vorführen zu lassen, wenn diese der Gerichtsbarkeit des Aufnahmestaates unterstehen;
- (e) auf Vertretung durch einen Verteidiger eigener Wahl oder durch einen nach Maßgabe der jeweils in dem Aufnahmestaat geltenden Bedingungen gebührentrei oder zu ermäßigten Gebühren bestellten Verteidiger;
- (f) falls er es für notwendig hält, auf die Dienste eines befähigten Dolmetschers;
- (g) sich mit einem Vertreter der Regierung des Entsendestaates in Verbindung zu setzen sowie, wenn es die Verfah-

court permit to have such a representative present at this trial.

10. (a) Regularly constituted military units or formations of a force shall have the right to police any camps, establishments or other premises which they occupy as the result of an agreement with the receiving State. The military police of the force may take all appropriate measures to ensure the maintenance of order and security on such premises.

(b) Outside these premises, such military police shall be employed only subject to arrangements with the authorities of the receiving State and in liaison with those authorities, and in so far as such employment is necessary to maintain discipline and order among the members of the force.

11. Each Contracting Party shall seek such legislation as it deems necessary to ensure the adequate security and protection within its territory of installations, equipment, property, records and official information of other Contracting Parties, and the punishment of persons who may contravene laws enacted for that purpose.

Article VIII

1. Each Contracting Party waives all its claims against any other Contracting Party for damage to any property owned by it and used by its land, sea or air armed services, if such damage —

(i) was caused by a member or an employee of the armed services of the other Contracting Party in the execution of his duties in connexion with the operation of the North Atlantic Treaty, or

(ii) arose from the use of any vehicle, vessel or aircraft owned by the other Contracting Party and used by its armed services, provided either that the vehicle, vessel or aircraft causing the damage was being used in connexion with the opera-

cédures le permettent, à la présence de ce représentant aux débats.

10. — (a) Les unités ou formations militaires régulièrement constituées d'une force ont le droit de police sur tous les camps, établissements ou autres installations occupés par elles en vertu d'un accord avec l'État de séjour. La police militaire des unités ou formations peut prendre toutes les mesures utiles pour assurer le maintien de l'ordre et de la sécurité dans ces installations.

(b) L'emploi de ladite police militaire hors de ces installations est subordonné à un accord avec les autorités de l'État de séjour, se fait en liaison avec celles-ci et n'intervient que pour autant que cela est nécessaire pour maintenir l'ordre et la discipline parmi les membres de ces unités ou formations.

11. — Chacune des Parties Contractantes soumettra au pouvoir législatif les projets qu'elle estime nécessaires pour permettre d'assurer sur son territoire la sécurité et la protection des installations, du matériel, des propriétés, des archives et des documents officiels des autres Parties Contractantes ainsi que la répression des infractions à cette législation.

Article VIII

1. — Chaque Partie Contractante renonce à toute demande d'indemnité à l'encontre d'une autre Partie Contractante pour les dommages causés aux biens de l'État qui sont utilisés par ses forces armées de terre, de mer et de l'air,

(i) si le dommage est causé par un membre des forces armées de l'autre Partie Contractante, ou par un employé de celle-ci, dans l'exercice de ses fonctions dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord;

(ii) ou s'il est causé par un véhicule, un navire ou un aéronef d'une Partie Contractante et utilisé par ses forces armées, à condition, ou que le véhicule, le navire ou l'aéronef cause du dommage ait été utilisé pour des actions entreprises dans

rensvorschriften gestatten, auf Anwesenheit eines solchen Vertreters bei der Verhandlung.

(10) (a) Ordnungsmäßig aufgestellte militärische Einheiten oder Verbände einer Truppe haben die Polizeigewalt in allen Lagern, Anwesen oder anderen Liegenschaften, die sie auf Grund einer Vereinbarung mit dem Aufnahmestaat innehaben. Die Militärpolizei der Truppe kann alle geeigneten Maßnahmen treffen, um die Ordnung und Sicherheit innerhalb dieser Liegenschaften aufrechtzuerhalten.

(b) Außerhalb dieser Liegenschaften darf die Militärpolizei nur nach Maßgabe von Abmachungen mit den Behörden des Aufnahmestaates und in Verbindung mit diesen und nur so weit eingesetzt werden, wie dies zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung unter den Mitgliedern der Truppe erforderlich ist.

(11) Jede Vertragspartei strebt diejenigen gesetzgeberischen Maßnahmen an, die sie für erforderlich hält, um sicherzustellen, daß innerhalb ihres Hoheitsgebiets die Sicherheit und der Schutz von Anlagen, Ausrüstungs- und sonstigen Vermögensgegenständen, amtlichen Schriftstücken und amtlichen Kenntnissen anderer Vertragsparteien sowie die Bestrafung von Zu widerhandlungen gegen die zu diesem Zwecke erlassenen Gesetze hinreichend gewährleistet sind.

Artikel VIII

(1) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Ansprüche gegen eine andere Vertragspartei wegen Beschädigung von Vermögenswerten, die ihr gehören und von ihren Land-, See- oder Luftstreitkräften benutzt werden, wenn der Schaden

(i) von einem Mitglied oder einem Bediensteten der Streitkräfte der anderen Vertragspartei in Ausübung seiner Dienstobliegenheiten im Zusammenhang mit der Durchführung des Nordatlantikvertrags verursacht wurde; oder

(ii) durch die Benutzung von Land-, Wasser- oder Luftfahrzeugen entstanden ist, die der anderen Vertragspartei gehören und von deren Streitkräften benutzt werden, vorausgesetzt, daß entweder das den Schaden verursachende Fahrzeug oder

tion of the North Atlantic Treaty, or that the damage was caused to property being so used.

Claims for maritime salvage by one Contracting Party against any other Contracting Party shall be waived, provided that the vessel or cargo was owned by a Contracting Party and being used by its armed services in connexion with the operation of the North Atlantic Treaty.

le cadre des opérations du Traité de l'Atlantique Nord, ou que le dommage ait été causé à des biens utilisés dans les mêmes conditions.

Les demandes d'indemnités pour sauvetage maritime formulées par une Partie Contractante à l'encontre d'une autre Partie Contractante font l'objet de la même renonciation, sous réserve que le navire ou la cargaison sauvés soient la propriété d'une Partie Contractante et soient utilisés par ses forces armées à l'occasion d'actions entreprises dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord.

2. (a) In the case of damage caused or arising as stated in paragraph 1 to other property owned by a Contracting Party and located in its territory, the issue of the liability of any other Contracting Party shall be determined and the amount of damage shall be assessed, unless the Contracting Parties concerned agree otherwise, by a sole arbitrator selected in accordance with sub-paragraph (b) of this paragraph. The arbitrator shall also decide any counter-claims arising out of the same incident.

(b) The arbitrator referred to in subparagraph (a) above shall be selected by agreement between the Contracting Parties concerned from amongst the nationals of the receiving State who hold or have held high judicial office. If the Contracting Parties concerned are unable, within two months, to agree upon the arbitrator, either may request the Chairman of the North Atlantic Council Deputies to select a person with the aforesaid qualifications.

(c) Any decision taken by the arbitrator shall be binding and conclusive upon the Contracting Parties.

(d) The amount of any compensation awarded by the arbitrator shall be distributed in accordance with the provisions of paragraph 5 (e) (i), (ii) and (iii) of this Article.

der beschädigte Vermögensgegenstand im Zusammenhang mit der Durchführung des Nordatlantikvertrags verwendet wurden.

Auf Ansprüche einer Vertragspartei gegen eine andere Vertragspartei aus Bergung und Hilfeleistung zur See wird verzichtet, vorausgesetzt, daß das geborgene Schiff oder die geborgene Ladung einer Vertragspartei gehörte und von ihren Streitkräften im Zusammenhang mit der Durchführung des Nordatlantikvertrags verwendet wurde.

2. — (a) Dans le cas de dommages autres que ceux prévus au paragraphe 1 ci-dessus qui ont été causés aux biens d'une Partie Contractante situés sur le territoire de celle-ci, et pour autant que les Parties Contractantes intéressées n'aient pas conclu d'autre accord, il sera prononcé sur la responsabilité et le montant du dommage par un arbitre unique choisi conformément aux dispositions de l'alinéa (b) ci-dessous. L'arbitre connaîtra également des demandes reconventionnelles éventuelles.

(b) L'arbitre prévu à l'alinéa (a) ci-dessous sera choisi par accord entre les Parties Contractantes intéressées parmi les nationaux de l'État de séjour exerçant ou ayant exercé une haute fonction judiciaire. Si les Parties Contractantes intéressées n'ont pu, à l'expiration d'un délai de deux mois, se mettre d'accord sur la désignation de cet arbitre, l'une ou l'autre pourra demander au président des Suppléants du Conseil de l'Atlantique Nord de choisir une personne répondant aux qualifications indiquées ci-dessus;

(c) Toute décision prise par l'arbitre sera définitive et liera les Parties Contractantes;

(d) Le montant de toute indemnité attribuée par l'arbitre sera réparti comme il est prévu au paragraphe (5) (e) (i), (ii) et (iii) ci-dessous;

(2) (a) Im Falle von Schäden, die an anderen einer Vertragspartei gehörenden und in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Vermögenswerten in der in Absatz (1) bezeichneten Weise verursacht worden oder entstanden sind, wird über die Haftung einer anderen Vertragspartei und über die Höhe des Schadens durch einen nach Buchstabe (b) ausgewählten Einzelschiedsrichter entschieden, es sei denn, daß die beteiligten Vertragsparteien etwas anderes vereinbaren. Der Schiedsrichter entscheidet auch über alle aus dem gleichen Ereignis entstehenden Gegenansprüche.

(b) Der unter Buchstabe (a) vorgesehene Schiedsrichter wird im Einvernehmen zwischen den beteiligten Vertragsparteien aus den Staatsangehörigen des Aufnahmestaates ausgewählt, die hohe richterliche Ämter innehaben oder innegehabt haben. Können die betreffenden Vertragsparteien sich nicht innerhalb von zwei Monaten über den Schiedsrichter einigen, so kann jede von ihnen den Vorsitzenden der Stellvertreter im Nordatlantikrat ersuchen, eine Person auszuwählen, die die obengenannten Voraussetzungen erfüllt.

(c) Die Entscheidung des Schiedsrichters ist für die Vertragsparteien bindend und endgültig.

(d) Der Betrag der von dem Schiedsrichter zuerkannten Entschädigung wird nach Absatz (5) Buchstabe (e) Ziffern (i), (ii) und (iii) aufgeteilt.

- (e) The compensation of the arbitrator shall be fixed by agreement between the Contracting Parties concerned and shall, together with the necessary expenses incidental to the performance of his duties, be defrayed in equal proportions by them.
- (f) Nevertheless, each Contracting Party waives its claim in any such case where the damage is less than: —

Belgium: B.fr. 70,000.
 Canada: \$ 1,460.
 Denmark: Kr. 9,670.
 France: F.fr. 490,000.
 Iceland: Kr. 22,800.
 Italy: Li. 850,000.
 Luxembourg: L.fr. 70,000.
 Netherlands: Fl. 5,320.
 Norway: Kr. 10,000.
 Portugal: Es. 40,250.
 United Kingdom: £ 500.
 United States: \$ 1,400.

Any other Contracting Party whose property has been damaged in the same incident shall also waive its claim up to the above amount. In the case of considerable variation in the rates of exchange between these currencies the Contracting Parties shall agree on the appropriate adjustments of these amounts.

3. For the purposes of paragraph 1 and 2 of this Article the expression "owned by a Contracting Party" in the case of a vessel includes a vessel on bare boat charter to that Contracting Party or requisitioned by it on bare boat terms or seized by it in prize (except to that extent that the risk of loss or liability is borne by some person other than such Contracting Party).

4. Each Contracting Party waives all its claims against any other Contracting Party for injury or death suffered by any member of its armed services while such member was engaged in the performance of his official duties.

5. Claims (other than contractual claims and those to which paragraphs 6 or 7 of this Article apply) arising out of acts or omissions of members of a force or civilian component done in the performance of official duty, or out of any other act, omission or occurrence for which a force or civil-

(e) La rémunération de l'arbitre sera fixée par accord entre les Parties Contractantes intéressées et sera, ainsi que les dépenses qu'aura occasionnées l'accomplissement de ses fonctions, supportée par parts égales par lesdites Parties.

(f) Toutefois, chaque Partie Contractante renonce à demander une indemnité si le montant du dommage est inférieur aux montants suivants:

Belgique: Fr.b. 70.000.
 Canada: \$ 1.460.
 Danemark: Kr. 9.670.
 France: Fr.fr. 490.000.
 Islande: Kr. 22.800.
 Italie: Li. 850.000.
 Luxembourg: Fr.l. 70.000.
 Pays-Bas: Fl. 5.320.
 Norvège: Kr. 10.000.
 Portugal: Es. 40.250.
 Royaume-Uni: £ 500.
 Etats-Unis: \$ 1.400.

Toute autre Partie Contractante dont les biens auraient été endommagés dans le même incident renoncera aussi à sa réclamation à concurrence des montants indiqués ci-dessus. Dans le cas de variation importante du cours des changes, les Parties Contractantes procéderont à l'ajustement des chiffres ci-dessus.

3. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article s'appliquent à tout navire affrété en coque nue par une Partie Contractante, ou réquisitionné par elle avec un contrat d'affrètement en coque nue ou de bonne prise (sauf en ce qui concerne la partie du risque de perte et de la responsabilité supportée par une autre personne que cette Partie Contractante).

4. — Chaque Partie Contractante renonce à demander une indemnité à une autre Partie Contractante dans le cas où un membre de ses forces armées a subi des blessures ou est mort dans l'exécution du service.

5. — Les demandes d'indemnité (autres que celles résultant de l'application d'un contrat et que celles auxquelles les paragraphes 6 ou 7 du présent article sont applicables) du chef d'actes ou de négligences dont un membre d'une force ou un élément civil est responsable dans l'exécution du service.

(e) Die Vergütung für den Schiedsrichter wird im Einvernehmen zwischen den beteiligten Vertragsparteien festgesetzt und, ebenso wie die bei der Durchführung seiner Aufgaben entstehenden Kosten, von ihnen zu gleichen Teilen getragen.

(f) Jede Vertragspartei verzichtet gleichwohl auf ihre Ansprüche in allen Fällen, in denen der Schaden weniger beträgt als:

Belgien: bfrs. 70 000
 Kanada: \$ 1 460
 Dänemark: Kr. 9 670
 Frankreich: ffrs. 490 000
 Island: Kr. 22 800
 Italien: Li. 850 000
 Luxemburg: lfrs. 70 000
 Niederlande: Fl. 5 320
 Norwegen: Kr. 10 000
 Portugal: Escu. 40 250
 Vereinigtes Königreich: £ 500
 Vereinigte Staaten: \$ 1 400.

Jede andere Vertragspartei, deren Vermögenswerte bei dem gleichen Ereignis beschädigt worden sind, verzichtet ebenfalls bis zur Höhe des obengenannten Betrages auf ihren Anspruch. Im Falle beträchtlicher Veränderung in den Wechselkursen zwischen diesen Währungen einigen sich die Vertragsparteien über die entsprechende Berichtigung der obengenannten Beträge.

(3) Im Sinne der Absätze (1) und (2) umfaßt der Ausdruck "einer Vertragspartei gehörend" auch Schiffe, die von der Vertragspartei als unbemannte Schiffe gechartert oder in Anspruch genommen oder von ihr als Prise beschlagnahmt worden sind (jedoch nur, soweit die Gefahr des Verlustes oder der Haftung nicht von einer anderen Person als dieser Vertragspartei getragen wird).

(4) Jede Vertragspartei verzichtet auf alle Ansprüche gegen eine andere Vertragspartei, die darauf beruhen, daß ein Mitglied ihrer Streitkräfte in Ausübung des Dienstes eine Körperverletzung oder den Tod erlitten hat.

(5) Ansprüche [ausgenommen vertragliche Ansprüche und Ansprüche, auf welche die Absätze (6) und (7) Anwendung finden], die sich daraus ergeben, daß durch Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in Ausübung des Dienstes oder durch

ian component is legally responsible, and causing damage in the territory of the receiving State to third parties, other than any of the Contracting Parties, shall be dealt with by the receiving State in accordance with the following provisions: —

- (a) Claims shall be filed, considered and settled or adjudicated in accordance with the laws and regulations of the receiving State with respect to claims arising from the activities of its own armed forces.
- (b) The receiving State may settle any such claims, and payment of the amount agreed upon or determined by adjudication shall be made by the receiving State in its currency.
- (c) Such payment, whether made pursuant to a settlement or to adjudication of the case by a competent tribunal of the receiving State, or the final adjudication by such a tribunal denying payment, shall be binding and conclusive upon the Contracting Parties.
- (d) Every claim paid by the receiving State shall be communicated to the sending States concerned together with full particulars and a proposed distribution in conformity with sub-paragraphs (e) (i), (ii) and (iii) below. In default of a reply within two months, the proposed distribution shall be regarded as accepted.
- (e) The cost incurred in satisfying claims pursuant to the preceding sub-paragraphs and paragraph 2 of this Article shall be distributed between the Contracting Parties, as follows: —
 - (i) Where one sending State alone is responsible, the amount awarded or adjudged shall be distributed in the proportion of 25 per cent. chargeable to the receiving State and 75 per cent. chargeable to the sending State.

cution du service ou du chef de tout autre acte, négligence ou incident dont une force ou un élément civil est légalement responsable et qui ont causé sur le territoire de l'État de séjour des dommages à un tiers autre que l'une des Parties Contractantes, seront réglées par l'État de séjour conformément aux dispositions suivantes:

- (a) Les demandes d'indemnités sont introduites, instruites et les décisions prises, conformément aux lois et règlements de l'État de séjour applicables en la matière à ses propres forces armées;
- (b) L'État de séjour peut statuer sur ces dommages; il procède au paiement des indemnités allouées dans sa propre monnaie;
- (c) Ce paiement, qu'il résulte du règlement direct de l'affaire ou d'une décision de la juridiction compétente de l'État de séjour, ou la décision de la même juridiction déboutant le demandeur, lie définitivement les Parties Contractantes;
- (d) Toute indemnité payée par l'État de séjour sera portée à la connaissance des États d'origine intéressés qui recevront en même temps un rapport circonstancié et une proposition de répartition établie conformément aux alinéas (e), (i), (ii) et (iii) ci-dessous. A défaut de réponse dans les deux mois, la proposition sera considérée comme acceptée;
- (e) La charge des indemnités versées pour la réparation des dommages visés aux alinéas précédents et au paragraphe 2 du présent article sera répartie entre les Parties Contractantes dans les conditions suivantes:
 - (i) Quand un seul État d'origine est responsable, le montant de l'indemnité est réparti à concurrence de 25 pour cent pour l'État de séjour et 75 pour cent pour l'État d'origine;
 - (ii) Ist ein Entsendestaat allein verantwortlich, so wird der Entschädigungs- betrag im Verhältnis von 25 v. H. zu Lasten des Aufnahmestaates und 75 v. H. zu Lasten des Ent- sendestaates aufgeteilt.

eine andere Handlung, Unterlassung oder Begebenheit, für die eine Truppe oder ein ziviles Gefolge rechtlich verantwortlich ist in dem Hoheitsgebiet des Aufnahmestaates einem Dritten, mit Ausnahme einer der Vertragsparteien, ein Schaden zugefügt worden ist, werden von dem Aufnahmestaat nach folgenden Bestimmungen behandelt:

- (a) Die Geltendmachung, Prüfung und außergerichtliche Regelung der Entschädigungsansprüche oder die gerichtliche Entscheidung über sie erfolgt gemäß den Gesetzen und Bestimmungen des Aufnahmestaates, die insoweit für seine eigenen Streitkräfte gelten.
- (b) Der Aufnahmestaat kann alle derartigen Ansprüche regeln; er zahlt die Entschädigungs- beträge in seiner Währung.
- (c) Eine derartige Zahlung, gleichviel ob sie auf Grund einer außergerichtlichen Regelung der Sache oder einer Entscheidung eines zuständigen Gerichtes des Aufnahmestaates erfolgt, oder ein rechtskräftiges klageabweisendes Urteil eines solchen Gerichtes ist für die Vertragsparteien bindend und endgültig.
- (d) Jeder von dem Aufnahmestaat beglichene Anspruch wird den beteiligten Entsendestaaten mit einem alle Einzelheiten umfassenden Bericht und mit einem Aufteilungsvorschlag gemäß Buchstabe (e), Ziffern (i), (ii) und (iii) mitgeteilt. Außert sich der Entsendestaat nicht binnen zwei Monaten, so gilt der Vorschlag als angenommen.
- (e) Die zur Befriedigung von Ansprüchen auf Grund der Buchstaben (a) bis (d) und des Absatzes (2) zu zahlenden Beträge sind von den Vertragsparteien in folgendem Verhältnis zu tragen:

- (ii) Where more than one State is responsible for the damage, the amount awarded or adjudged shall be distributed equally among them: however, if the receiving State is not one of the States responsible, its contribution shall be half that of each of the sending States.
- (iii) Where the damage was caused by the armed services of the Contracting Parties and it is not possible to attribute it specifically to one or more of those armed services, the amount awarded or adjudged shall be distributed equally among the Contracting Parties concerned: however, if the receiving State is not one of the States by whose armed services the damage was caused, its contribution shall be half that of each of the sending States concerned.
- (iv) Every half-year, a statement of the sums paid by the receiving State in the course of the half-yearly period in respect of every case regarding which the proposed distribution on a percentage basis has been accepted, shall be sent to the sending States concerned, together with a request for reimbursement. Such reimbursement shall be made within the shortest possible time, in the currency of the receiving State.
- (f) In cases where the application of the provisions of subparagraphs (b) and (e) of this paragraph would cause a Contracting Party serious hardship, it may request the North Atlantic Council to arrange a settlement of a different nature.
- (g) A member of a force or civilian component shall not be subject to any proceedings for the enforcement of any judgment given against him in the receiving State in a matter arising from the performance of his official duties.
- (ii) Quand la responsabilité est encourue par plus d'un État, le montant d'indemnité est réparti entre eux par parts égales; toutefois, si l'État de séjour n'est pas un des États responsables, sa part sera la moitié de celle de chacun des États d'origine;
- (iii) Si le dommage est causé par les forces armées des Parties Contractantes sans qu'il soit possible de l'attribuer d'une manière précise à l'une ou à plusieurs de ces forces armées, le montant de l'indemnité sera réparti également entre les Parties Contractantes intéressées; toutefois, si l'État de séjour n'est pas un des États dont les forces armées ont causé le dommage, sa part sera la moitié de celle de chacun des États d'origine.
- (iv) Semestriellement, un état des sommes payées par l'État de séjour au cours du semestre précédent pour les affaires pour lesquelles une répartition en pourcentage a été admise, sera adressé aux États d'origine intéressés accompagné d'une demande de remboursement. Le remboursement sera fait dans les plus brefs délais, dans la monnaie de l'État de séjour.
- (f) Dans le cas où, par suite de l'application des dispositions des alinéas (b) et (e) ci-dessus, une Partie Contractante se verrait imposer une charge qui l'affecterait trop lourdement, elle peut demander au Conseil de l'Atlantique Nord de procéder à un règlement de l'affaire sur une base différente;
- (g) Aucune voie d'exécution ne peut être pratiquée sur un membre d'une force ou d'un élément civil lorsqu'un jugement a été prononcé contre lui dans l'État de séjour s'il s'agit d'un litige né d'un acte accompli dans l'exécution du service;
- (ii) Ist mehr als ein Staat für den Schaden verantwortlich, so wird der Entschädigungsbetrag gleichmäßig auf sie aufgeteilt; ist der Aufnahmestaat jedoch nicht unter den verantwortlichen Staaten, so beträgt sein Anteil die Hälfte des Anteils, der auf jeden Entsendestaat entfällt.
- (iii) Wurde der Schaden von den Streitkräften der Vertragsparteien verursacht und ist es nicht möglich, ihn mit Bestimmtheit einer oder mehreren dieser Streitkräfte zuzurechnen, so wird der Entschädigungsbetrag gleichmäßig auf die beteiligten Vertragsparteien aufgeteilt; ist jedoch der Aufnahmestaat nicht unter den Staaten, durch deren Streitkräfte der Schaden verursacht wurde, so beträgt sein Anteil die Hälfte des Anteils, der auf jeden der beteiligten Entsendestaaten entfällt.
- (iv) Jedes halbe Jahr übermittelt der Aufnahmestaat den beteiligten Entsendestaaten mit dem Ersuchen um Erstattung eine Aufstellung der Beträge, die er im Laufe des Halbjahres in den Fällen gezahlt hat, in denen die vorgeschlagene prozentuale Aufteilung angenommen wurde. Die Erstattung erfolgt innerhalb der kürzestmöglichen Zeit in der Währung des Aufnahmestaates.
- (f) In Fällen, in denen die Anwendung der Bestimmungen der Buchstaben (b) und (e) für eine Vertragspartei ernstliche Härten mit sich bringen würde, kann diese den Nordatlantikrat ersuchen, eine abweichende Regelung zu treffen.
- (g) Ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges darf einem Verfahren zur Vollstreckung eines Urteils nicht unterworfen werden, das in dem Aufnahmestaat in einer aus der Ausübung des Dienstes herrührenden Angelegenheit gegen ihn ergangen ist.

(h) Except in so far as sub-paragraph (e) of this paragraph applies to claims covered by paragraph 2 of this Article, the provisions of this paragraph shall not apply to any claim arising out of or in connexion with the navigation or operation of a ship or the loading, carriage, or discharge of a cargo, other than claims for death or personal injury to which paragraph 4 of this Article does not apply.

6. Claims against members of a force or civilian component arising out of tortious acts or omissions in the receiving State not done in the performance of official duty shall be dealt with in the following manner:—

(a) The authorities of the receiving State shall consider the claim and assess compensation to the claimant in a fair and just manner, taking into account all the circumstances of the case, including the conduct of the injured person, and shall prepare a report on the matter.

(b) The report shall be delivered to the authorities of the sending State, who shall then decide without delay whether they will offer an *ex gratia* payment and if so of what amount.

(c) If an offer of *ex gratia* payment is made, and accepted by the claimant in full satisfaction of his claim, the authorities of the sending State shall make the payment themselves and inform the authorities of the receiving State of their decision and of the sum paid.

(d) Nothing in this paragraph shall affect the jurisdiction of the courts of the receiving State to entertain an action against a member of a force or of a civilian component unless and until there has been payment in full satisfaction of the claim.

(h) Excepté dans la mesure où l'alinéa (e) du présent paragraphe s'applique aux demandes d'indemnité couvertes par le paragraphe 2 du présent article, les dispositions du présent paragraphe ne s'appliquent pas dans les cas de navigation, d'exploitation d'un navire, de chargement ou de déchargement ou de transport d'une cargaison, sauf s'il y a eu mort ou blessure d'une personne et que le paragraphe 4 ne soit pas applicable.

6.—Les demandes d'indemnité contre les membres d'une force armée ou d'un élément civil fondées sur des actes dommageables ou des négligences qui n'ont pas été accomplis dans l'exécution du service sont réglées de la façon suivante.

(a) Les autorités de l'État de séjour instruisent la demande d'indemnité et fixent d'une manière juste et équitable l'indemnité due au demandeur, en tenant compte de toutes les circonstances de la cause, y compris la conduite et le comportement de la personne lésée, et elles établissent un rapport sur l'affaire;

(b) Ce rapport est envoyé aux autorités de l'État d'origine qui décident alors sans délai si elles procéderont à une indemnisation à titre gracieux, et dans ce cas, en fixant le montant;

(c) Si une offre d'indemnité à titre gracieux est faite et acceptée à titre de dédommagement intégral par le demandeur, les autorités de l'État d'origine effectuent elles-mêmes ce paiement et font connaître aux autorités de l'État de séjour leur décision et le montant de la somme versée;

(d) Les dispositions du présent paragraphe ne s'opposent en rien à ce que la juridiction de l'État de séjour statue sur l'action qui pourrait être intentée contre un membre d'une force ou d'un élément civil pour autant toutefois qu'un paiement entièrement satisfaisant n'ait pas été effectué.

(h) Mit Ausnahme der Anwendung von Buchstabe (e) auf Ansprüche, die unter Absatz (2) fallen, gilt Absatz (5) nicht für Ansprüche aus oder im Zusammenhang mit der Navigation oder dem Betrieb eines Schiffes oder dem Verladen, der Beförderung oder dem Entladen einer Schiffsladung, es sei denn, daß es sich um Ansprüche wegen Todes oder Körperverletzung handelt, auf welche Absatz (4) keine Anwendung findet.

(6) Ansprüche gegen Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges aus zu Schadensersatz verpflichtenden Handlungen oder Unterlassungen im Aufnahmestaat, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen worden sind, werden wie folgt behandelt:

(a) Die Behörden des Aufnahmestaates prüfen den Anspruch, ermitteln in billiger und gerechter Weise unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles einschließlich des Verhaltens der verletzten Person den dem Antragsteller zukommenden Betrag und fertigen einen Bericht über die Angelegenheit an.

(b) Der Bericht wird den Behörden des Entsendestaates übergeben, die dann unverzüglich entscheiden, ob und bejahendenfalls in welcher Höhe sie eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht (*ex gratia payment*) anbieten wollen.

(c) Wird eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht angeboten und wird dieses Angebot von dem Antragsteller als volle Befriedigung seines Anspruchs angenommen, so nehmen die Behörden des Entsendestaates die Zahlung selbst vor und unterrichten die Behörden des Aufnahmestaates über ihre Entscheidung und die Höhe des gezahlten Betrages.

(d) Die Bestimmungen dieses Absatzes lassen die Zuständigkeit der Gerichte des Aufnahmestaates für die Durchführung eines Verfahrens gegen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges unberührt, sofern und solange nicht eine Zahlung als volle Befriedigung des Anspruchs geleistet worden ist.

7. Claims arising out of the unauthorised use of any vehicle of the armed services of a sending State shall be dealt with in accordance with paragraph 6 of this Article, except in so far as the force or civilian component is legally responsible.

8. If a dispute arises as to whether a tortious act or omission of a member of a force or civilian component was done in the performance of official duty or as to whether the use of any vehicle of the armed services of a sending State was unauthorised, the question shall be submitted to an arbitrator appointed in accordance with paragraph 2 (b) of this Article, whose decision on this point shall be final and conclusive.

9. The sending State shall not claim immunity from the jurisdiction of the courts of the receiving State for members of a force or civilian component in respect of the civil jurisdiction of the courts of the receiving State except to the extent provided in paragraph 5 (g) of this Article.

10. The authorities of the sending State and of the receiving State shall co-operate in the procurement of evidence for a fair hearing and disposal of claims in regard to which the Contracting Parties are concerned.

Article IX

1. Members of a force or of a civilian component and their dependents may purchase locally goods necessary for their own consumption, and such services as they need, under the same conditions as the nationals of the receiving State.

2. Goods which are required from local sources for the subsistence of a force or civilian component shall normally be purchased through the authorities which purchase such goods for the armed services of the receiving State. In order to avoid such purchases having any adverse effect on the economy of the receiving State, the competent authorities of that State shall indicate, when necessary, any articles the purchase of which should be restricted or forbidden.

3. Subject to agreements already in force or which may hereafter be made between the authorised representatives of the sending and receiving States, the authorities of the receiving State shall assume sole responsibility for making suitable arrangements to make available to a force or a civilian

7. — Les demandes d'indemnité fondées sur l'usage non autorisé de tout véhicule des forces armées d'un État d'origine seront traitées conformément aux dispositions du paragraphe 6 du présent article sauf dans le cas où la force elle-même ou l'élément civil est légalement responsable.

8. — S'il y a contestation sur le point de savoir si l'acte dommageable ou la négligence d'un membre d'une force ou d'un élément civil ont été accomplis dans l'exécution du service ou sur le point de savoir si l'utilisation d'un véhicule appartenant aux forces armées d'un État d'origine n'avait pas été autorisée, l'affaire est portée devant un arbitre désigné conformément au paragraphe 2 (b) du présent article, qui décide souverainement sur ce point.

9. — Sauf dans les conditions prévues au paragraphe 5 (g) du présent article, l'État d'origine ne peut, en ce qui concerne la juridiction civile des tribunaux de l'État de séjour, se prévaloir de l'immunité de juridiction des tribunaux de l'État de séjour en faveur des membres d'une force ou d'un élément civil.

10. — Les autorités de l'État d'origine et de l'État de séjour se prêtent assistance pour la recherche des preuves nécessaires à un examen équitable et à une décision en ce qui concerne les demandes d'indemnités qui intéressent les Parties Contractantes.

Article IX

1. — Les membres d'une force ou d'un élément civil ainsi que les personnes à leur charge peuvent se procurer sur place les marchandises nécessaires à leur propre consommation et les services dont ils ont besoin, dans les mêmes conditions que les ressortissants de l'État de séjour.

2. — Les marchandises achetées sur place destinées à la subsistance d'une force ou d'un élément civil seront normalement achetées par l'entremise des services compétents pour l'achat de telles marchandises pour les forces armées de l'État de séjour. Pour éviter que ces achats n'aient un effet dommageable pour l'économie de l'État de séjour, les autorités compétentes de ce dernier désigneront les articles qu'il conviendrait, le cas échéant, d'exclure totalement ou partiellement desdits achats.

3. — Sous réserve de l'application des accords en vigueur ou qui pourront être conclus par les autorités compétentes des États de séjour et d'origine, les autorités de l'État de séjour prennent seules les mesures appropriées pour que soient mis à la disposition d'une force ou d'un élément

(7) Ansprüche, die sich aus der unbefugten Benutzung von Fahrzeugen der Streitkräfte eines Entsendestaates ergeben, werden gemäß Absatz (6) behandelt, es sei denn, daß die Truppe oder das zivile Gefolge rechtlich verantwortlich ist.

(8) Entsteht Streit darüber, ob eine zu Schadensersatz verpflichtende Handlung oder Unterlassung eines Mitgliedes einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in Ausübung des Dienstes begangen worden ist, oder ob die Benutzung eines Fahrzeugs der Streitkräfte eines Entsendestaates unbefugt war, so ist die Frage einem gemäß Absatz (2) Buchstabe (b) ernannten Schiedsrichter vorzulegen, dessen Entscheidung über diesen Punkt endgültig und unanfechtbar ist.

(9) Hinsichtlich der Zivilgerichtsbarkeit des Aufnahmestaates darf der Entsendestaat für Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges keine Befreiung von der Gerichtsbarkeit des Aufnahmestaates über Absatz (5) Buchstabe (g) hinaus beanspruchen.

(10) Die Behörden des Entsendestaates und des Aufnahmestaates arbeiten bei der Beschaffung von Beweismitteln für eine gerechte Untersuchung und Erledigung von Ansprüchen, welche die Vertragsparteien betreffen, zusammen.

Artikel IX

(1) Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und ihre Angehörigen können unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen des Aufnahmestaates an Ort und Stelle die für ihren eigenen Verbrauch erforderlichen Waren erwerben und sich die von ihnen benötigten Leistungen erbringen lassen.

(2) Die aus örtlichen Quellen für den Unterhalt einer Truppe oder eines zivilen Gefolges benötigten Waren werden in der Regel durch die Behörden beschafft, die solche Waren für die Streitkräfte des Aufnahmestaates beschaffen. Um Beschaffungen zu vermeiden, die sich auf die Wirtschaft des Aufnahmestaates schädlich auswirken würden, benennen die zuständigen Behörden dieses Staates erforderlichenfalls diejenigen Waren, deren Beschaffung eingeschränkt oder untersagt werden sollte.

(3) Vorbehaltlich von Vereinbarungen, die bereits in Kraft sind oder zwischen bevollmächtigten Vertretern der Entsende- und der Aufnahmestaaten hinaus etwa geschlossen werden, übernehmen allein die Behörden des Aufnahmestaates die Verantwortung dafür, daß geeignete Maßnahmen ge-

component the buildings and grounds which it requires, as well as facilities and services connected therewith. These agreements and arrangements shall be, as far as possible, in accordance with the regulations governing the accommodation and billeting of similar personnel of the receiving State. In the absence of a specific contract to the contrary, the laws of the receiving State shall determine the rights and obligations arising out of the occupation or use of the buildings, grounds, facilities or services.

civil, les immeubles ainsi que les services y afférents dont ceux-ci peuvent avoir besoin. Ces accords et arrangements seront dans la mesure du possible conformes aux règlements concernant le logement et le cantonnement du personnel similaire de l'État de séjour. A défaut de convention stipulant le contraire, les droits et obligations naissant de l'occupation ou de l'utilisation d'un immeuble ainsi que de l'usage des services et servitudes y afférents sont régis par les lois de l'État de séjour.

troffen werden, um einer Truppe oder einem zivilen Gefolge die von ihnen benötigten Liegenschaften sowie die zugehörigen Einrichtungen und Leistungen zur Verfügung zu stellen. Diese Vereinbarungen und Maßnahmen haben so weit wie möglich den Vorschriften über die Unterbringung des vergleichbaren Personals des Aufnahmestaates zu entsprechen. Soweit keine besondere entgegenstehende Vereinbarung getroffen ist, sind für die Rechte und Pflichten aus der Belegung oder der Benutzung der Liegenschaften, Einrichtungen oder Leistungen die Gesetze des Aufnahmestaates maßgebend.

4. Local civilian labour requirements of a force or civilian component shall be satisfied in the same way as the comparable requirements of the receiving State and with the assistance of the authorities of the receiving State through the employment exchanges. The conditions of employment and work, in particular wages, supplementary payments and conditions for the protection of workers, shall be those laid down by the legislation of the receiving State. Such civilian workers employed by a force or civilian component shall not be regarded for any purpose as being members of that force or civilian component.

4. — Les besoins locaux en main d'œuvre civile d'une force ou d'un élément civil sont satisfaits de la même manière que ceux des services analogues de l'État de séjour, avec leur assistance et par l'entremise des services de la main d'œuvre. Les conditions d'emploi et de travail, notamment les salaires et accessoires de salaires et les conditions de protection des travailleurs, sont réglées conformément à la législation en vigueur dans l'État de séjour. Ces travailleurs civils employés par une force ou par un élément civil ne sont considérés en aucun cas comme membres de cette force ou de cet élément civil.

(4) Der örtliche Bedarf einer Truppe oder eines zivilen Gefolges an zivilen Arbeitskräften wird in gleicher Weise wie der vergleichbare Bedarf des Aufnahmestaates und mit Unterstützung seiner Behörden über die Arbeitsvermittlungsstellen befriedigt. Die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, insbesondere die Löhne und Gehälter, die Zuschläge und die Arbeitsschutzbedingungen, bestimmen sich nach dem Recht des Aufnahmestaates. Solche bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge beschäftigten zivilen Arbeitnehmer gelten in keiner Beziehung als Mitglieder dieser Truppe oder dieses zivilen Gefolges.

5. When a force or a civilian component has at the place where it is stationed inadequate medical or dental facilities, its members and their dependents may receive medical and dental care, including hospitalisation, under the same conditions as comparable personnel of the receiving State.

5. — Si les services médicaux et dentaires attachés à une force ou à un élément civil sont insuffisants, leurs membres ainsi que les personnes à leur charge peuvent recevoir les soins médicaux et dentaires, y compris l'hospitalisation, dans les mêmes conditions que le personnel correspondant de l'État de séjour.

(5) Stehen einer Truppe oder einem zivilen Gefolge an deren Stationierungsort keine ausreichenden eigenen ärztlichen oder zahnärztlichen Dienste zur Verfügung, so kann ihren Mitgliedern und deren Angehörigen ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich Krankenhausaufenthalt zu den gleichen Bedingungen gewährt werden wie dem vergleichbaren Personal des Aufnahmestaates.

6. The receiving State shall give the most favourable consideration to requests for the grant to members of a force or of a civilian component of travelling facilities and concessions with regard to fares. These facilities and concessions will be the subject of special arrangements to be made between the Governments concerned.

6. — L'État de séjour examinera avec bienveillance les demandes de facilités de circulation et de réductions de tarifs qu'il peut accorder aux membres d'une force armée ou d'un élément civil. Ces facilités et réductions feront l'objet de dispositions particulières entre les gouvernements intéressés.

(6) Der Aufnahmestaat wird Anträge auf Gewährung von Reiseerleichterungen und tariflichen Vergünstigungen an Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges wohlwollend prüfen. Diese Erleichterungen und Vergünstigungen werden Gegenstand besonderer Vereinbarungen zwischen den beteiligten Regierungen sein.

7. Subject to any general or particular financial arrangements between the Contracting Parties, payment in local currency for goods, accommodation and services furnished under paragraphs 2, 3, 4 and, if necessary, 5 and 6, of this Article shall be made promptly by the authorities of the force.

7. — Sous réserve de tout accord financier général ou particulier entre les parties contractantes, les paiements en monnaie locale pour les marchandises, le logement et les services prévus aux paragraphes 2, 3, 4 et si nécessaire 5 et 6 du présent article seront effectués sans délai par les autorités de la force.

(7) Vorbehaltlich allgemeiner oder besonderer finanzieller Vereinbarungen zwischen den Vertragsparteien werden für Warenlieferungen, Unterbringung und sonstige Leistungen, die auf Grund der Absätze (2), (3), (4) und erforderlichenfalls (5) und (6) erfolgt sind, die in Ortswährung zu entrichtenden Zahlungen von den Behörden der Truppe unverzüglich geleistet.

8. Neither a force, nor a civilian component, nor the members thereof, nor their dependents, shall by reason of this Article enjoy exemption from taxes or duties relating to purchases

8. — Une force, un élément civil, leurs membres, ou les personnes à leur charge ne peuvent se prévaloir du présent article pour revendiquer une exonération d'impôts ou taxes

(8) Weder eine Truppe noch ein ziviles Gefolge noch ihre Mitglieder oder deren Angehörige genießen auf Grund dieses Artikels Befreiung von Steuern oder sonstigen Abgaben, die

and services chargeable under the fiscal regulations of the receiving State.

Article X

1. Where the legal incidence of any form of taxation in the receiving State depends upon residence or domicile, periods during which a member of a force or civilian component is in the territory of that State by reason solely of his being a member of such force or civilian component shall not be considered as periods of residence therein, or as creating a change of residence or domicile, for the purposes of such taxation. Members of a force or civilian component shall be exempt from taxation in the receiving State on the salary and emoluments paid to them as such members by the sending State or on any tangible movable property the presence of which in the receiving State is due solely to their temporary presence there.

2. Nothing in this Article shall prevent taxation of a member of a force or civilian component with respect to any profitable enterprise, other than his employment as such member, in which he may engage in the receiving State, and, except as regards his salary and emoluments and the tangible movable property referred to in paragraph 1, nothing in this Article shall prevent taxation to which, even if regarded as having his residence or domicile outside the territory of the receiving State, such a member is liable under the law of that State.

3. Nothing in this Article shall apply to "duty" as defined in paragraph 12 of Article XI.

4. For the purposes of this Article the term "member of a force" shall not include any person who is a national of the receiving State.

Article XI

1. Save as provided expressly to the contrary in this Agreement, members of a force and of a civilian component as well as their dependents shall be subject to the laws and regulations administered by the customs authorities of the receiving State. In particular the customs authorities of the receiving State shall have the right, under the general conditions

applicables aux achats de biens et aux prestations de services en vertu de la réglementation fiscale de l'État de séjour.

Article X

1. — Si, dans l'État de séjour, l'établissement d'un impôt quelconque est fonction de la résidence ou du domicile du redéploiement, les périodes au cours desquelles un membre d'une force ou d'un élément civil sera présent dans le territoire de cet État, en raison uniquement de sa qualité de membre de cette force ou de cet élément civil, ne seront pas considérées, pour l'établissement dudit impôt, comme périodes de résidence ou comme entraînant un changement de résidence ou de domicile. Les membres d'une force ou d'un élément civil seront exonérés dans l'État de séjour de tout impôt sur les traitements et émoluments qui leur sont payés en cette qualité par l'État d'origine ainsi que sur tous biens, meubles corporels leur appartenant et dont l'existence dans l'État de séjour est due uniquement à leur présence temporaire dans cet État.

2 — Le présent article n'exonérera en aucune façon le membre d'une force ou d'un élément civil des impôts afférents aux activités génératrices de profits, autres que celles qu'il exerce en cette qualité, auxquelles il pourrait se livrer dans l'État de séjour. Sauf en ce qui concerne le traitement, les émoluments, ainsi que les biens meubles corporels, visés au paragraphe 1, les dispositions du présent article ne s'opposent en rien à la perception des impôts auxquels ledit membre est assujetti en vertu de la loi de l'État de séjour, même s'il est considéré comme ayant sa résidence ou son domicile hors du territoire de cet État.

3. — Les dispositions du présent article ne sont pas applicables aux «droits» tels qu'ils sont définis au paragraphe 12 de l'article XI.

4. — Au regard des dispositions du présent article, l'expression «membre d'une force» ne s'applique pas à une personne ayant la nationalité de l'État de séjour.

Article XI

1. — Sous réserve des dérogations établies par la présente Convention, les membres d'une force ou d'un élément civil ainsi que les personnes à leur charge sont soumis aux lois et règlements dont l'application est confiée à l'administration des douanes de l'État de séjour. Les agents de cette administration ont notamment le droit de procéder dans les conditions

nach dem Abgabenrecht des Aufnahmestaates in bezug auf den Erwerb von Gütern und Leistungen zu entrichten sind.

Artikel X

(1) Hängt in dem Aufnahmestaat die Verpflichtung zur Leistung einer Steuer vom Aufenthalt oder Wohnsitz ab, so gelten die Zeitschnitte, in denen sich ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges nur in dieser Eigenschaft im Hoheitsgebiet dieses Staates aufhält, im Sinne dieser Steuerpflicht nicht als Zeiten des Aufenthalts in diesem Gebiet oder als Änderung des Aufenthaltsortes oder Wohnsitzes. Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges sind in dem Aufnahmestaat von jeder Steuer auf Bezüge und Einkünfte befreit, die ihnen in ihrer Eigenschaft als derartige Mitglieder von dem Entsendestaat gezahlt werden, sowie von jeder Steuer auf die ihnen gehörenden beweglichen Sachen, die sich nur deshalb in dem Aufnahmestaat befinden, weil sich das Mitglied vorübergehend dort aufhält.

(2) Die Besteuerung von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges hinsichtlich gewinnbringender Tätigkeiten, die sie etwa im Aufnahmestaat ausüben, mit Ausnahme der Tätigkeit in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Truppe oder des zivilen Gefolges, wird durch diesen Artikel nicht ausgeschlossen; soweit es sich nicht um die in Absatz (1) genannten Bezüge, Einkünfte und beweglichen Sachen handelt, steht dieser Artikel der Erhebung von solchen Steuern nicht entgegen, denen die Mitglieder nach dem Recht des Aufnahmestaates auch dann unterliegen, wenn sie so behandelt werden, als hätten sie ihren Aufenthalt oder Wohnsitz außerhalb des Hoheitsgebiets dieses Staates.

(3) Dieser Artikel findet keine Anwendung auf die im Artikel XI Absatz (12) begrifflich bestimmten „Zölle“.

(4) Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „Mitglied einer Truppe“ nicht Personen, die Staatsangehörige des Aufnahmestaates sind.

Artikel XI

(1) Vorbehaltlich der durch dieses Abkommen ausdrücklich festgelegten Abweichungen unterstehen die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges sowie deren Angehörige den Gesetzen und Bestimmungen, für deren Durchführung die Zollverwaltung des Aufnahmestaates zuständig ist. Die Zollbediensteten des Aufnahmestaates haben insbesondere das

laid down by the laws and regulations of the receiving State, to search members of a force or civilian component and their dependents and to examine their luggage and vehicles, and to seize articles pursuant to such laws and regulations.

2. (a) The temporary importation and the re-exportation of service vehicles of a force or civilian component under their own power shall be authorised free of duty on presentation of a triptyque in the form shown in the Appendix to this Agreement.

(b) The temporary importation of such vehicles not under their own power shall be governed by paragraph 4 of this Article and the re-exportation thereof by paragraph 8.

(c) Service vehicles of a force or civilian component shall be exempt from any tax payable in respect of the use of vehicles on the roads.

3. Official documents under official seal shall not be subject to customs inspection. Couriers, whatever their status, carrying these documents must be in possession of an individual movement order, issued in accordance with paragraph 2 (b) of Article III. This movement order shall show the number of despatches carried and certify that they contain only official documents.

4. A force may import free of duty the equipment for the force and reasonable quantities of provisions, supplies and other goods for the exclusive use of the force and, in cases where such use is permitted by the receiving State, its civilian component and dependents. This duty-free importation shall be subject to the deposit, at the customs office for the place of entry, together with such customs documents as shall be agreed, of a certificate in a form agreed between the receiving State and the sending State signed by a person authorised by the sending State for that purpose. The designation of the person authorised to sign the certificates as well as specimens of the signatures and stamps to be used,

générales prévues par la législation et la réglementation en vigueur dans l'État de séjour, à la visite des membres d'une force ou d'un élément civil ainsi que des personnes à leur charge, de leurs bagages et de leurs véhicules; ils ont également le droit de saisie conformément à cette législation et à cette réglementation.

2. — (a) L'importation temporaire et la réexportation des véhicules immatriculés à l'armée appartenant à une force ou à un élément civil circulant par leurs propres moyens sont autorisées en franchise de droits sur présentation d'un triptyque du modèle figurant en annexe à la présente Convention.

(b) L'importation temporaire de véhicules immatriculés à l'armée, ne circulant pas par leurs propres moyens, se fera dans les conditions fixées au paragraphe 4 et leur réexportation dans les conditions fixées au paragraphe 8 du présent article.

(c) Les véhicules immatriculés à l'armée appartenant à une force ou à un élément civil bénéficiant également de l'exemption des taxes qui pourraient être dues en raison de la circulation des véhicules sur les routes.

3. — Les documents officiels sous pli scellé d'un sceau officiel ne sont pas soumis à la visite et au contrôle de la douane. Les courriers qui en effectuent le transport doivent être munis, quelle que soit leur qualité, d'un ordre de mission individuel délivré dans les conditions indiquées à l'article III, paragraphe 2 (b). Cet ordre de mission doit mentionner le nombre de plis et certifier que ceux-ci ne contiennent que des documents officiels.

4. — Une force peut importer en franchise de droits son équipement et des quantités raisonnables d'approvisionnement, matériels et autres marchandises destinés à l'usage exclusif de cette force ou, dans les cas où cela est autorisé par l'État de séjour, à l'usage de l'élément civil et des personnes à charge. L'admission ainsi prévue en franchise est subordonnée au dépôt, au Bureau des douanes, à l'appui des documents de douane que l'on aura convenu de fournir d'une attestation dont la forme aura été acceptée par l'État de séjour et par l'État d'origine, signée par une personne habilitée à cet effet par l'État d'origine. La désignation de la personne habilitée à signer les attestations ainsi que les spécimens de sa

Recht, unter den allgemeinen, durch die Gesetze und Bestimmungen des Aufnahmestaates festgelegten, Bedingungen die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und deren Angehörige, ihr Gepäck und ihre Fahrzeuge zu durchsuchen und gemäß diesen Gesetzen und Bestimmungen Gegenstände zu beschlagnahmen.

(2) (a) Die vorübergehende Einfuhr und die Wiederausfuhr mit eigener Kraft fahrender Dienstfahrzeuge einer Truppe oder eines zivilen Gefolges sind gegen Vorweisung eines Triptiks nach dem als Anlage zu diesem Abkommen beigefügten Muster ohne Erhebung von Zöllen statthaft.

(b) Die vorübergehende Einfuhr nicht mit eigener Kraft fahrender Dienstfahrzeuge erfolgt gemäß Absatz (4), ihre Wiederausfuhr gemäß Absatz (8).

(c) Dienstfahrzeuge einer Truppe oder eines zivilen Gefolges sind von allen Abgaben befreit, die wegen der Verwendung der Fahrzeuge im Straßenverkehr erhoben werden.

(3) Amtliche Urkunden, die amtlich versiegelt sind, unterliegen nicht der Zollkontrolle. Die Kuriere, die diese Urkunden befördern, müssen ohne Rücksicht auf ihre Stellung im Besitz eines gemäß Artikel III Absatz (2) Buchstabe (b) ausgestellten Einzelmarschbefehls sein. Aus diesem Marschbefehl muß die Zahl der beförderten Sendungen zu ersehen und es muß darin bestätigt sein, daß diese Sendungen nur amtliche Schriftstücke enthalten.

(4) Eine Truppe kann ihre Ausrüstung und angemessene Mengen von Verpflegung, Versorgungsgütern und sonstigen Waren zollfrei einführen, die zur ausschließlichen Verwendung durch die Truppe und, falls der Aufnahmestaat dies genehmigt, auch zur Verwendung durch das zivile Gefolge und die Angehörigen bestimmt sind. Diese zollfreie Einfuhr ist davon abhängig, daß bei der Zollstelle des Einfuhrortes zusammen mit den vereinbarten Zollurkunden eine Bescheinigung hinterlegt wird, deren Form zwischen dem Aufnahmestaat und dem Entsendestaat vereinbart wird und die von einer durch den Entsendestaat hierzu ermächtigten Person unterzeichnet ist. Die Benennung der zur Unterzeichnung der Bescheinigungen

shall be sent to the customs administration of the receiving State.

signature et des cachets utilisés seront adressés aux administrations douanières de l'État de séjour.

ermächtigten Person sowie Proben ihrer Unterschrift und der zu verwendenden Stempel werden der Zollverwaltung des Aufnahmestaates übermittelt.

5. A member of a force or civilian component may, at the time of his first arrival to take up service in the receiving State or at the time of the first arrival of any dependent to join him, import his personal effects and furniture free of duty for the term of such service.

5. — Un membre d'une force ou d'un élément civil peut, à l'occasion de sa première arrivée en vue de prendre son service dans l'État de séjour, ou à l'occasion de la première arrivée d'une personne à sa charge venue l'y rejoindre, importer ses effets et son mobilier personnels en franchise de droits pour la durée de son séjour.

(5) Ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges kann, wenn es erstmalig zum Antritt seines Dienstes in dem Aufnahmestaate eintrifft oder wenn ein Angehöriger erstmalig eintrifft, um sich ihm anzuschließen, seine persönliche Habe und seinen Hausrat für die Dauer seines dienstlichen Aufenthalts zollfrei einführen.

6. Members of a force or civilian component may import temporarily free of duty their private motor vehicles for the personal use of themselves and their dependents. There is no obligation under this Article to grant exemption from taxes payable in respect of the use of roads by private vehicles.

6. — Les membres d'une force ou d'un élément civil peuvent bénéficier de la franchise temporaire des droits en cas d'importation temporaire de véhicules à moteur privés destinés à leur usage personnel et à celui des personnes à leur charge. Cette disposition n'entraîne pas l'obligation d'exemption des taxes qui pourraient être dues pour l'usage des routes par les véhicules privés.

(6) Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges können ihre privaten Kraftfahrzeuge für ihren persönlichen Gebrauch oder für den ihrer Angehörigen vorübergehend zollfrei einführen. Diese Bestimmung begründet keine Verpflichtung zur Befreiung von Abgaben, die wegen der Verwendung privater Kraftfahrzeuge im Straßenverkehr erhoben werden.

7. Imports made by the authorities of a force other than for the exclusive use of that force and its civilian component, and imports, other than those dealt with in paragraphs 5 and 6 of this Article, effected by members of a force or civilian component are not, by reason of this Article, entitled to any exemption from duty or other conditions.

7. — Les importations faites par les autorités d'une force pour des fins autres que la satisfaction des besoins exclusifs de cette force ou de son élément civil, ainsi que les importations, autres que celles visées aux paragraphes 5 et 6 du présent article, effectuées par les membres d'une force armée ou d'un élément civil, ne bénéficient, en application du présent article, d'aucune exemption de droits ni d'aucune dispense de formalités.

(7) Einführen durch die Behörden einer Truppe, die für andere Zwecke als zur ausschließlichen Verwendung durch diese Truppe und ihr ziviles Gefolge bestimmt sind, sowie Einführen durch Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, mit Ausnahme der in den Absätzen (5) und (6) behandelten Einführen, genießen auf Grund dieses Artikels keine Befreiung von Zöllen oder Einfuhrvorschriften.

8. Goods which have been imported duty-free under paragraphs 2 (b), 4, 5 or 6 above —

8. — Les marchandises admises en franchise en application des dispositions des paragraphes 2 (b), 4, 5 ou 6 ci-dessus:

(a) may be re-exported freely, provided that, in the case of goods imported under paragraph 4, a certificate, issued in accordance with that paragraph, is presented to the customs office: the customs authorities, however, may verify that goods re-exported are as described in the certificate, if any, and have in fact been imported under the conditions of paragraphs 2 (b), 4, 5 or 6 as the case may be;

(a) Peuvent être réexportées librement à condition que, en ce qui concerne les marchandises importées en application du paragraphe 4, soit remise au Bureau des douanes une attestation délivrée dans les conditions prévues à ce paragraphe. Le service des douanes conserve cependant le droit de vérifier, s'il y a lieu, que les marchandises réexportées sont bien celles décrites sur l'attestation dans le cas où celle-ci est nécessaire, et ont été réellement importées dans les conditions prévues aux paragraphes 2 (b), 4, 5 ou 6, suivant le cas;

(a) frei wiederausgeführt werden, wobei für die auf Grund von Absatz (4) eingeführten Waren der Zollstelle eine nach jenem Absatz ausgestellte Bescheinigung vorzuzeigen ist; die Zollbehörden können jedoch nachprüfen, ob die wiederausgeführten Waren mit den in der gegebenenfalls erforderlichen Bescheinigung aufgeführten Waren übereinstimmen, sowie ob sie wirklich gemäß den je nach Lage des Falles in Betracht kommenden Absätzen (2) Buchstabe (b), (4), (5) oder (6) eingeführt wurden;

(b) shall not normally be disposed of in the receiving State by way of either sale or gift: however, in particular cases such disposal may be authorised on conditions imposed by the authorities concerned of the receiving

(b) Ne peuvent normalement être cédées à titre onéreux ou gratuit dans l'État de séjour. Cependant, dans des cas particuliers, une telle cession peut être autorisée, sous réserve des conditions imposées par les autorités

(b) im Aufnahmestaat in der Regel weder entgeltlich noch unentgeltlich veräußert werden; in besonderen Fällen kann jedoch eine Veräußerung unter Bedingungen gestattet werden, die von den zuständigen Behörden des

State (for instance, on payment of duty and tax and compliance with the requirements of the controls of trade and exchange).

compétentes de l'État de séjour (par exemple, paiement des droits et taxes, accomplissement des formalités inhérentes au contrôle du commerce extérieur et des changes).

Aufnahmestaates festgelegt werden (z. B. gegen Zahlung der Zölle und Abgaben, sowie Erfüllung der Erfordernisse der Außenhandels- und Devisenkontrolle).

9. Goods purchased in the receiving State shall be exported therefrom only in accordance with the regulations in force in the receiving State.

9. — Les exportations de marchandises achetées dans l'État de séjour sont soumises à la réglementation en vigueur sur le territoire dudit État.

(9) Die Ausfuhr von Waren, die im Aufnahmestaat gekauft wurden, ist nur nach den in diesem Staate gelgenden Vorschriften statthaft.

10. Special arrangements for crossing frontiers shall be granted by the customs authorities to regularly constituted units or formations, provided that the customs authorities concerned have been duly notified in advance.

10. — Des facilités particulières sont accordées par les autorités douanières pour le passage des frontières par des unités ou formations régulièrement encadrées, à condition que les autorités douanières intéressées aient reçu la notification appropriée en temps utile.

(10) Die Zollbehörden gewähren ordnungsmäßig aufgestellten Einheiten oder Verbänden besondere Erleichterungen für den Grenzübergang, vorausgesetzt, daß die beteiligten Zollbehörden vorher ordnungsgemäß unterrichtet worden sind.

11. Special arrangements shall be made by the receiving State so that fuel, oil and lubricants for use in service vehicles, aircraft and vessels of a force or civilian component, may be delivered free of all duties and taxes.

11. — Des dispositions spéciales seront prises par l'État de séjour afin que les carburants et lubrifiants destinés à l'usage des véhicules immatriculés à l'armée, des aéronefs et bateaux militaires d'une force ou d'un élément civil soient livrés exempts de tous droits et taxes.

(11) Der Aufnahmestaat trifft besondere Anordnungen, damit die Heiz-, Treib- und Schmierstoffe für die im dienstlichen Gebrauch stehenden Land-, Luft- und Wasserfahrzeuge einer Truppe oder eines zivilen Gefolges frei von allen Zöllen und Abgaben geliefert werden können.

12. In paragraph 1—10 of this Article — "duty" means customs duties and all other duties and taxes payable on importation or exportation, as the case may be, except dues and taxes which are no more than charges for services rendered; "importation" includes withdrawal from customs warehouses or continuous customs, custody, provided that the goods concerned have not been grown, produced or manufactured in the receiving State.

12. — Pour l'application des dix premiers paragraphes du présent article, le mot «droits» s'entend des droits de douane et de tous autres droits et taxes frappant, suivant le cas, l'importation ou l'exportation, à l'exception des droits et taxes qui constituent un remboursement de frais pour service rendu. Le mot «importation» inclut l'enlèvement des marchandises placées dans un entrepôt de douanes ou sous un régime analogue, à condition qu'il s'agisse de marchandises qui n'aient été, ni récoltées, ni fabriquées, ni manufacturées dans l'État de séjour.

(12) Im Sinne der Absätze (1) bis (10) sind unter „Zöllen“ Zollabgaben und alle anderen Abgaben und Steuern zu verstehen, mit denen die Einfuhr oder die Ausfuhr belegt wird, mit Ausnahme von Gebühren und Abgaben, die nur eine Abgeltung für geleistete Dienste darstellen; schließt der Ausdruck „Einfuhr“ die Entnahme von Waren aus einem Zollager oder aus ständiger Zollaufsicht ein, sofern die betreffenden Waren in dem Aufnahmestaat nicht geerntet, gewonnen, erzeugt oder hergestellt worden sind.

13. The provisions of this Article shall apply to the goods concerned not only when they are imported into or exported from the receiving State, but also when they are in transit through the territory of a Contracting Party, and for this purpose the expression "receiving State" in this Article shall be regarded as including any Contracting Party through whose territory the goods are passing in transit.

13. — Les dispositions du présent article s'appliquent non seulement aux marchandises importées dans l'État de séjour ou exportées de cet État, mais aussi aux marchandises en transit à travers le territoire d'une Partie Contractante. En l'occurrence, l'expression «État de séjour» s'entend, dans le présent article, de toute Partie Contractante à travers le territoire de laquelle les marchandises transitent.

(13) Dieser Artikel findet auf die betreffenden Waren nicht nur Anwendung, wenn sie in den Aufnahmestaat eingeführt oder aus ihm ausgeführt werden, sondern auch dann, wenn sie durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei hindurch befördert werden; insoweit ist in diesem Artikel unter dem Ausdruck „Aufnahmestaat“ auch jede Vertragspartei zu verstehen, durch deren Hoheitsgebiet die Waren befördert werden.

Article XII

1. The customs or fiscal authorities of the receiving State may, as a condition of the grant of any customs or fiscal exemption or concession provided for in this Agreement, require such conditions to be observed as they may deem necessary to prevent abuse.

Article XII

1. — Toute exemption ou facilité douanière ou fiscale accordée en vertu de la présente Convention est subordonnée à l'observation des dispositions que les autorités douanières ou fiscales de l'État de séjour peuvent estimer nécessaires pour prévenir des abus.

Artikel XII

(1) Die Zoll- oder Steuerbehörden des Aufnahmestaates können die Be- willigung aller in diesem Abkommen vorgesehenen Befreiungen oder Erleichterungen auf dem Gebiete des Zoll- oder Steuerwesens davon abhängig machen, daß die Bedingungen eingehalten werden, die sie zur Verhinderung von Mißbräuchen gegebenenfalls für erforderlich halten.

2. These authorities may refuse any exemption provided for by this Agreement in respect of the importation into the receiving State of articles grown, produced or manufactured in that State which have been exported therefrom without payment of, or upon repayment of, taxes or duties which would have been chargeable but for such exportation. Goods removed from a customs warehouse shall be deemed to be imported if they were regarded as having been exported by reason of being deposited in the warehouse.

2. — Les mêmes autorités peuvent décider que ne bénéficieront pas des exemptions prévues par le présent accord les importations de produits récoltés, fabriqués ou manufacturés dans l'État de séjour et exportés au préalable en franchise ou moyennant restitution des droits et taxes qui étaient dus dans le cas où ces produits n'auraient pas été exportés. Cette disposition s'applique également à des marchandises enlevées d'un entrepôt de douane, si le dépôt dans cet entrepôt a été considéré comme une exportation.

(2) Die in Absatz (1) genannten Behörden können jede in diesem Abkommen vorgesehene Befreiung ablehnen, wenn es sich um die Einfuhr von Waren in den Aufnahmestaat handelt, die dort geerntet, gewonnen erzeugt oder hergestellt und bei deren Ausfuhr aus dem Aufnahmestaat Steuern oder sonstige Abgaben nicht erhoben oder aber zurückerstattet worden sind, die ohne diese Ausfuhr hätten entrichtet werden müssen. Die Entnahme von Waren aus einem Zolllager gilt als Einfuhr, wenn die Einlagerung in das Zolllager als Ausfuhr behandelt wurde.

Article XIII

1. In order to prevent offences against customs and fiscal laws and regulations, the authorities of the receiving and of the sending States shall assist each other in the conduct of enquiries and the collection of evidence.

2. The authorities of a force shall render all assistance within their power to ensure that articles liable to seizure by, or on behalf of, the customs or fiscal authorities of the receiving State are handed to those authorities.

3. The authorities of a force shall render all assistance within their power to ensure the payment of duties, taxes and penalties payable by members of the force or civilian component or their dependents.

4. Service vehicles and articles belonging to a force or to its civilian component, and not to a member of such force or civilian component, seized by the authorities of the receiving State in connexion with an offence against its customs or fiscal laws or regulations shall be handed over to the appropriate authorities of the force concerned.

Article XIII

1. — En vue de la répression des infractions aux lois et règlements douaniers et fiscaux, les autorités des États de séjour et d'origine se prêtent un mutuel concours pour procéder aux enquêtes et à la recherche des preuves.

2. — Les autorités d'une force donnent toute l'assistance en leur pouvoir afin que les marchandises susceptibles de saisie, par les autorités douanières ou fiscales de l'État de séjour ou à leur profit, soient remises à celles-ci.

3. — Les autorités d'une force s'engagent à faire tout ce qui est en leur pouvoir afin que les droits, taxes et amendes dus soient acquittés par les membres de cette force ou de son élément civil, ainsi que par les personnes à leur charge.

4. — Les véhicules immatriculés à l'armée et les marchandises appartenant à une force ou à son élément civil et non à un de leurs membres, et saisis par les autorités de l'État de séjour à l'occasion d'une infraction douanière ou fiscale, sont remis aux autorités compétentes de cette force.

Artikel XIII

(1) Um Zuwiderhandlungen gegen zollrechtliche und steuerrechtliche Gesetze und Vorschriften zu bekämpfen, leisten die Behörden des Aufnahmestaates und des Entsendestaates bei der Vornahme von Ermittlungen und der Beschaffung von Beweismitteln einander Beistand.

(2) Die Behörden einer Truppe gewähren alle in ihrer Macht liegende Unterstützung, damit Waren, die der Beschlagnahme durch oder für die Zoll- oder Steuerbehörden des Aufnahmestaates unterliegen, diesen Behörden übergeben werden.

(3) Die Behörden einer Truppe gewähren alle in ihrer Macht liegende Unterstützung, um die Zahlung der von Mitgliedern dieser Truppe oder des zivilen Gefolges oder von deren Angehörigen geschuldeten Zölle, sonstige Abgaben und Geldstrafen sicherzustellen.

(4) Die Dienstfahrzeuge und die Waren, die einer Truppe oder ihrem zivilen Gefolge, nicht jedoch deren Mitgliedern gehören und von den Behörden des Aufnahmestaates im Zusammenhang mit einer Zoll- oder Steuerzuwiderhandlung beschlagnahmt worden sind, werden den zuständigen Behörden der betreffenden Truppe übergeben.

Article XIV

1. A force, a civilian component and the members thereof, as well as their dependents, shall remain subject to the foreign exchange regulations of the sending State and shall also be subject to the regulations of the receiving State.

2. The foreign exchange authorities of the sending and the receiving States may issue special regulations applicable to a force or civilian component or the members thereof as well as to their dependents.

Article XIV

1. — Une force, un élément civil, leurs membres, ainsi que les personnes à leur charge, demeurent assujettis aux règles du contrôle des changes de l'État d'origine et doivent se conformer aux règlements de l'État de séjour.

2. — Les autorités chargées du contrôle des changes des États d'origine et de séjour peuvent mettre en vigueur des dispositions spéciales applicables à une force, à son élément civil ou à leurs membres ainsi qu'aux personnes à leur charge.

Artikel XIV

(1) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge und ihre Mitglieder sowie deren Angehörige unterstehen weiterhin den Devisenvorschriften des Entsendestaates und außerdem den Vorschriften des Aufnahmestaates.

(2) Die für den Devisenverkehr zuständigen Behörden des Entsendestaates und des Aufnahmestaates können Sonderbestimmungen erlassen, die auf eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder oder deren Angehörige Anwendung finden.

Article XV

1. Subject to paragraph 2 of this Article, this Agreement shall remain in force in the event of hostilities to which the North Atlantic Treaty applies, except that the provisions for settling claims in paragraphs 2 and 5 of Article VIII shall not apply to war damage, and that the provisions of the Agreement, and, in particular of Articles III and VII, shall immediately be reviewed by the Contracting Parties concerned, who may agree to such modifications as they may consider desirable regarding the application of the Agreement between them.

2. In the event of such hostilities, each of the Contracting Parties shall have the right, by giving 60 days' notice to the other Contracting Parties, to suspend the application of any of the provisions of this Agreement so far as it is concerned. If this right is exercised, the Contracting Parties shall immediately consult with a view to agreeing on suitable provisions to replace the provisions suspended.

Article XVI

All differences between the Contracting Parties relating to the interpretation or application of this Agreement shall be settled by negotiation between them without recourse to any outside jurisdiction. Except where express provision is made to the contrary in this Agreement, differences which cannot be settled by direct negotiation shall be referred to the North Atlantic Council.

Article XVII

Any Contracting Party may at any time request the revision of any Article of this Agreement. The request shall be addressed to the North Atlantic Council.

Article XVIII

1. The present Agreement shall be ratified and the instruments of ratification shall be deposited as soon as possible with the Government of the United States of America, which shall notify each signatory State of the date of deposit thereof.

2. Thirty days after four signatory States have deposited their instruments of ratification the present Agreement shall come into force between

Article XV

1.—Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 ci-dessous, la présente Convention reste en vigueur en cas d'hostilités entraînant l'application des dispositions du Traité de l'Atlantique Nord. Toutefois, les dispositions relatives au règlement des dommages contenues dans les paragraphes 2 et 5 de l'article VIII ne s'appliquent pas aux dommages de guerre et les dispositions de la présente Convention, notamment celles des articles III et VII, font immédiatement l'objet d'un nouvel examen par les Parties Contractantes intéressées. Celles-ci peuvent éventuellement convenir des modifications qui apparaîtront désirables en ce qui concerne l'application de la Convention entre elles.

2.—Dans les cas d'hostilités telles qu'elles sont définies ci-dessus, chaque Partie Contractante a le droit, en le notifiant dans un délai de 60 jours aux autres Parties Contractantes, de suspendre l'application de l'une quelconque des dispositions de la Convention pour autant que de besoin. Si ce droit est exercé, les Parties Contractantes se consultent immédiatement en vue de se mettre d'accord sur les dispositions propres à remplacer celles dont l'application est suspendue.

Article XVI

Toute contestation entre les Parties Contractantes en ce qui concerne l'interprétation ou l'application de la présente Convention est réglée par négociations entre elles sans recours à une juridiction extérieure. Sauf dans les cas où la présente Convention contient une disposition contraire, les contestations qui ne peuvent pas être réglées par négociations directes, seront portées devant le Conseil de l'Atlantique Nord.

Article XVII

Chaque Partie Contractante peut à tout moment demander la révision de tout article de la présente Convention. La demande sera adressée au Conseil de l'Atlantique Nord.

Article XVIII

1.—La présente Convention sera ratifiée et les instruments de ratification seront déposés aussitôt que possible auprès du gouvernement des États-Unis d'Amérique qui notifiera la date de ces dépôts à chaque État signataire.

2.—La présente Convention entrera en vigueur trente jours après le dépôt par quatre États signataires de leurs instruments de ratification. Elle

Artikel XV

(1) Vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes (2) bleibt dieses Abkommen im Falle von Feindseligkeiten, auf die der Nordatlantikvertrag Anwendung findet, in Kraft; die Bestimmungen der Absätze (2) und (5) des Artikels VIII über die Regelung von Entschädigungsansprüchen finden jedoch auf Kriegsschäden keine Anwendung, und die beteiligten Vertragsparteien überprüfen unverzüglich die Bestimmungen dieses Abkommens, insbesondere der Artikel III und VII, wobei sie Änderungen vereinbaren können, die ihnen in bezug auf die Anwendung des Abkommens zwischen ihnen etwa wünschenswert erscheinen.

(2) Unter Einhaltung einer Frist von 60 Tagen nach Benachrichtigung der anderen Vertragsparteien hat jede Vertragspartei im Falle derartiger Feindseligkeiten das Recht, die Anwendung jeder beliebigen Bestimmung dieses Abkommens soweit erforderlich auszusetzen. Wird dieses Recht ausgeübt, so treten die Vertragsparteien unverzüglich in Beratungen untereinander ein, um sich über geeignete Bestimmungen als Ersatz für die außer Anwendung gesetzten Bestimmungen zu einigen.

Artikel XVI

Alle Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien in bezug auf die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch Verhandlungen zwischen ihnen ohne Inanspruchnahme außenstehender Gerichte geregelt. Soweit dieses Abkommen nicht etwas anderes bestimmt, werden alle Streitigkeiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht geregelt werden können, dem Nordatlantikrat unterbreitet.

Artikel XVII

Jede Vertragspartei kann jederzeit die Revision eines jeden Artikels dieses Abkommens beantragen. Der Antrag ist an den Nordatlantikrat zu richten.

Artikel XVIII

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese notifiziert jedem Unterzeichnerstaat den Zeitpunkt jeder Hinterlegung.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach Hinterlegung der Ratifikationsurkunden durch vier Unterzeichnerstaaten zwischen diesen in Kraft.

them. It shall come into force for each other signatory State thirty days after the deposit of its instrument of ratification.

3. After it has come into force, the present Agreement shall, subject to the approval of the North Atlantic Council and to such conditions as it may decide, be open to accession on behalf of any State which accedes to the North Atlantic Treaty. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Government of the United States of America, which shall notify each signatory and acceding State of the date of deposit thereof. In respect of any State on behalf of which an instrument of accession is deposited, the present Agreement shall come into force thirty days after the date of the deposit of such instrument.

Article XIX

1. The present Agreement may be denounced by any Contracting Party after the expiration of a period of four years from the date on which the Agreement comes into force.

2. The denunciation of the Agreement by any Contracting Party shall be effected by a written notification addressed by that Contracting Party to the Government of the United States of America which shall notify all the other Contracting Parties of each such notification and the date of receipt thereof.

3. The denunciation shall take effect one year after the receipt of the notification by the Government of the United States of America. After the expiration of this period of one year, the Agreement shall cease to be in force as regards the Contracting Party which denounces it, but shall continue in force for the remaining Contracting Parties.

Article XX

1. Subject to the provisions of paragraphs 2 and 3 of this Article, the present Agreement shall apply only to the metropolitan territory of a Contracting Party.

2. Any State may, however, at the time of the deposit of its instrument of ratification or accession or at any time thereafter, declare by notification given to the Government of the United States of America that the present Agreement shall extend (subject, if the State making the declaration considers it to be necessary, to the conclusion of a special agreement be-

entrera en vigueur pour chacun des autres États signataires trente jours après le dépôt de son instrument de ratification.

3. — Après son entrée en vigueur, la présente Convention, sous réserve de l'approbation du Conseil de l'Atlantique Nord et aux conditions que ce dernier pourra fixer, sera ouverte à tout État adhérent au Traité de l'Atlantique Nord. L'accession deviendra effective par le dépôt d'un instrument d'accession auprès du gouvernement des États-Unis d'Amérique qui notifiera à chaque signataire et à l'État accédant la date de dépôt dont il s'agit. La présente Convention entrera en vigueur, au regard de tout État au nom duquel un instrument d'accession sera déposé, trente jours après la date de dépôt de cet instrument.

Article XIX

1. — La présente Convention pourra être dénoncée par chaque Partie Contractante après l'expiration d'un délai de quatre ans à dater de son entrée en vigueur.

2. — La dénonciation de la Convention par une Partie Contractante se fera par notification écrite adressée par cette Partie au gouvernement des États-Unis d'Amérique qui informera toutes les autres Parties Contractantes de cette notification et de la date de sa réception.

3. — La dénonciation prendra effet un an après réception de sa notification par le gouvernement des États-Unis d'Amérique. Après l'expiration de cette période d'un an, la Convention cessera d'être en vigueur pour la Partie qui l'aura dénoncée, mais restera en vigueur entre les autres Parties Contractantes.

Article XX

1. — Sous réserve des dispositions des paragraphes 2 et 3 ci-dessous, la présente Convention s'applique uniquement au territoire métropolitain d'une Partie Contractante.

2. — Toutefois un État peut, lors du dépôt de ses instruments de ratification ou d'accession, ou ultérieurement, déclarer, par notification au gouvernement des États-Unis, que la présente Convention s'étendra à tous les territoires ou à tels des territoires dont les relations internationales sont assurées par lui dans la région de l'Atlantique Nord, sous réserve, si

Für jeden anderen Unterzeichnerstaat tritt es dreißig Tage nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

(3) Nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens kann ihm vorbehaltlich der Zustimmung des Nordatlantikrates und unter den von diesem etwa festzusetzenden Bedingungen jeder Staat beitreten, der dem Nordatlantikvertrag beitritt. Der Beitritt wird durch die Hinterlegung einer Beitrittsurkunde bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vollzogen; diese notifiziert jedem Unterzeichnerstaat und beitretenen Staat den Zeitpunkt der Hinterlegung. Dieses Abkommen tritt in bezug auf jeden Staat, in dessen Namen eine Beitrittsurkunde hinterlegt wird, dreißig Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung dieser Urkunde in Kraft.

Artikel XIX

(1) Dieses Abkommen kann von jeder Vertragspartei nach Ablauf einer Frist von vier Jahren, von seinem Inkrafttreten an gerechnet, gekündigt werden.

(2) Die Kündigung des Abkommens durch eine Vertragspartei erfolgt durch eine schriftliche Notifizierung, die von dieser Vertragspartei an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu richten ist; diese setzt alle anderen Vertragsparteien von jeder derartigen Notifizierung und dem Zeitpunkt ihres Eingangs in Kenntnis.

(3) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifizierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika wirksam. Nach Ablauf dieser Frist von einem Jahr tritt das Abkommen für die Vertragspartei, die es gekündigt hat, außer Kraft, bleibt aber zwischen den anderen Vertragsparteien in Kraft.

Artikel XX

(1) Vorbehaltlich der Absätze (2) und (3) findet dieses Abkommen nur auf das Mutterland einer Vertragspartei Anwendung.

(2) Ein Staat kann jedoch bei der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde oder später durch eine an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtete Notifizierung erklären, daß sich dieses Abkommen auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete erstrecken soll, für deren internationale Beziehungen es im Raum des Nordatlantikvertrags

tween that State and each of the sending States concerned), to all or any of the territories for whose international relations it is responsible in the North Atlantic Treaty area. The present Agreement shall then extend to the territory or territories named therein thirty days after the receipt by the Government of the United States of America of the notification, or thirty days after the conclusion of the special agreements if required, or when it has come into force under Article XVIII, whichever is the later.

l'État qui fait la déclaration l'estime nécessaire, de la conclusion d'un accord particulier entre ledit État et chacun des États d'origine. La présente Convention sera appliquée pour le territoire ou les territoires ainsi mentionnés, 30 jours après la réception par le gouvernement des États-Unis d'Amérique de la notification, ou 30 jours après la conclusion de l'accord particulier éventuel, ou, lors de l'entrée en vigueur de la Convention telle qu'elle est définie à l'article 18, si celle-ci intervient après ce délai.

verantwortlich ist; wenn jedoch der Staat, der die Erklärung abgibt, dies für erforderlich hält, wird ein besonderes Abkommen zwischen diesem Staat und jedem beteiligten Entsendsstaat geschlossen. Das vorliegende Abkommen findet sodann auf das Hoheitsgebiet oder die Hoheitsgebiete, die so benannt werden, dreißig Tage nach Eingang der Notifizierung bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika beziehungsweise dreißig Tage nach Abschluß der etwaigen besonderen Abkommen oder aber mit seinem Inkrafttreten gemäß Artikel XVIII Anwendung, je nachdem welcher Zeitpunkt später liegt.

3. A State which has made a declaration under paragraph 2 of this Article extending the present Agreement to any territory for whose international relations it is responsible may denounce the Agreement separately in respect of that territory in accordance with the provisions of Article XIX.

3. — Un État qui a fait la déclaration prévue au paragraphe (2) ci-dessus du présent article en vue d'étendre la Convention à un territoire dont il assure les relations internationales, peut dénoncer la Convention dans les conditions prévues à l'article 19 en ce qui concerne ce seul territoire.

(3) Ein Staat, der eine Erklärung nach Absatz (2) abgegeben und dadurch dieses Abkommen auf ein Hoheitsgebiet erstreckt hat, für dessen internationale Beziehungen verantwortlich ist, kann das Abkommen gemäß Artikel XIX gesondert für dieses Gebiet kündigen.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Plenipotentiaries have signed the present Agreement.

EN FOI DE QUOI les Plénipotentiaires ci-dessous désignés ont signé la présente Convention.

DONE in London this nineteenth day of June 1951, in the English and French languages, both texts being equally authoritative, in a single original which shall be deposited in the archives of the Government of the United States of America. The Government of the United States of America shall transmit certified copies thereof to all the signatory and acceding States.

FAIT à Londres le dix-neuf juin 1951, en anglais et en français, les deux textes faisant également foi, en un simple exemplaire qui restera déposé dans les archives du gouvernement des États-Unis d'Amérique. Le gouvernement des États-Unis d'Amérique en transmettra des copies authentiques à tous les gouvernements signataires et adhérents.

For the KINGDOM OF BELGIUM:

Pour le ROYAUME DE BELGIQUE:

Obert de Thieusies

For CANADA:

Pour le CANADA:

L. D. Wilgress

For the KINGDOM OF DENMARK:

Pour la ROYAUME DE DANEMARK:

Steensen-Leth

For FRANCE:

Pour la FRANCE:

Hervé Alphand

For ICELAND:

Pour l'ISLANDE:

Gunnlaugur Pétursson

For ITALY:

Pour l'ITALIE:

A. Rossi-Longhi

For the GRAND DUCHY OF LUXEMBOURG:

Pour le GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG:

A. Clasen

For the KINGDOM OF THE NETHERGANDS:

Pour le ROYAUME DES PAYS-BAS:

A. W. L. Tjarda van Starkenborgh-Stachouwer

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten Bevollmächtigten dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am neunzehnten Juni 1951 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer einzigen Urkchrift, die im Archiv der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt wird. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

Für das KÖNIGREICH BELGIEN:

Für KANADA:

Für das KÖNIGREICH DÄNEMARK:

Für FRANKREICH:

Für ISLAND:

Für ITALIEN:

Für das GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG:

Für das KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE:

For the KINGDOM OF NORWAY:

Pour le ROYAUME DE NORVÈGE:

Für das KONIGREICH NORWEGEN:

Dag Bryn

For PORTUGAL:

Pour le PORTUGAL:

Für PORTUGAL:

R. Ennes Ulrich

(The Agreement is only applicable to the territory of Continental Portugal, with the exclusion of the Adjacent Islands and the Overseas Provinces.)

(Das Abkommen ist nur auf das Gebiet des kontinentalen Portugal anwendbar, die vorgelagerten Inseln und die überseeischen Gebiete sind davon ausgeschlossen.)

For the UNITED KINGDOM
OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND:

Pour la ROYAUME-UNI
DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD:

Für das VEREINIGTE KÖNIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN
UND NORDIRLAND:

Herbert Morrison

For the UNITED STATES
OF AMERICA:

Pour les ÉTATS-UNIS
D'AMERIQUE:

Für die VEREINIGTEN STAATEN
VON AMERIKA:

Charles M. Spofford

Anlage umstehend

APPENDIX

| | |
|---------|---------------------|
| Country | Ministry or Service |
|---------|---------------------|

Triptyque*)

Valid from To

for temporary importation to

of the following service vehicle

Type

Registration Number Engine Number

Spare tyres

Fixed Communication Equipment

Name and signature
of the holder of the triptyque

Date of issue By order of

Temporary Exits and Entries

| Name of Port or Customs | Date | Signature and Stamp of Customs Officer |
|----------------------------|-------|---|
| | | |
| Exit | | |
| Entry | | |
| Exit | | |
| Entry | | |

*) This document shall be in the language of the sending State and in the English and French languages.

ANNEXE

Pays

Ministère ou Service

Triptyque*)

Valable du au

pour l'entrée temporaire

du véhicule suivant

Marque

Numéro d'immatriculation Numéro du moteur

Pneumatique de rechange

Matériel de transmission fixé à demeure

Nom et signature
du titulaire du triptyque

Délivré le

Par ordre de

Sorties et entrées temporairesDésignation du Bureau
des douanes

Date

Visa et cachet
de la douane

Sortie

Entrée

Sortie

Entrée

*) Ce document est établi dans la langue de l'Etat d'origine, et également en anglais et en français.

ANLAGE

(Übersetzung)

Staat

Ministerium oder Behörde

Zollpassierschein^{*)}

Gültig vom bis

für die vorübergehende Einfuhr nach

des folgenden Fahrzeugs

Typ

Zulassungs-Nummer Motor-Nummer

Ersatzreifen

Eingebautes Nachrichtengerät

Name und Unterschrift
des Inhabers des Zollpassierscheins

Datum der Ausstellung

Im Auftrage von

Vorübergehende Aus- und EinfuhrBezeichnung
der Zollstelle

Datum

Sichtvermerk und Stempel
der Zollstelle

Ausgang

Eingang

Ausgang

Eingang

*) Dieses Dokument wird in der Sprache des Entsendestaates sowie in englischer und französischer Sprache hergestellt.

**Zusatzabkommen
zu dem Abkommen zwischen den Parteien
des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland
stationierten ausländischen Truppen**

**Agreement
to Supplement the Agreement
between the Parties to the North Atlantic Treaty
regarding the Status of their Forces
with respect to Foreign Forces
stationed in the Federal Republic of Germany**

**Accord
complétant la Convention
entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord
sur le Statut de leurs Forces,
en ce qui concerne les Forces étrangères
stationnées en République Fédérale d'Allemagne**

DAS KÖNIGREICH BELGIEN,
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCH-
LAND,
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,
KANADA,
DAS KÖNIGREICH DER NIEDER-
LANDE,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON
GROSSBRITANNIEN UND NORD-
IRLAND und
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA,

IN DER ERWAGUNG, daß Artikel 8 Absatz (1) Buchstabe (b) des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (in der gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besetzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) den Abschluß von neuen Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Truppen der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unterhalten, vorsieht,

daß gemäß der genannten Bestimmung die neuen Vereinbarungen auf der Grundlage des am 19. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen getroffen werden sollen, ergänzt durch diejenigen Be-

THE KINGDOM OF BELGIUM,
CANADA,
THE FRENCH REPUBLIC,
THE FEDERAL REPUBLIC OF
GERMANY,
THE KINGDOM OF THE NETHER-
LANDS,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT
BRITAIN AND NORTHERN
IRELAND, and
THE UNITED STATES OF AMERICA,

CONSIDERING that sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany, as amended by Schedule I to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, provides for the negotiation of new arrangements setting forth the rights and obligations of the forces of the Three Powers and other States having forces in the territory of the Federal Republic of Germany;

CONSIDERING that, pursuant to that provision, the new arrangements shall be based on the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, signed at London on 19 June 1951, supplemented by such provisions as are necessary in view

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE,
LE ROYAUME DE BELGIQUE,
LE CANADA,
LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,
LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE ROYAUME DES PAYS-BAS, et
LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-
BRETAGNE ET D'IRLANDE
DU NORD

CONSIDÉRANT que l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, dans le texte amendé conformément à l'Annexe I du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne signé à Paris le 23 octobre 1954, prévoit la conclusion de nouveaux arrangements définissant les droits et obligations des forces des Trois Puissances et des autres États ayant des forces stationnées sur le territoire fédéral;

CONSIDÉRANT qu'aux termes de ladite disposition, les nouveaux arrangements seront fondés sur la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, signée à Londres le 19 juin 1951, complétée par les dispositions rendues nécessaires en rai-

stimmungen, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Truppen erforderlich sind,

daß der Nordatlantikrat beschlossen hat, den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem genannten Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen gemäß seinem Artikel XVIII Absatz (3) zu billigen, und dabei die Bedingung gestellt hat, daß dieser Beitritt erst wirksam wird, wenn alle Parteien die neuen Vereinbarungen ratifiziert oder genehmigt haben,

daß auch in dem zweiten Absatz der Präambel zu dem genannten Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen ergänzende Einzelvereinbarungen vorgesehen sind,

daß nach dem von den Unterzeichnerstaaten des in Paris am 23. Oktober 1954 unterzeichneten Protokolls über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland am 3. August 1959, in Bonn unterzeichneten Abkommen der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland, der Finanzvertrag sowie das Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der durch das genannte Protokoll geänderten Fassung mit dem Inkrafttreten der neuen Vereinbarungen außer Kraft treten werden,

SOWIE IN DEM WUNSCHE, hierdurch die Nordatlantische Gemeinschaft weiterhin zu festigen,

SIND WIE FOLGT UBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Das am 19. Juni 1951 in London unterzeichnete Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im folgenden als NATO-Truppenstatut bezeichnet) wird bezüglich der Rechte und Pflichten der Truppen des Königreichs Belgien, der Französischen Republik, Kanadas, des Königreichs der Niederlande, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland und der Vereinigten Staaten von Amerika im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland (im folgenden als Bundesrepublik bezeichnet) durch die Bestimmungen dieses Zusatzabkommens ergänzt.

of the special conditions existing in regard to the forces stationed in the Federal Republic of Germany;

son des conditions spéciales existantes en ce qui concerne les forces stationnées en République Fédérale d'Allemagne;

CONSIDERING that the North Atlantic Council has decided to approve, in accordance with paragraph 3 of Article XVIII of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, the accession to that Agreement of the Federal Republic of Germany, provided that such accession shall become effective only after all the States Parties to the new arrangements have ratified or approved them;

CONSIDERING that the second paragraph of the Preamble to the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces also provides for separate arrangements supplementary to that Agreement;

CONSIDERING that, pursuant to the Agreement signed at Bonn on 3rd August 1959, by the Powers signatory to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany, the Finance Convention, and the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members, as amended by that Protocol, shall cease to be effective upon the entry into force of the new arrangements;

DESIRING thereby to continue consolidating the North Atlantic Community;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, signed at London on 19 June 1951 (hereinafter referred to as the "NATO Status of Forces Agreement"), shall, as regards the rights and obligations of the forces of the Kingdom of Belgium, Canada, the French Republic, the Kingdom of the Netherlands, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America in the territory of the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as "the Federal Republic"), be supplemented by the provisions of the present Supplementary Agreement.

CONSIDÉRANT que le Conseil de l'Atlantique Nord a décidé d'approuver, conformément au paragraphe 3 de l'Article XVIII de la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, l'accession de la République Fédérale d'Allemagne à ladite Convention, à la condition que cette accession ne prenne effet que lorsque tous les États Parties aux nouveaux arrangements les auront ratifiés ou approuvés;

CONSIDÉRANT qu'au second paragraphe du Préambule de ladite Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, des accords particuliers la complétant sont également prévus;

CONSIDÉRANT qu'aux termes de l'Accord signé à Bonn le 3 août 1959, par les Puissances Signataires du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954, la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne, la Convention Financière et l'Accord relatif au Régime fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces, tels qu'ils ont été amendés par ledit Protocole, cesseront d'être en vigueur au moment de l'entrée en vigueur des nouveaux arrangements;

DÉSIREUX de continuer ainsi à renforcer la Communauté Atlantique Nord;

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

La Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, signée à Londres le 19 juin 1951 (dénommée ci-après «la Convention OTAN sur le Statut des Forces») est complétée, en ce qui concerne les droits et obligations des Forces du Royaume de Belgique, du Canada, des États-Unis d'Amérique, de la République Française, du Royaume des Pays-Bas et du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne (dénommée ci-après «la République Fédérale») par les dispositions du présent Accord Complémentaire.

Artikel 2

(1) In diesem Abkommen bedeutet der Ausdruck

(a) „Deutscher“ einen Deutschen im Sinne des deutschen Rechts;

(b) „Unterzeichnungsprotokoll“ das Unterzeichnungsprotokoll zu diesem Abkommen;

(c) „Truppenvertrag“ den Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (in der gemäß Liste II zu dem am 23 Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung);

(d) „Bundesleistungsgesetz“ das Bundesleistungsgesetz vom 19. Oktober 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I Seite 815);

(e) „Schutzbereichsgesetz“ das Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung — Schutzbereichsgesetz vom 7. Dezember 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I Seite 899);

(f) „Landbeschaffungsgesetz“ das Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung — Landbeschaffungsgesetz vom 23. Februar 1957 (Bundesgesetzblatt 1957 Teil I Seite 134);

(g) „Luftverkehrsgesetz“ das Luftverkehrsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Januar 1959 (Bundesgesetzblatt 1959 Teil I Seite 9).

(2) (a) Ein nicht unter die in Artikel I Absatz (1) Buchstabe (c) des NATO-Truppenstatuts enthaltene Begriffsbestimmung fallender naher Verwandter eines Mitgliedes einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, der von die-

Article 2

1. In the present Agreement the term

(a) "a German" shall mean a German within the meaning of German law;

(b) "Protocol of Signature" shall mean the Protocol of Signature to the present Agreement;

(c) "Forces Convention" shall mean the Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany, as amended by Schedule II to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954;

(d) "Federal Requisitioning Law" shall mean the Federal Requisitioning Law (Bundesleistungsgesetz) of 19 October 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I, page 815);

(e) "Restricted Areas Law" shall mean the Law concerning Restrictions on Real Property for Purposes of Military Defence (Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung — Schutzbereichsgesetz) of 7 December 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I, page 899);

(f) "Land Procurement Law" shall mean the Law concerning the Procurement of Land for Purposes of Defence (Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung — Landbeschaffungsgesetz) of 23 February 1957 (Bundesgesetzblatt 1957 Teil I, page 134);

(g) "Air Traffic Law" shall mean the Air Traffic Law (Luftverkehrsgesetz) in the version of the Notification (Bekanntmachung) of 10 January 1959 (Bundesgesetzblatt 1959 Teil I, page 9).

2. (a) A close relative of a member of a force or of a civilian component not falling within the definition contained in subparagraph (c) of paragraph 1 of Article I of the NATO Status of Forces Agreement who is financially or for reasons of

Article 2

1. — Dans le présent Accord, les termes:

(a) « Allemand » signifie un Allemand au sens du droit allemand;

(b) « Protocole de Signature » signifie le Protocole de Signature du présent Accord;

(c) « Convention relative aux Droits et Obligations des Forces » signifie la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne, amendée conformément à l'Annexe II du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954;

(d) « Loi fédérale sur les réquisitions » signifie la Loi fédérale sur les réquisitions (Bundesleistungsgesetz) du 19 octobre 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I, page 815);

(e) « Loi relative aux zones de servitudes » signifie la Loi relative à la restriction apportée à la propriété immobilière dans l'intérêt de la Défense (Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung — Schutzbereichsgesetz) du 7 décembre 1956 (Bundesgesetzblatt 1956 Teil I, page 899);

(f) « Loi concernant l'acquisition de terrains » signifie la Loi concernant l'acquisition de terrains pour les besoins de la Défense (Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung — Landbeschaffungsgesetz) du 23 février 1957 (Bundesgesetzblatt 1957 Teil I, page 134);

(g) « Loi relative à la circulation aérienne » signifie la Loi relative à la circulation aérienne (Luftverkehrsge- setz) telle que publiée dans l'Avis (Bekanntmachung) du 10 janvier 1959 (Bundesgesetzblatt 1959 Teil I, page 9).

2. — (a) Tout proche parent d'un membre d'une force ou d'un élément civil, non compris dans la définition donnée à l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article I de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, qui dépend de

sem aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen abhängig ist, von ihm tatsächlich unterhalten wird, die Wohnung teilt, die das Mitglied innehalt, und sich mit Genehmigung der Behörden der Truppe im Bundesgebiet aufhält, gilt als Angehöriger im Sinne der genannten Bestimmung.

- (b) Stirbt ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder verläßt es infolge einer Versetzung das Bundesgebiet, so gelten seine Angehörigen, einschließlich der in Buchstabe (a) erwähnten nahen Verwandten, während einer Frist von neunzig Tagen nach dem Tode oder der Versetzung weiterhin als Angehörige im Sinne von Artikel I Absatz (1) Buchstabe (c) des NATO-Truppenstatuts, sofern sie sich im Bundesgebiet aufhalten.

health dependent on, and is supported by, such member, who shares the quarters occupied by such member and who is present in the Federal territory with the consent of the authorities of the force shall be considered to be, and treated as, a dependent within the meaning of that provision.

- (b) Should a member of a force or of a civilian component die or leave the Federal territory on transfer, the dependents of such member, including close relatives referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph, shall be considered to be, and treated as, dependents within the meaning of sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article I of the NATO Status of Forces Agreement for a period of ninety days after such death or transfer if such dependents are present in the Federal territory.

ce membre, soit économiquement, soit pour des raisons de santé, est effectivement à sa charge, partage le logement occupé par ce membre et se trouve sur le territoire fédéral avec l'autorisation des autorités de la force, est considéré et traité comme personne à charge au sens de la disposition précitée.

- (b) En cas de décès d'un membre d'une force ou d'un élément civil ou de départ du territoire fédéral par suite d'une mutation, les personnes à sa charge, y compris les proches parents mentionnés à l'alinéa (a) du présent paragraphe, continuent, pendant une période de quatre-vingt-dix jours à compter de la date du décès ou de la mutation, si elles séjournent sur le territoire fédéral, à être considérées et traitées comme personnes à charge au sens de l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article I de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

Artikel 3

(1) In Übereinstimmung mit den im Rahmen des Nordatlantikvertrages bestehenden Verpflichtungen der Parteien zu gegenseitiger Unterstützung arbeiten die deutschen Behörden und die Behörden der Truppen eng zusammen, um die Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens sicherzustellen.

(2) Die in Absatz (1) vorgesehene Zusammenarbeit erstreckt sich insbesondere

(a) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie den Schutz des Vermögens der Bundesrepublik, der Entsendestaaten und der Truppen, namentlich auf die Sammlung, den Austausch und den Schutz aller Nachrichten, die für diese Zwecke von Bedeutung sind;

(b) auf die Förderung und Wahrung der Sicherheit sowie auf den Schutz des Vermögens von Deutschen, Mitgliedern der Truppen und der zivilen Gefolge und Angehörigen sowie von Staatsangehörigen der Entsendestaaten, die nicht zu diesem Personenkreis gehören.

(3) Im Rahmen der in den Absätzen (1) und (2) vorgesehenen Zu-

Article 3

1. In accordance with the obligations imposed by the North Atlantic Treaty upon the contracting parties thereto to render mutual assistance, the German authorities and the authorities of the forces shall cooperate closely to ensure the implementation of the NATO Status of Forces Agreement and of the present Agreement.

2. The co-operation provided for in paragraph 1 of this Article shall extend in particular

(a) to the furtherance and safeguarding of the security, as well as to the protection of the property, of the Federal Republic, of the sending States and of the forces, and especially to the collection, exchange and protection of all information which is of significance for these purposes;

(b) to the furtherance and safeguarding of the security, as well as to the protection of the property, of Germans, of members of the forces and members of the civilian components and dependents, as well as of nationals of the sending States who do not belong to these categories of persons.

3. The German authorities and the authorities of a force shall, by taking

1. — Conformément aux obligations d'assistance mutuelle qui, dans le cadre du Traité de l'Atlantique Nord, incombent aux parties à ce traité, les autorités allemandes et les autorités des forces coopèrent étroitement pour assurer l'application de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et celle du présent Accord.

2. — La coopération prévue au paragraphe 1 du présent Article s'étend notamment aux domaines suivants:

(a) renforcer et sauvegarder la sécurité de la République Fédérale, des États d'origine et des forces, protéger leurs biens et en particulier rassembler, échanger et protéger tous les renseignements qui présentent de l'importance à ces fins;

(b) renforcer et sauvegarder la sécurité des Allemands, des membres des forces, des membres des éléments civils et des personnes à charge, ainsi que des ressortissants des États d'origine qui n'entrent pas dans ces catégories, et protéger leurs biens.

3. — Dans le cadre de la coopération prévue aux paragraphes 1 et 2

sammenarbeit gewährleisten die deutschen Behörden und die Behörden einer Truppe durch geeignete Maßnahmen eine enge gegenseitige Verbindung.

(4) Die deutschen Behörden und die Behörden eines Entsendestaates treffen alle zur Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens erforderlichen Verwaltungsmäßigkeiten und schließen zu diesem Zweck, soweit erforderlich, Verwaltungsabkommen oder andere Vereinbarungen ab.

(5) (a) Bei der Durchführung der auf dem Gebiet der Versorgung bestehenden Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gewähren die deutschen Behörden einer Truppe und einem zivilen Gefolge die für eine befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung.

(b) Bei der Geltendmachung der Rechte, die ihnen nach den unter Buchstabe (a) erwähnten Bestimmungen zustehen, tragen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges im Sinne eines angemessenen Ausgleichs zwischen ihren Bedürfnissen und denjenigen der Bundesrepublik den deutschen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rechnung.

(6) Die deutschen Behörden und die Behörden einer Truppe vereinbaren die Grenzübergangsstellen, an denen Verbindungspersonal des Entsendestaates stationiert werden soll. Dieses Personal unterstützt die deutschen Behörden bei ihrer Kontrolltätigkeit, um die reibungslose und schnelle Auffertigung der Truppe, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörigen sowie des mitgeführten Gepäcks zu erleichtern; das gleiche gilt für die Auffertigung der Waren- und Materialsendungen, die von der Truppe, in ihrem Namen oder für ihre Rechnung zu ihrem Gebrauch oder dem des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörigen durchgeführt werden.

(7) Wird bei der Durchführung des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens weder auf örtlicher noch auf regionaler Ebene Einigung zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe erzielt, so wird die Angelegenheit an die zuständige oberste Bundesbehörde und an die höhere Behörde der Truppe weitergeleitet, sofern nicht im NATO-Truppenstatut oder in diesem Abkommen

appropriate measures, ensure close and reciprocal liaison within the scope of the co-operation provided for in paragraphs 1 and 2 of this Article.

4. The German authorities and the authorities of a sending State shall take all the administrative measures necessary for the implementation of the NATO Status of Forces Agreement and of the present Agreement, and, where necessary, shall conclude administrative or other agreements to that end.

5. (a) In the implementation of provisions in the field of support contained in the NATO Status of Forces Agreement and in the present Agreement, the German authorities shall accord to a force and to a civilian component such treatment as is necessary for the satisfactory fulfilment of their defence responsibilities.

(b) In asserting the rights accorded to them under the provisions referred to in subparagraph (a) of this paragraph, the authorities of a force and of a civilian component shall, with a view to reasonable reconciliation of their requirements and those of the Federal Republic, take into due account German public and private interests.

6. The German authorities and the authorities of a force shall agree on frontier crossing points at which liaison officials of the sending State are to be stationed. These officials shall assist the German authorities in their control functions in order to ensure the speedy and unobstructed passage of the force, the civilian component, their members and dependents, and their accompanying baggage, and of consignments of goods and materials shipped by the force or on its behalf or for its account for the use of the force or of the civilian component, their members and dependents.

7. If, in the implementation of the NATO Status of Forces Agreement and of the present Agreement, no agreement is reached either on the local or on the regional level between the German authorities and the authorities of a force, the matter shall, unless the NATO Status of Forces Agreement or the present Agreement provides a special procedure, be referred to the competent central Fed-

du présent Article, les autorités allemandes et les autorités d'une force assurent, par des mesures appropriées, une liaison réciproque étroite.

4. — Les autorités allemandes et les autorités d'un État d'origine prennent toutes les mesures administratives nécessaires pour l'application de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ainsi que du présent Accord et concluent, en cas de nécessité, des accords administratifs ou autres arrangements à cette fin.

5. — (a) Lorsqu'elles appliquent les dispositions relatives à l'aide matérielle qui figurent dans la Convention OTAN sur le Statut des Forces et dans le présent Accord, les autorités allemandes accordent à une force ou un élément civil le traitement nécessaire pour leur permettre de s'acquitter de façon satisfaisante de leurs responsabilités en matière de défense.

(b) Lorsqu'elles font valoir les droits qui leur sont conférés en vertu des dispositions visées à l'alinéa (a) du présent paragraphe, les autorités d'une force et d'un élément civil, en vue de parvenir à une harmonie raisonnable entre leurs besoins et ceux de la République Fédérale, tiennent dûment compte des intérêts allemands publics et privés.

6. — Les autorités allemandes et les autorités d'une force déterminent d'un commun accord les postes frontières auxquels des agents de liaison de l'État d'origine sont mis en place. Ces agents assistent les autorités allemandes dans leurs opérations de contrôle en vue d'assurer le passage sans retards ni heurts de la force, de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à charge, de leurs bagages accompagnés, ainsi que des envois de marchandises et matériels effectués par la force, en son nom ou pour son compte, à son usage ou à celui de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à charge.

7. — Si, à l'occasion de l'application de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et du présent Accord, un accord entre les autorités allemandes et les autorités d'une force n'est intervenu ni à l'échelon local ni à l'échelon régional, la question est renvoyée à l'autorité fédérale centrale compétente et à l'autorité supérieure de la force, à moins qu'une procédure spéciale ne soit prévue dans la

ein besonderes Verfahren vorgesehen ist. Die Bundesregierung oder die höhere Behörde der Truppe erteilen die gegebenenfalls erforderlichen Einzelweisungen an die deutschen Behörden beziehungsweise die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges.

Artikel 4

(1) Die Wahrnehmung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten, die sich für einen Entsendestaat aus dem NATO-Truppenstatut und diesem Abkommen ergeben, können mit Zustimmung der Bundesregierung durch andere Entsendestaaten erfolgen, nach Maßgabe zwischen den beteiligten Entsendestaaten abzuschließender Verwaltungsabkommen.

(2) Bis zum Inkrafttreten der in Absatz (1) genannten Verwaltungsabkommen behalten die zwischen den beteiligten Entsendestaaten abgeschlossenen Vereinbarungen, die diese Fragen zur Zeit des Inkrafttretens dieses Abkommens regeln, für die Gebiete Gültigkeit, auf die sie sich beziehen, es sei denn, der eine beteiligte Entsendestaat setzt den anderen beteiligten Entsendestaat und die Bundesrepublik von seiner Absicht in Kenntnis, diese Vereinbarungen nicht mehr anzuwenden.

Artikel 5

(1) Für die Ausweispflicht innerhalb des Bundesgebietes gilt folgendes:

- (a) Mitglieder einer Truppe benötigen keine Marschbefehle.
- (b) Mitglieder einer Truppe, die sich in Uniform in einer Einheit unter militärischer Führung bewegen, brauchen sich nicht auszuweisen. Auf Verlangen der deutschen Behörden legt der Führer einer Einheit seinen Personalausweis vor, falls in Ausnahmefällen die sofortige Identifizierung der Einheit notwendig ist.
- (c) Mitglieder eines zivilen Gefolges und Angehörige, die weder einen Reisepaß noch einen anderen nach deutschem Recht als gleichwertig zugelassenen Ausweis bei sich führen, weisen sich durch einen von den Behörden des Entsendestaates ausgestellten Ausweis aus, der den Namen, das Geburtsdatum und ein Lichtbild des Inhabers, eine Num-

eral authority and the higher authority of the force. The Federal Government or the higher authority of the force shall issue any individual instructions that may be necessary to the German authorities or to the authorities of the force and the civilian component respectively.

Article 4

1. The exercise of rights and the fulfilment of obligations which a sending State derives from the NATO Status of Forces Agreement and the present Agreement may, with the consent of the Federal Government, be effected by other sending States in accordance with administrative agreements to be concluded between the sending States concerned.

2. Until the entry into force of the administrative agreements referred to in paragraph 1 of this Article, the agreements between the sending States concerned governing the exercise of rights and the fulfilment of obligations at the time of the entry into force of the present Agreement shall remain applicable in the fields to which they relate, unless the sending State concerned notifies the other sending State concerned and the Federal Republic of its intention no longer to apply the latter agreements.

Article 5

1. The following provisions shall apply with respect to identification within the Federal territory:

- (a) Members of a force shall not be required to have movement orders.
- (b) Uniformed members of a force moving in units under military command need not give proof of their identity. In exceptional cases where it is necessary to establish immediately the identity of a unit, the commander of the unit shall, upon request of the German authorities, produce his personal identity card.
- (c) Members of a civilian component and dependents who do not carry with them a passport or a document acknowledged as equivalent under German law shall give proof of their identity by means of an identity document issued by the authorities of the sending State, showing name, date of birth and photograph of the holder, a serial number or the name of the issuing

Convention OTAN sur le Statut des Forces ou dans le présent Accord. Le Gouvernement fédéral ou l'autorité supérieure de la force donne respectivement aux autorités allemandes ou à celles de la force et de l'élément civil toutes instructions spéciales éventuellement nécessaires.

Article 4

1. — L'exercice de droits et la prise en charge d'obligations conférés à un État d'origine en vertu de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et du présent Accord peuvent, avec l'approbation du Gouvernement fédéral, être effectués par d'autres États d'origine conformément à des accords administratifs à conclure entre les États d'origine intéressés.

2. — Jusqu'à l'entrée en vigueur des accords administratifs prévus au paragraphe 1 du présent Article, les accords qui régissent l'exercice de droits et la prise en charge d'obligations entre les États d'origine intéressés lors de l'entrée en vigueur du présent Accord restent applicables dans les domaines auxquels ils se rapportent, sauf si l'État d'origine intéressé informe à l'autre État d'origine intéressé et à la République Fédérale son intention de ne plus appliquer ces derniers accords.

Article 5

1. — En ce qui concerne les pièces d'identité à l'intérieur du territoire fédéral, les dispositions suivantes s'appliquent:

- (a) les ordres de mission ne sont pas nécessaires pour les membres d'une force;
- (b) les membres d'une force circulant en uniforme, en détachement et sous commandement militaire, ne sont pas tenus de justifier de leur identité. Le chef d'un détachement présente sa carte d'identité personnelle, sur demande des autorités allemandes, dans les cas exceptionnels où il s'avérerait nécessaire d'établir immédiatement l'identité du détachement;
- (c) les membres d'un élément civil et les personnes à charge, qui ne sont pas porteurs d'un passeport ou d'un document reconnu comme équivalent en droit allemand, justifient de leur identité au moyen d'un document d'identité établi par les autorités de l'État d'origine et comportant le nom, la date de naissance et la photographie du titulaire,

mer oder die Bezeichnung der ausstellenden Behörde sowie Angaben über die Eigenschaft, in der sich der Inhaber im Bundesgebiet aufhält, enthalten muß.

(d) Wenn in Ausnahmefällen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder ein Angehöriger nicht im Besitz der in Artikel III des NATO-Truppenstatuts oder in diesem Artikel vorgesehenen Ausweise ist, erkennen die deutschen Behörden eine von den Behörden der Truppe ausgestellte vorläufige Bescheinigung an, daß die betreffende Person Mitglied der Truppe oder des zivilen Gefolges oder Angehöriger ist. Die Behörden der Truppe ersetzen diese Bescheinigung so bald wie möglich durch die in Artikel III des NATO-Truppenstatuts oder die in diesem Artikel vorgesehenen Ausweise und teilen dies den deutschen Behörden mit.

authority and the capacity in which the holder is present in the Federal territory.

(d) In exceptional cases where a member of a force or of a civilian component or a dependent is not in possession of the documents provided for in Article III of the NATO Status of Forces Agreement or in this Article, the German authorities shall accept temporary certification by the authorities of the force that the person concerned is a member of the force or of the civilian component or a dependent. The authorities of the force shall, as soon as possible, replace such certification by the documents provided for in Article III of the NATO Status of Forces Agreement or in this Article and shall so inform the German authorities.

(2) Für den Grenzübertritt gilt folgendes:

(a) Einzel- oder Sammelmarschbefehle enthalten in der Regel die in Artikel III Absatz (2) Buchstabe (b) des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Angaben in deutscher Sprache. Die deutschen Behörden erkennen indessen einen Marschbefehl auch dann als gültig an, wenn diese Angaben ausnahmsweise nicht in deutscher Sprache gemacht sind. Marschbefehle werden entweder für eine einmalige Ein- oder Ausreise oder für eine einmalige Ein- und Ausreise ausgestellt oder haben für eine begrenzte Zeit Gültigkeit. Die Behörden einer Truppe können die Gültigkeitsdauer eines Marschbefehls verlängern. Einzelmarschbefehle können durch entsprechende, eine Befristung enthaltende Eintragung im Personalausweis ersetzt werden.

(b) Eine Einheit, die auf Grund eines Sammelmarschbefehls unter militärischer Führung die Grenze überschreitet, wird durch ihren Führer aus-

2. The following provisions shall apply with respect to frontier crossings:

(a) Individual or collective movement orders shall normally contain in German the data referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 2 of Article III of the NATO Status of Forces Agreement. Movement orders which in exceptional cases do not contain such data in German shall nevertheless be recognized as valid by the German authorities. Movement orders shall be issued for a single entry or exit, or for both, or shall be valid for a limited period. The authorities of a force may extend the period of validity of a movement order. An appropriate entry on the personal identity card showing date of expiration may take the place of an individual movement order.

(b) A unit crossing the frontier under military command on a collective movement order shall be identified by its commander who shall present

un numéro ou la désignation de l'autorité émettrice, ainsi qu'une mention indiquant à quel titre le détenteur séjourne sur le territoire fédéral;

(d) dans les cas exceptionnels où un membre d'une force, d'un élément civil ou une personne à charge n'est pas en possession des documents d'identité prévus à l'Article III de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ou dans le présent Article, les autorités allemandes acceptent l'attestation provisoire établie par les autorités de la force, selon laquelle la personne intéressée est un membre de la force, de l'élément civil ou une personne à charge. Les autorités de la force remplacent, dans les meilleurs délais, cette attestation par les documents d'identité visés à l'Article III de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ou dans le présent Article et en informent les autorités allemandes.

2. — Au passage de la frontière, les dispositions suivantes s'appliquent:

(a) en règle générale, les ordres de mission individuels ou collectifs comportent, en langue allemande, les indications visées à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'Article III de la Convention OTAN sur le Statut des Forces. La validité des ordres de mission qui, dans des cas exceptionnels, ne comportent pas ces indications en langue allemande est néanmoins reconnue par les autorités allemandes. Les ordres de mission peuvent être établis soit pour un seul voyage, entrée ou sortie, ou un seul voyage, entrée et sortie, soit pour une durée limitée. Les autorités d'une force peuvent prolonger la durée de validité d'un ordre de mission. L'ordre de mission individuel peut être remplacé par une annotation portée sur la carte d'identité personnelle et comportant une date d'expiration;

(b) l'identité d'un détachement qui franchit la frontière sur ordre de mission collectif et sous commandement militaire est établie par son

gewiesen, der seinen Personalausweis und den Sammelmarschbefehl vorlegt. Halten die deutschen Behörden in Ausnahmefällen die Nachprüfung der Identität bestimmter Mitglieder einer Einheit aus besonderen Gründen, welche die deutschen Kontrollbeamten dem Führer der Einheit mitteilen, für notwendig, so legt dieser ihnen die Personalausweise dieser Mitglieder vor. Diese Nachprüfung darf für die Einheit keine wesentliche Verzögerung zur Folge haben.

his personal identity card and the collective movement order. In exceptional cases where the German authorities consider it necessary to verify the identity of certain members of a unit, for special reasons which shall be given by the German frontier control officials to the commander of the unit, the latter shall present the personal identity cards of those members. Such verification shall not unduly delay the unit.

chef, qui présente sa carte d'identité personnelle, ainsi que l'ordre de mission collectif. Dans les cas exceptionnels où les autorités allemandes estimerait nécessaire de faire vérifier l'identité de certains membres d'un détachement, pour des raisons particulières qui seront indiquées par les fonctionnaires allemands de contrôle au chef du détachement, ce dernier leur présente les cartes d'identité personnelles de ces membres. Cette vérification ne doit pas entraîner de retard important pour le détachement;

(c) Die Ausweiskontrolle bei Ein- und Ausreisen über Militärflugplätze einer Truppe findet grundsätzlich in der gleichen Weise statt wie die Grenzkontrolle beim Grenzübergang auf dem Landwege. Bei Ein- und Ausreisen von Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder von Angehörigen über Militärflugplätze begrüßen sich die deutschen Behörden jedoch mit gelegentlichen Kontrollen, die nach Fühlungnahme mit den Behörden des betreffenden Flugplatzes stattfinden; eine regelmäßige Ausweiskontrolle bei den genannten Personen wird von den Behörden der Truppe durchgeführt. Bei Personen, die über Militärflugplätze der Truppe in das Bundesgebiet einreisen oder aus dem Bundesgebiet ausreisen und nicht zu dem in Satz 2 genannten Personenkreis gehören, erfolgt die Ausweiskontrolle durch die deutschen Behörden, die von der Ankunft dieser Personen durch die Behörden der Truppe unterrichtet werden. Diese Kontrolle findet beim Betreten oder Verlassen des Flugplatzes statt.

(c) Control of identity documents on entry and exit via military airfields of a force shall in principle be the same as frontier control of surface frontier crossings. However, in the case of the entry and exit via military airfields of members of a force, of a civilian component or dependents, the German authorities shall confine themselves to occasional checks, carried out after consultation with the authorities of the airfield concerned; regular identity controls over such persons shall be carried out by the authorities of the force. The control of identity documents of persons in categories other than those mentioned in the second sentence of this sub-paragraph who enter or leave the Federal territory via military airfields of a force shall be carried out by the German authorities, who shall be notified of the arrival of such persons by the authorities of the force. Such control shall take place on entering or leaving the airfield.

(c) en cas de départ ou d'arrivée sur les aérodromes militaires d'une force, le contrôle d'identité s'effectue en principe de la même manière que le contrôle d'identité exercé lors du franchissement de la frontière terrestre. Toutefois, en ce qui concerne les arrivées et les départs de membres d'une force, d'un élément civil et de personnes à charge, qui ont lieu sur de tels aérodromes militaires, les autorités allemandes se contentent de contrôles occasionnels qu'elles effectuent après avoir pris contact avec les autorités de l'aérodrome en question; un contrôle d'identité régulier est exercé par les autorités de la force. Le contrôle d'identité des personnes dont l'arrivée sur le territoire fédéral ou le départ hors de celui-ci s'effectue sur des aérodromes militaires d'une force et qui n'appartiennent pas aux catégories visées à la deuxième phrase du présent alinéa est exercé par les autorités allemandes, qui sont informées par les autorités de la force de l'arrivée de telles personnes. Ce contrôle s'effectue à l'entrée ou à la sortie de l'aérodrome.

Artikel 6

(1) Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und Angehörige sind von den deutschen Vorschriften auf den Gebieten des Meldewesens und der Ausländerpolizei mit Ausnahme der Meldungen in Beherbergungsstätten befreit.

Article 6

1. Members of a force, of a civilian component and dependents shall be exempt from German regulations in the field of registration of residence (Meldewesen) and aliens' control (Ausländerpolizei), except with respect to registration in hotels and similar establishments (Beherbergungsstätten).

Article 6

1. — Les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge ne sont pas soumis aux prescriptions allemandes dans les domaines de la déclaration de résidence (Meldewesen) et du contrôle des étrangers (Ausländerpolizei), exception faite de l'inscription de présence dans les établissements à usage hôtelier.

(2) Die Behörden einer Truppe registrieren laufend alle Mitglieder des zivilen Gefolges und alle Angehörigen. Die Behörden der Truppe erteilen in Einzelfällen den deutschen Behörden die Auskünfte, die auf Grund der in Absatz (1) erwähnten Vorschriften benötigt werden, wenn die deutschen Behörden unter Darlegung der Gründe darum ersuchen.

(3) Die deutschen Behörden werden auf ihr Verlangen von den Behörden der Truppe über die Zahl der Mitglieder des zivilen Gefolges und der Angehörigen unterrichtet.

Artikel 7

Bei der Anwendung zwischenstaatlicher Abkommen oder anderer im Bundesgebiet geltender Bestimmungen über Aufenthalt und Niederlassung, soweit sie sich auf Rückschaffungen, Ausweisungen, die Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen oder die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit beziehen, bleiben Zeiten unberücksichtigt, die eine Person als Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder als Angehöriger im Bundesgebiet zugetragen hat.

Artikel 8

(1) Beabsichtigt eine zuständige deutsche Behörde, eine der in Artikel III Absatz (5) Satz 1 des NATO-Truppenstatuts aufgeführten und dem Aufnahmestaat vorbehaltenen Maßnahmen zu treffen, so unterrichtet sie die zuständige Behörde des betreffenden Entsendestaates von dieser Absicht unter Darlegung der Begründung der in Aussicht genommenen Maßnahme und gibt ihr Gelegenheit, innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen oder selbst die ihr geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Die deutschen Behörden ziehen eine Stellungnahme des Entsendestaates und die von seinen Behörden etwa ergriffenen Maßnahmen wohlwollend in Betracht.

(2) Die Unterrichtung über eine nach Artikel III Absatz (5) des NATO-Truppenstatuts beabsichtigte Maßnahme erfolgt durch den betreffenden Landesinnenminister oder im Falle Hamburgs und Bremens durch den Senator für innere Angelegenheiten.

(3) Anträge auf Entfernung werden nur gestellt und Ausweisungsbefehle nur erlassen, wenn die zuständige deutsche Behörde der Ansicht ist, daß auf Grund der weiteren Anwesenheit der in Frage stehenden Person im

2. The authorities of a force shall keep up-to-date records of all members of the civilian component and of all dependents. At the request of the German authorities, the reasons for which shall be explained, the authorities of the force shall, in individual cases, supply the information required under the regulations referred to in paragraph 1 of this Article.

3. At the request of the German authorities, the authorities of the force shall inform them of the number of members of the civilian component and of dependents.

Article 7

In applying international agreements or other provisions in force in the Federal territory concerning residence (Aufenthalt) and settlement (Niederlassung), insofar as they relate to repatriation, to expulsion, to the extension of residence permits or to gainful occupation, periods of time spent in the Federal territory by any person as a member of a force or of a civilian component or as a dependent shall be disregarded.

Article 8

1. When a competent German authority intends to take one of the measures within the competence of the receiving State and set forth in the first sentence of paragraph 5 of Article III of the NATO Status of Forces Agreement, the authority concerned shall communicate this intention to the competent authority of the sending State concerned, stating the reasons invoked in support of the intended measure, and shall afford that authority the possibility of making known its opinion or of itself taking such measures as it might deem fitting within a reasonable period of time. The German authorities shall give sympathetic consideration to any position which might be adopted by the sending State and to any measures which may have been taken by the authorities of that State.

2. Notification of intent to take one of the measures provided for in paragraph 5 of Article III of the NATO Status of Forces Agreement shall be given by the Minister of the Interior of the Land concerned, or, in the cases of Hamburg and Bremen, by the Senator for Internal Affairs.

3. Requests for removal shall be made and expulsion orders shall be issued only if the competent German authority considers that the continued presence in the Federal territory of the person in question actually en-

2. — Les autorités d'une force tiennent à jour un recensement de la totalité des membres de l'élément civil et des personnes à charge. Dans des cas individuels et à la demande des autorités allemandes qui en précisent les raisons, les autorités de la force fournissent les renseignements prévus aux termes des prescriptions visées au paragraphe 1 du présent Article.

3. — A la demande des autorités allemandes, les autorités de la force leur communiquent l'effectif des membres de l'élément civil et des personnes à charge.

Article 7

Lors de l'application des accords internationaux ou des autres dispositions en vigueur sur le territoire fédéral en matière de séjour (Aufenthalt) et d'établissement (Niederlassung), il n'est pas tenu compte du temps passé par une personne sur le territoire fédéral en tant que membre d'une force, d'un élément civil ou en tant que personne à charge, dans la mesure où ces dispositions se rapportent au rapatriement, à l'expulsion, à la prolongation du permis de séjour ou à l'exercice d'une activité professionnelle.

Article 8

1. — Lorsqu'une autorité allemande compétente se propose de prendre l'une des mesures réservées à la compétence de l'État de séjour et visées à la première phrase du paragraphe 5 de l'Article III de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, elle informe de cette intention l'autorité compétente de l'État d'origine intéressé, en exposant les motifs invoqués à l'appui de la mesure envisagée, et donne à cette autorité la possibilité, dans un délai raisonnable, de manifester son opinion ou de prendre elle-même les mesures qui lui paraîtront opportunes. Les autorités allemandes tiennent compte avec bienveillance de la prise de position éventuelle de l'État d'origine, ainsi que des mesures que ses autorités ont éventuellement prises.

2. — La notification de l'intention de prendre l'une des mesures visées au paragraphe 5 de l'Article III de la Convention OTAN sur le Statut des Forces est effectuée par le Ministre de l'Intérieur du Land intéressé ou, dans le cas de Brême et de Hambourg, par le Sénateur chargé des affaires intérieures.

3. — Les demandes d'éloignement ne sont présentées et les arrêtés d'expulsion ne sont pris que si l'autorité allemande compétente estime que le fait que la personne en question continue à être présente sur le territoire

Bundesgebiet die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu dem Zeitpunkt tatsächlich gefährdet ist, an dem der Antrag gestellt oder der Befehl erteilt wird.

Artikel 9

(1) Führerscheine oder andere Erlaubnisscheine, die Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges von einer Behörde eines Entsendestaates zum Führen dienstlicher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge erteilt worden sind, berechtigen zum Führen solcher Land-, Wasser- oder Luftfahrzeuge im Bundesgebiet.

(2) In einem Entsendestaat erteilte Führerscheine, die zum Führen privater Kraftfahrzeuge in diesem Staat ermächtigen, berechtigen Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und Angehörige zum Führen solcher Fahrzeuge im Bundesgebiet. Die deutschen Vorschriften über die Gültigkeitsdauer solcher Führerscheine im Bundesgebiet und über ihre Außerkraftsetzung durch eine deutsche Verwaltungsbehörde werden nicht angewendet, wenn der Inhaber eine Bescheinigung einer Behörde der Truppe darüber besitzt, daß er Mitglied der Truppe, des zivilen Gefolges oder dessen Angehöriger ist und über eine ausreichende Kenntnis der deutschen Verkehrsvorschriften verfügt. Eine solche Bescheinigung muß mit einer deutschen Übersetzung verbunden sein.

(3) Die Behörden einer Truppe können Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und deren Angehörigen mit einer deutschen Übersetzung verbundene Führerscheine für private Kraftfahrzeuge erteilen, wenn ihnen außer der Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen eine ausreichende Kenntnis der deutschen Verkehrsvorschriften nachgewiesen worden ist. Sie stellen sicher, daß Fahrschüler von einer Person unterwiesen und bei Fahrten auf öffentlichen Straßen jederzeit begleitet werden, die die in Satz 1 erwähnten Bedingungen erfüllt und im Besitz eines gültigen Führerscheins ist. Diese Person ist für die Führung des Fahrzeugs verantwortlich und muß eine von den Behörden der Truppe ausgestellte und mit einer deutschen Übersetzung verbundene Bescheinigung mit sich führen, die sie zur Ausbildung des Fahrschülers ermächtigt.

(4) Die von den Behörden eines Entsendestaates Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörigen erteilten zivilen Luftfahrerscheine berechtigen zum Füh-

dangers public order or public security at the time when the request is made or the order is issued.

fédéral constitue effectivement, au moment où la demande est présentée ou l'arrêté pris, un danger pour l'ordre public ou la sécurité publique.

Article 9

1. A licence or other permit issued to a member of a force or of a civilian component by an authority of a sending State empowering the holder to operate service vehicles, vessels or aircraft is valid for the operation of such vehicles, vessels or aircraft in the Federal territory.

2. A driving licence issued in a sending State empowering the holder to operate private motor vehicles in that State is valid for the operation of such vehicles in the Federal territory by the holder if the latter is a member of a force or of a civilian component or a dependent. The German regulations relating to the period of validity of such driving licence in the Federal territory and to its invalidation by a German administrative authority shall not apply if the holder is in possession of a certificate issued by an authority of the force showing that he is a member of the force or of the civilian component or a dependent and that he possesses adequate knowledge of German traffic regulations. Such certificate shall be provided with a German translation.

3. Driving licences provided with a German translation may be issued for private motor vehicles by the authorities of a force to members of the force or of the civilian component or to dependents if these authorities have determined that, in addition to fitness to operate a motor vehicle, applicants possess adequate knowledge of German traffic regulations. They shall ensure that learner drivers are instructed, and when driving on a public highway are accompanied at all times, by a person possessing the qualifications specified in the first sentence of this paragraph and holding a valid driving licence. Such person shall be responsible for the driving of the vehicle and shall carry a written authorization, issued by the authorities of the force and provided with a German translation, empowering him to instruct the learner driver.

4. A civil pilot's licence issued to a member of a force or of a civilian component or to a dependent by the authorities of a sending State shall authorize the holder to operate private

Article 9

1. — Le permis ou toute autre autorisation, délivré par une autorité d'un État d'origine à un membre d'une force ou d'un élément civil, habilitant son titulaire à conduire des véhicules automobiles militaires ou à piloter des bateaux et des aéronefs militaires, est valable pour la conduite de tels véhicules ou le pilotage des bateaux et des aéronefs militaires sur le territoire fédéral.

2. — Le permis délivré dans un État d'origine autorisant son titulaire à conduire des véhicules automobiles privés dans cet État, est valable sur le territoire fédéral pour la conduite de tels véhicules par un membre d'une force ou d'un élément civil ou par une personne à charge. Les règlements allemands relatifs à la durée de validité d'un tel permis sur le territoire fédéral et à son invalidation par une autorité administrative allemande ne s'appliquent pas si son titulaire est en possession d'un certificat délivré par une autorité de la force établissant sa qualité de membre de la force, de l'élément civil ou de personne à charge et qu'il possède une connaissance suffisante des règles allemandes de la circulation. Le certificat est accompagné d'une traduction en langue allemande.

3. — Les autorités d'une force peuvent délivrer aux membres de la force ou de l'élément civil ou aux personnes à charge, pour la conduite des véhicules automobiles privés, des permis civils traduits en langue allemande, après s'être assurées que l'intéressé est non seulement apte à conduire un véhicule automobile, mais qu'il possède également une connaissance suffisante des règles allemandes de la circulation. Elles veillent à ce que les personnes apprenant à conduire soient instruites et constamment accompagnées, lorsqu'elles conduisent sur la voie publique, par une personne qui remplit les conditions visées dans la première phrase du présent paragraphe et qui est titulaire d'un permis de conduire valable. Cette personne est responsable de la conduite du véhicule et doit être en possession d'une attestation écrite délivrée par les autorités de la force et traduite en langue allemande l'habilitant à instruire la personne apprenant à conduire.

4. — Le brevet de pilote aéronautique civil délivré par les autorités d'un État d'origine à un membre d'une force ou d'un élément civil ou à une personne à charge autorise son titu-

ren privater Luftfahrzeuge im Bundesgebiet, wenn sie auf den Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation beruhen.

- (5) (a) Die Behörden einer Truppe stellen sicher, daß die Führer der in Absatz (1) genannten dienstlichen Wasserfahrzeuge beim Befahren von Binnengewässern eine ausreichende Kenntnis der zu befahrenden Strecke und der einschlägigen schifffahrtspolizeilichen Vorschriften besitzen.
- (b) Die Behörden einer Truppe können Befähigungsnachweise ausstellen, die zum Führen nichtmilitärischer Binnenschiffe der Truppe berechtigen, wenn sie festgestellt haben, daß der Antragsteller die in Buchstabe (a) geforderte Kenntnis besitzt. Die zu befahrenden Strecken müssen in dem Nachweis aufgeführt werden. Im Rahmen internationaler Abkommen anwendbare Vorschriften bleiben unberührt.
- (6) (a) Die Behörden einer Truppe entziehen die nach den Absätzen (1) und (3) im Bundesgebiet gültigen Kraftfahrzeugführerscheine oder die in Absatz (2) erwähnten Bescheinigungen, wenn begründete Bedenken gegen die Zuverlässigkeit oder Eignung der Inhaber zum Führen von Kraftfahrzeugen bestehen. Sie prüfen wohlwollend Ersuchen der deutschen Behörden, solche Führerscheine oder Bescheinigungen zu entziehen. Führerscheine oder Bescheinigungen dürfen wiedererteilt werden, wenn dies aus zwingenden militärischen Gründen oder deshalb notwendig ist, um den Inhabern das Verlassen des Bundesgebietes zu ermöglichen. Die Behörden einer Truppe teilen den deutschen Behörden alle nach diesem Buchstaben vorgenommenen Entziehungen sowie alle Fälle mit, in denen nach einer solchen Entziehung der Führerschein oder die Bescheinigung wiedererteilt worden ist.

- (b) In den Fällen, in denen die deutschen Gerichte die Gerichtsbarkeit auf Grund des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts und der Artikel 17, 18 und 19 dieses Abkommens ausüben, blei-

ben aircraft in the Federal territory if such licence is based on the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization.

5. (a) The authorities of a force shall ensure that the persons operating the service vessels referred to in paragraph 1 of this Article, when navigating in inland waters, possess adequate knowledge of the particular waters to be navigated and of the relevant river police regulations.

(b) The authorities of a force may issue certificates of qualification for the operation of non-service inland watercraft of the force if they have determined that the person concerned possesses the knowledge prescribed in subparagraph (a) of this paragraph. The particular waters to be navigated shall be specified in the certificate. Regulations applicable within the scope of international agreements shall remain unaffected.

6. (a) The authorities of a force shall withdraw driving licences valid in the Federal territory in accordance with paragraphs 1 and 3 of this Article or certificates mentioned in paragraph 2, if there is reasonable doubt concerning the holder's reliability or fitness to operate a motor vehicle. They shall give sympathetic consideration to requests made by the German authorities for the withdrawal of such driving licences or certificates. Driving licences or certificates may be re-issued if this is necessary for urgent military reasons or to enable the holders to leave the Federal territory. The authorities of a force shall notify the German authorities of all withdrawals made in accordance with this subparagraph and of all cases where, after such withdrawal, a driving licence or certificate has been re-issued.

(b) In cases where German courts exercise jurisdiction pursuant to Article VII of the NATO Status of Forces Agreement and Articles 17, 18 and 19 of the present Agreement, provisions of German criminal

laire à piloter des aéronefs privés dans le territoire fédéral, si ce brevet répond aux Standards et Pratiques recommandées de l'Organisation Internationale de l'Aviation Civile.

5.—(a) Les autorités d'une force veillent à ce que les pilotes de navires militaires visés au paragraphe 1 du présent Article possèdent, lorsqu'ils naviguent sur les voies fluviales, une connaissance suffisante du parcours à effectuer et des prescriptions appropriées de la police fluviale.

(b) Les autorités d'une force peuvent délivrer des certificats de capacité pour la conduite des bâtiments fluviaux non militaires d'une force après s'être assurées que l'intéressé possède les connaissances exigées à l'alinéa (a) du présent paragraphe. Les parcours à effectuer figurent sur le certificat. Il n'est pas porté atteinte aux dispositions applicables dans le cadre des conventions internationales.

6.—(a) Les autorités d'une force procèdent au retrait des permis de conduire admis sur le territoire fédéral en vertu des paragraphes 1 et 3 du présent Article ou du certificat mentionné au paragraphe 2 de cet Article, si des doutes fondés s'élèvent quant à l'honorabilité du titulaire ou à son aptitude à conduire un véhicule automobile. Elles examinent avec bienveillance les demandes présentées par les autorités allemandes en vue du retrait de ces documents. Les permis de conduire ou le certificat précités peuvent être rendus à leurs titulaires soit pour des raisons impérieuses d'ordre militaire, soit pour leur permettre de quitter le territoire fédéral. Les autorités d'une force informent les autorités allemandes de tout retrait effectué aux termes du présent alinéa, ainsi que de toute restitution du permis ou du certificat à son titulaire après un tel retrait.

(b) Dans les cas où les tribunaux allemands exercent leur juridiction en vertu de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et des Articles 17, 18 et 19 du présent Ac-

ben die Vorschriften des deutschen Strafrechts über die Entziehung der Fahrerlaubnis auf die in den Absätzen (2) und (3) dieses Artikels erwähnten Führerscheine anwendbar. Die Entziehung der Fahrerlaubnis ist auf dem Führerschein, der dem Inhaber zu belassen ist, zu vermerken.

(7) (a) Absatz (6) Buchstabe (a) ist auf die in den Absätzen (4) und (5) Buchstabe (b) erwähnten Luftfahrerscheine und Befähigungsnachweise entsprechend anzuwenden.

(b) Die Behörden einer Truppe prüfen wohlwollend Mitteilungen der deutschen Behörden darüber, daß Inhaber von nach Absatz (1) im Bundesgebiet gültigen Luftfahrerscheinen die Luftverkehrsregeln nicht beachtet haben und treffen die erforderlichen Maßnahmen.

law relating to the withdrawal of permission to drive remain applicable with respect to driving licences referred to in paragraphs 2 and 3 of this Article. Withdrawal of permission to drive shall be recorded in the driving licence, which shall remain in the possession of the holder.

7. (a) Sub-paragraph (a) of paragraph 6 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to pilot's licences and certificates of qualification referred to in paragraph 4 and subparagraph (b) of paragraph 5.

(b) The authorities of a force shall give sympathetic consideration to reports from the German authorities concerning failure to observe air traffic rules by holders of the pilot's licences valid in the Federal territory in accordance with paragraph 1 of this Article and shall take such action as may be necessary.

cord, les dispositions du droit pénal allemand relatives au retrait de l'autorisation de conduire demeurent applicables à l'égard des permis de conduire visés aux paragraphes 2 et 3 du présent Article. Le retrait de l'autorisation de conduire fait l'objet d'une mention sur le permis de conduire qui doit demeurer en la possession du titulaire.

7. — (a) L'alinéa (a) du paragraphe 6 du présent Article s'applique *mutatis mutandis* aux brevets de pilote aéronautique et aux certificats de capacité visés au paragraphe 4 et à l'alinéa (b) du paragraphe 5.

(b) Les autorités d'une force examinent avec bienveillance les communications des autorités allemandes concernant les cas dans lesquels le titulaire d'un brevet de pilote valable pour le territoire fédéral, conformément au paragraphe 1 du présent Article, n'aurait pas observé les règles de la navigation aérienne et prennent les mesures qui s'avèreraient nécessaires.

Artikel 10

(1) Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger einer Truppe, eines zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen können von den Behörden der Truppe registriert und zugelassen werden. Vorbehaltlich der im Rahmen internationaler Abkommen anwendbaren Vorschriften gilt dies auch für Wasserfahrzeuge einer Truppe. Luftfahrzeuge einer Truppe, eines zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen werden von den Behörden des Entsendestaates entsprechend den anwendbaren internationalen Vorschriften registriert und zugelassen.

(2) Die Behörden einer Truppe registrieren und lassen private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger nur zu, wenn für diese Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger eine Haftpflichtversicherung nach Artikel 11 besteht. Sie ziehen die Registrierung oder Zulassung zurück oder erklären sie für ungültig, wenn die Haftpflichtversicherung nicht mehr besteht.

(3) Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasserfahrzeuge und Luftfahrzeuge, die gemäß Absatz (1) registriert und zugelassen oder von einer Truppe im Bundesgebiet benutzt werden, müssen außer mit einer Erkennungsnummer oder einem anderen

Article 10

1. The authorities of a force may register and license motor vehicles and trailers of the force or the civilian component, of members of the force or of the civilian component, or of dependents. Subject to the regulations applicable within the scope of international agreements, the same shall apply to vessels of a force. Aircraft of a force or of a civilian component, of members of a force or of a civilian component, or of dependents shall be registered and licensed by the authorities of the sending State in accordance with the applicable international regulations.

2. The authorities of a force shall register and license private motor vehicles and trailers only if such vehicles or trailers are insured against liability in accordance with Article 11 of the present Agreement. They shall withdraw or cancel such registration or licence when this insurance is no longer operative.

3. Motor vehicles, trailers, vessels and aircraft registered and licensed in accordance with paragraph 1 of this Article or used by a force in the Federal territory shall bear a distinctive nationality mark, in addition to a registration number or other ap-

1. — Les autorités d'une force peuvent enregistrer et autoriser les véhicules automobiles et remorques de la force, de l'élément civil, des membres de la force ou de l'élément civil ainsi que des personnes à charge. Sous réserve des dispositions applicables dans le cadre des conventions internationales, cette règle s'applique également aux bateaux d'une force. Les aéronefs d'une force, d'un élément civil, des membres d'une force ou d'un élément civil ou des personnes à charge sont enregistrés et autorisés par les autorités de l'État d'origine conformément aux règlements internationaux applicables.

2. — Les autorités d'une force n'enregistrent et n'autorisent des véhicules automobiles et des remorques privés que si une assurance-responsabilité a été conclue, conformément aux dispositions de l'Article 11 du présent Accord. Elles retirent ou invalident cet enregistrement ou cette autorisation lorsque cette assurance n'est plus valable.

3. — Les véhicules automobiles, les remorques, les bateaux et les aéronefs enregistrés et autorisés conformément au paragraphe 1 du présent Article ou utilisés par une force sur le territoire fédéral sont munis, en plus de leur numéro d'immatricula-

geeigneten Erkennungszeichen mit einem deutlichen Nationalitätszeichen versehen sein. Die Erkennungszeichen für private Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeuganhänger müssen sich von den Erkennungszeichen für Dienstfahrzeuge deutlich unterscheiden. Die Behörden einer Truppe teilen den deutschen Behörden das Kennzeichnungssystem für die von ihnen registrierten und zugelassenen Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Wasserfahrzeuge mit. Die Behörden der Truppe teilen im Einzelfall den deutschen Behörden, wenn diese unter Darlegung der Gründe darum ersuchen, die Namen und Anschriften der Personen mit, auf deren Namen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Luftfahrzeuge gemäß Absatz (1) zugelassen sind.

(4) Zulassungsscheine für private Kraftfahrzeuge und private Kraftfahrzeuganhänger müssen die Erkennungsnummer, den Namen oder die Marke und die Fabrik- oder Seriennummer des Herstellers, den Tag der ersten Zulassung im Bundesgebiet sowie Namen und Vornamen des Inhabers enthalten. Die Zulassungsscheine müssen mit einer deutschen Übersetzung verbunden sein. Den Zulassungsscheinen für private Luftfahrzeuge sind die Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation zugrunde zu legen. Nichtmilitärische Binnenwasserfahrzeuge einer Truppe mit einer Wasserverdrängung von 15 t oder mehr müssen eine Bescheinigung über ihre Fahrtauglichkeit an Bord mitführen, die von den Behörden der Truppe ausgestellt werden kann.

(5) Die Behörden einer Truppe treffen hinsichtlich der von ihnen registrierten und zugelassenen oder im Bundesgebiet von der Truppe benutzten Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Wasser- und Luftfahrzeuge die angemessenen Sicherheitsmaßnahmen.

Artikel 11

(1) Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und Angehörige dürfen private Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger und Luftfahrzeuge im Bundesgebiet nur gebrauchen oder deren Gebrauch gestatten, wenn die Risiken aus dem Gebrauch durch eine Haftpflichtversicherung nach Maßgabe des deutschen Rechts gedeckt sind.

(2) Bei der Zulassung von privaten Kraftfahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und Luftfahrzeugen durch die Behörden einer Truppe kann die Haftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen abgeschlossen

appropriate identification mark. Identification marks on private motor vehicles and trailers shall be clearly distinct from those used on service vehicles and trailers. The authorities of a force shall inform the German authorities of the identification system used for motor vehicles, trailers and vessels registered and licensed by them. At the request of the German authorities, the reasons for which shall be explained, the authorities of the force shall, in individual cases, supply the names and addresses of persons in whose names private motor vehicles, trailers or aircraft have been registered or licensed in accordance with paragraph 1 of this Article.

4. The registration certificate for a private motor vehicle or trailer shall show the registration number, the name or the trademark of the maker of the vehicle, the maker's identification or serial number, the date of first registration in the Federal territory and the full name of the holder. The certificate shall be provided with a German translation. The registration certificate for private aircraft shall be based on the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization. Non-service inland watercraft of a force with a displacement of fifteen tons or over shall carry on board a certificate of serviceability which may be issued by the authorities of the force.

5. The authorities of a force shall take adequate safety measures with respect to motor vehicles, trailers, vessels and aircraft registered and licensed by them or used by the force in the Federal territory.

Article 11

1. Members of a force, of a civilian component and dependents shall use or permit to be used in the Federal territory private motor vehicles, trailers and aircraft only if risks arising out of such use are covered by third-party liability insurance in accordance with German law.

2. Third-party liability insurance of a private motor vehicle, trailer or aircraft to be licensed by the authorities of a force may be effected with any insurance enterprise authorized to carry on the business activity of

tion ou de toute autre marque d'identification appropriée, d'une marque distinctive de leur nationalité. Les marques d'identification des véhicules automobiles et des remorques privés doivent se distinguer clairement des marques d'identification réservées aux véhicules et remorques de service. Les autorités d'une force notifient aux autorités allemandes le système d'identification qu'elles utilisent pour les véhicules automobiles, les remorques et les bateaux enregistrés et autorisés par elles. Dans des cas individuels et à la demande des autorités allemandes, qui en précisent les raisons, les autorités de la force fournissent les noms et les adresses des personnes au nom desquelles des véhicules automobiles, remorques ou aéronefs privés ont été enregistrés et autorisés conformément au paragraphe 1 du présent Article.

4. — Le certificat d'immatriculation d'un véhicule automobile ou d'une remorque privé comporte le numéro d'immatriculation, le nom ou la marque du constructeur du véhicule, le numéro de fabrication ou le numéro de série du constructeur, la date de la première immatriculation sur le territoire fédéral, ainsi que le nom et le ou les prénoms du détenteur. Ce certificat est accompagné d'une traduction en langue allemande. Le certificat d'immatriculation des aéronefs privés doit s'inspirer des Standards et Pratiques recommandées de l'Organisation Internationale de l'Aviation Civile. Les bâtiments fluviaux non militaires d'une force, d'un déplacement de quinze tonnes ou plus, doivent avoir à bord un certificat de navigabilité qui peut être délivré par les autorités de la force.

5. — Les autorités d'une force prennent les mesures de sécurité appropriées à l'égard des véhicules automobiles, des remorques, des bateaux et des aéronefs enregistrés et autorisés par elles ou utilisés par la force sur le territoire fédéral.

Article 11

1. — Les membres d'une force, d'un élément civil ainsi que les personnes à charge ne sont autorisés à utiliser ou à permettre l'utilisation de véhicules automobiles, de remorques et d'aéronefs sur le territoire fédéral que si les risques résultant de l'utilisation de tels véhicules et aéronefs sont couverts par une assurance-responsabilité conformément au droit allemand.

2. — Lorsqu'un véhicule automobile, une remorque ou un aéronef est enregistré et autorisé par les autorités d'une force, l'assurance-responsabilité peut être contractée auprès d'une compagnie autorisée à établir des as-

werden, dem in einem Entsendestaat die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Haftpflichtversicherung erteilt ist, wenn neben diesem ein im Bundesgebiet zum Geschäftsbetrieb befugter Versicherer oder ein Verband solcher Versicherer die Pflichten eines Haftpflichtversicherers für Schadensfälle im Bundesgebiet übernimmt. Die in Ansehung des geschädigten Dritten bestehenden Erfordernisse des deutschen Rechts werden durch die Bedingungen dieser Versicherungen nicht berührt.

(3) Soweit Devisenbewirtschaftungsvorschriften in den Entsendestaaten bestehen, stellen diese Staaten sicher, daß alle Zahlungen, die von den in ihrem Gebiet zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherern oder Verbänden dieser Versicherer zu bewirken sind, im Bundesgebiet und in der Währung der Bundesrepublik geleistet werden können.

Artikel 12

(1) Die Behörden einer Truppe können Mitglieder des zivilen Gefolges und andere Personen, die im Dienst der Truppe stehen, ermächtigen, Waffen zu besitzen und zu führen, soweit diese Personen für den Schutz von Geld oder Sachwerten verantwortlich oder durch die besondere Art ihrer dienstlichen Stellung oder Tätigkeit besonders gefährdet sind.

(2) Die Behörden der Truppe erlassen über den Waffengebrauch durch die nach Absatz (1) ermächtigten Personen Bestimmungen, die sich im Rahmen des deutschen Notwehrrechts halten.

(3) Die nach Absatz (1) ermächtigten Personen dürfen Schußwaffen nur dann mit sich führen, wenn sie im Besitz eines von den Behörden der Truppe ausgestellten Waffenausweises sind. Als Waffenausweis gilt auch der mit einer entsprechenden Eintragung versehene Dienstausweis.

(4) Die Behörden der Truppe stellen Waffenausweise nur für Personen aus, gegen deren Zuverlässigkeit keine begründeten Bedenken bestehen. Sie prüfen wohlwollend Anträge der deutschen Behörden auf Entziehung von Waffenausweisen und entziehen einen Waffenausweis, wenn nachgewiesen wird, daß der Inhaber seine Schußwaffe mißbraucht hat oder daß gegen seine Zuverlässigkeit begründete Bedenken bestehen.

third-party liability insurance in a sending State, provided that in addition to such enterprise an insurer, or association of insurers, authorized to do business in the Federal territory assumes the third-party liability insurance obligations in respect of damage incurred in the Federal territory. The requirements of German law with respect to any third person suffering injury or damage shall not be affected by the conditions of such insurance.

3. Insofar as foreign exchange regulations exist in the sending States, the latter shall ensure that all payments to be effected by insurers or associations of insurers authorized to do business in their territories can be met in the Federal territory and in the currency of the Federal Republic.

Article 12

1. The authorities of a force may authorize members of the civilian component and other persons employed in the service of the force to possess and carry arms insofar as such persons are responsible for the safeguarding of cash or property or are particularly endangered by the special nature of their official position or activities.

2. The authorities of the force shall issue regulations, which shall conform to the German law on self-defence (Notwehr), on the use of arms by the persons authorized in accordance with paragraph 1 of this Article.

3. Persons authorized in accordance with paragraph 1 of this Article may bear firearms only if in possession of a firearms certificate issued by the authorities of the force. A suitably endorsed duty identity card shall also be considered a firearms certificate.

4. The authorities of the force shall issue firearms certificates only to persons as to whose reliability there is no reasonable doubt. They shall sympathetically examine requests by the German authorities for withdrawal of such certificates and shall withdraw a firearms certificate if it is established that the holder has misused his firearm or if reasonable doubt exists as to his reliability.

surances-responsabilité dans un État d'origine, si, en outre, un assureur ou une association d'assureurs habilité à exercer sur le territoire fédéral prend à sa charge les obligations qui incombent à une compagnie d'assurance-responsabilité à l'égard des dégâts résultant d'accidents survenus sur le territoire fédéral. Les exigences du droit allemand relatives au tiers sinistré ne sont pas affectées par les dispositions de l'assurance ainsi conclue.

3. — Dans la mesure où une réglementation interne en matière de contrôle des changes est en vigueur dans les États d'origine, ceux-ci prennent toutes les dispositions nécessaires afin que tous les paiements qui doivent être effectués par l'assureur ou les associations d'assureurs habilités à exercer sur leur territoire, puissent être exécutés sur le territoire fédéral dans la monnaie de la République Fédérale.

Article 12

1. — Les autorités d'une force peuvent autoriser des membres de l'élément civil et d'autres personnes employées au service de la force à détenir et à porter des armes pour autant que ces personnes sont responsables de la protection de sommes d'argent ou de biens ou que le caractère particulier de leurs mission ou activités officielles entraîne pour elles un danger spécial.

2. — En ce qui concerne l'usage des armes par les personnes autorisées conformément au paragraphe 1 du présent Article, les autorités de la force arrêtent des dispositions qui doivent rester dans le cadre du droit allemand en matière de légitime défense (Notwehr).

3. — Les personnes autorisées conformément au paragraphe 1 du présent Article ne peuvent porter des armes à feu que si elles sont en possession d'un permis de port d'armes à feu délivré par les autorités de la force. La carte d'identité de service, annotée d'une manière appropriée, peut tenir également lieu de permis de port d'armes à feu.

4. — Les autorités de la force ne délivrent de permis de port d'armes à feu qu'aux personnes dont l'honorabilité ne saurait être sérieusement mise en doute. Elles examinent avec bienveillance les demandes de retrait de permis de port d'armes à feu présentées par les autorités allemandes et elles procèdent au retrait du permis de port d'armes à feu s'il est établi que le détenteur a fait un usage abusif de son arme ou que son honabilité peut être sérieusement mise en doute.

Artikel 13

(1) Soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vorgesehen ist, werden zwischenstaatliche Abkommen oder andere im Bundesgebiet geltende Bestimmungen über soziale Sicherheit und Fürsorge auf Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und auf Angehörige nicht angewendet. Rechte und Pflichten, die diesen Personen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit während eines früheren Aufenthaltes im Bundesgebiet erwachsen sind, bleiben jedoch unberührt. Die Zugehörigkeit zu dem genannten Personenkreis schließt ferner die Möglichkeit nicht aus, daß in der deutschen sozialen Kranken- und Rentenversicherung zum Zwecke der freiwilligen Weiterversicherung Beiträge geleistet werden und im Rahmen einer bestehenden Versicherung Rechte entstehen und geltend gemacht werden.

(2) Die Pflichten, die einem Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder einem Angehörigen als Arbeitgeber obliegen, werden durch diesen Artikel nicht berührt.

Artikel 14

Wird einem Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder einem Angehörigen die Befreiung von der Beibringung des Ehefähigkeitszeugnisses erteilt, so darf die nach dem Umfang und der Schwierigkeit der Verwaltungstätigkeit zu bemessende Gebühr den Betrag von fünfzig Deutsche Mark nicht übersteigen.

Artikel 15

(1) Die nach deutschem Recht vorgeschriebene Pflicht zur Anzeige von Geburten und Sterbefällen vor dem deutschen Standesbeamten entfällt bei Geburten von Kindern der Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder der Angehörigen und bei Sterbefällen, wenn der Verstorbene diesem Personenkreis angehört hat; wird jedoch eine Geburt oder ein Sterbefall dieser Art dem deutschen Standesbeamten angezeigt, so wird die Beurkundung nach den Vorschriften des deutschen Rechts vorgenommen.

(2) Die Pflicht zur Anzeige von Geburten und Sterbefällen bleibt bestehen, wenn das Kind oder der Verstorbene Deutscher ist.

Artikel 16

(1) Die Militärbehörden eines Entsendestaates sind berechtigt, in Übereinstimmung mit den einschlägigen Vorschriften des Entsendestaates, bei Todesfällen im Bundesgebiet die sterblichen Überreste von Mitgliedern

Article 13

1. Except where expressly provided otherwise, international agreements or other provisions in force in the Federal territory concerning social security, including social and medical assistance, shall not apply to members of a force or of a civilian component or to dependents. However, rights and obligations of such persons in the field of social security which have arisen during previous presence in the Federal territory remain unaffected. Furthermore, the fact that a person belongs to one of the categories referred to in the preceding sentences shall not preclude the possibility of his paying contributions to the German social security (soziale Kranken- und Rentenversicherung) for the purpose of continuing insurance on a voluntary basis (Weiterversicherung) nor the possibility of his acquiring and asserting rights deriving from existing insurance.

2. Nothing in this Article shall affect the obligations of a member of a force or of a civilian component or of a dependent in the capacity of an employer.

Article 14

Where a member of a force, of a civilian component or a dependent is granted exemption from the production of a certificate of eligibility to marry, the fee payable, to be determined in accordance with the scope and difficulties of the administrative work involved, shall not exceed the sum of fifty Deutsche Mark.

Article 15

1. The obligation under German law to report births and deaths to a German registrar shall not apply either with respect to a child born to, or with respect to the death of, a member of a force or of a civilian component or a dependent; where, however, such birth or death is reported to a German registrar, registration shall take place in accordance with the provisions of German law.

2. The obligation to report births and deaths remains unaffected in cases where the child is, or the deceased was, a German.

Article 16

1. The military authorities of a sending State shall have the right, in accordance with applicable regulations of such sending State, to take charge and dispose of the remains of members of the force or of the civil-

Article 13

1. — Dans la mesure où il n'en est pas expressément disposé autrement, les accords internationaux et les autres dispositions en vigueur sur le territoire fédéral en matière de sécurité sociale et d'assistance sociale et médicale ne sont pas applicables aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge. Toutefois, il n'est pas porté atteinte aux droits acquis et aux obligations contractées par ces personnes en matière de sécurité sociale au cours d'un séjour antérieur sur le territoire fédéral. En outre, l'appartenance aux catégories de personnes précitées n'exclut la possibilité ni de verser des cotisations à la sécurité sociale allemande (soziale Kranken- und Rentenversicherung) en vue de poursuivre l'assurance à titre volontaire (freiwillige Weiterversicherung), ni d'acquérir des droits découlant d'une assurance existante et de s'en prévaloir.

2. — Les dispositions du présent Article ne portent pas atteinte aux obligations qui incombent, en sa qualité d'employeur, à un membre d'une force, d'un élément civil ou à une personne à charge.

Article 14

Lorsqu'une dispense de présenter l'attestation établissant la capacité de contracter mariage est accordée à un membre d'une force, d'un élément civil ou à une personne à charge, les frais, à taxer sur la base de l'importance et de la difficulté de l'intervention administrative, ne peuvent dépasser le montant de cinquante Deutsche Mark.

Article 15

1. — L'obligation prévue par la législation allemande de déclarer les naissances et les décès devant l'officier de l'état civil allemand ne s'applique pas en ce qui concerne les naissances des enfants des membres d'une force, d'un élément civil ou des personnes à charge et les décès desdits membres et personnes à charge; cependant, si une telle naissance ou un tel décès est déclaré à l'officier de l'état civil allemand, l'acte est dressé conformément aux dispositions du droit allemand.

2. — Cette obligation de déclarer les naissances et les décès subsiste si l'enfant ou le défunt est un Allemand.

Article 16

1. — Les autorités militaires d'un État d'origine sont habilitées, conformément aux règlements applicables de cet État, à prendre en charge les corps des membres de la force ou de l'élément civil ou des personnes à

der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen in ihre Obhut zu nehmen, darüber zu verfügen und Leichenöffnungen aus medizinischen Gründen oder zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen vorzunehmen. Er suchen deutscher Behörden um Leichenöffnungen wird stattgegeben, sofern das Recht des Entsendestaates eine Leichenöffnung zuläßt. Bei der Vornahme einer Leichenöffnung kann ein deutscher Gerichts- oder Amtsarzt und, falls es sich um eine Leichenöffnung zum Zwecke strafrechtlicher Ermittlungen handelt, ein deutscher Richter anwesend sein. Ist ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde zuständig, eine Leichenöffnung anzurufen, so gelten die Sätze 2 und 3 entsprechend, wenn die Militärbehörde eines Entsendestaates an dem Ergebnis der Leichenöffnung interessiert ist.

(2) Gestattet es das Recht eines Entsendestaates, so sind die Militärbehörden dieses Staates berechtigt, den im Bundesgebiet befindlichen beweglichen Nachlaß des Verstorbenen in Besitz zu nehmen und daraus in erster Linie alle bevorrechtigten Forderungen, wie sie sich aus dem Recht des Entsendestaates ergeben, zu befriedigen, in zweiter Linie alle sonstigen im Bundesgebiet eingegangenen Schulden, für die eine gesetzliche Zahlungsverpflichtung im Bundesgebiet besteht, zu regeln und sodann über den Rest entsprechend den auf den Nachlaß des Verstorbenen anwendbaren gesetzlichen Vorschriften zu verfügen. Die Bestimmungen dieses Absatzes gelten nicht, wenn der Verstorbene Deutscher war.

(3) Die Truppen haben das Recht, an vereinbarten Orten Friedhöfe anzulegen und zu unterhalten, soweit es sich für die Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten als notwendig erweist.

Artikel 17

(1) Hängt die Entscheidung der Frage, wem bei einer Straftat die Gerichtsbarkeit zusteht, davon ab, ob eine Handlung nach dem Recht eines Entsendestaates strafbar ist, so setzt das mit der Sache befaßte deutsche Gericht oder die mit der Sache befaßte deutsche Behörde das Verfahren aus und unterrichtet die zuständige Behörde des Entsendestaates. Die in Betracht kommende Behörde des Entsendestaates kann innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Empfang der Mitteilung oder, wenn eine solche Mitteilung noch nicht erfolgt ist, jederzeit dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde eine Bescheinigung darüber vorlegen, ob die Handlung nach dem Recht des Entsendestaates strafbar ist oder nicht. Wird in der Bescheinigung die Hand-

ian component and of dependents in the event of their death in the Federal territory and to perform such autopsy as may be required for medical reasons or purposes of criminal investigation. Requests by German authorities that an autopsy be performed shall be granted if such autopsy is admissible under the law of the sending State. A German medical officer of the court (Gerichtsarzt) or public health officer (Amtsarzt) and, in the case of an autopsy for purposes of criminal investigation, a German judge, may be present during the autopsy. In cases where a German court or authority is competent to order an autopsy, the second and third sentences of this paragraph shall apply *mutatis mutandis* if the military authorities of a sending State have an interest in the results of such autopsy.

2. Where so authorized by the law of a sending State, the military authorities of that State shall have the right to take possession of the personal property of the deceased within the Federal territory and to apply it, in the first place, to the payment of any preferential charges which may be prescribed by the law of that sending State and, in the second place, to the settlement of any other debts incurred in the Federal territory and for which there exists a legal obligation to pay in that territory and thereafter to dispose of the remainder in accordance with the law applicable to the estate of the deceased. The provisions of this paragraph shall not apply if the deceased was a German.

3. The forces shall have the right at agreed sites to establish and maintain cemeteries as may be necessary in the fulfilment of their defence responsibilities.

Article 17

1. Where, in order to decide upon the authority competent to exercise jurisdiction with respect to an offence, it is necessary to determine whether an act is punishable by the law of a sending State, the German court or authority dealing with the case shall suspend the proceedings and shall notify the competent authority of the sending State. The appropriate authority of the sending State may, within twenty-one days after receipt of the notification, or at any time if such notification has not yet been made, submit to the German court or authority a certificate stating whether or not the act is punishable by the law of the sending State. If the certificate is affirmative on this point, it shall specify the provision or legal basis under which the act is

charge décédés sur le territoire fédéral, à en disposer et à procéder aux autopsies nécessaires pour des raisons d'ordre médical ou d'instruction pénale. Il est donné suite aux demandes d'autopsies présentées par les autorités allemandes dans la mesure où le droit de l'État d'origine autorise une telle autopsie. Sont admis à assister à l'autopsie un médecin légiste (Gerichtsarzt) ou assermenté (Amtsarzt) allemand, et, si l'autopsie est faite pour des raisons d'instruction pénale, un juge allemand. Dans le cas où un tribunal allemand ou une autorité allemande est compétent pour ordonner une autopsie, les deuxièmes et troisième phrases du présent paragraphe s'appliquent mutatis mutandis si les autorités militaires d'un État d'origine sont intéressées au résultat de l'autopsie.

2. — Lorsque le droit d'un État d'origine l'autorise, les autorités militaires de cet État sont habilitées à prendre possession des biens mobiliers appartenant au défunt sur le territoire fédéral, à les affecter, en premier lieu, au paiement des charges préférentielles qui peuvent être prescrites en vertu de la législation de cet État et, en second lieu, au règlement de toutes autres dettes contractées sur le territoire fédéral et pour lesquelles il existe une obligation légale de paiement sur ce territoire; et ensuite, à disposer du solde conformément à la législation applicable à la succession du défunt. Les dispositions du présent paragraphe ne sont pas applicables si le défunt était un Allemand.

3. — Les forces ont le droit d'établir et d'entretenir des cimetières à des emplacements agréés, dans la mesure où cela se révèle nécessaire au cours de l'accomplissement de leurs responsabilités en matière de défense.

Article 17

1. — Si, afin de décider de l'autorité compétente pour exercer la juridiction à l'égard d'une infraction, il est nécessaire de déterminer si un fait est puni ou non par la législation d'un État d'origine, le tribunal allemand ou l'autorité allemande saisi de l'affaire suspend la procédure et en informe l'autorité compétente de l'État d'origine. L'autorité appropriée de l'État d'origine peut, dans les vingt-et-un jours suivant la réception de la notification, ou à tout moment si une telle notification n'a pas encore été effectuée, soumettre au tribunal allemand ou à l'autorité allemande un certificat attestant que le fait est puni ou non par la législation de l'État d'origine. Si le certificat est affirmatif sur ce point, il doit préciser la disposition ou la base légale en

lung als nach dem Recht des Entsendestaates strafbar bezeichnet, so ist anzugeben, nach welcher Vorschrift oder Rechtsgrundlage sie strafbar ist und mit welcher Strafe sie bedroht ist.

(2) Das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung. In Ausnahmefällen kann diese Bescheinigung jedoch auf Antrag des deutschen Gerichts oder der deutschen Behörde zum Gegenstand einer Überprüfung durch Erörterungen zwischen der Bundesregierung und der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates in der Bundesrepublik gemacht werden.

(3) Ist zu entscheiden, ob eine Handlung nach deutschem Recht strafbar ist, so findet das in den Absätzen (1) und (2) vorgesehene Verfahren auf diese Handlung entsprechend Anwendung mit der Maßgabe, daß die Bescheinigung von der zuständigen obersten Verwaltungsbehörde der Bundesrepublik oder des betreffenden deutschen Landes ausgestellt wird.

(4) Die Absätze (1), (2) und (3) werden nicht angewendet im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den Entsendestaaten, welche die Bundesrepublik davon unterrichten, daß sie nicht beabsichtigen, sich auf diese Bestimmungen zu berufen oder der Bundesrepublik gleiche Rechte zuzusichern.

Artikel 18

(1) Ist im Rahmen eines Strafverfahrens gegen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges zu entscheiden, ob eine Straftat vorliegt, die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergibt, so ist für diese Entscheidung das Recht des betreffenden Entsendestaates maßgebend. Die höchste zuständige Behörde dieses Entsendestaates kann dem mit der Sache befaßten deutschen Gericht oder der mit der Sache befaßten deutschen Behörde eine Bescheinigung hierüber vorlegen.

(2) Das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde trifft die Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung. In Ausnahmefällen kann diese Bescheinigung jedoch auf Antrag des deutschen Gerichts oder der deutschen Behörde zum Gegenstand einer Überprüfung durch Erörterungen zwischen der Bundesregierung und der diplomatischen Vertretung des Entsendestaates in der Bundesrepublik gemacht werden.

Artikel 19

(1) Auf Ersuchen eines Entsendestaates verzichtet die Bundesrepublik diesem gegenüber im Rahmen von Artikel VII Absatz (3) Buchstabe (c)

punishable, as well as the penalty prescribed.

vertu de laquelle le fait est puni, ainsi que les peines prévues.

2. The German court or authority shall make its decision in conformity with the certificate. In exceptional cases, however, such certificate may, at the request of the German court or authority, be made the subject of review through discussions between the Federal Government and the diplomatic mission in the Federal Republic of the sending State.

3. If it is to be determined whether an offence is punishable under German law, the procedure provided in paragraphs 1 and 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis* with respect to the offence, the certificate being then issued by the supreme competent administrative authority of the Federal Republic or of the German Land concerned.

4. The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 of this Article shall not apply as between the Federal Republic and any sending State which informs the Federal Republic that it does not intend to avail itself of these provisions or to extend the benefits thereof to the Federal Republic.

Article 18

1. Whenever, in the course of criminal proceedings against a member of a force or of a civilian component, it becomes necessary to determine whether an offence has arisen out of any act or omission done in the performance of official duty, such determination shall be made in accordance with the law of the sending State concerned. The highest appropriate authority of such sending State may submit to the German court or authority dealing with the case a certificate thereon.

2. The German court or authority shall make its decision in conformity with the certificate. In exceptional cases, however, such certificate may, at the request of the German court or authority, be made the subject of review through discussions between the Federal Government and the diplomatic mission in the Federal Republic of the sending State.

Article 19

1. At the request of a sending State, the Federal Republic shall, within the framework of sub-paragraph (c) of paragraph 3 of Article VII

2. — Le tribunal allemand ou l'autorité allemande prend sa décision en se conformant au certificat. Toutefois, dans des cas exceptionnels, ce certificat peut, à la demande du tribunal allemand ou de l'autorité allemande, faire l'objet d'un réexamen par voie de discussion entre le Gouvernement fédéral et la mission diplomatique, en République Fédérale, de l'État d'origine.

3. — Lorsqu'une décision doit être prise sur le point de savoir si un fait est réprimé par la législation allemande, la procédure prévue aux paragraphes 1 et 2 du présent Article s'applique *mutatis mutandis* à ce fait, le certificat étant alors délivré par l'autorité administrative suprême, compétente en la matière, de la République Fédérale ou du Land allemand intéressé.

4. — Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent Article ne s'appliquent pas dans les rapports entre la République Fédérale et tout État d'origine qui informe la République Fédérale qu'il n'entend pas s'en prévaloir ou en assurer le bénéfice à la République Fédérale.

Article 18

1. — Si, au cours d'une procédure pénale à l'encontre d'un membre d'une force ou d'un élément civil, il est nécessaire de déterminer si l'on se trouve en présence d'une infraction résultant d'un acte ou d'une négligence accompli dans l'exécution du service, cette détermination est faite en application du droit de l'État d'origine intéressé. L'autorité compétente la plus élevée de cet Etat d'origine peut soumettre au tribunal allemand ou à l'autorité allemande saisi de l'affaire un certificat sur ce point.

2. — Le tribunal allemand ou l'autorité allemande prend sa décision en se conformant au certificat. Toutefois, dans des cas exceptionnels, ce certificat peut, à la demande du tribunal allemand ou de l'autorité allemande, faire l'objet d'un réexamen par voie de discussions entre le Gouvernement fédéral et la mission diplomatique, en République Fédérale, de l'État d'origine.

Article 19

1. — Sur demande d'un État d'origine, la République Fédérale renonce à l'égard de cet État et dans le cadre de l'alinéa (c) du paragraphe 3 de

des NATO-Truppenstatuts auf das den deutschen Behörden nach Absatz (3) Buchstabe (b) des genannten Artikels in den Fällen der konkurrierenden Gerichtsbarkeit zustehende Vorrecht nach Maßgabe der Absätze (2), (3), (4) und (7) dieses Artikels.

(2) Vorbehaltlich besonderer Vereinbarungen, die gemäß Absatz (7) geschlossen werden können, teilen die Militärbehörden der Entsendestaaten den zuständigen deutschen Behörden die Einzelfälle mit, die unter den Verzicht nach Absatz (1) fallen.

(3) Sind die zuständigen deutschen Behörden wegen der besonderen Umstände eines Einzelfalles der Ansicht, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erfordern, so können sie den nach Absatz (1) gewährten Verzicht durch eine Erklärung zurücknehmen, die sie den zuständigen Militärbehörden innerhalb von einundzwanzig Tagen nach Eingang der in Absatz (2) vorgesehenen Mitteilung oder innerhalb einer etwa gemäß Absatz (7) vereinbarten kürzeren Frist abgeben. Die deutschen Behörden können die Erklärung auch vor dem Eingang der Mitteilung abgeben.

(4) Haben die zuständigen deutschen Behörden gemäß Absatz (3) den Verzicht in einem Einzelfall zurückgenommen und führen Erörterungen zwischen den beteiligten Behörden nicht zu einem Einvernehmen, so kann die diplomatische Vertretung des betreffenden Entsendestaates in der Bundesrepublik Vorstellungen bei der Bundesregierung erheben. Die Bundesregierung legt unter gebührender Berücksichtigung der Belange der deutschen Rechtspflege und der Interessen des Entsendestaates die Meinungsverschiedenheit in Ausübung ihrer Befugnisse auf dem Gebiet der auswärtigen Angelegenheiten bei.

(5) (a) Die Militärbehörden eines Entsendestaates, der um den Verzicht gemäß Absatz (1) ersucht hat, können mit Zustimmung der deutschen Behörden einzelne Strafsachen, für die dem Entsendestaat die Gerichtsbarkeit zusteht, an die deutschen Gerichte oder Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.

of the NATO Status of Forces Agreement, waive in favour of that State the primary right granted to the German authorities under sub-paragraph (b) of paragraph 3 of that Article in cases of concurrent jurisdiction, in accordance with paragraphs 2, 3, 4 and 7 of this Article.

2. Subject to any particular arrangements which may be made under paragraph 7 of this Article, the military authorities of the sending States shall notify the competent German authorities of individual cases falling under the waiver provided in paragraph 1.

3. Where the competent German authorities hold the view that, by reason of special circumstances in a specific case, major interests of German administration of justice make imperative the exercise of German jurisdiction, they may recall the waiver granted under paragraph 1 of this Article by a statement to the competent military authorities within a period of twenty-one days after receipt of the notification envisaged in paragraph 2 or any shorter period which may be provided in arrangements made under paragraph 7. The German authorities may also submit the statement prior to receipt of such notification.

4. If, pursuant to paragraph 3 of this Article, the competent German authorities have recalled the waiver in a specific case and in such case an understanding cannot be reached in discussions between the authorities concerned, the diplomatic mission in the Federal Republic of the sending State concerned may make representations to the Federal Government. The Federal Government, giving due consideration to the interests of German administration of justice and to the interests of the sending State, shall resolve the disagreement in the exercise of its authority in the field of foreign affairs.

5. (a) With the consent of the German authorities, the military authorities of a sending State which has requested the waiver under paragraph 1 of this Article may transfer to the German courts or authorities for investigation, trial and decision, particular criminal cases in which jurisdiction rests with that State.

l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, au droit de priorité de juridiction appartenant, dans les cas de juridiction concurrente, aux autorités allemandes en vertu de l'alinéa (b) du paragraphe 3 dudit Article, et ce, dans les conditions prévues aux paragraphes 2, 3, 4 et 7 du présent Article.

2. — Sous réserve de tous arrangements particuliers qui peuvent être conclus conformément au paragraphe 7 du présent Article, les autorités militaires des États d'origine notifient aux autorités allemandes compétentes chaque affaire tombant sous le coup de la renonciation visée au paragraphe 1.

3. — Si, en raison de circonstances propres à une affaire déterminée, les autorités allemandes compétentes estiment que les intérêts majeurs de l'administration de la justice allemande exigent que la juridiction soit exercée par les autorités allemandes, elles peuvent révoquer la renonciation accordée en vertu du paragraphe 1 du présent Article par une déclaration adressée aux autorités militaires compétentes dans un délai de vingt-et-un jours à compter de la réception de la notification prévue au paragraphe 2 ou dans un délai plus bref qui serait fixé par les arrangements visés au paragraphe 7. Les autorités allemandes peuvent également adresser leur déclaration avant la réception de la notification.

4. — Si, en vertu du paragraphe 3 du présent Article, les autorités allemandes compétentes ont révoqué la renonciation dans une affaire déterminée et si, dans cette affaire, un accord n'a pu intervenir au cours de discussions entre les autorités intéressées, la mission diplomatique, en République Fédérale, de l'État d'origine en cause peut faire des représentations au Gouvernement fédéral. Le Gouvernement fédéral, en tenant dûment compte des intérêts de l'administration de la justice allemande et de ceux de l'État d'origine, règle le désaccord en exerçant ses pouvoirs dans le domaine des affaires étrangères.

5. — (a) Les autorités militaires d'un État d'origine qui a demandé la renonciation prévue au paragraphe 1 du présent Article, peuvent, avec le consentement des autorités allemandes, renvoyer à des tribunaux allemands ou à des autorités allemandes, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, des affaires pénales déterminées dans lesquelles la juridiction a été attribuée à cet État.

- (b) Die deutschen Behörden können mit Zustimmung der Militärbehörden eines Entsendestaates, der um den Verzicht gemäß Absatz (1) ersucht hat, einzelne Strafsachen, für die der Bundesrepublik die Gerichtsbarkeit zusteht, an diese Behörden zur Untersuchung, Verhandlung und Entscheidung abgeben.
- (6) (a) Übt ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde die ausschließliche Gerichtsbarkeit gemäß Artikel VII Absatz (2) Buchstabe (b) des NATO-Truppenstatuts aus, so wird auf besonderes oder allgemeines Ersuchen des betreffenden Entsendestaates eine Abschrift jedes dem Beschuldigten zugestellten Schriftstückes der in Artikel 32 vorgesehenen Verbindungsstelle zugeleitet.
- (b) Die Verbindungsstelle gewährt den deutschen Gerichten und Behörden ihre Unterstützung, um Zustellungen in Strafsachen zu erleichtern.
- (7) Zur Durchführung der Bestimmungen dieses Artikels und zur Erleichterung einer beschleunigten Behandlung von Straftaten geringerer Bedeutung können Vereinbarungen zwischen den Militärbehörden eines oder mehrerer Entsendestaaten und den zuständigen deutschen Behörden geschlossen werden. Diese Vereinbarungen können sich auch auf die Befreiung von der Mitteilungspflicht und auf die Frist, in der gemäß Absatz (3) der Verzicht zurückgenommen werden kann, erstrecken.
- Artikel 20**
- (1) Die Militärbehörden eines Entsendestaates können eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, auch ohne Haftbefehl vorläufig festnehmen,
- (a) wenn diese Person auf frischer Tat betroffen oder verfolgt wird und
- (i) ihre Persönlichkeit nicht sofort festgestellt werden kann oder
- (ii) Fluchtverdacht besteht;
- (b) wenn eine deutsche Behörde um die Festnahme ersucht;
- (c) wenn diese Person Mitglied der Truppe oder des zivilen Gefolges eines anderen Ent-
- (b) With the consent of the military authorities of a sending State which has requested the waiver under paragraph 1 of this Article, the German authorities may transfer to the military authorities of that State for investigation, trial and decision, particular criminal cases in which jurisdiction rests with the Federal Republic.
6. (a) Where a German court or authority exercises exclusive jurisdiction under sub-paragraph (b) of paragraph 2 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement, a copy of any document served on the accused shall be delivered, upon special or general request of the sending State concerned, to the liaison agency referred to in Article 32 of the present Agreement.
- (b) The liaison agency shall lend its assistance to the German courts and authorities to facilitate service of process in criminal matters.
7. In the implementation of the provisions of this Article and to facilitate the expeditious disposal of offences of minor importance, arrangements may be made between the military authorities of a sending State or States and the competent German authorities. These arrangements may also extend to dispensing with notification and to the period of time referred to in paragraph 3 of this Article within which the waiver may be recalled.
- Article 20**
1. The military authorities of a sending State may, without a warrant of arrest, take into temporary custody any person not subject to their jurisdiction
- (a) if such person is caught or pursued in *flagrante delicto* and either
- (i) the identity of the person cannot be established immediately, or
- (ii) there is reason to believe that the person may flee from justice; or
- (b) if so requested by a German authority; or
- (c) if such person is a member of the force or of the civilian component of another send-
- (b) Les autorités allemandes peuvent, avec le consentement des autorités militaires d'un État d'origine qui a demandé la renonciation prévue au paragraphe 1 du présent Article, renvoyer à ces autorités, aux fins d'instruction, d'examen à l'audience et de décision, des affaires pénales déterminées dans lesquelles la juridiction a été attribuée à la République Fédérale.
6. — (a) Lorsqu'un tribunal allemand ou une autorité allemande exerce la juridiction exclusive prévue à l'alinéa (b) du paragraphe 2 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, le service de liaison visé à l'Article 32 du présent Accord reçoit, sur demande particulière ou générale de l'État d'origine intéressé, une copie de tous les documents adressés à l'inculpé.
- (b) Le service de liaison prête son concours aux tribunaux allemands et aux autorités allemandes en vue de faciliter les significations en matière pénale.
7. — Pour assurer l'application des dispositions du présent Article et afin d'accélérer la répression des infractions d'importance mineure, des arrangements peuvent être conclus entre les autorités militaires d'un ou de plusieurs États d'origine et les autorités allemandes compétentes. Ces arrangements peuvent également comporter une dispense de notification et avoir trait à la période prévue au paragraphe 3 du présent Article au cours de laquelle la renonciation peut être révoquée.
- Article 20**
1. — Les autorités militaires d'un État d'origine ont le droit d'arrêter provisoirement, sans mandat d'arrêt, toute personne non soumise à leur juridiction,
- (a) lorsque cette personne est prise ou poursuivie en flagrant délit,
- (i) que son identité ne peut être établie immédiatement, ou
- (ii) qu'il existe un danger qu'elle échappe à la justice;
- (b) lorsque la demande en est formulée par les autorités allemandes;
- (c) lorsque la demande en est formulée par une autorité d'un autre État d'origine

sendestaates oder Angehöriger eines solchen Mitgliedes ist und eine Behörde dieses Staates um die Festnahme ersucht.

(2) Ist Gefahr im Verzuge und eine deutsche Staatsanwaltschaft oder ein deutscher Polizeibeamter nicht rechtzeitig erreichbar, so können die Militärbehörden eines Entsendestaates eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, ohne Haftbefehl vorläufig festnehmen, wenn dringender Verdacht besteht, daß diese Person innerhalb einer Anlage des Entsendestaates oder gegen eine solche eine strafbare Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, oder daß sie eine Handlung begangen hat oder zu begehen versucht, die nach Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 11. Juni 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 597) in Verbindung mit den §§ 99, 100, 100c, 100d, 100e, 109f, 109g und 363 des deutschen Strafgesetzbuches oder nach den Vorschriften strafbar ist, die an die Stelle dieser Bestimmungen künftig treten werden. Dies gilt nur, wenn die Person flüchtig ist oder sich verborgen hält oder die begründete Befürchtung besteht, daß sie sich einem Strafverfahren wegen einer solchen Straftat oder eines solchen strafbaren Versuchs entziehen will.

(3) In den Fällen der Absätze (1) und (2) können die Militärbehörden, soweit erforderlich, den vorläufig Festgenommenen entwaffnen und durchsuchen und ihm die in seinem Besitz befindlichen Gegenstände abnehmen, die als Beweismittel für die Ermittlung der vermuteten oder angeblichen Straftat dienen können.

(4) Die Militärbehörden übergeben den gemäß diesem Artikel vorläufig Festgenommenen zusammen mit den abgenommenen Waffen und anderen Gegenständen unverzüglich dem nächsten deutschen Staatsanwalt, Polizeibeamten oder Richter oder den Militärbehörden des Entsendestaates, zu dessen Truppe oder zivilem Gefolge er als Mitglied oder als Angehöriger eines Mitglieds gehört.

(5) Dieser Artikel berührt nicht die verfassungsmäßigen Immunitätsrechte der Parlamente des Bundes und der Länder.

Artikel 21

(1) Leitet eine deutsche Behörde ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die nach Artikel 7 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes

ing State, or a dependent of any such member, upon request by an authority of that State.

2. If there is danger in delay and a German public prosecutor or German police officer cannot be called in time, the military authorities of a sending State may, without a warrant of arrest, take into temporary custody a person not subject to their jurisdiction if there are strong reasons to suspect (dringender Verdacht) that such person has committed or is making a punishable attempt to commit an offence within, or directed against, an installation of that State, or an offence punishable under Article 7 of the Fourth Law Amending the Criminal Law dated 11 June 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 597) in conjunction with Sections 99, 100, 100c, 100d, 100e, 109f, 109g and 363, of the German Criminal Code, or under such legislation as may replace these provisions in future. This provision shall apply only if the person in question is a fugitive from justice or in hiding or if there are good reasons to fear that he is seeking to evade criminal proceedings consequent upon the commission of such offence or punishable attempt.

3. In cases falling within paragraph 1 or 2 of this Article the military authorities may, to such extent as may be necessary, disarm the person so taken into temporary custody, and may search him and seize any items in his possession which may serve as evidence for the purposes of the investigation of the suspected or alleged offence.

4. The military authorities shall, without delay, deliver any person taken into temporary custody in accordance with this Article, together with any weapons or other items so seized, to the nearest German public prosecutor or police officer or judge or to the military authorities of the sending State to whose force or civilian component the person belongs either as a member or as a dependent of such member.

5. The provisions of this Article shall not affect the constitutional immunities of the parliaments of the Federation and the Länder.

Article 21

1. Where an investigation is initiated or an arrest made by a German authority in respect of an act punishable under Article 7 of the Fourth Law Amending the Criminal

s'il s'agit d'un membre de la force ou de l'élément civil de cet État, ou d'une personne à la charge d'un tel membre.

2. — Lorsqu'il y a péril en la demeure et que le parquet allemand ou un fonctionnaire allemand de police ne peut être touché en temps utile, les autorités militaires d'un État d'origine ont le droit d'arrêter provisoirement, sans mandat d'arrêt, toute personne non soumise à leur juridiction, s'il y a de sérieuses raisons de croire (dringender Verdacht) que cette personne a commis ou tenté de commettre une infraction à l'intérieur ou à l'encontre d'une installation de cet État ou une infraction punissable en vertu de l'Article 7 de la Quatrième Loi portant amendement à la législation pénale, en date du 11 juin 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 597), en corrélation avec les Articles 99, 100, 100c, 100d, 100e, 109f, 109g et 363 du Code Pénal allemand, ou en vertu des dispositions qui pourraient les remplacer à l'avenir. Cette disposition ne s'applique qu'au cas où la personne en cause est en fuite ou se cache, ou s'il y a de bonnes raisons de craindre qu'elle ne cherche à se dérober aux poursuites pénales entraînées par la commission de l'infraction ou par la tentative d'infraction.

3. — Dans les cas visés aux paragraphes 1 et 2 du présent Article, les autorités militaires peuvent dans la mesure nécessaire, désarmer la personne arrêtée à titre provisoire, la fouiller et saisir tous les objets dont elle est porteur qui peuvent servir de moyens de preuve pour l'instruction de l'infraction qu'elle est soupçonnée d'avoir commise ou qui lui est reprochée.

4. — Les autorités militaires remettent sans délai toute personne arrêtée à titre provisoire conformément au présent Article, ainsi que les armes et autres objets saisis, au parquet allemand, fonctionnaire allemand de police ou juge allemand le plus proche, ou aux autorités militaires de l'État d'origine auquel la personne appartient, en tant que membre de la force ou de l'élément civil ou en qualité de personne à la charge d'un tel membre.

5. — Les immunités constitutionnelles des Parlements de la Fédération et des Länder ne sont pas affectées par les dispositions du présent Article.

Article 21

1. — Lorsqu'une enquête est ouverte ou une arrestation opérée par une autorité allemande à l'occasion d'un acte punissable en vertu de l'Article 7 de la Quatrième Loi portant amen-

vom 11. Juni 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I Seite 597) oder nach den Vorschriften strafbar ist, die künftig an die Stelle des genannten Artikels treten werden, so unterrichtet die das Ermittlungsverfahren durchführende deutsche Behörde unverzüglich die Militärbehörden des betreffenden Entsendestaates. Das gleiche gilt, wenn eine deutsche Behörde ein Ermittlungsverfahren einleitet oder eine Festnahme vornimmt wegen einer Handlung, die sich sonst gegen die Sicherheit eines Entsendestaates oder seiner Truppe richtet.

(2) Leitet die zuständige Behörde eines Entsendestaates im Bundesgebiet ein Ermittlungsverfahren ein oder nimmt sie eine Festnahme vor wegen einer Handlung, die im Bundesgebiet begangen worden ist und die Fragen der Sicherheit der Bundesrepublik berührt, so unterrichtet sie unverzüglich die deutschen Behörden.

Artikel 22

- (1) (a) In den Fällen, in denen die Behörden eines Entsendestaates die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und an deren Angehörigen den Behörden dieses Staates zu
- (b) In den Fällen, in denen die deutschen Behörden die Gerichtsbarkeit ausüben, steht der Gewahrsam an Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges und an deren Angehörigen den Behörden des Entsendestaates nach Maßgabe der Absätze (2) und (3) zu.
- (2) (a) Haben die deutschen Behörden die Festnahme vorgenommen, so wird der Festgenommene auf Antrag den Behörden des betreffenden Entsendestaates übergeben.
- (b) Haben die Behörden eines Entsendestaates die Festnahme vorgenommen oder ist ihnen der Festgenommene gemäß Buchstabe (a) übergeben worden, so
 - (i) können sie den Gewahrsam jederzeit auf die deutschen Behörden übertragen;
 - (ii) berücksichtigen sie wohlwollend Anträge auf Übertragung des Gewahrsams, die in besonderen Fällen von den deutschen Behörden gestellt werden können.

Law dated 11 June 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 597) or under such legislation as may replace that Article in future, the German authorities conducting the investigations shall notify the military authorities of the sending State concerned without delay. The same shall apply if a German authority initiates an investigation or makes an arrest in respect of an act otherwise directed against the security of a sending State or of its force.

2. Where an investigation is initiated or an arrest made in the Federal territory by a competent authority of a sending State in respect of an act committed in the Federal territory and relating to matters affecting the security of the Federal Republic, this authority shall inform the German authorities without delay.

Article 22

- 1. (a) Where jurisdiction is exercised by the authorities of a sending State, custody of members of the force, of the civilian component, or dependents shall rest with the authorities of that State.
- (b) Where jurisdiction is exercised by the German authorities, custody of members of a force, of a civilian component, or dependents shall rest with the authorities of the sending State in accordance with paragraphs 2 and 3 of this Article.
- 2. (a) Where the arrest has been made by the German authorities, the arrested person shall be handed over to the authorities of the sending State concerned if such authorities so request.
- (b) Where the arrest has been made by the authorities of a sending State, or where the arrested person has been handed over to them under sub-paragraph (a) of this paragraph, they
 - (i) may transfer custody to the German authorities at any time;
 - (ii) shall give sympathetic consideration to any request for the transfer of custody which may be made by the German authorities in specific cases.

dement à la législation pénale, en date du 11 juin 1957 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 597), ou en vertu des dispositions qui pourraient remplacer à l'avenir ledit Article, l'autorité allemande qui poursuit l'enquête en informe sans délai les autorités militaires de l'État d'origine intéressé. Il en est de même lorsqu'une enquête est ouverte ou une arrestation opérée par une autorité allemande à l'occasion d'un acte qui, de toute autre manière, est dirigé contre la sécurité d'un État d'origine ou de sa force.

2. — Lorsqu'une enquête est ouverte ou une arrestation opérée par une autorité compétente d'un État d'origine sur le territoire fédéral à l'occasion d'un acte commis sur le territoire fédéral et mettant en cause des questions affectant la sécurité de la République Fédérale, cette autorité en informe sans délai les autorités allemandes.

Article 22

- 1. — (a) Dans les cas où la juridiction est exercée par les autorités d'un État d'origine, la garde des membres de la force, de l'élément civil ou des personnes à charge appartient aux autorités de cet État.
- (b) Dans les cas où la juridiction est exercée par les autorités allemandes, la garde des membres d'une force, d'un élément civil, ou des personnes à charge appartient aux autorités de l'État d'origine, conformément aux dispositions des paragraphes 2 et 3 du présent Article.
- 2. — (a) Lorsque l'arrestation a été effectuée par les autorités allemandes, la personne arrêtée est remise aux autorités de l'État d'origine intéressé, si celles-ci en font la demande.
- (b) Lorsque l'arrestation a été effectuée par les autorités d'un État d'origine, ou lorsque la personne arrêtée leur a été remise en vertu de l'alinéa (a) du présent paragraphe,
 - (i) ces autorités peuvent à tout moment transférer la garde aux autorités allemandes;
 - (ii) elles examinent avec bienveillance toute requête qui peut leur être présentée, dans des cas particuliers, par les autorités allemandes, en vue du transfert de la garde à celles-ci.

(c) Bei strafbaren Handlungen, die sich ausschließlich gegen die Sicherheit der Bundesrepublik richten, steht der Gewahrsam nach Maßgabe von Vereinbarungen, die mit den Behörden des betreffenden Entsendestaates gegebenenfalls hierzu geschlossen werden, den deutschen Behörden zu.

(3) Steht der Gewahrsam den Behörden eines Entsendestaates nach Maßgabe von Absatz (2) zu, so verbleibt er bei diesen bis zur Entlassung oder zum Freispruch durch die deutschen Behörden oder bis zum Beginn der Strafvollstreckung. Die Behörden des Entsendestaates stellen den Festgenommenen den deutschen Behörden zur Durchführung des Ermittlungs- und des Strafverfahrens zur Verfügung und treffen alle geeigneten Maßnahmen zu diesem Zwecke und um eine Verdunkelungsgefahr auszuschließen. Sie tragen jedem besonderen Wunsch der zuständigen deutschen Behörden hinsichtlich des Gewahrsams in vollem Umfang Rechnung.

Artikel 23

Wird in einem der in Artikel 21 Absatz (1) bezeichneten Fälle eine Person festgenommen, so hat ein Vertreter des betreffenden Entsendestaates Zutritt zu dieser Person. Wird eine Person, die in einem der in Absatz (2) des genannten Artikels bezeichneten Fälle festgenommen worden ist, von den Behörden einer Truppe in Gewahrsam gehalten, so hat ein deutscher Vertreter ein entsprechendes Recht, soweit der Entsendestaat von dem in Satz 1 gewährten Recht des Zutritts Gebrauch macht. Zwischen den deutschen Behörden und den Militärbehörden des Entsendestaates werden die zur Durchführung dieses Artikels erforderlichen Vereinbarungen geschlossen. Ein Vertreter des Staates, der den Gewahrsam innehalt, kann bei der Ausübung des Zutrittsrechts anwesend sein.

Artikel 24

Auf Antrag der Bundesrepublik oder eines Entsendestaates schließen die deutschen Behörden und die Behörden des Entsendestaates Vereinbarungen, um die Erfüllung der in Artikel VII Absatz (5) Buchstabe (a) und Absatz (6) Buchstabe (a) des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung zu erleichtern.

Artikel 25

(1) (a) Wird die Strafgerichtsbarkeit über ein Mitglied einer

(c) In respect of offences directed solely against the security of the Federal Republic, custody shall rest with the German authorities in accordance with such arrangements as may be made to that effect with the authorities of the sending State concerned.

3. Where custody rests with the authorities of a sending State in accordance with paragraph 2 of this Article, it shall remain with these authorities until release or acquittal by the German authorities or until commencement of the sentence. The authorities of the sending State shall make the arrested person available to the German authorities for investigation and criminal proceedings (Ermittlungs- und Strafverfahren) and shall take all appropriate measures to that end and to prevent any prejudice to the course of justice (Verdunkelungsgefahr). They shall take full account of any special request regarding custody made by the competent German authorities.

Article 23

Where a person is arrested in any case referred to in paragraph 1 of Article 21 of the present Agreement, a representative of the sending State concerned shall have access to that person. Where a person arrested in any case referred to in paragraph 2 of that Article is held in custody by the authorities of a force, a German representative shall have a corresponding right to the extent to which the sending State avails itself of the right of access afforded by the first sentence of this Article. The German authorities and the military authorities of the sending State shall conclude such arrangements as may be required for the implementation of this Article. A representative of the State which has custody may be present when the right of access is exercised.

Article 24

At the request of the Federal Republic or of a sending State, the German authorities and the authorities of that State shall conclude arrangements to facilitate the fulfilment of the obligation of mutual assistance provided for in sub-paragraph (a) of paragraph 5 and sub-paragraph (a) of paragraph 6 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement.

Article 25

1. (a) Where criminal jurisdiction over a member of a force or

(c) En ce qui concerne les infractions dirigées uniquement contre la sécurité de la République Fédérale, la garde appartient aux autorités allemandes, conformément aux arrangements qui peuvent être conclus à cet effet avec les autorités de l'État d'origine intéressé.

3.— Lorsque la garde appartient aux autorités d'un État d'origine conformément au paragraphe 2 du présent Article, elle demeure assurée par ces autorités jusqu'à mise en liberté ou acquittement par les autorités allemandes, ou jusqu'au début de l'exécution de la peine. Les autorités de l'État d'origine mettent la personne arrêtée à la disposition des autorités allemandes pour l'enquête et la procédure pénale (Ermittlungs- und Strafverfahren) et prennent à cette fin toutes mesures appropriées, ainsi que pour éviter que ne soit entravée la manifestation de la vérité (Verdunkelungsgefahr). Elles tiennent le plus grand compte de toute demande particulière concernant la garde, présentée par les autorités allemandes compétentes.

Article 23

Lorsqu'une personne est arrêtée dans l'un des cas visés au paragraphe 1 de l'article 21 du présent Accord, un représentant de l'État d'origine intéressé a droit d'accès auprès de cette personne. Lorsqu'une personne arrêtée dans l'un des cas visés au paragraphe 2 dudit Article est sous la garde des autorités d'une force, un représentant allemand dispose d'un droit correspondant, dans la mesure où l'État d'origine se prévaut du droit d'accès que lui confère la première phrase du présent Article. Les autorités allemandes et les autorités militaires de l'État d'origine concluront les arrangements nécessaires à l'application du présent Article. Un représentant de l'État qui a la garde peut être présent lorsque le droit d'accès est exercé.

Article 24

A la demande de la République Fédérale ou d'un État d'origine, les autorités allemandes et les autorités de cet État concluent des arrangements destinés à faciliter l'exécution de l'obligation d'assistance mutuelle prévue à l'alinéa (a) du paragraphe 5 et à l'alinéa (a) du paragraphe 6 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

Article 25

1.— (a) Si la juridiction pénale sur un membre d'une force ou

Truppe oder eines zivilen Gefolges oder einen Angehörigen durch ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde ausgeübt, so hat ein Vertreter des betreffenden Entsendestaates das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein. Richtet sich eine strafbare Handlung ausschließlich gegen die Sicherheit der Bundesrepublik oder gegen in der Bundesrepublik befindliche Vermögenswerte oder gegen einen Deutschen oder eine sich im Bundesgebiet aufhaltende Person und wird die Strafgerichtsbarkeit durch ein Gericht oder eine Behörde eines Entsendestaates innerhalb der Bundesrepublik ausgeübt, so hat ein deutscher Vertreter das Recht, bei der Hauptverhandlung anwesend zu sein.

(b) Im Sinne von Buchstabe (a) umfaßt der Ausdruck

- (i) „in der Bundesrepublik befindliche Vermögenswerte“ nicht Vermögenswerte einer Truppe, eines zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und deren Angehörigen;
- (ii) „eine sich im Bundesgebiet aufhaltende Person“ weder Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges noch Angehörige.

(c) Buchstabe (a) gilt nicht, wenn die Anwesenheit des nationalen Vertreters mit den Sicherheitsinteressen des die Gerichtsbarkeit ausübenden Staates, die nicht zugleich Sicherheitsinteressen des anderen Staates sind, unvereinbar ist.

(d) Die deutschen Gerichte und Behörden einerseits und die Gerichte und Behörden des Entsendestaates andererseits teilen einander Ort und Zeit der Hauptverhandlung rechtzeitig mit.

(2) Unter den in Absatz (1) genannten Voraussetzungen hat ein Vertreter des Entsendestaates auch das Recht, bei Vernehmungen und anderen Ermittlungshandlungen anwesend zu sein, soweit dies gegebenenfalls zwischen den Behörden dieses Entsendestaates und denen der Bundesrepu-

of a civilian component or a dependent is exercised by a German court or a German authority, a representative of the sending State concerned shall have the right to attend the trial. Where an offence is solely directed against the security of the Federal Republic, or against any property within the Federal Republic, or against a German or a person present in the Federal territory, and jurisdiction is exercised in the Federal Republic by a court or authority of a sending State, a German representative shall have the right to attend the trial.

(b) For the purpose of the provisions set forth in sub-paragraph (a) of this paragraph

- (i) the expression “property within the Federal Republic” shall not include property belonging either to a force or a civilian component or to a member of a force or of a civilian component or to a dependent;
- (ii) the expression “a person present in the Federal territory” shall not include a member of a force or of a civilian component or a dependent.

(c) The provisions set forth in sub-paragraph (a) of this paragraph shall not apply if the attendance of a national representative is incompatible with the security requirements of the State exercising jurisdiction which are not at the same time security requirements of the other State.

(d) German courts and authorities on the one hand, and the courts and authorities of the sending State on the other hand, shall give each other timely notification of place and time of the trial.

2. Under the conditions stated in paragraph 1 of this Article a representative of the sending State shall also have a right to attend interrogations and other pre-trial investigations to such extent as may be agreed between the authorities of that State and those of the Federal

d'un élément civil ou sur une personne à charge est exercée par un tribunal allemand ou par une autorité allemande, un représentant de l'État d'origine intéressé a le droit d'assister à l'audience. Si une infraction porte uniquement atteinte à la sûreté de la République Fédérale, à des biens sis en République Fédérale, à un Allemand ou à une personne se trouvant sur le territoire fédéral, et si la juridiction est exercée en République Fédérale par un tribunal ou par une autorité d'un État d'origine, un représentant allemand a le droit d'assister à l'audience.

(b) Au sens de l'alinéa (a) du présent paragraphe

- (i) l'expression «biens sis en République Fédérale» ne s'applique pas aux biens appartenant à une force, un élément civil, à un membre d'une force ou d'un élément civil ou à une personne à charge;
- (ii) l'expression «personne se trouvant sur le territoire fédéral» ne s'applique ni aux membres d'une force ou d'un élément civil, ni aux personnes à charge.

(c) Les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe ne s'appliquent pas lorsque la présence d'un représentant national est incompatible avec les exigences de la sécurité de l'État qui exerce la juridiction, si celles-ci ne constituent pas en même temps des exigences de la sécurité de l'autre État.

(d) Les tribunaux et autorités allemands, d'une part, et les tribunaux et autorités de l'État d'origine, d'autre part, se communiquent en temps utile le lieu et la date de l'audience.

2. — Lorsque les conditions visées au paragraphe 1 du présent Article sont remplies, un représentant de l'État d'origine a également le droit d'assister aux interrogatoires et aux autres actes de l'information, dans la mesure qui peut être fixée entre les autorités de l'État d'origine et celles

blik vereinbart wird. Werden solche Vereinbarungen geschlossen, so gewähren sie unter den in Absatz (1) genannten Voraussetzungen einem deutschen Vertreter ein entsprechendes Recht, wie es dem Vertreter des Entsendestaates zusteht, und legen ein Verfahren zur gegenseitigen Benachrichtigung fest.

Artikel 26

(1) Wird ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder ein Angehöriger vor ein Gericht eines Entsendestaates wegen einer im Bundesgebiet begangenen strafbaren Handlung gestellt, die sich gegen deutsche Interessen richtet, so findet die Hauptverhandlung im Bundesgebiet statt.

- (a) sofern nicht das Recht des Entsendestaates entgegensteht, oder
- (b) sofern nicht in Fällen militärischer Erfordernisse oder im Interesse der Rechtsfindung die Behörden des Entsendestaates beabsichtigen, die Hauptverhandlung außerhalb des Bundesgebietes stattfinden zu lassen. In diesem Fall geben sie den deutschen Behörden rechtzeitig Gelegenheit zur Stellungnahme hierzu und berücksichtigen gebührend die Stellungnahme, die diese etwa abgeben.

(2) Findet die Hauptverhandlung außerhalb des Bundesgebietes statt, so teilen die Behörden des Entsendestaates den deutschen Behörden Ort und Zeit dieser Hauptverhandlung mit. Ein deutscher Vertreter hat das Recht, in der Hauptverhandlung anwesend zu sein, soweit seine Anwesenheit nicht mit den Verfahrensvorschriften des Entsendestaates oder mit dessen Sicherheitsinteressen, die nicht zugleich Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik sind, unvereinbar ist. Die Behörden des Entsendestaates teilen den deutschen Behörden das Urteil und den Ausgang des Verfahrens mit.

Artikel 27

Die §§ 212 bis 212 b der deutschen Strafprozeßordnung über das beschleunigte Verfahren werden im Strafverfahren gegen Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder gegen Angehörige nicht angewendet.

Artikel 28

(1) Die Militärpolizei einer Truppe ist berechtigt, auf öffentlichen Wegen, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Gaststätten und an anderen Orten, die der Allgemeinheit zugänglich sind, Streife zu gehen und gegen Mitglie-

republic. If such arrangements are concluded, they shall, under the conditions stated in paragraph 1, give to a German representative a right corresponding to that of the representative of the sending State, and shall provide procedures for reciprocal notification.

de la République Fédérale. Si de tels arrangements interviennent, ils doivent, dans les conditions visées au paragraphe 1, conférer à un représentant allemand un droit correspondant à celui du représentant de l'État d'origine et prévoir une procédure de notification réciproque.

Article 26

1. Where a member of a force or of a civilian component or a dependent is arraigned before a court of a sending State for an offence committed in the Federal territory against German interests, the trial shall be held in that territory

- (a) except where the law of the sending State requires otherwise, or
- (b) except where, in cases of military exigency or in the interests of justice, the authorities of the sending State intend to hold the trial outside the Federal territory. In this event they shall afford the German authorities timely opportunity to comment on such intention and shall give due consideration to any comments the latter may make.

1. — Lorsqu'un membre d'une force ou d'un élément civil ou une personne à charge est poursuivi devant un tribunal d'un État d'origine en raison d'une infraction commise sur le territoire fédéral à l'encontre d'intérêts allemands, l'audience a lieu sur ce territoire

(a) à moins que le Droit de l'État d'origine ne s'y oppose, ou

(b) à moins que, en cas de nécessité militaire ou dans l'intérêt de la Justice, les autorités de l'État d'origine n'aient l'intention de faire tenir l'audience hors du territoire fédéral. Dans ce cas, elles donnent en temps utile aux autorités allemandes la possibilité de formuler leurs observations à ce sujet et tiennent dûment compte des observations que ces dernières pourront présenter.

2. Where the trial is held outside the Federal territory, the authorities of the sending State shall inform the German authorities of the place and date of the trial. A German representative shall be entitled to be present at the trial, except where his presence is incompatible with the rules of the court of the sending State or with the security requirements of that State, which are not at the same time security requirements of the Federal Republic. The authorities of the sending State shall inform the German authorities of the judgment and of the final outcome of the proceedings.

2. — Si l'audience doit être tenue hors du territoire fédéral, les autorités de l'État d'origine informent les autorités allemandes du lieu et de la date de cette audience. Un représentant allemand a le droit d'y assister, sauf lorsqu'une telle présence est incompatible avec les règles de procédure de l'État d'origine ou avec les exigences de la sécurité de cet État d'origine, si celles-ci ne constituent pas en même temps des exigences de la sécurité de la République Fédérale. Les autorités de l'État d'origine informent les autorités allemandes du jugement intervenu et de l'issue finale du procès.

Article 27

Sections 212 to 212 (b) of the German Code of Criminal Procedure, relating to expedited procedure, shall not be applicable in criminal proceedings against members of a force, of a civilian component, or against dependents.

Article 28

1. The military police of a force shall have the right to patrol on public roads, on public transport, in restaurants (Gaststätten) and in all other places to which the public has access and to take such measures

Article 27

Les Articles 212 à 212 (b) du Code allemand de procédure criminelle, relatifs à la procédure accélérée, ne sont pas appliqués dans les procédures pénales engagées contre les membres d'une force, d'un élément civil ou contre les personnes à charge.

Article 28

1. — La police militaire d'une force a le droit de patrouiller sur la voie publique, dans les moyens de transport publics, dans les restaurants et les débits de boisson et dans les autres lieux accessibles au public et

der einer Truppe, eines zivilen Gefolges und gegen Angehörige die zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin notwendigen Maßnahmen zu treffen. Soweit erforderlich oder zweckmäßig, werden die Einzelheiten der Ausübung dieses Rechts zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe, die eine enge gegenseitige Verbindung aufrechterhalten, vereinbart.

(2) Ist die öffentliche Ordnung und Sicherheit durch einen Zwischenfall, an dem Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörige beteiligt sind, gefährdet oder gestört, so trifft die Militärpolizei einer Truppe auf Ersuchen der deutschen Behörden hinsichtlich dieser Mitglieder oder Angehörigen die zur Aufrechterhaltung oder zur Wiederherstellung von Ordnung und Disziplin angemessenen Maßnahmen.

Artikel 29

(1) Die Bundesrepublik führt die gesetzgeberischen Maßnahmen herbei, die sie für erforderlich hält, um innerhalb ihres Gebietes angemessenen Schutz und Sicherheit der Truppen, der zivilen Gefolge und ihrer Mitglieder zu gewährleisten. Dies gilt auch für die Streitkräfte eines Entsendestaates, die in Berlin stationiert sind, ihr ziviles Gefolge und deren Mitglieder in bezug auf strafbare Handlungen, die im Bundesgebiet begangen werden.

(2) Zur Ausführung von Artikel VII Absatz (11) des NATO-Truppenstatus und von Absatz (1) dieses Artikels wird die Bundesrepublik insbesondere

with respect to the members of a force, of a civilian component or dependents as are necessary to maintain order and discipline. Insofar as it is necessary or expedient the details of the exercise of this right shall be agreed upon between the German authorities and the authorities of the force, who shall maintain close mutual liaison.

2. If public order and safety are endangered or disturbed by an incident in which members of a force or of a civilian component or dependents are involved, the military police of a force shall, if so requested by the German authorities, take appropriate measures with respect to such persons to maintain or restore order and discipline.

de prendre toutes mesures nécessaires à l'égard des membres d'une force, d'un élément civil ou des personnes à charge pour le maintien de l'ordre et de la discipline. Les détails concernant l'exercice de ce droit seront fixés, dans la mesure nécessaire ou appropriée, par accord entre les autorités allemandes et les autorités de la force qui se tiendront en liaison étroite et réciproque.

2. — Si l'ordre et la sécurité publics sont menacés ou troublés par un incident dans lequel sont impliqués des membres d'une force, d'un élément civil ou des personnes à charge, la police militaire d'une force prend, à la demande des autorités allemandes, des mesures appropriées à l'égard de ces membres ou personnes à charge pour maintenir ou rétablir l'ordre et la discipline.

Article 29

1. The Federal Republic shall bring about such legislative measures as it deems necessary to ensure the adequate security and protection within its territory of the forces, of the civilian components and of their members. This shall also apply to the Armed Forces of a sending State stationed in Berlin, to the civilian component thereof and to their members with regard to offences committed within the Federal territory.

2. To implement paragraph 11 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement and paragraph 1 of this Article the Federal Republic shall, in particular,

- (a) entsprechend den Vorschriften des deutschen Strafrechts über Landesverrat den Schutz militärischer Geheimnisse der Entsendestaaten gewährleisten;
- (b) auf folgenden Gebieten den strafrechtlichen Schutz einer Truppe, eines zivilen Gefolges und ihrer Mitglieder in keinem geringeren Umfange gewährleisten, als er für die Bundeswehr besteht oder bestehen wird:
 - (i) Einwirkung auf die Truppe, das zivile Gefolge und ihre Mitglieder in der Absicht, ihre Dienstbereitschaft zu untergraben;
 - (ii) Verächtlichmachung der Truppe;
 - (iii) Verleitung zum Ungehorsam;
 - (iv) Verleitung zur Fahnenflucht;

- (a) ensure, in accordance with the provisions of German criminal law on treason, the protection of military secrets of the sending States;
- (b) ensure, by way of criminal law, the protection of a force, a civilian component and their members to an extent not inferior to the protection which is or will be afforded to the German Armed Forces in the following fields:
 - (i) influencing the force, the civilian component or their members with intent to undermine their willingness to serve;
 - (ii) exposing the force to contempt;
 - (iii) inducement to disobedience;
 - (iv) inducement to desertion;

Article 29

1. — La République Fédérale prend les dispositions législatives qu'elle estime nécessaires pour permettre d'assurer sur son territoire, la sécurité et la protection adéquates des forces, des éléments civils et de leurs membres. Ce qui précède s'applique également aux Forces armées d'un État d'origine stationnées à Berlin, à leur élément civil, ainsi qu'à leurs membres, en ce qui concerne les infractions commises sur le territoire fédéral.

2. — Afin d'appliquer les dispositions du paragraphe 11 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, ainsi que les dispositions du paragraphe 1 du présent Article, la République Fédérale doit notamment:

- (a) assurer, conformément aux prescriptions du Droit pénal allemand en matière de haute trahison, la protection des secrets militaires des États d'origine;
- (b) assurer, dans les domaines suivants, à une force, à un élément civil et à leurs membres, une protection pénale au moins égale à celle qui est ou sera assurée aux Forces armées allemandes:
 - (i) action exercée dans l'intention de saper la volonté de servir de la force, de l'élément civil ou de leurs membres;
 - (ii) outrages à l'encontre de la force;
 - (iii) incitation à la désobéissance;
 - (iv) incitation à la désertion;

- (v) Erleichterung der Fahnenflucht;
- (vi) Sabotage;
- (vii) Sammeln von Nachrichten über militärische Angelegenheiten;
- (viii) Betreiben eines militärischen Nachrichtendienstes;
- (ix) Abbildung und Beschreibung von Wehrmitteln, militärischen Anlagen und Einrichtungen sowie von militärischen Vorgängen;
- (x) Luftaufnahmen.

(3) Militärische Geheimnisse im Sinne von Absatz (2) Buchstabe (a) sind Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, insbesondere Schriften, Zeichnungen, Modelle oder Formeln, oder Nachrichten darüber, welche die Verteidigung betreffen und von einer im Bundesgebiet oder in Berlin befindlichen Dienststelle eines Entsendestaates mit Rücksicht auf dessen Sicherheit oder die Sicherheit seiner Truppe oder seiner in Berlin stationierten Streitkräfte geheimgehalten werden. Ausgenommen sind Gegenstände, über deren Geheimhaltung zu bestimmten Angelegenheit der Bundesrepublik ist, sowie Nachrichten darüber.

Artikel 30

Um die Durchführung des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts und der ihn ergänzenden Bestimmungen dieses Abkommens zu erleichtern und ihre einheitliche Anwendung sicherzustellen, werden auf Antrag einer der beiden beteiligten Parteien Gemischte Ausschüsse gebildet, die sich aus einem von der Bundesregierung zu ernennenden deutschen Vertreter und einem Vertreter des betreffenden Entsendestaates zusammensetzen. Die Gemischten Ausschüsse haben die Aufgabe, ihnen von der Bundesregierung oder von der obersten Behörde der Truppe vorgelegte Fragen zu erörtern, welche die Anwendung der in diesem Artikel genannten Bestimmungen betreffen. Die deutschen Behörden und die Behörden des Entsendestaates berücksichtigen wohlwollend etwaige gemeinsame Empfehlungen eines Gemischten Ausschusses.

Artikel 31

Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges genießen hinsichtlich des Armenrechts und der Befreiung von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten die Rechte, die in den auf diesen Gebieten zwischen der Bundesrepublik und dem betreffenden

- (v) facilitation of desertion;
- (vi) sabotage;
- (vii) collection of information concerning military matters;
- (viii) operation of a military intelligence service;
- (ix) reproduction or description of military equipment, military installations or facilities, or of military activities;
- (x) taking of aerial photographs.

3. For the purposes of subparagraph (a) of paragraph 2 of this Article, the term "military secrets" shall mean such facts, objects, conclusions and discoveries, in particular writings, drawings, models, formulæ, or information about them, as concern defence and are kept secret by an agency of a sending State located on Federal territory or in Berlin out of consideration for the security of that State or of its force, or its Armed Forces stationed in Berlin. The term shall not include objects in respect of which the decision about keeping them secret is a matter for the Federal Republic, or information concerning such objects.

Article 30

To facilitate the implementation of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement and the provisions of the present Agreement supplementary thereto, and to ensure their uniform application, Mixed Commissions composed of a German representative to be appointed by the Federal Government and a representative of the sending State concerned shall be constituted at the request of either party. The task of these Mixed Commissions shall be to discuss questions submitted to them by the Federal Government or the highest authority of the force concerned with respect to the application of the provisions referred to in this Article. The German authorities and the authorities of the sending State shall give sympathetic consideration to any joint recommendation made by a Mixed Commission.

Article 31

With respect to the right to free judicial assistance and the exemption from the obligation to post security for costs, members of a force or of a civilian component shall enjoy the rights determined in agreements in force in these fields between the Fed-

- (v) action facilitant la désertion;
- (vi) sabotage;
- (vii) rassemblement de renseignements relatifs aux affaires militaires;
- (viii) organisation d'un service de renseignements militaires;
- (ix) reproduction et description de moyens de défense, d'installations, de dispositifs et d'activités militaires;
- (x) prises de vues aériennes.

3. — Au sens de l'alinéa (a) du paragraphe 2 du présent Article sont réputés secrets militaires les faits, objets, constatations et découvertes, notamment les écrits, dessins, modèles et formulæ, de même que les renseignements s'y rapportant, qui concernent la défense et qu'un service d'un État d'origine situé sur le territoire fédéral ou à Berlin tient secrets en vue de la sécurité de cet État ou de sa force, ou de ses Forces armées stationnées à Berlin. La présente disposition n'affecte pas les objets pour lesquels la République Fédérale est juge de décider s'ils doivent être tenus secrets, ni les informations les concernant.

Article 30

Afin de faciliter la mise en œuvre de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et des dispositions du présent Accord qui le complètent et d'assurer leur application uniforme, des Commissions Mixtes sont instituées à la demande de l'une des deux parties intéressées; elles sont composées d'un représentant allemand nommé par le Gouvernement fédéral et d'un représentant de l'État d'origine intéressé. Ces Commissions Mixtes ont pour tâche de discuter des questions ayant trait à l'application des dispositions citées dans le présent Article qui leur sont présentées par le Gouvernement fédéral ou par l'autorité la plus élevée de la force intéressée. Les autorités allemandes et les autorités de l'État d'origine tiennent compte avec bienveillance de toute recommandation commune présentée par une Commission Mixte.

Article 31

En ce qui concerne le droit à l'assistance judiciaire et la dispense de caution judicatum solvi, les membres d'une force ou d'un élément civil jouissent des droits déterminés dans les accords en vigueur dans ces domaines entre la République Fédérale

den Entsendestaat geltenden Abkommen festgesetzt sind. Die dienstliche Anwesenheit der genannten Personen im Bundesgebiet gilt für die Anwendung dieser Abkommen als ständiger Aufenthalt.

Artikel 32

- (1) (a) Eine Klageschrift oder eine andere Schrift oder gerichtliche Verfügung, die ein nichtstrafrechtliches Verfahren vor einem deutschen Gericht oder einer deutschen Behörde einleitet, wird Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörigen über eine Verbindungsstelle zugestellt, die von jedem Entsendestaat errichtet oder bestimmt wird. Die deutschen Gerichte und Behörden können die Verbindungsstelle um Durchführung der Zustellung anderer Schriftstücke in solchen Verfahren ersuchen.
- (b) Die Verbindungsstelle bestätigt unverzüglich den Eingang jedes Zustellungsersuchens, das ihr von einem deutschen Gericht oder einer deutschen Behörde übermittelt wird. Die Zustellung ist bewirkt, wenn das zuzustellende Schriftstück dem Zustellungsempfänger von dem Führer seiner Einheit oder einem Beauftragten der Verbindungsstelle übergeben ist. Das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde erhält unverzüglich eine Urkunde über die vollzogene Zustellung.

- (c) (i) Hat das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde binnen einundzwanzig Tagen, gerechnet vom Ausstellungsdatum der Eingangsbestätigung durch die Verbindungsstelle an, weder eine Urkunde über die vollzogene Zustellung nach Buchstabe (b) noch eine Mitteilung darüber erhalten, daß die Zustellung nicht erfolgen konnte, so übermittelt das Gericht oder die Behörde eine weitere Ausfertigung des Zustellungsersuchens der Verbindungsstelle mit der Ankündigung, daß sieben Tage nach Eingang bei ihr die Zustellung als bewirkt gilt. Mit Ablauf

eral Republic and the sending State concerned. The presence on duty of such persons in the Federal territory shall, in the application of such agreements, be deemed to be residence therein.

Article 32

1. (a) Service upon members of a force, of a civilian component, or on dependents of a plaintiff or other document or court order initiating non-criminal proceedings before a German court or authority shall be made through a liaison agency to be established or designated by each of the sending States. The German courts or authorities may request the liaison agency to ensure service of other documents arising in such proceedings.

- (b) Receipt of an application submitted by a German court or authority for service shall be acknowledged by the liaison agency without delay. Service shall be effective when the document to be served is delivered to the addressee by his unit commander or by a representative of the liaison agency. Notification in writing that service has been effected shall be given without delay to the German court or authority.

- (c) (i) If, upon the expiry of a period of twenty-one days from the date of acknowledgement of receipt by the liaison agency, the German court or authority has received neither notification in writing that service has been effected in accordance with subparagraph (b) of this paragraph nor any communication stating that it has not been possible to effect service, the court or authority shall forward to the liaison agency another copy of the application for service with notice that seven days after receipt by the liaison agency service shall be deemed

et l'État d'origine intéressé. La présence de ces personnes sur le territoire fédéral pour des raisons de service est considérée pour l'application de ces accords comme résidence sur ce territoire.

Article 32

1. — (a) La signification aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge d'une demande en justice ou de tout autre acte ou ordonnance judiciaire introduc-tifs d'une procédure autre que pénale devant un tribunal allemand ou une autorité allemande est effectuée par l'intermédiaire d'un service de liaison à créer ou à désigner par chaque État d'origine. Les tribunaux allemands et les autorités allemandes peuvent demander audit service de liaison de procéder à la signification d'autres actes dans les procédures de cette nature.

- (b) Le service de liaison accuse réception sans délai de toute demande de signification qui lui est adressée par un tribunal allemand ou par une autorité allemande. La signification est effective dès que le document à signifier a été remis au destinataire par son chef d'unité ou par un représentant du service de liaison. Le tribunal allemand ou l'autorité allemande reçoit sans délai un avis attestant que la signification a eu lieu.

- (c) (i) Dans le cas où, à l'expiration d'un délai de vingt-et-un jours à compter de la date de l'accusé de réception de la part du service de liaison, le tribunal allemand ou l'autorité allemande n'aurait reçu ni avis attestant que la signification a eu lieu conformément à l'alinéa (b) du présent paragraphe, ni une communication indiquant qu'il n'a pu être procédé à la signification, le tribunal ou l'autorité adresse au service de liaison un nouvel exemplaire de la demande de signification, avec avis précisant que celle-ci sera tenue pour

der Frist von sieben Tagen gilt die Zustellung als bewirkt.

to have been effected. At the expiry of this seven-day period, service shall be deemed to have been effected.

effective à l'expiration d'un délai de sept jours, à compter de la réception par le service de liaison. A l'expiration de ce délai, la signification est tenue pour effective.

(ii) Die Zustellung ist jedoch nicht als bewirkt anzusehen, wenn vor Ablauf der Frist von einundzwanzig oder gegebenenfalls von sieben Tagen die Verbindungsstelle dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde mitteilt, daß sie die Zustellung nicht durchführen konnte. Die Verbindungsstelle teilt dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde die Gründe mit, die sie an der Zustellung gehindert haben.

(iii) In dem unter Ziffer (ii) vorgesehenen Fall kann die Verbindungsstelle auch bei dem deutschen Gericht oder der deutschen Behörde unter Angabe der Gründe eine Fristverlängerung beantragen. Entspricht das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde diesem Verlängerungsantrag, so finden die Ziffern (i) und (ii) auf die verlängerte Frist entsprechende Anwendung.

(ii) Service shall not, however, be deemed to have been effected if the liaison agency notifies the German court or authority prior to the expiry of the period of twenty-one days or seven days, as the case may be, that it has not been able to effect service. The liaison agency shall inform the German court or authority of the reasons for its inability to do so.

(iii) In the case specified in item (ii) of this sub-paragraph, the liaison agency may also request the German court or authority to extend the period stating in such request the reasons therefor. If this request for extension is accepted by the German court or authority, items (i) and (ii) shall be applicable *mutatis mutandis* to the period so extended.

(ii) Toutefois, la signification n'est pas tenue pour effective si, avant l'expiration du délai de vingt-et-un jours ou de sept jours, selon le cas, le service de liaison notifie au tribunal allemand ou à l'autorité allemande qu'il n'a pu procéder à cette signification. Le service de liaison informe le tribunal allemand ou l'autorité allemande des raisons pour lesquelles il n'a pu procéder à la signification.

(iii) Dans le cas prévu au point (ii) du présent alinéa, le service de liaison peut aussi demander au tribunal allemand ou à l'autorité allemande une prolongation du délai, en précisant les motifs. S'il est donné suite à cette demande de prolongation par le tribunal allemand ou par l'autorité allemande, les dispositions des points (i) et (ii) du présent alinéa s'appliquent *mutatis mutandis* à la période ainsi prolongée.

(2) Stellt ein deutsches Gericht oder eine deutsche Behörde ein Urteil oder eine Rechtsmittelschrift zu, so wird eine Abschrift des Schriftstückes, falls der betreffende Entsendestaat im Einzelfall oder allgemein darum ersucht, der Verbindungsstelle dieses Staates unverzüglich übermittelt, sofern nicht die Verbindungsstelle selbst in Anwendung von Absatz (1) Buchstabe (a) Satz 2 um die Zustellung ersucht wird.

2. Where a German court or authority serves a judgment or a document in appellate proceedings (Rechtsmittelschrift), a copy thereof shall, upon special or general request of the sending State concerned, be delivered to the liaison agency of that State without delay, except where the liaison agency itself is, in accordance with the second sentence of sub-paragraph (a) of paragraph 1 of this Article, requested to effect such service.

2. — Lorsqu'un tribunal allemand ou une autorité allemande procède à la signification d'un jugement ou d'un document relatif à la formation d'un recours (Rechtsmittelschrift), une copie en est adressée sans délai au service de liaison de l'État d'origine intéressé sur demande particulière ou générale de cet État, sauf s'il est fait appel au service de liaison pour procéder à cette signification en application de la seconde phrase de l'alinéa (a) du paragraphe 1 du présent Article.

Artikel 33

Sind Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörige wegen dienstlicher Obliegenheiten oder einer rechtmäßigen Abwesenheit vorübergehend in nichtstrafrechtlichen Verfahren, an denen sie beteiligt sind, am Erscheinen verhindert, so dürfen ihnen hieraus Nachteile nicht entstehen.

Article 33

Members of a force, of a civilian component or dependents shall not suffer prejudice to their interests when official duties or duly authorized absence temporarily prevents their attendance at non-criminal proceedings to which they are parties.

Article 33

Lorsque dans des affaires autres que pénales les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge sont, en raison de leurs fonctions officielles ou d'une absence régulière, temporairement empêchés d'assister à une procédure à laquelle ils sont parties, ils ne doivent subir de ce fait aucun préjudice.

Artikel 34

(1) Die Militärbehörden gewähren bei der Durchsetzung vollstreckbarer Titel in nichtstrafrechtlichen Verfahren deutscher Gerichte und Behörden alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

(2) Zur Durchführung einer Zwangsvollstreckung oder zur Erzwingung des Offenbarungseides oder aus anderen Gründen, die sich aus einem nichtstrafrechtlichen Verfahren ergeben, kann eine Haft gegen Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder gegen Angehörige von deutschen Gerichten und Behörden nicht angeordnet werden.

(3) Bezüge, die einem Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges von seiner Regierung zustehen, unterliegen nur insoweit der Pfändung, dem Zahlungsverbot oder einer anderen Form der Zwangsvollstreckung auf Anordnung eines deutschen Gerichts oder einer deutschen Behörde, als das auf dem Gebiet des Entsendestaates anwendbare Recht die Zwangsvollstreckung gestattet.

(4) Ist die Vollstreckung eines vollstreckbaren Titels in nichtstrafrechtlichen Verfahren deutscher Gerichte und Behörden innerhalb der Anlage einer Truppe durchzuführen, so wird sie durch den deutschen Vollstreckungsbeamten im Beisein eines Beauftragten der Truppe vollzogen.

Artikel 35

Soll aus einem vollstreckbaren Titel deutscher Gerichte und Behörden gegen einen Schuldner vollstreckt werden, dem aus der Beschäftigung bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge gemäß Artikel 56 oder aus unmittelbaren Lieferungen oder sonstigen Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge ein Zahlungsanspruch zu steht, so gilt folgendes:

(a) Erfolgt die Zahlung durch Vermittlung einer deutschen Behörde und wird diese von einem Vollstreckungsorgan er-sucht, nicht an den Schuldner, sondern an den Pfändungsgläubiger zu zahlen, so ist die deutsche Behörde berechtigt, diesem Ersuchen im Rahmen der Vorschriften des deutschen Rechts zu entsprechen.

(b) (i) Erfolgt die Zahlung nicht durch Vermittlung einer deutschen Behörde, so hin-

Article 34

1. The military authorities shall render all assistance in their power to secure compliance with judgments, decisions, orders and settlements (vollstreckbare Titel) in non-criminal proceedings of German courts and authorities.

2. A member of a force or of a civilian component or a dependent shall not be deprived of his personal liberty by a German court or authority whether to enforce a judgment, decision, order and settlement, to compel an oath of disclosure (Offenbarungseid) or for any other reason resulting from non-criminal proceedings.

3. A payment due to a member of a force or of a civilian component from his Government shall be subject to attachment, garnishment or other form of execution ordered by a German court or authority only to the extent permitted by the law applicable in the territory of the sending State.

4. Where the enforcement of a judgment, decision, order and settlement in non-criminal proceedings of a German court or authority is to take place within an installation of a force, such enforcement shall be effected by a German enforcement officer in the presence of a representative of the force.

Article 35

Where a judgment, decision, order and settlement (vollstreckbarer Titel) of a German court or authority is to be enforced against a debtor to whom a payment is due in respect of employment with a force or civilian component in accordance with the provisions of Article 56 of the present Agreement or in respect of direct deliveries or services to a force or a civilian component, the following provisions shall apply:

(a) Where such a payment is made through a German authority and that authority has been requested by an enforcing agency to make the payment to the judgment creditor instead of to the debtor, that authority shall be entitled to comply with such request within the scope of the provisions of German law.

(b) (i) Where such a payment is not made through a German authority, the au-

Article 34

1. — Dans les affaires autres que pénales, les autorités militaires prêtent toute l'aide et l'assistance en leur pouvoir pour l'exécution des titres exécutoires (vollstreckbare Titel) émanant des tribunaux allemands et des autorités allemandes.

2. — Un tribunal allemand ou une autorité allemande ne peut ordonner des mesures privatives de liberté contre un membre d'une force, d'un élément civil ou une personne à charge pour exécuter un titre exécutoire, pour obliger à faire une révélation sous la foi du serment (Offenbarungseid) ou pour toute autre raison inhérente à la procédure dans une affaire autre que pénale.

3. — Une somme due à un membre d'une force ou d'un élément civil par son gouvernement ne peut faire l'objet d'une saisie, d'une saisie-arrêt ou de toute autre mesure d'exécution ordonnée par un tribunal allemand ou par une autorité allemande que pour autant que le permet la législation applicable sur le territoire de l'État d'origine.

4. — Lorsque, dans les affaires autres que pénales, l'exécution d'un titre exécutoire émanant d'un tribunal allemand ou d'une autorité allemande doit avoir lieu à l'intérieur d'une installation d'une force, elle est effectuée par un huissier allemand en présence d'un représentant de la force.

Article 35

En cas d'exécution forcée d'un titre exécutoire (vollstreckbarer Titel) à l'encontre d'un débiteur auquel une somme est due à raison, soit de son emploi par une force ou un élément civil conformément aux dispositions de l'Article 56 du présent Accord, soit de fournitures ou autres prestations directes à une force ou à un élément civil, les dispositions suivantes sont appliquées:

(a) Lorsque le paiement s'effectue par l'intermédiaire d'une autorité allemande et que celle-ci a été invitée par un organisme ayant pouvoir d'exécution forcée à verser le montant correspondant non au débiteur saisi mais au créancier saisi, ladite autorité est en droit de se conformer à cette requête, dans le cadre des prescriptions du droit allemand.

(b) (i) Lorsque le paiement ne s'effectue pas par l'intermédiaire d'une auto-

terlegen die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges auf Ersuchen eines Vollstreckungsorgans von der Summe, die sie anerkennen, dem Vollstreckungsschuldner zu schulden, den in dem Ersuchen genannten Betrag bei der zuständigen Stelle, soweit das Recht des betroffenen Entsendestaates dies zuläßt. Die Hinterlegung befreit die Truppe oder das zivile Gefolge in Höhe des hinterlegten Betrages von ihrer Schuld gegenüber dem Schuldner.

thorities of the force or of the civilian component shall, upon request by an enforcing agency and insofar as the law of the sending State concerned permits, deposit with the competent agency out of the sum admitted to be owing to the debtor the sum specified in the request. Such deposit shall operate as a discharge of the force or the civilian component from its obligation to the debtor to the extent of the amount deposited.

rité allemande et pour autant que la législation de l'État d'origine intéressé le permet, les autorités de la force ou de l'élément civil déposent auprès du service compétent, à la requête de l'organisme ayant pouvoir d'exécution forcée, le montant spécifié dans cette requête, représentant tout ou partie de la somme qu'elles reconnaissent devoir au débiteur. Ce dépôt libère la force ou l'élément civil de leur dette envers le débiteur à concurrence du montant déposé.

(ii) Soweit das Recht des betroffenen Entsendestaates das unter Ziffer (i) vorgeschriebene Verfahren nicht zuläßt, treffen die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges alle geeigneten Maßnahmen, um das Vollstreckungsorgan bei der Durchsetzung des in Frage stehenden Vollstreckungstitels zu unterstützen.

(ii) Insofar as the law of the sending State concerned does not permit the procedure prescribed in item (i) of this sub-paragraph, the authorities of the force or of the civilian component shall take all appropriate measures to assist the enforcing agency in the execution of the judgment, decision, order and settlement in question.

(ii) Pour autant que la législation de l'État d'origine intéressé s'oppose à l'exécution de la procédure prescrite au point (i) du présent alinéa, les autorités de la force ou de l'élément civil prennent toutes mesures appropriées pour aider l'organisme ayant pouvoir d'exécution forcée à exécuter la décision en cause.

Artikel 36

(1) Die deutschen Gerichte und Behörden können Zustellungen an Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und an Angehörige nicht durch öffentliche Zustellung bewirken.

(2) Hat ein deutscher Zustellungsbeamter einer Person, die sich in der Anlage einer Truppe befindet, ein Schriftstück zuzustellen, so trifft die für die Verwaltung der Anlage zuständige Behörde der Truppe alle Maßnahmen, die erforderlich sind, damit der deutsche Zustellungsbeamte die Zustellung durchführen kann.

Article 36

1. Service by German courts and authorities upon members of a force, of a civilian component or on dependents shall not be effected by publication or advertisement.

2. Where service of any document is to be effected by a German process server upon any person who is inside an installation of a force, the authority of the force responsible for the administration of the installation shall take all measures necessary to enable the German process server to effect such service.

Article 36

1. — Les tribunaux allemands et les autorités allemandes ne procèdent pas à des significations aux membres d'une force, d'un élément civil, et aux personnes à charge par voie de publication ou d'annonce.

2. — Lorsqu'un huissier allemand est chargé de procéder à une signification à une personne se trouvant à l'intérieur de l'installation d'une force, l'autorité de la force responsable de l'administration de cette installation prend toutes mesures nécessaires pour que l'huissier allemand puisse procéder à cette signification.

Artikel 37

(1) (a) Bei Ladungen von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges vor deutsche Gerichte und Behörden tragen die Militärbehörden, sofern nicht militärische Erfordernisse dem entgegenstehen, dafür Sorge, daß der Ladung Folge geleistet wird, soweit nach deutschem Recht das Erscheinen erzwingbar ist. Um die Durchführung dieser Ladungen wird die Verbindungsstelle ersucht.

Article 37

1. (a) Where a member of a force or of a civilian component is summoned to appear before a German court or authority, the military authorities, unless military exigency requires otherwise, shall secure his attendance provided that such attendance is compulsory under German law. The liaison agency shall be requested to ensure execution of such summons.

Article 37

1. — (a) Lorsqu'un membre d'une force ou d'un élément civil est cité à comparaître devant un tribunal allemand ou une autorité allemande, les autorités militaires assurent, à moins que des nécessités militaires ne s'y opposent, la comparution de l'intéressé, pour autant que le droit allemand exige cette comparution de façon absolue. Il est fait appel au service de liaison pour ces citations à comparaître.

(b) Buchstabe (a) gilt entsprechend für Angehörige, soweit die Militärbehörden ihr Erscheinen sicherstellen können; anderenfalls werden Angehörige nach deutschem Recht geladen.

(2) Werden Personen, deren Erscheinen die Militärbehörden nicht sicherstellen können, vor einem Gericht oder einer Militärbehörde eines Entsendestaates als Zeugen oder Sachverständige benötigt, so tragen die deutschen Gerichte und Behörden im Einklang mit dem deutschen Recht dafür Sorge, daß diese Personen vor dem Gericht oder der Militärbehörde dieses Staates erscheinen.

Artikel 38

(1) Ergibt sich im Verlauf eines strafrechtlichen oder nichtstrafrechtlichen Verfahrens oder einer Vernehmung vor einem Gericht oder einer Behörde einer Truppe oder der Bundesrepublik, daß ein Amtsgeheimnis eines der beteiligten Staaten oder beider oder eine Information, die der Sicherheit eines der beteiligten Staaten oder beider schaden würde, preisgegeben werden könnte, so holt das Gericht oder die Behörde vorher die schriftliche Einwilligung der zuständigen Behörde dazu ein, daß das Amtsgeheimnis oder die Information preisgegeben werden darf. Erhebt die zuständige Behörde Einwendungen gegen die Preisgabe, so trifft das Gericht oder die Behörde alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen, einschließlich derjenigen, auf die sich Absatz (2) bezieht, um die Preisgabe zu verhüten, vorausgesetzt, daß die verfassungsmäßigen Rechte einer beteiligten Partei dadurch nicht verletzt werden.

(2) Die Vorschriften des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes (§§ 172 bis 175) über den Ausschluß der Öffentlichkeit von Verhandlungen in strafrechtlichen und nichtstrafrechtlichen Verfahren und die Vorschriften der deutschen Strafprozeßordnung (§ 15) über die Möglichkeit der Übertragung von Strafverfahren an das Gericht eines anderen Bezirks werden in Verfahren vor deutschen Gerichten und Behörden, in denen eine Gefährdung der Sicherheit einer Truppe oder eines zivilen Gefolges zu besorgen ist, entsprechend angewendet.

Artikel 39

Die Rechte und Vorrechte der Zeugen und Sachverständigen bestimmen sich nach dem Recht der Gerichte oder der Behörden, vor denen sie erschei-

(b) The provisions of subparagraph (a) of this paragraph shall apply *mutatis mutandis* to dependents insofar as the military authorities are able to secure their attendance; otherwise dependents will be summoned in accordance with German law.

2. Where persons whose attendance cannot be secured by the military authorities are required as witnesses or experts by a court or a military authority of a sending State, the German courts and authorities shall, in accordance with German law, secure the attendance of such persons before the court or military authority of that State.

Article 38

1. If in the course of criminal or non-criminal proceedings or hearings before a court or authority of a force or of the Federal Republic it appears that the disclosure of an official secret of either of the States concerned, or the disclosure of any information which could prejudice the security of either of them might result, the court or the authority shall, prior to taking further action, seek the written consent of the appropriate authority to the disclosure of the official secret or information. In the event that the appropriate authority advances considerations against disclosure, the court or authority shall take all steps in its power, including those to which paragraph 2 of this Article relates, to prevent such disclosure, provided no constitutional right of any party to the proceedings is thereby impaired.

2. The provisions of Sections 172 to 175 of the German Judicature Act (Gerichtsverfassungsgesetz) on the exclusion of the public from hearings in criminal and non-criminal proceedings, and of Section 15 of the German Code of Criminal Procedure on the transfer of criminal proceedings to a court in a different district, shall be applied *mutatis mutandis* in cases before German courts and authorities where there is a threat to the security of a force or of a civilian component.

Article 39

Privileges and immunities of witnesses and experts shall be those accorded by the law of the court or authority before which they appear.

(b) Les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe s'appliquent *mutatis mutandis* aux personnes à charge, pour autant que les autorités militaires puissent assurer leur comparution; dans le cas contraire, les personnes à charge sont citées conformément au droit allemand.

2. — Lorsqu'un tribunal ou une autorité militaire d'un État d'origine a besoin du concours de témoins ou d'experts dont les autorités militaires ne peuvent assurer la comparution, les tribunaux allemands et les autorités allemandes assurent, conformément au droit allemand, la comparution des intéressés devant le tribunal ou l'autorité militaire de cet État.

Article 38

1. — Si, dans une affaire pénale ou autre que pénale, il apparaît, au cours de l'instruction ou de l'audience devant un tribunal ou une autorité d'une force ou de la République Fédérale, que la divulgation d'un secret officiel de l'un ou des deux États intéressés ou d'un renseignement qui pourrait porter atteinte à la sécurité de l'un ou des deux États intéressés est susceptible de se produire, le tribunal ou l'autorité, avant toute autre mesure, demande à l'autorité compétente son consentement écrit à la divulgation du secret officiel ou du renseignement. Si l'autorité compétente formule des objections à l'encontre d'une telle divulgation, le tribunal ou l'autorité prend toutes les mesures en son pouvoir — y compris les mesures visées au paragraphe 2 du présent Article — pour prévenir cette divulgation, sous réserve qu'il ne soit pas, de ce fait, porté atteinte aux droits constitutionnels de quelque partie que ce soit.

2. — Les dispositions des Articles 172 à 175 de la Loi allemande sur l'organisation judiciaire (Gerichtsverfassungsgesetz), relatives au huis clos lors des audiences en matière pénale ou autre que pénale, ainsi que les dispositions de l'Article 15 du Code allemand de procédure criminelle, relatives au renvoi des procédures pénales à un tribunal d'un autre district, s'appliquent *mutatis mutandis* aux affaires en instance devant les tribunaux allemands ou devant les autorités allemandes, lorsque la sécurité d'une force ou d'un élément civil est menacée.

Article 39

Les priviléges et dispenses des témoins et experts sont ceux accordés par la loi du tribunal ou de l'autorité devant lequel ils comparaissent. Tou-

nen. Das Gericht oder die Behörde berücksichtigt jedoch die Rechte und Vorrechte angemessen, welche Zeugen und Sachverständige, wenn sie Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder Angehörige sind, vor einem Gericht des Entsendestaates, und, wenn sie nicht zu diesem Personenkreis gehören, vor einem deutschen Gericht haben würden.

Artikel 40

Vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen im NATO-Truppenstatut oder in diesem Abkommen unterliegen Archive, Dokumente, als solche erkennbare Dienstpostsendungen und Eigentum einer Truppe nicht der Durchsuchung, Beschlagnahme oder Zensur durch die deutschen Behörden, sofern auf die Immunität nicht verzichtet wird.

Artikel 41

(1) Die Abgeltung von Schäden, die durch Handlungen oder Unterlassungen einer Truppe, eines zivilen Gefolges und ihrer Mitglieder oder durch andere Begebenheiten, für die eine Truppe oder ein ziviles Gefolge haftbar ist, verursacht worden sind, bestimmt sich nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und den ergänzenden Vorschriften dieses Artikels.

(2) Eine Entschädigung ist nicht zu gewähren

- (a) bei einer Beschädigung von öffentlichen Wegen, Straßen, Brücken, schiffbaren Wasserstraßen und anderen öffentlichen Verkehrsanlagen infolge ihrer Benutzung durch eine Truppe oder ein ziviles Gefolge für normale Verkehrszwecke;
- (b) bei Verlust oder Beschädigung von Sachen, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln erbaut oder beschafft worden sind, soweit der Verlust oder die Beschädigung während der Zeit verursacht worden ist, in der die Sachen einer Truppe oder einem zivilen Gefolge zur Nutzung zur Verfügung standen.
- (3) (a) Die Bundesrepublik verzichtet auf Ansprüche gegen einen Entsendestaat wegen des Verlustes oder der Beschädigung von ihr gehörenden Sachen, die der Truppe oder dem zivilen Gefolge zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind. Dies gilt auch dann, wenn

The court or authority shall, however, give appropriate consideration to the privileges and immunities which witnesses and experts, if they are members of a force or of a civilian component or dependents, would have before a court of the sending State or, if they do not belong to these categories of persons, would have before a German court.

Article 40

Subject to any provision to the contrary in the NATO Status of Forces Agreement or in the present Agreement, archives, documents, official mail recognizable as such and property of a force shall be immune from search, seizure or censorship by the German authorities except where immunity is waived.

Article 41

1. The settlement of claims in respect of damage caused by acts or omissions of a force, a civilian component or their members, or by other occurrences for which a force or a civilian component is legally responsible, shall be governed by the provisions of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement and the provisions of this Article supplementary thereto.

2. No compensation shall be payable in respect of

- (a) damage to public roads, highways, bridges, navigable waterways and other public traffic facilities resulting from their use by a force or a civilian component for normal traffic purposes;
- (b) loss of or damage to property which has been constructed or procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds, to the extent that such loss or damage was caused while the property was at the disposal of a force or a civilian component for its use.

- 3. (a) The Federal Republic shall waive all its claims against a sending State in respect of loss of, or damage to, property owned by the Federal Republic and made available for the exclusive use of the force or of the civilian component. This shall apply equally if such property is

tefois, le tribunal ou l'autorité tiennent dûment compte des priviléges et dispenses dont bénéficiaient, devant un tribunal de l'État d'origine intéressé, les témoins et experts lorsqu'ils sont membres d'une force, d'un élément civil ou personnes à charge, ou dont ils bénéficiaient devant un tribunal allemand lorsqu'ils n'appartiennent pas à ces catégories de personnes.

Article 40

Sous réserve de toute disposition contraire figurant dans la Convention OTAN sur le Statut des Forces ou dans le présent Accord, les archives, les documents, le courrier officiel identifiable comme tel, ainsi que les biens d'une force bénéficiant de l'immunité en ce qui concerne le droit de perquisition, de saisie ou de censure par les autorités allemandes, s'il n'est pas renoncé à cette immunité.

Article 41

1. — Les dispositions de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, complétées par celles du présent Article, s'appliquent au règlement des réclamations afférentes aux dommages causés par des actes ou omissions d'une force, d'un élément civil et de leurs membres, ou par d'autres incidents dont une force ou un élément civil est légalement responsable.

2. — Aucune indemnisation n'est accordée dans les cas suivants:

- (a) dommages causés aux chemins, routes, ponts, voies navigables et aux autres voies de communication publiques résultant de leur utilisation par une force ou un élément civil à des fins de circulation normale;

- (b) pertes ou détériorations de biens construits ou acquis sur le budget des frais d'occupation et des dépenses imposées ou sur le budget des frais d'entretien, dans la mesure où ces pertes ou ces détériorations ont été causées alors que les biens se trouvaient à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour son usage.

- 3. — (a) La République Fédérale renonce à tout droit à indemnisation à l'encontre d'un État d'origine pour la perte ou la détérioration de biens appartenant à la République Fédérale et qui ont été mis à la disposition de la force ou de l'élément civil pour son usage exclusif.

solche Sachen den Truppen mehrerer Entsendestaaten zur Benutzung überlassen werden sind oder von der Truppe eines oder mehrerer Entsendestaaten gemeinsam mit der Bundeswehr benutzt werden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind, und für Schäden an Sachen der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost.

made available for use by the forces of several sending States or is used by the force of one or more sending States jointly with the German Armed Forces. This waiver shall not apply to damage caused wilfully or by gross negligence, nor to damage to the property of the German Federal Railways or German Federal Post.

(b) Artikel VIII Absatz (2) Buchstabe (f) des NATO-Truppenstatuts wird auf den Verlust oder die Beschädigung von Sachen im Eigentum der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost sowie auf Schäden an Straßen des Bundes nicht angewendet.

(b) The provisions of subparagraph (f) of paragraph 2 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement shall not apply to loss of or damage to property owned by the German Federal Railways or the German Federal Post nor to damage to Federal roads.

Cette disposition s'applique également si ces biens ont été mis à la disposition des forces de plusieurs États d'origine pour leur usage ou s'ils sont utilisés par la force d'un ou de plusieurs États d'origine conjointement avec les Forces armées allemandes. Cette renonciation ne s'étend ni aux dommages causés intentionnellement ou résultant d'une négligence grave, ni aux dommages causés aux biens des Chemins de fer fédéraux allemands ou des Postes fédérales allemandes.

(b) Les dispositions de l'alinéa (f) du paragraphe 2 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ne sont pas applicables à la perte ou à la détérioration de biens appartenant aux Chemins de fer fédéraux allemands ou aux Postes fédéraux allemands, ni aux dommages causés aux routes fédérales.

(4) Die Bundesrepublik befreit die Entsendestaaten von der Haftung für Ansprüche wegen des Verlustes oder der Beschädigung von Sachen, die einem Land gehören, sofern der Verlust oder die Beschädigung vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht worden ist.

(5) Jeder der Entsendestaaten verzichtet auf Ansprüche gegen die Bundesrepublik wegen des Verlustes oder der Beschädigung von ihm gehörenden Sachen, die von einem Mitglied oder Bediensteten der Bundeswehr in Ausübung des Dienstes oder durch die Benutzung von Fahrzeugen, Schiffen oder Flugzeugen der Bundeswehr verursacht werden, vorausgesetzt, daß es sich um Sachen handelt, die von der Truppe oder dem zivilen Gefolge dieses Staates benutzt werden und sich im Bundesgebiet befinden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden sind.

(6) Artikel VIII Absatz (5) des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel sind nicht anzuwenden auf Schäden, die Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges durch Handlungen oder Unterlassungen anderer Mitglieder der gleichen Truppe oder ihres zivilen Gefolges oder durch andere Begebenheiten verursacht worden sind, für welche die genannte Truppe oder ihr ziviles Gefolge haftbar ist.

(7) Die in Artikel 71 Absatz (2) genannten Organisationen werden für die Abgeltung von Schäden nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts

4. The Federal Republic shall relieve the sending States of liability for claims arising from loss of or damage to property owned by a Land, if the loss or damage was caused prior to the entry into force of the present Agreement.

5. Each sending State shall waive all its claims against the Federal Republic in respect of loss of or damage to property owned by such sending State and caused by members or employees of the German Armed Forces in the performance of official duties or by the use of vehicles, ships, or aircraft of the German Armed Forces, provided that it is properly used by the force or the civilian component of that State and that it is located in the Federal territory. This waiver shall not apply to damage caused wilfully or by gross negligence.

6. The provisions of paragraph 5 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement and of this Article shall not apply to damage suffered by members of a force or of a civilian component and caused by acts or omissions of other members of the same force or the same civilian component, or by other occurrences for which such force or such civilian component is legally responsible.

7. The organizations referred to in paragraph 2 of Article 71 shall for the purpose of the settlement of damage claims in accordance with Article VIII

4. — La République Fédérale dégage les États d'origine de toute responsabilité pour les pertes ou détériorations de biens appartenant à un Land, si ces pertes ou ces détériorations ont été causées au cours de la période antérieure à l'entrée en vigueur du présent Accord.

5. — Chacun des États d'origine renonce à tout droit à indemnisation à l'encontre de la République Fédérale pour la perte ou la détérioration de biens appartenant à cet État, causés par un membre ou un employé des Forces armées allemandes dans l'exécution du service, ou par l'utilisation de véhicules, navires ou aéronefs de ces Forces, à condition qu'il s'agisse de dommages causés à des biens utilisés par la force ou l'élément civil de cet État et qui se trouvent sur le territoire fédéral. Cette renonciation ne s'étend pas aux dommages causés intentionnellement ou résultant d'une négligence grave.

6. — Les dispositions du paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et celles du présent Article ne sont pas applicables aux dommages subis par les membres d'une force ou d'un élément civil et causés par des actes ou omissions d'autres membres de la même force ou du même élément civil, ou par d'autres incidents dont la force ou l'élément civil est légalement responsable.

7. — En ce qui concerne le règlement des réclamations afférentes aux dommages, conformément aux dispositions de l'Article VIII de la Con-

in Verbindung mit diesem Artikel wie Bestandteile einer Truppe angesehen und behandelt, sofern nicht Einverständnis darüber besteht, daß eine Organisation insoweit nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit ist.

(8) Die Haftung einer Truppe oder eines zivilen Gefolges wird dadurch, daß der Truppe oder dem zivilen Gefolge Befreiungen von deutschen Vorschriften zustehen, nicht berührt. Stehen der Bundeswehr gleiche Befreiungen zu, so ist eine Entschädigung nur zu gewähren, wenn und soweit auch für Schäden, welche die Bundeswehr verursacht, eine Entschädigung zu gewähren ist.

(9) (a) Ist durch ein Ereignis, das einen nach Artikel VIII Absatz (5) des NATO-Truppenstatus abzugeltenden Schaden eines Dritten verursacht hat, auch dem beteiligten Entsendestaat ein Schaden entstanden und ist der Dritte für diesen Schaden entschädigungspflichtig, so ist der Entschädigungsanspruch des Entsendestaates gegen den Entschädigungsanspruch des Dritten aufzurechnen.

(b) Nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen macht die Bundesrepublik auf Antrag eines Entsendestaates Ansprüche, die diesem wegen eines im Bundesgebiet verursachten Schadens gegen im Bundesgebiet ansässige Personen entstanden sind, für ihn geltend; dies gilt nicht für vertragliche Ansprüche. Aufwendungen, die der Bundesrepublik bei der Geltendmachung der Ansprüche außerhalb der allgemeinen Kosten der Verwaltung entstehen, werden ihr von dem Entsendestaat erstattet.

(10) Bei Ansprüchen wegen Schäden an Liegenschaften oder wegen des Verlustes oder der Beschädigung von beweglichen Sachen, mit Ausnahme von Liegenschaften oder beweglichen Sachen, die im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehen, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge vor dem 5. Mai 1955 zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind und nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens von der Truppe oder dem zivilen Gefolge freigegeben werden, wird die Entschädigung je zur Hälfte von der Bundesrepublik und dem betreffenden Entsendestaat getragen.

of the NATO Status of Forces Agreement in conjunction with this Article be considered to be, and treated as, integral parts of the force concerned unless it is agreed that any such organization shall not enjoy in that respect exemption from German jurisdiction.

8. The liability of a force or of a civilian component shall not be affected by the fact that such force or civilian component enjoys exemption from German regulations. Where the German Armed Forces enjoy the same exemptions, compensation shall be payable only if and to the extent that compensation is payable for damage caused by the latter.

9. (a) In cases where an occurrence causing damage to a third party and compensable under paragraph 5 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement has also given rise to damage to the sending State concerned, and where the third party is liable to compensate for such damage, the claim of the sending State is to be set off against the claim of the third party.

(b) The Federal Republic shall, in accordance with administrative agreements, and at the request of a sending State, assert for that State claims against persons resident in the Federal territory and arising out of damage caused there to such State; this shall not apply to contractual claims. Such expenses which the Federal Republic incurs in asserting claims over and above the general costs of administration shall be reimbursed by the sending State.

10. In respect of claims concerning damage to accommodation or loss of, or damage to, movables, other than accommodation or movables owned by the Federation or by a Land, which were made available for exclusive use by a force or a civilian component before 5 May 1955, and which are released by the force or the civilian component after the entry into force of the present Agreement, compensation shall be borne by the Federal Republic and the sending State concerned in equal parts.

vention OTAN sur le Statut des Forces et en liaison avec celles du présent Article, les organisations visées au paragraphe 2 de l'Article 71 sont considérées et traitées comme parties intégrantes d'une force, sauf si l'est convenu qu'une telle organisation ne doit pas, à cet égard, échapper à la juridiction allemande.

8. — Les exemptions aux prescriptions allemandes dont bénéficient une force ou un élément civil n'affectent pas leur responsabilité en matière de dommages. Lorsque les Forces armées allemandes bénéficient des mêmes exemptions, l'indemnisation n'est accordée que dans la mesure où elle le serait également pour les dommages causés par ces Forces.

9. — (a) Si, du fait d'un incident ayant causé à un tiers un dommage qui doit être indemnisé suivant les dispositions du paragraphe 5 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, l'État d'origine intéressé a également subi un dommage et si le tiers doit une indemnité pour ce dommage, il y a compensation, à due concurrence, entre la créance de l'État d'origine et celle du tiers.

(b) La République Fédérale, conformément à des accords administratifs et sur demande d'un État d'origine, fait valoir au nom de cet État, les droits à indemnisation qu'il a contre une personne résidant sur le territoire fédéral en raison d'un dommage causé sur ce territoire; cette disposition ne s'applique pas aux droits à indemnisation nés d'un contrat. L'État d'origine rembourse à la République Fédérale les frais qu'elle a supportés pour faire valoir les droits à indemnisation, sauf les frais généraux d'administration.

10. — L'indemnité pour les dommages causés à des immeubles ou pour la perte ou la détérioration de biens meubles, autres que les biens meubles ou immeubles qui appartiennent à la Fédération ou à un Land, mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour son usage exclusif avant le 5 mai 1955 et rendus par la force ou l'élément civil après l'entrée en vigueur du présent Accord, est partagée par moitié entre la République Fédérale et l'État d'origine intéressé.

- (11) (a) Mit Ausnahme von Fällen, in denen nach Fühlungsnahme mit den in Betracht kommenden Truppen nicht festgestellt werden kann, welche von ihnen für den Verlust oder Schaden verantwortlich ist, stellt die Truppe Bescheinigungen über die in Artikel VIII Absatz (8) des NATO-Truppenstatuts genannten Fragen aus; auf Ersuchen der deutschen Behörden überprüft sie diese Bescheinigungen, falls eine deutsche Behörde oder ein deutsches Gericht bei der Prüfung des Entschädigungsantrages zu der Ansicht gelangt, daß Umstände vorliegen, die zu einer von dem Inhalt der Bescheinigung abweichenden Beurteilung der Frage führen können.
- (b) Bleibt eine Meinungsverschiedenheit bestehen, die nicht in weiteren, zwischen den beiden Parteien auf höherer Ebene geführten Erörterungen beseitigt werden kann, so ist das in Artikel VIII Absatz (8) des NATO-Truppenstatuts vorgesehene Verfahren anzuwenden.
- (c) Die deutschen Behörden oder Gerichte treffen ihre Entscheidung im Einklang mit der Bescheinigung oder gegebenenfalls der Entscheidung des Schiedsrichters.
- (12) (a) Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und dieser Artikel werden auf die Schäden angewendet, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht werden oder als nach diesem Zeitpunkt verursacht gelten.
- (b) Auf Schäden, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens verursacht worden sind oder als vor diesem Zeitpunkt verursacht gelten, werden die bis dahin geltenden Vorschriften weiter angewendet.
- (13) Zur Regelung des Verfahrens zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe bei der Abgeltung von Schäden werden Verwaltungsabkommen geschlossen.
11. (a) Except in cases where after inquiry of the forces concerned it is not possible to establish to which of them the loss or damage is attributable, the force shall furnish a certificate concerning the questions dealt with in paragraph 8 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement; it shall, at the request of the German authorities, review such certificate if, during investigation of a claim, a German authority or a German court considers that circumstances exist which would lead to an inference different from that contained therein.
- (b) If a difference of opinion remains that cannot be resolved in further discussions between the two parties at higher level, the procedure provided in paragraph 8 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement shall be followed.
- (c) The German authorities or courts shall make their decisions in conformity with the certificate or the decision of the arbitrator respectively.
12. (a) The provisions of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement and of this Article shall apply to those damages which are caused or which are deemed to be caused after the entry into force of the present Agreement.
- (b) Damages which were caused before the entry into force of the present Agreement, or which are deemed to have been caused before that date, shall be dealt with in accordance with the regulations which were until then applicable.
13. Administrative agreements shall be concluded to regulate procedures as between the authorities of a force and the German authorities for the settlement of damage claims.
11. — (a) Sauf dans les cas où, après enquête auprès des forces intéressées, il est impossible de déterminer à laquelle d'entre elles la perte ou le dommage est imputable, la force délivre des certificats en ce qui concerne les questions visées au paragraphe 8 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces; elle ré-examine ces certificats à la demande des autorités allemandes, si, au cours de l'instruction d'une demande d'indemnité, une autorité allemande ou un tribunal allemand estime qu'il existe des éléments susceptibles de conduire à une conclusion différente de celle qui est contenue dans le certificat.
- (b) S'il subsiste une divergence de vues, qui ne peut pas être résolue dans des discussions ultérieures entre les deux parties à un échelon plus élevé, la procédure prévue au paragraphe 8 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces s'applique.
- (c) Les autorités allemandes ou les tribunaux allemands prennent leur décision en se conformant au certificat ou, le cas échéant, à la décision de l'arbitre.
12. — (a) Les dispositions de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et celles du présent Article s'appliquent aux dommages qui auront été causés après l'entrée en vigueur du présent Accord ou qui seront considérés comme ayant été causés après cette date.
- (b) Les dommages qui ont été causés avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord ou qui sont considérés comme ayant été causés avant cette date, sont traités conformément aux prescriptions jusqu'alors en vigueur.
13. — Des accords administratifs seront conclus afin de déterminer la procédure à suivre entre les autorités d'une force et les autorités allemandes pour l'indemnisation des dommages.

Artikel 42

Um die Sicherheitsinteressen der Truppen zu wahren, werden bei der Überwachung von Luftbildaufnahmen die folgenden Bestimmungen angewendet:

- (a) Die deutschen Behörden unterrichten die Behörden einer Truppe auf Ersuchen über alle Anträge auf Zulassung zum Luftbildgewerbe (Grunderlaubnis), denen sie zu entsprechen beabsichtigen. Sie berücksichtigen bei ihrer Entscheidung im Einzelfall die Stellungnahme der Truppe.
- (b) (i) Vorbehaltlich der Ziffer (iv) übersenden die deutschen Behörden den Behörden einer Truppe Durchdrucke aller Anträge auf Erteilung von Aufnahmeverlaubnissen, denen sie zu entsprechen beabsichtigen.
- (ii) Erheben die Behörden der Truppe innerhalb von zehn Tagen nach Zugang eines Durchdrucks aus Gründen der Geheimhaltung oder Sicherheit Einwendungen und wird in Besprechungen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe ein Ergebnis nicht erzielt, so wird die Angelegenheit unverzüglich auf höherer Ebene weiterbehandelt. Die deutschen Behörden genehmigen Luftbildaufnahmen von Anlagen, Ausrüstungsgegenständen, Stellungen oder Bewegungen einer Truppe nicht, wenn die Behörden der Truppe geltend machen, daß dadurch die Sicherheit der Truppe gefährdet würde.
- (iii) Vorbehaltlich der Ziffer (iv) gestatten die deutschen Behörden den Behörden einer Truppe auf Ersuchen, die Negative von Luftbildaufnahmen zu prüfen, und treffen im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe in bezug auf diese Negative alle im Interesse der Geheimhaltung oder Sicherheit von Anlagen, Ausrüstungsgegenständen, Stellungen oder Bewegungen der Truppe erforderlichen Maßnahmen.

Article 42

In order to safeguard the security interests of the forces the following provisions shall apply for the control of aerial photography:

- (a) Upon request, the German authorities shall notify the authorities of a force of all applications for licence to engage in commercial aerial photography (Grunderlaubnis) which they intend to grant. They shall take into consideration the comments of the force when making their decision in any particular case.
- (b) (i) Subject to the provisions of item (iv) of this sub-paragraph, the German authorities shall forward to the authorities of a force copies of all applications for permits to photograph (Aufnahmeverlaubnisse) which they intend to grant.
- (ii) Where within ten days after a copy has been received the authorities of the force raise objections on grounds of secrecy or security and where consultations between the German authorities and the authorities of the force are inconclusive, the matter shall be dealt with without delay at a higher level. The German authorities shall not permit aerial photography of installations, equipment, troop dispositions or movements of a force if the authorities of the force state that its security would be endangered thereby.
- (iii) Subject to the provisions of item (iv) of this sub-paragraph, the German authorities shall, upon request, permit the authorities of a force to examine negatives of aerial photographs, and in agreement with the authorities of the force shall take, with respect to such negatives, any measures necessary to safeguard the secrecy or security of installations, equipment, troop dispositions or movements of the force.

Article 42

Afin de sauvegarder les intérêts des forces en matière de sécurité, les dispositions ci-après sont appliquées aux fins de contrôle des prises de vues aériennes:

- (a) Les autorités allemandes notifient, sur demande, aux autorités d'une force, toutes les demandes d'autorisation générale d'effectuer des prises de vues aériennes à des fins commerciales (Grunderlaubnis) auxquelles elles ont l'intention de donner suite. Elles tiennent dûment compte des observations présentées par la force dans chaque cas particulier lorsqu'elles prennent leur décision.
- (b) (i) Sous réserve des dispositions du point (iv) du présent alinéa, les autorités allemandes adressent aux autorités d'une force copies de toutes les demandes d'autorisation particulière d'effectuer des prises de vues (Aufnahmeverlaubnisse) auxquelles elles ont l'intention de donner suite.
- (ii) Si, dans un délai de dix jours après réception d'une copie, les autorités de la force élèvent des objections pour des raisons de secret ou de sécurité et si des pourparlers entre les autorités allemandes et les autorités de la force n'ont pas abouti à une solution, la question est immédiatement examinée à l'échelon supérieur. Les autorités allemandes n'autorisent pas la prise de photographies aériennes des installations ou du matériel d'une force, ainsi que des emplacements ou des mouvements de troupes de cette force, si les autorités de la force déclarent que de telles photographies constitueraient un danger pour sa sécurité.
- (iii) Sous réserve des dispositions du point (iv) du présent alinéa, les autorités allemandes permettent aux autorités d'une force d'examiner, sur demande, les négatifs de prises de vues aériennes et prennent à l'égard de ces négatifs, en accord avec les autorités de la force, toutes mesures nécessaires en vue d'assurer la sauvegarde du secret ou de la sécurité des installations ou du matériel d'une force, ainsi que des emplacements ou des mouvements de troupes de ladite force.

- (iv) Die Ausübung der unter den Ziffern (i) und (iii) vorgesehenen Rechte einer Truppe beschränkt sich auf die geographischen Gebiete, die in mit den deutschen Behörden abzuschließenden Verwaltungsabkommen festgelegt werden.
- (c) Ungeachtet des Buchstabens (b) Ziffer (ii) können die deutschen Behörden die Aufnahmeverlaubnis nach Konsultation der Behörden der unter Buchstabe (b) Ziffer (iv) bezeichneten Truppe erteilen, wenn Luftbildaufnahmen für amtliche Vermessungszwecke im Auftrage einer deutschen Behörde gemacht werden sollen. In diesem Fall stellen die deutschen Behörden sicher, daß die Behörden der Truppe als erste Zugang zu den Negativen erhalten und daß die Maßnahmen, um die sie im Interesse der Geheimhaltung oder Sicherheit von Anlagen, Ausrüstungsgegenständen, Stellungen oder Bewegungen der Truppe ersuchen, in bezug auf diese Negative vorgenommen werden.
- (iv) The exercise of the rights of a force provided for in items (i) and (iii) of this sub-paragraph shall be limited to the geographical areas defined in administrative agreements to be concluded with the German authorities.
- (c) Notwithstanding the provisions of item (ii) of sub-paragraph (b) of this Article, permission to photograph may be granted by the German authorities, after consultation with the authorities of the force referred to in item (iv) of sub-paragraph (b) of this Article, where aerial photography for official survey purposes is commissioned by a German authority. In such cases the German authorities shall ensure that the authorities of the force will have first access to negatives and that any measures requested by them to safeguard the secrecy or security of installations, equipment, troop dispositions or movements of a force, are carried out with respect to such negatives.
- (iv) L'exercice des droits d'une force prévus aux points (i) et (iii) du présent alinéa est limité aux zones géographiques définies dans des accords administratifs à conclure avec les autorités allemandes.
- (c) Nonobstant les dispositions du point (ii) de l'alinéa (b) du présent Article, l'autorisation d'effectuer des prises de vues aériennes peut être accordée par les autorités allemandes, après consultation des autorités de la force visée au point (iv) de l'alinéa (b) du présent Article, lorsqu'une photographie aérienne destinée à des travaux topographiques officiels doit être effectuée sur instruction d'une autorité allemande. Dans ce cas, les autorités allemandes veillent à ce que les autorités de la force soient les premières à prendre connaissance des négatifs et à ce que les mesures demandées par ces autorités, en vue d'assurer la sauvegarde du secret ou de la sécurité des installations ou du matériel d'une force, ainsi que des emplacements ou des mouvements de troupes de ladite force, soient prises à l'égard de tels négatifs.

Artikel 43

(1) Auf meteorologischem, vermessungstechnischem, hydrographischem und kartographischem Gebiet unterrichten die Behörden einer Truppe und die deutschen Behörden einander über alle für die gemeinsame Verteidigung wesentlichen Tatsachen und tauschen alle für diesen Zweck erforderlichen Unterlagen aus.

(2) Nach rechtzeitiger Unterrichtung der deutschen Behörden können die Behörden einer Truppe im Interesse der gemeinsamen Verteidigung vermessungstechnische, hydrographische und ingenieurtechnische Aufnahmen und Erkundungen durchführen, wenn besondere Gründe der Sicherheit oder Geheimhaltung dies erfordern oder diese Arbeiten von den deutschen Behörden nicht in dem erforderlichen Umfang oder nicht rechtzeitig ausgeführt werden können. Bei der Durchführung dieser Arbeiten können Vertreter der deutschen Behörden anwesend sein, sofern nicht besondere Gründe der Geheimhaltung dies ausschließen. Erforderlichenfalls machen die deutschen Behörden von den ihnen nach deutschem Recht zustehenden Befugnissen Gebrauch, um für die Vertreter der Truppe die Ermächtigung zum Betreten von Grundstücken zu erwirken.

Article 43

1. In the fields of meteorology, geodesy, topography, hydrography and cartography, the authorities of a force and the German authorities shall communicate to each other information on all matters of importance for the common defence and shall exchange all data necessary for this purpose.

2. The authorities of a force may, after timely notification to the German authorities, make topographic, geodetic, hydrographic or engineering surveys or reconnaissances in the interest of the common defence if special reasons of security or secrecy necessitate this or if the German authorities are unable to carry out such projects to the extent or within the time required. Representatives of the German authorities may be present, unless prohibited by special reasons of secrecy, while any such survey is being made. The German authorities shall, when necessary, use their powers under German law in order to obtain authority for representatives of the force to enter property.

Article 43

1. — Les autorités d'une force et les autorités allemandes se communiquent réciproquement toutes les informations essentielles pour la défense commune dans les domaines météorologique, topographique ou géodésique, hydrographique et cartographique et échangent, à cet effet, toute documentation nécessaire.

2. — Les autorités d'une force peuvent, après en avoir informé en temps utile les autorités allemandes, effectuer dans l'intérêt de la défense commune des reconnaissances et relevés topographiques ou géodésiques et hydrographiques, et procéder à des enquêtes d'ingénieurs, si des raisons particulières de sécurité ou de secret l'imposent ou si les autorités allemandes ne peuvent effectuer ces travaux dans la mesure nécessaire ou en temps voulu. Des représentants des autorités allemandes peuvent assister à l'exécution de ces travaux, pour autant que des raisons particulières de secret ne s'y opposent pas. Les autorités allemandes font usage, en cas de besoin, des pouvoirs que leur confère le droit allemand afin d'obtenir que les représentants de la force puissent pénétrer sur les terrains.

Artikel 44

(1) Zur Beilegung von Streitigkeiten aus Verträgen, die von den deutschen Behörden für Rechnung der Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges geschlossen sind, arbeiten die genannten Behörden unabhängig davon, ob ein gerichtliches Verfahren anhängig wird oder nicht, ständig eng zusammen. Dies gilt für Streitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen, aus dem Betriebsvertretungsrecht und aus Sozialversicherungsverhältnissen der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge sowie für Rechtsstreitigkeiten in Verfahren nach Artikel 62 Absatz (1) Buchstabe (c) entsprechend. Einzelheiten für diese Zusammenarbeit werden in Verwaltungsabkommen festgelegt.

(2) Soweit die in Absatz (1) erwähnten Verwaltungsabkommen sich auf gerichtliche Verfahren gegen die Bundesrepublik beziehen, gehen sie von folgenden Grundsätzen aus:

- (a) Die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges werden unverzüglich über die Klageerhebung unterrichtet und in allen wesentlichen Abschnitten des Verfahrens konsultiert.
- (b) Die Entscheidung darüber, ob ein Rechtsmittel eingelegt werden soll oder nicht, wird nur im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges getroffen. Wird ein Einvernehmen nicht erzielt, so legen die deutschen Behörden ein Rechtsmittel ein, wenn eine oberste Behörde der Truppe, gegebenenfalls eine oberste Behörde des zivilen Gefolges, ihr wesentliches Interesse daran bestätigt. Die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges erheben gegen die Einlegung eines Rechtsmittels keine Einwendungen, wenn eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt. Soweit die Gründe der Bestätigung des Interesses nach Satz 2 oder 3 dem anderen Teil nicht bereits im Laufe der Verhandlungen über die Einlegung eines Rechtsmittels bekannt geworden sind, werden sie auf Ersuchen bekannt gegeben.

(3) Absatz (2) gilt entsprechend für gerichtliche Verfahren, die von der Bundesrepublik eingeleitet werden, mit der Maßgabe, daß die in Absatz (2) Buchstabe (b) aufgeführten Grundsätze auch auf die Klageerhebung anzuwenden sind.

Article 44

1. In the settlement of disputes arising from contracts concluded by the German authorities for the account of the authorities of a force or of a civilian component there shall at all times be close co-operation between those authorities, whether or not court proceedings are involved. This shall apply *mutatis mutandis* to disputes arising out of work, personnel representation, or social insurance of civilian labour with a force or a civilian component, as well as to disputes which arise from procedures referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 62 of the present Agreement. Details of such co-operation shall be laid down in administrative agreements.

2. So far as they relate to court proceedings instituted against the Federal Republic, the agreements referred to in paragraph 1 of this Article shall be based on the following principles:

- (a) The authorities of the force or of the civilian component shall be notified without delay of the lodging of a plaint and shall be consulted at all material stages of the proceedings.
- (b) The decision as to whether or not an appeal should be lodged shall be taken only in agreement with the authorities of the force or of the civilian component. Failing agreement, the German authorities shall lodge an appeal if an authority of the force or, where applicable, an authority of the civilian component, at highest level, confirms its essential interest in that action being taken. The authorities of the force or of the civilian component shall not object to the lodging of an appeal if a Federal authority at the highest level confirms its essential interest in that action being taken. To the extent that the reasons underlying the confirmation of the interest referred to in the second and third sentences of this paragraph have not become known to the other party in the course of negotiations on the lodging of an appeal, such reasons shall be given on request.

3. Paragraph 2 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to court proceedings instituted by the Federal Republic, it being understood that the principles set out in sub-paragraph (b) of paragraph 2 shall also be applied to the lodging of plaints.

Article 44

1. — Le règlement des litiges découlant de contrats conclus par les autorités allemandes pour le compte des autorités d'une force ou d'un élément civil fait, à tout moment, l'objet d'une coopération étroite entre ces autorités, que ces litiges donnent lieu ou non à une action en justice. Cette disposition s'applique *mutatis mutandis* aux litiges découlant des contrats de travail, de la représentation du personnel et de l'assurance sociale de la main-d'œuvre civile d'une force ou d'un élément civil, ainsi qu'aux litiges découlant des procédures prévues à l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article 62 du présent Accord. Les détails d'une telle coopération sont fixés dans des accords administratifs.

2. — Pour autant qu'il s'agit d'actions en justice intentées contre la République Fédérale, les accords visés au paragraphe 1 du présent Article sont basés sur les principes suivants:

- (a) Les autorités de la force ou de l'élément civil sont immédiatement informées de l'introduction de l'instance et sont consultées à tous les stades importants de la procédure.
- (b) La décision d'exercer ou non une voie de recours n'est prise qu'en accord avec les autorités de la force ou de l'élément civil. A défaut d'accord, les autorités allemandes forment un recours si une autorité supérieure de la force, ou de l'élément civil, atteste qu'elle y attache un intérêt essentiel. Les autorités de la force ou de l'élément civil ne s'opposent pas à la formation d'un recours si une autorité supérieure fédérale atteste qu'elle y attache un intérêt essentiel. Dans la mesure où, au cours des négociations relatives à une voie de recours, l'autre partie n'a pas eu connaissance des motifs sur lesquels se fonde l'intérêt mentionné dans les deuxième et troisième phrases du présent paragraphe, ces motifs sont fournis sur demande.

3. — Le paragraphe 2 du présent Article s'applique *mutatis mutandis* aux actions en justice introduites par la République Fédérale, étant entendu que les principes établis à l'alinéa (b) du paragraphe 2 s'appliquent également à l'introduction de l'instance.

(4) Unabhängig davon, ob ein gerichtliches Verfahren in den in Absatz (1) erwähnten Streitigkeiten anhängig wird oder nicht, beenden die deutschen Behörden derartige Streitigkeiten nur im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges.

(5) (a) Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik durch vollstreckbare Titel in gerichtlichen Verfahren, die sich aus den in Absatz (1) erwähnten Streitigkeiten ergeben, festgestellt werden, gehen zu Lasten des betroffenen Entsendestaates oder kommen ihm zugute.

(b) Sofern die Truppe oder das zivile Gefolge gegen die Einreichung einer Klage oder gegen die Einlegung eines Rechtsmittels nur deshalb keine Einwendungen erhebt, weil eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt hat, und auf Grund der Klage oder des Rechtsmittels in dem gerichtlichen Verfahren Mehraufwendungen erwachsen, so wird von Fall zu Fall ver einbart, ob und inwieweit die in dem Verfahren festgestellten Verpflichtungen zu Lasten des Entsendestaates oder der Bundesrepublik gehen.

(c) Kosten, die aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens entstehen und die nicht in den vom Gericht festgesetzten Kosten enthalten sind, werden von dem Entsendestaat übernommen, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der Truppe oder des zivilen Gefolges eingeholt worden ist.

(6) (a) Streitigkeiten aus Lieferungen oder sonstigen Leistungen, welche die Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges im Bundesgebiet unmittelbar beschaffen, werden durch deutsche Gerichte oder ein unabhängiges Schiedsgericht beigelegt. Entscheiden die deutschen Gerichte, so ist die Klage gegen die Bundesrepublik zu richten, die den Rechtsstreit im Interesse des Entsendestaates in ihrem eigenen Namen führt. Die Absätze (2), (4) und (5) sind im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem Entsendestaat entsprechend anzuwenden.

4. Whether or not court proceedings are involved in the disputes referred to in paragraph 1 of this Article, the German authorities shall terminate such disputes only in agreement with the authorities of the force or of the civilian component.

5. (a) The sending State concerned shall meet all the obligations laid upon, and shall enjoy any benefits accruing to the Federal Republic as a result of judgments, decisions, orders and settlements (vollstreckbare Titel) in the court proceedings arising from disputes referred to in paragraph 1 of this Article.

(b) Where, solely as a result of a Federal authority at the highest level having confirmed its essential interest in the lodging of a plaint or an appeal, the force or the civilian component has raised no objection to that action being taken, and if the plaint or appeal gives rise to additional costs in the court proceedings, agreement shall be reached on a case to case basis as to whether and to what extent the obligations arising from such court proceedings are chargeable to the sending State or to the Federal Republic.

(c) Costs arising in connection with court proceedings which are not included in the costs awarded by the court shall be paid by the sending State if the force or the civilian component has given its agreement before the costs were incurred.

6. (a) Disputes arising from direct procurement by the authorities of a force or of a civilian component of goods and services in the Federal territory shall be settled by German courts or by an independent arbitration tribunal. Where the German courts are to decide the dispute, the plaint shall be lodged against the Federal Republic, which shall conduct the case in its own name in the interest of the sending State. Paragraphs 2, 4 and 5 of this Article shall apply *mutatis mutandis* as regards relations between the Federal Republic and the sending State.

4. — Les autorités allemandes ne mettent fin aux litiges visés au paragraphe 1 du présent Article, qu'ils aient ou non donné lieu à une action en justice, qu'en accord avec les autorités de la force ou de l'élément civil.

5. — (a) L'État d'origine intéressé supporte à l'égard de la République Fédérale toutes les obligations et bénéficie de tous les droits déterminés à l'encontre de celle-ci ou en sa faveur par des titres exécutoires (vollstreckbare Titel) intervenus au cours d'actions en justice résultant des litiges visés au paragraphe 1 du présent Article.

(b) Si les autorités allemandes introduisent une action en justice ou exercent une voie de recours, la force ou l'élément civil ne s'y opposant pas en raison de l'intérêt essentiel attesté par une autorité supérieure fédérale, et s'il en résulte des charges supplémentaires, les obligations que doit supporter l'État d'origine ou la République Fédérale sont déterminées, dans chaque cas, par voie d'accord.

(c) Les frais découlant d'une action en justice et qui n'auraient pas été inclus dans les frais fixés par le tribunal sont assumés par l'État d'origine lorsque la force ou l'élément civil a donné, au préalable, son consentement à ce que ces frais soient engagés.

6. — (a) Les litiges découlant de fournitures et autres prestations effectuées sur le territoire fédéral à la suite de contrats passés directement par les autorités d'une force ou d'un élément civil sont réglés par les tribunaux allemands ou par un tribunal d'arbitrage indépendant. Lorsque les tribunaux allemands ont à connaître d'un litige, l'instance doit être introduite contre la République Fédérale, qui mène l'affaire en son nom propre et pour le compte de l'État d'origine. Les paragraphes 2, 4 et 5 du présent Article s'appliquent *mutatis mutandis* en ce qui concerne les relations entre la République Fédérale et l'État d'origine.

(b) Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und einem Entsendestaat gehen jedoch dem Buchstaben (a) vor.

(b) Agreements between the Federal Republic and a sending State shall, however, take precedence over the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph.

(b) Les arrangements conclus entre la République Fédérale et un État d'origine prévalent toutefois sur les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe.

Artikel 45

(1) Soweit eine Truppe ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf den ihr zu ständiger Benutzung überlassenen Liegenschaften durchführen kann, hat sie das Recht, außerhalb dieser Liegenschaften Manöver und andere Übungen in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist und mit den von dem Obersten Befehlshaber der Verbündeten Streitkräfte in Europa oder einer anderen zuständigen Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation etwa herausgegebenen Befehlen oder Empfehlungen übereinstimmt. Für die Ausübung dieses Rechts gelten die für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen maßgebenden Vorschriften des deutschen Rechts, soweit nicht in den Absätzen (2) bis (7) etwas anderes vorgesehen ist.

(2) (a) Eine Truppe trifft alle notwendigen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß bei der Durchführung von Manövern und anderen Übungen Schäden soweit wie möglich vermieden werden und die wirtschaftliche Nutzung von Grundstücken nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

(b) Die Truppe benutzt ein Grundstück, auf dem infolge eines Manövers oder einer anderen Übung erhebliche Schäden entstanden sind, innerhalb dreier Monate nicht wieder, es sei denn, daß die deutschen Behörden zustimmen.

(c) Ist durch ein Manöver oder eine andere Übung die wirtschaftliche Nutzung eines Grundstücks wesentlich beeinträchtigt worden, so führt die Truppe auf diesem Grundstück so lange Manöver oder andere Übungen nicht durch, als zu besorgen ist, daß diese zu einer weiteren oder erneuten wesentlichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Nutzung des Grundstücks führen könnten.

(d) Erheben die deutschen Behörden Einwendungen gegen die Benutzung eines bestimmten Grundstückes, weil die Benutzung auf Grund des

Article 45

1. Insofar as a force is not able to carry out its training programme on the accommodation made available for its permanent use without impairing the purposes of such training, the force shall have the right to conduct manoeuvres and other training exercises outside such accommodation in such measure as is necessary to the accomplishment of its defence mission and in accordance with orders or recommendations which the Supreme Allied Commander in Europe or any other competent authority of the North Atlantic Treaty Organization may issue. The exercise of this right shall be governed by the relevant provisions of German law on the conduct of manoeuvres and other training exercises, except where otherwise provided in paragraphs 2 to 7 of this Article.

2. (a) A force shall take all necessary measures to ensure that damage during the conduct of manoeuvres and other training exercises will be prevented as far as possible and that the economic use of plots of land (Grundstücke) is not substantially impaired.

(b) The force shall not re-use a plot of land on which considerable damage has been caused by manoeuvres or other training exercises, for a period of three months, except with the consent of the German authorities.

(c) If the economic use of a plot of land has been substantially impaired by manoeuvres or other training exercises conducted by a force, the force shall refrain from conducting manoeuvres or other training exercises on such plot of land for so long as it is to be feared that manoeuvres or other training exercises might lead to further or renewed substantial impairment of the economic use of such plot of land.

(d) Should the German authorities raise objections to the utilization of a specific plot of land on the grounds that its utilization is prohibited

Article 45

1. — Dans la mesure où une force ne peut effectuer son instruction militaire sur les biens immobiliers mis à sa disposition pour usage permanent sans que soient compromis les buts poursuivis par l'instruction, elle a le droit d'exécuter des manœuvres et autres exercices militaires en dehors de ces biens immobiliers dans la mesure qui est nécessaire pour lui permettre de remplir sa mission de défense et qui est conforme aux ordres ou aux recommandations qui pourraient émaner du Commandant Suprême Allié en Europe ou de toute autre autorité compétente de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. L'exercice de ce droit est régi par les dispositions du droit allemand relatives aux manœuvres et autres exercices, à moins qu'il n'en soit prévu autrement dans les paragraphes 2 à 7 du présent Article.

2. — (a) Une force prend toutes les mesures nécessaires afin d'assurer que, lors de l'exécution de manœuvres et d'autres exercices, les dommages soient évités dans la mesure du possible et que l'exploitation de portions de terrain (Grundstücke) ne soit pas sérieusement compromise.

(b) À moins que les autorités allemandes n'y consentent, la force ne ré-utilise pas dans une période de trois mois une portion de terrain qui, par suite d'une manœuvre ou d'un autre exercice, a subi des dommages considérables.

(c) Lorsque l'exploitation d'une portion de terrain a été sérieusement compromise par suite d'une manœuvre ou d'un autre exercice, la force n'y effectue pas de manœuvres ou d'autres exercices aussi longtemps qu'il est à craindre qu'ils puissent aggraver les préjudices sérieux causés à l'exploitation de cette portion de terrain ou en provoquer de nouveaux.

(d) Si les autorités allemandes élèvent des objections à l'encontre de l'utilisation d'une portion de terrain déterminée du fait que cet-

Buchstabens (b) oder (c) unzulässig ist, so verhandeln sie auf Verlangen der Behörden der Truppe unter gebührender Berücksichtigung sowohl der deutschen Interessen als auch der militärischen Notwendigkeiten über die Benutzung eines anderen Grundstückes, das den Übungsbedürfnissen der Truppe genügt.

- (e) Vorschriften des deutschen Rechts, nach denen dasselbe Gelände für mehrtägige Übungen nur in Ausnahmefällen innerhalb dreier Monate wiederholt benutzt werden soll, werden auf eine Truppe nicht angewendet.

(3) Soweit es aus militärischen Gründen unabweisbar ist, daß eine Truppe ein Naturschutzgebiet oder einen Naturschutzpark oder Teile von ihnen benutzt, schließt die Bundesregierung, soweit nicht der Berechtigte in die Benutzung einwilligt, mit der Regierung des Entsendestaates eine Vereinbarung, in der das Naturschutzgebiet oder der Naturschutzpark oder Teile von ihnen bezeichnet wird und, soweit erforderlich, Einzelheiten der Benutzung festgelegt werden. Die Truppe kann ein solches Naturschutzgebiet oder einen solchen Naturschutzpark oder Teile von ihnen in Übereinstimmung mit der Vereinbarung ohne Einwilligung des Berechtigten benutzen.

(4) Schlagen die deutschen Behörden an Stelle eines von den Behörden einer Truppe für die Durchführung eines Manövers oder einer anderen Übung vorgesehenen Gebietes ein anderes Gebiet vor, das den Übungsbedürfnissen der Truppe genügt, so führt die Truppe das Manöver oder die andere Übung nicht in dem vorgesehenen Gebiet durch.

(5) (a) Die Behörden einer Truppe unterrichten die deutschen Behörden so früh wie möglich über ihre Programme für Manöver und andere Übungen.

(b) Vor dem Beginn eines Manövers oder einer anderen Übung übermitteln die Behörden der Truppe den deutschen Behörden bis zu einem bestimmten, durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der Entsendestaaten festzulegenden Zeitpunkt einen Plan für die Durchführung des Manövers oder

under sub-paragraph (b) or (c) of this paragraph, they shall, on the request of the authorities of the force, enter into negotiations on the use of an alternative plot of land which satisfies the training requirements of the force, taking due account of German interests as well as of military requirements.

- (e) Provisions of German law according to which the same terrain (Gelände) shall only in exceptional cases be used more than once in three months for exercises lasting several days shall not be applicable to a force.

3. To the extent that military reasons render it indispensable that a force utilise a nature preserve or a nature park or parts thereof, the Federal Government shall, unless the person entitled consents to such utilisation, conclude with the Government of the sending State an agreement defining such nature preserve or nature park or parts thereof, and establishing to the extent necessary details of the utilisation. In accordance with the agreement concluded, the force may utilise such nature preserve or nature park or parts thereof without the consent of the person entitled to grant it.

4. If the German authorities propose, instead of an area envisaged by the authorities of the force for the conduct of a manœuvre or other training exercise, an alternative area which suffices for the training requirements of the force, the force shall not conduct the manœuvre or other training exercise in the area first envisaged.

5. (a) The authorities of a force shall notify the German authorities at the earliest possible date of their programmes of manœuvres and other training exercises.

(b) Prior to the commencement of a manœuvre or other training exercise, the authorities of the force shall communicate to the German authorities by a given date, to be established by agreement between the Federal Government and the Governments of the sending States, a plan for the conduct of the manœuvre or the other training exercise

te utilisation n'est pas permise en vertu des alinéas (b) ou (c) du présent paragraphe, elles engagent avec les autorités de la force, à la demande de celles-ci, des négociations sur l'utilisation d'une autre portion de terrain qui réponde aux besoins de la force en matière d'entraînement, en tenant dûment compte tant des intérêts allemands que des nécessités militaires.

- (c) Ne s'appliquent pas à une force les dispositions du droit allemand en vertu desquelles des exercices de plusieurs jours ne peuvent, dans une période de trois mois, être répétés sur le même terrain (Gelände) que dans des cas exceptionnels.

3. — Dans la mesure où il existe des raisons militaires impérieuses pour qu'une force utilise un parc ou une zone de protection des sites, ou des parties de cette zone ou de ce parc, et pour autant que l'ayant droit n'est pas d'accord sur cette utilisation, le Gouvernement fédéral conclut avec le Gouvernement d'un État d'origine un arrangement dans lequel sont désignés le parc ou la zone de protection des sites, ou des parties de cette zone ou de ce parc, et où sont fixés, dans la mesure nécessaire, les détails de leur utilisation. Conformément à l'arrangement conclu, la force peut utiliser ce parc ou cette zone de protection des sites, ou des parties de cette zone ou de ce parc, sans l'autorisation de l'ayant droit.

4. — Si les autorités allemandes proposent, au lieu d'une zone prévue par les autorités d'une force pour l'exécution d'une manœuvre ou d'un autre exercice, une autre zone qui reponde aux besoins de la force en matière d'entraînement, la force n'effectue pas la manœuvre ou l'autre exercice dans la zone primitivement prévue.

5. — (a) Les autorités d'une force avertissent les autorités allemandes le plus rapidement possible de leurs programmes de manœuvres et d'autres exercices.

(b) Avant le début d'une manœuvre ou d'un autre exercice, les autorités de la force communiquent aux autorités allemandes, dans un délai déterminé à fixer par accord entre le Gouvernement fédéral et les Gouvernements des États d'origine, un plan d'exécution de la manœuvre ou de l'autre exercice, accompagné des

der anderen Übung mit den erforderlichen Unterlagen und Erläuterungen und erörtern diesen Plan auf Verlangen der deutschen Behörden mit ihnen. Der Plan enthält insbesondere Angaben über Art, Beginn, Dauer und Ort der Übungen sowie darüber, ob und unter welchen Sicherheitsmaßnahmen Verkehrsweg ganz oder teilweise gesperrt oder abweichend vom deutschen Recht benutzt werden sollen. Sollen im Rahmen eines Manövers oder einer anderen Übung Luftfahrzeuge eingesetzt werden, so wird der Plan auch hierüber Angaben enthalten; Artikel 46 bleibt unberührt.

in question together with all necessary documentation and explanations and shall, if requested by the German authorities, discuss such plan with them. Such plan shall in particular contain data on the type, time of commencement, duration, and place, of the exercises and shall state whether public ways are to be wholly or partly closed or to be used other than as stipulated by German law, and if so, what safety measures are to be taken. Where use is to be made of aircraft in connection with a manœuvre or other training exercise, such plan shall contain details of such use; Article 46 of the present Agreement shall remain unaffected.

- (c) Erheben die deutschen Behörden nicht innerhalb einer bestimmten Frist, deren Dauer durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung eines Entsendestaates festgelegt wird, Einwendungen gegen einen Plan, so können die Behörden der Truppe davon ausgehen, daß Einwendungen gegen den Plan nicht bestehen.
- (d) Erheben die deutschen Behörden Einwendungen gegen einen Plan, so wird umgehend in gemeinsamen Erörterungen angestrebt, unter gebührender Berücksichtigung sowohl der deutschen Interessen als auch der militärischen Notwendigkeiten ein Einvernehmen zu erzielen.
- (e) Wird weder auf örtlicher noch auf regionaler Ebene zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe innerhalb einer angemessenen Frist ein Einvernehmen über einen Plan erzielt, so wird die Angelegenheit auf Ersuchen der deutschen Behörden oder der Behörden der Truppe von der Bundesregierung und der Regierung des Entsendestaates zwecks Erzielung eines Einvernehmens weitererörtert.
- (f) Wird zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Entsendestaates innerhalb einer angemessenen Frist ein Einvernehmen über einen Plan nicht erzielt, so kann jede Regierung die Angelegenheit dem General-

- (c) Should no objections be raised by the German authorities to a plan within a fixed period of time to be established by agreement between the Federal Government and the Government of a sending State, the authorities of the force may act on the assumption that no such objections exist.
- (d) Should the German authorities raise objections to a plan, endeavours shall be made without delay by way of joint discussion to reach agreement, taking due account both of German interests and of military requirements.
- (e) Should the German authorities and the authorities of the force, either at local or at regional level, fail to reach agreement upon a plan within an appropriate period of time, the matter shall, at the request of the German authorities or the authorities of the force, be further discussed by the Federal Government and the Government of the sending State in order to reach agreement.

- (f) Should the Federal Government and the Government of the sending State fail to reach agreement on a plan within an appropriate period of time, each Government may refer the matter to the Secretary-General of the North Atlantic

documents et des renseignements requis, et examinent ce plan avec les autorités allemandes, si celles-ci le demandent. Le plan contient notamment des informations sur la nature, le début, la durée et le lieu des exercices et indique si des voies de communication doivent être totalement ou partiellement fermées, ou utilisées en dérogation au droit allemand, ainsi que les mesures de sécurité à prendre en conséquence. Si des aéronefs doivent être utilisés dans le cadre d'une manœuvre ou d'un autre exercice, le plan contient également des indications à ce sujet, sans que les dispositions de l'Article 46 du présent Accord en soient affectées.

- (c) Si, dans un délai déterminé dont la durée doit être fixée par accord entre le Gouvernement fédéral et le Gouvernement d'un État d'origine, les autorités allemandes n'élèvent pas d'objections à l'encontre d'un plan, les autorités de la force peuvent en conclure que le plan n'en soulève pas.
- (d) Si les autorités allemandes élèvent des objections à l'encontre d'un plan, des efforts sont immédiatement entrepris pour parvenir à un accord par des discussions en commun où il sera tenu dûment compte tant des intérêts allemands que des nécessités militaires.
- (e) Si les autorités allemandes et les autorités de la force ne parviennent ni à l'échelon local, ni à l'échelon régional, à se mettre d'accord sur un plan dans un délai raisonnable, la discussion est poursuivie, à la demande des autorités allemandes ou des autorités de la force, par le Gouvernement fédéral et par le Gouvernement de l'État d'origine en vue de parvenir à un accord.

- (f) Si le Gouvernement fédéral et le Gouvernement de l'État d'origine ne parviennent pas à se mettre d'accord sur un plan dans un délai raisonnable, chacun d'eux peut alors soumettre la question au Secrétaire Général de

sekretär der Nordatlantikvertragsorganisation mit der Bitte unterbreiten, ein Gutachten darüber zu erstatten, ob das geplante Manöver oder die geplante andere Übung für die Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Truppe von überragender Bedeutung ist und den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation festgesetzten Richtlinien entspricht. Dieses Gutachten wird in den weiteren Verhandlungen der Regierungen gebührend berücksichtigt.

- (g) Die Truppe führt das Manöver oder die andere Übung in Übereinstimmung mit dem über den Plan erzielten Einvernehmen aus.
- (6) (a) Nachdem über einen Plan Einvernehmen erzielt worden ist, zeigen die Behörden der Truppe den deutschen Behörden ihre Absicht, das Manöver oder die andere Übung durchzuführen, so rechtzeitig an, daß die deutschen Behörden das Manöver oder die andere Übung spätestens zwei Wochen vor dem Beginn bekanntgeben können.
- (b) Erheben die deutschen Behörden aus wichtigen Gründen, die bei den Erörterungen über den Plan nicht vorgesehen worden sind, Einwendungen gegen die Durchführung des Manövers oder der anderen Übung in einem bestimmten Gebiet oder zu einer bestimmten Zeit, insbesondere, weil das Manöver oder die andere Übung die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder die öffentliche Gesundheit gefährden oder infolge von Witterungsumständen erhebliche Schäden verursachen würde, so wird umgehend in gemeinsamen Erörterungen angestrebt, unter gebührender Berücksichtigung dieser Gründe ein Einvernehmen zu erzielen.

- (c) Die örtlichen deutschen Behörden legen einschränkende Bedingungen, die sie nach deutschem Recht für den Einzelfall festlegen können (§ 66 Absatz 1 des Bundesleistungsgesetzes), soweit eine Truppe betroffen wird, nur im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe fest.

Treaty Organization with a request for his expert opinion as to whether the planned manœuvre or other training exercise is of primary importance to the accomplishment of the defence mission of the force and in conformity with the directives laid down within the framework of the North Atlantic Treaty Organization. Such expert opinion shall be given due consideration in the course of further negotiations between the Governments.

- (g) The force shall conduct the manœuvre or other training exercise in accordance with the agreement reached on the plan.

6. (a) After agreement has been reached on a plan, the authorities of the force shall inform the German authorities of their intention to conduct the manœuvre or other training exercise in sufficient time to enable the German authorities to announce the manœuvre or other training exercise at least two weeks prior to its commencement.

- (b) If for important reasons not foreseen during the discussion of the plan the German authorities raise objections to the conduct of the manœuvre or other training exercise in a specific area or at a specific time, especially on the grounds that the manœuvre or other training exercise would endanger public safety and order or public health, or would as a result of weather conditions cause considerable damage, endeavours shall be made without delay by way of joint discussion to reach agreement, taking due account of these reasons.

- (c) The local German authorities shall establish restrictive conditions, which under German law they may establish in individual cases (paragraph 1 of Section 66 of the Federal Requisitioning Law) only in agreement with the authorities of a force to the extent that the force is affected thereby.

l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, en le priant de donner son avis sur la question de savoir si la manœuvre ou l'autre exercice envisagé revêt une importance primordiale dans l'accomplissement par la force de sa mission de défense et correspond aux directives fixées dans le cadre de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. Les Gouvernements tiendront dûment compte de cet avis dans la poursuite de leurs négociations.

- (g) La force effectue la manœuvre ou l'autre exercice conformément à l'accord réalisé sur le plan.

6. — (a) Une fois qu'un accord a été réalisé sur un plan, les autorités de la force communiquent, en temps utile, aux autorités allemandes leur intention d'effectuer la manœuvre ou l'autre exercice, afin que les autorités allemandes puissent annoncer la manœuvre ou l'autre exercice deux semaines au moins avant leur début.

- (b) Si, pour des raisons importantes, qui n'avaient pas été prévues au cours des discussions sur le plan, les autorités allemandes élèvent des objections à l'encontre de l'exécution de la manœuvre ou de l'autre exercice dans une zone donnée ou à une époque donnée, en particulier du fait que la manœuvre ou l'autre exercice pourrait mettre en danger la sécurité et l'ordre publics ou la santé publique, ou pourrait, par suite des conditions atmosphériques, causer des dégâts considérables, des efforts sont immédiatement entrepris pour parvenir à un accord par des discussions en commun où il sera dûment tenu compte de ces raisons.

- (c) Les autorités allemandes locales ne fixent les conditions restrictives qu'elles peuvent selon le droit allemand fixer pour des cas particuliers (paragraphe 1 de l'Article 66 de la Loi fédérale sur les réquisitions) et pour autant que ces conditions concernent la force, qu'en accord avec les autorités de cette force.

(7) Zwecks wirksamer Koordinierung der zivilen und der militärischen Belange bei der Anwendung dieses Artikels kann zwischen der Bundesregierung und der Regierung eines Entsendestaates die Errichtung eines Ständigen Ausschusses vereinbart werden.

7. For the purpose of effective co-ordination of civilian and military interests in the application of this Article, the Federal Government and the Government of a sending State may by agreement establish a Permanent Committee.

7. — La création d'une Commission Permanente peut être convenue entre le Gouvernement fédéral et le Gouvernement d'un État d'origine afin de coordonner d'une manière efficace les intérêts civils et militaires lors de l'application du présent Article.

Artikel 46

(1) Eine Truppe hat das Recht, Manöver und andere Übungen im Luftraum in dem Umfang durchzuführen, der zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgabe erforderlich ist und mit den von dem Obersten Befehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Europa oder einer anderen zuständigen Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation etwa herausgegebenen Befehlen oder Empfehlungen übereinstimmt. Für die Ausübung dieses Rechts gelten, soweit nicht in den Absätzen (2) bis (6) etwas anderes vorgesehen ist, die deutschen Vorschriften über die Benutzung des Luftraums und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation halten.

(2) Ohne besondere Einwilligung der Berechtigten und der deutschen Behörden darf eine Truppe Flugplätze, die ihr nicht zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind, weder vorübergehend besetzen noch zeitweilig sperren. Das gleiche gilt in bezug auf Anlagen, die zur Gewährleistung der Sicherheit des Luftverkehrs bestimmt sind.

(3) Die Behörden einer Truppe und die deutschen Behörden vereinbaren Gebiete, die in geringerer als der sonst zulässigen Höhe überflogen werden können.

(4) Luftmanöver und andere Luftübungen, die den kontrollierten Luftraum berühren und nicht durch normale Flugsicherungsverfahren abgewickelt werden können oder die Herausgabe einer Navigationswarnung erforderlich machen, werden bei den deutschen Behörden rechtzeitig angemeldet. Das Anmeldeverfahren richtet sich nach den Beschlüssen des Ständigen Ausschusses zur Koordinierung der Luftfahrt oder seiner Nachfolgeorganisation.

(5) Wird zwischen den Behörden einer Truppe und den Flugsicherungsbehörden innerhalb einer angemessenen Frist ein Einvernehmen über bestimmte Koordinierungsmaßnahmen nicht erzielt, so wird die Angelegenheit dem Ständigen Ausschuß zur Koordinierung der Luftfahrt oder seiner Nachfolgeorganisation unterbreitet.

Article 46

1. A force shall have the right to conduct manœuvres and other training exercises in the air in such measure as is necessary to the accomplishment of its defence mission and in accordance with orders or recommendations which the Supreme Allied Commander in Europe or any other competent authority of the North Atlantic Treaty Organization may issue. Except where otherwise provided in paragraphs 2 to 6 of this Article, the exercise of this right shall be governed by German regulations on the use of air space and the utilization of aviation installations and facilities which fall within the scope of the Standards and Recommended Practices of the International Civil Aviation Organization.

2. A force shall not, without the specific consent of the persons entitled and of the German authorities, temporarily occupy or close airfields not made available for its exclusive use. The same shall apply to installations designed to ensure air traffic safety.

3. The authorities of a force and the German authorities shall reach agreement regarding areas which may be flown over at altitudes lower than otherwise permissible.

4. Air manœuvres and other air exercises which affect controlled air space and which cannot be cleared by normal air traffic clearance procedure, or which require the issue of a navigational warning, shall be notified to the German authorities in good time. Notification procedure shall follow the decisions of the Standing Commission for co-ordination of aviation or its successor organization.

5. Where agreement on particular measures for co-ordination is not reached between the authorities of a force and the air traffic control authorities within an appropriate period of time, the matter shall be referred to the Standing Commission for co-ordination of aviation or its successor organization.

Article 46

1. — Une force a le droit d'exécuter dans l'espace aérien des manœuvres et autres exercices dans la mesure qui est nécessaire pour lui permettre de remplir sa mission de défense et qui est conforme aux ordres ou aux recommandations qui pourraient émaner du Commandant Suprême Allié en Europe ou de toute autre autorité compétente de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord. A moins qu'il n'en soit disposé autrement dans les paragraphes 2 à 6 du présent Article, l'exercice de ce droit se conforme aux règlements allemands relatifs à l'utilisation de l'espace aérien et à l'utilisation d'installations et de dispositifs aéronautiques, qui ne dépassent pas le cadre des Standards et Pratiques recommandées émanant de l'Organisation Internationale de l'Aviation Civile.

2. — Une force n'est pas autorisée à occuper ou à fermer temporairement des aérodromes non réservés à son usage exclusif sans l'accord spécial des ayants droit et des autorités allemandes. Cette disposition s'applique également aux installations destinées à assurer la sécurité de la circulation aérienne.

3. — Les autorités d'une force et les autorités allemandes conviennent des zones qui peuvent être survolées à des altitudes inférieures à celles généralement autorisées.

4. — Les manœuvres aériennes et les autres exercices aériens, qui affectent l'espace aérien contrôlé et qui ne peuvent suivre la procédure normale d'autorisation de circulation ou rendent nécessaire l'émission d'un avertissement de navigation, sont notifiés en temps utile aux autorités allemandes. La procédure de notification est conforme aux décisions de la Commission Permanente de coordination aéronautique ou de l'organisme qui pourrait lui succéder.

5. — Si les autorités d'une force et les autorités chargées du contrôle de la circulation aérienne ne parviennent pas, dans un délai convenable, à un accord sur des mesures de coordination déterminées, la question est soumise à la Commission Permanente de coordination aéronautique, ou à l'organisme qui pourrait lui succéder.

(6) Für Außenlandungen sowie für Fallschirmabsprünge und -abwürfe auf Liegenschaften, die einer Truppe nicht zur ständigen Benutzung überlassen worden sind, gilt Artikel 45.

6. The provisions of Article 45 of the present Agreement shall be applicable to off-base landings as well as to parachute jumps or drops on to accommodation not made available to a force for its permanent use.

6. — Les dispositions de l'Article 45 du présent Accord s'appliquent aux atterrissages hors-base ainsi qu'aux sauts en parachute et aux largages sur des biens immobiliers qui n'ont pas été mis à la disposition d'une force pour usage permanent.

Artikel 47

(1) Die Bundesrepublik gewährt einer Truppe und einem zivilen Gefolge auf dem Gebiet der Lieferungen und Leistungen keine ungünstigere Behandlung als der Bundeswehr.

(2) Im Hinblick auf gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im Sinne von Artikel IX Absatz (2) Satz 2 des NATO-Truppenstatuts teilen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges den deutschen Behörden auf Antrag ihren Bedarf auf bestimmten Gebieten der Beschaffung mit.

(3) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können die von ihnen benötigten Lieferungen und Leistungen entweder unmittelbar beschaffen oder nach vorheriger Vereinbarung durch die zuständigen deutschen Behörden beschaffen lassen.

(4) Beschaffen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges unmittelbar, so

(a) können sie dies nach dem bei ihnen üblichen Verfahren tun, jedoch unter Beachtung der in der Bundesrepublik für öffentliche Aufträge anzuwendenden Grundsätze, die sich aus den Vorschriften über den Wettbewerb, über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sowie über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben;

(b) unterrichten sie die deutschen Behörden über Gegenstand und Umfang des Auftrages, den Namen des Auftragnehmers und den vereinbarten Preis, sofern es sich nicht um geringfügige Aufträge handelt.

(5) Beschaffen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges durch die deutschen Behörden, so

(a) geben sie diesen rechtzeitig ihren Bedarf mit allen Einzelheiten, vor allem mit den technischen Angaben und den besonderen Lieferungs-

Article 47

1. The Federal Republic shall accord to a force or a civilian component treatment in the matter of procurement of goods and services not less favourable than is accorded to the German Armed Forces.

2. Having regard to any measures which may become necessary under the second sentence of paragraph 2 of Article IX of the NATO Status of Forces Agreement, the authorities of a force or of a civilian component shall, on request, inform the German authorities of their requirements for defined categories of supplies.

3. A force or a civilian component may procure goods and services which they need either direct, or, after prior agreement, through the appropriate German authorities.

4. Where the authorities of a force or of a civilian component procure goods and services direct,

(a) they may apply their normal procedure, provided, however, that they respect the principles applying in the Federal Republic regarding public procurement which are reflected in the regulations concerning competition, preferred tenderers, and prices applicable to public contracts;

(b) they shall inform the German authorities of the subject and size of the order, the name of the supplier and the agreed price, except in the case of minor orders.

5. Where the authorities of a force or of a civilian component procure goods and services through the German authorities,

(a) the authorities of the force or of the civilian component shall inform the German authorities in good time of their requirements in detail, giving,

Article 47

1. — En matière de fournitures et prestations, la République Fédérale accorde à une force et à un élément civil un traitement qui n'est pas moins favorable que celui accordé aux Forces armées allemandes.

2. — Compte tenu des mesures qui pourraient s'avérer nécessaires aux termes de la deuxième phrase du paragraphe 2 de l'Article IX de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, les autorités d'une force ou d'un élément civil informer les autorités allemandes, si celles-ci le demandent, de leurs besoins dans des secteurs d'approvisionnement déterminés.

3. — Une force ou un élément civil peuvent se procurer les fournitures et prestations qui leur sont nécessaires, soit directement, soit, après accord préalable, par l'entremise des autorités allemandes compétentes.

4. — Lorsque les autorités d'une force ou d'un élément civil se procurent directement des fournitures et des prestations:

(a) elles peuvent appliquer la procédure qui leur est habituelle, en observant toutefois les principes qui sont appliqués en République Fédérale en matière de marchés publics et qui se dégagent de la réglementation concernant la concurrence, les concurrents privilégiés, ainsi que les prix applicables aux marchés publics;

(b) elles informent les autorités allemandes de l'objet et de l'importance de la commande, du nom du fournisseur ou prestataire et du prix convenu, sauf s'il s'agit de commandes d'importance minime.

5. — Lorsque les autorités d'une force ou d'un élément civil se procurent des fournitures et des prestations par l'entremise des autorités allemandes:

(a) les autorités de la force ou de l'élément civil informent les autorités allemandes de leurs besoins, en temps utile et de manière détaillée,

- und Zahlungsbedingungen, bekannt;
- in particular, technical specifications and special conditions of delivery and payment;
- en indiquant notamment les caractéristiques techniques et les conditions particulières de livraison et de paiement;
- (b) werden die Verträge über Lieferungen und Leistungen zwischen den deutschen Behörden und dem Auftragnehmer abgeschlossen; die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften für öffentliche Aufträge sind anzuwenden;
- (b) contracts in respect of goods and services shall be concluded between the German authorities and the suppliers; the German legal and administrative provisions governing public contracts shall apply thereto;
- (b) les contrats relatifs aux fournitures et prestations sont conclus entre les autorités allemandes et le fournisseur ou prestataire; les prescriptions légales et administratives allemandes régissant les marchés publics sont appliquées;
- (c) beteiligen die deutschen Behörden, unbeschadet ihrer ausschließlichen Zuständigkeit gegenüber dem Auftragnehmer, die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges an dem Beschaffungsverfahren, soweit es erforderlich ist, um deren Interessen angemessen zu berücksichtigen; insbesondere wird der Auftrag nicht erteilt oder nicht geändert ohne schriftliche Zustimmung der Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges; vorbehaltlich abweichender Vereinbarung erfolgt die Abnahme gemeinsam;
- (c) the German authorities, without prejudice to their exclusive competence vis-à-vis the supplier, shall allow the authorities of the force or of the civilian component to participate in the placing and carrying out of contracts to the extent necessary for taking their interests duly into account; in particular, no contract will be placed or modified without the written consent of the authorities of the force or of the civilian component; unless otherwise agreed, acceptance of goods and services shall be made jointly;
- (c) nonobstant leur compétence exclusive à l'égard du fournisseur ou prestataire, les autorités allemandes font participer les autorités de la force ou de l'élément civil à la passation et à l'exécution des marchés, dans la mesure nécessaire pour tenir raisonnablement compte de leurs intérêts; en particulier, aucun marché ne peut être passé ou modifié sans l'accord écrit des autorités de la force ou de l'élément civil; en outre, la réception a lieu conjointement, à moins qu'il n'en ait été convenu autrement;
- (d) ersetzt der Entsendestaat der Bundesrepublik
- (d) the sending State shall reimburse the Federal Republic in respect of:
- (d) l'État d'origine rembourse à la République Fédérale:
- (i) alle Aufwendungen, zu denen sie nach deutschem Recht betreffend öffentliche Aufträge verpflichtet ist, jedoch Aufwendungen auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs nur dann, wenn die Truppe ihm zugestimmt hat;
- (i) any expenditure incumbent upon the Federal Republic under German law relating to public contracts, provided that expenditure arising from settlements out of court shall be reimbursed only if the force has consented to the settlement;
- (i) toutes dépenses qui incombent à celle-ci en vertu des dispositions du droit allemand régissant les marchés publics; toutefois les paiements effectués au titre d'un règlement amiable ne sont remboursés que si la force a consenti à ce règlement;
- (ii) Zahlungen, die mit Zustimmung der Truppe ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
- (ii) *ex gratia* payments made with the consent of the force;
- (ii) les paiements effectués à titre gracieux avec le consentement de la force;
- (iii) Aufwendungen, die aus Maßnahmen der deutschen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Truppe oder des zivilen Gefolges in Notfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- (iii) expenditure, which cannot be charged to the contractor, arising from measures taken by the German authorities in cases of emergency in order to safeguard the interests of the force or of the civilian component;
- (iii) les dépenses qui découlent de mesures prises, dans des cas d'urgence, par les autorités allemandes pour sauvegarder les intérêts de la force ou de l'élément civil et ne peuvent être mises à la charge du fournisseur;
- (e) stellen sie die erforderlichen Mittel zu einem Zeitpunkt zur Verfügung, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- (e) the necessary funds shall be made available by the authorities of the force and of the civilian component in time to permit payment to be made on due dates;
- (e) les fonds nécessaires sont rendus disponibles par les autorités de la force et de l'élément civil en temps utile pour permettre le paiement à l'échéance;

(f) sind sie nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen deutschen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;

(g) werden die Einzelheiten des Verfahrens nach den Buchstaben (a), (c), (d), (e) und (f) durch Verwaltungsabkommen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges geregelt, insbesondere mit dem Ziel, eine fristgemäße Durchführung des Beschaffungsverfahrens sicherzustellen.

Artikel 48

(1) (a) Der Liegenschaftsbedarf einer Truppe und eines zivilen Gefolges wird nur nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts und dieses Abkommens gedeckt.

(b) Der Liegenschaftsbedarf einer Truppe und eines zivilen Gefolges wird bei den Bundesbehörden in regelmäßigen Abständen in Form von Programmen angemeldet. Außerhalb dieser Programme melden die Behörden einer Truppe Liegenschaftsbedarf nur in dringenden Fällen an. Die Anmeldungen enthalten im einzelnen die von der Truppe aufgestellten näheren Angaben, insbesondere über das ungefähre Gebiet, die Größe, den vorgesehnen Verwendungszweck, die voraussichtliche Dauer des Bedarfs und die Bereitstellungsfristen.

(c) Über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs werden Vereinbarungen zwischen den Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und den deutschen Behörden geschlossen. Diese Vereinbarungen erstrecken sich auch auf den Zugang zu den Liegenschaften (Straßen-, Schienen- oder Wasserweg) sowie gegebenenfalls auf die in Artikel 63 Absatz (5) Buchstabe (b) bezeichneten Kosten. Die deutschen Behörden führen die nach den Vereinbarungen zu treffenden Maßnahmen durch.

(f) the authorities of the force or of the civilian component shall be entitled, in a manner to be agreed, to audit documents relative to payments made by the competent German payment agencies;

(g) details of the procedures under sub-paragraphs (a), (c), (d), (e) and (f) of this paragraph shall be established in administrative agreements between the German authorities and the authorities of the force or of the civilian component, with the particular object of ensuring the carrying out of the procurement procedure within the time limits laid down.

Article 48

1. (a) The accommodation requirements of a force or of a civilian component shall be satisfied only in accordance with the NATO Status of Forces Agreement and the provisions of the present Agreement.

(b) The accommodation requirements of a force or of a civilian component shall be notified to the Federal authorities in the form of periodic programmes. Outside such programmes, the authorities of a force shall notify accommodation requirements only in cases of urgency. Such notifications shall contain detailed specifications drawn up by the force, including in particular the general area, size, proposed utilization, foreseeable duration of the requirement and the dates by which the accommodation shall be made available.

(c) Agreements shall be concluded between the authorities of a force or of a civilian component and the German authorities on the satisfaction of accommodation requirements. Such agreements shall also cover access to accommodation (roads, railways, or waterways) and, where appropriate, the costs referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 5 of Article 63. The measures to be taken in accordance with such agreements shall be carried out by the German authorities.

(f) les autorités de la force et de l'élément civil sont habilitées, dans des conditions à déterminer d'un commun accord, à vérifier les documents relatifs aux paiements effectués par les services financiers allemands compétents;

(g) les détails de la procédure prévue aux alinéas (a), (c), (d), (e) et (f) du présent paragraphe sont réglés par voie d'accords administratifs entre les autorités allemandes et les autorités de la force ou de l'élément civil, en vue d'assurer notamment l'exécution des opérations d'approvisionnement dans les délais requis.

Article 48

1. — (a) Les besoins d'une force ou d'un élément civil en biens immobiliers ne sont satisfaits que conformément à la Convention OTAN sur le Statut des Forces et aux dispositions du présent Accord.

(b) Les besoins d'une force ou d'un élément civil en biens immobiliers sont notifiés aux autorités fédérales, sous forme de programmes périodiques. En dehors de ces programmes, les autorités d'une force ne notifient de tels besoins qu'en cas d'urgence. Ces notifications comportent les caractéristiques détaillées établies par la force et indiquent notamment l'emplacement approximatif, l'importance, l'utilisation envisagée, la durée prévisible du besoin et les délais dans lesquels les biens doivent être mis à la disposition de la force.

(c) Les autorités d'une force ou d'un élément civil concluent avec les autorités allemandes des arrangements visant à la satisfaction de leurs besoins en biens immobiliers. Ces arrangements couvrent également les voies d'accès aux biens immobiliers (routes, voies ferrées ou voies navigables) ainsi que, le cas échéant, les frais mentionnés à l'alinéa (b) du paragraphe 5 de l'Article 63. Les autorités allemandes exécutent les mesures nécessaires aux termes de ces arrangements.

(d) Die deutschen Behörden benennen auf Antrag die Betriebe, denen die Versorgung einer Truppe und eines zivilen Gefolges mit Wasser, Gas und Elektrizität sowie die Abwasserbehandlung obliegt und mit denen Verträge geschlossen werden können. Soweit der Bedarf der Truppe oder des zivilen Gefolges nicht im Wege von Verträgen zwischen den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges und den betreffenden Betrieben gedeckt werden kann, wird zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges, wenn letztere es beantragen, eine Vereinbarung über die Dekkung dieses Bedarfs geschlossen. Die deutschen Behörden treffen geeignete Maßnahmen, um die Durchführung der Vereinbarung sicherzustellen; hierunter fällt gegebenenfalls auch der Abschluß von Verträgen.

(2) Die Bundesrepublik gewährleistet, daß Liegenschaften, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge im Rahmen der Bestimmungen des Truppenvertrages zur Benutzung überlassen worden sind und sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Abkommens noch in ihrem Besitz befinden, der Truppe oder dem zivilen Gefolge so lange weiter überlassen werden, als sie nicht nach Absatz (5) Buchstaben (a) und (b) zurückzugeben sind. Dies gilt nicht für Liegenschaften, die für den öffentlichen Verkehr und dessen Versorgungseinrichtungen sowie für das Post- und Fernmeldewesen bestimmt sind; diese Liegenschaften werden zurückgegeben, soweit nicht zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe etwas anderes vereinbart worden ist.

(3) (a) Über die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge nach Maßgabe von Absatz (1) zu überlassenden Liegenschaften werden schriftliche Überlassungsvereinbarungen geschlossen, die Angaben über Größe, Art, Lage, Zustand und Ausstattung der Liegenschaft sowie über die Einzelheiten ihrer Benutzung enthalten. Die Liegenschaften werden ausschließlich der anfordernden Truppe oder dem zivilen Gefolge zur Belegung und Benutzung überlassen, soweit nicht zwischen den deutschen Behörden und

(d) The German authorities shall, when requested, name the enterprises which are responsible for supplying a force or a civilian component with water, gas, electricity, or for sewage disposal, and with whom contracts could be concluded. Insofar as the requirements of the force or of the civilian component cannot be satisfied by contracts between the authorities of the force or of the civilian component and the enterprises concerned, an agreement on the satisfaction of these requirements shall be concluded between the German authorities and the authorities of the force or of the civilian component, should the latter so request. The German authorities shall take appropriate measures to ensure the implementation of this agreement, if necessary by the conclusion of contracts.

2. The Federal Republic shall ensure that accommodation made available to a force or a civilian component within the framework of the provisions of the Forces Convention for its use and which is still in its possession upon the entry into force of the present Agreement shall remain available to the force or the civilian component until such time as it is to be released under sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 5 of this Article. This shall not apply to accommodation allocated for public transport or its supply facilities or for postal services or telecommunications; such accommodation shall be released insofar as it has not been otherwise agreed between the German authorities and the authorities of the force.

3. (a) Agreements (Überlassungsvereinbarungen) shall be concluded in writing in respect of the accommodation to be made available to a force or a civilian component pursuant to paragraph 1 of this Article; such agreements shall contain data concerning size, type, location, condition and equipment of the accommodation, as well as details concerning its use. The accommodation shall be made available exclusively to the requiring force or civilian component for occupancy and use insofar as it is not other-

(d) Les autorités allemandes désignent, sur demande, les entreprises qui seront chargées de l'approvisionnement d'une force ou d'un élément civil en eau, gaz et électricité, ainsi que de l'évacuation des eaux usées, et avec lesquelles des contrats peuvent être passés. Dans la mesure où les besoins de la force ou de l'élément civil ne peuvent être satisfaits par voie de contrats entre les autorités de la force ou de l'élément civil et les entreprises intéressées, un arrangement visant à la satisfaction de ces besoins est conclu entre les autorités allemandes et les autorités de la force ou de l'élément civil, si celles-ci en font la demande. Les autorités allemandes prennent toutes mesures appropriées en vue d'assurer l'exécution dudit arrangement, y compris, le cas échéant, par voie de contrats.

2. — La République Fédérale assure que les biens immobiliers mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil dans le cadre de la Convention relative aux Droits et Obligations pour son usage et se trouvant encore en sa possession au moment de l'entrée en vigueur du présent Accord continuent d'être mis à la disposition de la force ou de l'élément civil aussi longtemps qu'ils ne devront pas être restitués en application des alinéas (a) et (b) du paragraphe 5 du présent Article. Ceci ne s'applique pas aux biens immobiliers destinés aux transports publics et à leurs installations d'approvisionnement, ainsi qu'aux services des postes et des télécommunications; ces biens immobiliers seront restitués, pour autant qu'il n'en a pas été convenu autrement entre les autorités allemandes et les autorités de la force.

3. — (a) Des accords (Überlassungsvereinbarungen) portant sur les biens immobiliers qui seront mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil conformément au paragraphe 1 du présent Article seront conclus par écrit; ces accords devront indiquer l'importance, la nature, l'emplacement, l'état de conservation et l'équipement du bien immobilier, ainsi que les conditions détaillées de son utilisation. Les biens immobiliers seront mis exclusivement à la disposition de

den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges etwas anderes vereinbart wird.

wise agreed between the German authorities and the authorities of the force or of the civilian component.

la force requérante ou de l'élément civil, aux fins d'occupation et d'utilisation, pour autant qu'il n'en est pas convenu autrement entre les autorités allemandes et les autorités de la force ou de l'élément civil.

(b) Buchstabe (a) gilt entsprechend für Liegenschaften, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge nach Maßgabe von Absatz (2) weiter überlassen werden.

(b) Sub-paragraph (a) of this paragraph shall apply *mutatis mutandis* to accommodation which remains available to a force or a civilian component pursuant to paragraph 2 of this Article.

(b) L'alinéa (a) du présent paragraphe s'applique *mutatis mutandis* aux biens immobiliers qui continuent à être mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil, en vertu du paragraphe 2 du présent Article.

(4) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge sind für die zur ordnungsgemäßen Erhaltung der ihnen überlassenen Liegenschaften erforderliche Instandsetzung und Instandhaltung verantwortlich, es sei denn, daß bei entgeltlich überlassenen Liegenschaften in den gemäß Absatz (3) Buchstabe (a) abgeschlossenen Überlassungsvereinbarungen etwas anderes vereinbart ist.

(5) Für die Rückgabe von Liegenschaften durch eine Truppe oder ein ziviles Gefolge gilt folgendes:

4. A force or a civilian component shall be responsible for carrying out such repairs and maintenance as are required to keep the accommodation made available to it in a proper state of preservation, unless with respect to accommodation made available against payment, the agreements concluded pursuant to sub-paragraph (a) of paragraph 3 of this Article provide otherwise.

5. The following provisions shall apply to the release of accommodation by a force or a civilian component:

4. — Une force ou un élément civil est responsable des travaux de réparation et d'entretien nécessaires pour maintenir dans un état convenable les biens immobiliers mis à sa disposition, à moins que, dans le cas des biens immobiliers fournis à titre onéreux, il n'en soit convenu autrement dans les accords conclus conformément à l'alinéa (a) du paragraphe 3 du présent Article.

5. — Les dispositions suivantes s'appliquent à la restitution de biens immobiliers par une force ou un élément civil:

(a) (i) Die Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges überprüfen laufend ihren Bedarf an Liegenschaften, um eine Beschränkung der von ihnen benutzten Liegenschaften an Zahl und Umfang auf das erforderliche Mindestmaß zu gewährleisten. Darüber hinaus überprüfen sie ihren Bedarf in besonderen Einzelfällen auf Verlangen der deutschen Behörden. Unbeschadet etwaiger besonderer Vereinbarungen über die Benutzungsdauer werden Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden oder für die eine Ersatzliegenschaft, die den Bedürfnissen der Truppe oder des zivilen Gefolges entspricht, verfügbar gemacht wird, nach vorheriger Mitteilung an die deutschen Behörden unverzüglich zurückgegeben.

(a) (i) The authorities of a force or of a civilian component shall continually examine their requirements for accommodation, in order to ensure that the number and extent of the units of accommodation used by them are restricted to the minimum required. Furthermore, they shall at the request of the German authorities examine their requirements in specific individual cases. Without prejudice to any special agreements as to periods of use, accommodation which is no longer needed or for which alternative accommodation satisfying the needs of the force or of the civilian component is made available, shall, after prior notification to the German authorities, be released without delay.

(a) (i) Les autorités d'une force ou d'un élément civil vérifient constamment leurs besoins en biens immobiliers, en vue d'assurer que les biens immobiliers qu'ils utilisent sont limités quant à leur nombre et à leur importance au minimum nécessaire. En outre, elles vérifient à la demande des autorités allemandes, leurs besoins dans des cas d'espèce. Sans préjudice d'éventuels arrangements particuliers sur la durée d'utilisation, les biens immobiliers qui ne seraient plus nécessaires, ou pour lesquels seraient offerts des biens immobiliers de remplacement répondant aux besoins de la force ou de l'élément civil, seront restitués immédiatement, après notification préalable aux autorités allemandes.

(ii) Ziffer (i) gilt entsprechend, wenn eine Truppe oder ein ziviles Gefolge eine Liegenschaft nicht mehr in vollem Um-

(ii) The provisions in item (i) of this sub-paragraph shall apply *mutatis mutandis* where a force or a civilian component no

(ii) Les dispositions du point (i) du présent alinéa s'appliquent *mutatis mutandis* lorsqu'une force ou un élé-

- fange benötigt und eine Teilrückgabe möglich ist.
- longer requires the whole of a unit of accommodation and where partial release is possible.
- ment civil n'a plus besoin d'utiliser un bien immobilier en totalité et qu'une restitution partielle devient possible.
- (b) Unbeschadet Buchstabe (a) tragen die Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in Fällen, in denen unter Berücksichtigung der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe eindeutig ein überwiegendes deutsches Interesse an der Benutzung einer Liegenschaft besteht, Freigabeanträgen der deutschen Behörden in angemessener Weise Rechnung.
- (b) Without prejudice to the provisions of sub-paragraph (a) of this paragraph, the authorities of a force or of a civilian component shall give due consideration to requests by the German authorities for the release of a particular unit of accommodation in cases where, taking into account the common defence mission, German interest in the use of such accommodation clearly predominates.
- (b) Sans préjudice des dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe, les autorités d'une force ou d'un élément civil prennent dûment en considération les demandes de restitution présentées par les autorités allemandes, lorsque, compte tenu de la mission commune de défense, l'intérêt allemand à l'utilisation d'un bien particulier est nettement prédominant.
- (c) Liegenschaften, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens einer Truppe oder einem zivilen Gefolge für einen begrenzten Zeitraum überlassen worden sind, werden mit dem Ablauf dieses Zeitraums zurückgegeben, wenn dessen Begrenzung in Übereinstimmung mit den bei der Anmeldung des Liegenschaftsbedarfs von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges gemachten Angaben erfolgt ist; die Benutzungsdauer kann verlängert werden, so weit entweder der Eigentümer oder sonstige Berechtigte mit einer weiteren Benutzung der Liegenschaft einverstanden ist oder eine Inanspruchnahme nach der deutschen Leistungsgesetzgebung zulässig ist.
- (c) Accommodation made available after the entry into force of the present Agreement to a force or a civilian component for a limited period of time shall be released on the expiry of such period of time provided such time limit was fixed in accordance with the information given by the authorities of the force or the civilian component at the time when their requirement for accommodation was notified: the period of use may be extended insofar as the owner or other entitled person agrees, or as requisitioning is permissible under German procurement legislation (deutsche Leistungsgesetzgebung).
- (c) Les biens immobiliers mis, après l'entrée en vigueur du présent Accord, à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour une période limitée seront restitués à l'expiration de cette période, si la durée en a été limitée conformément aux déclarations faites par les autorités de la force ou de l'élément civil au moment où elles ont indiqué leurs besoins en biens immobiliers; la période d'utilisation pourra être prolongée pour autant que le propriétaire ou tout autre ayant droit y consent ou que la législation allemande en matière de réquisition (deutsche Leistungsgesetzgebung) permet de procéder à une réquisition.
- (d) Liegenschaften, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens überlassen worden sind und hinsichtlich derer eine Enteignungsbehörde die vorzeitige Besitzeinweisung nach dem Landbeschaffungsgesetz angeordnet hat, werden zurückgegeben, falls der Besitz-einweisungsbeschluß aufgehoben werden sollte.
- (d) Accommodation made available after the entry into force of the present Agreement to a force or a civilian component, and in respect of which an expropriation authority has issued an anticipatory possession order (vorzeitige Besitz-einweisung) under the Land Procurement Law, shall be released in the event of such possession order being rescinded.
- (d) Les biens immobiliers qui auront été mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil après l'entrée en vigueur du présent Accord et au sujet desquels une autorité compétente en matière d'expropriation aura prononcé un envoi en possession anticipé (vorzeitige Besitz-einweisung) aux termes de la Loi concernant l'acquisition de terrains, seront restitués au cas où serait annulée la décision d'envoi en possession anticipé.
- (e) Gegenstände, die zusammen mit einer Liegenschaft in Anspruch genommen worden sind und sich noch darin befinden, werden gleichzeitig mit ihr freigegeben, sofern sich nicht der Eigentümer mit einer anderen Regelung einverstanden erklärt.
- (e) Articles which have been requisitioned together with accommodation and which are still within such accommodation shall be released at the same time as the accommodation, unless the owner otherwise agrees.
- (e) Les objets qui ont été réquisitionnés en même temps qu'un bien immobilier et qui s'y trouvent encore sont restitués en même temps que ce bien, sauf accord contraire du propriétaire.

Artikel 49

(1) Die Programme für die zur Deckung des Bedarfs einer Truppe und eines zivilen Gefolges erforderlichen Bauvorhaben werden zwischen den für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden und den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges vereinbart.

(2) Baumaßnahmen werden nach Maßgabe der geltenden deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und besonderer Verwaltungsabkommen in der Regel durch die für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden durchgeführt.

(3) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges können im Benehmen mit den deutschen Behörden Baumaßnahmen mit eigenen Kräften oder nach Maßgabe besonderer Verwaltungsabkommen, die bei Inkrafttreten dieses Abkommens gegebenenfalls bestehen oder nach diesem Zeitpunkt abgeschlossen oder geändert werden,

- (a) bei kleineren Bauvorhaben sowie
- (b) ausnahmsweise in anderen Fällen

nach dem bei ihnen üblichen Verfahren durch unmittelbare Vergabe an Unternehmer durchführen. Bei der Durchführung dieser Baumaßnahmen beachten die Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges die deutschen Bauvorschriften und berücksichtigen die in der Bundesrepublik für öffentliche Bauaufträge anzuwendenden Grundsätze, die sich aus den Vorschriften über den Wettbewerb, über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sowie über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben.

(4) Die zur Deckung des Bedarfs einer Truppe und eines zivilen Gefolges erforderlichen Reparaturen und Instandhaltungsarbeiten werden entweder von den deutschen Behörden oder, im Benehmen mit diesen, von den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges durchgeführt. Im zweiten Fall gilt Absatz (3) entsprechend.

(5) Form und Umfang der in den Absätzen (3) und (4) vorgesehenen Konsultation werden zwischen den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges und den deutschen Behörden vereinbart.

(6) Werden Arbeiten im Sinne der Absätze (2) und (4) für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge von den deutschen Behörden durchgeführt, so

Article 49

1. The programmes of construction projects necessary to cover the requirements of a force or of a civilian component shall be agreed upon between the German authorities competent for Federal building and the authorities of the force or of the civilian component.

2. Construction works shall normally be carried out by the German authorities competent for Federal building in accordance with German legal provisions and administrative regulations in force, and in accordance with special administrative agreements.

3. The authorities of a force or of a civilian component may, after consultation with the German authorities, carry out construction works with their own personnel, or may, applying their normal procedures, place contracts direct with contractors

- (a) for minor construction projects, and,
- (b) exceptionally, in other cases,

in accordance with special administrative agreements which may exist at the date of entry into force of the present Agreement or which are concluded or amended thereafter. In carrying out such works, the authorities of the force or of the civilian component shall respect German building regulations and take into consideration the principles applying in the Federal Republic regarding public construction, which are reflected in the regulations concerning competition, preferred tenderers and prices applicable to public contracts.

4. Repairs and maintenance work necessary to meet the requirements of a force or of a civilian component shall be carried out either by the German authorities or, after consultation with those authorities, by the authorities of the force or of the civilian component. In the second alternative the provisions of paragraph 3 of this Article shall apply *mutatis mutandis*.

5. The authorities of the force or of the civilian component and the German authorities shall agree concerning the form and extent of the consultation envisaged in paragraphs 3 and 4 of this Article.

6. When the work referred to in paragraphs 2 and 4 of this Article is carried out on behalf of a force or a civilian component by the German authorities,

Article 49

1. — Les programmes de travaux nécessaires à la satisfaction des besoins d'une force ou d'un élément civil font l'objet d'un accord entre les autorités allemandes compétentes pour les constructions fédérales et les autorités de la force ou de l'élément civil.

2. — Les travaux sont réalisés, en règle générale, par les autorités allemandes compétentes pour les constructions fédérales, conformément aux dispositions légales et administratives allemandes en vigueur et à des accords administratifs particuliers.

3. — Les autorités d'une force ou d'un élément civil peuvent, après consultation avec les autorités allemandes, soit exécuter les travaux en utilisant leur propre personnel, soit conclure directement,

- (a) pour les travaux de peu d'importance et
- (b) de façon exceptionnelle dans d'autres cas,

des contrats avec un entrepreneur, en appliquant leur procédure habituelle, conformément aux accords administratifs particuliers qui peuvent exister à la date d'entrée en vigueur du présent Accord ou qui seront conclus ou modifiés après cette date. Dans l'exécution de ces travaux, les autorités de la force ou de l'élément civil observent la réglementation allemande relative aux constructions et observent les principes qui sont appliqués en République Fédérale en matière de marchés de travaux publics, qui se dégagent de la réglementation concernant la concurrence, les concurrents privilégiés, ainsi que les prix applicables aux marchés publics.

4. — Les travaux de réparation et d'entretien nécessaires à la satisfaction des besoins d'une force et d'un élément civil peuvent être exécutés, soit par les autorités allemandes, soit, après consultation avec ces dernières, par les autorités de la force ou de l'élément civil. Dans la deuxième hypothèse, les dispositions du paragraphe 3 du présent Article s'appliquent *mutatis mutandis*.

5. — Les autorités de la force et de l'élément civil et les autorités allemandes conviennent de la forme et de l'étendue des consultations prévues aux paragraphes 3 et 4 du présent Article.

6. — Lorsque les travaux visés aux paragraphes 2 et 4 du présent Article sont exécutés par les autorités allemandes pour le compte d'une force ou d'un élément civil:

- (a) können die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges sich je nach Bedarf an der Ausarbeitung der Entwürfe beteiligen oder die Entwürfe und Baubeschreibungen selbst zur Verfügung stellen;
- (b) werden die Art der Ausschreibung und bei beschränkten Ausschreibungen Anzahl und Namen der zur Angebotsabgabe aufzufordernden Unternehmer zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges vereinbart;
- (c) wird der Zuschlag erst erteilt, wenn die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges schriftlich zugestimmt haben;
- (d) dürfen die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges an Überprüfungen von Bauarbeiten teilnehmen und haben Zugang zu den Bauplänen und allen einschlägigen Bauunterlagen und Abrechnungen;
- (e) bestätigen die deutschen Behörden vorbehaltlich abweichender Vereinbarungen dem Unternehmer die zufriedenstellende Fertigstellung größerer Bauabschnitte nur im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges; insbesondere entlassen sie den Unternehmer aus seinen vertraglichen Verpflichtungen erst nach schriftlicher Zustimmung der Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges;
- (f) ersetzt der Entsendestaat der Bundesrepublik
- (i) alle Aufwendungen, zu denen sie nach deutschem Recht betreffend öffentliche Aufträge verpflichtet ist, jedoch Aufwendungen auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs nur dann, wenn die Truppe ihm zugestimmt hat;
- (ii) Zahlungen, die mit Zustimmung der Truppe ohne Anerkennung einer Rechtspflicht geleistet werden;
- (iii) Aufwendungen, die aus Maßnahmen der deutschen Behörden zur Wahrnehmung der Interessen der Truppe
- (a) the authorities of the force or of the civilian component may, where they consider it necessary, participate in the drafting of the plans or may furnish plans and specifications themselves;
- (b) the method of tender and, in the case of limited tender, the number and identity of the contractors to be invited, shall be agreed between the German authorities and the authorities of the force or of the civilian component;
- (c) the contract shall be awarded only after the authorities of the force or of the civilian component have given their consent in writing;
- (d) the authorities of the force or of the civilian component shall be permitted to participate in inspections of building work and shall have access to building plans and all relevant documents and accounts;
- (e) the German authorities shall, unless it is otherwise agreed, confirm to contractors the satisfactory completion of major sections of the work only in agreement with the authorities of the force or of the civilian component; in particular, the German authorities shall obtain the written consent of the authorities of the force or of the civilian component before releasing the contractor from his contractual obligations;
- (f) the sending State shall reimburse the Federal Republic in respect of
- (i) any expenditure incumbent upon the Federal Republic under German law relating to public contracts, provided that expenditure arising from settlements out of court shall be reimbursed only if the force has consented to the settlement;
- (ii) *ex gratia* payments made with the consent of the force;
- (iii) expenditure, which cannot be charged to the contractor, arising from measures taken by the German authorities in
- (a) les autorités de la force ou de l'élément civil peuvent, si elles le jugent nécessaire, participer à l'élaboration des plans ou fournir elles-mêmes les plans et descriptions;
- (b) le mode d'adjudication et, en cas d'adjudication restreinte, le nombre et l'identité des entrepreneurs devant être invités à soumissionner font l'objet d'un accord entre les autorités allemandes et les autorités de la force ou de l'élément civil;
- (c) un contrat n'est conclu que lorsque les autorités de la force ou de l'élément civil ont donné leur consentement par écrit;
- (d) les autorités de la force ou de l'élément civil ont le droit de participer aux inspections des travaux de construction et ont accès aux plans, ainsi qu'à tous les documents et comptes s'y rapportant;
- (e) sous réserve d'arrangements contraires, les autorités allemandes se mettent d'accord avec les autorités de la force ou de l'élément civil avant de reconnaître la bonne exécution par l'entrepreneur de phases importantes des travaux; en particulier, les autorités allemandes doivent obtenir le consentement écrit des autorités de la force ou de l'élément civil avant de libérer l'entrepreneur de ses obligations contractuelles;
- (f) l'État d'origine rembourse à la République Fédérale:
- (i) toutes dépenses qui incombent à celle-ci en vertu des dispositions du droit allemand régissant les marchés publics; toutefois, les paiements effectués au titre d'un règlement amiable ne sont remboursés que si la force a consenti à ce règlement;
- (ii) les paiements effectués à titre gracieux avec le consentement de la force;
- (iii) les dépenses qui découlent de mesures prises, dans des cas d'urgence, par les autorités allemandes pour

- oder des zivilen Gefolges in Notfällen entstehen und nicht vom Auftragnehmer zu tragen sind;
- (g) werden die erforderlichen Mittel von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges zu einem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt, der die Zahlung bei Fälligkeit ermöglicht;
- (h) sind die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges nach Maßgabe zu schließender Vereinbarungen berechtigt, die Unterlagen über die von den zuständigen deutschen Zahlstellen geleisteten Zahlungen zu prüfen;
- (i) entschädigen die Entsendestaaten die deutschen Behörden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen für ihre besonderen, mit der Durchführung der Baumaßnahmen zusammenhängenden Leistungen (Planung, Oberleitung, Bauführung).

Artikel 50

Zubehörstücke und Einrichtungsgegenstände, die im Eigentum des Bundes stehen, können innerhalb der Bundesrepublik aus einer von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge benutzten Liegenschaft in eine andere nach Maßgabe der folgenden Beschränkungen verbracht werden:

(a) Gegenstände dieser Art, einschließlich der aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschafften, die in den Baukosten für die von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge benutzten Liegenschaften inbegriffen waren, dürfen nur mit Zustimmung der deutschen Behörden aus der Liegenschaft entfernt werden.

(b) Die Zustimmung der deutschen Behörden ist ferner einzuholen, bevor mit einer bestimmten Liegenschaft verbundene oder eigens hierfür angefertigte Zubehörstücke und Einrichtungsgegenstände entfernt werden. Dies gilt nicht, soweit solche Gegenstände aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschafft sind; jedoch setzen die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges die deutschen Behörden von der Absicht der Entfernung rechtzeitig in Kenntnis, um ihnen Gelegenheit

- cases of emergency in order to safeguard the interests of the force or of the civilian component;
- (g) the necessary funds shall be made available by the authorities of the force and of the civilian component in time to permit payment to be made on due dates;
- (h) the authorities of the force or of the civilian component shall be entitled, in a manner to be agreed, to audit documents relative to payments made by the competent German payment agencies;
- (i) the sending States shall compensate the German authorities, in accordance with administrative agreements, for the special services performed by the latter in connection with the implementation of construction works (construction planning, supervision and inspection).

Article 50

Fixtures, fittings and furnishings which are owned by the Federation may be transferred within the Federal Republic from one unit of accommodation used by a force or a civilian component to another, subject to the following restrictions:

- (a) Articles of this kind, including those procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds, which were included in the construction costs of accommodation used by a force or a civilian component, shall be removed from such accommodation only with the consent of the German authorities.
- (b) The consent of the German authorities shall equally be obtained before fixtures, fittings and furnishings which have been affixed to, or specially made to measure for, a specific unit of accommodation are removed. This shall not apply where such articles were procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds; however, the authorities of a force or of a civilian component shall, prior to the removal of such articles, give the German authorities timely notification of their intention so as

sauvegarder les intérêts de la force ou de l'élément civil et ne peuvent être mises à la charge du fournisseur;

- (g) les fonds nécessaires sont rendus disponibles par les autorités de la force et de l'élément civil en temps utile pour permettre le paiement à l'échéance;
- (h) les autorités de la force et de l'élément civil sont habilitées, dans des conditions à déterminer d'un commun accord, à vérifier les documents relatifs aux paiements effectués par les services financiers allemands compétents;
- (i) les États d'origine versent une indemnité aux autorités allemandes, conformément à des accords administratifs, pour les prestations spéciales effectuées par elles en corrélation avec les travaux (établissement des plans, surveillance et inspection des travaux).

Article 50

Les accessoires et le mobilier appartenant à la Fédération peuvent être transférés, à l'intérieur de la République Fédérale, d'un bien immobilier utilisé par une force ou un élément civil à un autre, sous réserve des limitations suivantes:

- (a) Les accessoires et le mobilier — y compris ceux acquis au titre des budgets des frais d'occupation, des dépenses imposées ou des frais d'entretien — qui ont été inclus dans les frais de construction des biens immobiliers utilisés par une force ou un élément civil, ne peuvent être enlevés de tels biens qu'avec l'assentiment des autorités allemandes.
- (b) Il y a également lieu d'obtenir l'accord des autorités allemandes avant d'enlever les accessoires et le mobilier faisant corps avec un bien immobilier déterminé ou spécialement fabriqués pour lui. Cette disposition ne s'applique pas aux objets acquis au titre des budgets des frais d'occupation, des dépenses imposées ou des frais d'entretien; les autorités d'une force ou d'un élément civil sont toutefois tenues, avant d'enlever de tels objets, d'en aviser les autorités allemandes en temps utile afin de leur donner

zu geben, in geeigneten Fällen eine andere Regelung vorzuschlagen.

Artikel 51

(1) Werden bewegliche Sachen, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschafft worden sind, nach Feststellung der Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges von diesen nicht mehr benötigt, so werden sie den deutschen Behörden zur Verfügung übergeben.

(2) Abweichend von Absatz (1) können Vereinbarungen über den Verkauf oder über eine sonstige Verwertung solcher beweglicher Sachen geschlossen werden. Nettoeinnahmen aus einer derartigen Verwertung fließen der Bundesrepublik zu.

(3) Bewegliche Sachen der in Absatz (1) genannten Art werden aus dem Bundesgebiet nur entfernt, wenn dies zur Erfüllung von Verteidigungsaufgaben der NATO erforderlich ist. Vorbehaltlich des Absatzes (4) gilt für die Entfernung folgendes:

(a) Den deutschen Behörden wird von der Entfernung vorher Mitteilung gemacht; in Eilfällen erfolgt diese Mitteilung nachträglich.

(b) Eine Mitteilung an die deutschen Behörden ist nicht erforderlich

- (i) bei der Entfernung von Gegenständen mit geringem Anschaffungswert;
- (ii) bei der vorübergehenden Entfernung von Gegenständen im Rahmen von Manövern oder von Tätigkeiten einer Truppe, die ein häufiges und wiederholtes Überschreiten der Grenzen der Bundesrepublik erfordern.

(4) Im Falle der Verlegung von Truppeneinheiten zum Zwecke der Verringerung oder der völligen Zurücknahme einer Truppe bleibt eine hiermit im Zusammenhang stehende Entfernung beweglicher Sachen der in Absatz (1) genannten Art besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

(5) Die Absätze (1) und (2) bleiben auch in Fällen der Entfernung aus dem Bundesgebiet unberührt; sie finden auch Anwendung, wenn die beweglichen Sachen der in Absatz (1) genannten Art nicht mehr zur Erfüllung von Verteidigungsaufgaben der NATO benötigt werden.

to enable the latter, in appropriate cases, to propose an alternative solution.

Article 51

1. Movable property procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds shall, when the authorities of a force or of a civilian component establish that such property is no longer required by them, be handed over to the German authorities for disposal.

2. Agreements in derogation of the provision in paragraph 1 of this Article may be reached concerning the sale or other forms of disposal of such movable property. Net receipts from such disposal shall accrue to the Federal Republic.

3. Movable property of the kind referred to in paragraph 1 of this Article may be removed from the Federal territory only if necessary to the fulfilment of the defence mission of NATO. Except as otherwise provided in paragraph 4, removal shall be governed by the following provisions:

(a) The German authorities shall be given prior, in urgent cases subsequent, notification of the removal.

(b) Notification to the German authorities shall not be required in the case of

- (i) removal of articles of minor purchase value;
- (ii) temporary removal of articles incidental to manoeuvres or activities of a force requiring frequent and repeated crossings of the borders of the Federal Republic.

4. Any removal of property of the kind referred to in paragraph 1 of this Article in connection with the transfer of units of a force for the purpose of reduction or complete withdrawal of the force shall be the subject of special agreements.

5. Paragraphs 1 and 2 of this Article shall remain unaffected in cases involving removal from the Federal territory; they shall apply equally where movable property of the kind referred to in paragraph 1 is no longer necessary to the fulfilment of the defence mission of NATO.

la possibilité, dans des cas appropriés, de proposer une autre solution.

Article 51

1. — Les biens mobiliers acquis au titre des budgets des frais d'occupation, des dépenses imposées ou des frais d'entretien sont remis à la disposition des autorités allemandes lorsque les autorités d'une force ou d'un élément civil estiment qu'elles n'en ont plus besoin.

2. — Par dérogation aux dispositions du paragraphe 1 du présent Article, des arrangements peuvent être conclus en vue de la vente ou de toute autre forme de cession de ces biens. Le produit net de la cession est porté au crédit de la République Fédérale.

3. — Les biens mobiliers visés au paragraphe 1 du présent Article ne peuvent être transférés hors du territoire fédéral que si ce transfert est nécessaire pour l'accomplissement de la mission de défense de l'OTAN. Sous réserve des dispositions du paragraphe 4, les modalités suivantes sont appliquées au transfert:

(a) Les autorités allemandes doivent être avisées au préalable du transfert; en cas d'urgence, cette notification peut être postérieure au transfert.

(b) Une notification aux autorités allemandes n'est pas nécessaire:

(i) lors du transfert d'objets dont la valeur d'achat est faible;

(ii) lors du transfert provisoire d'objets, dans le cadre de manœuvres ou d'autres activités d'une force exigeant un passage renouvelé et fréquent des frontières de la République Fédérale.

4. — Le transfert des biens mobiliers visés au paragraphe 1 du présent Article, effectué en cas de déplacement d'unités militaires en vue d'une réduction ou d'un retrait complet d'une force, fera l'objet d'arrangements spéciaux.

5. — Les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article continuent à s'appliquer, même dans le cas de transfert hors du territoire fédéral; elles s'appliquent également lorsque les biens mobiliers visés au paragraphe 1 ne sont plus nécessaires à l'accomplissement de la mission de défense de l'OTAN.

(6) Aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschaffte Zubehörstücke und Einrichtungsgegenstände, die zu Liegenschaften gehören, werden aus dem Bundesgebiet nicht entfernt.

(7) Einzelheiten werden durch Verwaltungsabkommen geregelt.

Artikel 52

(1) Beabsichtigt ein Entsendestaat, Liegenschaften oder andere Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehen und die der Truppe oder dem zivilen Gefolge zur Benutzung überlassen sind, ganz oder teilweise freizugeben, so erzielen die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges und die deutschen Behörden ein Einvernehmen über den zur Zeit der Freigabe gegebenenfalls noch vorhandenen Restwert von Investitionen, die aus eigenen Mitteln des Entsendestaates finanziert worden sind. Die Bundesregierung erstattet dem Entsendestaat den vereinbarten Restwert. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für aus eigenen Mitteln des Entsendestaates beschaffte Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, die vereinbahrungsgemäß auf einer solchen Liegenschaft zurückbleiben sollen.

(2) Zahlung nach Absatz (1) wird insoweit nicht geleistet, als für Schäden, die an den Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten durch den Entsendestaat verursacht worden sind, nach Artikel 41 Entschädigung zu leisten ist oder zu leisten sein würde, wenn auf den Entschädigungsanspruch nicht verzichtet oder der Entsendestaat nicht von der Haftung für Entschädigungsansprüche nach dem genannten Artikel befreit worden wäre.

(3) Ein Entsendestaat ist nicht verpflichtet, Investitionen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte von rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehenden Liegenschaften oder anderen Vermögenswerten zu entfernen. Stehen die Liegenschaften oder anderen Vermögenswerte rechtlich im Eigentum eines Landes, so wird die Bundesrepublik den Entsendestaat von der Haftung für alle Ansprüche befreien, die dem Land auf Grund des deutschen Rechts aus der unterlassenen Entfernung etwa zu stehen.

(4) Ein Entsendestaat erhebt keine Ansprüche wegen des Restwertes von Investitionen an Sachen der in Absatz (1) genannten Art und an der Truppe oder dem zivilen Gefolge zur unentgeltlichen Benutzung überlassenen Sachen im Eigentum juristischer Personen, an denen der Bund oder

6. Fixtures, fittings and furnishings belonging to accommodation and procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds shall not be removed from the Federal territory.

7. Details shall be the subject of administrative agreements.

Article 52

1. Where a sending State intends to release in whole or in part accommodation or other property legally owned by the Federation or a Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend and made available to the force or to the civilian component for use, agreement shall be reached between the authorities of the force or of the civilian component and the German authorities concerning the residual value, if any, remaining at the time of release in improvements which were financed by the sending State out of its own funds. The sending State shall be reimbursed by the Federal Republic for such agreed residual value. The first and second sentences of this paragraph shall also apply to equipment and supplies procured by the sending State with its own funds and which by agreement are to remain on such accommodation.

2. Payment under paragraph 1 of this Article shall not be made to the extent that compensation for damage caused to accommodation or other property by the sending State is payable under Article 41 of the present Agreement or would have been payable if the claim had not been waived or the sending State had not been relieved of liability for such claims under that Article.

3. A sending State shall not be required to remove improvements, articles of equipment, or supplies from accommodation or other property legally owned by the Federal Republic or by a Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend). Where the accommodation or other property is legally owned by a Land, the Federal Republic shall relieve the sending State from the liability for any possible claim that may be due to the Land under German law by reason of such non-removal.

4. A sending State shall not assert any claim in respect of the residual value of improvements to property of the kind referred to in paragraph 1 of this Article or in respect of improvements to property made available to the force or to the civilian component for use free of charge and

6. — Les accessoires et le mobilier faisant partie de biens immobiliers et acquis au titre des budgets des frais d'occupation, des dépenses imposées ou des frais d'entretien, ne peuvent être transférés hors du territoire fédéral.

7. — Les détails d'application sont réglés par accord administratif.

Article 52

1. — Lorsqu'un État d'origine se propose de restituer, en totalité ou en partie, des biens immobiliers ou d'autres biens qui appartiennent à la Fédération ou à un Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend) et qui ont été mis à la disposition de la force ou de l'élément civil pour usage, un accord intervient entre les autorités de la force ou de l'élément civil et les autorités allemandes au sujet de la valeur résiduelle éventuelle, au moment de la restitution, des aménagements effectués par l'État d'origine sur ses propres fonds. L'État d'origine sera remboursé par le Gouvernement fédéral de la somme représentée par la valeur résiduelle convenue. Les premières et deuxièmes phrases du présent paragraphe s'appliquent également à l'équipement et aux stocks acquis par l'État d'origine sur ses propres fonds et qui, par accord, doivent rester dans le bien immobilier en question.

2. — Il n'est pas effectué de paiement en vertu du paragraphe 1 du présent Article, dans la mesure où, aux termes de l'Article 41 du présent Accord, les dommages causés par l'État d'origine aux biens immobiliers ou autres biens donnent lieu à indemnisation ou y auraient donné lieu s'il n'avait été renoncé à toute demande de réparation, ou si l'État d'origine n'avait été dégagé de la responsabilité pour de telles demandes aux termes dudit Article.

3. — Un État d'origine n'est pas tenu d'enlever, des biens immobiliers ou de tous autres biens qui appartiennent à la Fédération ou à un Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend), les aménagements, l'équipement et les stocks. Au cas où des biens immobiliers ou d'autres biens appartiennent à un Land, la République Fédérale dégage l'État d'origine de toute responsabilité à l'égard de toute réclamation que, conformément au droit allemand, le Land pourrait présenter du fait de l'inexécution de l'enlèvement.

4. — Lorsque des aménagements ont été effectués au moyen de fonds mis à la disposition d'un État d'origine par la Fédération ou par un Land, l'État d'origine ne présente pas de demandes d'indemnité relatives à la valeur résiduelle des aménagements apportés aux biens visés au pa-

ein Land wirtschaftlich beteiligt ist, wenn die Investitionen aus Mitteln finanziert worden sind, die dem Entsendestaat vom Bund oder einem Land zur Verfügung gestellt worden sind. Eine Verrechnung des Restwertes solcher Investitionen mit Entschädigungen für Schäden, die während der Dauer der Benutzung solcher Sachen durch die Truppe oder das zivile Gefolge entstanden sind oder die bei der Entfernung der Investitionen entstehen, bleibt unberührt.

owned by juristic persons in which the Federation or a Land financially participates, if the improvements have been financed out of funds made available to the sending State by the Federation or a Land. This shall not affect the setting off of the residual value of such improvements against compensation for damage caused during the period of use of such property by the force or the civilian component or during the removal of such improvements.

ragraphe 1 du présent Article ou aux biens appartenant à des personnes morales à participation financière de la Fédération ou d'un Land et qui ont été mis à la disposition gratuite de la force ou de l'élément civil pour son usage. Cette disposition n'affecte pas la compensation entre la valeur résiduelle de ces aménagements et l'indemnité due pour les dommages survenus pendant l'utilisation des biens par la force ou l'élément civil ou lors de l'enlèvement des aménagements.

Artikel 53

(1) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften die zur befriedigenden Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderlichen Maßnahmen treffen. Hierbei kann die Truppe innerhalb der Liegenschaften auf den Gebieten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ihre eigenen Vorschriften anwenden, soweit diese gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen als das deutsche Recht.

(2) Absatz (1) Satz 1 gilt entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften, vorausgesetzt, daß Maßnahmen, welche zu Störungen des Luftverkehrs führen könnten, nur in Koordinierung mit den deutschen Behörden getroffen werden. Artikel 57 Absatz (7) bleibt unberührt.

(3) Bei der Durchführung der in Absatz (1) vorgesehenen Maßnahmen stellen die Truppe und das zivile Gefolge sicher, daß die deutschen Behörden die zur Wahrnehmung deutscher Belange erforderlichen Maßnahmen innerhalb der Liegenschaften durchführen können.

(4) Zur reibungslosen Durchführung der Maßnahmen nach den Absätzen (1), (2) und (3) arbeiten die deutschen Behörden mit den Behörden der Truppe und des zivilen Gefolges zusammen. Einzelheiten dieser Zusammenarbeit sind in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absätze (5) bis (7), geregelt.

(5) Im Falle einer gemeinsamen Benutzung von Liegenschaften durch eine Truppe oder ein ziviles Gefolge und die Bundeswehr oder zivile deutsche Stellen werden die erforderlichen Regelungen durch Verwaltungsabkommen oder besondere Vereinbarungen getroffen, in denen die Stellung der Bundesrepublik als Aufnahmestaat

Article 53

1. Within accommodation made available for its exclusive use, a force or a civilian component may take all the measures necessary for the satisfactory fulfilment of its defence responsibilities. Within such accommodation, the force may apply its own regulations in the fields of public safety and order where such regulations prescribe standards equal to or higher than those prescribed in German law.

2. The first sentence of paragraph 1 of this Article shall apply *mutatis mutandis* to measures taken in the air space above accommodation, provided that measures which might interfere with air traffic are taken only in co-ordination with the German authorities. The provisions of paragraph 7 of Article 57 of the present Agreement shall remain unaffected.

3. In carrying out the measures referred to in paragraph 1 of this Article, the force or the civilian component shall ensure that the German authorities are enabled to take, within the accommodation, such measures as are necessary to safeguard German interests.

4. The German authorities and the authorities of the force or of the civilian component shall co-operate to ensure the smooth implementation of the measures referred to in paragraphs 1, 2 and 3 of this Article. The details of such co-operation are set forth in paragraphs 5 to 7 of the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.

5. Where accommodation is used jointly by a force or a civilian component and the German Armed Forces or German civilian agencies, the regulations required for such use shall be laid down in administrative agreements or in special agreements in which appropriate consideration shall be given to the position of the Fed-

Article 53

1. — Une force et un élément civil peuvent prendre, à l'intérieur des biens immobiliers mis à leur disposition pour usage exclusif, les mesures nécessaires pour leur permettre de s'acquitter de façon satisfaisante de leurs responsabilités en matière de défense. A l'intérieur de ces biens immobiliers, la force peut appliquer ses propres règlements en matière de sécurité et d'ordre publics pour autant que ceux-ci prescrivent des normes équivalentes ou plus sévères que celles que prévoit le droit allemand.

2. — La disposition de la première phrase du paragraphe 1 du présent Article s'applique *mutatis mutandis* aux mesures concernant l'espace aérien situé au-dessus des biens immobiliers en question, sous réserve que les mesures susceptibles de perturber le trafic aérien ne soient prises qu'en coopération avec les autorités allemandes. Il n'est pas porté atteinte aux dispositions du paragraphe 7 de l'Article 57 du présent Accord.

3. — Dans l'application des mesures mentionnées au paragraphe 1 du présent Article, la force et l'élément civil veillent à ce que les autorités allemandes puissent exécuter à l'intérieur des biens immobiliers les mesures nécessaires à la sauvegarde des intérêts allemands.

4. — Les autorités allemandes et les autorités d'une force et d'un élément civil coopèrent afin d'assurer l'application harmonieuse des mesures prévues aux paragraphes 1, 2 et 3 du présent Article. Les détails de cette coopération sont définis aux paragraphes 5 à 7 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article.

5. — Lorsque des biens immobiliers sont utilisés en commun par une force ou un élément civil et par les Forces armées allemandes ou des services civils allemands, les dispositions régissant cette utilisation sont fixées par des accords administratifs ou par des accords spéciaux dans lesquels il est dûment tenu compte de la position

und die Verteidigungspflichten der Truppe angemessen berücksichtigt werden.

(6) Um einer Truppe und einem zivilen Gefolge die befriedigende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten zu ermöglichen, treffen die deutschen Behörden auf Antrag der Truppe geeignete Maßnahmen, um

- (a) Schutzbereiche zu errichten;
- (b) in der Umgebung der Truppe zur Benutzung überlassenen Liegenschaften die Bebauung und Bepflanzung sowie den öffentlichen Verkehr zu überwachen oder zu beschränken.

Artikel 54

(1) Für eine Truppe und ein ziviles Gefolge gelten die deutschen Vorschriften zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten bei Menschen, Tieren und Pflanzen sowie zur Verhütung der Verbreitung und zur Bekämpfung von Pflanzenschädlingen, soweit nicht die Vorschriften der Truppe auf diesem Gebiet gleichwertige oder höhere Anforderungen stellen. Innerhalb der einer Truppe zur Benutzung überlassenen Liegenschaften kann die Truppe ihre eigenen Vorschriften unter der Voraussetzung anwenden, daß sie hierdurch nicht die öffentliche Gesundheit oder den Pflanzenbau gefährdet.

(2) Die Behörden einer Truppe und die deutschen Behörden unterrichten einander unverzüglich über den Verdacht, den Ausbruch, den Verlauf und das Erlöschen einer übertragbaren Krankheit sowie über die getroffenen Maßnahmen.

(3) Halten die Behörden einer Truppe zum Schutze der Gesundheit Maßnahmen in der Umgebung von der Truppe zur Benutzung überlassenen Liegenschaften für erforderlich, so schließen sie über ihre Durchführung Vereinbarungen mit den deutschen Behörden.

(4) Sachen, deren Einfuhr nach deutschem Recht unzulässig ist, können mit Genehmigung der deutschen Behörden unter der Voraussetzung, daß die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau hierdurch nicht gefährdet wird, durch die Behörden einer Truppe eingeführt werden. Die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe schließen Vereinbarungen über Gruppen von Sachen, deren Einfuhr durch die deutschen Behörden nach dieser Bestimmung genehmigt wird.

eral Republic as receiving State as well as to the defence responsibilities of the force.

6. In order to enable a force or a civilian component satisfactorily to fulfil its defence responsibilities, the German authorities shall take appropriate measures, at the request of the force to

- (a) establish restricted areas (Schutzbereiche);
- (b) supervise or restrict construction, cultivation and movement in the vicinity of accommodation made available to the force for its use.

Article 54

1. The German regulations for the prevention and control of infectious diseases of humans, animals and plants as well as for the prevention and control of plant pests shall apply to a force and a civilian component insofar as the regulations of the force in these fields do not prescribe equal or higher standards. Within the accommodation made available for its use, a force may apply its own regulations, provided that neither public health (öffentliche Gesundheit) nor the cultivation of plants is endangered thereby.

2. The authorities of a force and the German authorities shall promptly inform each other of the outbreak, or suspected outbreak, development and elimination of an infectious disease, as well as of the measures taken.

3. If the authorities of a force deem it necessary to take health protection measures in the vicinity of accommodation made available for its use, they shall reach agreement with the German authorities regarding the execution of such measures.

4. Where German law prohibits the importation of certain articles, these articles may, with the approval of the German authorities, and provided that neither public health nor the cultivation of plants is endangered thereby, be imported by the authorities of a force. The German authorities and the authorities of the force shall agree on categories of articles the import of which is approved by the German authorities under this provision.

de la République Fédérale en tant qu'État de séjour et de la mission de défense de la force.

6. — Afin de permettre à une force et à un élément civil de s'acquitter de façon satisfaisante de leurs responsabilités en matière de défense, les autorités allemandes prennent, à la demande de la force, les mesures appropriées afin

- (a) d'établir des zones de servitudes (Schutzbereiche);
- (b) de contrôler ou restreindre la construction, la culture et la circulation au voisinage des biens immobiliers mis à la disposition de la force pour son usage.

Article 54

1. — Les règlements allemands relatifs à la prévention des maladies contagieuses de l'homme, des animaux et des plantes, à la lutte contre ces maladies, ainsi qu'à la prévention de la propagation des insectes nuisibles aux plantes et à la lutte contre ceux-ci sont applicables à une force et à un élément civil dans la mesure où les règlements de la force ne prescrivent pas, dans ces domaines, des normes équivalentes ou plus sévères. A l'intérieur des biens immobiliers mis à la disposition d'une force pour son usage, la force peut appliquer ses propres règlements, sous réserve qu'il n'en résulte aucun danger pour la santé publique (öffentliche Gesundheit) ou pour les plantations.

2. — Les autorités d'une force et les autorités allemandes s'informent réciprocement et immédiatement de l'apparition ou de tout soupçon d'apparition, de l'évolution et de l'extinction d'une maladie contagieuse, ainsi que des mesures prises.

3. — Si les autorités d'une force estiment qu'il est nécessaire de prendre des mesures de protection sanitaire dans le voisinage des biens immobiliers mis à la disposition de la force pour son usage, elles se mettent d'accord avec les autorités allemandes au sujet de la mise en œuvre de ces mesures.

4. — Lorsque le droit allemand interdit l'importation de certains articles, ceux-ci peuvent, avec l'approbation des autorités allemandes et sous réserve qu'il n'en résulte aucun danger pour la santé publique ou pour les plantations, être importés par les autorités d'une force.

Les autorités allemandes et les autorités de la force se mettent d'accord sur les catégories d'articles dont l'importation est approuvée par les autorités allemandes aux termes de la présente disposition.

(5) Die Behörden einer Truppe können mit Genehmigung der deutschen Behörden die Untersuchung und Überwachung der Sachen durchführen, die von ihnen eingeführt werden. Sie stellen sicher, daß durch die Einfuhr solcher Sachen die öffentliche Gesundheit oder der Pflanzenbau nicht gefährdet werden.

Artikel 55

- (1) (a) Verteidigungsanlagen, die für die Durchführung von NATO-Plänen für die gemeinsame Verteidigung erforderlich sind und innerhalb von Gebieten liegen, für deren Verteidigung die Behörden einer Truppe verantwortlich sind, werden nach Vereinbarung zwischen den Behörden der Truppe und den Bundesbehörden geplant und errichtet.
- (b) Die Arbeiten werden von den deutschen Behörden in Verbindung mit den Behörden der Truppe durchgeführt. Sofern jedoch ein besonderes Geheimhaltungs- oder Sicherheitserfordernis vorliegt, kann die Truppe nach angemessener Konsultation der Bundesbehörden an den mit diesen vereinbarten Plätzen derartige Arbeiten mit ihrem eigenen Personal oder mit nichtdeutschen Fachkräften durchführen.

(2) Die Bundesbehörden und die Behörden einer Truppe wirken zusammen, um sicherzustellen, daß die zu Verteidigungszwecken erforderlichen Schutzmaßnahmen sachgemäß und rechtzeitig vorbereitet und durchgeführt werden können.

Artikel 56

- (1) (a) Die für die zivilen Bediensteten bei der Bundeswehr maßgebenden arbeitsrechtlichen Vorschriften, mit Ausnahme der Dienstordnungen und der tariflichen Bestimmungen, gelten auch für die Beschäftigungsverhältnisse der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist.
- (b) Bewirbt sich jemand um Beschäftigung bei einer Behörde einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, so obliegt es ausschließlich dem Bewerber, sofern es von ihm verlangt wird, den Nachweis

5. The authorities of a force may, with the approval of the German authorities, carry out the examination and control of articles imported by them. They shall ensure that neither public health nor the cultivation of plants is endangered as a result of the importation of such articles.

Article 55

1. (a) Defensive works required to execute NATO plans for common defence within the areas for the defence of which the authorities of a force are responsible shall be planned and executed by agreement between the authorities of the force and the Federal authorities.
- (b) The work shall be carried out by the German authorities in liaison with the authorities of the force. However, where there is a special need for secrecy or security, the force shall have the right, after appropriate consultation and at sites agreed upon with the Federal authorities, to carry out such work with its own personnel or with non-German specialists.

2. The Federal authorities and the authorities of a force shall co-operate to ensure that defensive measures necessary to meet defence requirements are prepared and carried out adequately and in good time.

Article 56

1. (a) German labour law, as applicable to civilian employees working with the German Armed Forces, with the exception of decrees regulating working conditions (Dienstordnungen) and tariff regulations, shall apply to employment of civilian labour with a force or a civilian component except as otherwise provided in the present Agreement.
- (b) When seeking employment with an authority of a force or of a civilian component, the applicant shall be exclusively responsible, if so required, for furnishing proof that he has not been con-

5. — Les autorités d'une force peuvent, avec l'approbation des autorités allemandes, procéder à l'inspection et au contrôle des articles qu'elles importent. Elles veillent à ce que la santé publique ou les plantations ne soient pas mises en danger par suite de l'importation de ces articles.

Article 55

1. — (a) L'étude et la construction des ouvrages de défense nécessaires à l'exécution des plans OTAN pour la défense commune et qui se trouvent à l'intérieur de zones, de la défense desquelles les autorités d'une force sont responsables, sont effectuées par accord entre les autorités de la force et les autorités fédérales.
- (b) La construction de ces ouvrages est effectuée par les autorités allemandes en liaison avec les autorités de la force. Toutefois, lorsqu'il existe des besoins spéciaux de secret ou de sécurité, la force, après avoir dûment consulté les autorités fédérales et s'être mise d'accord avec elles sur les emplacements, a le droit d'exécuter de tels ouvrages avec son propre personnel ou avec des spécialistes non allemands.

2. — Les autorités fédérales et les autorités d'une force coopèrent afin que les mesures nécessaires aux buts de la défense soient préparées et exécutées de façon satisfaisante et en temps utile.

Article 56

1. — (a) La législation allemande du travail applicable aux employés civils des Forces armées allemandes, à l'exception des ordres de service (Dienstordnungen) et des règlements concernant les salaires, s'applique également aux conditions de travail de la main-d'œuvre civile auprès d'une force et d'un élément civil, sauf dans la mesure où le présent Accord en dispose autrement.
- (b) Lorsqu'une personne sollicite un emploi auprès d'une autorité d'une force ou d'un élément civil, il incombe à cette seule personne de fournir la preuve, si une telle preuve est exi-

zu erbringen, daß er wegen einer strafbaren Handlung nicht verurteilt worden ist. Kann der Bewerber ein polizeiliches Führungszeugnis nicht erlangen, so stellen ihm die deutschen Behörden nach den Vorschriften des deutschen Rechts einen Auszug aus dem Strafregister aus, falls er eine Bescheinigung der Truppe oder des zivilen Gefolges darüber vorlegt, daß er sich um Beschäftigung beworben hat und sofern durch die Erteilung dieses Auszuges nicht wesentliche deutsche Interessen gefährdet werden.

- (c) Ein Recht auf tatsächliche Beschäftigung steht den zivilen Arbeitskräften, unbeschadet ihres Anspruches auf Entlohnung, nicht zu.
 - (d) Versetzungen aus dienstlichen Gründen innerhalb der Bundesrepublik bedürfen des schriftlichen Einverständnisses der zivilen Arbeitskräfte; diese Einverständniserklärung kann jederzeit abgegeben werden.
 - (e) Eine Truppe ist berechtigt, nichtdeutsche zivile Arbeitskräfte zu zivilen Dienstgruppen zusammenzufassen.
 - (f) Die Tätigkeit der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge gilt nicht als Tätigkeit im deutschen öffentlichen Dienst.
- (2) Stellt ein deutsches Gericht für Arbeitssachen fest, daß das Arbeitsverhältnis durch eine Kündigung nicht aufgelöst ist, so hat es von Amts wegen eine Abfindung für den Fall festzusetzen, daß die Weiterbeschäftigung abgelehnt wird. Dies gilt sowohl für das Kündigungsschutzverfahren als auch für sonstige Klagen auf Feststellung oder auf Leistung aus dem Arbeitsverhältnis. Die Höhe der Abfindung richtet sich nach dem deutschen Arbeitsrecht. Mit der Ablehnung der Weiterbeschäftigung gilt das Arbeitsverhältnis als aufgelöst. Sollten der Truppe oder des zivilen Gefolges ist dem Gekündigten unverzüglich, spätestens binnen vierzehn Tagen nach der Zustellung des Urteils des Gerichts für Arbeitssachen, zu erklären, ob die Weiterbeschäftigung oder die Abfindung gewählt wird. Wird eine solche Erklärung innerhalb dieser Frist nicht abgegeben, so gilt die Abfindung als gewählt. Die Wahl der Weiterbeschäftigung schließt die Einlegung eines Rechtsmittel gegen das Urteil nicht aus. Dieser Absatz

victed of any offence. If the applicant cannot obtain a police certificate (Führungszeugnis), the German authorities shall, in accordance with the provisions of German law, provide him with an extract from the penal register if he presents a certificate from the force or the civilian component that he has applied for employment and if the issue of such extract does not endanger any essential German interests.

- (c) Without prejudice to their claim to remuneration, civilian employees shall have no right to actual work.
- (d) Transfers for duty reasons within the Federal Republic shall require the written consent of the civilian employee; such consent may be given at any time.
- (e) A force shall have the right to assemble non-German civilian labour to form civilian service organizations.
- (f) Employment of civilian labour with a force or a civilian component shall not be deemed employment with the German public service.

2. If a German Labour Court decides that the contract of employment has not come to an end by notice to terminate, it shall fix *ex officio* the compensation payable in the event that the continuation of the employment is refused. This shall apply to proceedings to obtain protection against dismissal (Kündigungsschutzverfahren) as well as to other actions for a declaratory judgement (Feststellungsklage), or for damages or specific performance (Leistungsklage) arising out of the contract of employment. The amount of compensation shall be determined according to the provisions of German labour law. The contract of employment shall be deemed to be terminated upon a refusal to continue the employment. The force or the civilian component shall inform the person concerned without delay, and, in any case, not later than two weeks after service of the decision of the Labour Court, whether it chooses to continue the employment or to pay the compensation. If no statement is made within

gée de sa part, qu'elle n'a subi aucune condamnation. Si cette personne ne peut obtenir un certificat de bonne conduite (Führungszeugnis) émanant des autorités de la police et si elle présente une attestation de la force ou de l'élément civil établissant qu'elle a sollicité un emploi, les autorités allemandes lui délivrent, conformément aux prescriptions de la législation allemande, un extrait du casier judiciaire si la communication de cet extrait ne porte pas atteinte à des intérêts allemands essentiels.

- (c) Sans préjudice de leur droit à rémunération, les employés civils ne peuvent prétendre remplir un emploi effectif.
- (d) Toute mutation pour raisons de service en République Fédérale nécessite que le consentement des employés civils intéressés soit donné par écrit; ce consentement peut être donné à tout moment.
- (e) Une force a le droit de grouper dans des organisations de services civils la main-d'œuvre civile non allemande.
- (f) L'emploi de main-d'œuvre civile auprès d'une force et d'un élément civil n'est pas considéré comme emploi auprès des services publics allemands.

2. — Si un tribunal allemand du travail constate qu'un licenciement n'a pas mis fin au contrat de travail, il doit déterminer d'office le montant de l'indemnité à verser dans le cas où la continuation de l'emploi est refusée. Cette disposition s'applique aux instances fondées sur la protection contre les licenciements (Kündigungsschutzverfahren) ainsi qu'aux autres actions intentées en vue d'obtenir un jugement déclaratoire ou de déterminer une prestation découlant du contrat de travail. Le montant de l'indemnité est déterminé selon les dispositions de la législation allemande du travail. Le refus de continuer à employer l'intéressé est considéré comme ayant mis fin au contrat de travail. La force ou l'élément civil sont tenus de signifier à l'intéressé, dans le plus bref délai, et au plus tard dans les deux semaines suivant la notification du jugement, s'ils ont l'intention d'opter pour la continuation de l'emploi ou pour le versement de l'indemnité. Si cette déclaration n'est pas faite dans le

gilt nicht für die Mitglieder der Betriebsvertretungen.

(3) Auf die bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge beschäftigten Arbeitskräfte finden die Vorschriften des deutschen Rechts über die Sozialversicherung einschließlich der Unfallversicherung, über die Arbeitslosenversicherung und über das Kindergeld Anwendung. Träger der Unfallversicherung ist die Bundesrepublik.

(4) Die bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge beschäftigten deutschen zivilen Arbeitskräfte werden nur zu Diensten nichtsoldatischer Art, einschließlich ziviler Wachdienste, verwendet.

(5) Den deutschen Behörden obliegt es, im Einvernehmen mit den Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges

- (a) die als Grundlage für die einzelnen Arbeitsverträge dienenden Arbeitsbedingungen, einschließlich der Löhne, der Gehälter und der Einreihung der einzelnen Tätigkeitsarten in Lohn- und Gehaltsgruppen, festzusetzen und Tarifverträge abzuschließen und
- (b) das Entlohnungsverfahren zu regeln.

(6) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges haben gegenüber den Arbeitskräften die Befugnis zur Einstellung, zur Einstufung nach Maßgabe von Absatz (7) Buchstabe (a) Sätze 2 bis 6 und Buchstabe (b), Zuweisung des Arbeitsplatzes, Ausbildung, Versetzung, Kündigung und Entgegennahme von Kündigungen.

(7) (a) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges bestimmen die Zahl und Art der benötigten Arbeitsplätze gemäß der Einreihung der Tätigkeitsarten im Sinne des Absatzes (5) Buchstabe (a). Der einzelne Arbeitnehmer wird durch die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges vorläufig in die entsprechende Lohn oder Gehaltsgruppe eingestuft. Diese Einstufung bedarf der Zustimmung der zuständigen deutschen Behörden. Die Zustimmung gilt als gegeben, wenn die deutschen Behörden nicht innerhalb von

this period of time, the force or the civilian component shall be deemed to have chosen to pay the compensation. The choice of continued employment of the person concerned shall not preclude the possibility of filing an appeal against the decision. This paragraph shall not apply to members of works councils (Betriebsvertretungen).

3. The provisions of German law concerning social insurance, including accident insurance, unemployment insurance and children's allowance shall apply to labour working with a force or a civilian component. The Federal Republic shall be the accident insurance carrier.

4. German civilian labour working with a force or a civilian component shall only be engaged in services of a non-combatant nature including civilian guard duties.

5. The German authorities, in agreement with the authorities of a force or of a civilian component, shall

- (a) establish the terms and conditions of employment, including wages, salaries and job groupings, which shall serve as the basis for individual employment contracts, and shall conclude tariff agreements;
- (b) regulate payment procedure.

6. The authorities of a force or of a civilian component shall, in respect of the employment of labour, have the right of engagement, classification in accordance with sentences 2 to 6 of sub-paragraph (a) and with sub-paragraph (b) of paragraph 7 of this Article, and of placement, training, transfer, dismissal and acceptance of resignations.

7. (a) The authorities of a force or of a civilian component shall determine the number of jobs required and classify such jobs in accordance with the job groupings established under sub-paragraph (a) of paragraph 5 of this Article. The individuals to fill such jobs shall be provisionally classified by the authorities of the force or of the civilian component into the appropriate wage or salary groups. The latter classification shall be subject to the approval of the competent German authorities. Such approval shall be deemed to have been given, unless the

délai précité, la force ou l'élément civil sont considérés comme ayant opté pour l'indemnisation. L'option pour la continuation de l'emploi n'exclut pas la possibilité de faire appel contre le jugement. Les dispositions du présent paragraphe ne s'appliquent pas aux membres des conseils d'entreprise (Betriebsvertretungen).

3. — La législation allemande en matière d'assurances sociales, y compris l'assurance-accidents, d'assurance-chômage et d'allocations pour enfants s'applique à la main-d'œuvre d'une force et d'un élément civil. La République Fédérale est l'organisme assureur en matière d'assurance-accidents.

4. — La main-d'œuvre civile allemande d'une force et d'un élément civil ne peut remplir que des emplois de non-combattants, y compris le gardiennage.

5. — Il appartient aux autorités allemandes, en accord avec les autorités d'une force et d'un élément civil:

- (a) de fixer les conditions de travail, y compris les salaires, les traitements et les échelles de classement des catégories professionnelles (qui serviront de base aux contrats de travail individuels), ainsi que de conclure des conventions collectives;
- (b) de déterminer les modalités de paiement des salaires et traitements.

6. — Les autorités d'une force et d'un élément civil ont le droit de procéder, en ce qui concerne la main-d'œuvre, à l'embauchage, au classement conformément aux phrases 2 à 6 de l'alinéa (a) et à l'alinéa (b) du paragraphe 7 du présent Article, à l'affectation, à la formation professionnelle, aux mutations, aux licenciements, et d'accepter les démissions.

7. — (a) Les autorités d'une force et d'un élément civil fixent le nombre des emplois nécessaires et classent ces emplois conformément aux échelles de classement des catégories professionnelles prévues à l'alinéa (a) du paragraphe 5 du présent Article. Les autorités de la force et de l'élément civil classent provisoirement chaque salarié dans l'échelon de salaire ou de traitement approprié. Ce classement est sujet à l'approbation des autorités compétentes. L'approbation est considérée

vierzehn Tagen nach Zugang der Mitteilung über die vorläufige Einstufung Einspruch erheben. Im Falle eines Einspruches wird über die entsprechende Einstufung im Benehmen zwischen den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges und den deutschen Behörden entschieden. Die Entlohnung für die Zeit der vorläufigen Einstufung wird gemäß der endgültigen Einstufung gezahlt; auf diese Vorschrift ist der Arbeitnehmer bei der vorläufigen Einstufung hinzuweisen.

- (b) Die Behörden der Truppe führen die Einstufung der Mitglieder der Dienstgruppen durch. Sie teilen diese Einstufung den zuständigen deutschen Behörden mit und berücksichtigen deren Änderungsvorschläge in angemessener Weise.

(8) Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis und aus dem Sozialversicherungsverhältnis unterliegen der deutschen Gerichtsbarkeit. Klagen gegen den Arbeitgeber sind gegen die Bundesrepublik zu richten. Klagen für den Arbeitgeber werden von der Bundesrepublik erhoben.

(9) Die für die zivilen Bediensteten bei der Bundeswehr maßgebenden Vorschriften des deutschen Rechts über die Personalvertretung gelten für die Betriebsvertretung der zivilen Arbeitskräfte bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge, soweit in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls nicht etwas anderes bestimmt ist.

(10) Soweit die deutschen Behörden Verwaltungsarbeiten ausführen, die mit der Beschäftigung von Arbeitskräften bei einer Truppe und einem zivilen Gefolge und mit deren Entlohnung zusammenhängen, vergütet die Truppe die Kosten dieser Verwaltungsarbeit in Höhe eines Prozentsatzes der Gesamtsumme der von den deutschen Behörden verwalteten Löhne und Gehälter, zuzüglich der Zuschüsse und Gratifikationen. Der Prozentsatz richtet sich nach den tatsächlichen Kosten und wird von den deutschen Behörden und den Behörden jedes Entsendestaates in Einzelvereinbarungen festgesetzt, in denen auch die Maßstäbe für die Beurteilung derartiger Kosten bestimmt werden.

German authorities raise an objection within two weeks of the date of receipt of notification of the provisional classification. If an objection has been raised, the appropriate classification shall be determined by consultation between the authorities of the force or of the civilian component and the German authorities. The remuneration for the period covered by the provisional classification shall be paid according to the final classification; the worker shall be so informed at the time of the provisional classification.

- (b) The authorities of the force shall carry out the classification of the members of the civilian service organizations. They shall inform the appropriate German authorities of such classification and shall give due consideration to any suggestions for amendment made by the latter.

8. Disputes arising out of employment or social insurance shall be subject to German jurisdiction. Lawsuits against the employer shall be filed against the Federal Republic. Lawsuits on behalf of the employer shall be instituted by the Federal Republic.

9. The provisions of German law concerning personnel representation as applicable to the civilian employees of the German Armed Forces shall apply to the employees' representation of civilian labour of a force or of a civilian component unless otherwise provided in the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.

10. Where the German authorities carry out administrative work in respect of the employment of labour by a force or a civilian component and of its remuneration, the costs of such administrative work shall be reimbursed by the force in the amount of a percentage of the total wages and salaries, including allowances and gratuities, administered by the German authorities. The percentage shall be based on actual costs and shall be the subject of separate agreements between the German authorities and the authorities of each sending State, in which the criteria for assessing such costs shall also be laid down.

rée comme acquise si les autorités allemandes ne font pas opposition dans un délai de deux semaines après réception de la notification de classement provisoire. En cas d'opposition, le classement approprié est déterminé par voie de consultation entre les autorités de la force ou de l'élément civil et les autorités allemandes. La rémunération pour la période de classement provisoire est versée conformément au classement définitif; le salarié sera informé de cette disposition au moment de son classement provisoire.

- (b) Les autorités de la force procèdent au classement des membres des organisations de services civils. Les autorités compétentes allemandes sont tenues informées de ce classement et les forces tiennent dûment compte de toutes modifications que pourraient suggérer les autorités allemandes.

8.—Les litiges découlant du contrat de travail et de l'assurance sociale sont soumis à la juridiction allemande. Les actions intentées à l'encontre de l'employeur sont formulées à l'encontre de la République Fédérale. Les actions intentées pour le compte de l'employeur sont introduites par la République Fédérale.

9.—La législation allemande en matière de représentation du personnel applicable aux employés civils des Forces armées allemandes s'applique à la représentation du personnel appartenant à la main-d'œuvre civile d'une force et d'un élément civil, sauf dans la mesure où il en est disposé autrement à la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article.

10.—Lorsque les autorités allemandes exécutent des tâches administratives relatives à l'emploi et à la rémunération de la main-d'œuvre employée par une force ou un élément civil, les dépenses qui en découlent sont remboursées par la force sous forme d'un pourcentage calculé sur l'ensemble des traitements, salaires, primes et gratifications payés par l'entremise des autorités allemandes. Ce pourcentage est établi sur la base des dépenses réelles et fait l'objet d'accords séparés, fixant également les critères d'évaluation de ces dépenses, entre les autorités allemandes et les autorités de chaque Etat d'origine.

Artikel 57

(1) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen sind berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen die Grenzen der Bundesrepublik zu überqueren sowie sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen.

(2) Die Betriebsrechte der deutschen Eisenbahnen bleiben unberührt. Über die Einstellung und Beförderung eigener Güter- und Reisezugwagen und über die Zulassung eigener Triebfahrzeuge einer Truppe werden Einstellungsverträge oder Verwaltungsabkommen zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Eisenbahnverwaltungen abgeschlossen.

(3) Die deutschen Verkehrsvorschriften gelten für eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und für Angehörige, soweit nicht in diesem Abkommen etwas anderes bestimmt ist.

(4) (a) Abweichungen von den deutschen Vorschriften über das Verhalten im Straßenverkehr sind einer Truppe nur im Falle dringender militärischer Erfordernisse und unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gestattet.

(b) Über die Bestimmung und Benutzung eines Straßennetzes für den militärischen Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, sind Vereinbarungen zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden zu schließen. Der Verkehr mit derartigen Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern ist auf Straßen außerhalb des vereinbarten Straßennetzes nur bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Falle des Staatsnotstandes oder nach Vereinbarung zwischen diesen Behörden zulässig.

(5) Vorbehaltlich einer gebührenden Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sind die deutschen Vorschriften auf den Bau, die Ausführung und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe oder Luftfahrzeuge einer Truppe und eines zivilen Gefolges nicht anzuwenden, wenn diese Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe oder Luftfahrzeuge den Vorschriften des Entsendestaates entsprechen.

Article 57

1. A force, a civilian component, their members and dependents shall have the right to cross the borders of the Federal Republic or to move within and over the Federal territory in vehicles, vessels and aircraft.

2. The operating rights of the German railways shall remain unaffected. The registration and movement of freight cars and passenger cars of a force as well as the admittance of locomotives of the force shall be governed by registration contracts or administrative agreements to be concluded between the authorities of the force and the German railway authorities.

3. Unless otherwise provided in the present Agreement, German traffic regulations shall apply to a force, a civilian component, their members and dependents.

4. (a) Deviations from German regulations governing conduct in road traffic shall be permitted to a force only in cases of military exigency and then only with due regard to public safety and order.

(b) Agreements shall be concluded between the authorities of a force and the German authorities regarding the designation and use of a road network for military traffic by vehicles and trailers the dimensions, axle loads, total weight or number of which exceed limitations under German traffic regulations. The operation of such vehicles and trailers on roads not within the agreed network shall be permitted only in case of accidents, catastrophes, state of emergency or by agreement between those authorities.

5. Subject to due regard being paid to public safety and order, German regulations shall not apply to the construction, design and equipment of vehicles, trailers, inland water vessels or aircraft of a force and of a civilian component, if such vehicles, trailers, inland water vessels or aircraft conform to the regulations of the sending State.

Article 57

1. — Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à charge ont le droit de franchir les frontières de la République Fédérale et de se déplacer à l'intérieur et au-dessus du territoire fédéral dans des véhicules, navires et aéronefs.

2. — Il n'est pas porté atteinte aux droits d'exploitation des chemins de fer allemands. L'enregistrement et la circulation de wagons et de voitures d'une force, ainsi que l'admission du matériel moteur appartenant à cette force, sont réglés par des contrats d'enregistrement et de circulation ou par des accords administratifs conclus entre les autorités de la force et les administrations allemandes des chemins de fer.

3. — Les prescriptions allemandes relatives à la circulation s'appliquent à une force, à un élément civil, à leurs membres et aux personnes à charge, dans la mesure où le présent Accord n'en dispose pas autrement.

4. — (a) Une force n'est autorisée à déroger aux prescriptions allemandes relatives à la circulation routière que dans les cas où les nécessités militaires l'exigent et compte tenu de la sécurité et de l'ordre publics.

(b) Des accords sont conclus entre les autorités d'une force et les autorités allemandes concernant la désignation et l'utilisation d'un réseau routier réservé au trafic des véhicules et des remorques militaires dont les dimensions, la charge par essieu, le poids total ou le nombre excèdent les limites prescrites par la réglementation allemande de la circulation. La circulation de tels véhicules et remorques sur des routes autres que celles du réseau ainsi désigné n'est autorisée qu'en cas d'accidents, de catastrophes, d'état d'urgence ou par accord entre lesdites autorités.

5. — Sous réserve qu'il soit tenu compte de la sécurité et de l'ordre publics, les prescriptions allemandes ne s'appliquent pas à la construction, aux caractéristiques et à l'équipement des véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronautes d'une force et d'un élément civil, lorsque ces véhicules, remorques, bâtiments fluviaux ou aéronautes sont conformes aux prescriptions de l'État d'origine.

(6) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge dürfen mit Militärflugzeugen Verkehrsflughäfen und sonstiges Luftfahrtgelände, das ihnen nicht zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden ist, nur in Notfällen oder nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen oder sonstigen Vereinbarungen mit den zuständigen deutschen Behörden benutzen.

(7) Die deutschen militärischen Behörden nehmen die militärischen Luftfahrtinteressen der Truppen in dem deutschen Ausschuß zur Koordinierung der zivilen und militärischen Luftfahrt wahr, sobald dieser gemäß den Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation und des Ausschusses für Europäische Luftraumkoordinierung der NATO gebildet ist; sie sind in diesem Ausschuß für die Vertretung eines koordinierten militärischen Standpunktes verantwortlich. Vertretern der Truppen wird, soweit angezeigt, angemessene Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt vor dem Ausschuß darzulegen.

(8) Alle von den deutschen Behörden und den Behörden der Truppen errichteten und betriebenen Kontrollsystme für den Luftverkehr und die dazu gehörigen Fernmeldesysteme werden koordiniert, soweit dies erforderlich ist, um die Sicherheit des Luftverkehrs und die gemeinsame Verteidigung zu gewährleisten.

Artikel 58

(1) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen sind berechtigt, die öffentlichen und privaten Verkehrsmittel und -einrichtungen in der Bundesrepublik, die dem öffentlichen Verkehr dienen, zu benutzen. Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarungen unterliegt die Ausübung dieses Rechts den allgemein für den Verkehr geltenden Vorschriften.

(2) (a) Bei der Benutzung der in Absatz (1) genannten Verkehrsmittel und -einrichtungen werden auf eine Truppe und ein ziviles Gefolge keine ungünstigeren Tarife angewandt als auf die Bundeswehr. Diese Tarife werden von den zuständigen deutschen Behörden nach dem deutschen Verkehrsrecht festgesetzt oder genehmigt. Die Behörden der Truppe haben das Recht, an den Verhandlungen mit den Verkehrsträgern über die Militärtarife teilzunehmen. Wenn im Hinblick auf Verkehrsleistungen für eine Truppe und ihr ziviles Gefolge besondere Verhältnisse eintreten, für die es an Bestimmungen in den Mili-

6. A force and a civilian component shall be allowed to use civilian air-fields and other landing areas not made available for their exclusive use for landing military aircraft only in cases of emergency or in accordance with administrative agreements or other arrangements concluded with the competent German authorities.

7. The German military authorities shall represent the military aviation interests of the forces within the German Commission for the Co-ordination of Civil and Military Aviation when established pursuant to the Recommendations of the International Civil Aviation Organization and of the Committee for European Air Space Co-ordination of the North Atlantic Treaty Organization, and shall be responsible for the presentation in this Commission of a co-ordinated military viewpoint. Representatives of the forces shall, where appropriate, be given adequate opportunity to present their views before the Commission.

8. All air traffic control and related communications systems developed and operated by the German authorities and by the authorities of the forces shall be co-ordinated to the extent necessary to ensure air traffic safety and the common defence.

Article 58

1. A force, a civilian component, their members and dependents shall be entitled to use publicly and privately owned German transport facilities and services which serve the needs of public transport in the Federal Republic. Unless otherwise agreed, the exercise of this right shall be subject to the generally applicable transportation regulations.

2. (a) Tariffs applicable to a force and a civilian component for the use of the transport facilities and services referred to in paragraph 1 of this Article shall be not less favourable than those applicable to the German Armed Forces. Such tariffs shall be fixed or approved by the competent German authorities in accordance with German transportation legislation. The authorities of the force shall have the right to participate in negotiations with the carriers concerning military tariffs. When, in respect of transportation services for a force and its civilian component, special conditions arise for which the military tariffs do not provide, the

6. — Une force et un élément civil ne peuvent utiliser, pour l'atterrissement d'aéronefs militaires, les aérodromes civils et autres terrains d'aviation non réservés à leur usage exclusif que dans des cas d'urgence ou en vertu d'accords administratifs ou d'autres arrangements conclus avec les autorités allemandes compétentes.

7. — Les autorités militaires allemandes représenteront les intérêts des forces en matière d'aviation militaire au sein de la Commission allemande pour la Coordination de l'Aviation Civile et Militaire, dès qu'elle aura été instituée conformément aux recommandations de l'Organisation de l'Aviation Civile Internationale et du Comité de Coordination de l'Espace Aérien Européen de l'OTAN, et seront chargées de soutenir au sein de cette Commission un point de vue militaire coordonné.

Les représentants des forces auront, si besoin est, la possibilité d'exposer leur point de vue devant la Commission.

8. — L'ensemble du contrôle de la navigation aérienne et les systèmes de transmission connexes établis et exploités par les autorités allemandes et par les autorités des forces sont coordonnés dans la mesure nécessaire pour assurer la sécurité de la navigation aérienne et la défense commune.

Article 58

1. — Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à charge sont en droit d'utiliser les moyens et services de transport, publics et privés, exploités à l'usage public dans la République Fédérale. A moins qu'il n'en soit convenu autrement, l'exercice de ce droit est soumis à la réglementation générale en matière de transports.

2. — (a) Lors de l'utilisation des moyens et services de transport visés au paragraphe 1 du présent Article, les tarifs appliqués à une force et à un élément civil ne sont pas moins favorables que ceux qui sont appliqués aux Forces armées allemandes. Ces tarifs sont établis ou approuvés par les autorités allemandes compétentes dans les conditions prévues par la législation allemande sur les transports. Les autorités de la force ont le droit de participer aux négociations avec les transporteurs au sujet des tarifs militaires. Lorsque des conditions spéciales pour lesquelles

tärtarifen fehlt, ergänzen die deutschen Behörden die Militärtarife nach Verhandlungen zwischen den Behörden der Truppe und den Verkehrsträgern im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse in angemessener Weise.

German authorities shall, after negotiations between the authorities of the force and the carriers, make suitable additions to the military tariffs within the scope of their legal powers.

aucune disposition n'est prévue dans les tarifs militaires se présentent en matière de prestations de transport effectuées pour le compte d'une force et de son élément civil, ces tarifs sont dûment complétés par les autorités allemandes dans le cadre de leurs pouvoirs légaux, après négociation entre les autorités de la force et les transporteurs.

- (b) Militärtarife werden nach einem vereinfachten Tarifschema gestaltet, das der Eigenart des Militärverkehrs Rechnung trägt und die praktische Anwendung der Tarife durch eine Truppe und ein ziviles Gefolge erleichtert.
- (c) Die Anwendung der Sätze der Militärtarife führt für eine Truppe und ein ziviles Gefolge insgesamt zu keinem ungünstigeren Ergebnis als die Anwendung der Sätze der öffentlichen Tarife, einschließlich der in Be- tracht kommenden Ausnahmetarife.

(3) Die Bundesrepublik prüft Anträge einer Truppe auf Errichtung zusätzlicher oder Änderung bestehender Einrichtungen wohlwollend, wenn der Verkehrsbedarf der Truppe anders nicht befriedigt werden kann.

(4) Die deutschen Behörden unternehmen im Rahmen ihrer Zuständigkeit erforderlichenfalls geeignete Schritte, um sicherzustellen, daß der Bedarf einer Truppe an Kessel-, Schlaf- und Speisewagen durch Abmachungen zwischen den Behörden der Truppe und Unternehmen, die solche Dienste gewerblieblich anderen Benutzern zur Verfügung stellen, zu angemessenen Bedingungen befriedigt wird.

Artikel 59

- (1) (a) Eine Truppe kann Militärapostämter für den Post- und Telegraphenverkehr der Truppe, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen einrichten und betreiben.
- (b) Die Militärapostämter können insbesondere offene oder verschlossene Postsendungen der Truppe, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen

- (b) Military tariffs shall be computed on the basis of a simplified scheme, which shall take into account the special character of military traffic and facilitate their application by a force or a civilian component.
- (c) The overall effect of the application of military tariff rates shall result in no less favourable treatment for a force or a civilian component than would have resulted from the application of public tariff rates including relevant special tariffs.

3. The Federal Republic shall give sympathetic consideration to requests by a force for construction of additional facilities or for modification of existing facilities, where the transportation requirements of the force cannot otherwise be met.

4. The German authorities shall, where necessary, take appropriate steps within their competence to ensure that requirements of a force with respect to tank cars, sleeping and dining cars will be satisfied on reasonable terms by contractual arrangements between the authorities of the force and the enterprises which provide such services on a commercial basis to other users.

Article 59

- 1. (a) A force may establish and operate post offices for the postal and telegraphic services of the force, the civilian component, their members and dependents.
- (b) In particular, the forces post offices may

- (b) Les tarifs militaires sont établis selon un schéma simplifié qui tient compte du caractère particulier des transports militaires et facilite l'application de ces tarifs par une force ou un élément civil.

(c) Dans l'ensemble, l'effet de l'application des taux figurant dans les tarifs militaires n'est pas moins favorable pour une force et un élément civil que celui résultant de l'application des taux figurant dans les tarifs publics, compte tenu des tarifs spéciaux applicables.

3. — La République Fédérale examine avec bienveillance les demandes d'une force relatives à la construction d'installations supplémentaires ou à la modification des installations existantes, lorsque les besoins de la force en matière de transports ne peuvent être satisfaits autrement.

4. — Dans le cadre de leur compétence, les autorités allemandes prennent, si nécessaire, toutes mesures utiles pour assurer que les besoins d'une force en matière de wagons-citernes, de wagons-lits et de wagons-restaurants sont satisfaits dans des conditions raisonnables par voie d'arrangements contractuels entre les autorités de la force et les entreprises qui louent de tels wagons à d'autres utilisateurs sur une base commerciale.

Article 59

- 1. — (a) Une force peut établir et faire fonctionner des bureaux de poste militaires chargés d'assurer les opérations postales et télégraphiques de la force, de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à charge.
- (b) Les bureaux de poste militaires peuvent notamment:

| | | |
|--|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> (i) in das Bundesgebiet einführen, (ii) aus ihm ausführen und anderen Militärapostämtern im Bundesgebiet zuleiten, (iii) innerhalb des Bundesgebietes befördern. | <ul style="list-style-type: none"> (i) receive from outside the Federal territory, (ii) dispatch to destinations outside the Federal territory and to other forces post offices within the Federal territory, (iii) carry within the Federal territory open or closed mails of the force, the civilian component, their members and dependents. | <ul style="list-style-type: none"> (i) recevoir en provenance de l'extérieur du territoire fédéral, (ii) adresser à l'étranger et à d'autres bureaux de poste militaires situés sur le territoire fédéral, (iii) acheminer à l'intérieur du territoire fédéral le courrier, cacheté ou non, de la force, de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à charge. |
| <p>(c) Der Postanweisungsdienst ist auf den Verkehr zwischen den Militärapostämtern und zwischen diesen Ämtern und anderen Postämtern des betreffenden Entsendestaates beschränkt.</p> | <p>(c) Postal remittance facilities shall be restricted to traffic between forces post offices and between such offices and other post offices of the sending State concerned.</p> | <p>(c) Le service des mandats postaux est limité aux envois effectués entre les bureaux de poste militaires et aux envois effectués entre ces bureaux et d'autres bureaux de poste relevant de l'État d'origine intéressé.</p> |
| <p>(2) Die Militärapostämter können offene oder verschlossene Postsendungen der Truppe, des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und von deren Angehörigen der Deutschen Bundespost zuleiten oder von ihr empfangen. Die zwischen der Bundesrepublik und dem beteiligten Entsendestaat geltenden internationalen Abkommen werden auf den Postverkehr zwischen den Militärapostämtern und der Deutschen Bundespost angewendet, soweit nicht besondere Vereinbarungen über die Gebühren oder einzelne Dienste zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe geschlossen werden. Auswechselungsämter werden in gegenseitigem Einvernehmen eingerichtet.</p> | <p>2. The forces post offices may dispatch to the German Federal Post or receive from the German Federal Post open or closed mails of the force, the civilian component, their members and dependents. International agreements applicable between the Federal Republic and the sending State concerned shall apply to postal transactions between the forces post offices and the German Federal Post unless special agreements are concluded between the German authorities and the authorities of the force with regard to postal charges or particular services. Exchange offices shall be established by mutual agreement.</p> | <p>2. — Les bureaux de poste militaires peuvent adresser aux Postes fédérales allemandes (Deutsche Bundespost), ou en recevoir, le courrier, cacheté ou non, de la force, de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à charge. Les accords en matière de relations postales, en vigueur entre la République Fédérale et l'État d'origine intéressé, s'appliquent aux relations postales entre les bureaux de poste militaires et les Postes fédérales allemandes, à moins que des arrangements spéciaux ne soient conclus entre les autorités allemandes et les autorités de la force au sujet des tarifs ou des services particuliers. Des bureaux d'échange sont établis par voie d'accords réciproques.</p> |
| <p>(3) Bei Militärapostämtern eingelieferte Sendungen können mit Wertzeichen des betreffenden Entsendestaates freigemacht werden.</p> | <p>3. Mail posted at forces post offices may bear stamps of the sending State concerned.</p> | <p>3. — Les timbres-poste de l'État d'origine intéressé peuvent être employés pour l'affranchissement des envois déposés dans les bureaux de poste militaires.</p> |
| <p>(4) Soweit eine Einheit einer Truppe Militärapostämter nicht unterhält, können diese Einheit, ihr ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige die Militärapostdienste einer anderen Truppe benutzen. Wenn eine solche Benutzung unbegrenzte oder längere Zeit dauern soll, wird die Deutsche Bundespost so bald wie möglich unterrichtet.</p> | <p>4. Where a unit of a force does not operate forces post offices, such unit, its civilian component, their members and dependents may use the postal services of another force. Where such use is to be permanent or of long duration, the German Federal Post shall be informed as soon as possible.</p> | <p>4. — Dans la mesure où une unité d'une force n'entretient pas de bureaux de poste militaires, cette unité, ainsi que son élément civil, leurs membres et les personnes à leur charge peuvent utiliser les services postaux militaires d'une autre force. Si une telle utilisation doit être permanente ou de longue durée, les Postes fédérales allemandes en sont informées dès que possible.</p> |

Artikel 60

(1) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen benutzen die öffentlichen Fernmelde-dienste der Bundesrepublik, soweit nicht in diesem Artikel etwas anderes vorgesehen ist. Für die Benutzung gelten die jeweiligen deutschen Vorschriften, soweit nicht durch Verwaltungsabkommen etwas Abweichendes bestimmt ist. Bei der Anwendung der deutschen Vorschriften wird eine

Article 60

1. Insofar as this Article does not provide otherwise, a force, a civilian component, their members and dependents, shall use the public telecommunications systems of the Federal Republic. Subject to other arrangements provided for by administrative agreement, such use shall be governed by the German regulations in force at the time. In the application of such regulations, the treatment

Article 60

1. — Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à leur charge utilisent les services publics de télécommunications de la République Fédérale, dans la mesure où il n'en est pas décidé autrement aux termes du présent Article. Les conditions d'utilisation sont conformes aux prescriptions allemandes en vigueur sous réserve des dérogations prévues par accord administratif. Lors

Truppe nicht ungünstiger als die Bundeswehr behandelt.

(2) Eine Truppe kann, soweit dies für militärische Zwecke erforderlich ist,

(a) Drahtfernmeldeanlagen innerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften,

(b) nach Konsultation der deutschen Behörden Funkstellen für feste Funkdienste,

(c) Funkanlagen für bewegliche Funkdienste und Ortungsfunkdienste,

(d) sonstige Funkempfangsanlagen,

(e) zeitweilig Fernmeldeanlagen jeder Art für den Einsatz bei Übungen, Manövern und in Fällen eines Notstandes errichten, betreiben und unterhalten,

(3) (a) Eine Truppe kann Drahtfernmeldeanlagen außerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften mit Zustimmung der deutschen Behörden errichten, betreiben und unterhalten, wenn

(i) zwingende Gründe der militärischen Sicherheit vorliegen oder

(ii) die deutschen Behörden nicht in der Lage sind oder darauf verzichten, die erforderlichen Einrichtungen zu schaffen.

(b) Die beschleunigte Durchführung des Zustimmungsverfahrens seitens der deutschen Behörden wird durch Verwaltungsabkommen sichergestellt.

(4) (a) Eine Truppe kann Fernmeldeanlagen, die vor Inkrafttreten dieses Abkommens den bisherigen Vorschriften entsprechend in Betrieb genommen worden sind, auch weiterhin betreiben und unterhalten.

(b) Fernmeldeanlagen, deren Errichtung vor Inkrafttreten dieses Abkommens unter Beachtung der bisherigen Vorschriften begonnen, aber nicht beendet worden ist, können innerhalb eines Zeitraumes von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses

accorded to a force shall be no less favourable than that accorded to the German Armed Forces.

2. To the extent required for military purposes a force may set up, operate, and maintain:

(a) wire telecommunication facilities within accommodation used by it;

(b) radio stations for fixed services, subject to prior consultation with the German authorities;

(c) facilities for mobile radio services and radio location services;

(d) other radio receiving facilities;

(e) temporary telecommunication facilities of any kind for training exercises, manœuvres, and in cases of emergency.

3. (a) With the consent of the German authorities a force may set up, operate, and maintain wire telecommunication facilities outside accommodation used by it if

(i) compelling reasons of military security exist, or

(ii) the German authorities are either not in a position to provide, or forgo the provision of, the facilities required.

(b) Expedited procedures for obtaining the consent of the German authorities shall be ensured by administrative agreement.

4. (a) A force may continue to operate and maintain telecommunication facilities taken into use under then existing regulations prior to the entry into force of the present Agreement.

(b) Telecommunication facilities, the installation of which under then existing regulations was begun but not completed prior to the entry into force of the present Agreement, may be taken into use within a period of six months after that date, provided that

de l'application des prescriptions allemandes, une force n'est pas traitée moins favorablement que les Forces armées allemandes.

2. — Une force peut, dans la mesure requise pour atteindre les buts militaires, établir, exploiter et entretenir:

(a) des installations de télécommunications par fil à l'intérieur des biens immobiliers qu'elle utilise,

(b) des installations de radio-communications pour des services fixes, après consultation des autorités allemandes,

(c) des installations de radio-communications pour des services mobiles et des services de repérage,

(d) toutes autres installations radioélectriques de réception,

(e) des installations de télécommunications de toute nature utilisées à titre temporaire pour des exercices militaires, des manœuvres ou en cas d'urgence.

3. — (a) Avec l'accord des autorités allemandes, une force peut établir, exploiter et entretenir des installations de télécommunications par fil à l'extérieur des biens immobiliers qu'elle utilise

(i) lorsque la sécurité militaire l'exige de façon impérative ou

(ii) lorsque les autorités allemandes ne sont pas à même d'établir les moyens nécessaires ou renoncent à les établir.

(b) Un accord administratif établira une procédure permettant d'obtenir une prise de position rapide de la part des autorités allemandes.

4. — (a) Une force peut continuer à exploiter ou à entretenir les installations de télécommunications mises en service avant l'entrée en vigueur du présent Accord conformément aux prescriptions en vigueur au moment de la mise en service.

(b) Les installations de télécommunications dont l'établissement a été commencé mais non terminé en vertu des prescriptions existant avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord, pourront, si le Gouvernement fédéral reçoit une

Abkommens in Betrieb genommen werden, wenn sie in einer Liste aufgeführt sind, die der Bundesregierung bei Inkrafttreten dieses Abkommens überreicht wird.

- (5) (a) Eine Truppe ist berechtigt, eigene Ton- und Fernsehrundfunksender für die Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige zu betreiben, so weit durch diese Funkstellen die deutschen Rundfunkdienste nicht in unbilliger Weise beeinträchtigt werden. Unter dieser Voraussetzung können bestehende Sendeeinrichtungen dieser Art weiter betrieben werden. Zusätzliche Sendeeinrichtungen können nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden errichtet und betrieben werden.
- (b) Eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und Angehörigen können Ton- und Fernsehrundfunkempfangsanlagen gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung errichten und betreiben.

(6) Für Funkfrequenzen einschließlich ihrer kennzeichnenden Merkmale gilt der auf diesen Artikel Bezug nehmende Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (5).

(7) Die von einer Truppe errichteten Fernmeldeanlagen können an das öffentliche Fernmeldenetz der Bundesrepublik angeschlossen werden, wenn sie mit diesem Netz technisch und betrieblich vereinbar sind. Die Übergangsstellen werden im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt.

(8) (a) Eine Truppe berücksichtigt bei der Errichtung und beim Betrieb von Fernmeldeanlagen die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrages von Buenos Aires 1952 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft und die sonstigen, die Bundesrepublik auf dem Gebiet des Fernmeldewesens bindenden internationalen Übereinkünfte.

(b) Eine Truppe ist an die unter Buchstabe (a) genannten Bestimmungen jedoch insoweit nicht gebunden, als die Bundeswehr nach innerdeutschen

they are included in a list which shall be submitted to the Federal Government upon the entry into force of the present Agreement.

5. (a) A force shall have the right to operate its own sound and television broadcasting stations for the force, the civilian component, their members and dependents, provided that such stations do not adversely affect German broadcasting services in an unreasonable manner. Subject to this condition, existing broadcasting stations of this type may continue in operation. Additional stations may be established and operated only with the agreement of the German authorities.
- (b) A force, a civilian component, their members and dependents, may set up and operate sound and television broadcast receiving apparatus free of charge and without individual licenses.

6. Radio frequencies together with their specific data shall be governed by the provisions of paragraph 5 of the Section of the Protocol of Signature referring to this Article.

7. Telecommunication facilities established by a force may be interconnected with the public network of the Federal Republic if they are technically and operationally compatible with such network. The points of interconnection shall be determined by mutual agreement.

8. (a) In establishing and operating telecommunication facilities, a force shall observe the provisions of the International Telecommunications Convention, Buenos Aires, of 1952, or of such other instrument as may replace it, and of any other international instruments in the field of telecommunications binding on the Federal Republic.

(b) A force shall be exempt from the provisions referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph to the extent that such exemption is granted to

liste de ces installations à cette date, être mises en service dans les six mois suivants.

5. — (a) Une force est autorisée à exploiter ses propres installations d'émission de radiodiffusion et de télévision à l'intention de la force, de l'élément civil, de leurs membres et des personnes à leur charge, pour autant que ces installations ne gênent pas outre mesure le fonctionnement des services de radiodiffusion allemands. Les installations d'émission existantes peuvent continuer à fonctionner si cette condition est remplie. Toute nouvelle installation d'émission ne peut être établie et exploitée qu'en accord avec les autorités allemandes.
- (b) Une force, un élément civil, leurs membres et les personnes à leur charge peuvent installer et utiliser des appareils récepteurs de radiodiffusion et de télévision sans être soumis à aucune taxe ou autorisation individuelle.

6. — Les dispositions du paragraphe 5 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article s'appliquent aux fréquences-radio ainsi qu'à leurs signaux caractéristiques.

7. — Les installations de télécommunications établies par une force peuvent être reliées au réseau de télécommunications public de la République Fédérale, si elles sont compatibles avec ce réseau sur le plan technique et sur le plan de l'exploitation. Les lieux d'interconnexion sont fixés d'un commun accord.

8. — (a) Une force tient compte, pour l'établissement et l'exploitation des installations de télécommunications, des dispositions de la Convention Internationale des Télécommunications de Buenos Aires, conclue en 1952, ou de tout instrument qui pourrait la remplacer, ainsi que des autres instruments internationaux qui lient la République Fédérale dans le domaine des télécommunications.

(b) Une force n'est toutefois pas liée par les dispositions citées à l'alinéa (a) du présent paragraphe dans la mesure où elles ne s'appli-

| | | |
|--|--|--|
| Vorschriften davon befreit ist. | the German Armed Forces under German domestic regulations. | quent pas aux Forces armées allemandes en vertu des prescriptions internes allemandes. |
| (c) Bei dem Abschluß künftiger internationaler Übereinkünfte auf dem Gebiet des Fernmeldewesens berücksichtigen die deutschen Behörden nach Konsultation einer Truppe die Fernmeldebedürfnisse der Truppe angemessen. | (c) In concluding future international agreements in the field of telecommunications, the German authorities shall, after consultation with a force, give adequate consideration to the telecommunication requirements of the force. | (c) Lors de la conclusion de nouveaux accords internationaux relatifs aux télécommunications, les autorités allemandes, après avoir consulté une force, tiennent dûment compte de ses besoins dans ce domaine. |
| (9) (a) Eine Truppe trifft alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des deutschen Fernmeldebetriebes durch Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen der Truppe zu vermeiden oder zu beseitigen. | 9. (a) A force shall take all measures which can reasonably be expected of it to avoid or eliminate interference caused to German telecommunication services by the telecommunication or other electrical facilities of the force. | 9. — (a) Une force prend toutes mesures raisonnablement exigibles en vue d'éviter ou d'éliminer les perturbations causées aux services de télécommunications allemands par les installations de télécommunications ou autres installations électriques exploitées par la force. |
| (b) Die deutschen Behörden treffen im Rahmen der deutschen Vorschriften alle zumutbaren Maßnahmen, um Störungen des Fernmeldebetriebes einer Truppe durch deutsche Fernmelde- oder andere elektrische Anlagen zu vermeiden oder zu beseitigen. | (b) The German authorities shall within the scope of German regulations take all measures which can reasonably be expected of them to avoid or eliminate interference caused to the telecommunication services of a force by German telecommunication or other electrical facilities. | (b) Les autorités allemandes prennent, dans le cadre des prescriptions allemandes, toutes mesures raisonnablement exigibles en vue d'éviter ou d'éliminer les perturbations causées par les installations de télécommunications ou autres installations électriques allemandes aux services de télécommunications exploitées par une force. |
| (10) Die Behörden des beteiligten Entsendestaates üben die vollständige Kontrolle über die im Bundesgebiet liegenden, als FK 12 und FK 41 bezeichneten Kabel einschließlich der zugehörigen Ausrüstung aus. | 10. Complete control of the cables identified as FK 12 and FK 41 lying within the Federal territory, including the associated equipment, shall be exercised by the authorities of the sending State concerned. | 10. — Les autorités de l'État d'origine intéressé exercent un contrôle complet sur les câbles situés sur le territoire fédéral et connus sous le nom de FK 12 et FK 41, ainsi que sur leurs installations connexes. |
| Artikel 61 | | |
| (1) Vorbehaltlich der Auswirkungen der im NATO-Truppenstatut und in diesem Abkommen oder in einem sonstigen anwendbaren Abkommen vorgesehenen Steuer- und Zollbefreiungen haben die Entgelte für Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge dem jeweiligen Preisniveau im Bundesgebiet zu entsprechen; sie dürfen nicht höher sein als die Entgelte, die für Lieferungen und sonstige Leistungen an deutsche Behörden zulässig sind. Soweit Waren im Interesse des deutschen Einzelverbrauchers subventioniert werden, können diese Subventionen von einer Truppe und einem zivilen Gefolge nicht beansprucht werden, es sei denn, daß die Waren zum Gebrauch oder Verbrauch durch Personen bestimmt sind, die Arbeitskräfte im Sinne des Artikels 56 sind. | 1. Subject to the effects of the tax and customs exemptions provided in the NATO Status of Forces Agreement, in the present Agreement or in any other applicable agreement, the prices of deliveries and services to a force or a civilian component shall correspond to the current price levels in the Federal territory; they may not exceed the prices admissible in the case of deliveries and services to German authorities. Where goods are subsidized in the interest of the individual German consumer, such subsidies cannot be claimed by a force or a civilian component unless these goods are intended for the use of, or consumption by, persons falling under the category of labour within the meaning of Article 56 of the present Agreement. | 1. — Sous réserve des exemptions fiscales et douanières prévues par la Convention OTAN sur le Statut des Forces et par le présent Accord ou par tout autre accord applicable, les prix payés pour les fournitures et autres prestations, effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil, correspondent au niveau des prix pratiqués sur le territoire fédéral; ces prix ne doivent pas être plus élevés que les prix admis pour les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte des autorités allemandes. Si des marchandises font l'objet de subventions, dans l'intérêt du consommateur allemand individuel, une force ou un élément civil ne peuvent bénéficier de ces subventions, à moins que les marchandises ne soient destinées à l'usage ou à la consommation de personnes entrant dans la catégorie de la main-d'œuvre au sens de l'Article 56 du présent Accord. |

(2) Die Bestimmungen dieses Abkommens über Arbeitslöhne, Verkehrs- und Fernmeldetarife werden durch Absatz (1) nicht berührt.

2. The provisions of the present Agreement concerning wages, transportation and telecommunication tariffs shall not be affected by the provisions of paragraph 1 of this Article.

2. — Les dispositions du présent Accord relatives aux salaires et aux tarifs de transport et de télécommunications ne sont pas affectées par les dispositions du paragraphe 1 du présent Article.

Artikel 62

(1) Werden Anforderungsverfahren zugunsten einer Truppe oder eines zivilen Gefolges nach deutschen Leistungsgesetzen durchgeführt, so gilt folgendes:

(a) Das Verfahren wird von den deutschen Behörden eingeleitet, die im Benehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges bestimmt werden.

(b) Die Ausübung von Rechten und die Erfüllung von Pflichten, die sich aus der Stellung der Truppe und des zivilen Gefolges als Leistungsempfänger ergeben, werden nach Maßgabe von Verwaltungsabkommen von den zuständigen deutschen Behörden wahrgenommen. Die Truppe und das zivile Gefolge erfüllen jedoch die Pflichten selbst, die ihrer Natur nach nicht von den deutschen Behörden erfüllt werden können. Die deutschen Behörden, die für die Truppe oder das zivile Gefolge in Fragen der zu zahlenden Abgeltung auftreten, stimmen Vorschlägen, die hierzu von dem Leistungspflichtigen oder der Festsetzungsbehörde gemacht werden, nur im Benehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges zu; ebenso machen sie eigene Vorschläge über die Höhe der Abgeltung nur im Benehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges. Artikel 63 bleibt unberührt.

(c) Rechtssstreitigkeiten, die sich für oder gegen die Truppe und das zivile Gefolge als Leistungsempfänger ergeben, werden von der Bundesrepublik im eigenen Namen geführt.

(2) Absatz (1) gilt nicht hinsichtlich des Schutzbereichsgesetzes und des Landbeschaffungsgesetzes.

Article 62

1. Where requisitioning procedures (Anforderungsverfahren) are carried out on behalf of a force or a civilian component under German procurement legislation, the following provisions shall apply:

(a) The proceedings shall be instituted by the German authorities to be determined in consultation with the authorities of the force or of the civilian component.

(b) In accordance with administrative agreements, the competent German authorities shall undertake the exercise of the rights and the fulfilment of the obligations arising out of the position of the force or the civilian component as recipients of goods, services and facilities (Leistungsempfänger). However, the force or the civilian component shall itself fulfil such obligations as by their nature cannot be fulfilled by the German authorities. The German authorities representing the interests of the force or of the civilian component in matters concerning the amount of compensation payable shall consent to proposals in that regard made by the person liable to supply goods, services and facilities (Leistungspflichtiger) or by the assessment authority only after consultation with the authorities of the force or of the civilian component; similarly, they shall themselves make proposals regarding the amount of compensation payable only after such consultation. The provisions of Article 63 of the present Agreement shall remain unaffected.

(c) Lawsuits on behalf of, or against, the force or the civilian component arising out of their position as recipients of goods, services and facilities shall be instituted or defended by the Federal Republic in its own name.

2. The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply in respect of the Restricted Areas Law and the Land Procurement Law.

Article 62

1. — Dans le cas où les mesures de réquisition (Anforderungsverfahren) prévues par la législation allemande en matière de prestations sont prises pour le compte d'une force ou d'un élément civil, les dispositions suivantes s'appliquent:

(a) la procédure est mise en œuvre par les autorités allemandes désignées en consultation avec les autorités de la force ou de l'élément civil;

(b) les autorités allemandes compétentes s'engagent à exercer les droits et à remplir les obligations résultant de la situation de la force ou de l'élément civil en tant que bénéficiaires de prestations (Leistungsempfänger), conformément à des accords administratifs à conclure. Toutefois, la force ou l'élément civil s'acquittent des obligations qui, de par leur nature, ne peuvent être remplies par les autorités allemandes. En outre, les autorités allemandes chargées de représenter les intérêts de la force ou de l'élément civil en matière d'indemnisation n'acceptent les propositions du prestataire (Leistungspflichtiger) ou des autorités chargées de l'évaluation, relatives au montant des indemnités ou ne font elles-mêmes de propositions, qu'après avoir consulté les autorités de la force ou de l'élément civil. Cette disposition ne porte pas atteinte aux dispositions de l'Article 63 du présent Accord;

(c) les actions en justice intentées pour ou contre la force ou l'élément civil, en tant que bénéficiaire de prestations, sont introduites par la République Fédérale agissant en son propre nom, ou contre elle.

2. — Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article ne s'appliquent pas à l'égard de la Loi relative aux zones de servitudes et de la Loi concernant l'acquisition de terrains.

Artikel 63

(1) Für Vermögenswerte und Leistungen, die eine Truppe für ihre eigenen Zwecke oder für die Zwecke des zivilen Gefolges benutzt oder die ihr für diese Zwecke erbracht werden, ist ein Entgelt nicht zu entrichten, wenn und soweit dies in den Absätzen (2) bis (7) vorgesehen ist.

(2) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können die öffentlichen Wege, Straßen und Brücken unentgeltlich benutzen.

(3) Eine Truppe und ein ziviles Gefolge erhalten Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe, einschließlich der Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, sowie meteorologische, topographische und kartographische Leistungen in zumindest demselben Umfang unentgeltlich wie die Bundeswehr. Das gleiche gilt für die Benutzung schiffbarer Gewässer.

(4) (a) Soweit nicht etwas anderes vereinbart worden ist oder wird, können Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum des Bundes stehen, der die mit Mitteln des Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts oder des Stationierungskostenhaushalts beschafft oder erbaut worden sind oder werden, von einer Truppe und einem zivilen Gefolge unentgeltlich benutzt werden. Dies gilt nicht für die Benutzung von Vermögenswerten, die im Eigentum oder unter der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost stehen.

(b) Soweit nicht etwas anderes vereinbart worden ist oder wird, stellt die Bundesrepublik sicher, daß ein Entsendestaat, dem Vermögenswerte, die rechtlich im Eigentum eines Landes stehen, zur Benutzung überlassen worden sind oder werden, von der Haftung für alle dem Land auf Grund des deutschen Rechts gegebenenfalls zustehenden Ansprüche auf Zahlung eines Entgelts befreit wird.

(c) Soweit nicht etwas anderes vereinbart worden ist oder wird, mindert sich die Miete oder die Pacht für die Benutzung von Vermögenswerten, die nicht unter Buchstabe (a) Satz (1) oder

Article 63

1. If and to the extent that it is provided in paragraphs 2 to 7 of this Article, no payment shall be made for property or services used by a force for its own purposes or for the purposes of a civilian component or rendered to it for such purposes.

2. Public roads, highways, and bridges may be used free of charge by a force or by a civilian component.

3. A force or a civilian component shall enjoy free of charge administrative services and assistance, including the services of the German police, public health, and fire protection, as well as meteorological, topographical, and cartographical services to at least the same extent as the German Armed Forces. The same shall apply to the use of navigable waters.

4. (a) Except to the extent that other arrangements have been or will be made, property legally owned by the Federation (rechtlich im Eigentum des Bundes stehend) or which has been or will be procured or constructed from funds of the Occupation Costs and Mandatory Expenditures or Support Costs budgets, may be used free of charge by a force or a civilian component. This shall not apply to the use of property owned or administered by the German Federal Railways or Federal Post.

(b) Except to the extent that other arrangements have been or will be made, the Federal Republic shall ensure that a sending State to which property legally owned by a Land (rechtlich im Eigentum eines Landes stehend) has been or will be made available for use is relieved from the liability for any possible claim to compensation that may be due to the Land under German law.

(c) Except to the extent that other arrangements have been or will be made, rental for the use of property not falling under the first sentence of sub-paragraph (a) or under sub-paragraph (b) of

Article 63

1. — Dans la mesure et dans les cas prévus aux paragraphes 2 à 7 du présent Article, aucun paiement n'est effectué par une force pour les biens et services qu'elle utilise à ses propres fins ou à celles de l'élément civil, ou qui lui sont fournis à ces fins.

2. — Une force ou un élément civil utilisent gratuitement les routes, voies de grande communication et ponts.

3. — Une force ou un élément civil bénéficient gratuitement, dans une mesure au moins égale à celle qui est accordée aux Forces armées allemandes, des prestations et de l'assistance des services administratifs, y compris des services allemands de la police, de la santé publique et de la protection contre l'incendie, ainsi que des services météorologiques, topographiques et cartographiques. Il en est de même pour l'utilisation des voies navigables.

4. — (a) Pour autant qu'il n'en a pas été ou qu'il n'en est pas convenu autrement, les biens qui appartiennent à la Fédération (rechtlich im Eigentum des Bundes stehend) ou qui ont été ou seront acquis ou construits au moyen de fonds provenant des budgets des frais d'occupation ou des dépenses imposées ou du budget des frais d'entretien sont utilisés gratuitement par une force ou un élément civil. Cette disposition ne s'applique pas à l'utilisation des biens qui appartiennent aux Chemins de fer fédéraux allemands ou aux Postes fédéraux allemands, ou qui se trouvent placés sous leur administration.

(b) Pour autant qu'il n'en a pas été ou qu'il n'en est pas convenu autrement, la République Fédérale fait en sorte qu'un État d'origine auquel ont été ou seront confiés pour son usage des biens qui appartiennent à un Land (rechtlich im Eigentum eines Landes stehend) soit dégagé de toute responsabilité à l'égard de toute demande que le Land serait fondé, conformément au droit allemand, à présenter en vue d'obtenir une indemnisation.

(c) Pour autant qu'il n'en a pas été ou qu'il n'en est pas convenu autrement, le montant du loyer à verser pour l'utilisation de biens qui ne sont visés ni à la première phrase de l'alinéa (a) ni à

- unter Buchstabe (b) fallen und aus Mitteln der Bundesrepublik oder aus eigenen Mitteln eines Entsendestaates wieder aufgebaut worden sind oder werden, in dem Verhältnis, in dem die Wiederaufbaukosten zu dem Gesamtwert stehen.
- this paragraph and which has been or will be reconstructed with funds made available by the Federal Republic or with a sending State's own funds shall be reduced in the proportion which the cost of reconstruction bears to the total value of the property.
- (d) Die Unentgeltlichkeit der Benutzung von Vermögenswerten nach den Buchstaben (a) bis (c) umfaßt jedoch nicht
- (i) die Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung;
 - (ii) die laufenden öffentlichen Lasten eines Grundstücks, soweit nach deutschem Recht der Bund zu ihrer Entrichtung oder Erstattung verpflichtet ist;
 - (iii) die sonstigen Betriebskosten.
- (5) (a) Von den Aufwendungen, die im Zusammenhang damit entstehen, daß auf Veranlassung einer Truppe oder eines zivilen Gefolges auf Grund deutscher Gesetze Leistungen angefordert oder Rechte beschränkt, übertragen oder entzogen werden, trägt der Entsendestaat nicht
- (i) die nach dem Landbeschaffungsgesetz zu zahlenden Entschädigungen mit Ausnahme
 - (aa) der Besitzeinweisungsentschädigungen, sofern es sich nicht um Landbeschaffungsvorhaben handelt, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingeleitet werden;
 - (bb) der Vergütungen für die Benutzung von der Truppe oder dem zivilen Gefolge überlassenen Liegenschaften, die nicht rechtlich Eigentum des Bundes oder eines Landes sind, sofern es sich nicht um Liegenschaften handelt, die der Truppe oder dem zivilen Gefolge nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens zu dem
- (d) Exemption from payment for the use of property as set forth in sub-paragraphs (a) to (c) of this paragraph shall not, however, extend to
- (i) cost of repairs and maintenance;
 - (ii) current public charges on property to the extent that the Federation is obliged under German law to pay or reimburse such charges;
 - (iii) other operating costs.
5. (a) The following items of the expenditure arising in consequence of goods and services demanded or rights restricted, transferred or withdrawn under German laws at the instance of a force or of a civilian component, shall not be borne by the sending State:
- (i) compensation payable under the Land Procurement Law with the exception of
 - (aa) compensation for anticipatory possession (Besitzeinweisungsentschädigung) except in the case of Land Procurement actions (Landbeschaffungsvorhaben) initiated after the entry into force of the present Agreement;
 - (bb) compensation payments for the use of accommodation made available to the force or the civilian component and not legally owned by the Federation or by a Land (nicht rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes), except in the case of accommodation made available to the force or the civilian component after the en-
- l'alinéa (b) du présent paragraphe et qui ont été ou seront reconstruits au moyen de fonds fournis par la République Fédérale ou de fonds propres d'un État d'origine, est réduit dans la proportion du montant des frais de reconstruction par rapport à la valeur totale de ces biens.
- (d) La gratuité de l'utilisation des biens, prévue aux alinéas (a) à (c) du présent paragraphe, ne s'étend pas toutefois:
- (i) aux frais de réparation et d'entretien;
 - (ii) aux impôts et taxes publics courants sur la propriété foncière dans la mesure où le droit allemand en impose le paiement ou le remboursement par la Fédération;
 - (iii) aux autres frais d'exploitation.
5. — (a) Parmi les dépenses résultant de la fourniture de biens ou de services ou de la limitation, du transfert ou du retrait de droits en vertu de lois allemandes, effectuées sur les instances d'une force ou d'un élément civil, l'État d'origine n'a pas à supporter:
- (i) les indemnités à verser au titre de la Loi concernant l'acquisition de terrains, à l'exception
 - (aa) des indemnités pour envoi en possession anticipé (Besitzeinweisungsentschädigung), lorsqu'il ne s'agit pas de projets d'acquisition de terrains (Landbeschaffungsvorhaben) introduits après l'entrée en vigueur du présent Accord;
 - (bb) des indemnités pour l'utilisation de biens immobiliers mis à la disposition de la force ou de l'élément civil et qui n'appartiennent pas à la Fédération ou à un Land (nicht rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes), lorsqu'il ne s'agit pas de biens immobiliers mis à la dis-

| | | |
|--|--|---|
| Zwecke überlassen werden, auf ihnen feste Bauwerke zu errichten; | try into force of the present Agreement for the purpose of the erection of permanent structures; | position de la force ou de l'élément civil, après l'entrée en vigueur du présent Accord, en vue d'y éléver des constructions permanentes; |
| (ii) die nach deutschem Recht an die Länder zu zahlenden Schutzbereichentschädigungen insoweit, als die durch den Schutzbereich bedingten Vermögensnachteile nur durch die Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung oder anderweitigen Benutzung einer Sache verursacht sind. | (ii) compensation for restricted areas (Schutzbereichentschädigung) payable under German law to the Länder, insofar as prejudice caused to property (Vermögensnachteile) by the establishment of the restricted area arises only from the restriction of economic use or other exploitation of the property. | (ii) les indemnités de servitudes (Schutzbereichentschädigung) à verser aux Länder en vertu du droit allemand, dans la mesure où les préjudices causés à un bien ou à un droit (Vermögensnachteile) par l'établissement de la zone de servitudes résultent seulement des restrictions apportées à l'exploitation ou à toute autre utilisation d'un bien mobilier ou immobilier. |
| (b) Entstehen dem Bund aus Landbeschaffungen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge sonstige Kosten, so verhandeln unbeschadet des Absatzes (6) Buchstabe (c) die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller erheblichen Umstände darüber, ob und gegebenenfalls inwieweit der Entsendestaat, zu dessen Gunsten das Land beschafft werden soll, diese Kosten zu tragen hat, und schließen hierüber Vereinbarungen. | (b) Where in consequence of the procurement of land for a force or a civilian component other costs arise for the Federation, negotiations on a case to case basis shall take place between the German authorities and the authorities of the force, taking into account all relevant factors, and without prejudice to the provisions of sub-paragraph (c) of paragraph 6 of this Article, to determine whether, and if so to what extent, the sending State for whose benefit the land is to be procured shall bear such costs, and agreements shall be concluded thereon. | (b) Lorsque des acquisitions de terrains pour une force ou un élément civil entraînent d'autres frais pour la Fédération, les autorités allemandes et les autorités de la force entament, pour chaque cas particulier, sans préjudice des dispositions de l'alinéa (c) du paragraphe 6 du présent Article, et compte tenu de tous les facteurs importants, des négociations sur la question de savoir si, et, le cas échéant, dans quelle mesure, l'État d'origine au bénéfice duquel le terrain doit être acquis, est tenu de supporter ces frais, et concluront des arrangements à ce sujet. |
| (c) Sind in Fällen, in denen Schutzbereiche auf Veranlassung einer Truppe entstanden sind, die Schutzbereichentschädigungen nicht in der Form wiederkehrender Leistungen zu entrichten, so können die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe in geeigneten Fällen und von Fall zu Fall über eine Aufteilung der Entschädigung unter Berücksichtigung aller erheblichen Umstände (einschließlich der Dauer der Benutzung der Liegenschaft, für die der Schutzbereich besteht, durch die Truppe) verhandeln. | (c) Where in cases in which restricted areas have been provided at the instance of a force the compensation therefor is not payable in the form of recurrent payments, the German authorities and the authorities of the force may enter into negotiations in appropriate cases, and on a case to case basis, concerning apportionment of the compensation, taking into account all relevant factors, including the period of use by the force of the accommodation for which the restricted area exists. | (c) Lorsque, dans le cas où des zones de servitudes ont été établies sur les instances d'une force, les indemnités de servitudes doivent être payées autrement que sous forme de versements périodiques, les autorités allemandes et les autorités de la force peuvent, dans chaque cas particulier et lorsque cela est nécessaire, procéder à des négociations en vue, le cas échéant, de partager la charge de ces indemnités, d'une manière qui tienne compte de tous les facteurs importants, y compris la durée d'utilisation par la force du bien immobilier pour lequel la zone de servitudes a été établie. |
| (6) (a) Von den Aufwendungen, die durch bauliche Maßnahmen jeder Art einer Truppe oder | 6. (a) Of the expenditure arising out of any kind of construction works of a force or a | 6. — (a) Parmi les dépenses résultant des travaux de construction de toute sorte exé- |

- eines zivilen Gefolges oder im Zusammenhang mit solchen Maßnahmen entstehen, trägt der Entsendestaat nicht die durch die Räumung von Grundstücken entstehenden Aufwendungen.
- (b) Wenn Anlagen und Einrichtungen des Verkehrs- und Fernmeldewesens, der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser und der Abwasserbehandlung, die auf Veranlassung der Behörden einer Truppe oder eines zivilen Gefolges errichtet, geändert, verstärkt oder erweitert worden sind, der Befriedigung auch des deutschen Bedarfs dienen, werden die Aufwendungen für solche Anlagen und Einrichtungen, einschließlich der Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung, auf eine Weise aufgeteilt, die dem Anteil des deutschen Interesses im Vergleich zu dem des Entsendestaates entspricht. Die Beträge werden im Einzelfall zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe vereinbart. Diese Regelung gilt auch für die Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung von Anlagen und Einrichtungen der genannten Art, deren Stilllegung oder Abbau deutscherseits geplant ist, die jedoch auf Antrag einer Truppe oder eines zivilen Gefolges beibehalten werden sollen.
- (c) Müssen infolge von Landbeschaffungen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge oder infolge von baulichen Maßnahmen, die von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge oder zu ihren Gunsten durchgeführt werden, Anlagen und Einrichtungen des Verkehrs- und Fernmeldewesens, der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser und der Abwasserbehandlung umgelegt oder ersetzt werden, sei es, daß sie der öffentlichen Benutzung entzogen sind oder dargelegt werden kann, daß ihre weitere Benutzung unzulässig wäre, so trägt der Entsendestaat die entstehenden Aufwendungen nur insoweit, als der bisherige Standard nicht überschritten wird.
- (7) (a) Sind militärische oder andere von einer Truppe eingesetzte Luftfahrzeuge auf civilian component, or in connection with such works, the sending State shall not be liable for expenditure incurred in evacuating land (Räumung).
- (b) If installations and facilities serving transportation and telecommunications, electricity, gas and water supply, or sewage disposal, which are established, modified, reinforced, or extended at the instance of the authorities of a force or of a civilian component serve also to satisfy German needs, the expenditure, including the cost of repair and maintenance, on such installations and facilities shall be apportioned in a manner which corresponds to the extent of the German interest as compared with the interest of the sending State. The amounts shall in each individual case be agreed between the German authorities and the authorities of the force. This arrangement shall also apply to the costs of repair and maintenance of installations and facilities of the kind mentioned which the German side plans to close down or dismantle, but which are to be retained at the request of a force or a civilian component.
- (c) If in consequence of land procurement for a force or a civilian component, or as a result of construction works carried out by or for the benefit of a force or of a civilian component, installations and facilities serving transportation and telecommunications, electricity, gas and water supply, or sewage disposal, require re-routing or replacing either because they are no longer available for public use or it can be shown that it is no longer practicable so to use them, the sending State shall bear expenditure which arises only to the extent that the hitherto prevailing standard is not exceeded.
7. (a) If military or other aircraft used by a force are permanently accommodated on civil cutés par une force ou un élément civil ou entraînées par de tels travaux, l'État d'origine ne supporte pas celles qui sont occasionnées par l'évacuation (Räumung) de terrains.
- (b) Lorsque des installations et des moyens des services de transports et des télécommunications, d'approvisionnement en eau, gaz et électricité et d'évacuation des eaux usées, construits, transformés, renforcés ou développés sur les instances des autorités d'une force ou d'un élément civil servent également à satisfaire des besoins allemands, les dépenses afférentes à ces installations et à ces moyens, y compris les frais de réparation et d'entretien, sont partagées d'une manière qui tienne compte des intérêts allemands par rapport aux intérêts de l'État d'origine. Les autorités allemandes et les autorités de la force conviennent dans chaque cas des montants respectifs. Cette réglementation s'applique également aux frais de réparation et d'entretien des installations et moyens de la nature précitée, que l'on propose, du côté allemand, de mettre hors service ou de démonter, mais qui doivent être conservés sur la demande d'une force ou d'un élément civil.
- (c) Lorsque par suite de l'acquisition de terrains au bénéfice d'une force, ou par suite de travaux de construction exécutés par une force ou un élément civil, ou à leur bénéfice, des installations et des moyens des services des transports et des télécommunications, d'approvisionnement en eau, gaz et électricité et d'évacuation des eaux usées doivent être déplacés ou remplacés, soit parce qu'ils ne se prêtent plus à l'usage public, soit parce qu'il peut être démontré qu'il n'est plus pratique de les utiliser de cette manière, l'État d'origine ne supporte les dépenses qui en résultent que dans la mesure où les normes jusqu'alors existantes n'ont pas été dépassées.
7. — (a) Lorsque des aéronefs, militaires ou autres, utilisés par une force stationnent d'une

zivilen Luftfahrtgeländen, einschließlich ziviler Flughäfen, die der Truppe nicht zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind, ständig untergebracht, so können für die gemeinsam benutzten Anlagen und Einrichtungen Entgelte vereinbart werden, die von den nach deutschen Vorschriften geltenden Gebühren abweichen. Die Entgelte können nach Vereinbarung auch in Arbeits- oder Sachleistungen bestehen.

- (b) Notlandungen militärischer oder anderer von einer Truppe eingesetzter Luftfahrzeuge sind gebührenfrei.

Artikel 64

Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfe, einschließlich der Leistungen der deutschen Polizei, des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens und des deutschen Feuerschutzes, meteorologische, topographische und kartographische und sonstige öffentliche Leistungen sowie öffentliche Einrichtungen werden den Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder ihren Angehörigen kraft eigenen Rechts unentgeltlich zur Verfügung gestellt, und zwar in demselben Umfang wie solche Einrichtungen und Leistungen anderen Personen im Bundesgebiet unentgeltlich zur Verfügung stehen. Das gleiche gilt für die Benutzung von öffentlichen Wegen, Straßen und Brücken und von schiffbaren Gewässern.

Artikel 65

- (1) (a) Die in Artikel XI Absatz (4) des NATO-Truppenstatuts genannten Zollvergünstigungen werden nicht nur für Waren gewährt, die bei der Einfuhr im Eigentum einer Truppe oder eines zivilen Gefolges stehen, sondern auch für Waren, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge auf Grund von Verträgen geliefert werden, die die Truppe oder das zivile Gefolge unmittelbar mit nicht in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) ansässigen Personen geschlossen haben. Sie gelten ohne Rücksicht darauf, ob die Waren von der Truppe oder dem zivilen Gefolge selbst mit eigenen Transportmitteln oder durch Transportunternehmer befördert werden.

airfields, including civil airports, not made available for the exclusive use of the force, payment which varies from the fees valid under German regulations may be agreed upon for the jointly used installations and facilities. Such payment may by arrangement be in services or in kind.

- (b) Emergency landings made by military or other aircraft used by a force shall be exempt from fees.

Article 64

Administrative services and assistance, including the services of the German police, public health, and fire protection services, meteorological, topographical, and cartographical services, and other public services as well as public facilities, shall be made available without charge to the members of a force or of a civilian component or to dependents, in their own right, to the same extent as such facilities and services are available without charge to other persons in the Federal territory. The same shall apply to the use of public roads, highways, and bridges, and of navigable waters.

Article 65

1. (a) The relief from customs duties referred to in paragraph 4 of Article XI of the NATO Status of Forces Agreement shall be granted not only in respect of goods which at the time of their importation are the property of a force or a civilian component, but also in respect of goods delivered to a force or a civilian component in fulfilment of contracts concluded by the force or the civilian component directly with a person or persons not domiciled in the Federal Republic or Berlin (West). Such relief shall apply irrespective of whether such goods are carried in transport of the force or the civilian component or by commercial transport.

manière permanente sur des terrains d'aviation civils, y compris les aérodromes civils, qui n'ont pas été mis à la disposition de la force pour son usage exclusif, des paiements s'écartant des taxes en vigueur aux termes des prescriptions allemandes peuvent être convenus en ce qui concerne les installations et moyens utilisés en commun. Ces paiements peuvent, après accord, être acquittés sous forme de prestations de main-d'œuvre ou de prestations en nature.

- (b) Des atterrissages forcés d'aéronefs, militaires ou autres, utilisés par une force ne donnent pas lieu à l'acquittement d'une taxe.

Article 64

Les membres d'une force ou d'un élément civil ainsi que les personnes à charge, pour leur propre compte, bénéficient gratuitement, dans la mesure où cette gratuité est accordée à d'autres personnes sur le territoire fédéral, des prestations et de l'assistance des services administratifs, y compris des services allemands de la police, de la santé publique et de la protection contre l'incendie, des services météorologiques, topographiques et cartographiques, et d'autres prestations publiques, ainsi que des moyens publics. Il en est de même pour l'utilisation des routes, des voies de grande communication et des ponts, ainsi que des voies navigables.

Article 65

1. — (a) La franchise de droits de douane prévue au paragraphe 4 de l'Article XI de la Convention OTAN sur le Statut des Forces est accordée, non seulement pour les marchandises qui, au moment de l'importation, sont la propriété d'une force ou d'un élément civil, mais également pour les marchandises livrées à une force ou à un élément civil en exécution de contrats passés directement par la force ou l'élément civil avec des personnes dont le domicile ne se trouve ni en République Fédérale ni à Berlin (Ouest). Cette franchise est accordée sans qu'il soit tenu compte de ce que les marchandises sont acheminées par les moyens de transport de la force ou de l'élément civil ou par des entreprises commerciales.

(b) Für eingeführte Waren, die sich in Zollausschlüssen oder im Zollverkehr befinden und einer Truppe oder einem zivilen Gefolge auf Grund von Verträgen geliefert werden, die eine amtliche Beschaffungsstelle der Truppe oder des zivilen Gefolges mit in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) ansässigen Personen geschlossen haben, werden Zölle und Verbrauchsteuern einschließlich der Umsatzausgleichsteuer nicht erhoben unter der Voraussetzung, daß das Entgelt mit Zahlungsmitteln in der Währung des Entsendestaates entrichtet wird. Diese Voraussetzung gilt auch als erfüllt, wenn die Zahlung in Deutscher Mark geleistet wird, die die Truppe oder das zivile Gefolge durch den Umtausch derartiger Zahlungsmittel in der Bundesrepublik bei vereinbarten Umtauschstellen erworben hat oder deren Verwendung zu diesem Zweck durch besondere Vereinbarung zwischen den beteiligten Regierungen zugelassen worden ist.

(2) Die in Absatz (1) genannten Vergünstigungen gelten auch für solche Waren, die eine Truppe oder ein ziviles Gefolge eingeführt oder erworben hat, um sie an ihre Mitglieder oder an deren Angehörige zu ihrem privaten Gebrauch oder Verbrauch zu veräußern. Sofern nicht im Einzelfall zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Behörden etwas anderes vereinbart worden ist oder wird, soll die Veräußerung nur durch bestimmte Einrichtungen der Truppe oder des zivilen Gefolges oder in ihrem Dienste stehende Organisationen geschehen, die der Bundesregierung benannt werden.

(3) Einer Truppe und einem zivilen Gefolge wird gestattet, im Bundesgebiet Waren an andere Personen als die Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges oder deren Angehörige gemäß näherer Vereinbarungen mit den deutschen Behörden zu veräußern. Die Erfüllung der Verpflichtungen, die die Veräußerung nach der deutschen Zollgesetzgebung zur Folge hat, ist Sache des Erwerbers. Die Truppe und das zivile Gefolge gestatten die Entfernung der Waren nur dann, wenn der Beteiligte eine Besecheinigung der deutschen Zollbehörde vorlegt, in der bestätigt wird, daß er

(b) Customs duties and excise taxes, including the Turnover Equalization Tax (Umsatzausgleichsteuer), shall not be levied in respect of imported goods which are withdrawn from customs-free areas or from continuous customs control for delivery to a force or a civilian component under contracts which an official procurement agency of the force or of the civilian component has concluded with a person or persons domiciled in the Federal Republic or in Berlin (West), provided that payment therefor is made in the currency of the sending State. This proviso shall also be deemed to have been fulfilled if payment is made in Deutsche Mark, which the force or the civilian component has obtained by the conversion of such currency in the Federal Republic through agreed agencies, or in Deutsche Mark which, by special agreement between the governments concerned, may be so used for this purpose.

2. The relief referred to in paragraph 1 of this Article shall apply equally to goods imported or acquired by a force or a civilian component for disposal to their members or to dependents for their private use or consumption. Except where in specific cases it is otherwise agreed between the authorities of the force and the German authorities, disposal should be made only through specified services of the force or the civilian component or through organizations serving them, the names of which shall be notified to the Federal Government.

3. A force or a civilian component shall be permitted to dispose of goods in the Federal territory to persons other than members of the force or of the civilian component or dependents in accordance with agreements to be concluded with the German authorities. The fulfilment of the obligations under German customs legislation arising from the disposal of the goods shall be the responsibility of the person acquiring such goods. The force or the civilian component shall permit removal of the goods only on production by the person concerned of a certificate from the German cus-

(b) Les droits de douane et les impôts de consommation, y compris la taxe de péréquation sur le chiffre d'affaires (Umsatzausgleichsteuer) ne sont pas perçus sur les marchandises importées à la sortie des entrepôts douaniers ou en décharge de régime douanier suspensif et livrées à une force ou à un élément civil en exécution de contrats passés par un service d'achat officiel de la force ou de l'élément civil avec des personnes dont le domicile se trouve en République Fédérale ou à Berlin (Ouest), sous réserve que le paiement ait lieu dans la monnaie de l'État d'origine. Cette condition est également tenue pour remplie, lorsque le paiement est effectué en Deutsche Mark obtenus, en République Fédérale, par la force ou l'élément civil en échange de ladite monnaie dans des agences agréées, ou en Deutsche Mark dont l'utilisation à cette fin a fait l'objet d'un accord spécial entre les Gouvernements intéressés.

2. — La franchise prévue au paragraphe 1 du présent Article s'applique également aux marchandises importées ou acquises par une force ou un élément civil pour être cédées à leurs membres et aux personnes à charge pour leur usage ou leur consommation privés. Sauf accord contraire intervenant, dans des cas particuliers, entre les autorités de la force et les autorités allemandes, la cession ne peut être effectuée que par des organismes déterminés de la force ou de l'élément civil ou par des organisations à leur service, dont les noms sont communiqués au Gouvernement fédéral.

3. — Une force et un élément civil sont autorisés à céder des marchandises sur le territoire fédéral à des personnes autres que les membres de la force ou de l'élément civil ou les personnes à charge conformément à des accords à conclure avec les autorités allemandes. Il appartient à l'acquéreur de remplir les obligations qui, aux termes de la législation douanière allemande, résultent de la cession des marchandises. La force et l'élément civil ne doivent permettre l'enlèvement des marchandises que sur production, par l'intéressé, d'un certificat de l'autorité douanière alle-

alles Erforderliche mit der Zollverwaltung geregelt hat.

(4) Eine Truppe und die zuständigen deutschen Behörden treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die schnelle und reibungslose Abfertigung der Ein- und Ausfuhrsendungen der Truppe und des zivilen Gefolges durch die deutschen Zollbehörden zu gewährleisten.

(5) Die Zollkontrolle von Ein- und Ausfuhrsendungen einer Truppe und eines zivilen Gefolges wird von den deutschen Zollbehörden nach Maßgabe der folgenden Grundsätze durchgeführt:

(a) Vorbehaltlich Artikel XI Absatz (3) des NATO-Truppenstatus und der Buchstaben (b) bis (d) dieses Absatzes können Sendungen einer Truppe und eines zivilen Gefolges von den deutschen Zollbehörden einer Prüfung nach Zahl, Art, Kennzeichen und Gewicht der einzelnen Packstücke unterzogen werden.

(b) (i) Die deutschen Zollbehörden können die Sendungen auch auf ihren Inhalt prüfen. Diese Prüfung darf bei Packstücken, die mit amtlichen Verschlüssen einer Truppe oder der Militärbehörden eines Entsendsstaates verschlossen sind, nur in Verdachtsfällen vorgenommen werden. Bei anderen Sendungen kann sie auch stichprobenweise durchgeführt werden. Laderäume von Fahrzeugen, die in der in Satz 2 genannten Weise verschlossen sind, und geschlossene Packstücke werden einer solchen Prüfung nur in Anwesenheit von dazu bestimmten Vertretern der Truppe oder des zivilen Gefolges unterzogen, es sei denn, daß die Truppe oder das zivile Gefolge im Einzelfall auf deren Anwesenheit verzichtet.

(ii) Der Umfang der Prüfungen und die Art und Weise ihrer Durchfüh-

toms authority concerned to the effect that he has settled all relevant matters with the German customs administration.

4. A force and the competent German authorities shall take all appropriate measures to ensure the smooth and rapid clearing of imports and exports of the force and the civilian component by the German customs authorities.

5. Customs control by the German authorities in respect of imports and exports of a force or a civilian component shall be exercised in accordance with the following principles:

(a) Subject to the provisions of paragraph 3 of Article XI of the NATO Status of Forces Agreement and subject to the provisions of sub-paragraphs (b), (c) and (d) of this paragraph, consignments of a force or of a civilian component may be examined by the German customs authorities as to the number, type, marking and weight of the individual packages.

(b) (i) The German customs authorities may also examine the contents of consignments. Such examination, so far as packages which are sealed with an official seal of a force or of the military authorities of a sending State are concerned, shall take place only in cases of serious suspicion. So far as other consignments are concerned, examination may also take place on a spot-check basis. The goods compartments of vehicles which are sealed as described in the second sentence of this item, and closed packages, shall be examined only in the presence of representatives of the force or of the civilian component designated for that purpose, unless in any particular case the force or the civilian component does not elect to be represented.

(ii) The extent of the examinations and the methods by which they shall be

mande attestant qu'il s'est mis en règle avec l'administration des douanes.

4. — Une force et les autorités allemandes compétentes prennent toutes mesures utiles pour assurer le règlement rapide et sans heurts par les autorités douanières allemandes des formalités de passage en douane des importations et exportations de la force et de l'élément civil.

5. — Le contrôle douanier des importations et des exportations d'une force et d'un élément civil par les autorités allemandes s'effectue en application des principes suivants:

(a) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3 de l'Article XI de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et des dispositions des alinéas (b), (c) et (d) du présent paragraphe, les autorités douanières allemandes peuvent contrôler les envois d'une force et d'un élément civil en ce qui concerne le nombre, le type, les marques et le poids des colis qui composent lesdits envois.

(b) (i) Les autorités douanières allemandes peuvent, en outre, procéder à une vérification du contenu des envois. En ce qui concerne les colis sur lesquels ont été apposés les scellés officiels d'une force ou des autorités militaires d'un État d'origine, cette vérification ne doit avoir lieu qu'en cas de soupçon sérieux de fraude. Cette vérification peut également être effectuée sous forme de sondages en ce qui concerne les autres envois. Les compartiments de chargement des véhicules scellés dans les conditions visées à la deuxième phrase du présent point et les colis fermés ne sont soumis à une telle vérification qu'en présence de représentants dûment habilités de la force ou de l'élément civil, à moins que la force ou l'élément civil ne renonce, dans des cas particuliers, à être représenté.

(ii) L'étendue des vérifications et les modalités suivant lesquelles elles

rung werden durch besondere Vereinbarungen zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Zollbehörden geregelt. Bei diesen Vereinbarungen sollen die verschiedenen Arten von Sendungen, die Beförderungsweise, die besondere Arbeitsweise der Truppe und alle anderen wesentlichen Umstände berücksichtigt werden. Eine Truppe und ein ziviles Gefolge können beantragen, daß die Prüfung nicht an der Grenze, sondern am Bestimmungsort der Sendung oder in seiner Nähe vorgenommen wird. In einem solchen Fall sind die deutschen Zollbehörden berechtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, daß die Sendung unverändert am Prüfungsort eintrifft.

(c) Sendungen, die nach von den Behörden einer Truppe ausgestellten Bescheinigungen militärische Ausrüstungsgegenstände enthalten, die aus Sicherheitsgründen besonderen Schutzbestimmungen unterliegen, werden auf Ersuchen der deutschen Zollbehörden einer Prüfung unterzogen, die nur durch dazu besonders bestimmte Vertreter der Truppe vorgenommen wird. Das Ergebnis der Prüfung wird der zuständigen deutschen Behörde mitgeteilt.

(d) Die Buchstaben (a) bis (c) gelten grundsätzlich auch für die Sendungen einer Truppe, die über Militärflugplätze ein- oder ausgeführt werden. Die deutschen Zollbehörden begnügen sich jedoch hierbei mit gelegentlichen Kontrollen, die nach Vereinbarung mit den für den betreffenden Flugplatz zuständigen Behörden der Truppe stattfinden. Die Behörden der Truppe führen eine regelmäßige Kontrolle der gesamten Sendungen durch. Zollkontrollen im Innern von Flugzeugen, die militärische Ausrüstungsgegenstände darstellen, die aus Sicherheitsgründen besonderen Schutzbestimmungen unterliegen, werden nur von besonders bestimmten Vertretern der Truppe vorgenommen.

carried out shall be the subject of special agreements to be concluded between the authorities of a force and the German customs authorities. Such agreements shall take into account the different kinds of consignment, the mode of transport, the system operated by the force, and all other relevant factors. A force or a civilian component may request that the examination take place not at the frontier but at or near the place of destination of the consignments. In such cases the German customs authorities shall be entitled to take such steps as are necessary to ensure that the consignment reaches the place of examination intact.

(c) If the German customs authorities so request, consignments, which, according to the certified statements of the authorities of a force, contain military equipment to which special security regulations apply, shall be subject to examination to be carried out only by representatives of the force specially designated for that purpose. The result of the examination shall be notified to the competent German authority.

(d) The provisions of subparagraphs (a), (b) and (c) of this paragraph shall apply in principle also to consignments of a force which arrive at or are sent from military airfields. The German customs authorities shall, however, content themselves with occasional checks which shall be undertaken after arrangements have been made with the authorities of the force responsible for the airfield in question. The authorities of the force shall carry out a regular control of all such consignments. Customs control in the interior of aircraft which are military equipment to which special security regulations apply, shall be carried out only by specially designated representatives of the force.

sont effectuées font l'objet d'arrangements spéciaux entre les autorités d'une force et les autorités douanières allemandes. Ces arrangements tiennent compte des diverses sortes d'envois, du mode de transport, des méthodes de travail propres à chaque force et de tout autre élément d'appréciation. Une force ou un élément civil peut demander que la visite soit effectuée, non pas à la frontière, mais au lieu de destination de l'envoi ou à proximité de celui-ci. Dans de tels cas, les autorités douanières allemandes ont le droit de prendre les mesures nécessaires pour assurer que l'envoi parvienne dans son intégrité au lieu de vérification.

(c) Lorsque les autorités douanières allemandes en font la demande, les envois qui, selon des certificats établis par les autorités d'une force, contiennent du matériel militaire soumis à des réglementations particulières de sécurité, font l'objet d'un contrôle qui n'est exercé que par des représentants dûment habilités de la force. Le résultat de la visite est porté à la connaissance de l'autorité allemande compétente.

(d) Les dispositions des alinéas (a), (b) et (c) du présent paragraphe s'appliquent également, en principe, aux envois d'une force arrivant sur des aérodromes militaires ou en partance de ceux-ci. Les autorités douanières allemandes se contentent, cependant, de contrôles occasionnels, qui ont lieu après entente avec les autorités de la force responsables de l'aérodrome. Les autorités de la force assurent le contrôle régulier de la totalité de ces envois. Le contrôle douanier à l'intérieur d'aéronefs considérés comme matériel militaire soumis à des réglementations particulières de sécurité n'est effectué que par des représentants de la force dûment habilités.

(6) Bei der Ausfuhr von Waren, die von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge im Bundesgebiet erworben worden sind, ist der Zollstelle eine entsprechend Artikel XI Absatz (4) des NATO-Truppenstatuts ausgestellte Bescheinigung vorzulegen, soweit nicht im Rahmen von Absatz (10) des genannten Artikels hierauf verzichtet wird.

Artikel 66

(1) Die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und die Angehörigen können außer ihrem Übersiedlungsgut und ihren privaten Kraftfahrzeugen auch andere Waren, die zu ihrem persönlichen oder häuslichen Gebrauch oder Verbrauch bestimmt sind, ohne Entrichtung von Zöllen und sonstigen Eingangsabgaben einführen. Diese Vergünstigung gilt nicht nur für Waren, die im Eigentum dieser Personen stehen, sondern auch für Waren, die ihnen als Geschenk zugesandt oder auf Grund von Verträgen geliefert werden, die sie unmittelbar mit nicht in der Bundesrepublik oder in Berlin (West) ansässigen Personen geschlossen haben.

(2) Für bestimmte, von den zuständigen deutschen Behörden bezeichnete Waren, die vornehmlich den Gegenstand von Zollzuwiderhandlungen bilden, gilt die in Absatz (1) genannte Vergünstigung nur, wenn diese Waren von den Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder den Angehörigen persönlich im mitgeführten Gepäck eingebracht werden, und nur in Mengen, die von den zuständigen deutschen Behörden im Einvernehmen mit den Behörden der Truppe festgesetzt worden sind.

(3) In Zweifelsfällen können die deutschen Zollbeamten die Vorlage einer Bescheinigung fordern, in der bestätigt wird, daß die eingeführten Waren zum persönlichen oder häuslichen Gebrauch oder Verbrauch der Einführenden bestimmt sind; dies gilt jedoch nicht für die Waren, deren Einfuhr gemäß Absatz (2) beschränkt worden ist. Derartige Bescheinigungen werden nur von einer begrenzten Anzahl hierfür von den Behörden der Truppe besonders bestimmter Beamter ausgestellt, deren Namen und Unterschriftenproben den deutschen Behörden mitgeteilt worden sind.

(4) Den Mitgliedern der Truppen, der zivilen Gefolge und den Angehörigen ist die Veräußerung von zollfrei eingeführten oder abgabenbegünstigt erworbenen Waren untereinander gestattet. Verfügungen zugunsten anderer Personen sind ihnen nur nach

6. Export of goods acquired in the Federal territory by a force or a civilian component shall be subject to the deposit at the customs office of a certificate similar to that referred to in paragraph 4 of Article XI of the NATO Status of Forces Agreement, except insofar as within the scope of paragraph 10 of that Article such certificate will be dispensed with.

6. — Les marchandises acquises par une force ou un élément civil sur le territoire fédéral ne peuvent être exportées que contre remise au bureau de douane d'une attestation analogue à celle visée au paragraphe 4 de l'Article XI de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, excepté dans les cas où, dans le cadre du paragraphe 10 dudit Article, une telle attestation n'est pas exigée.

Article 66

1. The members of a force or of a civilian component and dependents may, in addition to their personal effects and furniture and their private motor vehicles, import other goods intended for their personal or domestic use or consumption free of duty or any other import tax. This privilege shall apply not only to goods which are the property of such persons but also to goods sent to them by way of gift or delivered to them in fulfilment of contracts directly concluded with a person or persons not domiciled in the Federal Republic or Berlin (West).

2. In the case of certain goods designated by the competent German authorities which are peculiarly the subject of customs contraventions, the privilege set forth in paragraph 1 of this Article shall apply only if such goods are imported personally by members of a force, of a civilian component or dependents in their accompanying baggage and in quantities fixed by the competent German authorities in agreement with the authorities of the force.

3. In doubtful cases the German customs officials shall be entitled to require a document to be produced certifying that the imported goods are intended for the personal or domestic use or consumption of the person importing them; this, however, shall not apply to goods the importation of which is limited in accordance with paragraph 2 of this Article. Such certificates shall be issued only by a limited number of officials, who have been specially designated for this purpose by the authorities of the force and whose names and specimen signatures have been notified to the German authorities.

4. Disposal of goods imported duty-free or acquired under tax-relief shall be permitted among members of the forces, of the civilian components and dependents. Unless exceptions have been generally authorized by the German authorities, disposal to other per-

Article 66

1. — Les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge sont autorisés à importer, sans paiement des droits de douane ou d'autres taxes d'importation, outre leurs effets et mobilier personnels et leurs véhicules automobiles privés, d'autres marchandises destinées à leur consommation ou usage personnel ou domestique. Cette exonération s'applique non seulement aux marchandises dont ils sont propriétaires, mais aussi aux marchandises qui leur sont envoyées à titre de cadeau ou qui leur sont livrées en exécution de contrats passés directement avec des personnes dont le domicile ne se trouve ni en République Fédérale ni à Berlin (Ouest).

2. — L'exonération prévue au paragraphe 1 du présent Article ne s'applique à certaines catégories de marchandises faisant particulièrement l'objet de fraudes douanières et désignées par les autorités allemandes compétentes que dans les cas où ces marchandises sont importées personnellement par les membres d'une force, d'un élément civil ou par des personnes à charge dans les bagages qui les accompagnent et en quantités fixées par les autorités allemandes compétentes en accord avec les autorités de la force.

3. — En cas de doute, les fonctionnaires allemands des douanes peuvent demander la présentation d'une attestation certifiant que les marchandises importées sont destinées à la consommation ou à l'usage personnel ou domestique des personnes qui les importent; cette disposition ne s'applique cependant pas aux marchandises dont l'importation est limitée conformément au paragraphe 2 du présent Article. Ces attestations ne sont délivrées que par un nombre limité d'agents spécialement habilités à cet effet par les autorités de la force et dont les noms et signatures sont communiqués aux autorités allemandes.

4. — La cession de marchandises importées en franchise de droits de douane ou acquises sous le régime de l'exonération de taxes est autorisée entre les membres des forces, des éléments civils et les personnes à charge. La cession de ces marchandises à

Benachrichtigung und Genehmigung der zuständigen deutschen Behörden gestattet, soweit diese nicht Ausnahmen hiervon allgemein zugelassen haben.

- (5) (a) Werden Waren über den Post- oder Frachtdienst einer Truppe durch Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges oder durch deren Angehörige versandt oder von den genannten Personen empfangen, so wird die Zollkontrolle dieser Waren von den deutschen Behörden an Orten durchgeführt, die zwischen diesen Behörden und den zuständigen Behörden der Truppe vereinbart werden. Die Zollbeschau findet in Gegenwart von Vertretern der Behörden der Truppe statt.
- (b) Falls sich zur Durchführung der in Artikel 69 enthaltenen Devisenbestimmungen die Notwendigkeit ergibt, in den Militärpostämtern einer Truppe eine Nachschau von Briefen und Päckchen vorzunehmen, die durch Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges oder durch deren Angehörige versandt oder von den genannten Personen empfangen werden, muß bei der Offnung dieser Briefe und Päckchen der Absender, der Empfänger oder ein von einem der beiden bevollmächtigter Vertreter anwesend sein. Der Umfang dieser Nachschau und die Art ihrer Durchführung werden zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Behörden vereinbart.

(6) Die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und die Angehörigen können die von ihnen in die Bundesrepublik verbrachten Waren ohne Erhebung von Ausgangsabgaben wieder ausführen. Sie können außerdem Waren, die in ihrem Eigentum stehen und nicht zum Handel bestimmt sind, in einem Ausmaß, das ihren wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, frei von wirtschaftlichen Ausfuhrverboten und -beschränkungen und frei von Ausgangsabgaben ausführen. In Zweifelsfällen können die deutschen Behörden die Vorlage einer Bescheinigung fordern, in der bestätigt wird, daß diese Voraussetzungen vorliegen. Diese Bescheinigung wird nach Maßgabe von Absatz (3) Satz 3 ausgestellt.

sons shall be permitted only after notification to, and approval of, the German authorities.

5. (a) The customs control of goods sent through the postal or freight services of a force, by or to the members of the force, of the civilian component or dependents, shall be exercised by the German customs authorities at places designated by agreement between those authorities and the competent authorities of the force. The customs inspection shall take place in the presence of representatives of the authorities of the force.

(b) If, for the purpose of applying the provisions concerning exchange control contained in Article 69 of the present Agreement, it becomes necessary to carry out in post offices of a force inspection of letters and postal packets sent by or to members of the force, of the civilian component or dependents, the sender or the receiver or an authorized representative of either must be present when such letters and packets are opened. The extent of these inspections and the manner in which they shall be carried out shall be agreed between the authorities of the force and the German authorities.

6. The members of a force or of a civilian component or dependents may re-export free of exit dues (Ausgangsabgaben) goods brought by them into the Federal Republic. They may also, without being subject to economic export prohibitions or limitations and exit dues, export, in quantities consistent with their economic standing, goods which they own and which are not intended for trade. In doubtful cases the German customs authorities shall be entitled to require a document to be produced certifying that these conditions are fulfilled. This document shall be issued in accordance with the provisions of the last sentence of paragraph 3 of this Article.

d'autres personnes ne peut avoir lieu qu'après déclaration aux autorités allemandes et autorisation de leur part, à moins que celles-ci n'aient accordé, de manière générale, des dérogations à cet effet.

5.—(a) Le contrôle douanier des marchandises que les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge reçoivent ou expédient par l'intermédiaire des services postaux ou des services de transport de la force, est exercé par les autorités douanières allemandes en des points désignés d'un commun accord entre ces autorités et les autorités compétentes de la force. Les vérifications douanières ont lieu en présence de représentants des autorités de la force.

(b) Si, aux fins d'application des dispositions de l'Article 69 du présent Accord relatives au contrôle des changes, il devient nécessaire d'effectuer, dans les bureaux de poste militaires d'une force, une inspection des lettres et des paquets-lettres adressés aux membres de la force, de l'élément civil ou aux personnes à charge, ou expédiés par eux, l'expéditeur, le destinataire, ou un représentant autorisé par l'un d'eux doit être présent lors de l'ouverture de ces lettres et paquets-lettres. L'étendue de ces inspections et leurs modalités sont fixées d'un commun accord par les autorités de la force et les autorités allemandes.

6.—Les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge pourront ré-exporter en franchise de droits d'exportation les marchandises qu'ils auront importées en République Fédérale. Ils pourront également exporter, en quantités correspondant à leur situation économique, les marchandises qui leur appartiennent et qui ne sont pas destinées au commerce, ces marchandises bénéficiant de l'exemption des interdictions ou restrictions économiques à l'exportation et de la franchise de droits de sortie. En cas de doute, les autorités douanières allemandes pourront demander la présentation d'une attestation certifiant que ces conditions sont remplies. Cette attestation sera délivrée conformément aux dispositions de la dernière phrase du paragraphe 3 du présent Article.

(7) Findet die Zollkontrolle von Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder von Angehörigen an einer Zollstelle statt, bei der Grenzverbindungspersonal einer Truppe stationiert ist, so ziehen die deutschen Zollbeamten dieses Personal hinz, wenn Zuwiderhandlungen aufgedeckt werden oder Schwierigkeiten anlässlich dieser Kontrolle auftreten.

Artikel 67

(1) Eine Truppe unterliegt nicht der Steuerpflicht auf Grund von Tatbeständen, die ausschließlich in den Bereich ihrer dienstlichen Tätigkeit fallen, und hinsichtlich des dieser Tätigkeit gewidmeten Vermögens. Dies gilt jedoch nicht, soweit die Steuern durch eine Beteiligung der Truppe am deutschen Wirtschaftsverkehr und hinsichtlich des diesem Wirtschaftsverkehr gewidmeten Vermögens entstehen. Lieferungen und sonstige Leistungen der Truppe an ihre Mitglieder, an die Mitglieder des zivilen Gefolges sowie an deren Angehörige werden nicht als Beteiligung am deutschen Wirtschaftsverkehr angesehen.

(2) Die Befreiung einer Truppe und eines zivilen Gefolges von Zöllen und sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben für Waren, die von ihnen eingeführt oder ausgeführt oder aus Zollausschlüssen oder aus dem Zollverkehr erworben werden, bestimmt sich nach Artikel XI des NATO-Truppenstatuts und nach Artikel 65 dieses Abkommens.

(3) (a) (i) Für Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge, die von einer amtlichen Beschaffungsstelle der Truppe oder des zivilen Gefolges in Auftrag gegeben werden und für den Gebrauch oder den Verbrauch durch die Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder oder deren Angehörige bestimmt sind, werden die unter den Ziffern (ii) bis (iv) genannten Abgabevergünstigungen unter der Voraussetzung gewährt, daß das Entgelt mit Zahlungsmitteln in der Währung des Entsendestaates entrichtet wird. Diese Voraussetzung gilt auch als erfüllt, wenn die Zahlung in Deutscher Mark geleistet wird, die die Truppe oder eine

7. When a customs control of members of a force, of a civilian component or dependents takes place at a customs office at which frontier liaison officials of a force are stationed, the German customs officials shall call in such officials if contraventions are discovered or if difficulties arise in connection with the inspections.

7. — Lorsque le contrôle douanier des membres d'une force et d'un élément civil, ainsi que des personnes à charge, a lieu dans les bureaux de douane auprès desquels des agents de liaison frontaliers de la force sont placés, la douane allemande fait appel à ces agents lorsqu'une infraction est constatée ou que des difficultés se produisent au cours des vérifications.

Article 67

1. A force shall not be subject to taxation in respect of matters falling exclusively within the scope of its official activities nor in respect of property devoted to such activities. This shall, however, not apply in respect of taxes which may arise from commercial trading by the force in the German economy or in respect of property devoted to this purpose. Deliveries made and services rendered by the force to its members, members of the civilian component and dependents shall not be regarded as commercial trading in the German economy.

2. Exemption from customs duties and other import and export duties on goods imported or exported by a force or a civilian component, or acquired by them from customs-free areas or from installations under customs control, shall be determined in accordance with Article XI of the NATO Status of Forces Agreement and with Article 65 of the present Agreement.

3. (a) (i) The tax relief provided under items (ii) to (iv) of this sub-paragraph shall be granted when goods or services are procured by an official procurement agency of a force or a civilian component for the use of, or consumption by, the force, the civilian component, their members, or dependents, provided that payment is made in the currency of the sending State. This proviso shall also be deemed to have been fulfilled if payment is made in Deutsche Mark which the force or its authorized agent has obtained by the conversion of such currency in the Federal Republic, or in Deutsche Mark whose use is admissible within the scope of the provisions of this paragraph in

Article 67

1. — Une force n'est pas soumise au paiement de l'impôt en ce qui concerne les faits relevant exclusivement de ses activités propres et les biens affectés à ces activités. Cette disposition n'est, toutefois, pas applicable lorsque le fait générateur de l'impôt résulte de la participation de la force à l'ensemble de l'activité économique allemande et il en est de même en ce qui concerne les biens affectés à cette activité. Les fournitures et autres prestations de la force au profit de ses membres, des membres de l'élément civil ainsi que des personnes à charge ne sont pas considérées comme participation à l'ensemble de l'activité économique allemande.

2. — L'exonération des droits de douane et des autres taxes ou impôts frappant les marchandises à l'importation ou à l'exportation est, pour les marchandises importées ou exportées par une force ou un élément civil, ou acquises par eux, alors qu'elles se trouvent en zones franches, ou sous un régime suspensif de droits, réglée conformément à l'Article XI de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et à l'Article 65 du présent Accord.

3. — (a) (i) Les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil, qui sont commandées par un service d'achat officiel de la force ou de l'élément civil et qui sont destinées à être utilisées ou consommées par la force, l'élément civil, leurs membres, ou les personnes à charge, bénéficient des priviléges fiscaux énumérés dans les points (ii) à (iv) du présent alinéa, à condition que le paiement soit effectué dans la monnaie de l'État d'origine. Cette condition est également tenue pour remplie, lorsque le paiement est effectué en Deutsche Mark, que la force ou son manda-

von ihr bevollmächtigte Stelle durch den Umtausch derartiger Zahlungsmittel in der Bundesrepublik erworben hat, oder in Deutscher Mark, deren Verwendung im Rahmen dieses Absatzes durch besondere Vereinbarung zwischen den deutschen Behörden und den Behörden des Entsendestaates zugelassen worden ist. Die Steuerbefreiungen und Vergütungen sind bei der Berechnung des Preises zu berücksichtigen.

- (ii) Lieferungen und sonstige Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge sind von der Umsatzsteuer befreit. Für Lieferungen werden dem Lieferer auf Antrag die im deutschen Umsatzsteuergesetz für den Fall der Ausfuhr vorgesehenen Vergütungen gewährt. Lieferungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge gelten als Lieferungen im Großhandel.
- (iii) Beförderungsleistungen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge sind, wenn die Beförderungsleistungen von der Deutschen Bundesbahn oder von Unternehmen des gewerblichen Verkehrs ausgeführt werden, von der Beförderungsteuer befreit. Befreiung von der Beförderungsteuer tritt nicht ein für Beförderungsleistungen, die für einen oder von einem Lieferer oder Leistenden bei Lieferungen oder sonstigen Leistungen an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge ausgeführt werden, sei es im Werkfernverkehr, sei es durch die Deutsche Bundesbahn oder andere gewerbliche Beförderungsunternehmen.

accordance with any special agreement reached between the German authorities and the authorities of the sending State. Tax exemptions and refunds shall be taken into account in calculating prices.

- (ii) Deliveries and services to a force or a civilian component shall be exempt from the turnover tax. On request, suppliers shall be granted such refunds as are provided in the German Turnover Tax Law in the event of export. Deliveries to a force or a civilian component shall be deemed to be wholesale deliveries.
- (iii) Transportation services rendered to a force or a civilian component by the German Federal railways or by commercial transportation enterprises shall be exempt from transportation tax. Exemption from transportation tax shall not be granted for transportation services rendered for or by a supplier or person who renders services in connection with deliveries or services to a force or a civilian component whether carried by factory-owned long-distance transport (Werkfernverkehr), by the German Federal Railways or by other commercial carriers.

taire a acquis en République Fédérale en échange de ladite monnaie, ou en Deutsche Mark dont l'utilisation, dans le cadre du présent paragraphe, est admise en vertu d'un arrangement particulier entre les autorités allemandes et les autorités de l'État d'origine. Il est tenu compte des exonérations et remboursements fiscaux dans le calcul du prix.

- (ii) Les fournitures et autres prestations effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil sont exonérées de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Le fournisseur bénéficie, sur demande, des remboursements prévus en cas d'exportation par la Loi allemande relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires. Les fournitures effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil sont considérées comme des livraisons en gros.

- (iii) Les services effectués, en matière de transports, pour le compte d'une force ou d'un élément civil, par les Chemins de fer fédéraux allemands ou par des entreprises commerciales de transports sont exonérées de l'impôt sur les transports. L'exonération de l'impôt sur les transports n'est pas accordée pour les services de transports exécutés par un fournisseur de biens ou de services ou pour son compte, à l'occasion de fournitures ou autres prestations effectuées pour le compte d'une force ou d'un élément civil, soit par ses propres moyens de transports à longue distance (Werkfernverkehr), soit par les Chemins de fer fédéraux allemands ou par toute autre entreprise commerciale de transports.

- (iv) Für Waren, die aus dem zollrechtlich freien Verkehr an eine Truppe oder ein ziviles Gefolge geliefert werden, werden die Abgabenbefreiungen oder -vergütungen oder Preisvergünstigungen gewährt, die in den Zoll-, Verbrauchssteuer- und Monopolgesetzen für den Fall der Ausfuhr vorgesehen sind.
- (b) Buchstabe (a) wird auch angewendet, wenn die deutschen Behörden Beschaffungen oder Baumaßnahmen für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge durchführen.
- (c) Die Vergünstigungen der Buchstaben (a) und (b) sind davon abhängig, daß das Vorliegen ihrer Voraussetzungen den zuständigen deutschen Behörden nachgewiesen wird. Die Art dieses Nachweises wird durch Vereinbarungen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden des betreffenden Entsendestaates festgelegt.
- (4) Die besonderen Anordnungen, die gemäß Artikel XI Absatz (11) des NATO-Truppenstatuts für Treib- und Schmierstoffe vorgesehen sind, werden im Einklang mit Artikel 65 dieses Abkommens, Absatz (1) Buchstabe (b), sowie mit Absatz (3) dieses Artikels getroffen.
- (iv) Goods delivered to a force or a civilian component from the free inland trade (zollrechtlich freier Verkehr) shall be granted the exemptions, refunds or price discounts provided by customs, excise, and fiscal monopoly legislation in the event of export.
- (b) Sub-paragraph (a) of this paragraph shall apply equally when the German authorities carry out procurement or construction works for a force or a civilian component.
- (c) The relief referred to in subparagraphs (a) and (b) of this paragraph shall be granted subject to furnishing proof to the appropriate German authorities that the requirements for such grant are fulfilled. The form of furnishing proof shall be established by agreement between the German authorities and the authorities of the sending State concerned.
4. The special arrangements provided in paragraph 11 of Article XI of the NATO Status of Forces Agreement for fuel, oil and lubricants shall be made in conformity with subparagraph (b) of paragraph 1 of Article 65 of the present Agreement and with paragraph 3 of this Article.
- (iv) Les marchandises en libre pratique fournies à une force ou à un élément civil bénéficient des exonérations ou remboursements des droits et taxes et des réductions de prix prévus, en cas d'exportation, par la législation sur les douanes, les impôts de consommation et les monopoles.
- (b) Les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe s'appliquent également lorsque les autorités allemandes passent des marchés ou exécutent des travaux pour le compte d'une force ou d'un élément civil.
- (c) Les priviléges prévus aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe sont accordés sous réserve qu'il soit prouvé aux autorités allemandes compétentes que les conditions de leur octroi sont remplies. Les autorités allemandes et les autorités de l'État d'origine intéressé fixent d'un commun accord la manière dont cette preuve doit être fournie.
4. — Les dispositions spéciales prévues pour les carburants et lubrifiants au paragraphe 11 de l'Article XI de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, sont prises conformément aux dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'Article 65 du présent Accord et du paragraphe 3 du présent Article.

Artikel 68

(1) Die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und die Angehörigen gehen keiner steuerlichen Vergünstigungen verlustig, die auf Grund eines zwischenstaatlichen Abkommens mit der Bundesrepublik für sie bestehen.

(2) Versicherungsteuer ist in den Fällen zu entrichten, in denen das Versicherungsentgelt an einen inländischen Versicherer oder an den inländischen Bevollmächtigten eines ausländischen Versicherers, nicht jedoch, wenn es unmittelbar an einen ausländischen Versicherer gezahlt wird. Hinsichtlich der Versicherung für private Kraftfahrzeuge der Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und der Angehörigen entfällt die Verpflichtung zur Zahlung der Versicherungsteuer auch dann, wenn im Einzelfall das Versicherungsentgelt,

Article 68

1. Members of a force or of a civilian component and dependents shall not be deprived of any tax benefits which they enjoy by virtue of any international agreement with the Federal Republic.

2. The insurance tax (Versicherungsteuer) is to be paid in those cases where the insurance premium is paid to an inland insurer or an authorized inland representative of a foreign insurer, but not where the premium is paid directly to a foreign insurer. With respect to insurance for private motor vehicles of members of a force or of a civilian component or of dependents, payment of the insurance tax is also not required where in individual cases the insurance premium, which is payable directly to the foreign insurer, is exceptionally

Article 68

1. — Les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge ne sont pas privés des avantages fiscaux prévus par un accord international conclu avec la République Fédérale.

2. — L'impôt sur les assurances (Versicherungsteuer) est payé dans les cas où la prime d'assurance est versée à un assureur établi sur le territoire fédéral ou à un représentant autorisé, établi sur le territoire fédéral, d'un assureur étranger, mais non lorsqu'elle est directement versée à un assureur étranger. En ce qui concerne l'assurance de leurs véhicules automobiles privés, les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge sont également exonérés de l'impôt sur les assurances, lorsque, dans des cas particu-

das unmittelbar an den ausländischen Versicherer zahlbar ist, ausnahmsweise an dessen inländischen Bevollmächtigten entrichtet wird.

(3) Der Ausschluß der Begründung eines Wohnsitzes im Bundesgebiet nach Artikel X Absatz (1) des NATO-Truppenstatuts hat nicht zur Folge, daß die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und die Angehörigen als ausländische Abnehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts anzusehen sind.

(4) Die Angehörigen werden hinsichtlich der Anwendung des Artikels X des NATO-Truppenstatuts ebenso behandelt wie die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges.

paid to the authorized inland representative of such foreign insurer.

liers, la prime d'assurance, payable directement à l'assureur étranger, est exceptionnellement versée à son représentant autorisé établi sur le territoire fédéral.

3. The fact that no residence is established in the Federal territory in accordance with paragraph 1 of Article X of the NATO Status of Forces Agreement shall not mean that members of a force or of a civilian component and dependents are to be regarded as foreign purchasers within the meaning of the turnover tax legislation.

4. Dependents shall be treated for the purposes of Article X of the NATO Status of Forces Agreement in the same manner as members of a force or of a civilian component.

3. — Le fait que les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge n'ont pas de résidence sur le territoire fédéral conformément au paragraphe 1 de l'Article X de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ne signifie pas qu'ils doivent être considérés comme acheteurs étrangers au sens de la législation relative à l'impôt sur le chiffre d'affaires.

4. — Les personnes à charge sont traitées de la même façon que les membres d'une force ou d'un élément civil en ce qui concerne l'application de l'Article X de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

Artikel 69

(1) Das Recht der Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges, der Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und der Angehörigen, in Übereinstimmung mit den in Artikel XIV des NATO-Truppenstatuts genannten Bestimmungen Zahlungsmittel und Zahlungsanweisungen in der Währung der Bundesrepublik einzuführen, auszuführen und zu besitzen, wird durch die Absätze (2), (3) und (4) nicht berührt.

(2) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges haben das Recht zur Einfuhr, zur Ausfuhr und zum Besitz von Zahlungsmitteln und Zahlungsanweisungen in anderen Währungen als der der Bundesrepublik und von Militärgutscheinen in der Währung eines Entsendestaates.

(3) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges können an die Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und an deren Angehörige

(a) Zahlungsmittel und Zahlungsanweisungen in der Währung

(i) der Bundesrepublik,
(ii) des Entsendestaates,
(iii) anderer Staaten, soweit für genehmigte Reisen einschließlich Urlaubsreisen erforderlich,

(b) Militärgutscheine in der Währung eines Entsendestaates,

Article 69

1. The rights of the authorities of a force or of a civilian component, of the members of a force or of a civilian component, or of dependents to import, export and possess the currency of the Federal Republic and instruments denominated in such currency in accordance with the regulations referred to in Article XIV of the NATO Status of Forces Agreement shall remain unaffected by the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of this Article.

2. The authorities of a force or of a civilian component shall have the right to import, export and possess currency, other than that of the Federal Republic, instruments denominated in any such currency and military scrip denominated in the currency of any sending State.

3. The authorities of a force or of a civilian component may distribute to the members of the force and of the civilian component and to dependents

(a) currency of, and instruments denominated in the currency of,
(i) the Federal Republic,
(ii) the sending State,
(iii) any other State, to the extent required for the purpose of authorized travel, including travel on leave;
(b) military scrip denominated in the currency of any sending State;

1. — Les droits des autorités d'une force ou d'un élément civil, des membres d'une force ou d'un élément civil ou des personnes à charge, d'importer, d'exporter et de posséder la monnaie de la République Fédérale et les instruments de paiement libellés dans cette monnaie conformément aux dispositions auxquelles se réfère l'Article XIV de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ne sont pas affectés par les dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 du présent Article.

2. — Les autorités d'une force ou d'un élément civil ont le droit d'importer, d'exporter et de posséder toutes les monnaies autres que celles de la République Fédérale et tous les instruments de paiement libellés dans l'une quelconque de ces monnaies ainsi que tous les billets militaires libellés dans la monnaie de l'un quelconque des États d'origine.

3. — Les autorités d'une force ou d'un élément civil peuvent distribuer aux membres de la force, de l'élément civil, ainsi qu'aux personnes à charge:

(a) toutes les monnaies et tous les instruments de paiement
(i) de la République Fédérale,
(ii) de l'État d'origine,
(iii) d'autres États, dans la mesure nécessaire aux déplacements autorisés, y compris les permissions.
(b) les billets militaires libellés dans la monnaie de l'un quelconque des États d'origine,

ausgeben; dies gilt jedoch mit der Maßgabe, daß das System der Zahlung in der Währung des Entsendestaates durch die Behörden der Truppe an Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und an deren Angehörige nur im Zusammenwirken mit den Behörden der Bundesrepublik eingeführt wird.

(4) Ausschließlich nach Maßgabe von Anordnungen, die von den Behörden einer Truppe zu erlassen und den Behörden der Bundesrepublik mitzuteilen sind, haben Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und deren Angehörige das Recht

(a) zur Einfuhr von Zahlungsmitteln und Zahlungsanweisungen in der Währung des Entsendestaates und von Militärgutscheinen in der Währung eines Entsendestaates;

(b) zur Ausfuhr

(i) von Zahlungsmitteln und Zahlungsanweisungen in anderen Währungen als der der Bundesrepublik, sofern die betreffenden Mitglieder und Angehörigen die Zahlungsmittel oder Zahlungsanweisungen eingeführt oder von den Behörden der Truppe oder den von diesen ermächtigten Stellen erhalten haben;

(ii) von Schecks, die von einem solchen Mitglied oder Angehörigen auf ein Kreditinstitut oder eine öffentliche Kasse im Entsendestaat ausgestellt sind;

(iii) von Militärgutscheinen in der Währung eines Entsendestaates.

(5) Die Behörden einer Truppe treffen im Zusammenwirken mit den Behörden der Bundesrepublik geeignete Maßnahmen, um jeden Mißbrauch der in den Absätzen (2), (3) und (4) gewährten Befugnisse zu verhindern und die devisenrechtliche Ordnung der Bundesrepublik zu gewährleisten, soweit sich diese unter Berücksichtigung der Absätze (2), (3) und (4) auf eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder oder auf Angehörige bezieht.

Artikel 70

Einer Truppe und einem zivilen Gefolge wird für Guthaben in Deutscher Mark, die mit Zahlungsmitteln in der

provided, however, that a system of payment to members of the force or of the civilian component or to dependents, in the currency of the sending State, shall be adopted by the authorities of the force only in co-operation with the authorities of the Federal Republic.

4. Subject only to the regulations which shall be made by the authorities of a force and notified to the authorities of the Federal Republic, a member of the force or of the civilian component and a dependent may

(a) import currency of the sending State, instruments denominated in such currency, and military scrip denominated in the currency of any sending State;

(b) export

(i) any currency other than that of the Federal Republic, and instruments denominated in any such currency, provided that such member or dependent has either imported such currency or instruments or received such currency or instruments from the authorities of the force or their authorized agents;

(ii) cheques drawn by such member or dependent on a financial institution or agency in the sending State;

(iii) military scrip denominated in the currency of any sending State.

5. The authorities of a force shall, in co-operation with the authorities of the Federal Republic, take appropriate measures in order to prevent any abuse of the rights given under paragraphs 2, 3 and 4 of this Article and to safeguard the system of foreign exchange regulations of the Federal Republic insofar as such system, subject to the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of this Article, relates to a force, a civilian component, their members and dependents.

Article 70

In accordance with special agreements to be concluded, a force and a civilian component shall be granted

sous réserve, toutefois, que le système de paiement aux membres de la force ou de l'élément civil ainsi qu'aux personnes à charge, en monnaie de l'État d'origine, ne soit introduit par les autorités de la force qu'en coopération avec les autorités de la République Fédérale.

4. — Sous la seule réserve des règlements édictés par les autorités d'une force et notifiés aux autorités de la République Fédérale, un membre de la force, de l'élément civil ou une personne à charge peut:

(a) importer la monnaie de l'État d'origine, des instruments de paiement libellés dans cette monnaie, ainsi que les billets militaires libellés dans la monnaie de l'un quelconque des États d'origine;

(b) exporter:

(i) toutes monnaies autres que celles de la République Fédérale et tous instruments de paiement libellés dans l'une quelconque de ces monnaies, sous réserve que ces monnaies ou instruments de paiement aient été importés par ce membre ou cette personne à charge ou lui aient été remis par les autorités de la force ou par ses agents autorisés;

(ii) tous chèques tirés par ce membre ou cette personne à charge sur un établissement financier ou une caisse publique situé dans l'État d'origine;

(iii) les billets militaires libellés dans la monnaie de l'un quelconque des États d'origine.

5. — Les autorités d'une force prennent, en coopération avec les autorités de la République Fédérale, toutes mesures utiles pour prévenir l'abus des droits conférés aux termes des paragraphes 1, 2 et 3 du présent Article et pour assurer le respect des règlements pris par la République Fédérale en matière de change, dans la mesure où, compte tenu des dispositions des paragraphes 2, 3 et 4, ces règlements s'appliquent à une force, à un élément civil, à leurs membres, ainsi qu'aux personnes à charge.

Article 70

Conformément à des accords spéciaux à conclure, une force et un élément civil reçoivent un intérêt sur

Währung des Entsendestaates erworben sind und als täglich fällige Gelder auf Konten bei der Deutschen Bundesbank unterhalten werden, Verzinsung nach näherer Vereinbarung gewährt.

Artikel 71

(1) Die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (2), aufgeführten nichtdeutschen Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters werden wie Bestandteile der Truppe angesehen und behandelt.

(2) (a) Die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (3), aufgeführten nichtdeutschen Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters genießen die der Truppe durch das NATO-Truppenstatut und dieses Abkommen gewährten Vergünstigungen und Befreiungen in dem Umfang, der zur Erfüllung ihrer in dem genannten Abschnitt, Absatz (3), umschriebenen Aufgaben notwendig ist. Bei Einfuhren für diese Organisationen sowie bei Lieferungen oder sonstigen Leistungen an sie werden Vergünstigungen und Befreiungen jedoch nur dann gewährt, wenn diese Einfuhren oder diese Lieferungen oder sonstigen Leistungen durch die Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges oder durch von diesen bezeichnete amtliche Beschaffungsstellen vermittelt werden.

(b) Die unter Buchstabe (a) erwähnten Organisationen haben nicht die Befugnisse, die den Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges nach dem NATO-Truppenstatut und diesem Abkommen zustehen.

(3) Im Hinblick auf ihre Tätigkeit als nichtwirtschaftliche Organisationen sind die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absätze (2) und (3), aufgeführten Organisationen von den deutschen Vorschriften über Handel und Gewerbe, soweit sie sonst anwendbar wären, befreit. Diejenigen dieser Vorschriften, die sich auf Sicherheitsmaßnahmen beziehen, sind jedoch vorbehaltlich Artikel 53 anzuwenden.

interest on Deutsche Mark funds acquired with the currency of the sending State and held on daily call in accounts with the German Federal Bank (Deutsche Bundesbank).

Article 71

1. The non-German non-commercial organizations listed in paragraph 2 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article shall be considered to be, and treated as, integral parts of the force.

2. (a) The non-German non-commercial organizations listed in paragraph 3 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article shall enjoy the benefits and exemptions accorded to the force by the NATO Status of Forces Agreement and the present Agreement to the extent necessary for the fulfilment of the purposes described in paragraph 3 of that Section. However, benefits and exemptions in respect of imports for, deliveries to, or services for these organizations shall be granted only if such imports, deliveries or services are effected through the authorities of the force or of the civilian component or through official procurement agencies designated by these authorities.

(b) The organizations referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph shall not have the powers enjoyed by the authorities of a force or of a civilian component under the NATO Status of Forces Agreement and the present Agreement.

3. In respect of their activities as non-commercial organizations, the organizations listed in paragraphs 2 and 3 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article shall be exempt from the German regulations, if otherwise applicable, governing the conduct of trade and business activities (Handel und Gewerbe). Such of these regulations as relate to safety measures shall, subject to Article 53 of the present Agreement, nevertheless apply.

les fonds en Deutsche Mark acquis dans la monnaie de l'État d'origine et déposés à vue dans des comptes ouverts auprès de la Banque fédérale allemande.

Article 71

1. — Les organisations non allemandes à but non lucratif énumérées au paragraphe 2 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article sont considérées et traitées comme partie intégrante d'une force.

2. — (a) Les organisations non allemandes à but non lucratif énumérées au paragraphe 3 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article bénéficient des priviléges et exemptions accordés à une force aux termes de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et du présent Accord, dans la mesure qui leur est nécessaire pour l'accomplissement des tâches définies au paragraphe 3 de ladite Section du Protocole de Signature. Toutefois, en ce qui concerne les importations, les fournitures ou autres prestations au profit de ces organisations, les priviléges et exemptions ne sont accordés que dans les cas où ces importations, ces fournitures ou autres prestations sont obtenues par l'intermédiaire des autorités de la force ou de l'élément civil ou par l'entremise des services d'achats officiels désignés par ces autorités.

(b) Les organisations visées à l'alinéa (a) du présent paragraphe ne disposent pas des pouvoirs détenus par les autorités d'une force ou d'un élément civil aux termes de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et du présent Accord.

3. — Eu égard aux activités qu'elles exercent en tant qu'organisations à but non lucratif, les organisations visées aux paragraphes 2 et 3 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article ne sont pas assujetties aux prescriptions allemandes relatives aux activités commerciales et professionnelles (Handel und Gewerbe), dans la mesure où ces prescriptions leur seraient applicables par ailleurs. Celles de ces prescriptions qui sont relatives aux mesures de sécurité sont toutefois applicables sous réserve des dispositions de l'Article 53 du présent Accord.

(4) Anderen nichtdeutschen Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters kann auf Grund von Vertragsabkommen jeweils dieselbe Behandlung wie den in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (2) oder (3), aufgeführten Organisationen gewährt werden, wenn sie

- (a) für die Befriedigung der militärischen Bedürfnisse einer Truppe erforderlich sind und
- (b) nach Richtlinien der Truppe arbeiten und deren Dienstaufsicht unterstehen.

(5) (a) Vorbehaltlich Absatz (6) werden Angestellte, die ausschließlich im Dienst der in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (2) oder (3), aufgeführten Organisationen tätig sind, wie Mitglieder eines zivilen Gefolges angesehen und behandelt. Sie sind hinsichtlich der Bezüge und Einkünfte, die ihnen von den Organisationen gezahlt werden, im Bundesgebiet von Steuern befreit, wenn diese Bezüge und Einkünfte entweder

- (i) in dem Entsendestaat der Besteuerung unterliegen oder
- (ii) unter der Voraussetzung berechnet worden sind, daß eine Verpflichtung zur Steuerzahlung nicht entstehen wird.

(b) Buchstabe (a) wird auch auf Angestellte von Organisationen angewendet, denen gemäß Absatz (4) dieselbe Behandlung wie den in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (2) oder (3), aufgeführten Organisationen gewährt wird.

(6) Absatz (5) wird nicht angewendet auf

- (a) Staatenlose,
- (b) Angehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrages ist,
- (c) Deutsche,
- (d) Personen, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.

4. Other non-German non-commercial organizations may, in specific cases, be accorded, by means of administrative agreements, the same treatment as the organizations listed in paragraph 2 or 3 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article, if they

- (a) are necessary to meet the military requirements of a force and
- (b) operate under the general direction and supervision of the force.

5. (a) Subject to the provisions of paragraph 6 of this Article, employees exclusively serving organizations listed in paragraph 2 or 3 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article shall be considered to be, and treated as, members of a civilian component. They shall be exempt from taxation in the Federal territory on the salaries and emoluments paid to them by the organizations if such salaries and emoluments are either

- (i) liable to assessment for taxation in the sending State or
- (ii) computed on the assumption that no liability to pay tax will arise.

(b) Sub-paragraph (a) of this paragraph shall also apply to employees of organizations which, in accordance with paragraph 4 of this Article, are accorded the same treatment as the organizations listed in paragraph 2 or 3 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article.

6. The provisions of paragraph 5 of this Article shall not apply to

- (a) stateless persons;
- (b) nationals of any State which is not a Party to the North Atlantic Treaty;
- (c) Germans;
- (d) persons ordinarily resident in the Federal territory.

4. — D'autres organisations non allemandes à but non lucratif peuvent, dans chaque cas particulier, en vertu d'accords administratifs, bénéficier du traitement accordé aux organisations énumérées aux paragraphes 2 ou 3 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article:

- (a) si elles sont nécessaires aux besoins militaires d'une force et
- (b) si elles fonctionnent selon les directives et sous contrôle officiel de la force.

5. — (a) Sous réserve des dispositions du paragraphe 6 du présent Article, les personnes employées exclusivement au service des organisations visées aux paragraphes 2 ou 3 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article sont considérées et traitées comme membres d'un élément civil. Elles sont exonérées, sur le territoire fédéral, de tout impôt sur les traitements et émoluments qui leur sont payés par les organisations, si ces traitements et émoluments sont

- (i) soumis à l'impôt dans l'État d'origine ou

(ii) établis d'une manière qui presuppose qu'ils ne devront faire l'objet d'aucun prélèvement d'impôt.

(b) Les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe s'appliquent également aux employés des organisations qui, conformément aux dispositions du paragraphe 4 du présent Article, bénéficient du traitement accordé aux organisations énumérées aux paragraphes 2 ou 3 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article.

6. — Les dispositions du paragraphe 5 du présent Article ne s'appliquent pas

- (a) aux apatrides;
- (b) aux ressortissants d'un État non partie au Traité de l'Atlantique Nord;
- (c) aux Allemands;
- (d) aux personnes ayant leur résidence habituelle sur le territoire fédéral.

Artikel 72

(1) Die in dem auf diesen Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (1), aufgeführten nichtdeutschen Unternehmen wirtschaftlichen Charakters genießen

(a) die einer Truppe durch das NATO-Truppenstatut und dieses Abkommen gewährte Befreiung von Zöllen, Steuern, Einfuhr- und Wiederausfuhrbeschränkungen und von der Devisenkontrolle in dem Umfang, der zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist;

(b) Befreiung von den deutschen Vorschriften über die Ausübung von Handel und Gewerbe;

(c) Vergünstigungen, die gegebenenfalls durch Verwaltungsabkommen festgelegt werden

(2) Absatz (1) wird nur angewendet, wenn

(a) das Unternehmen ausschließlich für die Truppe, das zivile Gefolge, ihre Mitglieder und deren Angehörige tätig ist, und

(b) seine Tätigkeit auf Geschäfte beschränkt ist, die von den deutschen Unternehmen nicht ohne Beeinträchtigung der militärischen Bedürfnisse der Truppe betrieben werden können.

(3) Umfaßt die Tätigkeit eines Unternehmens Geschäfte, die den Voraussetzungen des Absatzes (2) nicht entsprechen, so stehen die in Absatz (1) genannten Befreiungen und Vergünstigungen dem Unternehmen nur unter der Bedingung zu, daß die ausschließlich der Truppe dienende Tätigkeit des Unternehmens rechtlich oder verwaltungsmäßig klar von den anderen Tätigkeiten getrennt ist.

(4) Im Einvernehmen mit den deutschen Behörden können unter den in den Absätzen (2) und (3) genannten Voraussetzungen weitere nichtdeutsche Unternehmen wirtschaftlichen Charakters ganz oder teilweise die in Absatz (1) genannten Befreiungen und Vergünstigungen erhalten.

(5) (a) Angestellten von Unternehmen, die Befreiungen und Vergünstigungen nach

Article 72

1. The non-German commercial enterprises listed in paragraph 1 of the Section in the Protocol of Signature referring to this Article shall enjoy

(a) the exemptions accorded to a force by the NATO Status of Forces Agreement and the present Agreement from customs, taxes, import and re-export restrictions and foreign exchange control to the extent necessary for the fulfilment of their purposes;

(b) exemptions from German regulations governing the conduct of trade and business activities (Handel und Gewerbe);

(c) such benefits as may be determined by administrative agreement.

2. Paragraph 1 of this Article shall apply only if

(a) the enterprise exclusively serves the force, the civilian component, their members or dependents; and

(b) the activities of the enterprise are restricted to business transactions which cannot be undertaken by German enterprises without prejudice to the military requirements of the force.

3. Where the activities of an enterprise include business not conforming to the conditions set forth in paragraph 2 of this Article, the granting of exemptions and benefits provided in paragraph 1 shall be conditional upon a clear legal or administrative separation between those activities which are performed exclusively for the force and those which are not.

4. By agreement with the German authorities and on the conditions set forth in paragraphs 2 and 3 of this Article, other non-German commercial enterprises may be granted all or part of the exemptions and benefits referred to in paragraph 1.

5. (a) Employees of enterprises enjoying exemptions and benefits pursuant to this Article

Article 72

1. — Les organisations non allemandes à but lucratif énumérées au paragraphe 1 de la Section du Protocole de Signature se référant au présent Article

(a) bénéficiant des exemptions accordées à une force aux termes de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et du présent Accord dans les domaines des droits de douane, des impôts, des restrictions en matière d'importation et de réexportation, ainsi que du contrôle des changes, dans la mesure nécessaire à l'accomplissement de leur tâche;

(b) ne sont pas assujetties aux prescriptions allemandes relatives aux activités commerciales et professionnelles (Handel und Gewerbe);

(c) bénéficiant des priviléges qui peuvent être fixés par des accords administratifs,

2. — Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article ne sont applicées que dans les cas où sont remplies les conditions ci-après:

(a) l'organisation est exclusivement au service de la force, de l'élément civil, de leurs membres ou des personnes à charge et

(b) les activités de l'organisation sont limitées aux transactions commerciales qui ne pourraient être effectuées par des organisations allemandes sans qu'il soit porté préjudice aux besoins militaires de la force.

3. — Lorsque les activités d'une organisation englobent des transactions qui ne remplissent pas les conditions définies au paragraphe 2 du présent Article, les exemptions et priviléges visés au paragraphe 1 sont accordés à condition qu'une nette distinction juridique ou administrative ait été établie entre les activités exercées exclusivement au service de la force et les autres activités.

4. — En accord avec les autorités allemandes et sous réserve des conditions définies aux paragraphes 2 et 3 du présent Article, d'autres organisations non allemandes à but lucratif peuvent bénéficier de la totalité ou d'une partie des exemptions et priviléges visés au paragraphe 1.

5. — (a) Les employés des organisations auxquelles sont accordés des exemptions et

Maßgabe dieses Artikels genießen, werden, wenn sie ausschließlich für derartige Unternehmen tätig sind, die gleichen Befreiungen und Vergünstigungen gewährt wie Mitgliedern eines zivilen Gefolges, es sei denn, daß der Entsendestaat sie ihnen beschränkt.

(b) Buchstabe (a) wird nicht angewendet auf

- (i) Staatenlose,
- (ii) Angehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrages ist,
- (iii) Deutsche,
- (iv) Personen, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.

(6) Entziehen die Behörden einer Truppe diesen Unternehmen oder ihren Angestellten die ihnen nach Maßgabe dieses Artikels gewährten Befreiungen oder Vergünstigungen ganz oder teilweise, so benachrichtigen sie die deutschen Behörden entsprechend.

Artikel 73

Technische Fachkräfte, deren Dienste eine Truppe benötigt und die im Bundesgebiet ausschließlich für diese Truppe als Berater in technischen Fragen oder zwecks Aufstellung, Bedienung oder Wartung von Ausrüstungsgegenständen arbeiten, werden wie Mitglieder des zivilen Gefolges angesehen und behandelt. Diese Bestimmung wird jedoch nicht angewendet auf

- (a) Staatenlose,
- (b) Angehörige eines Staates, der nicht Partei des Nordatlantikvertrages ist,
- (c) Deutsche,
- (d) Personen, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Bundesgebiet haben.

Artikel 74

(1) Die Artikel XII und XIII des NATO-Truppenstatuts beziehen sich auch auf die Regelungen, die auf dem Gebiet des Zoll- und Steuerwesens in diesem Abkommen getroffen sind.

(2) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges treffen alle angemessenen Maßnahmen, um Mißbräuche zu verhindern, die sich aus der Einräumung von Vergünstigungen und Befreiungen auf zoll- und steuerrechtlichem Gebiet ergeben könnten.

shall, if they exclusively serve such enterprises, be granted the same exemptions and benefits as those granted to members of a civilian component unless such exemptions and benefits are restricted by the sending State.

(b) Sub-paragraph (a) of this paragraph shall not apply to

- (i) stateless persons;
- (ii) nationals of any State which is not a Party to the North Atlantic Treaty;
- (iii) Germans;
- (iv) persons ordinarily resident in the Federal territory.

6. If the authorities of a force withdraw all or part of the exemptions and benefits accorded to these enterprises or to their employees pursuant to this Article, they shall so notify the German authorities.

Article 73

Technical experts whose services are required by a force and who in the Federal territory exclusively serve that force either in an advisory capacity in technical matters or for the setting up, operation or maintenance of equipment shall be considered to be, and treated as, members of the civilian component. This provision, however, shall not apply to

- (a) stateless persons;
- (b) nationals of any State which is not a Party to the North Atlantic Treaty;
- (c) Germans;
- (d) persons ordinarily resident in the Federal territory.

Article 74

1. Articles XII and XIII of the NATO Status of Forces Agreement shall apply equally to the provisions relating to the fields of customs and taxes contained in the present Agreement.

2. The authorities of a force and of a civilian component shall take all appropriate measures to prevent abuses which might result from the granting of benefits and exemptions in the fields of customs and taxes. They shall co-operate closely with

privileges conformément au présent Article, bénéficient, s'ils sont exclusivement au service de ces organisations et sauf limitations imposées par l'État d'origine, des mêmes exemptions et priviléges que ceux accordés aux membres d'un élément civil.

(b) Les dispositions de l'alinéa (a) du présent paragraphe ne s'appliquent pas:

- (i) aux apatrides,
- (ii) aux ressortissants d'un État non partie au Traité de l'Atlantique Nord,
- (iii) aux Allemands,
- (iv) aux personnes ayant leur résidence habituelle sur le territoire fédéral.

6. — Si les autorités d'une force privent, en totalité ou en partie, ces organisations ou leurs employés du bénéfice des exemptions et priviléges qui leur sont accordés en vertu du présent Article, elles adressent aux autorités allemandes une notification à cet effet.

Article 73

Les experts techniques dont les services sont nécessaires à une force et qui, sur le territoire fédéral, travaillent exclusivement pour cette force, soit en qualité de conseillers dans des domaines techniques, soit en vue de la mise en place, de l'exploitation ou de l'entretien du matériel, sont considérés et traités comme membres de l'élément civil. Toutefois, la présente disposition ne s'applique pas:

- (a) aux apatrides;
- (b) aux ressortissants d'un État non partie au Traité de l'Atlantique Nord;
- (c) aux Allemands;
- (d) aux personnes ayant leur résidence habituelle sur le territoire fédéral.

Article 74

1. — Les dispositions des Articles XII et XIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces s'appliquent également à la réglementation prévue en matière douanière et fiscale dans le cadre du présent Accord.

2. — Les autorités d'une force et d'un élément civil prennent toutes mesures propres à empêcher les abus qui pourraient résulter de l'octroi de priviléges et d'exemptions en matière douanière et fiscale. Elles coopèrent étroitement avec les autorités alle-

Sie arbeiten mit den deutschen Behörden bei der Verhütung von Zoll- und Steuerzuwiderhandlungen eng zusammen.

(3) Die Durchführung der Bestimmungen der Absätze (1) und (2) im einzelnen, einschließlich der gemäß Artikel XII Absatz (1) des NATO-Truppenstatuts einzuhaltenden Bedingungen, wird durch Verwaltungsabkommen mit den deutschen Behörden geregelt. In diesen Verwaltungsabkommen werden insbesondere die folgenden Gesichtspunkte berücksichtigt:

- (a) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges stellen im Einvernehmen mit den deutschen Behörden sicher, daß den Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und deren Angehörigen bestimmte Waren nur in angemessenen Mengen zur Verfügung gestellt werden.
- (b) Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges und den deutschen Behörden umfaßt den Austausch einschlägiger Mitteilungen über Verkaufseinrichtungen der Truppe sowie über Organisationen und wirtschaftliche Unternehmen im Dienste der Truppe, und, soweit erforderlich, angemessene Inspektionen darin.

(4) Die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges erteilen den deutschen Behörden auf Anfrage jede zumutbare Auskunft, die für die Besteuerung im Bundesgebiet steuerpflichtiger Personen und Unternehmen erforderlich ist, soweit nicht militärische Notwendigkeiten entgegenstehen. Die deutschen Behörden bitten die Behörden einer Truppe und eines zivilen Gefolges nur dann um Auskunft, wenn die zur Besteuerung erforderlichen Feststellungen nicht auf andere Weise getroffen werden können, wie zum Beispiel an Hand von amtlichen Bescheinigungen (Abwicklungsscheinen) über steuerbegünstigte Lieferungen und sonstige Leistungen, wenn diese Bescheinigungen den deutschen Finanzbehörden zugegangen sind, oder an Hand von Auskünften, die den deutschen Finanzbehörden von anderen deutschen Behörden erteilt werden können. Die deutschen Behörden verhindern, daß die Auskünfte unbefugt Dritten offenbart werden.

the German authorities in the prevention of customs and tax offences.

mandes dans la prévention des infractions douanières et fiscales.

3. The detailed application of the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article, including the conditions to be observed pursuant to paragraph 1 of Article XII of the NATO Status of Forces Agreement, shall be regulated by administrative agreements with the German authorities. Such administrative agreements shall in particular take into account the following points:

- (a) The authorities of a force and of a civilian component shall, in agreement with the German authorities, ensure that certain goods are placed at the disposal of members of the force, of the civilian component or dependents only in reasonable quantities.
- (b) Co-operation between the authorities of a force or of a civilian component and the German authorities shall include the exchange of relevant information concerning the selling agencies of the force and the organizations and enterprises serving the force, and shall also include, to the extent necessary, appropriate inspections therein.

4. Except to the extent precluded by military necessity, the authorities of a force or of a civilian component shall, at the request of the German authorities, provide the latter with such information as they may be reasonably expected to furnish and which is necessary to determine the tax liability of persons or enterprises which are subject to taxation in the Federal territory. The German authorities shall request such information of the authorities of a force or of a civilian component only if the data necessary for assessment cannot be obtained otherwise, for instance, from official certificates (Abwicklungsscheine) concerning the procurement of goods and services subject to tax relief if such certificates have been furnished to the German financial authorities, or from information which can be supplied to those authorities by other German authorities. The German authorities shall take measures to prevent the disclosure of the information to unauthorized third parties.

3. — Les modalités d'application des dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent Article, y compris les conditions à observer conformément au paragraphe 1 de l'Article XII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, sont fixées par voie d'accords administratifs avec les autorités allemandes. Ces accords tiennent compte, notamment, des points de vue suivants:

- (a) les autorités d'une force et d'un élément civil doivent veiller, en accord avec les autorités allemandes, à ce que certaines marchandises ne soient mises qu'en quantités raisonnables à la disposition des membres de la force, de l'élément civil et des personnes à charge;
- (b) la coopération entre les autorités d'une force et d'un élément civil et les autorités allemandes comprend l'échange de renseignements pertinents sur les installations de vente de la force et les organisations à but non lucratif ou à but lucratif qui sont à son service, ainsi que des inspections appropriées à l'intérieur desdites installations de vente et organisations, dans la mesure où ces inspections se révéleraient nécessaires.

4. — Dans la mesure où des nécessités d'ordre militaire ne s'y opposent pas, les autorités d'une force ou d'un élément civil fournissent aux autorités allemandes, à la demande de celles-ci, les renseignements qui peuvent être raisonnablement demandés et qui sont nécessaires en vue de déterminer les obligations fiscales des personnes ou des entreprises soumises à l'impôt sur le territoire fédéral. Les autorités allemandes ne demandent de tels renseignements aux autorités d'une force ou d'un élément civil que lorsqu'il ne leur est pas possible de faire les constatations nécessaires à l'établissement de l'impôt par d'autres moyens, tels que les attestations officielles (Abwicklungsscheine) relatives aux fournitures et prestations de services bénéficiant de priviléges fiscaux, si ces attestations ont été fournies aux autorités financières allemandes, ou les renseignements qui peuvent être donnés à ces dernières par d'autres autorités allemandes. Les autorités allemandes prennent les mesures destinées à empêcher la divulgation de ces renseignements à des tiers non autorisés.

Artikel 75

(1) (a) Sofern nicht der Beschuldigte Deutscher ist, finden Artikel 19 dieses Abkommens und Artikel VII Absätze (1), (2) und (3) des NATO-Truppenstatuts keine Anwendung auf eine vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung, deren ein Mitglied der Streitkräfte beschuldigt wird, wenn vor diesem Zeitpunkt

- (i) das Verfahren wegen einer solchen strafbaren Handlung durch eine die Gerichtsbarkeit ausübende Behörde einer Truppe eingeleitet oder beendet worden ist, oder
- (ii) die strafbare Handlung durch den Ablauf einer Frist nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen des betreffenden Entsendestaates verjährt ist.

(b) Ist zu dem Zeitpunkt des Inkrafttretns dieses Abkommens ein Verfahren anhängig, so gelten für dieses Verfahren bis zu seinem Abschluß die Bestimmungen des Truppenvertrages hinsichtlich der Ausübung der Gerichtsbarkeit über strafbare Handlungen, die von solchen Mitgliedern begangen wurden, als wäre der genannte Vertrag noch in Kraft, vorausgesetzt, daß die anhängigen Fälle dieser Art den deutschen Behörden innerhalb von zehn Tagen nach dem genannten Zeitpunkt mitgeteilt werden.

(2) Bei Festsetzung des Strafmaßes für eine vor Inkrafttreten dieses Abkommens begangene strafbare Handlung berücksichtigt das deutsche Gericht oder die deutsche Behörde die nach dem Recht des Entsendestaates, dem der Beschuldigte zur Zeit der Begehung der strafbaren Handlung unterworfen war, angedrohte Strafe angemessen, wenn diese milder ist als die Strafe nach deutschem Recht.

Artikel 76

Verteidigungsanlagen, deren Errichtung vor Inkrafttreten dieses Abkommens mit der Bundesrepublik vereinbart wurde oder mit deren Ausführung vor diesem Zeitpunkt begonnen worden ist, werden wie geplant fertiggestellt.

Article 75

1. (a) Except in a case where the accused is a German, neither Article 19 of the present Agreement nor paragraphs 1, 2 and 3 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement shall apply to an offence alleged to have been committed by a member of the forces prior to the entry into force of the present Agreement where before that date

- (i) proceedings in respect of such offence have been initiated or terminated by an authority of a force exercising judicial powers, or
- (ii) the prosecution of the offence became barred, under the law of the sending State concerned, by the expiry of a prescribed period of time.

(b) Where proceedings are pending at the date of entry into force of the present Agreement, the provisions of the Forces Convention concerning the exercise of jurisdiction over offences committed by such members shall continue to have effect for those proceedings, as if that Convention were still in force, until the conclusion of the proceedings, provided notification of the cases so pending shall be made to the German authorities within a period of ten days after that date.

2. In imposing a penalty in respect of an offence committed prior to the entry into force of the present Agreement, the German court or authority shall give due consideration to the penalty prescribed by the law of the sending State to which the accused was subject at the time of the commission of the offence, if it appears that such penalty is lighter than that prescribed by German law.

Article 75

1. — (a) A moins que l'accusé ne soit un Allemand, les dispositions de l'Article 19 du présent Accord et des paragraphes 1, 2 et 3 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ne s'appliquent pas à une infraction présumée commise par un membre des forces avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord, lorsqu'avant cette date

(i) la procédure relative à ladite infraction était engagée ou close par une autorité d'une force qui exerce des pouvoirs judiciaires, ou

(ii) l'infraction était prescrite en raison de l'écoulement des délais prévus par la loi de l'Etat d'origine intéressé.

(b) Lorsque des procédures sont en cours à la date d'entrée en vigueur du présent Accord, il y a lieu d'appliquer à ces procédures, jusqu'à leur clôture, les dispositions de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces concernant l'exercice de la juridiction à l'égard des infractions commises par ces membres, comme si ladite Convention était encore en vigueur, sous réserve que les affaires ainsi en cours soient notifiées aux autorités allemandes dans un délai de dix jours après cette date.

2. — Lorsque le tribunal allemand ou l'autorité allemande a à imposer une peine pour une infraction commise avant la date d'entrée en vigueur du présent Accord, ce tribunal ou cette autorité tient dûment compte de la peine prévue par la loi de l'Etat d'origine à laquelle l'accusé était soumis au moment de la commission de l'infraction, s'il apparaît que cette peine est moins sévère que celle prescrite par la loi allemande.

Article 76

Defensive works, the execution of which has been agreed with the Federal Republic prior to the entry into force of the present Agreement or on which work has commenced prior to that date, shall be completed as planned.

Article 76

Les ouvrages de défense approuvés par la République Fédérale ou en cours de réalisation avant l'entrée en vigueur du présent Accord sont achevés comme prévu.

Artikel 77

Der in Artikel 17 Absatz (8) des Truppenvertrages vorgesehene Ständige Ausschuß wird im Interesse der gemeinsamen Verteidigung und der Luftsicherheit zunächst seine Aufgaben auf dem Gebiet der Koordinierung zwischen der zivilen und militärischen Luftfahrt weiterführen. Der Ständige Ausschuß wird nach vorheriger angemessener Konsultation zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der beteiligten Truppen aufgelöst, wenn der in Artikel 57 Absatz (7) genannte deutsche Ausschuß zusammen mit der für eine wirksame Koordinierung zwischen der zivilen Luftfahrt und allen militärischen Luftstreitkräften in der Bundesrepublik erforderlichen Organisation durch die deutschen Behörden gebildet worden und in der Lage ist, die Bedürfnisse der Truppen auf diesem Gebiet zu befriedigen.

Artikel 78

(1) Für die Entscheidung der Frage, ob eine Kündigung aus Sicherheitsgründen gerechtfertigt ist, bleibt der nach Artikel 44 Absatz (8) des Truppenvertrages gebildete gemischte Ausschuß zuständig, sofern der Antrag gemäß der genannten Bestimmung bei dem Ausschuß vor Inkrafttreten dieses Abkommens eingegangen ist.

(2) Die Entscheidungen des gemischten Ausschusses behalten auch nach Inkrafttreten dieses Abkommens für die deutschen Gerichte für Arbeitssachen bindende Wirkung.

Artikel 79

(1) Für Lieferungen und sonstige Leistungen, die nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in Deutscher Mark aus Überhängen an Besatzungskosten- und Auftragsausgabenmitteln sowie aus Überhängen an für die Zeit bis zum 5. Mai 1957 vereinbarten Stationierungskostenmitteln bezahlt werden, werden weiterhin die in Artikel 33 Absätze (1) und (2) Buchstaben (a), (c) und (d) des Truppenvertrages sowie in Artikel 3 des Abkommens über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder (in der gemäß Liste V zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) vorgesehenen Abgabenvergünstigungen gewährt.

(2) Absatz (1) gilt auch für Lieferungen und sonstige Leistungen, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens in Auftrag gegeben worden sind und mit Deutsche Mark-Mitteln be-

Article 77

The Standing Commission provided for in paragraph 8 of Article 17 of the Forces Convention shall, in the interests of common defence and air safety, for the time being continue its functions in the field of co-ordination of civil and military aviation. When the German Commission referred to in paragraph 7 of Article 57 of the present Agreement, together with any additional organization required to ensure effective co-ordination between civil aviation and all military air forces in the Federal Republic, has been set up by the German authorities and is in a position to satisfy the requirements of the forces in this field, the Standing Commission shall be dissolved after adequate prior consultation between the German authorities and the authorities of the forces concerned.

Article 78

1. The Mixed Commission established under paragraph 8 of Article 44 of the Forces Convention shall continue to be the competent body to determine whether a dismissal on security grounds was justified, provided that a request made under that provision was received by the Commission prior to the entry into force of the present Agreement.

2. Decisions reached by the Mixed Commission shall continue to be binding on German Labour Courts after the entry into force of the present Agreement.

Article 79

1. The tax relief provided in paragraph 1 and sub-paragraphs (a), (c) and (d) of paragraph 2 of Article 33 of the Forces Convention, and in Article 3 of the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members, as amended by Schedule V to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, shall continue to be granted in respect of goods and services for which payment is made in Deutsche Mark, after the entry into force of the present Agreement, from the carry-over of occupation costs and mandatory expenditures funds or from the carry-over of support costs funds agreed upon for the period up to 5 May 1957.

2. Paragraph 1 of this Article shall apply also to goods and services ordered before the entry into force of the present Agreement and for which payment is made in Deutsche Mark

Article 77

Dans l'intérêt de la défense commune et de la sécurité aérienne, la Commission Permanente prévue au paragraphe 8 de l'Article 17 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces continue provisoirement à exercer ses fonctions dans le domaine de la coordination de l'aviation civile et militaire. La Commission sera dissoute, après consultation préalable et adéquate entre les autorités allemandes et les autorités des forces intéressées, au moment où les autorités allemandes auront mis sur pied la Commission allemande prévue au paragraphe 7 de l'Article 57 du présent Accord et l'organisation nécessaire pour assurer une coordination efficace entre l'aviation civile et l'ensemble des forces aériennes en République Fédérale, et où cette organisation sera en mesure de satisfaire les besoins des forces dans ce domaine.

Article 78

1. — La Commission Mixte créée en vertu du paragraphe 8 de l'Article 44 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces reste compétente pour décider si un licenciement pour des motifs de sécurité est justifié, sous réserve que la demande présentée conformément à cette disposition lui soit parvenue avant l'entrée en vigueur du présent Accord.

2. — Les décisions de la Commission Mixte lient les tribunaux allemands du travail, même après l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 79

1. — Les fournitures et autres prestations dont le paiement, après l'entrée en vigueur du présent Accord, s'effectue en Deutsche Mark sur le reliquat des fonds des frais d'occupation et des dépenses imposées et sur le reliquat des fonds des frais d'entretien prévus pour la période antérieure au 5 mai 1957, continuent à bénéficier des exonérations fiscales prévues par le paragraphe 1 et les alinéas (a), (c) et (d) du paragraphe 2 de l'Article 33 de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces et par l'Article 3 de l'Accord relatif au Régime Fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces (texte amendé conformément à l'Annexe V du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954).

2. — Les dispositions du paragraphe 1 du présent Article s'appliquent également aux fournitures et autres prestations commandées avant la date d'entrée en vigueur du pré-

zahlt werden, die vor diesem Zeitpunkt von der Bundesrepublik einer Truppe als gegenseitige Verteidigungshilfe zur Verfügung gestellt worden sind.

Artikel 80

Artikel XV des NATO-Truppenstatuts findet auf dieses Abkommen mit der Maßgabe Anwendung, daß die in dem genannten Artikel enthaltenen Bezugnahmen auf andere Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts als Bezugnahmen auf solche Bestimmungen in der durch dieses Abkommen ergänzten Form gelten.

Artikel 81

(1) Vorbehaltlich des Absatzes (2) bleibt dieses Abkommen solange in Kraft, als Truppen gemäß dem Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 oder einer an seine Stelle tretenden Übereinkunft in der Bundesrepublik stationiert sind.

(2) Dieses Abkommen tritt außer Kraft

(a) falls die Bundesrepublik das NATO-Truppenstatut kündigt, sobald die Kündigung gemäß Artikel XIX des NATO-Truppenstatuts wirksam wird;

(b) im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und einem Entsendestaat, der das NATO-Truppenstatut kündigt, sobald die Kündigung wirksam wird.

Artikel 82

Dieses Abkommen wird überprüft

(a) wenn der Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 gemäß seinem Artikel 3 Absatz (2) überprüft wird;

(b) auf Antrag einer Vertragspartei nach Ablauf einer Frist von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten;

(c) (i) hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen, wenn Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts, mit denen sie in unmittelbarem Zu-

from funds made available to a force by the Federal Republic as mutual defence aid before that date.

sent Accord et dont le paiement est effectué en Deutsche Mark sur des fonds mis, avant cette date, à la disposition d'une force par la République Fédérale au titre de l'aide mutuelle aux fins de défense.

Article 80

The provisions of Article XV of the NATO Status of Forces Agreement shall apply to the present Agreement, it being understood that references in that Article to other provisions of the NATO Status of Forces Agreement shall be deemed to be references to those provisions as supplemented by the present Agreement.

Article 81

1. Subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, the present Agreement shall remain in force while forces are stationed in the Federal Republic in accordance with the terms of the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954 or any arrangement which may replace it.

2. The present Agreement shall lapse

(a) if the Federal Republic denounces the NATO Status of Forces Agreement, when its denunciation takes effect pursuant to Article XIX of that Agreement;

(b) between the Federal Republic and any sending State that denounces the NATO Status of Forces Agreement when such denunciation takes effect.

Article 82

The present Agreement shall be reviewed

(a) when the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954 is reviewed in accordance with paragraph 2 of Article 3 of that Convention;

(b) upon the request of one of the Contracting Parties on the expiry of a period of three years subsequent to its entry into force;

(c) (i) in respect of one or more provisions when provisions of the NATO Status of Forces Agreement to which they are directly related

Article 80

Les dispositions de l'Article XV de la Convention OTAN sur le Statut des Forces s'appliquent au présent Accord, étant entendu que les références contenues dans cet Article à d'autres dispositions de ladite Convention sont considérées comme des références auxdites dispositions telles que complétées par le présent Accord.

Article 81

1. — Sous réserve des dispositions du paragraphe 2 du présent Article, le présent Accord reste en vigueur aussi longtemps que des forces sont stationnées en République Fédérale, conformément aux termes de la Convention sur la Présence de Forces étrangères dans la République Fédérale d'Allemagne, en date du 23 octobre 1954, ou de tout instrument remplaçant ladite Convention.

2. — Le présent Accord cesse d'être en vigueur

(a) en cas de dénonciation par la République Fédérale de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, au moment où cette dénonciation prend effet aux termes de l'Article XIX de ladite Convention;

(b) entre la République Fédérale et tout État d'origine qui dénoncerait la Convention OTAN sur le Statut des Forces, au moment où cette dénonciation prend effet.

Article 82

Le présent Accord fait l'objet d'un ré-examen

(a) lorsque le Convention sur la Présence de Forces étrangères sur le territoire de la République Fédérale d'Allemagne, en date du 23 octobre 1954, fait l'objet d'un ré-examen conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'Article 3 de ladite Convention;

(b) à la demande de l'une des Parties Contractantes, après expiration d'une période de trois ans, à compter de la date de l'entrée en vigueur du présent Accord;

(c) (i) dans l'une ou plusieurs de ses dispositions, lorsque des dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces, avec lesquelles

sammenhang stehen, gemäß Artikel XVII des NATO-Truppenstatuts überprüft werden;

(ii) jederzeit auf Antrag einer Vertragspartei hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen, wenn ihre weitere Anwendung nach Auffassung dieser Partei für sie besonders belastend oder unzumutbar sein würde; in diesem Fall werden Verhandlungen spätestens drei Monate nach der Stellung des Antrags aufgenommen; ist nach dreimonatigen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt worden, so kann jede Vertragspartei den Generalsekretär der Nordatlantikvertragsorganisation gemäß der Entschließung des Nordatlantikrates vom 13. Dezember 1956 um seine guten Dienste und um die Einleitung eines der in dieser Entschließung genannten Verfahren ersuchen; die Vertragsparteien schenken Empfehlungen, mit denen ein solches Verfahren abgeschlossen wird, volle Beachtung;

(iii) jederzeit auf Antrag einer Vertragspartei hinsichtlich einer oder mehrerer Bestimmungen rein technischer oder verwaltungsmäßiger Art.

Artikel 83

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Unterzeichnerstaaten hinterlegen die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika; diese setzt jeden Unterzeichnerstaat über den Zeitpunkt der Hinterlegungen in Kenntnis.

(2) Dieses Abkommen tritt dreißig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, an dem die Bundesrepublik ihre Beitrittsurkunde zum NATO-Truppenstatut gemäß den in der Entschließung des Nordatlantikrates vom 5. Oktober 1955 vorgesehenen Bedingungen bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt hat.

(3) Dieses Abkommen wird in den Archiven der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen.

are reviewed under Article XVII of that Agreement;

(ii) at any time at the request of one of the Contracting Parties in respect of one or more provisions if their continued application would in the view of the Party making the request be especially burdensome to that Party, or if such application could not reasonably be expected of that Party; in such case negotiations shall be opened within a period not to exceed three months after submission of the request; if, after three months of negotiations, agreement has not been reached, any Contracting Party may apply to the Secretary-General of the North Atlantic Treaty Organization in accordance with the resolution of the North Atlantic Council of 13 December 1956, requesting him to use his good offices and to initiate one of the procedures named in that resolution; the Contracting Parties shall pay full heed to any recommendations deriving from such procedure;

(iii) at any time at the request of one of the Contracting Parties in respect of one or more provisions of a purely technical or administrative character.

Article 83

1. The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or approval shall be deposited by the signatory States with the Government of the United States of America which shall notify each signatory State of the date on which the instruments are deposited.

2. The present Agreement shall enter into force thirty days after the date on which the Federal Republic has deposited with the Government of the United States of America, in accordance with the conditions specified in the Resolution of the North Atlantic Council of 5 October 1955, its instrument of accession to the NATO Status of Forces Agreement.

3. The present Agreement shall be deposited in the Archives of the Government of the United States of America, which shall transmit certified copies thereof to each signatory State.

elles se trouvent en rapport direct, font l'objet d'un ré-examen aux termes de l'Article XVII de ladite Convention;

(ii) à tout moment, à la demande de l'une des Parties Contractantes, dans l'une ou plusieurs de ses dispositions dont l'application, si elle était poursuivie, présenterait à son sens une charge trop lourde ou ne pourrait être raisonnablement exigée d'elle; en ce cas, les négociations seraient entamées trois mois au plus tard après le dépôt de la demande; si, à l'expiration d'une période de négociations de trois mois, aucun accord n'a pu être réalisé, aucune des Parties Contractantes peut demander au Secrétaire Général de l'Organisation du Traité de l'Atlantique Nord, conformément à la Résolution prise par le Conseil de l'Atlantique Nord le 13 décembre 1956, de prêter ses bons offices et de prendre l'initiative de l'une des procédures mentionnées dans cette résolution; les Parties Contractantes prêtent la plus grande attention aux recommandations auxquelles aboutit une telle procédure;

(iii) à tout moment, à la demande de l'une des Parties Contractantes, dans l'une ou plusieurs de ses dispositions d'ordre purement technique ou administratif.

Article 83

1. — Le présent Accord sera ratifié ou approuvé. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés par les États signataires auprès du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, qui notifiera la date de ces dépôts à chaque État signataire.

2. — Le présent Accord entrera en vigueur trente jours après la date à laquelle la République Fédérale d'Allemagne aura déposé auprès du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, dans les conditions prévues à la Résolution du Conseil de l'Atlantique Nord du 5 octobre 1955, son instrument d'accession à la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

3. — Le présent Accord sera déposé dans les archives du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des États signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Wortlauten gleichermaßen verbindlich sind.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Bonn, this third day of August 1959, in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn, le trois jour du mois d'août 1959, en trois textes, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi.

Für das Königreich Belgien:
For the Kingdom of Belgium:
Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Für Kanada:
For Canada:
Pour le Canada:

Escott Reid

Für die Französische Republik:
For the French Republic:
Pour la République Française:

François Seydoux

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:
Pour la République Fédérale d'Allemagne:

A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich der Niederlande:

For the Kingdom of the Netherlands:

Pour le Royaume des Pays-Bas:

H. van Vredenburch

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Christopher Steel

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

For the United States of America:

Pour les États-Unis d'Amérique:

David Bruce

**Unterzeichnungsprotokoll
zum
Zusatzabkommen**

**Protocol of Signature
to the
Supplementary Agreement**

**Protocole de Signature
à
l'Accord Complémentaire**

Mit der Unterzeichnung des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet) bestätigen die unterzeichneten Vertreter

DES KONIGREICH BELGIEN,
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DER FRANZOSISCHEN REPUBLIK,
KANADAS,
DES KONIGREICH DER NIEDERLANDE,
DES VEREINIGTEN KONIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und
DER VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,

daß die folgenden Protokolle und Erklärungen vereinbart wurden:

Upon the signature of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement") the undersigned Representatives of

THE KINGDOM OF BELGIUM,
CANADA,
THE FRENCH REPUBLIC,
THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,
THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, and
THE UNITED STATES OF AMERICA,

acknowledge that the following Minutes and Declarations have been agreed:

TEIL I

Gemeinsame Protokolle und Erklärungen bezüglich des NATO-Truppenstatuts

Zu Artikel I Absatz (1) Buchstabe (a)

(1) Im Hinblick auf die Begriffsbestimmung einer „Truppe“ betrachtet die Bundesrepublik das NATO-Truppenstatut und das Zusatzabkommen auch auf solche Streitkräfte eines Entsendestaates als anwendbar, die sich auf Grund von Artikel 1 Absatz (3) des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Oktober 1954 vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten.

PART I

Agreed Minutes and Declarations concerning the NATO Status of Forces Agreement

Re Article I, paragraph 1, sub-paragraph (a)

1. In view of the definition of a "force", the Federal Republic regards the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement as being applicable also to such forces of a sending State as are temporarily in the Federal territory in accordance with paragraph 3 of Article 1 of the Convention on the Presence of Foreign Forces in the Federal Republic of Germany of 23 October 1954.

Lors de la signature de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne (dénommé ci-après « Accord Complémentaire »), les Plénipotentiaires soussignés

DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE,
DU ROYAUME DE BELGIQUE,
DU CANADA,
DES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,
DE LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
DU ROYAUME DES PAYS-BAS, et
DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

reconnaissent s'être mis d'accord sur les Procès-Verbaux et Déclarations ci-après:

TITRE I

Déclarations et procès-verbaux agréés relatifs à la Convention OTAN sur le Statut des Forces

Ad Article I, paragraphe 1, alinéa (a)

1. — Eu égard à la définition donnée à l'expression « force », la République Fédérale considère que la Convention OTAN sur le Statut des Forces et l'Accord Complémentaire s'appliquent également aux forces d'un État d'origine qui, en vertu du paragraphe 3 de l'Article 1 de la Convention sur la Présence de Forces étrangères sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne, en date du 23 octobre 1954, se trouvent provisoirement sur le territoire fédéral.

(2) Militärattachés eines Entsendestaates in der Bundesrepublik, die Mitglieder ihrer Stäbe sowie andere Militärpersonen, die in der Bundesrepublik diplomatischen oder einen anderen besonderen Status haben, werden nicht als eine „Truppe“ oder als deren Bestandteil im Sinne des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens angesehen.

(3) Fälle militärischer Notwendigkeit ausgenommen, unternehmen die Regierungen der Entsendestaaten alles, um Personen, die ausschließlich Deutsche sind, im Gebiet der Bundesrepublik nicht als Mitglieder einer Truppe zu stationieren.

(4) (a) Die folgenden Organisationen und Stellen mit haushaltrechtlichem Sondervermögen sind Bestandteil der amerikanischen Truppe:

- (i) European Exchange System (EES)
- (ii) Air Forces Europe Exchange (AFEX)
- (iii) USAREUR Class VI Agency
- (iv) USAFE Class VI Agency
- (v) European Motion Picture Service
- (vi) USAFE Motion Picture Service
- (vii) USAREUR Special Services Fund
- (viii) USAREUR Special Services Reimbursable Fund
- (ix) American Forces Network
- (x) Dependent Education Group (einschließlich Schulen für Angehörige)
- (xi) Armed Forces Recreation Center Fund
- (xii) Association of American Rod and Gun Clubs in Europe
- (xiii) Stars and Stripes
- (xiv) Andere Organisationen mit haushaltrechtlichem Sondervermögen einschließlich besonders zugelassener Klubs und Messen (authorized clubs and messes).

(b) Die unter Buchstabe (a) Ziffer (xiv) erwähnten Organisationen führen die abgabenbegünstigte Beschaffung durch amtlich bezeichnete Beschaffungsstellen der Truppe in Übereinstimmung mit den vereinbarten Verfahren durch.

2. Service attachés of a sending State in the Federal Republic, the members of their staffs and any other service personnel enjoying diplomatic or other special status in the Federal Republic shall not be regarded as constituting or included in a "force" for the purpose of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement.

3. Except in cases of military exigeney, the Governments of the sending States will make every effort not to station in the territory of the Federal Republic as members of a force persons who are solely Germans.

4. (a) The following non-appropriated fund organizations and activities are integral parts of the United States force:

- (i) European Exchange System (EES)
- (ii) Air Forces Europe Exchange (AFEX)
- (iii) USAREUR Class VI Agency
- (iv) USAFE Class VI Agency
- (v) European Motion Picture Service
- (vi) USAFE Motion Picture Service
- (vii) USAREUR Special Services Fund
- (viii) USAREUR Special Services Reimbursable Fund
- (ix) American Forces Network
- (x) Dependent Education Group (including Dependent Schools)
- (xi) Armed Forces Recreation Center Fund
- (xii) Association of American Rod and Gun Clubs in Europe
- (xiii) Stars and Stripes
- (xiv) Other non-appropriated fund organizations, including authorized clubs and messes

(b) The organizations referred to under item (xiv) of sub-paragraph (a) of this paragraph shall conduct tax- and duty-free procurement through officially designated procurement agencies of the force in accordance with agreed procedures.

2. — Les attachés militaires d'un État d'origine en République Fédérale, les membres de leur poste et tout autre personnel militaire, qui jouissent en République Fédérale d'un statut diplomatique ou de tout autre statut spécial, ne sont pas considérés comme constituant une « force » ou en faisant partie au regard des dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et de l'Accord Complémentaire.

3. — Les Gouvernements des États d'origine font, sauf dans les cas de nécessité militaire, tout leur possible pour éviter le stationnement sur le territoire de la République Fédérale, en tant que membres d'une force, de personnes qui sont exclusivement des Allemands.

4. — (a) Les organisations et services financièrement autonomes, qui sont énumérés ci-dessous, font partie intégrante de la force américaine:

- (i) European Exchange System (EES)
- (ii) Air Forces Europe Exchange (AFEX)
- (iii) USAREUR Class VI Agency
- (iv) USAFE Class VI Agency
- (v) European Motion Picture Service
- (vi) USAFE Motion Picture Service
- (vii) USAREUR Special Services Fund
- (viii) USAREUR Special Services Reimbursable Fund
- (ix) American Forces Network
- (x) Dependent Education Group (y compris les Dependent Schools)
- (xi) Armed Forces Recreation Center Fund
- (xii) Association of American Rod and Gun Clubs in Europe
- (xiii) Stars and Stripes
- (xiv) Autres organisations financièrement autonomes, y compris les « authorized clubs and messes ».

(b) L'approvisionnement, en franchise de taxes et d'impôts, des organisations mentionnées au point (xiv) de l'alinéa (a) du présent paragraphe sera effectué par l'intermédiaire des services d'achats officiellement désignés de la force conformément aux procédures agréées.

(c) Die Liste der unter Buchstabe (a) verzeichneten Organisationen und Stellen kann, sofern es organisatorische Veränderungen erfordern, abgeändert werden.

(5) Mitglieder der in Berlin stationierten Streitkräfte eines Entsendestaates, ihrer zivilen Gefolge und deren Angehörige gelten als Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges oder als Angehörige, solange sie sich als Urlauber im Bundesgebiet aufhalten.

(c) The list of organizations and special funds under sub-paragraph (a) of this paragraph is subject to amendment as organizational changes require.

5. Members of the Armed Forces of a sending State stationed in Berlin, of their civilian components and dependents shall be considered to be, and treated as, members of the force, of the civilian component or dependents while on leave in the Federal territory.

(c) Des modifications pourront être apportées à la liste figurant à l'alinéa (a) du présent paragraphe en fonction des changements éventuels de structure.

5. — Les membres des Forces armées d'un État d'origine stationnées à Berlin, de leurs éléments civils et les personnes à charge sont considérés et traités comme membres de la force, de l'élément civil ou comme personnes à charge lorsqu'ils se trouvent en congé sur le territoire fédéral.

Zu Artikel V Absatz (1) Satz 2

(1) Die Behörden eines Entsendestaates können den Mitgliedern der Truppe erlauben, nach Maßgabe der Vorschriften des Entsendestaates Zivilkleidung zu tragen.

(2) Absatz (1) findet auch auf französische Abteilungen Anwendung, in denen einzelne Mitglieder der Truppe (Rekruten, die sich zu ihren Truppenteilen in der Bundesrepublik, oder Entlassene, die sich nach Hause begaben) zusammengefaßt werden, wenn die französischen Dienstvorschriften es diesen Personen gestatten, die Grenze in Zivil zu überschreiten.

Re Article V, paragraph 1, second sentence

1. The authorities of a sending State may authorize the members of the force to wear civilian clothes in accordance with the regulations of the sending State.

2. Paragraph 1 of this Section shall also apply to French detachments in which individual members of the force are regrouped and officered (recruits proceeding to their assigned units in the Federal Republic or returning home after discharge), if the French regulations allow such personnel to cross the border in civilian clothes.

Ad Article V, paragraphe 1, 2^{ème} phrase

1. — Les autorités d'un État d'origine peuvent autoriser les membres de la force à revêtir des vêtements civils dans les conditions définies par les règlements de l'État d'origine.

2. — Le paragraphe 1 de la présente Section est également applicable aux détachements français où sont regroupés et encadrés les isolés de la force (recrues rejoignant leur corps d'affectation en République Fédérale ou libérables rentrant dans leurs foyers), lorsque les règlements français permettent à ce personnel de se présenter en vêtements civils à la frontière qu'il franchit.

Zu Artikel VII

(1) Die Bundesrepublik betrachtet Handlungen, die durch Verwaltungsstrafverfahren und als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, als nach dem Recht des Aufnahmestaates strafbare Handlungen im Sinne des Artikels VII und der mit ihm in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Bestimmungen des Zusatzabkommens.

Re Article VII

1 The Federal Republic regards offences dealt with under administrative penal procedure (Verwaltungsstrafverfahren) and offences subject to a fine only (Ordnungswidrigkeiten) as offences punishable by the law of the receiving State within the meaning of Article VII and the provisions of the Supplementary Agreement directly relating thereto.

(2) (a) Die Bundesrepublik betrachtet sich mit Rücksicht auf Artikel VII Absatz (1) Buchstabe (b) als nicht zuständig, über Ersuchen um Auslieferung von Mitgliedern einer Truppe, eines zivilen Gefolges und von Angehörigen zu entscheiden.

2. (a) In view of sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article VII, the Federal Republic does not consider it to be within its competence to decide on requests for extradition of members of a force, of a civilian component or dependents.

(b) Die Entsendestaaten geben Ersuchen um Auslieferung von Deutschen, die sich als Mitglieder einer Truppe oder als Angehörige im Bundesgebiet aufhalten, nicht statt.

(b) The sending States will not act upon requests for extradition of Germans who are present in the Federal territory as members of a force or as dependents.

Ad Article VII

1. — La République Fédérale considère les infractions réprimées par la voie de la procédure administrative de caractère pénal (Verwaltungsstrafverfahren) et les infractions uniquement passibles d'amendes (Ordnungswidrigkeiten) comme des infractions punissables par la législation de l'État de séjour dans le sens de l'Article VII et des dispositions de l'Accord Complémentaire qui y sont directement liées.

2. — (a) Compte tenu de l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'Article VII, la République Fédérale considère que les décisions à prendre à l'égard des demandes d'extradition de membres d'une force, de membres d'un élément civil, et de personnes à charge ne relèvent pas de sa compétence.

(b) Les États d'origine ne donnent pas suite aux demandes d'extradition d'Allemands qui séjournent sur le territoire fédéral en tant que membres d'une force ou en tant que personnes à charge.

Zu Artikel IX Absatz (6)

Die Bundesrepublik ist bereit, Anträge auf Gewährung von Verkehrs erleichterungen und tariflichen Vergünstigungen für Angehörige wohlwollend zu prüfen. Diese Prüfung wird nur im Rahmen der bestehenden Tarife und bei vergleichbarem Sachverhalt vorgenommen.

Zu Artikel XIX

Die Bundesregierung erkennt an, daß es unerwünscht wäre, die Rechtsstellung der Truppen ungeregelt zu lassen. Sie übt infolgedessen das ihr nach Artikel XIX zustehende Kündigungrecht nur aus dringenden Gründen und nur nach Konsultation der Regierungen der Entsendestaaten aus. Sie ist bereit, im Falle einer Kündigung mit den Regierungen der Entsendestaaten unverzüglich in Verhandlungen über den Abschluß unvermessener Ersatzregelungen einzutreten. Bis zu dem Abschluß solcher Regelungen würde sie den Truppen eine die Stabilität ihrer wesentlichen Stationierungsbedingungen nicht beeinträchtigende Stellung gewähren.

Re Article IX, paragraph 6

The Federal Republic is prepared to give the most favourable consideration to requests for the grant to dependents of travelling facilities and concessions with regard to fares. Such consideration will be exercised only within the framework of existing tariffs and where comparable circumstances exist.

Ad Article IX, paragraphe 6

La République Fédérale est disposée à examiner avec bienveillance les demandes de facilités de circulation et de réductions de tarifs qu'elle peut accorder aux personnes à charge. Cet examen ne s'exerce que dans le cadre des tarifs en vigueur et dans des circonstances comparables.

Re Article XIX

The Federal Government recognizes that it would be undesirable for the status of the forces to remain unsettled. It will therefore exercise the right of denunciation to which it is entitled under Article XIX only for urgent reasons and only after consultation with the Governments of the sending States. The Federal Government is prepared in the event of denunciation to enter into negotiations with the Governments of the sending States without delay for the conclusion of adequate alternative arrangements. Pending the conclusion of such arrangements it would assure to the forces a position not prejudicial to the stability of their essential stationing conditions.

Ad Article XIX

Le Gouvernement fédéral reconnaît qu'il serait indésirable de laisser les forces sans statut défini. C'est pourquoi il n'exercera le droit de dénonciation qu'il détient aux termes de l'Article XIX que pour des raisons impérieuses et qu'après consultation préalable des Gouvernements des États d'origine. Il est prêt, en cas de dénonciation à entrer immédiatement en négociations avec les Gouvernements des États d'origine en vue de la conclusion d'arrangements de remplacement appropriés. Jusqu'à la conclusion de ces arrangements, il garantirait aux forces une situation qui ne porte pas atteinte à la stabilité de leurs conditions essentielles de stationnement.

TEIL II

Gemeinsame Protokolle und Erklärungen bezüglich des Zusatzabkommens

Zu Artikel 1

Tritt das Zusatzabkommen vor Ablauf der Übergangszeit in Kraft, die in Artikel 1 Absatz (2) und Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 vorgesehen ist, so sind bis zu ihrem Ablauf die Bestimmungen des Zusatzabkommens im Saarland insoweit nicht anwendbar, als sie sich auf Sachgebiete beziehen, die gemäß Kapitel II des Vertrages der deutschen Zuständigkeit nicht unterliegen.

Zu Artikel 2

Die Behörden der Truppen schränken den Zuzug von nahen Verwandten im Sinne des Artikels 2 Absatz (2) Buchstabe (a) in das Bundesgebiet nach Möglichkeit ein.

Zu Artikel 4

Bei Anwendung des Artikels 4 verhandeln die deutschen Behörden ausschließlich mit den Behörden des Entsendestaates, von dem die betreffenden Rechte wahrgenommen und Pflichten erfüllt werden.

PART II

Agreed Minutes and Declarations concerning the Supplementary Agreement

Re Article 1

In the event of the Supplementary Agreement entering into force before the expiry of the transitional period provided for in paragraph 2 of Article 1 and in Article 3 of the Treaty between the French Republic and the Federal Republic of Germany on the Settlement of the Saar Question, dated 27 October 1956, the provisions of the Supplementary Agreement affecting matters which pursuant to Chapter II of that Treaty are not subject to German jurisdiction shall not be applicable in the Saar before the expiry of that period.

Re Article 2

The authorities of the forces shall limit as far as possible the number of close relatives, within the meaning of sub-paragraph (a) of paragraph 2 of Article 2, to be admitted to the Federal territory.

Re Article 4

In the application of Article 4 the German authorities shall deal only with the authorities of that sending State which exercises the rights and fulfils the obligations concerned.

TITRE II

Déclarations et procès-verbaux agréés relatifs à l'Accord Complémentaire

Ad Article 1

Au cas où l'Accord Complémentaire entrerait en vigueur avant l'expiration de la période transitoire définie au paragraphe 2 de l'Article 1 et à l'Article 3 du Traité entre la République Française et la République Fédérale d'Allemagne sur le règlement de la question sarroise, en date du 27 octobre 1956, les dispositions de l'Accord Complémentaire relatives aux domaines qui, en vertu du chapitre II de ce Traité, ne sont pas soumis à la compétence allemande ne seront pas applicables en Sarre avant l'expiration de la période transitoire visée au Traité.

Ad Article 2

Les autorités des forces limitent dans la mesure du possible l'admission sur le territoire fédéral des proches parents tels qu'ils sont définis au sens de l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'Article 2.

Ad Article 4

Lors de l'application de l'Article 4, les autorités allemandes ne traitent qu'avec les autorités de l'État d'origine qui exerce les droits et s'acquitte des obligations dont il s'agit.

Zu Artikel 5

Artikel 5 Absatz (1) Buchstabe (a) gilt nicht für die Einreise in das Bundesgebiet und für die Ausreise aus ihm.

Zu Artikel 7

Zeiten, die jemand als Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder als Angehöriger im Bundesgebiet verbracht hat, bleiben bei der Anwendung der deutschen Vorschriften über die Wehrpflicht unberücksichtigt.

Zu Artikel 8

(1) Ausweisungen können nur auf Grund der Vorschriften des deutschen Ausländerpolizeirechts erfolgen.

(2) Inwieweit Bestimmungen der derzeitig geltenden deutschen Ausländerpolizeiverordnung vom 22. August 1938 gegenstandslos geworden sind, ergibt sich aus folgenden Erläuterungen:

(a) Im Text der Verordnung sind zu ersetzen die Begriffe

- (i) „Reichsgebiet“ durch „Bundesgebiet“;
- (ii) „Reich“ durch „Bund“;
- (iii) „Reichsgrenze“ durch „Bundesgrenze“;

(iv) „Kreispolizeiverwaltungen“ durch die nach Landesrecht zuständigen Stadt-Kreisverwaltungen, soweit letztere die Aufgaben der „Kreispolizeiverwaltungen“ übernommen haben;

(v) „Reichsmark“ durch „Deutsche Mark“;

(vi) „Reichsminister des Innern“ durch „Bundesminister des Innern“.

(b) Zu § 5 Absatz (1) Buchstabe (a):

Das Wort „Volksgemeinschaft“ ist durch den nachstehenden Artikel II des Kontrollratsgesetzes Nr. 1 aufgehoben:

„Keine deutsche Gesetzesverfügung, gleichgültig wie oder zu welcher Zeit erlassen, darf gerichtlich oder verwaltungsmäßig zur Anwendung ge-

Re Article 5

The provisions of sub-paragraph (a) of paragraph 1 of Article 5 shall not apply to entry into, or exit from, the Federal territory.

Re Article 7

In the application of the German regulations on compulsory military service, periods of time spent in the Federal territory as a member of a force, of a civilian component or as a dependent shall be disregarded.

Re Article 8

1. Expulsion may be carried out only in accordance with the provisions of the German legislation on police control of aliens (Ausländerpolizeirecht).

2. The extent to which provisions of the German Police Ordinance on Aliens (Ausländerpolizeiverordnung) of 22 August 1938, at present in force, have become obsolete, is indicated by the following explanations:

(a) The following terms shall, where they occur in the text of the Ordinance, be replaced as follows:

- (i) "Reich territory" by "Federal territory";
- (ii) "Reich" by "Federation";
- (iii) "Reich frontier" by "Federal frontier";

(iv) "District Police Administration" (Kreispolizeiverwaltung) by the appropriate "City or District Administrations" (Stadt-, Kreisverwaltungen) established by Land laws insofar as they have taken over the functions of the District Police Administration;

(v) "Reichsmark" by "Deutsche Mark";

(vi) "Reich Minister of the Interior" by "Federal Minister of the Interior".

(b) Re Section 5, paragraph 1, sub-paragraph (a):

The term "people's community" (Volksgemeinschaft) is deemed to have been deleted by virtue of Article II of Control Council Law No. 1, which reads as follows:

"No German enactment, however or whenever enacted, shall be applied judicially or administratively in any instance where such application

Ad Article 5

Les dispositions de l'alinéa (a) du paragraphe 1 de l'Article 5 ne s'appliquent pas à l'entrée et à la sortie du territoire fédéral.

Ad Article 7

Lors de l'application des prescriptions allemandes concernant le service militaire obligatoire, il n'est pas tenu compte du temps passé par une personne sur le territoire fédéral en qualité de membre d'une force, d'un élément civil ou de personne à charge.

Ad Article 8

1. — Il ne peut être procédé à des expulsions que sur la base des prescriptions du Droit allemand régissant la police des étrangers (Ausländerpolizeirecht).

2. — Les explications qui suivent indiquent la mesure dans laquelle sont devenues sans objet les dispositions de l'Ordonnance relative à la police des étrangers (Ausländerpolizeiverordnung) du 22 août 1938, actuellement en vigueur:

(a) Dans le texte de l'Ordonnance sont remplacés les termes:

- (i) « territoire du Reich » par « territoire fédéral »;
- (ii) « Reich » par « Fédération »;
- (iii) « frontière du Reich » par « frontière fédérale »;

(iv) « autorités de police du district (Kreis) » par les « administrations des districts urbains » (Stadt-, Kreisverwaltungen) dans la mesure où ces dernières ont assumé les tâches des autorités de police du district;

(v) « Reichsmark » par « Deutsche Mark »;

(vi) « Ministre de l'Intérieur du Reich » par « Ministre fédéral de l'Intérieur ».

(b) Ad § 5, paragraphe 1, alinéa (a):

Les mots « Communauté nationale » (Volksgemeinschaft) sont annulés par l'Article II de la Loi No 1 du Conseil de Contrôle, aux termes duquel:

« Aucun acte législatif allemand, quelles qu'aient été les modalités et la date de sa promulgation, ne sera appliqué par voie judiciaire

bracht werden in irgendwelchen Fällen, in denen ihre Anwendung Ungerechtigkeit oder ungleiche Behandlung verursachen würde, entweder dadurch, daß

a) irgend jemand auf Grund seiner Verbindung mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, ihren Formationen, angegliederten Verbündungen oder Organisationen, Vorteile genießen würde, oder

b) irgend jemand auf Grund seiner Rasse, Staatsangehörigkeit, seines Glaubens oder seiner Opposition zu der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei oder ihren Lehrern, Nachteile erleiden würde.“

(c) Zu § 5 Absatz (1) Buchstabe (c):

Die Rechtsgrundlagen für die Durchführung einer Entmannung (§ 42a Ziffer 5 und § 42 k des Strafgesetzbuchs) sind durch Artikel I des Kontrollratsgesetzes Nr 11 aufgehoben worden. Darüber hinaus ist die Entmannung nach dem folgenden Wortlaut des Artikels 2 Absatz (2) Satz 1 des Grundgesetzes unzulässig:

„Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“

(d) Zu § 5 Absatz (1) Buchstabe (g):

Das Wort „Rassezugehörigkeit“ ist durch Artikel II des Kontrollratsgesetzes Nr 1 [siehe Buchstabe (b)] und durch Artikel 3 Absatz (3) des Grundgesetzes aufgehoben, der folgenden Wortlaut hat:

„Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschaunungen benachteiligt oder bevorzugt werden“

(e) Zu § 5 Absatz (1) Buchstabe (h):

Das Wort „Zigeuner“ ist durch Artikel II des Kontrollratsgesetzes Nr 1 [siehe Buchstabe (b)] und durch Artikel 3 Absatz (3) des Grundgesetzes [siehe Buchstabe (d)] aufgehoben.

would cause injustice or inequality, either

a) by favouring any person because of his connection with the National Socialist German Labour Party, its formations, affiliated associations, or supervised organizations, or

b) by discriminating against any person by reason of his race, nationality, religious beliefs, or opposition to the National Socialist German Labour Party or its doctrines.“

(c) Re Section 5, paragraph 1, sub-paragraph (c):

The legal basis for carrying out castration (Section 42 a, item 5, and Section 42 k of the Criminal Code) has been eliminated by Article I of Control Council Law No. 11. Moreover, castration is not permissible under the first sentence of paragraph 2 of Article 2 of the Basic Law, which reads as follows:

“Everyone has the right to life and to inviolability of his person.”

(d) Re Section 5, paragraph 1, sub-paragraph (g):

The term “race” is deemed to have been deleted by virtue of Article II of Control Council Law No. 1 (see sub-paragraph (b)) and of paragraph 3 of Article 3 of the Basic Law, which reads as follows:

“No one may be prejudiced or favoured because of his sex, his parentage, his race, his language, his homeland and origin, his faith or his religious and political opinions.”

(e) Re Section 5, paragraph 1, sub-paragraph (h):

The term “gipsy” is deemed to have been deleted by virtue of Article II of Control Council Law No. 1 (see sub-paragraph (b)) and by paragraph 3 of Article 3 of the Basic Law (see sub-paragraph (d)).

ou administrative, dans les cas où une telle application créerait une injustice ou une inégalité, soit

a) en favorisant une personne quelconque en raison de ses rapports avec le parti nazi, ses formations, ses associations affiliées ou les organisations sous son contrôle, soit

b) en faisant une discrimination au préjudice d'une personne quelconque en raison de sa race, de sa nationalité, de ses convictions religieuses ou de son opposition au parti nazi ou aux doctrines de celui-ci.»

(c) Ad § 5, paragraphe 1, alinéa (c):

Les bases juridiques de l'exécution d'une émasculation (§ 42a, chiffre 5 et § 42k du Code Pénal allemand), sont annulées par l'Article I de la Loi No 11 du Conseil de Contrôle. En outre, l'émasculation est inadmissible en vertu de la première phrase du paragraphe 2 de l'Article 2 de la Loi Fondamentale:

«Chacun a droit à la vie et à l'intégrité de sa personne physique».

(d) Ad § 5, paragraphe 1, alinéa (g):

Les mots «appartenance raciale» sont annulés par l'Article II de la Loi No 1 du Conseil de Contrôle [cf. alinéa (b)] et par le paragraphe 3 de l'Article 3 de la Loi Fondamentale aux termes duquel:

«Nul ne peut être défavorisé ou favorisé en raison de son sexe, de son ascendance, de sa race, de sa langue, de sa patrie ou de son origine, de ses croyances, de ses conceptions religieuses ou politiques.»

(e) Ad § 5, paragraphe 1, alinéa (h):

Le mot «Bohémien» est annulé par l'Article II de la Loi No 1 du Conseil de Contrôle [cf. alinéa (b)], et par le paragraphe 3 de l'Article 3 de la Loi Fondamentale [cf. alinéa (d)].

(f) Zu § 7 Absatz (1) Buchstabe (c):

Nach Artikel 16 Absatz (2) Satz 2 des Grundgesetzes genießen politisch Verfolgte Asylrecht. Dieses Recht bleibt durch § 7 Absatz (1) der Ausländerpolizeiverordnung unberührt. Das gleiche gilt für ausländische Flüchtlinge im Sinne des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Bundesgesetzblatt 1953 Teil II, Seite 559).

(g) Zu § 7 Absätze (4) und (5) Satz 2:

Die Verwahrung sowohl von Inländern als auch von Ausländern kann nur unter Beachtung der nachstehenden Vorschrift des Artikels 104 Absätze (2) und (4) des Grundgesetzes erfolgen:

„(2) Über die Zulässigkeit und Fortdauer einer Freiheitsentziehung hat nur der Richter zu entscheiden. Bei jeder nicht auf richterlicher Anordnung beruhenden Freiheitsentziehung ist unverzüglich eine richterliche Entscheidung herbeizuführen. Die Polizei darf aus eigener Machtvollkommenheit niemanden länger als bis zum Ende des Tages nach dem Ergreifen in eigenem Gewahrsam halten. Das Nähere ist gesetzlich zu regeln.

(4) Von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ist unverzüglich ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.“

(h) Zu § 7 Absatz (5):

Es gilt das gleiche wie unter den Buchstaben (f) und (g).

(i) Zu § 9 Absätze (2) und (4):

Die Verhängung der Abschiebungshaft ist ebenfalls nur unter Beachtung des Artikels 104 Absätze (2) und (4) des Grundgesetzes zulässig [siehe Buchstabe (g)].

(j) Zu § 11 Absätze (1) letzter Satz, (2) letzter Satz, (5) und (6):

(f) Re Section 7, paragraph 1, sub-paragraph (c):

Under the second sentence of paragraph 2 of Article 16 of the Basic Law, persons persecuted for political reasons shall enjoy the right of asylum. Such right is not affected by paragraph 1 of Section 7 of the Police Ordinance on Aliens. The same applies to foreign refugees within the meaning of the Agreement on the Legal Status of Refugees of 28 July 1951 (Bundesgesetzblatt 1953 Teil II, page 559).

(g) Re Section 7, paragraph 4 and paragraph 5, sentence 2:

Both German nationals and aliens may be detained only if the following provisions of paragraphs 2 and 4 of Article 104 of the Basic Law are observed:

“2. Only judges may decide on the admissibility or extension of a deprivation of liberty. Where such deprivation is not based on the order of a judge, a judicial decision must be obtained without delay. The police may hold no one on their own authority in their own custody longer than the end of the day after the arrest. Details shall be regulated by legislation.

4. A relative of the person detained or a person enjoying his confidence must be notified without delay of any judicial decision ordering or extending a deprivation of liberty.”

(h) Re Section 7, paragraph 5:

The comments in sub-paragraphs (f) and (g) apply.

(i) Re Section 9, paragraphs 2 and 4:

Detention prior to expulsion likewise is permissible only in accordance with paragraphs 2 and 4 of Article 104 of the Basic Law (see sub-paragraph (g)).

(j) Re Section 11, paragraph 1, last sentence, paragraph 2, last sentence, and paragraphs 5 and 6:

(f) Ad § 7, paragraphe 1, alinéa (c):

Aux termes de la deuxième phrase du paragraphe 2 de l'Article 16 de la Loi Fondamentale, les persécutés politiques jouissent du droit d'asile. Ce droit n'est pas affecté par le paragraphe 1 du § 7 de l'Ordonnance relative à la police des étrangers. Il en est de même pour les réfugiés étrangers au sens de l'Accord sur le Statut juridique des réfugiés, en date du 28 juillet 1951 (Bundesgesetzbl. 1953 Teil II, page 559).

(g) Ad § 7, paragraphes 4 et 5, deuxième phrase:

La détention tant de ressortissants allemands que d'étrangers ne peut être effectuée que compte tenu des prescriptions des paragraphes 2 et 4 de l'Article 104 de la Loi Fondamentale aux termes desquels:

« 2. — Seul le juge peut statuer sur l'admissibilité et la prolongation d'une privation de liberté. Pour toute privation de liberté non ordonnée par le juge, on doit immédiatement provoquer une décision judiciaire. La police ne peut, de sa propre autorité, détenir quelqu'un après la fin du jour qui suit son arrestation. Les dispositions de détail feront l'objet d'une loi.

4. — Un parent du détenu ou une personne jouissant de sa confiance doit être avisé immédiatement de toute décision judiciaire ordonnant l'arrestation ou prolongeant la durée de la détention. »

(h) Ad § 7, paragraphe 5, deuxième phrase:

Il en est de même qu'à propos des alinéas (f) et (g).

(i) Ad § 9, paragraphes 2 et 4:

L'arrestation aux fins de réfoulement n'est également admissible que si l'on se conforme aux paragraphes 2 et 4 de l'Article 104 de la Loi Fondamentale [cf. alinéa (g)].

(j) Ad § 11, paragraphes 1, dernière phrase; 2, dernière phrase; 5 et 6:

Die vorstehenden Bestimmungen sind durch den nachstehenden Artikel 19 Absatz (4) des Grundgesetzes aufgehoben worden beziehungsweise nicht mehr anzuwenden:

„Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben.“

Gleiche Vorschriften enthalten die Verwaltungsgerichtsgesetze der Länder (zum Beispiel für die Länder der früheren britischen Besatzungszone die Verordnung Nr. 165 der Britischen Militärregierung betreffend die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der britischen Zone, Verordnungsblatt für die britische Zone 1948, Seite 263).

(k) Zu § 11 Absatz (4):

§ 11 Absatz (4) hat eine Einschränkung insoweit erfahren, als nach Artikel 19 Absatz (4) des Grundgesetzes [siehe Buchstabe (j)] gegen die Versagung der aufscheinenden Wirkung selbstständig das Verwaltungsgericht angerufen werden kann.

(l) Zu § 14:

§ 14 ist durch Zeitablauf gegenstandslos geworden.

(m) Zu § 15 Absatz (1):

Zu beachten ist Artikel 116 Absatz (1) des Grundgesetzes, der folgendes bestimmt:

„Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiet des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.“

(n) Zu § 17 Absatz (2):

Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen oder allgemeinen Verwaltungsvorschriften ist gemäß

These provisions are deemed to have been deleted or to have become inapplicable by virtue of paragraph 4 of Article 19 of the Basic Law, which reads as follows:

“Should any person's right be violated by public authority, recourse to the court shall be open to him. If no other court has jurisdiction, recourse shall be to the ordinary courts.”

Identical provisions are contained in the administrative court laws of the Länder (e. g. for the Länder of the former British Zone of Occupation, Ordinance No. 165 of British Military Government on Jurisdiction of Administrative Courts in the British Zone —Verordnungsblatt, British Zone 1948, page 263).

(k) Re Section 11, paragraph 4:

The effect of this provision has been limited insofar as, pursuant to paragraph 4 of Article 19 of the Basic Law (see sub-paragraph (j)), recourse may be had to the administrative court against denial of the staying effect of a complaint.

(l) Re Section 14:

The provision has become obsolete by the lapse of time.

(m) Re Section 15, paragraph 1:

In connection with this provision, note should be taken of paragraph 1 of Article 116 of the Basic Law, which provides as follows:

“Unless otherwise provided by law, a German within the meaning of this Basic Law is a person who possesses German nationality or who has been received in the territory of the German Reich, as it existed on 31 December 1937, as a refugee or expellee of German stock (Volkszugehörigkeit) or as the spouse or descendant of such person.”

(n) Re Section 17, paragraph 2:

The authority to issue ordinances having the force of law or general administrative regulations has become ex-

Les dispositions précitées sont annulées par le paragraphe 4 de l'Article 19 de la Loi Fondamentale aux termes duquel:

« Quiconque est lésé dans ses droits par les pouvoirs publics peut recourir aux voies de droit. Le recours juridictionnel normal lui est ouvert, si une autre juridiction n'est pas compétente. »

Les mêmes prescriptions figurent dans les Lois sur les Tribunaux administratifs des Länder (par exemple dans les Länder de l'ancienne zone d'occupation britannique, l'ordonnance No 165 du Gouvernement militaire britannique, relative à la Juridiction administrative dans la zone britannique, Verordnungsblatt für die Britische Zone 1948, page 263).

(k) Ad § 11, paragraphe 4:

La portée du paragraphe 4 du § 11 est restreinte dans la mesure où, aux termes du paragraphe 4 de l'Article 19 de la Loi Fondamentale [cf alinéa (j)], le tribunal administratif peut être saisi en cas de refus de l'effet suspensif.

(l) Ad § 14:

§ 14 est devenu sans objet par suite de l'expiration de la période prévue.

(m) Ad § 15, paragraphe 1:

Il faut tenir compte du paragraphe 1 de l'Article 116 de la Loi Fondamentale, aux termes duquel:

« Sous réserve d'une réglementation légale différente, est Allemand au sens de la présente Loi Fondamentale quiconque possède la nationalité allemande ou a été admis sur le territoire du Reich allemand, dans ses frontières du 31 décembre 1937, en qualité de réfugié ou d'expulsé d'appartenance ethnique allemande, de conjoint ou de descendant de ces derniers. »

(n) Ad § 17, paragraphe 2:

L'habilitation à prendre des ordonnances ou des dispositions administratives d'ordre général est devenue ca-

Artikel 129 Absatz (3) des Grundgesetzes erloschen.

(3) Die Vorschriften des deutschen Rechts über Ausweisungen, insbesondere § 5 Absatz (1) der Ausländerpolizeiverordnung, finden nur insoweit Anwendung, als die dort genannten Ausweisungsgründe nicht mit den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens unvereinbar sind.

Zu Artikel 12

Der Ausdruck „deutsches Notwehrrecht“ in Artikel 12 Absatz (2) soll im Sinne der folgenden deutschen Auslegung des § 53 des deutschen Strafgesetzbuchs verstanden werden:

(a) § 53 des deutschen Strafgesetzbuchs lautet:

„Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Notwehr geboten war.“

Notwehr ist diejenige Verteidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden.

Die Überschreitung der Notwehr ist nicht strafbar, wenn der Täter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Verteidigung hinausgegangen ist.“

(b) Für die Auslegung des § 53 haben sich in der Rechtsanwendung seit langem feststehende Grundsätze entwickelt, die im wesentlichen etwa wie folgt wiedergegeben werden können:

(i) Unter einem Angriff ist jede auf die Verletzung fremder Rechtsgüter gerichtete Tätigkeit zu verstehen.

(ii) Es ist unerheblich, gegen welches Rechtsgut sich der Angriff richtet; es kommen als Angriffsobjekte nicht nur Leib oder Leben in Betracht, sondern alle rechtlich geschützten Interessen; Beispiele bieten etwa Angriffe auf die Freiheit, Sittlichkeit, Ehre, auf das Eigentum, auf den Besitz, auf das Jagdrecht.

(iii) Das zu verteidigende Rechtsgut braucht nicht dem es Verteidigenden zu gehören; es kann auch einem Dritten zu-

tinct by virtue of paragraph 3 of Article 129 of the Basic Law.

3. The provisions of German law concerning expulsion, and in particular paragraph 1 of Section 5 of the Police Ordinance on Aliens shall apply only where the reasons for expulsion mentioned therein are not incompatible with the provisions of the NATO Status of Forces Agreement and of the Supplementary Agreement.

duque en vertu du paragraphe 3 de l'Article 129 de Loi Fondamentale.

3.— Les dispositions du Droit allemand relatives aux expulsions, et notamment le paragraphe 1 du § 5 de l'Ordonnance relative à la police des étrangers, ne sont applicables que dans la mesure où les motifs d'expulsion prévus dans ces dispositions ne sont pas incompatibles avec les dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces ou avec celles de l'Accord Complémentaire.

Re Article 12

The expression "German law on self-defence (Notwehr)" in paragraph 2 of Article 12 should be construed in accordance with the following German interpretation of Section 53 of the German Criminal Code:

(a) Section 53 of the German Criminal Code reads as follows:

"No act is punishable if demanded in self-defence.

Self-defence is such defence as is necessary to avert an imminent unlawful attack upon oneself or another.

An act in excess of necessary self-defence is not punishable if the perpetrator exceeded the bounds of defence in consternation, fear or alarm."

(b) In construing Section 53 of the German Criminal Code, legal practice has long followed some well-established principles which may be summarised as follows:

(i) Attack means any act which is aimed at violating the legally protected rights or interests of another person.

(ii) The nature of the protected rights or interests which are threatened by the attack is not material. The objects of an attack include not only life and limb but all legally protected interests, such as liberty, morality, honour, property, possession, or hunting rights.

(iii) The protected interest to be defended need not belong to the person defending it; it may belong to some other

Ad Article 12

Il y a lieu d'interpréter l'expression: « droit allemand en matière de légitime défense (Notwehr) », employée dans le paragraphe 2 de l'Article 12, conformément à l'interprétation allemande figurant ci-après, de l'Article 53 du Code Pénal allemand.

(a) Le § 53 du Code Pénal allemand est rédigé comme suit:

« Il n'y a pas acte punissable, lorsque l'acte a été commandé par la légitime défense.

La légitime défense est celle qui est nécessaire à détourner de soi-même ou d'autrui une attaque actuelle et illégale

L'excès en matière de légitime défense n'est pas punissable lorsque l'auteur en a dépassé les limites sous le coup d'une émotion violente, par crainte ou par terreur. »

(b) Pour l'interprétation du § 53 du Code Pénal allemand, la jurisprudence a dégagé, depuis longtemps, des principes constants qui, en substance, peuvent se résumer comme suit:

(i) La notion d'« attaque », au sens de la présente disposition, s'étend à toute action tendant à porter atteinte aux biens juridiquement protégés d'autrui.

(ii) La nature du bien qui fait l'objet de l'attaque importe peu; peuvent faire l'objet d'une attaque, non seulement l'intégrité corporelle ou la vie, mais encore tous les intérêts juridiquement protégés: on peut citer à titre d'exemple les atteintes à la liberté, aux bonnes mœurs, à l'honneur, à la propriété, à la possession, au droit de chasse.

(iii) Le bien à défendre ne doit pas nécessairement appartenir à celui qui le défend; il peut également appartenir

stehen; im letzteren Falle spricht man von Nothilfe.

(iv) Rechtswidrig ist jeder Angriff, zu dessen Duldung der Angegriffene nicht verpflichtet ist. Daraus ergibt sich, daß Notwehr nicht nur gegen einen schuldhaft Handelnden zulässig ist, sondern auch gegen einen Unzurechnungsfähigen, einen Geisteskranken, ein Kind sowie gegen einen in unvermeidlichem Irrtum Handelnden.

(v) Gegenwärtig ist der Angriff, der unmittelbar bevorsteht oder gerade stattfindet oder noch fortduert; der zukünftige oder bereits beendete Angriff ist nicht gegenwärtig. Maßgebend dafür, ob ein Angriff gegenwärtig ist, ist die objektive Sachlage, nicht die Auffassung des Handelnden.

(vi) Fortgesetzt und damit gegenwärtig ist der Angriff so lange, bis die Gefahr, die daraus für das bedrohte Rechtsgut erwächst, entweder völlig abgewendet oder umgekehrt endgültig in den Verlust umgeschlagen ist. Flieht zum Beispiel der Dieb mit der gestohlenen Sache oder der Wilderer mit dem Wild, so ist Notwehr in unmittelbarer Verfolgung zulässig, solange ein Zustand gesicherten Gewahrsams für den Täter noch nicht eingetreten ist.

(vii) Die Notwehrhandlung muß zur Abwehr des Angriffs erforderlich sein. Die Erforderlichkeit ist nach objektiven Maßstäben von Fall zu Fall zu prüfen. Grundsätzlich bestimmt sich das Maß zulässiger Abwehr nach der Stärke und Hartnäckigkeit des Angriffs und nach den Mitteln der Abwehr, die dem Angegriffenen zu Gebote stehen.

(viii) Nicht erforderlich ist eine Verletzung eines Rechtsguts des Angreifers, wenn der Bedrohte ohne Preisgabe

person. In the latter case self-defence is termed defence in aid of a third person (Nothilfe).

(iv) An attack which the attacked person is under no obligation to suffer shall be deemed to be an unlawful attack. Thus self-defence is permissible not only against a person guilty of an unlawful act but also against an incompetent, an insane person, a child, or one acting in unavoidable error.

(v) An attack shall be deemed an "imminent" attack if it is immediately impending, or is in progress, or is continuing; an attack threatened in the future or which has been completed is not considered an imminent attack. Whether or not an attack is imminent is determined by the objective facts and not by the subjective belief of the person acting in self-defence.

(vi) An attack shall be deemed to be continuing and therefore imminent until the danger arising from it to the threatened legally protected interest either has completely passed or, conversely, until the attack has resulted in the irretrievable loss of such interest. For instance, if a thief escapes with a stolen article or a poacher with a head of game, self-defence is permissible during hot pursuit and so long as the object in question, insofar as the perpetrator is concerned, has not reached a place of safety.

(vii) The act of self-defence must be necessary to avert an attack. The necessity shall be ascertained from case to case by applying objective standards. In principle, the extent of permissible defence is determined by the severity and persistence of the attack and by the means which are available to the person attacked for his defence.

(viii) A legally protected interest of the attacker shall be deemed to have been infringed upon unnecessarily

à un tiers; dans ce cas, on parle de secours en cas de péril (Nothilfe).

(iv) Est contraire au droit toute attaque que la personne qui en fait l'objet n'est pas obligée de subir. En conséquence, la légitime défense est admise non seulement contre une personne consciente de sa responsabilité, mais aussi contre une personne incapable de discernement, un aliéné, ou un enfant, de même que contre une personne agissant sous l'empire d'une erreur inévitable.

(v) La nécessité de la légitime défense est «actuelle», si l'attaque est imminente, si elle est commise au moment même, ou si elle se poursuit. Il n'y a pas nécessité actuelle, lorsqu'il s'agit d'une attaque future ou d'une attaque consommée. Le caractère d'actualité est déterminé en fonction de la situation objective, et non selon l'appréciation de la personne qui agit.

(vi) Une attaque se poursuit et crée par là la nécessité actuelle de la légitime défense jusqu'au moment où le danger qui en découle pour le bien menacé est complètement écarté ou, inversement, jusqu'au moment où l'attaque a abouti à la perte définitive du bien. Si, par exemple, le voleur s'enfuit avec l'objet dérobé, ou le braconnier avec le gibier, la légitime défense dans la poursuite immédiate est admise aussi longtemps que l'objet du délit n'a pu être mis pour le délinquant en lieu sûr.

(vii) Il faut que l'acte commis en état de légitime défense soit nécessaire pour repousser l'attaque. Cette nécessité doit être établie, dans chaque cas d'espèce, selon des critères objectifs. En règle générale, la mesure dans laquelle la défense est admise est déterminée par la force de l'attaque et l'acharnement de l'agression et par les moyens de défense dont dispose la victime de l'attaque.

(viii) Il est inutile de porter atteinte à un bien juridiquement protégé de l'agresseur si la personne menacée peut

- eigener Interessen dem Angriff ausweichen kann.
- (ix) Eine Abwägung zwischen dem zu schützenden Gut des Berechtigten und dem zu opfernden Gut des Angreifers, eine sogenannte Proportionalität, ist in der Regel nicht erforderlich. Aber auch hier ergeben sich Grenzen. Bei der Gefahr des Verlustes eines geringwertigen Gegenstandes ist die Tötung des Diebes nicht als erforderliche (gebotene) Verteidigung zu bezeichnen (strittig).
- (x) Es genügt, daß die Notwehrhandlung erforderlich ist, um den Angriff von sich oder einem Dritten abzuwenden; der Dritte kann jede Person sein. Es ist nicht erforderlich, daß es sich um einen Angehörigen im Sinne des § 52 Absatz 2 des Strafgesetzbuchs handelt.
- (xi) Eine zur Abwendung eines rechtswidrigen Angriffs erforderliche Verteidigung liegt nur insoweit vor, als die Abwehr sich gegen den Angreifer richtet. Eingriffe in Rechtsgüter unbeteiligter Dritter werden durch Notwehr als solche nicht gedeckt; derartige Angriffe können unter Umständen unter dem Gesichtspunkt des Notstandes straflos sein.
- if the person threatened by the attack is able to evade the attack without abandoning his own interests.
- (ix) As a rule, it is not necessary that the value of the legally protected interests of the attacked person should be balanced against the loss which the attacker might sustain (principle of proportionality). But this principle is subject to limitations. The killing of a thief is not a required (necessary) act of defence if the articles which the attacked person risks losing are only of minor value (this principle is controversial).
- (x) It suffices that the act of self-defence is required in order to avert an attack against oneself or any other person. It is not necessary that the attack is aimed at a relative within the meaning of paragraph 2 of Section 52 of the German Criminal Code.
- (xi) Only insofar as directed against the attacker shall an act of defence be deemed to be an act of self-defence to ward off an unlawful attack. Acts which violate legally protected interests of innocent bystanders cannot be justified on grounds of self-defence. Under certain circumstances the perpetrators of such acts may go unpunished on the ground that the acts were justified by necessity (Notstand).
- éviter l'attaque sans abandonner pour autant des intérêts qui lui sont propres.
- (ix) Il n'y a pas lieu d'exiger, en règle générale, une évaluation comparative entre le bien de l'ayant droit qu'il convient de protéger et le bien de l'agresseur qui doit être sacrifié («proportionnalité»). Toutefois, ce principe est sujet à des limitations. Lorsque l'objet menacé est de peu de valeur, le fait de tuer le voleur ne saurait être considéré comme défense nécessaire (commandée) (cette opinion est controversée).
- (x) Il suffit que l'acte commis en état de légitime défense soit nécessaire pour détourner l'attaque de soi-même ou d'un tiers; ce tiers peut être une personne quelconque. Il ne doit pas nécessairement s'agir d'un «proche» au sens de l'alinéa 2 de l'Article 52 du Code Pénal allemand.
- (xi) Il n'y a défense nécessaire pour détourner une attaque actuelle et illégale que pour autant que cette défense est dirigée contre l'agresseur. Les atteintes portées à des biens juridiquement protégés de tiers non-intéressés ne sont pas couvertes par la légitime défense proprement dite; des atteintes de cette sorte peuvent, le cas échéant, ne pas être punissables, si elles sont considérées comme ayant été provoquées par l'état de nécessité (Notstand).

Zu Artikel 19

(1) Das Ersuchen um den in Artikel 19 Absatz (1) vorgesehenen Verzicht auf das Vorrecht der Bundesrepublik zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit wird von denjenigen Entsendestaaten, die bereits entschlossen sind, von dem Verzicht Gebrauch zu machen, mit dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens gestellt. Die Bundesrepublik gewährt diesen Entsendestaaten den Verzicht mit dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens. Entschließt sich ein Entsendestaat nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens, von dem Verzicht Gebrauch zu machen, so erteilt er um diesen Verzicht erst, nachdem mit der Bundesregierung über die erforderlichen Übergangsregelungen Einigung erzielt worden ist.

Re Article 19

1. The request for a waiver of the primary right of the Federal Republic to exercise criminal jurisdiction provided for in paragraph 1 of Article 19 shall be made at the time of the entry into force of the Supplementary Agreement by those of the sending States which have decided to make use of the waiver. The Federal Republic shall grant the waiver to these sending States when the Supplementary Agreement enters into force. If a sending State decides, after the entry into force of the Supplementary Agreement, to make use of the waiver, the State concerned shall not request such waiver until agreement has been reached with the Federal Government on the necessary transitional arrangements.

Ad Article 19

1. — La demande de renonciation au droit de priorité de juridiction de la République Fédérale en matière pénale, prévue au paragraphe 1 de l'Article 19, sera présentée au moment de l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire par ceux des États d'origine qui, à ce moment, auront pris la décision de faire usage de cette renonciation. La renonciation sera accordée par la République Fédérale à ces États d'origine dès l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire. Si un État d'origine décide postérieurement à l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire de faire usage de la renonciation, il ne présentera une demande de renonciation qu'après s'être mis d'accord avec le Gouvernement fédéral sur les dispositions transitoires nécessaires.

(2) (a) Vorbehaltlich einer sorgfältigen Prüfung jedes Einzelfalles und der Ergebnisse einer solchen Prüfung können wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege im Sinne von Artikel 19 Absatz (3) die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit insbesondere bei folgenden Straftaten erfordern:

(i) Straftaten, die zur Zuständigkeit des Bundesgerichtshofes im ersten und letzten Rechtszuge gehören oder deren Verfolgung der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übernehmen kann;

(ii) Straftaten, durch die der Tod eines Menschen verursacht wird, Raub, Notzucht, soweit sich diese Straftaten nicht gegen ein Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder gegen einen Angehörigen richten;

(iii) Versuch solcher Straftaten oder Teilnahme an ihnen.

(b) Die beteiligten Behörden arbeiten hinsichtlich der unter Buchstabe (a) genannten Straftaten von Beginn der ersten Ermittlungen an besonders eng zusammen, um die in Artikel VII Absatz (6) des NATO-Truppenstatuts vorgesehene gegenseitige Unterstützung zu gewähren.

2. (a) Subject to a careful examination of each specific case and to the results of such examination, major interests of German administration of justice within the meaning of paragraph 3 of Article 19 may make imperative the exercise of German jurisdiction, in particular in the following cases:

(i) offences within the competence of the Federal High Court of Justice (Bundesgerichtshof) in first and last instance or offences which may be prosecuted by the Chief Federal Prosecutor (Generalbundesanwalt) at the Federal High Court of Justice;

(ii) offences causing the death of a human being, robbery, rape, except where these offences are directed against a member of a force or of a civilian component or a dependent;

(iii) attempt to commit such offences or participation therein.

(b) In respect of the offences referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph the authorities concerned shall proceed in particularly close cooperation from the beginning of the preliminary investigations in order to provide the mutual assistance envisaged in paragraph 6 of Article VII of the NATO Status of Forces Agreement.

2. — (a) Sous réserve d'un examen attentif de chaque affaire et des résultats de cet examen, les intérêts majeurs de l'administration de la justice allemande, au sens du paragraphe 3 de l'Article 19, peuvent exiger que la juridiction soit exercée par les autorités allemandes, en particulier dans le cas des infractions suivantes:

(i) Les infractions qui relèvent de la compétence de la Cour Fédérale Supérieure (Bundesgerichtshof) en premier et en dernier ressort ou celles dont la poursuite peut être exercée par le Procureur Supérieur de la République Fédérale (Generalbundesanwalt) auprès de ladite Cour Suprême;

(ii) les infractions ayant entraîné mort d'homme, le vol avec violences ou menaces, le viol, pour autant que ces infractions ne sont pas dirigées contre un membre d'une force ou d'un élément civil ou une personne à charge;

(iii) la tentative de ces infractions ou la participation à celles-ci.

(b) Dans la poursuite des infractions visées à l'alinéa (a) du présent paragraphe, les autorités intéressées, dès les premiers stades de l'enquête, collaborent entre elles d'une manière particulièrement étroite, afin d'assurer l'assistance mutuelle prescrite par le paragraphe 6 de l'Article VII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

Zu Artikel 22

Das Recht der Entsendestaaten, den Festgenommenen entweder in einer eigenen Haftanstalt oder bei ihrer Truppe in Gewahrsam zu halten, bleibt erhalten. Um die Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach Artikel 22 Absatz (3) Satz 2 reibungslos zu gestalten, bringen die Behörden der Entsendestaaten den Festgenommenen möglichst in der Nähe des Sitzes der mit dem Verfahren befaßten deutschen Behörden unter, ohne daß jedoch eine Verpflichtung besteht, den Festgenommenen außerhalb des eigentlichen Gebietes ihrer Truppe unterzubringen.

Re Article 22

The sending States shall retain the right to keep in custody the arrested person either in a detention institution of their own or with their force. In order to ensure smooth implementation of the obligations imposed by the second sentence of paragraph 3 of Article 22, the authorities of the sending States shall keep the arrested person, where possible, in the vicinity of the seat of the German authority dealing with the case; this, however, shall not constitute an obligation on their part to keep the arrested person outside the area of the force.

Ad Article 22

Les États d'origine conservent le droit de détenir la personne arrêtée dans un de leurs propres établissements pénitentiaires ou de la confier à leur force. En vue de faciliter l'exécution sans heurt des obligations définies dans la deuxième phrase du paragraphe 3 de l'Article 22, les autorités des États d'origine détiennent, dans la mesure du possible, la personne arrêtée à proximité du siège des autorités allemandes chargées de conduire la procédure, cette clause n'entrant toutefois aucune obligation de transférer la personne arrêtée hors de la zone propre à leur force.

Zu Artikel 26 Absatz (1)

Buchstabe (b)

Der Ausdruck „militärische Erfordernisse“ kann auch auf die Fälle angewendet werden, in denen die Straftat von einer Person begangen worden ist, die sich zu Übungs- oder Manöverzwecken vorübergehend im Bundesgebiet aufhielt.

Zu Artikel 31

(1) Als Abkommen im Sinne von Artikel 31 gelten im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der Französischen Republik bis zum Inkrafttreten des Haager Abkommens über den Zivilprozeß vom 1. März 1954 die Artikel 17 bis 24 des Haager Abkommens über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905.

(2) Hinsichtlich der Haftung für Amtspflichtverletzungen gilt zwischen der Bundesrepublik und der Französischen Republik sowie zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Belgien folgendes:

Die Haftung des Staates (Bund oder Land) oder einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft für einen Schaden, der einem Mitglied der belgischen oder der französischen Truppe, ihres zivilen Gefolges oder deren Angehörigen durch eine Amtspflichtverletzung von Bediensteten des deutschen öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik zugefügt wird, richtet sich nach den für Inländer geltenden Vorschriften.

Zu Artikel 41

(1) Artikel 41 wird auf Ansprüche wegen Schäden aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen nicht angewendet.

(2) (a) (i) Bei Schäden an öffentlichen Wegen sowie Schäden, die durch Manöver oder andere Übungen an der Bundesrepublik gehörenden Sachen (mit Ausnahme von Sachen, die der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost gehören) verursacht worden sind und für die eine Entschädigung nach Artikel 41 zu zahlen wäre, hat eine Truppe die Möglichkeit, anstatt eine Entschädigung zu zahlen, diese Schäden selbst zu beseitigen.

Re Article 26, paragraph 1,
sub-paragraph (b)

The term "military exigency" may also apply to cases in which the offence was committed by a person temporarily present in the Federal territory for the purpose of training exercises or manœuvres.

Re Article 31

1. Articles 17 to 24 of the Hague Convention on Civil Procedure of 17 July 1905 shall in the relations between the Federal Republic and the French Republic, be considered to be an agreement within the meaning of Article 31, until such time as the Hague Convention on Civil Procedure of 1 March 1954 enters into force.

2. With respect to liability for breach of official duties, the following shall apply between the Federal Republic and the French Republic, as well as between the Federal Republic and the Kingdom of Belgium:

The liability of the State (Federation or Land) or of a corporation existing under public law for damage suffered by a member of the Belgian force or of the French force, of their civilian components or by dependents as a result of a breach of official duties by German public servants in the Federal Republic shall be governed by the provisions applying to German nationals (Inländer).

Re Article 41

1. Article 41 shall not be applicable to claims concerning damage arising under contracts or quasi-contractual relationships.

2. (a) (i) In the case of damage to public roads and of damage to property of the Federal Republic, except property of the German Federal Railways and of the German Federal Post, caused by manœuvres and other training exercises for which compensation would have been payable under Article 41, a force may, in lieu of paying such compensation, itself repair the damage.

Ad Article 26, paragraphe 1,
alinéa (b)

L'expression « nécessité militaire » peut également s'appliquer aux cas dans lesquels l'infraction aurait été commise par une personne qui se trouvait temporairement sur le territoire fédéral aux fins de manœuvres ou d'exercices militaires.

Ad Article 31

1.— Les Articles 17 à 24 de la Convention de La Haye sur la Procédure Civile, en date du 17 juillet 1905, seront en vigueur, en tant qu'accord au sens de l'Article 31, dans les rapports entre la République Française et la République Fédérale jusqu'à l'entrée en vigueur de la Convention de La Haye sur la Procédure Civile, en date du 1^{er} mars 1954.

2.— En matière de responsabilité pour fautes commises par des agents dans l'exercice de leurs fonctions, les dispositions suivantes s'appliqueront entre la République Fédérale et la République Française et entre la République Fédérale et le Royaume de Belgique:

La responsabilité de l'État (Fédération ou Land) ou d'une personne morale de droit public pour un dommage causé, par la faute commise en République Fédérale par leurs agents dans l'exercice de leurs fonctions, à un membre de la force française ou de la force belge, de son élément civil ou aux personnes à charge, est régie par les prescriptions en vigueur applicables aux ressortissants allemands (Inländer).

Ad Article 41

1.— L'Article 41 n'est pas applicable aux droits à indemnisation pour dommages découlant de contrats ou de quasi-contrats.

2.— (a) (i) En ce qui concerne les dommages causés à des voies publiques, ainsi que les dommages qui ont été causés par des manœuvres ou d'autres exercices aux biens appartenant à la République Fédérale (à l'exception des biens des Chemins de fer fédéraux allemands et des Postes fédérales allemandes) et qui devraient être indemnisés conformément aux dispositions de l'Article 41, la force a la possibilité, au lieu de verser une indemnité, de réparer elle-même ces dommages.

(ii) Will eine Truppe Schäden an öffentlichen Wegen selbst beseitigen, so setzt sie sich mit der zuständigen deutschen Behörde ins Benehmen und sieht von einer Beseitigung der Schäden ab, wenn diese Behörde aus triftigen bautechnischen oder verkehrspolizeilichen Gründen widerspricht. Bei diesen und den anderen unter Ziffer (i) genannten Schäden bedarf es der Herstellung des Benehmens mit der deutschen Behörde im Einzelfall nicht, wenn wegen der Frage der Beseitigung solcher Schäden durch die Truppe vorher allgemein eine Verständigung mit ihr erzielt worden ist.

- (b) Es bleibt einer Truppe unbenommen, in anderen als den unter Buchstabe (a) genannten Fällen Schäden nach Vereinbarung mit dem Geschädigten selbst zu beseitigen.
- (c) In den Fällen der Buchstaben (a) und (b) bleibt es dem Geschädigten unbenommen, ihm gegebenenfalls zustehende Entschädigungsansprüche geltend zu machen, wenn nach seiner Auffassung Schäden nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß beseitigt worden sind.

(3) Für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 ist es erforderlich, eine angemessene Antragsfrist vorzusehen, um eine schnelle Abwicklung der Entschädigungsverfahren zu gewährleisten. Die Bundesrepublik trifft zur Erreichung dieses Zweckes geeignete gesetzliche Maßnahmen.

(4) Der in Artikel 41 Absatz (3) Buchstabe (a) erklärte Verzicht der Bundesrepublik bezieht sich nicht auf Schäden, die infolge einer Nichterfüllung der übernommenen Instandsetzungs- und Instandhaltungspflicht entstehen. Soweit nicht in den Überlassungsvereinbarungen Bestimmungen über die Abgeltung solcher Schäden enthalten sind, wird das Verfahren darüber durch Verwaltungsabkommen geregelt.

(5) Soweit Sachen im Eigentum von juristischen Personen, deren Kapitalanteile sich in der Hand des Bundes befinden, einer Truppe oder einem

(ii) If a force wishes itself to repair damage to public roads, it will consult the competent German authorities and will refrain from itself carrying out the repair if the German authorities object for cogent technical building or traffic police control reasons. In these cases and in other cases of damages referred to in item (i) of this sub-paragraph contact shall not be necessary in individual cases if previously there has been an understanding on carrying out of repairs by the force on a general basis.

- (b) Nothing shall preclude a force itself making good the damage, in agreement with the person having suffered it, in cases other than those referred to in sub-paragraph (a) of this paragraph.
- (c) In the cases referred to in sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph, nothing shall preclude the person suffering the damage asserting any possible claim to which he may be entitled if in his opinion the damage has not been repaired either fully or properly.

3. In order to permit speedy settlement of compensation proceedings a reasonable period of time should be provided within which to file compensation claims under Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement in conjunction with Article 41. To this end, the Federal Republic shall enact suitable legislation.

4. The waiver given by the Federal Republic in sub-paragraph (a) of paragraph 3 of Article 41 shall not apply to damage arising from non-fulfilment of the accepted responsibility for repair and maintenance. To the extent that the agreements (Überlassungsvereinbarungen) do not contain provisions for the settlement of such damage claims, the procedure for settling them shall be laid down in administrative agreements.

5. Insofar as property of juristic persons whose shares are in the hands of the Federation is made available free of charge to a force or a civilian

(ii) Si la force désire réparer elle-même les dommages causés aux voies publiques, elle consulte l'autorité allemande compétente et renonce à la réparation, si l'autorité allemande s'y oppose pour des raisons valables concernant la technique de la construction ou la police de la circulation. En ce qui concerne ces dommages et les autres dommages visés au point (i) du présent alinéa, il n'est pas nécessaire de consulter l'autorité allemande dans chaque cas particulier, si une entente préalable et générale, relative à la réparation de tels dommages par la force, a été établie.

- (b) Dans les cas autres que ceux visés à l'alinéa (a) du présent paragraphe, une force est libre de réparer elle-même les dommages en accord avec la personne lésée.
- (c) La personne lésée demeure libre, dans les cas visés aux alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, de faire valoir ses droits éventuels à une indemnité, si, à son avis, le dommage n'a pas été complètement ou convenablement réparé.

3. — En vue d'assurer un règlement rapide de la procédure d'indemnisation, il y a lieu de prévoir un délai raisonnable pour faire valoir les droits à indemnisation, conformément aux dispositions de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces en liaison avec celles de l'Article 41. A cette fin, la République Fédérale prend les mesures législatives appropriées.

4. — La renonciation de la République Fédérale prévue à l'alinéa (a) du paragraphe 3 de l'Article 41 ne s'applique pas aux dommages résultant de l'inexécution de l'obligation acceptée en matière de réparation et d'entretien. Dans la mesure où les accords de cession (Überlassungsvereinbarungen) ne contiennent pas de dispositions pour le règlement de ces dommages, la procédure de règlement est fixée par accord administratif.

5. — Pour autant que des biens appartenant à des personnes morales, dont les parts sont détenues par la Fédération, sont mis gratuitement à

zivilen Gefolge unentgeltlich zur ausschließlichen Benutzung überlassen worden sind, stellt die Bundesrepublik den Entsendestaat von der Haftung für Schäden an diesen Sachen in dem Umfang frei, in dem sie auf den Ersatz von Schäden an ihr gehörenden Sachen gemäß Artikel 41 Absatz (3) Buchstabe (a) verzichtet.

(6) (a) Entstehen in den Fällen des Artikels 41 Absatz (3) Buchstabe (a) Satz 3 und Absatz (5) Satz 2 zwischen den zuständigen deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe Meinungsverschiedenheiten darüber, ob ein Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht worden ist, so treten die beiderseitigen Behörden in Verhandlungen ein.

(b) Bleibt eine Meinungsverschiedenheit bestehen, die nicht in weiteren zwischen den beiden Parteien auf höherer Ebene geführten Erörterungen beseitigt werden kann, so entscheidet der in Artikel VIII Absatz (2) Buchstabe (a) des NATO-Truppenstatuts vorgesehene Schiedsrichter.

(7) Gehören Sachen, die einer Truppe zur Benutzung überlassen worden sind, einem Land [Artikel 41 Absatz (4)], so stellen die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe gemeinsam den Zustand dieser Sachen zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzabkommens fest. Eine gleiche Feststellung erfolgt zum Zeitpunkt der Freigabe der betreffenden Sachen. Etwaige Schäden oder Verluste werden unter Zugrundelegung des Zustandes der Sachen zu den genannten Zeitpunkten abgegolten.

(8) American Red Cross und University of Maryland gelten nicht als Bestandteil der Truppe im Sinne von Artikel 41 Absatz (7) und sind in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit.

(9) In den in Artikel 41 Absatz (13) erwähnten Verwaltungsabkommen können auch Regelungen getroffen werden, die Abweichungen von den Verfahrensbestimmungen des Artikels VIII des NATO-Truppenstatuts enthalten.

Zu Artikel 47

In die nach Artikel 47 Absatz (5) Buchstabe (g) vorgesehenen Verwal-

component for exclusive use, the Federal Republic shall relieve the sending State of liability in respect of damages to this property to the same extent as the Federal Republic has waived, in accordance with sub-paragraph (a) of paragraph 3 of Article 41, compensation for damage to property which it owns.

6. (a) If in the cases referred to in the last sentence of sub-paragraph (a) of paragraph 3 and the last sentence of paragraph 5 of Article 41, there is a difference of opinion between the competent German authorities and the authorities of a force as to whether or not damage was caused wilfully or by gross negligence, the authorities on both sides shall enter into negotiations.

(b) If a difference of opinion remains that cannot be resolved in further discussions between the parties at higher level, the arbitrator referred to in sub-paragraph (a) of paragraph 2 of Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement shall decide.

7. In respect of property owned by a Land and made available for use by a force (paragraph 4 of Article 41), the authorities of the force and the German authorities shall determine jointly the condition of such property as at the date of the entry into force of the Supplementary Agreement. A similar determination shall be made at the time of the release of such property. Claims for damages or loss, if any, shall be settled on the basis of the condition of the property on these dates.

8. The American Red Cross and the University of Maryland shall not be deemed to be, nor be treated as, integral parts of the force for the purpose of paragraph 7 of Article 41 and in respect of the settlement of damage claims shall not be exempt from German jurisdiction.

9. The administrative agreements referred to in paragraph 13 of Article 41 may also contain arrangements which differ from the procedural arrangements contained in Article VIII of the NATO Status of Forces Agreement.

Re Article 47

The following language will be included in the administrative agree-

la disposition d'une force ou d'un élément civil pour son usage exclusif, la République Fédérale dégage l'Etat d'origine de toute responsabilité en ce qui concerne les dommages causés à ces biens, dans la mesure où, conformément aux dispositions de l'alinéa (a) du paragraphe 3 de l'Article 41, elle renonce à l'indemnisation des dommages causés aux biens lui appartenant.

6. — (a) Si, dans les cas visés à la dernière phrase de l'alinéa (a) du paragraphe 3 et à la dernière phrase du paragraphe 5 de l'Article 41, il existe une divergence de vues entre les autorités allemandes compétentes et les autorités d'une force sur le point de savoir si un dommage a été causé intentionnellement ou résulte d'une négligence grave, les autorités des deux parties entament des négociations.

(b) S'il subsiste une divergence de vues, qui ne puisse pas être résolue dans des discussions ultérieures entre les deux parties, à un échelon plus élevé, l'arbitre prévu à l'alinéa (a) du paragraphe 2 de l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces prend la décision.

7. — En ce qui concerne les biens appartenant à un Land et mis à la disposition d'une force pour son usage (paragraphe 4 de l'Article 41), les autorités de la force et les autorités allemandes déterminent conjointement l'état de ces biens à la date d'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire. Un inventaire similaire est effectué à la date de la restitution de ces biens. Les réclamations afférentes aux dommages ou pertes éventuels sont réglées sur la base de l'état des biens à ces deux dates.

8. — American Red Cross et University of Maryland ne doivent pas être considérées ni traitées comme parties intégrantes de la force au sens du paragraphe 7 de l'Article 41 et n'échapperont pas à la juridiction allemande en ce qui concerne le règlement des réclamations afférentes aux dommages.

9. — Les accords administratifs visés au paragraphe 13 de l'Article 41 peuvent également comporter des dérogations aux dispositions de procédure prévues à l'Article VIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

Ad Article 47

La clause suivante devra être incluse dans les accords administratifs

tungsabkommen ist folgendes aufzunehmen:

„Um den deutschen Behörden die Befolgung der deutschen Haushaltsvorschriften zu ermöglichen, wird in dem Schriftstück, das die Zustimmung im Sinne von Artikel 47 Absatz (5) Buchstabe (c) des Zusatzabkommens enthält, gleichzeitig eine Bestätigung abgegeben, daß die erforderlichen Haushaltsmittel bereitstehen.“

Zu Artikel 48

(1) (a) Sollen zur Durchführung von Maßnahmen gemäß Artikel 48 Absatz (1) Buchstabe (c) Satz 3 Nutzungs-, Duldungs- oder ähnliche Verträge geschlossen werden, so schließen die deutschen Behörden Vereinbarungen über die Höhe des zu gewährenden Entgelts im Benehmen mit den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges, soweit nicht diese Entgelte nach Artikel 63 Absatz (5) Buchstabe (a) von der Bundesrepublik zu tragen sind. Das gleiche gilt, wenn eine Liegenschaft auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes in Anspruch genommen wird, für die Einigung über die Höhe einer Besitzteinweisungsschädigung oder eines sonstigen Entgeltes. Artikel 63 bleibt unberührt.

(b) Das in Buchstabe (a) vorgeschencne Verfahren wird entsprechend angewandt, wenn im Rahmen des Schutzbereichs- oder des Luftverkehrsgegesetzes zugunsten einer Truppe Nutzungs-, Duldungs- oder ähnliche Verträge geschlossen oder Vereinbarungen über die Höhe von Schutzbereichentschädigungen getroffen werden.

(2) In bezug auf Artikel 48 Absatz (2) und unbeschadet der Regelung in Absatz (5) Buchstaben (a) und (b) des genannten Artikels treten die Behörden eines Entsendestaats in besonderen Fällen auf Verlangen der Bundesregierung in Verhandlungen über die

ments envisaged in sub-paragraph (g) of paragraph 5 of Article 47:

“In order to permit the German authorities to comply with the provisions of German budgetary law, it shall be certified in the written consent referred to in sub-paragraph (c) of paragraph 5 of Article 47 of the Supplementary Agreement that the necessary budgetary funds are available.”

Re Article 48

1. (a) Where in implementation of the third sentence of sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 48 utilization contracts (Nutzungsverträge), toleration contracts (Duldungsverträge) or similar contracts are concluded, the German authorities shall agree upon the amount of compensation payable in consultation with the authorities of the force or the civilian component, except insofar as such compensation is to be borne by the Federal Republic under the provisions of sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 63. The same shall apply where a unit of accommodation is requisitioned under the Land Procurement Law, to agreements regarding the amount of compensation payable in respect of anticipatory possession (Besitzteinweisungsschädigung) or any other compensation. The provisions of Article 63 shall remain unaffected.

(b) The procedure envisaged in sub-paragraph (a) of paragraph 1 shall be applied *mutatis mutandis* when under the Restricted Areas Law or the Air Traffic Law utilization contracts, toleration contracts or similar contracts are concluded in the interests of a force, or when agreements are concluded on the amount of compensation payable in respect of restricted areas (Schutzbereichentschädigungen).

2. With respect to paragraph 2 of Article 48 and without prejudice to the arrangements set forth in sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 5 of that Article, the authorities of a sending State shall in special cases, at the request of the Federal Govern-

prévus dans l'alinéa (g) du paragraphe 5 de l'Article 47:

«En vue de permettre aux autorités allemandes de respecter les prescriptions allemandes en matière budgétaire, il sera certifié dans l'accord écrit donné aux termes de l'alinéa (c) du paragraphe 5 de l'Article 47 de l'Accord Complémentaire que les crédits budgétaires nécessaires sont disponibles.»

Ad Article 48

1. — (a) Lorsque l'exécution des mesures visées à la troisième phrase de l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article 48 exige que soient conclus des accords portant sur l'usage (Nutzungsverträge), les tolérances (Duldungsverträge) ou d'autres questions similaires, les autorités allemandes conviennent, en consultation avec les autorités de la force ou de l'élément civil, du montant de l'indemnité à accorder, dans la mesure où le versement de cette indemnité n'incombe pas à la République Fédérale, en vertu de l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 63. Dans le cas où des biens immobiliers auront été fournis en vertu de la Loi concernant l'acquisition des terrains, il en est de même de l'accord qui doit intervenir sur le montant d'une indemnité pour envoi en possession anticipé ou de toute autre indemnisation. Les dispositions de l'Article 63 n'en sont pas affectées.

(b) La procédure prévue à l'alinéa (a) du présent paragraphe s'applique mutatis mutandis lorsque des accords portant sur l'usage, les tolérances ou d'autres questions similaires sont conclus au bénéfice de la force dans le cadre de la Loi relative aux zones de servitudes ou de la Loi relative à la circulation aérienne ou lorsque sont conclus des arrangements relatifs au montant des indemnités de servitudes (Schutzbereichentschädigungen).

2. — Eu égard au paragraphe 2 de l'Article 48 et sans préjudice de la réglementation prévue aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 5 dudit Article, les autorités d'un État d'origine engagent, dans des cas particuliers, à la demande du Gouvernement fédéral,

Rückgabe oder den Austausch solcher Liegenschaften ein, die sich bereits am 5. Mai 1955, 12 Uhr, im Besitz einer Truppe oder eines zivilen Gefolges befanden, um wesentlichen deutschen zivilen Belangen, insbesondere den Erfordernissen der Raumordnung, des Städtebaus, des Naturschutzes sowie der landwirtschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen, Rechnung zu tragen. Die Behörden des Entsendestaats berücksichtigen hierbei die Anliegen der Bundesregierung wohlwollend.

(3) In bezug auf Artikel 48 Absatz (2) und Absatz (5) Buchstabe (c) gilt folgendes: Um Schwierigkeiten in den Fällen zu vermeiden, in denen bei Liegenschaften, die einer Truppe oder einem zivilen Gefolge zur Benutzung überlassen worden sind, das Rechtsverhältnis mit dem Eigentümer oder dem sonstigen Berechtigten endet, und um der Bundesrepublik die Erfüllung ihrer Verpflichtung aus Artikel 48 Absatz (2) Satz 1 zu erleichtern, halten die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe laufend enge Führung. Die Behörden der Truppe unterrichten die deutschen Behörden so früh wie möglich, falls in einem solchen Falle der Liegenschaftsbedarf über den Zeitpunkt hinaus fortbesteht, zu welchem das Rechtsverhältnis endet. Um den Behörden der Truppe zu ermöglichen, eine solche Erklärung abzugeben, setzen die deutschen Behörden, soweit erforderlich, sie so früh wie möglich davon in Kenntnis, daß und wann das Rechtsverhältnis mit dem Eigentümer oder sonstigen Berechtigten endet; dies gilt insbesondere dann, wenn das Rechtsverhältnis aus anderen Gründen als dem Ablauf eines Miet- oder Pachtvertrages endet.

(4) Unter den in Artikel 48 Absatz (3) Buchstabe (a) Satz 1 erwähnten Einzelheiten der Benutzung einer Liegenschaft sind insbesondere zu verstehen die Überlassungsdauer, die Art der Verwendung, die Sorge für Instandsetzung, Instandhaltung und Verkehrssicherung sowie etwa erforderliche finanzielle Regelungen im Rahmen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens.

(5) (a) In den nach Artikel 48 Absatz (3) Buchstabe (b) erforderlichen Überlassungsvereinbarungen erstrecken sich die Angaben über die Ausstattung der rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehenden Liegenschaften (mit Ausnahme der Liegenschaften der Deut-

ment, enter into negotiations for the release or exchange of accommodation which was in the possession of a force or a civilian component at noon on 5 May 1955, in order to take into account essential German civilian interests and in particular the exigencies of town and country planning (Raumordnung und Städtebau), nature preservation, and farming and economic interests. The authorities of the sending State shall in this give sympathetic consideration to requests by the Federal Government.

3. With respect to paragraph 2 and sub-paragraph (c) of paragraph 5 of Article 48, the following shall apply: In order to avoid difficulties in cases in which, in respect of accommodation made available to a force or to a civilian component for use, the legal relationship with the owner or other entitled person ends, and in order to facilitate the implementation by the Federal Republic of the undertaking set forth in the first sentence of paragraph 2 of Article 48, the German authorities and the authorities of the force shall maintain constant and close contact with each other. The authorities of the force shall inform the German authorities as early as possible if in such a case there is a continuing accommodation requirement beyond the date on which the legal relationship ends. In order that the authorities of the force will be able so to state, the German authorities shall as early as possible, and to the extent necessary, inform the authorities of the force that the legal relationship with the owner or other entitled person will lapse, and when; this shall apply especially in cases where the legal relationship ends otherwise than by expiration of a lease or rent contract.

4. The details with regard to the use of accommodation referred to in the first sentence of sub-paragraph (a) of paragraph 3 of Article 48 shall be taken to mean, in particular, duration of availability, utilization, responsibility for repairs, maintenance, and traffic safety measures, as well as any financial arrangements which may be necessary within the framework of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement.

5. (a) In the agreements required under sub-paragraph (b) of paragraph 3 of Article 48 the data on the equipment of the accommodation legally owned by the Federation or a Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend) — except accommodation of the German Federal Railways

des négociations relatives à la restitution ou à l'échange des biens immobiliers qui ont été en la possession d'une force ou d'un élément civil dès le 5 mai 1955, 12.00 heures, afin de tenir compte des intérêts civils allemands les plus importants et notamment des exigences de l'aménagement du territoire (Raumordnung), de l'urbanisme, de la protection des sites naturels, ainsi que des intérêts de l'agriculture et de l'économie en général. Ce faisant, les autorités de l'État d'origine considèrent avec bienveillance les desiderata du Gouvernement fédéral.

3. — Les dispositions suivantes sont applicables en ce qui concerne le paragraphe 2 et l'alinéa (c) du paragraphe 5 de l'Article 48: Afin d'éviter des difficultés dans les cas où prend fin le lien juridique existant avec le propriétaire ou tout autre ayant droit au sujet de biens immobiliers mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour son usage et de faciliter à la République Fédérale l'exécution des obligations assumées en vertu de la première phrase du paragraphe 2 de l'Article 48, les autorités allemandes et les autorités de la force restent constamment en contact étroit. Les autorités de la force informent aussitôt que possible les autorités allemandes si, dans un pareil cas, le besoin en biens immobiliers persiste au-delà de la date de disparition du lien juridique. Afin de permettre aux autorités de la force une telle déclaration, les autorités allemandes les informent aussitôt que possible et dans la mesure nécessaire de la disparition du lien juridique avec le propriétaire ou tout autre ayant droit; ceci s'applique notamment lorsque le lien juridique disparaît pour des raisons autres que l'expiration d'un bail.

4. — Les détails concernant l'utilisation d'un bien immobilier visés à la première phrase de l'alinéa (a) du paragraphe 3 de l'Article 48 comprennent notamment la durée de cession, le mode d'utilisation, la responsabilité des réparations et de l'entretien, les mesures de sécurité du trafic, ainsi que tous règlements financiers qui pourraient être nécessaires dans le cadre de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et de l'Accord Complémentaire.

5. — (a) Dans les accords à conclure en application de l'alinéa (b) du paragraphe 3 de l'Article 48, les indications relatives à l'équipement des biens immobiliers qui sont propriété de la Fédération ou d'un Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend), ex-

schen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost) nur auf die Gegenstände, deren Verbringung nach Artikel 50 der Zustimmung der deutschen Behörden oder der vorherigen Mitteilung an diese bedarf. Auf Verlangen der Behörden der betreffenden Truppe wird der Zustand der Liegenschaft durch allgemeine Feststellungen wie „gut“, „mittelmäßig“ oder „schlecht“ umschrieben.

(b) Weitere Verfahrens- und technische Einzelheiten werden, soweit erforderlich, durch Verwaltungsabkommen geregelt.

(6) Die nach Artikel 48 Absatz (4) bestehende Verpflichtung zur Instandsetzung und Instandhaltung umfaßt nicht den Wiederaufbau eines durch höhere Gewalt ganz oder überwiegend zerstörten Gebäudes.

(7) Die Verhandlungen, die bei Anwendung von Artikel 48 Absatz (5) Buchstabe (a) zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden darüber stattfinden, ob eine von der Bundesrepublik angebotene Ersatzliegenschaft den Bedürfnissen der Truppe oder des zivilen Gefolges entspricht, erstrecken sich, soweit erforderlich, auf die in diesem Zusammenhang entstehenden finanziellen Fragen.

Zu Artikel 50

(1) Artikel 50 bedeutet nicht, daß die Verbringung von Zubehörstücken und Einrichtungsgegenständen, welche nicht im Eigentum des Bundes stehen, von einer Liegenschaft in eine andere ohne die Zustimmung des Eigentümers zulässig ist.

(2) Stehen Bauunterlagen nicht mehr zur Verfügung, so wird nach entsprechenden Maßstäben, die auf Fälle von Bauwerken der gleichen Art angewendet würden, von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges und den deutschen Behörden gemeinsam festgelegt, welche Gegenstände unter Artikel 50 Buchstabe (a) fallen.

Zu Artikel 51

(1) Ist die Rückverbringung eines Gegenstandes in das Bundesgebiet unwirtschaftlich, etwa weil die Transportkosten seinen Wert überschreiten, so geben die deutschen Behörden ihre Zustimmung zu seiner Veräußerung im Ausland.

(2) Die Verbringung von beweglichen Sachen, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben-, oder Sta-

or German Federal Post — shall cover only those objects, the removal of which under Article 50 requires the consent of, or prior notification to, the German authorities. The state of preservation of accommodation shall, at the request of the authorities of the force concerned, be expressed in general terms, such as "good", "moderate", or "bad".

(b) Further procedural and technical details shall, to the extent necessary, be governed by administrative agreement.

6. The obligation under paragraph 4 of Article 48 to carry out repair and maintenance shall not include the reconstruction of a building wholly or largely destroyed by act of God.

7. The negotiations which in application of sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 48 take place between the authorities of a force and the German authorities concerning the question of whether alternative accommodation offered by the Federal Republic satisfies the requirements of the force or the civilian component, shall extend, as far as necessary, to financial questions arising in this connection.

Re Article 50

1. Nothing in Article 50 shall be construed to mean that the removal from one unit of accommodation to another of fixtures, fittings and furnishings which are not owned by the Federation is admissible without the owner's consent.

2. In cases where the building records are no longer available, the authorities of the force or of the civilian component and the German authorities shall jointly determine, in accordance with criteria applicable to buildings of the same type, which articles fall within the purview of subparagraph (a) of Article 50.

Re Article 51

1. If it is uneconomical to return an article to the Federal territory, for instance if transportation costs exceed its value, agreement to the sale of such article abroad shall be given by the German authorities.

2. The removal from the Federal territory to Berlin (West) of movable property procured from occupation

ception faite des biens des Chemins de fer fédéraux allemands ou des Postes fédérales allemandes, ne porteront que sur les objets dont le transfert, aux termes de l'Article 50, est subordonné à l'assentiment des autorités allemandes ou doit faire l'objet d'une notification préalable à ces autorités. A la demande des autorités de la force intéressée, l'état de conservation du bien immobilier sera exprimé en termes généraux tels que «bon», «moyen» ou «mauvais».

(b) Des accords administratifs précisent, dans la mesure nécessaire, tous autres détails techniques et de procédure.

6. — L'obligation, aux termes du paragraphe 4 de l'Article 48, d'assurer les réparations et l'entretien ne comprend pas la reconstruction d'un immeuble détruit en totalité ou pour la plus grande partie par suite d'un cas de force majeure

7. — Les discussions qui, en application de l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 48, ont lieu entre les autorités d'une force et les autorités allemandes pour déterminer si un bien de remplacement offert par la République Fédérale répond aux besoins de la force ou de l'élément civil, portent également, dans la mesure nécessaire, sur les questions financières qui se poseraient à cette occasion.

Ad Article 50

1. — Les dispositions de l'Article 50 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme signifiant que le transfert, d'un bien immobilier à un autre, d'accessoires ou de mobilier qui n'appartiennent pas à la Fédération, peut être effectué sans le consentement du propriétaire.

2. — Si les documents afférents à la construction ne sont plus disponibles, les autorités de la force ou de l'élément civil et les autorités allemandes déterminent conjointement selon les critères qui seraient applicables à des immeubles de même catégorie, quels objets sont visés par l'alinéa (a) de l'Article 50.

Ad Article 51

1. — Si le retour d'un objet sur le territoire fédéral est dispendieux, du fait, par exemple, que le prix du transport dépasse sa valeur, les autorités allemandes donnent leur accord pour sa vente à l'étranger.

2. — N'est pas considéré comme transfert hors du territoire fédéral au sens de l'Article 51 le transfert hors

tionierungskostenmitteln beschafft worden sind, aus dem Bundesgebiet nach Berlin (West) zum Zwecke der Benutzung oder Verwendung durch die dort stationierten Streitkräfte des Entsendestaats wird nicht als Entfernung aus dem Bundesgebiet im Sinne von Artikel 51 angesehen. Auf nach Berlin (West) verbrachte bewegliche Sachen werden die Absätze (1) und (2) des genannten Artikels angewendet. Im Falle ihrer weiteren Verbringung an einen anderen Ort, mit Ausnahme ihrer Rückverbringung in das Bundesgebiet, werden die Absätze (3) und (4) des genannten Artikels angewendet.

(3) Artikel 51 gilt ungeachtet der Sonderstellung des Saarlandes auf zoll-, steuer- und devisenrechtlichem Gebiet, die während der in Artikel 1 Absatz (2) und Artikel 3 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik zur Regelung der Saarfrage vom 27. Oktober 1956 vorgesehenen Übergangszeit besteht, auch für die im Saarland befindlichen beweglichen Sachen, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschafft worden sind, sowie für ihre Entfernung aus dem Saarland nach Orten außerhalb der Bundesrepublik. Sollen solche Sachen aus dem übrigen Bundesgebiet in das Saarland verbracht werden, so gilt der genannte Artikel bis zum Ablauf der in diesem Absatz erwähnten Übergangszeit entsprechend.

(4) Der in Artikel 51 Absatz (3) verwendete Ausdruck „zur Erfüllung von Verteidigungsaufgaben der NATO erforderlich“ bedeutet nicht, daß eine besondere NATO-Weisung erforderlich ist.

(5) Nach Artikel 57 Absatz (2) über Eisenbahnwagen abgeschlossene Einstellungsverträge bleiben aufrechterhalten, auch wenn solche Wagen nach Artikel 51 Absatz (3) aus dem Bundesgebiet entfernt werden, es sei denn, daß etwas anderes vereinbart wird.

(6) Die in Artikel 51 Absatz (4) erwähnten Vereinbarungen werden im Geiste der in Artikel 3 des Nordatlantikvertrages vorgesehenen gegenseitigen Unterstützung geschlossen.

Zu Artikel 52

Bei der Erzielung des Einvernehmens über den Restwert gehen die deutschen Behörden von dem militärischen oder wirtschaftlichen Nutzen, den die zurückgelassenen Investitio-

costs, mandatory expenditures or support costs funds for use by the Armed Forces of the sending State shall not be regarded as removal from the Federal territory within the meaning of Article 51. Property removed to Berlin (West) shall be subject to the provisions of paragraphs 1 and 2 thereof. Its further removal elsewhere, except its return to the Federal territory, shall be subject to the provisions of paragraphs 3 and 4 thereof.

3. Notwithstanding the special status enjoyed by the Saarland during the transitional period provided for in paragraph 2 of Article 1 and in Article 3 of the Treaty between the French Republic and the Federal Republic of Germany on the Settlement of the Saar Question, dated 27 October 1956, in the field of customs, taxes and foreign currency, the provisions of Article 51 shall apply to movable property procured from occupation costs, mandatory expenditures or support costs funds, located in the Saarland, as well as to its removal from the Saarland to places outside the Federal Republic. The provisions of Article 51 shall, until the expiry of the transitional period referred to in this paragraph, apply *mutatis mutandis* to the removal of such property from other parts of the Federal territory to the Saarland.

4. The words "necessary to the fulfilment of the defence mission of NATO" contained in paragraph 3 of Article 51 shall not be construed as calling for a specific NATO directive.

5. Registration contracts in respect of railway cars concluded under paragraph 2 of Article 57 of the Supplementary Agreement shall, unless it is otherwise agreed, remain effective even if such railway cars are removed from the Federal territory pursuant to paragraph 3 of Article 51.

6. The agreements specified in paragraph 4 of Article 51 shall be concluded in the spirit of the mutual aid envisaged by Article 3 of the North Atlantic Treaty.

Re Article 52

In reaching agreement on residual value, the German authorities shall base their position on the military or economic use which the relinquished improvements, equipment, or supplies

du territoire fédéral vers Berlin (Ouest) de biens mobiliers acquis au titre des budgets des frais d'occupation et des dépenses imposées ou des frais d'entretien lorsque ces biens doivent être utilisés ou consommés par les Forces armées de l'État d'origine stationnées à Berlin (Ouest). Les biens mobiliers transférés à Berlin (Ouest) sont soumis aux dispositions des paragraphes 1 et 2 de l'Article 51. En cas de nouveau transfert vers une destination autre que le territoire fédéral, ces biens sont soumis aux dispositions des paragraphes 3 et 4 dudit Article.

3. — Nonobstant le statut spécial de la Sarre en matière de douanes, d'impôts et de devises durant la période transitoire définie au paragraphe 2 de l'Article 1 et à l'Article 3 du Traité entre la République Française et la République Fédérale d'Allemagne sur le règlement de la question sarroise, en date du 27 octobre 1956, les dispositions de l'Article 51 s'appliquent également aux biens mobiliers acquis au titre des budgets des frais d'occupation et des dépenses imposées ou des frais d'entretien et se trouvant sur le territoire sarrois, ainsi qu'à leur transfert hors de ce territoire vers une destination autre que la République Fédérale. Si de tels biens doivent être transférés vers la Sarre en provenance d'une autre partie du territoire fédéral, les dispositions de l'Article 51 s'appliquent *mutatis mutandis* jusqu'à la fin de la période transitoire mentionnée dans le présent paragraphe.

4. — L'expression « nécessaire à l'accomplissement de la mission de défense de l'OTAN » figurant au paragraphe 3 de l'Article 51 ne peut être interprétée comme impliquant la nécessité de directives particulières de l'OTAN.

5. — Les contrats d'enregistrement et de circulation relatifs aux wagons et voitures de chemin de fer conclus en vertu du paragraphe 2 de l'Article 57 de l'Accord Complémentaire restent en vigueur, à moins d'accord contraire, même si ces voitures et wagons sont transférés hors du territoire fédéral conformément aux dispositions du paragraphe 3 de l'Article 51.

6. — Les arrangements visés au paragraphe 4 de l'Article 51 sont conclus dans l'esprit de l'aide mutuelle prévue à l'Article 3 du Traité de l'Atlantique Nord.

Ad Article 52

Dans la recherche d'un accord sur la valeur résiduelle, les autorités allemandes se fondent sur l'utilité militaire ou économique que présentent pour elles les aménagements, l'équi-

nen, Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte für sie selbst haben, oder gegebenenfalls von dem Reinerlös des Verkaufs aus.

Zu Artikel 53

(1) Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarungen steht einer Truppe die wirtschaftliche Nutzung der ihr zur Benutzung überlassenen Liegenschaften nicht zu.

(2) Die Nutzung durch den Berechtigten wird nur insoweit eingeschränkt, als es zur Erreichung des in Artikel 53 Absatz (1) Satz 1 angegebenen Zwecks erforderlich ist.

(3) Der Ausdruck „Schutzbereich“ ist im Sinne des deutschen Rechts zu verstehen. Als „geeignete Maßnahmen“ im Sinne von Artikel 53 Absatz (6) gelten nur solche Maßnahmen, die die deutschen Behörden im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse treffen können.

(4) Falls die der Durchführung von Artikel 53 dienenden deutschen Gesetze sich als unzureichend für die befriedigende Erfüllung der Verteidigungspflichten einer Truppe erweisen sollten, nehmen die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe Erörterungen darüber auf, ob es wünschenswert oder erforderlich ist, eine Änderung dieser Gesetze anzustreben.

(5) Die Zusammenarbeit zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden bei der Verwaltung von Vermögensgegenständen, die von der Bundesrepublik der Truppe zur Benutzung überlassen worden sind oder überlassen werden, erstreckt sich insbesondere auf folgende Gebiete:

- (a) Feststellung von Grenzen und Aufstellung von Lageplänen und Katasterunterlagen für Grundstücke;
- (b) Erfassung, Inventarisierung und Bewertung von Vermögensgegenständen;
- (c) Öffentliche Sicherheit und Ordnung, einschließlich des Feuerschutzes, der Unfallverhütung und der Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel bei Schießständen, MunitionsLAGern, Treibstofflagern und gefährlichen Anlagen;
- (d) Gesundheitswesen (nach Maßgabe von Artikel 54 des Zusatzabkommens);
- (e) Gewerbeaufsicht;
- (f) Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung, Entwässerung und Abwasserbeseitigung;

have for these authorities themselves, or on the net proceeds of sale, if any.

pement ou les stocks abandonnés, ou sur le produit net qui, éventuellement, pourrait être obtenu par leur vente.

Re Article 53

1. Unless otherwise provided, a force shall not be entitled to exploit for economic benefit accommodation made available for its use.

2. Exploitation by the person entitled thereto shall be restricted only to the extent necessary to achieve the purpose stated in the first sentence of paragraph 1 of Article 53.

3. The term "restricted area" (Schutzbereich) shall be interpreted in accordance with its meaning in German law. The term "appropriate measures" within the meaning of paragraph 6 of Articles 53 shall be construed to mean only such measures as can be taken by the German authorities within their legal powers.

4. Should German legislation implementing Article 53 prove insufficient to ensure that the defence responsibilities of a force can be satisfactorily fulfilled, the German authorities and the authorities of the force shall discuss the desirability or necessity of seeking amendment to such legislation.

5. Co-operation between the authorities of a force and the German authorities with regard to the administration of property made or to be made available by the Federal Republic to the force for its use shall extend in particular to the following fields:

- (a) determination of land boundaries, production of site plans and survey documents of plots of land;
- (b) drawing up of property lists and inventories, valuation of such property;
- (c) public safety and order, including fire precautions, prevention of accidents and safety measures, such as those pertaining to rifle ranges, ammunition depots, fuel depots and dangerous plant;
- (d) health and sanitation (as provided for in Article 54);
- (e) industrial inspection;
- (f) water, gas and electricity supply, drainage, and sewage disposal;

Ad Article 53

1. — Sauf dispositions contraires, une force ne peut exploiter les biens immobiliers mis à sa disposition pour son usage afin d'en retirer des avantages d'ordre économique.

2. — L'exploitation par l'ayant droit n'est restreinte que dans la mesure nécessaire à la réalisation du but visé à la première phrase du paragraphe 1 de l'Article 53.

3. — L'expression «zone de servitudes» (Schutzbereich) est interprétée conformément au sens que lui donne la législation allemande. L'expression «mesures appropriées» visée au paragraphe 6 de l'Article 53 désigne uniquement les mesures que les autorités allemandes peuvent prendre dans le cadre de leur compétence légale.

4. — Au cas où la législation allemande prise pour l'application de l'Article 53 se révèle insuffisante pour l'accomplissement satisfaisant des responsabilités d'une force en matière de défense, les autorités allemandes et les autorités de la force examinent s'il est opportun ou nécessaire d'introduire des amendements à cette législation.

5. — La coopération entre les autorités d'une force et les autorités allemandes dans l'administration des biens qui ont été ou seront mis à la disposition de la force pour son usage par la République Fédérale s'effectue notamment dans les domaines suivants:

- (a) tracé des limites des terrains et établissement de plans et documents cadastraux s'y rapportant;
- (b) établissement des listes de biens immobiliers et des inventaires, évaluation des biens;
- (c) sécurité et ordre publics, y compris la protection contre l'incendie et les accidents ainsi que les mesures de sécurité concernant, par exemple, les stands de tir, les dépôts de munitions et de carburants et les installations dangereuses;
- (d) hygiène et santé (conformément à l'Article 54);
- (e) inspection du travail;
- (f) distribution d'eau, de gaz et d'électricité, drainage et évacuation des eaux usées;

- | | | |
|---|--|--|
| <p>(g) Eigentumsbeschränkung, Nachbarrecht, Landesplanung, Denkmal- und Naturschutz;</p> <p>(h) Substanzerhaltung von Grundstücken und Gebäuden;</p> <p>(i) Wasserversorgungs-, Energieversorgungs- und Heizungsanlagen, soweit diese sowohl die Truppe als auch die Zivilbevölkerung oder deutsche Stellen versorgen;</p> <p>(k) Nutzung von Grundstücken und Gebäuden durch die Zivilbevölkerung oder deutsche Behörden für gewerbliche, landwirtschaftliche oder Wohnzwecke;</p> <p>(l) Forstliche Bewirtschaftung, Jagd und Fischerei;</p> <p>(m) Ausbeutung von Bodenschätzen;</p> <p>(n) Verkehrssicherung sowie Unterhaltung und Reinigung von Straßen, die dem öffentlichen Verkehr zugänglich sind;</p> <p>(o) Betrieb und Unterhaltung von Eisenbahnanschlüssen;</p> <p>(p) Fernmeldewesen.</p> | <p>(g) property restrictions, protection of neighbouring property, town and country planning, protection of monuments and sanctuaries;</p> <p>(h) basic preservation of land and buildings;</p> <p>(i) water, power and heating plants, where these serve not only the force but also German agencies or the civilian population;</p> <p>(k) use of land and buildings by the civilian population or German authorities for business, agricultural or residential purposes;</p> <p>(l) forestry operations, hunting, shooting and fishing;</p> <p>(m) exploitation of mineral deposits;</p> <p>(n) traffic precautions, as well as maintenance and cleaning of roads open to the public traffic;</p> <p>(o) operation and maintenance of railway connections;</p> <p>(p) telecommunications.</p> | <p>(g) servitudes immobilières, protection des propriétés voisines, planification rurale et urbaine, protection des monuments et sites naturels;</p> <p>(h) conservation des terrains et bâtiments;</p> <p>(i) installations de distribution d'eau, de production et distribution d'énergie et installations de chauffage, dans la mesure où ces installations sont utilisées à la fois par la force et par des services allemands ou par la population civile;</p> <p>(k) exploitation de terrains et bâtiments par la population civile ou les autorités allemandes à des fins industrielles, artisanales, agricoles ou d'habitation;</p> <p>(l) exploitation forestière, chasse et pêche;</p> <p>(m) exploitation de richesses du sous-sol;</p> <p>(n) sécurité en matière de trafic, entretien et nettoyage des routes à usage public;</p> <p>(o) exploitation et entretien des raccordements de voies ferrées;</p> <p>(p) télécommunications.</p> |
| <p>6. Co-operation between the authorities of a force and the German authorities shall be carried out in accordance with the following procedures:</p> | | |
| <p>(a) Die Behörden der Truppe und die deutschen Behörden benennen für einzelne Liegenschaften oder für Gruppen von Liegenschaften Vertreter. Die Vertreter der Truppe und die deutschen Vertreter arbeiten zusammen, um eine befriedigende Berücksichtigung der Belange der Truppe und der deutschen Belange zu gewährleisten. Sie einigen sich über die zur Durchführung der Zusammenarbeit gegebenenfalls erforderlichen Maßnahmen.</p> | | |
| <p>(a) The authorities of the force and the German authorities shall designate representatives for a unit or units of accommodation. The representatives of the force and the German representatives shall co-operate to ensure that due consideration is given to the interests of the force and to German interests. They shall agree on such measures as may be necessary for implementing co-operation.</p> | | |
| <p>(b) Der für die Liegenschaft verantwortliche Kommandant oder die sonst zuständige Behörde der Truppe gewährt den deutschen Vertretern und den von diesen benannten Sachverständigen jede angemessene Unterstützung, die zur Wahrnehmung der deutschen Belange erforderlich ist, einschließlich des</p> | | |
| <p>(b) The military commander responsible for the accommodation or other appropriate authority of the force shall give the German representatives and the experts nominated by them all reasonable assistance necessary to safeguard the German interests, including access to accommodation, subject in all cases to con-</p> | | |
| <p>6. — Lors de la coopération entre les autorités d'une force et les autorités allemandes, les modalités suivantes sont appliquées:</p> | | |
| <p>(a) Les autorités de la force et les autorités allemandes désignent leurs représentants pour des biens immobiliers donnés ou des groupes de biens immobiliers. Les représentants de la force et les représentants allemands coopèrent en vue d'assurer qu'il est dûment tenu compte des intérêts de la force et des intérêts allemands. Ils se mettent d'accord sur les mesures qui pourraient être nécessaires pour réaliser la coopération prévue.</p> | | |
| <p>(b) Le commandant responsable du bien immobilier, ou toute autre autorité compétente de la force, accorde son aide aux représentants allemands ainsi qu'aux experts désignés par ceux-ci dans la mesure nécessaire à la sauvegarde des intérêts allemands, y compris l'accès au bien</p> | | |

Zutritts zu der Liegenschaft, wobei in allen Fällen die Erfordernisse der militärischen Sicherheit zu berücksichtigen sind.

(c) Ungeachtet der Buchstaben (a) und (b) gilt folgende Regelung:

(i) Die in Absatz (5) Buchstabe (b) vorgesehene Erfassung und Inventarisierung von Vermögensgegenständen erfolgt in der Regel bei Beginn und am Ende der Überlassung einer Liegenschaft an die Truppe zu deren Benutzung.

(ii) Die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitsmaßnahmen bei Schießständen, Munitions- und Treibstofflagern erfolgt in der Regel durch gemeinsame Ausschüsse. Die Einzelheiten werden in Verwaltungsabkommen geregelt.

(7) Soweit auf den in Absatz (5) genannten Gebieten für bestimmte Liegenschaften das Verfahren der Zusammenarbeit durch Bestimmungen des Zusatzabkommens oder durch besondere NATO-Regelungen abweichend geregelt ist, sind die erwähnten Bestimmungen und Regelungen maßgebend.

Zu Artikel 54 Absatz (1)

Falls es einer Truppe oder einem zivilen Gefolge aus rechtlichen oder technischen Gründen unmöglich ist, eine deutsche Gesundheitsvorschrift im einzelnen zu befolgen, schließen die deutschen Behörden und die Behörden der Truppe unverzüglich Vereinbarungen über andere Maßnahmen, durch welche der mit der Vorschrift verfolgte Zweck erreicht wird.

Zu Artikel 56 Absatz (9)

(1) Dienststellen im Sinne des Personalvertretungsgesetzes vom 5. August 1955 (Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 477) (im folgenden als das „Gesetz“ bezeichnet) sind die einzelnen Verwaltungsstellen und Betriebe einer Truppe und eines zivilen Gefolges nach näherer Bestimmung durch die betreffende Truppe. Mittelbehörden sind die der höchsten Behörde einer Truppe verwaltungsmäßig unmittelbar unterstellten Behörden, denen verwal-

siderations of military security.

(c) Notwithstanding the provisions of sub-paragraphs (a) and (b) of this paragraph, the following procedure shall apply:

(i) The property lists and inventories of property referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 5 of this Section shall normally be set up or checked at the beginning and the end of the period for which a unit of accommodation is made available to the force for its use.

(ii) Co-operation in the field of safety measures in respect of rifle ranges, ammunition depots and fuel depots shall normally be effected through joint commissions. Details of such procedure shall be laid down in administrative agreements.

7. Where provisions of the Supplementary Agreement or special NATO regulations prescribe for certain accommodation a different procedure for co-operation in the fields referred to in paragraph 5 of this Section, such provisions or regulations shall prevail.

Re Article 54, paragraph 1

In cases where it is legally or technically impossible for a force or a civilian component to comply in detail with a German health regulation, the German authorities and the authorities of the force shall agree without delay on other means of meeting the object of the regulation.

Re Article 56, paragraph 9

1. The individual administrative units and establishments (Betriebe) of a force or of a civilian component as defined by the force concerned shall be agencies within the meaning of the Personnel Representation Law (Personalvertretungsgesetz) of 5 August 1955 (Bundesgesetzblatt Teil I, page 477), referred to in this Section as "the Law". Those headquarters which are administratively immediately subordinate to the highest au-

immobilier sous réserve, dans tous les cas, des exigences de la sécurité militaire.

(c) Nonobstant les dispositions des alinéas (a) et (b) du présent paragraphe, la procédure suivante est appliquée:

(i) Les listes de biens et les inventaires visés à l'alinéa (b) du paragraphe 5 de la présente Section ne sont normalement dressés ou vérifiés qu'au début et à la fin de la période pendant laquelle un bien immobilier est mis à la disposition de la force.

(ii) La coopération en matière de mesures de sécurité concernant les stands de tir, les dépôts de munitions et de carburants est normalement assurée par l'entremise de commissions mixtes. Les détails de cette procédure seront précisés dans des arrangements administratifs.

7. — Dans la mesure où, dans les domaines énumérés au paragraphe 5 de la présente Section, la procédure de coopération est réglée pour certains biens immobiliers de façon différente par des dispositions de l'Accord Complémentaire ou par des règlements OTAN particuliers, ces dispositions et règlements prévalent.

Ad Article 54, paragraphe 1

Lorsqu'une force ou un élément civil se trouvent dans l'impossibilité, pour des raisons d'ordre juridique ou technique, de se conformer dans le détail à un règlement sanitaire allemand, les autorités allemandes, et les autorités de la force s'entendent sans délai sur tout autre moyen de répondre à l'objectif de ce règlement.

Ad Article 56, paragraphe 9

1. — Sont considérés comme services, au sens de la Loi sur la Représentation du Personnel (Personalvertretungsgesetz) en date du 5 août 1955 (Bundesgesetzblatt 1955 Teil I, page 477) (dénommée dans la présente Section «la Loi»), les unités administratives individuelles et les établissements (Betriebe) d'une force et d'un élément civil tels qu'ils sont déterminés par la force intéressée. Les États-Majors immédiatement sub-

tungsmäßig weitere Dienststellen nachgeordnet sind.

(2) Die Bildung von Gesamtbetriebsräten unterbleibt. Als Stufenvertretungen werden nur Bezirksbetriebsvertretungen bei den Mittelbehörden gebildet; die Höchstzahl ihrer Mitglieder beträgt elf. Für Dienstreisen der Mitglieder einer Bezirksbetriebsvertretung werden Reisekosten nach den tariflichen Bestimmungen für Reisekosten der zivilen Angestellten der Truppe, mindestens nach der zweithöchsten Stufe gezahlt.

(3) Der Dienststellenleiter kann sich bei Besprechungen mit der Betriebsvertretung durch eine in der Leitung der Dienststelle verantwortlich tätige Person vertreten lassen. Der Dienststellenleiter ist nicht verpflichtet, den Wahlvorstand für die Wahl der örtlichen Betriebsvertretung zu bestellen. Anträge der Gewerkschaften auf Einberufung von Personalversammlungen zur Wahl des Wahlvorstandes sind schriftlich einzureichen.

(4) Die Zeit der Zugehörigkeit zur Dienststelle, die Voraussetzung für die Wählbarkeit zur Betriebsvertretung ist, beträgt ein Jahr.

(5) Die Amtszeit der Betriebsvertretungen beträgt ein Jahr.

(6) Der Dienststellenleiter ist nicht verpflichtet, Mitgliedern der Betriebsvertretung Unterlagen vorzulegen, soweit diese aus Gründen der Sicherheit Verschlußsachen darstellen. Aus den gleichen Gründen kann ein Mitglied der Betriebsvertretung in der Befugnis, Dienststellen der Truppe zu betreten, nach Maßgabe besonderer Vorschriften der höchsten Behörde der Truppe beschränkt werden; das gleiche gilt für andere Personen, die nach den Vorschriften des Gesetzes an den Sitzungen der Betriebsvertretung teilnehmen können.

(7) In den Fällen, in denen das Gesetz Mitbestimmungsrechte vorsieht, findet das Mitwirkungsverfahren Anwendung. Dienstvereinbarungen können auf Grund freiwilliger Einigung beschlossen werden, soweit sie nach dem Gesetz zulässig sind und der Dienststellenleiter zu ihrem Abschluß befugt ist. Die Vorschriften des Gesetzes hinsichtlich der Gründe für die Verweigerung der Zustimmung zur Höhergruppierung, Rückgruppierung

thority of a force and to which other agencies are administratively subordinate shall be the intermediate authorities.

2. There shall be no joint works councils (Gesamtbetriebsräte). Works councils above the local level (Stufenvertretungen) shall only be established at the level of the intermediate authorities as district works councils; the maximum number of their members shall be eleven. In the case of duty travel performed by the members of a district works council, travelling expenses shall be paid pursuant to the tariff provisions governing travelling expenses for salaried civilian employees of the force but at not less than the second highest rate.

3. In discussions with the works council, the head of the agency may be represented by a person holding a responsible position in the management of the agency. The head of the agency shall not be required to appoint the electoral committee for the election of the local works council. Applications by the Trade Unions for the convening of staff assemblies for the purpose of electing the electoral committee shall be submitted in writing.

4. The period of employment with the agency, required to establish eligibility for election to the works council, shall be one year.

5. The period of office of works councils shall be one year.

6. The head of the agency shall not be required to submit to the members of the works council such documents as are classified for security reasons. For the same reasons, and in accordance with special directives issued by the highest authority of the force, a member of the works council may be restricted in his right of access to agencies of the force; the same shall apply to other persons who, according to the provisions of the Law, may participate in the meetings of the works council.

7. In those cases where the provisions of the Law envisage rights to co-determination, the co-operation procedure (Mitwirkungsverfahren) shall apply. Works agreements (Dienstvereinbarungen) may be concluded on the basis of a freely negotiated settlement, if they are admissible in accordance with the Law, and if the head of the agency is authorized to conclude such agreement. The provisions of the Law concerning the rea-

ordonnés, sur le plan administratif, à l'autorité supérieure d'une force et qui exercent une autorité administrative sur d'autres services sont les autorités intermédiaires.

2. — Il n'y a pas de conseils d'entreprise généraux (Gesamtbetriebsräte). La représentation du personnel à un niveau plus élevé qu'à l'échelon local (Stufenvertretungen) ne se fait qu'à l'échelon des autorités intermédiaires, par des conseils d'entreprise de district; ceux-ci ne peuvent avoir plus de onze membres. Les déplacements de service des membres d'un conseil d'entreprise de district sont indemnisés conformément aux dispositions conventionnelles régissant les indemnités de déplacements des employés civils (Angestellte) de la force, mais au minimum d'après le taux figurant immédiatement après le taux le plus élevé.

3. — Le chef de service peut se faire représenter dans les pourparlers avec le conseil d'entreprise par une personne occupant un poste responsable dans la gestion du service. Le chef de service n'est pas tenu de nommer le comité électoral pour l'élection du conseil d'entreprise local. Les requêtes des syndicats en vue de la convocation d'assemblées du personnel pour l'élection du comité électoral doivent être soumises par écrit.

4. — La durée de l'emploi dans le service, requise pour déterminer l'éligibilité au conseil d'entreprise, est d'un an.

5. — La durée des fonctions des conseils d'entreprise est d'un an.

6. — Le chef de service n'est pas tenu de communiquer aux membres du conseil d'entreprise des documents qui sont considérés comme confidentiels pour des motifs de sécurité. Pour les mêmes raisons, un membre du conseil d'entreprise peut se voir restreindre l'accès aux services de la force en vertu de directives particulières émanant de l'autorité supérieure de la force; cette disposition s'applique également aux autres personnes qui, en vertu des dispositions de la Loi, pourraient assister aux séances du conseil d'entreprise.

7. — Dans les cas où les dispositions de la Loi prévoient un droit de co-décision, la procédure de coopération (Mitwirkungsverfahren) est applicable. Des accords de service (Dienstvereinbarungen) peuvent être conclus sur la base d'ententes librement négociées dans la mesure où ces accords de service sont prévus par la Loi et si le chef de service est habilité à conclure de tels accords. Les dispositions de la Loi concernant les motifs

und Versetzung finden keine Anwendung.

(8) Der Dienststellenleiter ist nicht verpflichtet, die Entwürfe von Verwaltungsanordnungen vor ihrem Erlass der Betriebsvertretung mitzuteilen und mit ihr zu beraten, soweit die Erfüllung der Verteidigungspflichten der Truppe dem entgegensteht. Bei Unfalluntersuchungen ist die Betriebsvertretung zuzuziehen, soweit nicht die Vorschriften über militärische Sicherheit und Disziplin die Anwesenheit von Betriebsvertretungsmitgliedern ausschließen.

(9) Die Betriebsvertretung wirkt mit bei allen Maßnahmen zur ärztlichen und gesundheitlichen Betreuung der Bediensteten mit Ausnahme der Bestellung der Ärzte.

(10) Soweit das Gesetz gerichtliche Entscheidungen vorsieht, entscheiden die deutschen Gerichte für Arbeitssachen in dem nach deutschem Recht vorgesehenen Verfahren (Beschlußverfahren), und die Bundesrepublik beteiligt sich im Namen einer Truppe oder eines zivilen Gefolges auf deren Antrag am Verfahren.

(11) Auf Ersuchen einer Truppe oder eines zivilen Gefolges beantragt die von der Bundesrepublik bestimmte Stelle die Strafverfolgung wegen Verletzung der Schweigepflicht nach Maßgabe der Strafvorschriften des Gesetzes.

(12) Die Amtsperiode ordnungsgemäß gewählter Betriebsvertretungen, die bei Inkrafttreten des Zusatzabkommens bestehen, endet spätestens sechs Monate nach diesem Zeitpunkt.

Zu Artikel 57 Absatz (3)

Während der Tauperiode werden, ausgenommen bei Unglücksfällen, Katastrophen oder im Falle des Staatsnotstandes, die von den deutschen Behörden aufgestellten besonderen Verkehrszeichen oder die von ihnen erlassenen besonderen Anordnungen beachtet.

Zu Artikel 58

Die durch deutsche Stellen betriebenen besonderen innerdienstlichen Fernsprechnetze können in beschränktem Umfange von den militärischen Transportdienststellen einer Truppe nach Maßgabe abzuschließender Verwaltungsabkommen benutzt werden, vorausgesetzt, daß

- (a) die Zahl der bestehenden Anschlüsse nicht erhöht wird;

sons for denying the approval of upgrading, downgrading and transfer shall not apply.

8. Insofar as it is incompatible with the fulfilment of the defence responsibilities of the force, the head of the agency shall not be required to submit to or discuss with the works council any draft of administrative instructions prior to their being issued. In the case of investigations into accidents the works council shall be called in unless regulations regarding military security or discipline exclude the presence of works council members.

9. The works council shall cooperate in all measures concerning medical and health service for the employees, except in the appointment of medical doctors.

10. Where the Law provides for court decisions, the German Labour Courts shall decide cases in accordance with the procedure provided for in German law (Beschlußverfahren), and the Federal Republic shall act in the proceedings in the name of a force or a civilian component at their request.

11. At the request of a force or a civilian component, the agency designated by the Federal Republic shall apply for the institution of a criminal prosecution in respect of a breach of secrecy (Verletzung der Schweigepflicht) in accordance with the penal provisions of the Law.

12. The period of office of duly elected works councils existing at the date of entry into force of the Supplementary Agreement shall terminate not later than six months after that date.

Re Article 57, paragraph 3

During the thaw period any special road signs erected by the German authorities or special orders issued by the latter shall be observed except in cases of accidents, catastrophes or a state of emergency.

Re Article 58

The limited use, by the military transport services of a force, of specialized internal telephone systems operated by German agencies may be continued, subject to the conclusion of administrative agreements, provided that

- (a) the number of existing extensions shall not be increased;

pour lesquels le consentement peut être refusé dans les cas de promotion, de déclassement ou de transfert ne sont pas applicables.

8. — Le chef de service n'est pas tenu de communiquer au conseil d'entreprise et de discuter avec lui les projets d'instructions administratives avant leur publication, dans la mesure où une telle procédure est incompatible avec l'accomplissement des responsabilités d'une force en matière de défense. Le conseil d'entreprise est appelé à assister aux enquêtes sur les accidents, à moins que les règlements sur la sécurité militaire ou sur la discipline n'excluent la présence de membres d'un conseil d'entreprise.

9. — Le conseil d'entreprise coopère à toutes les mesures ayant pour objet l'action médicale et sanitaire en faveur des employés, sauf s'il s'agit de nommer les médecins.

10. — Dans les cas où les dispositions de la Loi prévoient des décisions judiciaires, les tribunaux du travail statuent conformément à la procédure prévue par la législation allemande (Beschlußverfahren) et la République Fédérale agit pour le compte d'une force ou d'un élément civil sur leur demande.

11. — Sur demande d'une force ou d'un élément civil, le service désigné par la République Fédérale engage les poursuites judiciaires pour violation de l'obligation du secret (Verletzung der Schweigepflicht) en application des dispositions pénales de la Loi.

12. — Les conseils d'entreprise régulièrement élus qui existaient au moment de l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire cesseront leurs fonctions au plus tard six mois après l'entrée en vigueur dudit Accord.

Ad Article 57, paragraphe 3

En période de dégel, les panneaux disposés le long des routes par les autorités allemandes et les dispositions spéciales arrêtées par elles doivent être respectés, sauf en cas d'accidents, de catastrophes ou d'état d'urgence.

Ad Article 58

Les services de transport militaires d'une force peuvent continuer à utiliser, dans une mesure limitée, les systèmes téléphoniques internes spécialisés, exploités par les services allemands, sous réserve de la conclusion d'accords administratifs et à condition

- (a) que le nombre des postes existants ne soit pas augmenté;

(b) diese Zahl unmittelbar nach Inkrafttreten des Zusatzabkommens gemeinsam überprüft und soweit wie möglich vermindert wird;

(c) im gegenseitigen Einvernehmen die Zahl der Anschlüsse weiterhin zunehmend vermindert wird und die Anschlüsse schließlich aufgehoben werden, sobald und soweit der technische Ausbau des öffentlichen Fernsprechnetzes oder eines ersatzweisen militärischen Fernsprechnetzes eine derartige außergewöhnliche Benutzung überflüssig macht.

Zu Artikel 60

(1) Beabsichtigt die Deutsche Bundespost, die in Artikel 60 Absatz (1) Satz 2 erwähnten Vorschriften für die Benutzung der Fernmelddienste zu ändern oder derartige Vorschriften neu einzuführen und wird eine Truppe hierdurch berührt, so wird letztere möglichst frühzeitig, spätestens jedoch einen Monat vor Inkrafttreten der Neuregelung, unterrichtet, damit gegebenenfalls erforderliche Rücksprachen stattfinden können. Für eine hierdurch gegebenenfalls notwendige Änderung von Fernmeldeanlagen oder Verwaltungsverfahren wird der Truppe eine ausreichende Frist gewährt.

(2) Flugnavigations- und Wetterfunkdienste (aeronautical and meteorological services) fallen unter die Funkdienste zu Artikel 60 Absatz (2) Buchstaben (b) und (c).

(3) (a) Artikel 60 Absatz (4) Buchstabe (b) bezieht sich auf Fernmeldeanlagen, deren Errichtung nicht in sonstiger Weise nach diesem Artikel zulässig ist.

(b) In Fällen, in denen die in Artikel 60 Absatz (4) Buchstabe (b) bestimmte Frist von sechs Monaten aus Gründen überschritten wird, welche weder die Truppe noch die ausführende Stelle zu vertreten hat (zum Beispiel Streik oder Materialmangel), wird eine besondere Vereinbarung über die Verlängerung der Frist geschlossen. Fernmeldeanlagen der Truppe, deren Errichtung die Deutsche Bundespost vor Inkrafttreten des Zusatzabkommens vertraglich übernommen hat, unterliegen nicht der Frist von sechs Monaten. Solche Anlagen können jederzeit nach dem Inkrafttreten des

(b) this number shall be jointly reviewed immediately after the entry into force of the Supplementary Agreement, and shall be reduced as far as possible;

(c) by mutual agreement the number of extensions shall subsequently be progressively reduced and these extensions finally discontinued as and when the technical development of the public telephone system or of an alternative military system renders such exceptional use unnecessary.

(b) que ce nombre soit, immédiatement après l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire, examiné conjointement et réduit dans toute la mesure du possible;

(c) que d'un commun accord, le nombre des postes soit ensuite progressivement réduit et que ces postes soient finalement supprimés dès que le développement technique du réseau téléphonique public ou d'un réseau militaire de remplacement aura rendu superflue cette utilisation exceptionnelle.

Re Article 60

1. If the German Federal Post intends to amend the regulations on the use of telecommunication facilities referred to in the second sentence of paragraph 1 of Article 60 or to introduce new regulations on such use, and a force will be affected thereby, the force shall be informed at the earliest possible date and in no case later than one month prior to the entry into force of the regulations in question, in order that any necessary consultations may take place. The force shall be allowed sufficient time to make any changes in telecommunication facilities or administrative procedure required thereby.

2. Aeronautical and meteorological services fall within the category of radio services referred to in sub-paragraphs (b) and (c) of paragraph 2 of Article 60.

3. (a) Sub-paragraph (b) of paragraph 4 of Article 60 refers to telecommunication facilities whose installation is not otherwise authorized under that Article.

(b) Where the period of six months stipulated in sub-paragraph (b) of paragraph 4 of Article 60 is exceeded due to factors beyond the control of the force or the implementing agency (e.g. strikes or lack of material), a special agreement covering the extension of such period of time shall be concluded. Telecommunication facilities of the force the establishment of which the German Federal Post has contracted prior to the entry into force of the Supplementary Agreement shall not be deemed subject to such period of six months. Such facilities may be taken into use at any time subse-

Ad Article 60

1. — Lorsque les Postes fédérales allemandes ont l'intention de modifier des prescriptions en vigueur visées à la deuxième phrase du paragraphe 1 de l'Article 60, ou d'en introduire de nouvelles, relatives à l'utilisation des services de télécommunications et affectant une force, celle-ci doit en être avertie le plus tôt possible, et au plus tard un mois avant l'entrée en vigueur de la nouvelle réglementation, afin qu'il puisse être procédé à toute consultation nécessaire. S'il est nécessaire, de ce fait, d'apporter des modifications à des installations de télécommunications ou à des procédures administratives, un délai suffisant sera accordé à la force.

2. — Les services aéronautiques et météorologiques font partie des services de radiocommunications visés aux alinéas (b) et (c) du paragraphe 2 de l'Article 60.

3. — (a) Les dispositions de l'alinéa (b) du paragraphe 4 de l'Article 60 s'appliquent aux installations de télécommunications dont l'établissement n'est pas autrement autorisé en vertu des dispositions dudit Article.

(b) Dans le cas où, en raison de circonstances indépendantes de la volonté de la force ou du service chargé de l'établissement des installations (grève, manque de matériaux, par exemple), le délai de six mois prévu à l'alinéa (b) du paragraphe 4 de l'Article 60 est dépassé, un arrangement spécial est conclu en vue de sa prolongation. Le délai de six mois n'est pas applicable aux installations de télécommunications de la force que les Postes fédérales allemandes se sont engagées à établir en vertu d'un contrat conclu antérieurement à l'entrée en

Zusatzabkommens in Betrieb genommen werden.

(4) Die in Artikel 60 Absatz (5) Buchstabe (a) erwähnte Berechtigung zur Errichtung und zum Betrieb von Ton- und Fernsehrundfunksendern betrifft nicht die Frage urheberrechtlicher Schutzrechte.

(5) (a) Eine Truppe benutzt nur Frequenzen, die ihr von den deutschen Behörden zugeordnet sind. Frequenzzuteilungen, die vor Inkrafttreten des Zusatzabkommens erfolgt sind, behalten ihre Gültigkeit. Die Behörden der Truppe teilen den deutschen Behörden die Frequenzen mit, die sie nicht mehr benötigen. Halten die deutschen Behörden es auf Grund internationaler Verpflichtungen, internationaler Beziehungen oder wesentlicher deutscher Belange für erforderlich, eine Frequenzzuteilung zu ändern oder zurückzuziehen, so setzen sie sich vorher mit den Behörden der Truppe ins Benehmen.

(b) Das Verfahren für die Frequenzzuteilung, für die Änderung oder Zurückziehung von Frequenzzuteilungen sowie für die beschleunigte Zuteilung von Frequenzen zum Zwecke einer vorübergehenden Benutzung bei Manövern wird zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe besonders vereinbart. Diese Vereinbarung wird in Übereinstimmung mit den einschlägigen Verfahren, Weisungen und Empfehlungen der NATO geschlossen.

(c) Maßnahmen zum Schutze der Frequenzen durch die zuständige NATO-Behörde werden von der beteiligten Truppe veranlaßt. Maßnahmen zum Schutze der Frequenzen durch andere internationale Organisationen, insbesondere durch den Internationalen Fernmeldeverein (ITU), werden von den deutschen Behörden nur auf Antrag der Behörden der beteiligten Truppe veranlaßt.

(d) Angaben über Frequenzen, die von einer Truppe be-

quent to the entry into force of the Supplementary Agreement.

4. The right mentioned in subparagraph (a) of paragraph 5 of Article 60 to set up and operate sound and television broadcasting stations does not affect the question of copyright

5. (a) A force shall use only the frequencies assigned to it by the German authorities. Assignments of frequencies made prior to the entry into force of the Supplementary Agreement shall remain valid. The authorities of the force shall notify the German authorities of frequencies no longer required. If, by reason of international obligations, international relations, or essential German interests, the German authorities deem it necessary to change or withdraw a frequency assignment, they shall, before doing so, consult the authorities of the force.

(b) The procedure for the assignment of frequencies, for changes or withdrawals of frequencies already assigned and for an accelerated assignment of frequencies for temporary use in manœuvres shall be laid down by special agreement between the German authorities and the authorities of a force. Such agreement shall be in accordance with relevant NATO procedures, directives and recommendations.

(c) Measures for the protection of frequencies through the competent NATO authority shall be initiated by the force concerned. Measures for the protection of frequencies through other international organizations, especially through the International Telecommunications Union (ITU), shall be initiated by the German authorities only at the request of the authorities of the force concerned.

(d) Information on frequencies used by a force shall be

vigueur de l'Accord Complémentaire. De telles installations peuvent être mises en service à tout moment après l'entrée en vigueur dudit Accord.

4. — Le droit d'établir et d'exploiter des installations d'émission de radio-diffusion et de télévision mentionné dans l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 60 n'affectera pas la question des droits d'auteur.

5. — (a) Une force n'utilise que les fréquences qui lui sont attribuées par les autorités allemandes. Les fréquences attribuées avant l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire restent valables. Les autorités de la force font connaître aux autorités allemandes les fréquences dont elles n'ont plus besoin. Lorsqu'en raison d'obligations ou de relations internationales, ou d'intérêts allemands majeurs, les autorités allemandes estiment nécessaire de changer ou de retirer une fréquence déjà attribuée, elles consultent au préalable les autorités de la force.

(b) La procédure d'attribution, de changement ou de retrait de fréquences et la procédure accélérée d'attribution de fréquences à utiliser temporairement en période de manœuvres, sont fixées par accord particulier entre les autorités allemandes et les autorités de la force. Cet accord est conclu conformément aux procédures, directives et recommandations applicables de l'OTAN.

(c) La force intéressée fait en sorte que les mesures nécessaires soient prises pour permettre à l'autorité compétente de l'OTAN d'assurer la protection des fréquences. Les autorités allemandes font en sorte que les mesures nécessaires soient prises pour permettre à d'autres organisations internationales, notamment à l'Union Internationale des Télécommunications (UIT), d'assurer la protection des fréquences, mais seulement à la demande des autorités de la force intéressée.

(d) Les autorités allemandes ne fournissent à d'autres ser-

- nutzt werden, übermitteln die deutschen Behörden anderen Stellen und Organisationen nur mit Zustimmung der Behörden der Truppe.
- (e) Verursachen Funkstellen einer Truppe schädliche Störungen von Funkstellen außerhalb des Bundesgebietes oder werden sie von Funkstellen außerhalb des Bundesgebietes in schädlicher Weise gestört, so verfahren die deutschen Behörden nach den Bestimmungen des jeweils gültigen Internationalen Fernmeldevertrages und seiner Vollzugsordnung für den Funkdienst, sofern nicht besondere Vereinbarungen mit dem Empfängerstaat bestehen, der die betreffenden Funkstellen im Bundesgebiet betreibt.
- (f) An die Einhaltung der in den Anhängen 3 und 4 der Vollzugsordnung für den Funkdienst, Atlantic City 1947, enthaltenen Vorschriften oder der Vorschriften, die an ihre Stelle treten, ist eine Truppe nur insoweit gebunden, als ihr dies für die Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten zugemutet werden kann.
- (6) (a) Neben den in Artikel 60 Absatz (8) erwähnten internationalen Übereinkünften berücksichtigt eine Truppe gleichfalls die folgenden internationalen Übereinkünfte, denen die Bundesrepublik als Vertragspartei zwar nicht angehört, deren Bestimmungen sie jedoch innerstaatlich anwendet:
- (i) Regionales Seefunkabkommen Kopenhagen 1948;
 - (ii) Abkommen der Internationalen Flugfunkverwaltungskonferenz Genf 1948/49;
 - (iii) Abkommen der Außerordentlichen Funkverwaltungskonferenz Genf 1951;
 - (iv) Seefunkfeuerabkommen Paris 1951.
- transmitted to other agencies and organizations only with the consent of the authorities of the force.
- (e) Where radio stations of a force cause harmful interference to radio stations located outside the Federal territory, or suffer harmful interference from such stations, the German authorities shall proceed in accordance with the International Telecommunication Convention in force at the time and its pertinent Radio Regulations, except where special agreements have been concluded with the sending State operating the radio stations concerned in the Federal territory.
- (f) A force shall be bound by the provisions contained in Appendices 3 and 4 of the Radio Regulations of Atlantic City 1947 or by such provisions as may replace them only insofar as this can reasonably be expected in the fulfilment of its defence responsibilities.
6. (a) In addition to the international instruments referred to in paragraph 8 of Article 60, a force shall observe equally the provisions of the following international instruments which the Federal Republic while not a party thereto applies in its territory:
- (i) European Regional Convention for the Maritime Mobile Radio Service, Copenhagen, 1948;
 - (ii) Frequency Allocation Plan for the Aeronautical Mobile Service and Final Act, Geneva, 1948/49;
 - (iii) Final Acts of the Extraordinary Administrative Radio Conference, Geneva, 1951;
 - (iv) Special Arrangements Concerning Radio Beacons in the European Zone of Region I, Paris, 1951.
- vices ou organisations des renseignements relatifs aux fréquences utilisées par une force qu'avec l'assentiment des autorités de celle-ci.
- (e) Lorsque les services de radiocommunications d'une force provoquent des brouillages nuisant à des services de radiocommunications situés hors du territoire fédéral, ou lorsqu'ils sont eux-mêmes générés par des brouillages dus à ces derniers, les autorités allemandes agissent conformément aux dispositions de la Convention internationale des Télécommunications en vigueur et au Règlement des Radiocommunications y annexé, à moins que des accords spéciaux n'aient été conclus avec l'État d'origine qui exploite, sur le territoire fédéral, les services de radiocommunications en question.
- (f) Une force n'est tenue de se conformer aux dispositions des Appendices 3 et 4 du Règlement des Radiocommunications, établi à Atlantic City en 1947, ou aux dispositions qui pourraient les remplacer, que dans la mesure où elles ne portent pas atteinte à l'accomplissement de ses responsabilités en matière de défense.
6. — (a) Outre les instruments internationaux visés au paragraphe 8 de l'Article 60, une force tient également compte des dispositions des instruments internationaux suivants, auxquels la République Fédérale n'est pas partie, mais qu'elle applique sur son territoire:
- (i) Convention régionale européenne pour le service mobile radio-maritime, Copenhague, 1948.
 - (ii) Plan d'attribution des fréquences pour le service mobile aéronautique et acte final, Genève, 1948/49.
 - (iii) Actes finals de la Conférence administrative extraordinaire de Radiocommunications, Genève, 1951.
 - (iv) Accords spéciaux sur les Radiophares de la zone européenne de la Région I, Paris, 1951.

- (b) Vorbehaltlich eines vorher erzielten Einvernehmens zwischen einer Truppe und den deutschen Behörden berücksichtigt die Truppe auch sonstige neue internationale Übereinkünfte auf dem Gebiet des Fernmeldebewesens, bei denen die Bundesrepublik nicht Vertragspartei ist, soweit diese solche Übereinkünfte innerstaatlich anwendet. Die Truppe erhebt gegen die Anwendung derartiger Übereinkünfte keine Einwendungen, es sei denn, daß zwingende militärische Gründe entgegenstehen.
- (c) Die deutschen Behörden berücksichtigen die Bedürfnisse einer Truppe angemessen, soweit die Bundesrepublik internationale Übereinkünfte auf dem Gebiet des Fernmeldebewesens, bei denen sie nicht Vertragspartei ist, innerstaatlich anwendet.
- (d) Die Buchstaben (a) bis (c) gelten jedoch mit der Maßgabe, daß eine Truppe an die Bestimmungen der dort genannten Übereinkünfte insofern nicht gebunden ist, als die Bundeswehr nach innerdeutschen Vorschriften davon befreit ist.
- (b) Subject to prior agreement between a force and the German authorities the force shall also observe the provisions of any other new international instruments in the field of telecommunications to which the Federal Republic is not a party, to the extent that the Federal Republic applies such provisions in its territory. Except for compelling military reasons the force shall not object to the application of the provisions of instruments of this kind.
- (c) The German authorities shall give due consideration to the requirements of a force insofar as the Federal Republic applies in its own territory international instruments in the field of telecommunications to which it is not a party.
- (d) Sub-paragraphs (a) to (c) of this paragraph shall, however, apply on the understanding that a force is not bound by the provisions of the instruments referred to therein to the extent that the German Armed Forces are exempt from them under domestic German regulations.
- (b) Sous réserve d'un accord préalable entre une force et les autorités allemandes, la force tient également compte des dispositions de tout autre instrument international nouveau sur les télécommunications auquel la République Fédérale n'est pas partie, dans la mesure où cette dernière l'applique sur son propre territoire. La force n'élève aucune objection à cette application, sauf pour des motifs militaires impérieux.
- (c) Les autorités allemandes tiennent dûment compte des besoins d'une force, dans la mesure où la République Fédérale applique sur son propre territoire les dispositions de tout instrument international relatif aux télécommunications auquel elle n'est pas partie.
- (d) Les alinéas (a) à (c) du présent paragraphe s'appliquent toutefois, étant entendu qu'une force n'est pas liée par les dispositions des instruments qui y sont énumérés dans la mesure où les dispositions ne s'appliquent pas aux Forces armées allemandes, en vertu de prescriptions internes allemandes.

Zu Artikel 63

(1) Die in Artikel 63 getroffene Regelung schließt nicht aus, daß in Erörterungen oder Verhandlungen, die in dem Zusatzabkommen oder dem NATO-Truppenstatut vorgesehen sind und in denen finanzielle Fragen eine Rolle spielen, auch über diese Fragen Vereinbarungen geschlossen werden können.

(2) Die von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge gemäß Artikel 63 Absätze (2), (3) und (4) Buchstaben (a) und (b) unentgeltlich benutzten oder ihnen unentgeltlich erbrachten Vermögenswerte und Leistungen dürfen von der Truppe oder dem zivilen Gefolge den Angehörigen ihrer Mitglieder in der gleichen Weise amtlich zur Verfügung gestellt werden, wie sie den Mitgliedern selbst amtlich zur Verfügung gestellt werden dürfen.

(3) Leistungen der Bundeswehr auf meteorologischem, topographischem und kartographischem Gebiet bleiben besonderen Vereinbarungen vorbehalten.

Re Article 63

1. The arrangements set forth in Article 63 shall not exclude the possibility of agreements being concluded on financial matters during discussions or negotiations which are envisaged in the Supplementary Agreement or in the NATO Status of Forces Agreement and in which financial matters play a part.

2. Property and services used by or rendered to a force or to a civilian component without charge in accordance with paragraphs 2 and 3 and sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 4 of Article 63 may be officially made available by the force or by the civilian component to the dependents of the members of the force or of the civilian component in the same way as they may be officially made available to such members themselves.

3. Services rendered by the German Armed Forces in the meteorological, topographical, and cartographical fields shall be reserved to special arrangements.

Ad Article 63

1. — La réglementation prévue à l'Article 63 n'exclut pas la possibilité de conclure des arrangements sur des questions financières au cours des discussions ou négociations prévues dans l'Accord Complémentaire ou dans la Convention OTAN sur le Statut des Forces et dans lesquelles des questions financières jouent un rôle.

2. — Les biens et prestations utilisés gratuitement par une force ou un élément civil ou qui leur sont fournis gratuitement conformément aux dispositions des paragraphes 2 et 3 et des alinéas (a) et (b) du paragraphe 4 de l'Article 63, peuvent être officiellement mis par la force ou l'élément civil à la disposition des personnes à la charge de leurs membres, tout comme ils peuvent être officiellement mis à la disposition des membres eux-mêmes.

3. — Les prestations fournies par les Forces armées allemandes dans les domaines météorologique, topographique et cartographique font l'objet d'arrangements particuliers.

(4) Zu Vermögenswerten, die rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehen, gehören nicht Vermögenswerte im Eigentum anderer juristischer Personen, auch wenn deren Anteile sich in der Hand des Bundes oder eines Landes befinden.

(5) Die Bundesrepublik ist auf Grund im Einzelfall zu schließender besonderer Vereinbarungen bereit, sicherzustellen, daß gewisse Vermögenswerte im Eigentum juristischer Personen, deren Anteile sich in der Hand des Bundes oder eines Landes befinden, einer Truppe oder einem zivilen Gefolge zur Benutzung überlassen werden, ohne daß die Truppe oder das zivile Gefolge hierfür einen Miet- oder Pachtzins zu zahlen hat.

(6) Vermögenswerte im Sinne von Artikel 63 Absatz (4) Buchstaben (a) und (b) dürfen von einer Truppe oder einem zivilen Gefolge nur mit Zustimmung der deutschen Behörden an eine andere Truppe oder ein anderes ziviles Gefolge weitergegeben werden.

(7) (a) Für die Benutzung von Vermögenswerten, die der Bund nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens für andere als Verteidigungszwecke erwirbt, ist ein Entgelt zu entrichten, wenn dies zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe vereinbart wird.

(b) Für die Benutzung von Vermögenswerten, die ein Land nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens für andere als Verteidigungszwecke erwirbt, wird ein Entsendestaat von der Haftung für alle dem Land auf Grund des deutschen Rechts gegebenenfalls zustehende Ansprüche auf Zahlung eines Entgelts nicht befreit, wenn dies zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe vereinbart wird.

(8) Zu den sonstigen Betriebskosten im Sinne von Artikel 63 Absatz (4) Buchstabe (d) gehören auch

- (a) die Kosten für
 - (i) das Reinigen und Streuen der Straßen, Bürgersteige und Zugänge,
 - (ii) die Abwasserbeseitigung und die Müllabfuhr,
 - (iii) die Entwässerung,
 - (iv) die Schornsteinreinigung,

4. Property legally owned by the Federation or by a Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend) shall not be deemed to include property owned by other juristic persons even though their shares are held by the Federation or by a Land.

5. The Federal Republic is prepared to ensure under special agreements to be concluded in individual cases that certain property owned by juristic persons whose shares are held by the Federation or by a Land shall be made available to a force or to a civilian component for use without any obligation on their part to pay rental therefor.

6. Property within the meaning of sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 4 of Article 63 may be transferred by a force or a civilian component to another force or another civilian component only with the consent of the German authorities.

7. (a) If it is so agreed between the German authorities and the authorities of a force, payment shall be made for the use of property acquired by the Federation after the entry into force of the Supplementary Agreement for purposes other than defence.

(b) If it is so agreed between the German authorities and the authorities of a force, the sending State shall not be relieved from liability for any possible claims which may be due to a Land under German law in respect of the use of property acquired by the Land after the entry into force of the Supplementary Agreement for purposes other than defence.

8. Other operating costs within the meaning of sub-paragraph (d) of paragraph 4 of Article 63 also include the following:

- (a) the cost of
 - (i) cleaning and strewing roads, pavements, and access ways;
 - (ii) sewage and garbage disposal;
 - (iii) drainage;
 - (iv) chimney sweeping;

4. — Ne sont pas considérés comme biens appartenant à la Fédération ou à un Land (rechtlich im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehend) les biens appartenant à d'autres personnes morales, même lorsque les parts en sont détenues par la Fédération ou par un Land.

5. — La République Fédérale est disposée, sur la base d'arrangements particuliers à conclure dans chaque cas d'espèce, à faire en sorte que certains biens appartenant à des personnes morales et dont les parts sont détenues par la Fédération ou par un Land, soient mis à la disposition d'une force ou d'un élément civil pour usage, sans que la force ou l'élément civil ait à payer de loyer.

6. — Les biens visés aux alinéas (a) et (b) du paragraphe 4 de l'Article 63 ne peuvent être transmis par une force ou par un élément civil à une autre force ou à un autre élément civil qu'avec le consentement des autorités allemandes.

7. — (a) Lorsqu'il en est ainsi convenu entre les autorités allemandes et les autorités d'une force, la force verse une indemnité pour l'utilisation des biens acquis par la Fédération à des fins autres que celles de défense, après l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire.

(b) Lorsqu'il en est ainsi convenu entre les autorités allemandes et les autorités d'une force, l'État d'origine n'est pas dégagé de la responsabilité à l'égard de toute demande qu'un Land serait fondé à présenter, conformément au droit allemand, en vue d'obtenir une indemnisation pour l'utilisation de biens acquis par le Land à des fins autres que celles de défense après l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire.

8. — Les autres frais d'exploitation au sens de l'alinéa (d) du paragraphe 4 de l'Article 63 comprennent également:

- (a) les frais occasionnés par:
 - (i) le nettoyage des routes, trottoirs et accès, et l'épandage de gravier, sel, etc....,
 - (ii) l'évacuation des eaux usées et l'enlèvement des ordures,
 - (iii) le drainage,
 - (iv) le ramonage des cheminées,

- (v) die Zwangsversicherung gegen Feuer- und sonstige Sachschäden, soweit nach deutschem Recht eine Verpflichtung zu ihrer Entrichtung besteht;
- (b) im gegebenen Fall die Kosten für
 - (i) die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser, Wärme und Brennstoffen, sei es, daß sie mit dem Grundstück zur Verfügung gestellt oder daß sie davon gesondert unmittelbar von den zuständigen Betrieben der öffentlichen Versorgung bezogen werden,
 - (ii) den Betrieb der Fahrstuhlanlage,
 - (iii) die Reinigung und die Ungezieferbekämpfung,
 - (iv) die Gartenpflege,
 - (v) den Hauswart.

(9) Da die Zahlung der laufenden öffentlichen Lasten eines Grundstücks oder der sonstigen Betriebskosten durch die Truppe in gewissen Fällen unmittelbare Zahlungen an den Leistenden (dessen Leistungen nach deutschem Recht zum Teil gesondert zu entgelten sind und durch die laufenden öffentlichen Lasten des Grundstücks nicht oder nicht völlig gedeckt werden) und in anderen Fällen Rück erstattung an die Bundesrepublik bedingen kann, werden, soweit erforderlich, Abmachungen getroffen, um doppelte Zahlungen für ein und dieselbe Leistung zu vermeiden.

(10) Die in Artikel 63 Absatz (4) Buchstabe (d) und in diesem Abschnitt, Absatz (8), getroffene Regelung schließt nicht aus, daß die Behörden der Truppe mit den örtlichen deutschen Behörden über eine Befreiung von Gebühren für solche Leistungen verhandeln, die die Truppe an Stelle der zuständigen deutschen Stellen selbst erbringt.

(11) Der in Artikel 63 Absatz (4) Buchstabe (d) Ziffer (i) verwandte Ausdruck „Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung“ bezeichnet im Falle von Liegenschaften die Kosten, die bei den in Artikel 48 Absatz (4) und in dem auf den genannten Artikel Bezug nehmenden Abschnitt des Unterzeichnungsprotokolls, Absatz (6), bezeichneten Instandsetzungs- und Instandhaltungsarbeiten entstehen.

(12) Die nach dem Landbeschaffungsgesetz zu zahlenden Entschädigungen [Artikel 63 Absatz (5) Buchstabe (a) Ziffer (i)] umfassen auch die im Falle einer freihändigen Beschaffung zu

- (v) compulsory insurance against fire and other damage to property; insofar as there is obligation under German law to meet such cost;
- (b) where applicable, the cost of
 - (i) supply of electricity, gas, water, heat, and fuel, whether made available together with the property or separately obtained direct from the appropriate public supply services;
 - (ii) operation of lifts;
 - (iii) cleaning and disinfection;
 - (iv) upkeep of gardens;
 - (v) employment of caretaker.
- (b) le cas échéant, les frais occasionnés par:
 - (i) l'approvisionnement en eau, gaz et électricité, chauffage et carburants, qu'ils soient mis à disposition avec le bien immobilier ou qu'ils soient obtenus à part et directement des services publics compétents,
 - (ii) l'entretien des ascenseurs,
 - (iii) le nettoyage, la destruction de la vermine,
 - (iv) l'entretien des jardins,
 - (v) l'emploi de gardien d'immeuble.

9. In view of the fact that payment by a force of current public charges on property and of other operating costs may in some cases involve direct payment to the supplier of the services concerned (some of which services are separately payable under German law and are not covered, or are not fully covered, by the current public charges on property) and in other cases reimbursement to the Federal Republic, arrangements shall to the extent necessary be made to make sure that there is no duplication of payment for the same service.

10. The arrangement set forth in sub-paragraph (d) of paragraph 4 of Article 63 and in paragraph 8 of this Section shall not exclude negotiations between the authorities of the force and the local German authorities with a view to obtaining exemption from fees where such services are performed by the force itself instead of by the competent German agencies

11. As far as accommodation is concerned, the expression "cost of repairs and maintenance" contained in item (i) of sub-paragraph (d) of paragraph 4 of Article 63 shall mean costs arising from the repair and maintenance work referred to in paragraph 4 of Article 48 and in paragraph 6 of the Section of the Protocol of Signature referring to that Article.

12. Compensation payable under the Land Procurement Law (item (i) of sub-paragraph (a) of paragraph 5 of Article 63) includes the payments to be made in the case of procurement

(v) l'assurance-incendie obligatoire et l'assurance-objets obligatoire, dans la mesure où le droit allemand en impose le paiement;

(b) le cas échéant, les frais occasionnés par:

- (i) l'approvisionnement en eau, gaz et électricité, chauffage et carburants, qu'ils soient mis à disposition avec le bien immobilier ou qu'ils soient obtenus à part et directement des services publics compétents,
- (ii) l'entretien des ascenseurs,
- (iii) le nettoyage, la destruction de la vermine,
- (iv) l'entretien des jardins,
- (v) l'emploi de gardien d'immeuble.

9. — Étant donné que le paiement par une force des impôts et taxes publics courants sur la propriété foncière et d'autres frais d'exploitation peut, dans certains cas, impliquer le paiement direct au prestataire (dont les prestations doivent être payées séparément, conformément au droit allemand, et ne sont pas couvertes ou entièrement couvertes par les impôts et taxes publics courants sur la propriété foncière) et dans d'autres cas, le remboursement à la République Fédérale, des arrangements interviennent, dans la mesure nécessaire, afin d'éviter le double paiement d'une même prestation.

10. — La réglementation prévue à l'alinéa (d) du paragraphe 4 de l'Article 63 et au paragraphe 8 de la présente Section n'empêche pas les autorités de la force de négocier avec les autorités allemandes locales en vue d'obtenir une exonération de taxes pour les prestations que la force fournit elle-même à la place des services allemands compétents.

11. — En ce qui concerne les biens immobiliers, l'expression « frais de réparation et d'entretien » figurant au point (i) de l'alinéa (d) du paragraphe 4 de l'Article 63 désigne les frais résultant des travaux de réparation et d'entretien visés au paragraphe 4 de l'Article 48 et au paragraphe 6 de la Section du Protocole de Signature se référant audit Article.

12. — Les indemnités à verser au titre de la Loi concernant l'acquisition de terrains (point (i) de l'alinéa (a) du paragraphe 5 de l'Article 63) comprennent également les paiements à

zahlenden Entgelte, insbesondere die Kaufpreise sowie die Miet- und Pachtzinsen.

Zu Artikel 68

(1) (a) Ist eine nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens geschaffene neue deutsche Steuer, die nicht lediglich eine Ergänzung zu einer bereits bestehenden deutschen Steuer darstellt, nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen auf Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und auf Angehörige anwendbar und von diesen Personen nach der deutschen Steuergesetzgebung unmittelbar zu zahlen, so prüft die Bundesregierung auf Vorstellungen sorgfältig, ob und inwieweit diese Steuer von den genannten Personen gezahlt werden soll. Die Bundesregierung lässt sich hierbei insbesondere von der Erwägung leiten, jede Belastung der Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und der Angehörigen zu vermeiden, die im Hinblick auf den Zweck und die besonderen Bedingungen ihres Aufenthaltes in der Bundesrepublik ungerechtfertigt erscheint.

(b) Ebenso wird verfahren, wenn eine Steuer, die zur Zeit des Inkrafttretens des Zusatzabkommens bestanden hat, in der Liste in Absatz (2) aber nicht enthalten ist, nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen auf Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und auf Angehörige anwendbar und von diesen Personen nach der deutschen Steuergesetzgebung unmittelbar zu zahlen ist.

(c) Die Liste in Absatz (2) enthält eine Zusammenstellung der geltenden Bundes- und Ländersteuern sowie aller anderen der Bundesregierung zur Zeit des Inkrafttretens des Zusatzabkommens bekannten Steuern, die nach dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen auf Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und auf Angehörige anwendbar und von diesen Personen

by free negotiation, in particular, the purchase price and rental.

effectuer dans le cas d'acquisitions à l'amiable, notamment les prix d'achat et les loyers.

Re Article 68

1. (a) If a new German tax, which is created after the entry into force of the Supplementary Agreement and which is not merely an extension of an existing German tax, is applicable to members of a force or of a civilian component or to dependents under the provisions of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement and is directly payable by them in accordance with German tax legislation, the Federal Government shall, upon request, carefully examine whether and to what extent such tax is to be paid by such persons. In this, the Federal Government shall, in particular, be guided by the endeavour to avoid any burdens on members of a force or of a civilian component or on dependents that appear unjustified in the light of the purpose and the special conditions of their presence in the Federal Republic.

(b) The same procedure shall apply if any tax existing at the time of the entry into force of the Supplementary Agreement but not contained in the list set forth in paragraph 2 of this Section is applicable to members of a force or of a civilian component or to dependents under the provision of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary Agreement and is directly payable by them in accordance with German tax legislation.

(c) The list set forth in paragraph 2 of this Section specifies existing Federal and Land taxes and all other taxes known to the Federal Government at the time of the entry into force of the Supplementary Agreement that are applicable to members of a force or of a civilian component or to dependents under the provisions of the NATO Status of Forces Agreement and the Supplementary

Ad Article 68

1. — (a) Au cas où un nouvel impôt allemand, créé après l'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire et ne constituant pas une simple extension d'un impôt allemand déjà existant, serait applicable, conformément aux dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et de l'Accord Complémentaire, aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge et devrait être acquitté directement par eux aux termes de la législation fiscale allemande, le Gouvernement fédéral étudiera avec soin, sur demande, si et dans quelle mesure cet impôt devra être payé par les intéressés. Le Gouvernement fédéral cherchera notamment à éviter aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge toute imposition qui, compte tenu du motif et des conditions particulières de leur présence en République Fédérale, paraîtrait injustifiée.

(b) La même procédure est appliquée dans l'hypothèse où un impôt quelconque, déjà en vigueur à la date d'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire, mais ne figurant pas dans la liste visée au paragraphe 2 de la présente Section, serait applicable, conformément aux dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et de l'Accord Complémentaire, aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge et devrait être acquitté directement par eux aux termes de la législation fiscale allemande.

(c) La liste visée au paragraphe 2 de la présente Section fait état des impôts fédéraux et des impôts des Länder en vigueur, ainsi que de tous les autres impôts dont le Gouvernement fédéral a connaissance à la date d'entrée en vigueur de l'Accord Complémentaire et qui sont applicables, conformément aux dispositions de la Convention OTAN sur le Statut des Forces et

nach der deutschen Steuergesetzgebung unmittelbar zu zahlen sind. Diese Liste enthält im allgemeinen nicht die indirekten Steuern, die sich im Preis von Waren und Diensten auswirken können und von denen die Mitglieder einer Truppe, eines zivilen Gefolges und die Angehörigen nicht befreit sind. Die in der Liste zu einzelnen Steuern gegebenen Erläuterungen fassen die Umstände kurz zusammen, unter denen diese Steuern anwendbar sind.

(d) Steuervergünstigungen für Mitglieder der Bundeswehr und deren Angehörige sind dem geltenden deutschen Recht unbekannt und auch für die Zukunft nicht vorgesehen. Für den Fall, daß derartige Steuervergünstigungen trotzdem gewährt werden sollten, bemüht sich die Bundesregierung um ihre Anwendung auf die Mitglieder der Truppen, der zivilen Gefolge und auf die Angehörigen.

(2) Liste deutscher Steuern

(a) Steuern auf Einkommen

Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Aufsichtsratsteuer, Steuerabzug von Einkünften bei beschränkt Steuerpflichtigen.

Der Besteuerung unterliegen nur inländische Einkünfte, d. h. im allgemeinen in der Bundesrepublik bezogene Einkünfte, außer Bezügen und Einkünften, die den Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in ihrer Eigenschaft als derartige Mitglieder von dem Entsendestaat gezahlt werden.

(b) Steuern auf Vermögen oder Besitz

Vermögensteuer, Grundsteuer, Rentenbankgrundschuldzinsen, Kirchensteuer.

Der Besteuerung unterliegt nur das inländische Vermögen, d. h. im allgemeinen das Vermögen in der Bundesrepublik, außer beweglichen Sachen, die sich nur deshalb

Agreement and are directly payable by them in accordance with German tax legislation. In general, the list does not include the indirect taxes which might be reflected in the price of goods and services and from which members of a force or of a civilian component or dependents are not exempted. The explanations accompanying some of the taxes contained in the list summarize the circumstances under which these taxes are applicable.

(d) Tax relief for members of the German Armed Forces and their dependents does not exist under present German law and such relief is not envisaged for the future. Should such tax relief, however, be granted, the Federal Government shall endeavour to extend its application to members of the forces and of the civilian components and to dependents.

2. List of German Taxes

(a) Taxes on Income

Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer, Aufsichtsratsteuer, Steuerabzug von Einkünften bei beschränkt Steuerpflichtigen.

Tax is imposed only on internal income, i. e., in general, income earned within the Federal Republic, except emoluments and income paid to members of a force or of a civilian component by the sending State in their capacity as such members.

(b) Taxes on Property or on Ownership of Property

Vermögensteuer, Grundsteuer, Rentenbankgrundschuldzinsen, Kirchensteuer.

Tax is imposed only with respect to internal property, i. e., in general, property within the Federal Republic, except movable property which is in the Federal Re-

de l'Accord Complémentaire, aux membres d'une force, d'un élément civil et aux personnes à charge et doivent être acquittés directement par eux aux termes de la législation fiscale allemande. La liste ne contient pas les impôts indirects qui peuvent être répercutés dans les prix des marchandises et services dont les membres d'une force, d'un élément civil et les personnes à charge ne sont pas exemptés. Les explications fournies pour certains impôts dans la liste résument les conditions dans lesquelles ces impôts sont applicables.

(d) Le droit allemand en vigueur n'accorde pas de priviléges fiscaux aux membres des Forces armées allemandes ni aux personnes à la charge de ces membres et de tels priviléges ne sont pas prévus pour l'avenir. Toutefois, au cas où de tels priviléges fiscaux seraient accordés, le Gouvernement fédéral s'efforcera d'en faire bénéficier les membres des forces, des éléments civils et les personnes à charge.

2. — Liste d'impôts

(a) Impôts sur le revenu

Einkommensteuer — Lohnsteuer — Kapitalertragsteuer — Aufsichtsratsteuer — Steuerabzug von Einkünften bei beschränkt Steuerpflichtigen —

Ne sont soumis à l'impôt que les revenus intérieurs, c'est-à-dire, d'une façon générale, les revenus perçus en République Fédérale, à l'exception des traitements et émoluments qui sont payés par l'État d'origine aux membres d'une force ou d'un élément civil en cette qualité.

(b) Impôts sur la propriété ou sur le droit de propriété

Vermögensteuer — Grundsteuer — Rentenbankgrundschuldzinsen — Kirchensteuer —

Ne sont soumis à l'impôt que les biens intérieurs, c'est-à-dire, d'une façon générale, les biens situés en République Fédérale, à l'exception des biens mobiliers

In der Bundesrepublik befinden, weil sich das Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder der Angehörige vorübergehend in der Bundesrepublik aufhält.

(c) Steuern auf Erbschaften und Schenkungen
Erbschaftsteuer.

Die Steuer wird nur von dem Wert des Inlandvermögens [im Sinne von Buchstabe (b)], außer von beweglichen Sachen, die sich nur deshalb in der Bundesrepublik befinden, weil sich das Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder der Angehörige vorübergehend in der Bundesrepublik aufhält, oder von dem Wert des Nutzungsrechts an einem solchen Vermögen erhoben, das durch Erbanfall oder durch Schenkung erworben wurde. Hatte der Erblasser zur Zeit seines Todes oder der Schenker zur Zeit der Ausführung der Schenkung seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt (im Sinne der Steuergesetze) in der Bundesrepublik, so wird die Steuer von dem Gesamtwert der Erbschaft oder des Geschenkes erhoben.

(d) Verkehrsteuern

Kapitalverkehrsteuern, Wechselsteuer, Beförderungssteuer, Versicherungsteuer, Grunderwerbsteuer (und Überpreis), Wertzuwachssteuer, Kraftfahrzeugsteuer.

Hinsichtlich der Versicherungsteuer gelten die in Artikel 68 Absatz (2) erwähnten Versicherer und Bevollmächtigten dann als inländisch, wenn sie im Bundesgebiet ihren Wohnsitz oder Sitz oder ihre Geschäftstätigkeit haben.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird nur für private Personenkraftfahrzeuge, die mit einem deutschen Erkennungszeichen versehen sind, erhoben.

(e) Abgaben im Rahmen des Lastenausgleichs

Lastenausgleichsabgaben.

public for no reason other than that the member of a force or of a civilian component or the dependent is temporarily present in the Federal Republic.

(c) Tax on Inheritance and Gifts
Erbschaftsteuer.

Tax is imposed only on internal property (within the meaning of sub-paragraph (b) of this paragraph), except movable property which is in the Federal Republic for no reason other than that the member of a force or of a civilian component or the dependent is temporarily present in the Federal Republic, or on the usufruct value of such property acquired by way of inheritance or gift. If the deceased at the time of his death, or the donor at the time the gift was made, had their domicile or habitual residence (within the meaning of the tax laws) in the Federal Republic, the tax will be assessed on the basis of the total value of the inheritance or gift.

(d) Transfer and Traffic Taxes

Kapitalverkehrsteuern, Wechselsteuer, Beförderungssteuer, Versicherungsteuer, Grunderwerbsteuer (und Überpreis), Wertzuwachssteuer, Kraftfahrzeugsteuer.

As regards insurance tax, those insurers and authorized representatives shall be deemed to be inland insurers and authorized inland representatives within the meaning of paragraph 2 of Article 68 who have their domicile or seat or head office in the Federal territory.

The vehicle tax for private passenger vehicles shall only be levied on motor vehicles bearing German registration numbers.

(e) Levies within the scope of "Equalization of Burdens"

Lastenausgleichsabgaben.

s'y trouvant du seul fait de la présence temporaire en République Fédérale du membre d'une force ou d'un élément civil, ou de la personne à charge.

(c) Impôts sur les successions et donations
Erbschaftsteuer

Cet impôt n'est applicable qu'aux biens intérieurs (au sens de l'alinéa (b) du présent paragraphe) — à l'exception des biens mobiliers se trouvant en République Fédérale du seul fait de la présence temporaire du membre d'une force, d'un élément civil ou de la personne à charge en République Fédérale — ou à la valeur de l'usufruit de tels biens qui seraient acquis par succession ou donation. Si le défunt lors de son décès ou le donneur au moment de la donation avait, au sens fiscal, sa résidence ou son domicile habituel en République Fédérale, l'impôt sera calculé sur la valeur totale de la succession ou de la donation.

(d) Impôts sur les transports et sur la circulation des capitaux

Kapitalverkehrsteuer — Wechselsteuer — Beförderungssteuer — Versicherungssteuer — Grunderwerbsteuer (und Überpreis) — Wertzuwachssteuer — Kraftfahrzeugsteuer

En ce qui concerne l'impôt sur les assurances, ne sont considérés comme assureurs ou représentants autorisés, établis sur le territoire fédéral au sens du paragraphe 2 de l'Article 68, que les assureurs ou représentants autorisés qui ont leur résidence, leur siège ou le siège de leur direction sur le territoire fédéral.

L'impôt sur les véhicules automobiles privés destinés au transport des personnes n'est perçu que sur les véhicules pourvus d'un numéro d'immatriculation allemand.

(e) Prélèvements dans le cadre de la «péréquation des charges»

Lastenausgleichsabgaben

(f) Besteuerung der Jagd und der Fischerei
Jagdsteuer, Fischsteuer.

(g) Geschäftsteuern

Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Schankerlaubnissteuer, Getränkesteuer und andere Steuern, die bei Unternehmen anwendbar sein können.

Die Steuern kommen in Betracht, soweit eine außerhalb der Tätigkeit als Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges liegende Tätigkeit als Unternehmer im Inland ausgeübt wird. Der Begriff „Unternehmer“ umfaßt die selbständige Ausübung einer gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit, d. h. jeder fortgesetzten Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen, auch wenn die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt. Der Begriff „Umsatz“ umfaßt die Lieferungen und sonstigen Leistungen, die ein Unternehmer im Inland gegen Entgelt im Rahmen seines Unternehmens ausführt.

(f) Taxes on Hunting, Shooting and Fishing
Jagdsteuer, Fischsteuer.

(g) Business Taxes

Gewerbesteuer, Umsatzsteuer, Schankerlaubnissteuer, Getränkesteuer, and other taxes which may be applicable to enterprises.

The taxes are imposed where members of a force or of a civilian component, outside their activities as members of a force or of a civilian component, act as enterprisers within the Federal territory. The concept of "enterpriser" (Unternehmer) covers the independent exercise of commercial or professional activities, i. e., any continuous activity designed to realize proceeds (Einnahmen), even if the intention to gain profit is absent. The concept of "turnover" (Umsatz) covers internal deliveries and services rendered within the Federal territory by an enterpriser against remuneration within the framework of his enterprise.

(f) Taxes sur le droit de chasse et de pêche
Jagdsteuer — Fischsteuer

(g) Impôts sur les opérations commerciales

Gewerbesteuer — Umsatzsteuer — Schankerlaubnissteuer — Getränkesteuer — et autres impôts qui peuvent être applicables aux entreprises.

Ces impôts doivent être payés par les membres d'une force ou d'un élément civil lorsque ceux-ci exercent, parallèlement à leur activité au service de la force ou de l'élément civil, une activité d'entrepreneur sur le territoire fédéral. La notion d'entrepreneur (Unternehmer) couvre l'exercice indépendant d'une activité commerciale ou d'une profession libérale, c'est-à-dire de toute activité continue visant à l'obtention de revenus (Einnahmen), même sans intention de profit. La notion de « chiffre d'affaires » (Umsatz) couvre les fournitures et autres prestations qu'un entrepreneur assure à l'intérieur du territoire fédéral, moyennant rémunération, dans le cadre de son entreprise.

Zu Artikel 71

(1) Vorbehaltlich anderer Vereinbarungen mit den deutschen Behörden darf die beim Inkrafttreten des Zusatzabkommens vorhandene Gesamtzahl der in Verkaufsstellen und Klubs, die für eine Truppe tätig sind, ständig beschäftigten zivilen Bediensteten im Sinne des Artikels 54 des genannten Abkommens höchstens um 25 v. H. erhöht werden.

(2) Nichtdeutsche Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters im Sinne von Artikel 71 Absatz (1):

(a) Britische Organisationen

(i) Navy, Army and Air Force Institutes (N.A.A.F.I.)

(ii) Malcolm Clubs

(iii) Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.) vertreten durch Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.)

(iv) Army Kinema Corporation

(v) R.A.F. Cinema Corporation

(b) Kanadische Organisationen

Maple Leaf Services

Re Article 71

1. Unless otherwise agreed with the German authorities, the total number of civilian employees within the meaning of Article 56 of the Supplementary Agreement, who, on the entry into force of that Agreement, are permanently employed in sales agencies and clubs serving a force, may not be increased by more than 25 per cent.

2. Non-German non-commercial organizations within the meaning of paragraph 1 of Article 71:

(a) British organizations:

(i) Navy, Army and Air Force Institutes (N.A.A.F.I.)

(ii) Malcolm Clubs

(iii) Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.) represented by Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.)

(iv) Army Kinema Corporation

(v) R.A.F. Cinema Corporation

(b) Canadian organizations:

Maple Leaf Services

Ad Article 71

1. — A moins qu'il n'en soit décidé autrement avec les autorités allemandes, l'effectif total des employés civils définis aux termes de l'Article 56 de l'Accord Complémentaire qui, au moment de l'entrée en vigueur dudit Accord, sont employés à titre permanent dans les magasins de vente et les clubs au service d'une force, ne peut être augmenté de plus de 25 pour cent.

2. — Organisations non allemandes à but non lucratif au sens du paragraphe 1 de l'Article 71:

(a) Organisations britanniques

(i) Navy, Army and Air Force Institutes (N.A.A.F.I.)

(ii) Malcolm Clubs

(iii) Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.) représenté par la Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.)

(iv) Army Kinema Corporation

(v) R.A.F. Cinema Corporation

(b) Organisations canadiennes

Maple Leaf Services

(3) Nichtdeutsche Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters im Sinne von Artikel 71 Absatz (2):

(a) Amerikanische Organisationen

(i) American Red Cross

Aufgabe:
Wohlfahrts- und andere Unterstützungsleistungen für Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und für deren Angehörige

(ii) University of Maryland

Aufgabe:
Universitätslehrgänge für Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und für deren Angehörige.

(b) Britische Organisationen

(i) Die dem Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.) angeschlossenen Organisationen

(aa) Church Army

(bb) The Church of Scotland Committee on Hut and Canteen Work for H. M. Forces

(cc) Catholic Women's League

(dd) British Salvation Army

(ee) Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.)

(ff) Young Women's Christian Association (Y.W.C.A.)

(gg) Toc H

(hh) Methodist and United Board Churches

Aufgabe:

Soziale und religiöse Betreuung von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen, insbesondere Betrieb von Kantinen, Buchhandlungen, Büchereien und Leseräumen

(ii) Women's Voluntary Services (W.V.S.)

Aufgabe:

Soziale Betreuung von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen in N.A.A.F.I. Kantinen

3. Non-German non-commercial organizations within the meaning of paragraph 2 of Article 71:

(a) American organizations:

(i) American Red Cross

Purpose:
Welfare and other assistance services for members of the force or of the civilian component and dependents

(ii) University of Maryland

Purpose:
University courses for members of the force or of the civilian component and dependents

(b) British organizations:

(i) The organizations attached to the Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.):

(aa) Church Army

(bb) The Church of Scotland Committee on Hut and Canteen Work for H.M. Forces

(cc) Catholic Women's League

(dd) British Salvation Army

(ee) Young Men's Christian Association (Y.M.C.A.)

(ff) Young Women's Christian Association (Y.W.C.A.)

(gg) Toc H

(hh) Methodist and United Board Churches

Purpose:

Social and religious welfare services for members of the force or of the civilian component and dependents, in particular operation of canteens, book shops, libraries and reading rooms

(ii) Women's Voluntary Services (W.V.S.)

Purpose:

Social welfare services for members of the force or of the civilian component and dependents in N.A.A.F.I. canteens

3. — Organisations non allemandes à but non lucratif au sens du paragraphe 2 de l'Article 71

(a) Organisations américaines

(i) American Red Cross

Fonctions:
Assistance et entr'aide au bénéfice des membres de la force, de l'élément civil et des personnes à charge.

(ii) University of Maryland

Fonctions:
Cours universitaires à l'usage de membres de la force, de l'élément civil et de personnes à charge.

(b) Organisations britanniques

(i) Organisations rattachées au Council for Voluntary Welfare Work (C.V.W.W.):

(aa) Church Army

(bb) The Church of Scotland Committee on Hut and Canteen Work for H. M. Forces

(cc) Catholic Women's League

(dd) British Salvation Army

(ee) Young Men's Christian Association (Y. M. C. A.)

(ff) Young Women's Christian Association (Y.W.C.A.)

(gg) Toc H

(hh) Methodist and United Board Churches

Fonctions:

Assistance sociale et religieuse aux membres de la force, de l'élément civil et aux personnes à charge, y compris notamment l'organisation de cantines, librairies, bibliothèques et salles de lectures.

(ii) Women's Voluntary Services (W. V. S.)

Fonctions:

Assistance sociale aux membres de la force, de l'élément civil et aux personnes à charge dans les cantines de la N.A.A.F.I.

| | | |
|---|---|--|
| (iii) British Red Cross Society einschließlich Order of the Knights of St. John und St. Andrew's Ambulance Association | (iii) British Red Cross Society, including the Order of the Knights of St. John and the St. Andrew's Ambulance Association | (iii) British Red Cross Society y compris the Order of the Knights of St. John et la St. Andrew's Ambulance Association |
| A u f g a b e : Fürsorge und Physiotherapie in britischen Lazaretten | P u r p o s e : Welfare and physiotherapy services in British Service Hospitals | F o n c t i o n s : Assistance aux malades et traitement physiothérapeutique dans des hôpitaux militaires britanniques |
| (iv) Forces Help Society and Lord Roberts' Workshops | (iv) Forces Help Society and Lord Roberts' Workshops | (iv) Forces Help Society and Lord Roberts' Workshops |
| A u f g a b e : Betreuung von Mitgliedern der Truppe, insbesondere in persönlichen Angelegenheiten | P u r p o s e : Welfare services for members of the force, in particular in connection with personal problems of members of the force | F o n c t i o n s : Assistance aux membres de la force, en particulier dans les problèmes relevant du domaine privé |
| (v) Soldiers' and Airmen's Scripture Readers Association | (v) Soldiers' and Airmen's Scripture Readers Association | (v) Soldiers' and Airmen's Scripture Readers Association |
| A u f g a b e : Verbreitung des Bibelstudiums unter Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und unter deren Angehörigen | P u r p o s e : Propagation of study of the Bible among members of the force or of the civilian component and dependents | F o n c t i o n s : Propagation de l'étude de la Bible parmi les membres de la force, de l'élément civil et les personnes à charge |
| (vi) Soldiers', Sailors' and Airmen's Families Association | (vi) Soldiers', Sailors' and Airmen's Families Association | (vi) Soldiers', Sailors' and Airmen's Families Association |
| A u f g a b e : Familienfürsorge und -krankenpflege für Mitglieder der Truppe oder des zivilen Gefolges. | P u r p o s e : Family welfare and nursing service for members of the force and of the civilian component. | F o n c t i o n s : Assistance sociale et médicale aux familles des membres de la force et de l'élément civil. |
| (c) Französische Organisationen | (c) French organizations: | (c) Organisations françaises |
| (i) Association d'entraide | (i) Association d'entraide (First Aid Association) | (i) Association d'entraide |
| A u f g a b e : Gesundheits- und Fürsorgedienst für Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und für deren Angehörige sowie, insbesondere was das Französische Rote Kreuz betrifft, Verwaltung von Sanatorien und sozialärztlichen Betreuungsstellen | P u r p o s e : Medical and social services for members of the force or of the civilian component and dependents, and particularly, as far as the Croix Rouge Française (French Red Cross) is concerned, administration of sanatoria and of social assistance medical centres | F o n c t i o n s : Aide sanitaire et sociale aux membres de la force, de l'élément civil ainsi qu'aux personnes à charge et, en particulier, en ce qui concerne la Croix Rouge française, administration des sanatoria et des centres médicaux d'assistance sociale |
| (ii) Associations Sportives et Culturelles | (ii) Associations Sportives et Culturelles | (ii) Associations Sportives et Culturelles |
| A u f g a b e : Unterstützung der Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen bei gemeinsamen kulturellen Veranstaltungen, bei der Ausübung von Freiluftsport, Förderung der Zusammen- | P u r p o s e : Promotion of communal outdoor cultural activities and outdoor sports among members of the force or of the civilian component and dependents; establishment of closer contact between teachers and parents of | F o n c t i o n s : Assistance aux membres de la force, de l'élément civil et aux personnes à charge dans la pratique des activités culturelles en commun, des sports de plein air; renforcement des contacts entre les |

| | | |
|---|--|--|
| arbeit zwischen Lehrern und Eltern der Schüler, Einrichtung von Privatkursen und Kindergärten | pupils; organization of private classes and kindergartens | professeurs et les parents d'élèves; organisation de cours privés et de jardins d'enfants |
| (iii) Associations d'Officiers et de sous-Officiers de réserve | (iii) Associations d'Officiers et de sous-Officiers de réserve | (iii) Associations d'Officiers et de sous-Officiers de réserve |
| Aufgabe: Förderung des Zusammenhalts zwischen Reserveoffizieren und -unteroffizieren, die als Mitglieder des zivilen Gefolges oder als Angehörige im Bundesgebiet stationiert sind | Purpose: Establishment of contacts between officers and NCOs of the reserve stationed in the Federal territory as members of the civilian component or dependents | Fonctions: Établissement de contacts entre Officiers et sous-Officiers de réserve stationnés sur le territoire fédéral en qualité de membres de l'élément civil et de personnes à charge |
| (iv) Associations d'Anciens Combattants et Victimes de la Guerre | (iv) Associations d'Anciens Combattants et Victimes de la Guerre | (iv) Associations d'Anciens Combattants et Victimes de la Guerre |
| Aufgabe: Soziale und materielle Unterstützung von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen, die ehemalige Kriegsteilnehmer oder Kriegsopfer sind; Aufrechterhaltung des Zusammenhalts zwischen diesen Personen. | Purpose: Social and material support to members of the force or of the civilian component and dependents who are ex-service-men or war victims and maintenance of close contact amongst them. | Fonctions: Aide sociale et matérielle aux membres de la force, de l'élément civil et aux personnes à charge ayant la qualité d'anciens Combattants ou Victimes de la Guerre, et maintien de contacts étroits entre ces personnes. |
| (d) Belgische Organisationen | (d) Belgian organizations: | (d) Organisations belges |
| (i) Cantine Militaire Centrale (CMC) | (i) Cantine Militaire Centrale (C.M.C.) | (i) Cantine Militaire Centrale (CMC) |
| Aufgabe: Betrieb von Kantinen und Verkaufsstellen zur Versorgung der Truppe, der Mitglieder der Truppe oder des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen | Purpose: Operation of canteens and sales stores for the benefit of the force, of members of the force or of the civilian component and dependents | Fonctions: Administration des cantines et des magasins de vente à l'usage de la force, des membres de la force et de l'élément civil ainsi que des personnes à charge |
| (ii) Associations sportives, culturelles et d'entr'aide sociale | (ii) Associations sportives, culturelles et d'entr'aide sociale | (ii) Associations sportives, culturelles et d'entr'aide sociale |
| Aufgabe: Unterstützung bei der Ausübung von Sport, Förderung der Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern der Schüler, Einrichtung von Privatkursen und Kindergärten, Einrichtung von Büchereien, gegenseitige soziale Hilfeleistungen zugunsten der Mitglieder der Truppe, des zivilen Gefolges und von deren Angehörigen. | Purpose: Promotion of sports, establishment of closer contact between teachers and parents of pupils, organization of private classes and kindergartens, organization of libraries, mutual social assistance, for the benefit of members of the force or of the civilian component and dependents. | Fonctions: Assistance dans la pratique des sports, renforcement des contacts entre les professeurs et les parents d'élèves, organisation de cours privés et de jardins d'enfants, organisation de bibliothèques, entr'aide sociale au profit des membres de la force et de l'élément civil ainsi que des personnes à charge. |
| (e) Kanadische Organisationen Canadian Salvation Army | (e) Canadian organizations: Canadian Salvation Army | (e) Organisations canadiennes Canadian Salvation Army |
| Aufgabe: Soziale und religiöse Betreuung von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges | Purpose: Social and religious welfare services for members of the force or of the civilian com- | Fonctions: Assistance sociale et religieuse aux membres de la force, de l'élément civil et |

und von deren Angehörigen, insbesondere Betrieb von Kantinen.

(4) Landfahrzeuge, die von den in den Absätzen (2) und (3) aufgeführten nichtdeutschen Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters betrieben werden, werden als Dienstfahrzeuge im Sinne des Artikels XI Absatz (2) Buchstabe (c) und Absatz (11) und des Artikels XIII Absatz (4) des NATO-Truppenstatuts angesehen.

(5) Die in Artikel 71 Absatz (3) erwähnten deutschen Vorschriften schließen die Vorschriften über ausländische Gesellschaften, die Zulassung zum Gewerbebetrieb, Preiskontrolle und Ladenschlußzeiten ein.

Zu Artikel 72

(1) Nichtdeutsche Unternehmen wirtschaftlichen Charakters im Sinne von Artikel 72 Absatz (1):

- (a) **Amerikanische Unternehmen**
 - (i) American Express Co., Inc.
 - (ii) Chase Manhattan Bank (Heidelberg).

- (b) **Kanadische Unternehmen**
Bank of Montreal

(2) Die in Absatz (1) aufgeführten Banken üben keine Tätigkeiten aus, die auf den deutschen Markt einwirken können; insbesondere nehmen sie nicht am deutschen Kapitalmarkt teil.

Dieses Unterzeichnungsprotokoll bildet einen Bestandteil des Zusatzabkommens.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn, am 3. Tage des Monats August 1959, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Wortlauten gleichermaßen verbindlich sind.

ponent and dependents, in particular operation of canteens.

4. Vehicles operated by non-German non-commercial organizations listed in paragraphs 2 and 3 of this Section shall be considered to be "service vehicles" within the meaning of sub-paragraph (c) of paragraph 2 and paragraph 11 of Article XI and paragraph 4 of Article XIII of the NATO Status of Forces Agreement.

5. The German regulations mentioned in paragraph 3 of Article 71 include those relating to foreign companies, trade licensing, price control and shop closing hours.

Re Article 72

1. Non-German commercial enterprises within the meaning of paragraph 1 of Article 72

- (a) **American Enterprises**
 - (i) American Express Co., Inc.
 - (ii) Chase Manhattan Bank (Heidelberg)

- (b) **Canadian Enterprises**
Bank of Montreal

2. The banks listed in paragraph 1 of this Section shall not conduct activities which might influence the German market; in particular they shall not participate in the German stock market.

The present Protocol of Signature shall constitute an integral part of the Supplementary Agreement.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Protocol.

DONE at Bonn, this third day of August 1959, in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

aux personnes à charge, notamment organisation de cantines.

4. — Les véhicules utilisés par les organisations non allemandes à but non lucratif énumérées aux paragraphes 2 et 3 de la présente Section seront considérés comme des «véhicules immatriculés à l'armée» au sens de l'alinéa (c) du paragraphe 2 et du paragraphe 11 de l'Article XI et du paragraphe 4 de l'Article XIII de la Convention OTAN sur le Statut des Forces.

5. — La réglementation allemande visée dans le paragraphe 3 de l'Article 71 comprend les dispositions relatives aux sociétés étrangères, aux licences commerciales, au contrôle des prix et aux heures de fermeture des magasins.

Ad Article 72

1. — Organisations non allemandes à but lucratif au sens du paragraphe 1 de l'Article 72:

- (a) **Organisations américaines**
 - (i) American Express Co., Inc.
 - (ii) Chase Manhattan Bank (Heidelberg)

- (b) **Organisations canadiennes**
Bank of Montreal

2. — Les banques énumérées au paragraphe 1 de la présente Section n'exercent pas d'activités pouvant influencer le marché allemand; en particulier, elles ne participent pas au marché allemand des valeurs à long terme.

Le présent Protocole de Signature constitue une partie intégrante de l'Accord Complémentaire.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Protocole.

FAIT à Bonn, le trois jour du mois d'août 1959, en trois textes, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi.

Für das Königreich Belgien:
For the Kingdom of Belgium:
Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Für Kanada:
For Canada:
Pour le Canada:
Escott Reid

Für die Französische Republik:
For the French Republic:
Pour la République Française:
François Seydoux

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:
Pour la République Fédérale d'Allemagne:
A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich der Niederlande:
For the Kingdom of the Netherlands:
Pour le Royaume des Pays-Bas:
H. van Vredenburch

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:
Christopher Steel

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:
Pour les États-Unis d'Amérique:
David Bruce

**Abkommen über das Außerkrafttreten des Truppenvertrages,
des Finanzvertrages und des Steuerabkommens**

**Agreement on the Abrogation of the Forces Convention,
the Finance Convention and the Tax Agreement**

Accord

**portant abrogation de la Convention relative aux Droits et Obligations des Forces,
de la Convention Financière et de l'Accord Fiscal**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCH-
LAND,
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON
AMERIKA,
DAS VEREINIGTE KONIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN UND
NORDIRLAND und
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,

IN DER ERWÄGUNG, daß die in Artikel 8 Absatz (1) Buchstabe (b) des Vertrages über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der Drei Mächte vom 26. Mai 1952 (in der durch das am 26. Juli 1952 in Bonn unterzeichnete Protokoll sowie durch das Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, unterzeichnet in Paris am 23. Oktober 1954, geänderten Fassung) vorgesehenen Vereinbarungen von den betreffenden Staaten am heutigen Tage abgeschlossen worden sind;

SOWIE IN DER ERWAGUNG, daß die Bedingungen des Artikels 8 Absatz (1) Buchstabe (c) des vorgenannten Vertrages über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten durch den Abschluß der genannten Vereinbarungen und andere Abkommen finanzieller Art als erfüllt anzusehen sind,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGE-
KOMMEN:

Artikel 1

Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (in der gemäß Liste II zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungs-

THE UNITED STATES OF AMERICA,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT
BRITAIN AND NORTHERN
IRELAND,
THE FRENCH REPUBLIC, and
THE FEDERAL REPUBLIC OF
GERMANY,

CONSIDERING that the arrangements referred to in sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany of 26 May 1952, as amended by the Protocol signed at Bonn on 26 July 1952 and by the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, have been concluded this day between the States concerned; and

CONSIDERING that in view of the conclusion of these arrangements and of other agreements of a financial nature the conditions laid down in sub-paragraph (c) of paragraph 1 of Article 8 of the Convention on Relations between the Three Powers and the Federal Republic of Germany are to be considered as fulfilled,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The Convention on the Rights and Obligations of Foreign Forces and their Members in the Federal Republic of Germany, as amended by Schedule II to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany,

LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,
LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-
BRETAGNE ET D'IRLANDE DU
NORD, et
LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE,

CONSIDÉRANT que les Arrangements prévus à l'alinéa (b) du paragraphe 1 de l'Article 8 de la Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne, en date du 26 mai 1952 (amendée par le Protocole signé à Bonn le 26 juillet 1952 et par le Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954), ont été conclus à la date de ce jour entre les États intéressés;

CONSIDÉRANT d'autre part, que les conditions stipulées à l'alinéa (c) du paragraphe 1 de l'Article 8 de ladite Convention sur les Relations entre les Trois Puissances et la République Fédérale d'Allemagne peuvent, du fait de la conclusion desdits Arrangements et d'autres accords d'ordre financier, être considérées comme remplies;

SONT CONVENUS DE CE QUI
SUIT:

Article 1

La Convention relative aux Droits et Obligations des Forces étrangères et de leurs Membres sur le Territoire de la République Fédérale d'Allemagne (texte amendé conformément à l'Annexe II du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation

regimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung), das Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder (in der gemäß Liste V zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) und der Finanzvertrag (in der gemäß Liste III zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland geänderten Fassung) treten an dem Tage außer Kraft, an welchem das in Bonn am 3. August 1959 unterzeichnete Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet) gemäß seinem Artikel 83 in Kraft tritt.

Artikel 2

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Unterzeichnerstaaten hinterlegen die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; diese setzt jeden Unterzeichnerstaat über den Zeitpunkt der Hinterlegungen in Kenntnis.

Artikel 3

Dieses Abkommen, welches gleichzeitig mit dem Zusatzabkommen in Kraft tritt, wird in den Archiven der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinterlegt; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat beglaubigte Ausfertigungen.

signed at Paris on 23 October 1954, the Agreement on the Tax Treatment of the Forces and their Members, as amended by Schedule V to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, and the Finance Convention, as amended by Schedule III to the Protocol on the Termination of the Occupation Regime in the Federal Republic of Germany, signed at Paris on 23 October 1954, shall cease to be effective on the date of the entry into force of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement"), in accordance with Article 83 of that Agreement.

Article 2

The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or of approval shall be deposited by the signatory States with the Government of the Federal Republic of Germany which shall notify each signatory State of the date on which the instruments are deposited.

Article 3

The present Agreement, which shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement, shall be deposited in the archives of the Government of the Federal Republic of Germany, which shall transmit certified copies thereof to each signatory State.

dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954), l'Accord relatif au Régime fiscal applicable aux Forces et aux Membres des Forces (texte amendé conformément à l'Annexe V du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) et la Convention Financière (texte amendé conformément à l'Annexe III du Protocole sur la Cessation du Régime d'Occupation dans la République Fédérale d'Allemagne, signé à Paris le 23 octobre 1954) cesseront d'être en vigueur au jour de l'entrée en vigueur de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne, signé à Bonn, le 3 août 1959 (dénommé ci-après «l'Accord Complémentaire»), conformément à l'Article 83 dudit Accord.

Article 2

Le présent Accord sera ratifié ou approuvé. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés par les États signataires auprès du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, qui notifiera la date de ces dépôts à chaque État signataire.

Article 3

Le présent Accord, qui entrera en vigueur en même temps que l'Accord Complémentaire, sera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne, qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des États signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Wortlauten gleichermaßen verbindlich sind.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Bonn, this third day of August 1959, in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn, le trois jour du mois d'août 1959, en trois textes, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi.

Für die Französische Republik:

For the French Republic:

Pour la République Française:

François Seydoux

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Pour la République Fédérale d'Allemagne:

A. H. van Scherpenberg

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Christopher Steel

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:

For the United States of America:

Pour les États-Unis d'Amérique:

David Bruce

**Abkommen zu Artikel 45 Absatz 5
des Zusatzabkommens zu dem Abkommen
zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages
über die Rechtsstellung ihrer Truppen
hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland
stationierten ausländischen Truppen**

**Agreement
to implement paragraph 5 of Article 45
of the Agreement to supplement the Agreement
between the Parties to the North Atlantic Treaty
regarding the Status of their Forces
with respect to Foreign Forces
stationed in the Federal Republic of Germany**

**Accord
portant application du paragraphe 5 de l'Article 45
de l'Accord complétant la Convention
entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord
sur le Statut de leurs Forces,
en ce qui concerne les Forces étrangères
stationnées en République Fédérale d'Allemagne**

Zur Ausführung des Artikels 45 Absatz 5 des in Bonn am 3. August 1959 unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet) sind

DAS KÖNIGREICH BELGIEN,
DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND,
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK,
KANADA,
DAS KÖNIGREICH DER NIEDERLANDE,
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND und
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA,
WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Die Behörden einer Truppe unterrichten den Bundesminister für Verteidigung über ihre Jahresprogramme für Manöver und andere Übungen, an denen Einheiten in Stärke von mindestens einer Brigadegruppe, einer Regimentskampfgruppe oder eines

For the purpose of implementing paragraph 5 of Article 45 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement")

THE KINGDOM OF BELGIUM,
CANADA,
THE FRENCH REPUBLIC,
THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY,
THE KINGDOM OF THE NETHERLANDS,
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND, and
THE UNITED STATES OF AMERICA,

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

The authorities of a force shall notify the Federal Minister of Defence of their annual programmes of manoeuvres and other training exercises in which units with the minimum strength of a brigade group or regimental combat team or equivalent

En vue d'assurer l'exécution des dispositions du paragraphe 5 de l'Article 45 de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne, signé à Bonn, le 3 août 1959 (dénommé ci-après « Accord Complémentaire »),

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D' ALLEMAGNE,
LE ROYAUME DE BELGIQUE,
LE CANADA,
LES ÉTATS-UNIS D'AMÉRIQUE,
LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE,
LE ROYAUME DES PAYS-BAS, et
LE ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD,

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

Les autorités d'une force informent le Ministre fédéral de la Défense de leurs programmes annuels de manœuvres et d'autres exercices auxquels participeront des unités dont l'effectif sera au minimum celui d'une brigade, d'un groupement de combat à l'échelon

entsprechenden Verbandes teilnehmen. Der Zeitpunkt der Unterrichtung wird mit jeder Truppe besonders vereinbart.

Artikel 2

Die Pläne für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen [Artikel 45 Absatz (5) Buchstabe (b)] des Zusatzabkommens sind zu übermitteln

- (a) gleichzeitig den Behörden des Landes und der Wehrbereichsverwaltung, wenn das Manöver oder die andere Übung ausschließlich innerhalb eines Wehrbereichs stattfinden soll oder, falls zwei oder mehr Wehrbereiche betroffen werden, Einheiten nur bis zur Stärke eines Bataillons teilnehmen sollen;
- (b) dem Bundesminister für Verteidigung, wenn das Manöver oder die andere Übung in zwei oder mehr Wehrbereichen stattfinden soll und Einheiten in Stärke von mehr als einem Bataillon daran teilnehmen sollen.

Artikel 3

(1) In den Fällen des Artikels 2 Buchstabe (a) gelten für die Übermittlung der Pläne an die deutschen Behörden und für deren abschließende Stellungnahme die in dem Anhang zu diesem Abkommen vorgesehenen Fristen.

(2) In den Fällen des Artikels 2 Buchstabe (b) verlängern sich die in den Ziffern 2 und 3 des Anhanges vorgesehenen Fristen für die Übermittlung der Pläne jeweils um zwei Wochen.

(3) Die deutschen Behörden unterrichten die Behörden einer Truppe so früh wie möglich über Einwendungen gegen den Plan. Die nach Artikel 45 Absatz (5) des Zusatzabkommens vorgesehenen gemeinsamen Erörterungen werden von den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe so beschleunigt, daß nach Möglichkeit, gegebenenfalls auf höherer Ebene, bis zum Ablauf der in dem Anhang für die abschließende Stellungnahme der deutschen Behörden vorgesehenen Frist ein Einvernehmen herbeigeführt wird.

Artikel 4

Die Pläne enthalten insbesondere die folgenden Angaben:

- (a) Bezeichnung (Deckname) und Art des Manövers oder der anderen Übung;

formation will be taking part. The time of such notification shall be agreed upon with each individual force.

Article 2

Plans for the conduct of manœuvres and other training exercises (sub-paragraph (b) of paragraph 5 of Article 45 of the Supplementary Agreement) shall be communicated to:

- (a) the authorities of the Land and the Military District Administration (Wehrbereichsverwaltung) simultaneously in cases in which the manœuvres or other training exercises are to be held in one Military District exclusively or, if two or more Military Districts are affected, units not exceeding battalion strength are to take part;
- (b) the Federal Minister of Defence in cases in which the manœuvres or other training exercises are to be conducted in two or more Military Districts and in which units exceeding battalion strength are to take part.

Article 3

1. In cases falling under sub-paragraph (a) of Article 2 of the present Agreement, the periods of time specified in the Annex to the present Agreement shall apply for the communication of plans to the German authorities and for the latter to state their final opinion.

2. In cases falling under sub-paragraph (b) of Article 2 of the present Agreement, the periods of time for the communication of plans stated in items 2 and 3 of the Annex to the present Agreement shall in each case be extended by two weeks

3. The German authorities shall inform the authorities of a force as early as possible of any objections to the plan. The joint discussions envisaged in paragraph 5 of Article 45 of the Supplementary Agreement shall be so expedited by the German authorities and the authorities of the force as to ensure that if possible, and if necessary at a higher level, agreement is reached within the period of time specified in the Annex to the present Agreement for the final opinion of the German authorities.

Article 4

In particular, plans shall contain the following data:

- (a) designation (code name, nickname) and type of manœuvre or other training exercise;

régimentaire ou d'une formation équivalente. La date de la notification est convenue avec chaque force séparément.

Article 2

Les plans d'exécution de manœuvres et d'autres exercices (alinéa (b) du paragraphe 5 de l'Article 45 de l'Accord Complémentaire) sont communiqués

- (a) simultanément aux autorités du Land et aux services administratifs de la région militaire (Wehrbereichsverwaltung), lorsque la manœuvre ou l'autre exercice doit s'effectuer exclusivement à l'intérieur de cette région, ou, au cas où l'exercice s'effectuerait dans deux régions militaires ou plus, lorsque n'y participeront que des unités dont l'effectif sera, au maximum, celui d'un bataillon;
- (b) au Ministre fédéral de la Défense, lorsque la manœuvre ou l'autre exercice doit s'effectuer dans deux régions militaires ou plus et que doivent y participer des unités dont l'effectif dépassera celui d'un bataillon.

Article 3

1. — Dans les cas prévus à l'alinéa (a) de l'Article 2 du présent Accord, la communication des plans aux autorités allemandes ainsi que la prise de position définitive de celles-ci s'effectuent dans les délais fixés dans l'Annexe au présent Accord.

2. — Dans les cas prévus à l'alinéa (b) de l'Article 2, les délais de communication des plans, visés aux points 2 et 3 de l'Annexe au présent Accord, sont respectivement prolongés de deux semaines.

3. — Les autorités allemandes informeront le plus rapidement possible les autorités d'une force de toutes objections à l'encontre du plan. Les autorités allemandes et les autorités de la force accéléreront l'examen commun prévu au paragraphe 5 de l'Article 45 de l'Accord Complémentaire, de sorte que, dans la mesure du possible, un accord soit réalisé, le cas échéant à un échelon supérieur, avant l'expiration du délai fixé dans l'Annexe au présent Accord pour la prise de position définitive des autorités allemandes.

Article 4

Les plans contiennent notamment les renseignements suivants:

- (a) désignation (nom) et nature de la manœuvre ou de l'autre exercice;

- (b) Zeitpunkt des Beginns und der Beendigung des Manövers oder der anderen Übung sowie des An- und Abmarsches und der vorbereitenden Maßnahmen;
- (c) Bezeichnung des Gebietes, in dem das Manöver oder die andere Übung durchgeführt werden soll (unter Beifügung von Karten oder Kartenskizzen in geeignetem Maßstab);
- (d) ungefähre Angaben über
- (i) die Gesamtstärke der übenden Einheiten,
 - (ii) die Gesamtzahl der Räder- und Kettenfahrzeuge,
 - (iii) die Anzahl der in Klasse 24 nach Standardization Agreement 2021 (zweite Ausgabe) und höher eingestuften Räder- und Kettenfahrzeuge,
 - (iv) die Gebiete und die Straßen, in bzw. auf denen Fahrzeuge mit Schwerpunkt eingesetzt werden sollen,
 - (v) die Anzahl, die Art, den Einsatzraum und die Flughöhe etwa eingesetzter Luftfahrzeuge,
 - (vi) etwa beabsichtigte Außenlandungen, Fallschirmabsprünge oder -abwürfe sowie den voraussichtlichen Ort dieser Übungen;
- (e) Angaben darüber, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang Erdarbeiten vorgenommen sind und ob Tarnmaterial benötigt wird;
- (f) Angaben über etwa gewünschte besondere Vereinbarungen (z. B. über die Sperrung von Verkehrs wegen und Gewässern);
- (g) Angaben darüber, ob und in welchem Umfang Quartierleistungen beansprucht werden.
- (b) time and date of the beginning and end of the manœuvre or other training exercise, of assembly and departure, and of the preparatory measures;
- (c) designation of the area in which the manœuvre or other training exercise is to be conducted (to be accompanied by maps or sketch-maps on a suitable scale);
- (d) approximate information about
- (i) the total strength of the units engaging in the exercise,
 - (ii) the total number of wheeled and tracked vehicles,
 - (iii) the number of wheeled and tracked vehicles classified in or above Class 24 in Standardization Agreement 2021 (second edition),
 - (iv) the areas and roads where vehicles are principally to be engaged,
 - (v) number, type, engagement area and flight altitude of aircraft to be engaged, if any,
 - (vi) off-base landings or parachute jumps or drops proposed, if any, and where such exercises are probably to take place;
- (e) information as to whether and if so, to what extent earthworks are envisaged and whether camouflage material will be required;
- (f) information regarding any special arrangements desired (e. g. for the closing of public ways or stretches of water);
- (g) information as to whether and if so, to what extent billets will require to be supplied.
- (b) date et heure du début et de la fin de la manœuvre ou de l'autre exercice, du rassemblement et du départ ainsi que des mesures préparatoires;
- (c) désignation de la zone dans laquelle doit être effectuée la manœuvre ou l'autre exercice (cartes ou croquis d'une échelle appropriée à l'appui);
- (d) des renseignements approximatifs sur:
- (i) l'effectif total des unités engagées,
 - (ii) le nombre total des véhicules à roues ou à chenilles,
 - (iii) le nombre des véhicules à roues ou à chenilles classés dans la catégorie 24 selon les normes de Standardization Agreement 2021 (2ème édition) ou dans une catégorie supérieure,
 - (iv) les zones et les routes où des véhicules doivent principalement être utilisés,
 - (v) le nombre, la nature, la zone d'exercice et l'altitude des aéronefs éventuellement utilisés,
 - (vi) les atterrissages hors-base, les sauts en parachute ou les largages éventuellement prévus, ainsi que l'emplacement envisagé pour ces exercices;
- (e) des informations indiquant si et, le cas échéant, dans quelle mesure des travaux d'excavation sont prévus et si les troupes auront besoin de matériel de camouflage;
- (f) des informations relatives à tous arrangements spéciaux éventuellement souhaités (par exemple concernant le barrage de voies de communication ou de cours d'eau);
- (g) des informations indiquant si et dans quelle mesure doivent être fournis des services de cantonnement.

Artikel 5

Bei Manövern und anderen Übungen, die eine Truppe mit anderen Truppen oder der Bundeswehr gemeinsam durchführt, übermitteln die Behörden der Truppe, die die Leitung des Manövers oder der anderen Übung hat, die Pläne den nach Artikel 2 zuständigen deutschen Behörden.

Article 5

In the case of manœuvres and other training exercises conducted by a force with other forces or with the German Armed Forces, the authorities of the force in command of the manœuvre or other training exercise shall communicate the plans to the German authorities competent under Article 2 of the present Agreement.

Article 5

Lors des manœuvres ou d'autres exercices qu'une force effectue en commun avec d'autres forces ou les Forces armées allemandes, les autorités de la force chargée de la conduite de la manœuvre ou de l'autre exercice transmettent les plans aux autorités allemandes compétentes aux termes de l'Article 2 du présent Accord.

Artikel 6

Zwischen den deutschen Behörden und den Behörden einer Truppe können in Abweichung von Artikel 2 und 3 Vereinbarungen geschlossen werden, die hinsichtlich bestimmter Gebiete und bestimmter Arten von Übungen an Stelle von Einzelanmeldungen für einen bestimmten Zeitraum eine zusammengefaßte Anmeldung vorsehen. Diese Vereinbarungen enthalten Bestimmungen über die Art und den Umfang der Übungen in diesen Gebieten und die Fristen, innerhalb derer die zusammengefaßte Anmeldung erfolgen soll, sowie sonstige etwa erforderliche Regelungen.

Article 6

Notwithstanding the provisions of Articles 2 and 3 of the present Agreement, agreements may be concluded between the German authorities and the authorities of a force providing in the case of specific areas and specific categories of training exercises for a combined notification covering a specific period of time instead of individual notifications. Such agreements shall contain particulars as to how and to what extent exercises are to be conducted in such areas and the time limits within which the combined notification shall be made, as well as any other arrangements required.

Article 6

Par dérogation aux Articles 2 et 3 du présent Accord, des arrangements peuvent être conclus entre les autorités allemandes et les autorités d'une force prévoyant, dans les cas de zones et de catégories d'exercices données, une notification globale pour une période déterminée au lieu de notifications particulières. Ces arrangements contiennent des dispositions portant sur la nature et l'importance des exercices dans ces zones et les délais dans lesquels la notification globale doit avoir lieu, ainsi que d'autres clauses éventuellement nécessaires.

Artikel 7

Dieses Abkommen kann durch Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Regierung eines Entsendestaates geändert oder ergänzt werden. Eine solche Änderung oder Ergänzung läßt die Bestimmungen dieses Abkommens im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und den anderen Entsendestaaten unberührt.

Article 7

The present Agreement may be amended or supplemented by agreement between the Federal Government and the Government of a sending State. Such amendment or supplement shall not affect the provisions of the present Agreement as regards relations between the Federal Republic and the other sending States.

Article 7

Le présent Accord pourra être amendé ou complété par voie d'arrangement entre le Gouvernement fédéral et le Gouvernement d'un État d'origine. Un tel amendement ou complément n'affectera pas les dispositions du présent Accord en ce qui concerne les relations entre la République Fédérale et les autres États d'origine.

Artikel 8

Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Unterzeichnerstaaten hinterlegen die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, diese setzt jeden Unterzeichnerstaat über den Zeitpunkt der Hinterlegungen in Kenntnis.

Article 8

The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or of approval shall be deposited by the signatory States with the Government of the United States of America which shall notify each signatory State of the date on which the instruments are deposited.

Article 8

Le présent Accord sera ratifié ou approuvé. Les instruments de ratification ou d'approbation seront déposés par les États signataires auprès du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, qui notifiera la date de ces dépôts à chaque État signataire.

Artikel 9

Dieses Abkommen, welches gleichzeitig mit dem Zusatzabkommen in Kraft tritt, wird in den Archiven der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hinterlegt; diese übermittelt jedem Unterzeichnerstaat beauftragte Ausfertigungen.

Article 9

The present Agreement, which shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement, shall be deposited in the Archives of the Government of the United States of America, which shall transmit certified copies thereof to each signatory State.

Article 9

Le présent Accord, qui entrera en vigueur en même temps que l'Accord Complémentaire, sera déposé dans les archives du Gouvernement des États-Unis d'Amérique, qui en remettra des copies certifiées conformes à chacun des États signataires.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959, in deutscher, englischer und französischer Sprache, wobei alle drei Wortlauten gleichermaßen verbindlich sind.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Bonn, this third day of August 1959, in the German, English and French languages, all texts being equally authentic.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn, le trois jour du mois d'août 1959, en trois textes, en langues allemande, anglaise et française, les trois versions faisant également foi.

Für das Königreich Belgien:

For the Kingdom of Belgium:

Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Für Kanada:

For Canada:

Pour le Canada:

Escott Reid

Für die Französische Republik:

For the French Republic:

Pour la République Française:

François Seydoux

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

Pour la République Fédérale d'Allemagne:

A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich der Niederlande:

For the Kingdom of the Netherlands:

Pour le Royaume des Pays-Bas:

H. van Vredenburch

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord:

Christopher Steele

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:
Pour les États-Unis d'Amérique:

David Bruce

ANHANG
zu Artikel 3

| Art der Übung | Mindestfrist vor Beginn der Übung | |
|--|--|--|
| | für die Übermittlung der Pläne an die deutschen Behörden | für die abschließende Stellungnahme der deutschen Behörden |
| 1. Übungen, an denen Einheiten bis zur Stärke eines Bataillons teilnehmen sollen | 4 Wochen | 2 Wochen |
| 2. Übungen, an denen Einheiten in Stärke von mehr als einem Bataillon bis zur Stärke einer Brigadegruppe, Regimentskampfgruppe oder eines entsprechenden Verbandes teilnehmen sollen | 6 Wochen | 2 Wochen |
| 3. Übungen, an denen Einheiten in Stärke von mehr als einer Brigadegruppe, einer Regimentskampfgruppe oder eines entsprechenden Verbandes teilnehmen sollen | 14 Wochen | 6 Wochen |

ANNEX
to Article 3

| Type of Exercise | Minimum period before exercise begins | |
|--|--|---|
| | for communication of plans to the German authorities | for final opinion by German authorities |
| 1. Exercises involving units up to battalion strength | 4 weeks | 2 weeks |
| 2. Exercises involving units in excess of battalion strength and up to brigade group, regimental combat team or any formation of equivalent strength | 6 weeks | 2 weeks |
| 3. Exercises involving units in excess of brigade group, regimental combat team or any formation of equivalent strength | 14 weeks | 6 weeks |

ANNEXE
à l'Article 3

| Catégories d'exercices | Délai minimum avant le début de l'exercice | |
|---|--|---|
| | Pour la communication des plans aux autorités allemandes | Pour la prise de position définitive des autorités allemandes |
| 1. Exercices auxquels doivent participer des unités dont l'effectif sera, au maximum, celui d'un bataillon | 4 semaines | 2 semaines |
| 2. Exercices auxquels doivent participer des unités dont l'effectif dépassera celui d'un bataillon et atteindra au maximum celui d'une brigade, d'un groupement de combat à l'échelon régimentaire ou d'une formation équivalente | 6 semaines | 2 semaines |
| 3. Exercices auxquels devront participer des unités dont l'effectif dépassera celui d'une brigade, d'un groupement de combat à l'échelon régimentaire ou d'une formation équivalente | 14 semaines | 6 semaines |

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada
und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen
im Raum Soltau-Lüneburg

Agreement
between the Federal Republic of Germany, Canada
and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
concerning the Conduct of Manœuvres and other Training Exercises
in the Soltau-Lüneburg-Area

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wird über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen in dem Gebiet, das auf der diesem Abkommen beigefügten Karte grün umrandet ist (in diesem Abkommen als Raum Soltau-Lüneburg bezeichnet), durch die britische und die kanadische Truppe (in diesem Abkommen als Truppe bezeichnet) folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg gelten die Bestimmungen des Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (in diesem Abkommen als Zusatzabkommen bezeichnet) und die nachstehenden Vorschriften.

Artikel 2

Die Truppe darf die im Raum Soltau-Lüneburg liegenden Teile des Naturschutzgebietes in Übereinstimmung mit den Vorschriften dieses Abkommens und den in der Anlage festgelegten Bedingungen ohne Einwilligung des Berechtigten benutzen.

Artikel 3

(1) Die Bundesrepublik verpflichtet sich, die auf der diesem Abkommen beigefügten Karte rot gekennzeichneten Flächen der Truppe zur ständigen Benutzung zu überlassen. Die gesamte Ausbildung von Panzereinheiten bis zur Zugstärke darf nur auf diesen Flächen durchgeführt werden.

(2) Im Rahmen der Ausbildung von Panzereinheiten bis zur Zugstärke darf die Truppe ferner

- a) nur auf den ihr nach Absatz (1) überlassenen Flächen oder in deren unmittelbarer Nähe bivakieren;
- b) mit Gleiskettenfahrzeugen nur die auf der diesem Abkommen beigefügten Karte rot gekennzeichneten Straßen und Wege benutzen;

Regarding the conduct of manœuvres and other training exercises by the British and Canadian Forces (in this Agreement referred to as the force) in the area outlined in green on the map annexed to this Agreement (in this Agreement referred to as the Soltau-Lüneburg area), the Federal Republic of Germany, Canada and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland have agreed as follows:—

Article 1

The provisions of the Supplementary Agreement to the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic (in this Agreement referred to as the Supplementary Agreement) and the following provisions shall apply to the conduct of manœuvres and other training exercises in the Soltau-Lüneburg area.

Article 2

The force shall be entitled to use, without the consent of the legally entitled person, the parts of the nature park situated in the Soltau-Lüneburg area in accordance with the provisions of this Agreement and the conditions laid down in the Annex.

Article 3

1. The Federal Republic undertakes to make available for permanent use by the force the areas indicated in red on the map annexed to this Agreement. All training of armoured units up to troop strength shall take place only on these areas.

2. Within the framework of the training of armoured units up to troop strength, the force shall, moreover,

- (a) bivouac only on the areas made available to it according to paragraph 1, or in their immediate vicinity;
- (b) with their tracked vehicles, use only the roads and tracks indicated in red on the map annexed to this Agreement;

- c) an Sonntagen und an den in Artikel 4 Absatz (4) Buchstabe (c) genannten Feiertagen zwischen 7 Uhr morgens und 7 Uhr abends mit Gleiskettenfahrzeugen nicht durch Ortschaften fahren.

Artikel 4

Für Manöver und andere Übungen außerhalb der der Truppe nach Artikel 3 zur ständigen Benutzung überlassenen Flächen gelten die folgenden Vorschriften:

- (1) Übungen, bei denen Panzer eingesetzt werden, dürfen in dem östlich der Luhe gelegenen Teil des Raumes Soltau-Lüneburg nicht durchgeführt werden.
- (2) Für den Verkehr von Fahrzeugen, deren Abmessungen, Achslasten, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Verkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, darf die Truppe nur das auf der diesem Abkommen beigefügten Karte blau gekennzeichnete Straßennetz benutzen. Außerhalb dieses Straßennetzes darf die Truppe Straßen und Wege mit solchen Fahrzeugen benutzen, soweit es im Rahmen von Übungen zur Erreichung des Übungszwecks erforderlich ist. Erheben die deutschen Behörden aus wichtigen Gründen Einwendungen gegen die Benutzung einer bestimmten Straße oder eines bestimmten Weges, so wird umgehend in gemeinsamen Erörterungen angestrebt, ein Einvernehmen zu erzielen.
- (3) Die Truppe gewährleistet, daß beschädigte Wege und verschmutzte Straßen so bald wie möglich wieder in einen ordnungsmäßigen Zustand versetzt werden.
- (4) (a) Ortschaften und Gehöfte dürfen nicht als Angriffsziele dienen; die Durchführung von Übungen in Ortschaften und auf Gehöften ist nicht zulässig; Ortschaften dürfen im Verlauf einer Übung nur durchquert werden;
 - (b) unmittelbar vor und während der Ernte darf die Truppe auf noch nicht abgeernteten, mit Getreide bestellten Grundstücken nicht üben. Andere noch nicht abgeerntete Grundstücke darf die Truppe in dieser Zeit nicht befahren;
 - (c) die Truppe plant und führt ihre Ausbildung so durch, daß Manöver oder andere Übungen an Sonntagen und an den nachstehend genannten Feiertagen in der Regel nicht stattfinden: Neujahr, Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai, Himmelfahrt, Pfingstmontag, 17. Juni, Buß- und Betttag, erster und zweiter Weihnachtsfeiertag. Soweit die Truppe aus zwingenden militärischen Gründen Manöver oder andere Übungen an Sonntagen oder an den genannten Feiertagen durchführen muß, stellt sie sicher, daß der Verkehr durch Ortschaften mit Fahrzeugen, deren Abmessungen, Achslasten, Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Verkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, auf das mit dem Übungszweck zu vereinbarende Mindestmaß beschränkt wird;
 - (d) falls gleichzeitig mehrere Einheiten oder Verbände üben, bestimmen diese Einheiten oder Verbände einen Offizier, der die Übungen koordiniert;
 - (e) im übrigen sind die in der Anlage zu diesem Abkommen festgelegten Bedingungen zu beachten.

- (c) not drive tracked vehicles through villages between 7 a.m. and 7 p.m. on Sundays and on the holidays specified in paragraph 4 (c) of Article 4.

Article 4

Regarding the conduct of manœuvres and other training exercises outside the areas made available to the force for permanent use under Article 3, the following provisions shall apply:—

1. Exercises in which tanks participate shall not be conducted in that part of the Soltau-Lüneburg area situated east of the river Luhe.
2. The force shall be entitled to use vehicles whose dimensions, axle loads, total weight or numbers exceed the limitations imposed by the German traffic law only on the road network indicated in blue on the map annexed to this Agreement. The force shall be entitled to use such vehicles on roads and tracks outside this road network so far as it is necessary within the scope of exercises to achieve their purpose. If for important reasons the German authorities raise objections to the use of a particular road or a particular track, endeavours shall be made without delay by way of joint discussion to reach agreement.
3. The force shall ensure that tracks which have been damaged and roads which have been made dirty are restored to an orderly state as soon as possible.
4. (a) Villages and farm premises (Gehöfte) shall not be used as targets for attack; the conduct of exercises in villages or on farm premises shall not be permissible; during an exercise villages may only be entered in transit;
 - (b) immediately before and during the harvest period the force shall not conduct exercises on grainbearing plots of land which have not yet been harvested. During this period the force shall not drive on other plots of land not yet harvested;
 - (c) the force shall arrange and conduct its training in such a way that manœuvres or other training exercises shall not, as a rule, take place on Sundays and on the following holidays: New Year's Day, Good Friday, Easter Monday, 1st May, Ascension Day, Whit Monday, 17th June, Day of Atonement (Buß- und Betttag), Christmas Day and Boxing Day. Where, for compelling military reasons, the force has to conduct manœuvres or other training exercises on Sundays or on the above-mentioned holidays, it shall ensure that movement through villages of vehicles whose dimensions, axle loads, total weight or numbers exceed the limitations imposed by German traffic law is kept to the minimum compatible with the purpose of the exercise;
 - (d) if several units or formations conduct training exercises at the same time, an officer shall be appointed from such units or formations to co-ordinate the training exercises;
 - (e) in addition the exercise conditions contained in the Annex to this Agreement shall be observed.

Artikel 5

(1) Die britische Truppe wird einen mit Befehlsgewalt gegenüber allen im Raume Soltau-Lüneburg übenden Einheiten und Verbänden versehenen Offizier einsetzen, der dafür verantwortlich ist, daß die für die Durchführung der Manöver und anderen Übungen geltenden Bestimmungen von den Einheiten und Verbänden voll beachtet werden. Dieser Offizier ist ferner dafür verantwortlich, daß alle Einheiten und Verbände einschließlich ihrer Vorkommandos bei ihrem Eintreffen im Raume Soltau-Lüneburg über die genannten Bestimmungen eingehend unterrichtet werden.

(2) Die erforderliche Verbindung zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Behörden wird durch eine britische Verbindungsstelle hergestellt und unterhalten.

- (3) (a) Zur wirksamen Koordinierung der zivilen und der militärischen Belange bei der Anwendung dieses Abkommens wird ein Ständiger Ausschuß errichtet, dem ein von der Bundesregierung, ein von der niedersächsischen Landesregierung und ein von der britischen Truppe bestimmter Vertreter angehören. Die kanadische Truppe kann einen Vertreter in den Ausschuß entsenden, wenn kanadische Interessen berührt werden. Der Ausschuß kann Sachverständige zu seinen Beratungen hinzuziehen.
- (b) Der Ausschuß wird Fragen, die sich bei der Anwendung des Artikels 45 Absatz (2) des Zusatzabkommens ergeben können, unverzüglich erörtern. Insbesondere wird er sich vordringlich mit Beschwerden, die auf Artikel 45 Absatz (2) Buchstaben (a) bis (c) des Zusatzabkommens gestützt werden, befassen und so schnell wie möglich an Ort und Stelle die erforderlichen Feststellungen treffen. Der Ausschuß unterrichtet den nach Absatz (1) dieses Artikels eingesetzten Offizier über seine Feststellungen.
- (c) Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe wird der Ausschuß anstreben, so bald wie möglich ein Einvernehmen zu erzielen.

Artikel 6

Die britische Verbindungsstelle meldet die Übungen, die außerhalb der der Truppe nach Artikel 2 dieses Abkommens zur ständigen Benutzung überlassenen Flächen durchgeführt werden sollen, von Monat zu Monat zusammengefaßt bei den Behörden des Landes und bei der Wehrbereichsverwaltung bis zum 10. des vorhergehenden Monats an. Die Anmeldung enthält Angaben über Art und Dauer der Übung, die Bezeichnung und die ungefähre Stärke der übenden Einheiten, die ungefähre Gesamtzahl der Räder- und Kettenfahrzeuge sowie, falls erforderlich, Angaben darüber, welche besonderen Vereinbarungen (z.B. über die Sperrung von Verkehrswegen) zu treffen sind. Die britische Verbindungsstelle teilt außerdem dem nach Artikel 5 Absatz (3) errichteten Ständigen Ausschuß den ungefähren Raum mit, in dem Übungen außerhalb der Flächen, die der Truppe nach Artikel 3 zur ständigen Benutzung überlassen worden sind, stattfinden sollen. Die Mitteilung wird so früh wie möglich gemacht, auf jeden Fall spätestens sieben Tage vor Beginn der Übungen.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung; die Unterzeichnerstaaten hinterlegen die Ratifikationsurkunden bei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland.

Article 5

1. The British force shall appoint an officer having authority (Befehlsgewalt) over all units and formations conducting training exercises in the Soltau-Lüneburg area, who shall be responsible for ensuring that the provisions governing the conduct of manoeuvres and other training exercises are fully observed by such units and formations. This officer shall furthermore be responsible for ensuring that all units and formations, including their advance elements, are briefed in detail on these provisions upon arrival in the Soltau-Lüneburg area.

2. Appropriate liaison between the authorities of the force and the German authorities shall be established and maintained by a British liaison office.

3. (a) For the purpose of effective co-ordination of civilian and military interests in the application of this Agreement, a Permanent Committee shall be established, consisting of one representative designated by the Federal Government, one by the Land Government of Lower Saxony and one by the British force. The Canadian force shall be entitled to appoint a representative to the Committee when Canadian interests are involved. The Committee may in the course of its discussions call in experts.
- (b) The Committee shall discuss without delay questions which might arise from the application of paragraph 2 of Article 45 of the Supplementary Agreement. In particular, it shall, as a matter of priority, deal with complaints based upon sub-paragraphs (a) to (c) of paragraph 2 of Article 45 of the Supplementary Agreement, and as quickly as possible determine the necessary details on the spot. The Committee shall inform the officer appointed in accordance with paragraph 1 of this Article of its findings.
- (c) In case of differences of opinion between the German authorities and the authorities of the force the Committee shall endeavour to reach an agreement as soon as possible.

Article 6

The British liaison office shall make a combined notification monthly to the Land authorities and the Military District Administration of exercises which are to take place outside the areas made available for permanent use by the force under Article 2 of this Agreement, the notification to be made by the tenth day of the preceding month. The notification shall contain details concerning the nature and duration of the exercise, the designation and approximate strength of the units in training, the approximate total number of wheeled and tracked vehicles, and, if necessary, details concerning any special arrangements to be made (as for example in respect of blocking of public roads). The British liaison office shall, in addition, notify the Permanent Committee established under paragraph 3 of Article 5 of this Agreement of the approximate area in which it is planned to carry out exercises outside the areas made available for permanent use by the force under Article 3 of this Agreement. The notification shall be made as early as possible and in any event not later than seven days before the exercises are to take place.

Article 7

1. The present Agreement shall be submitted for ratification; the signatory States shall deposit the instruments of ratification with the Government of the Federal Republic of Germany.

(2) Dieses Abkommen tritt an demselben Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

(3) Auf dieses Abkommen werden die Artikel 81 und 82 des Zusatzabkommens entsprechend angewandt,

2. The present Agreement shall enter into force on the same day as the Supplementary Agreement.

3. Articles 81 and 82 of the Supplementary Agreement shall apply mutatis mutandis to the present Agreement.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

DONE at Bonn this third day of August 1959 in two original texts in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

A. H. van Scherpenberg

Für Kanada:

For Canada:

Escott Reid

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:

For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

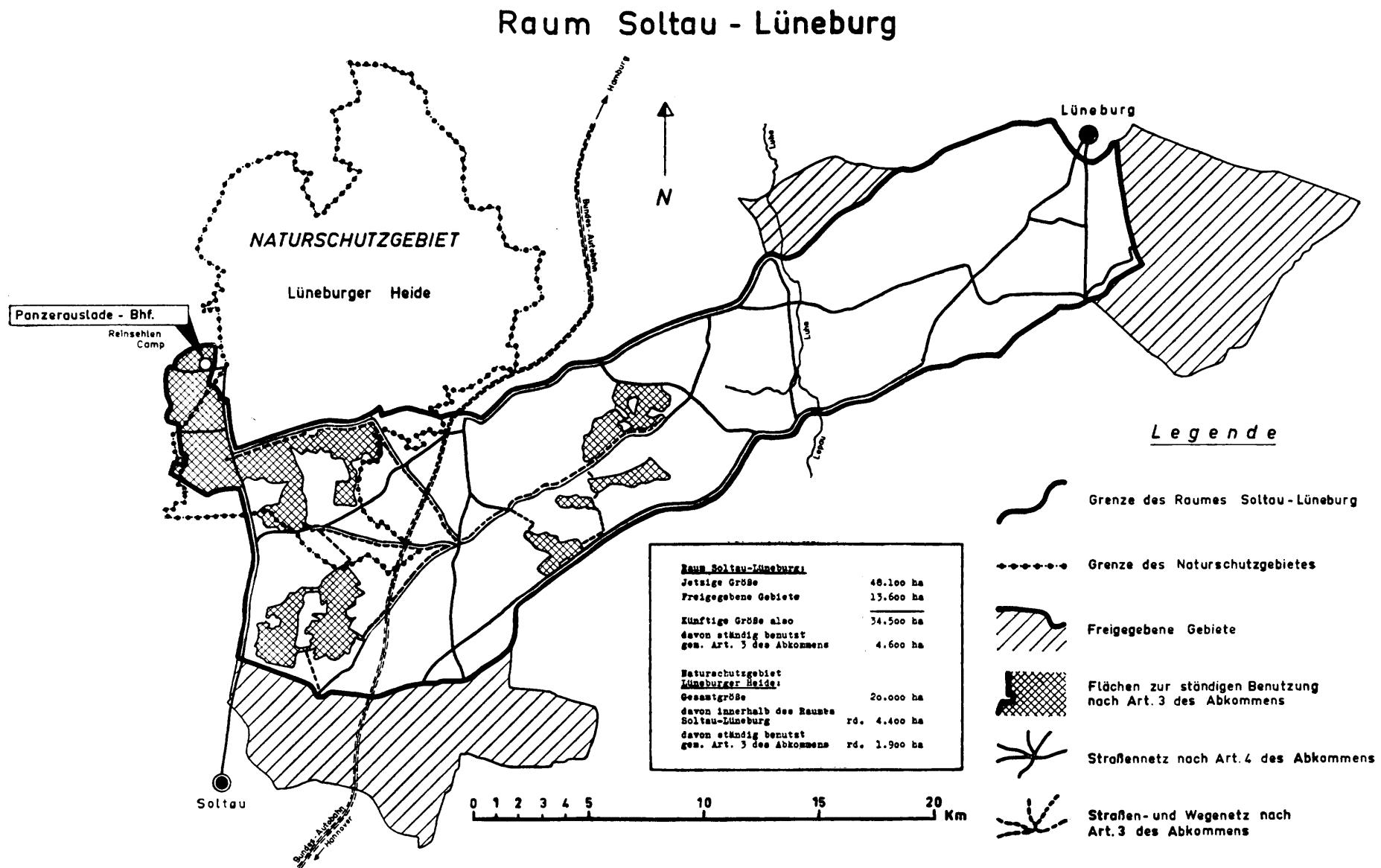
Christopher Steel

Anlage

Annex

1. Die öffentlichen Straßen und Wege dürfen nur zu Verkehrswecken benutzt werden. Es ist nicht gestattet, die Straßen und Wege als Bivakplätze oder Feuerstellungen zu benutzen oder den Straßenkörper aufzugraben, aus der Straßenbepflanzung Tarnmaterial zu entnehmen oder sie zu beseitigen.
 2. Die Bundesautobahn darf nicht betreten werden; zum Überqueren müssen die vorhandenen Über- oder Unterführungen benutzt werden.
 3. Mit selbstfahrenden Gleiskettenfahrzeugen darf die Bundesstraße 3 bei Fahrten zwischen dem Lager Reinsehlen und dem Raum östlich dieser Straße nur an den Stellen überquert werden, die auf der diesem Abkommen beigefügten Karte gekennzeichnet sind. Dabei hat die Truppe sicherzustellen, daß der öffentliche Verkehr nicht gefährdet und nicht mehr als unvermeidbar behindert wird. Im übrigen dürfen auf der Bundesstraße 3 nur verladene Gleiskettenfahrzeuge transportiert werden.
 4. Sind Straßen oder Wege durch Fahrzeuge der Truppe beschädigt oder verschmutzt worden und wird dadurch der Verkehr gefährdet, so trifft die Truppe die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen und unterrichtet unbeschadet der Maßnahmen nach Artikel 4 Absatz (3) des Abkommens unverzüglich die deutschen Behörden.
 5. Orientierungsübungen von Panzern nur nach dem Kompaß dürfen nicht abgehalten werden.
 6. Tarnmaterial darf nicht ohne Einwilligung des Befreitigten entnommen werden.
 7. Bäume dürfen nicht gefällt werden.
 8. Geschlagenes Holz darf weder beschädigt noch für Stellungsbauten oder andere Zwecke verwandt werden.
 9. Bei Schanzarbeiten sind nach Möglichkeit Deckschichten abzuheben und so zu lagern, daß sie nach dem Verfüllen der Schanzlöcher wieder als Deckschichten verwendet werden können.
 10. Das Schießen mit Ausbildungsmunition und die Verwendung rauchentwickelnder Stoffe sind in der Nähe von Dörfern, Gehöften und Straßen verboten.
 11. Zur Verhütung von Bränden, insbesondere im Waldgelände, in der Nähe von Stroh- und Heuschobern und anderem leicht entzündlichen Material, sind besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen.
- Diese Maßnahmen umfassen insbesondere Maßnahmen zur Verhütung von Bränden, die durch das Abstellen von Kraftfahrzeugen in der Nähe von leicht entzündlichem Material entstehen können.
- Leuchtkugeln dürfen auf Ortschaften, Gehöfte, Scheunen, Heu- oder Strohschober und anderes leicht entzündliches Material nicht geschossen werden.

1. It shall be permissible to use public roads and tracks only for traffic purposes. It shall not be permissible to use roads or tracks as bivouac sites or gun emplacements or to dig up the roadway or to use vegetation growing beside roads as camouflage material or to remove such vegetation.
 2. The Federal highway (Bundesautobahn) shall not be entered; it shall be crossed only by existing Autobahn bridges or underpasses.
 3. Federal road 3 (Bundesstrasse 3) shall be crossed by tracked vehicles running on their tracks during transit between Reinsehlen Camp and the area east of the road only at the points indicated on the map annexed to the Agreement. In so doing, the force shall ensure that public traffic is not endangered or obstructed more than is inevitable. In addition, tracked vehicles shall be transported on Federal road 3 only if loaded on transporters.
 4. If any roads or tracks have been damaged or made dirty by vehicles of the force and traffic is thereby endangered, the force shall take any necessary safety measures and shall immediately inform the German authorities without prejudice to the action provided for in paragraph 3 of Article 4 of the Agreement.
 5. It shall not be permissible to conduct tank navigation exercises by compass only.
 6. No camouflage material shall be removed without the consent of the legally entitled person concerned.
 7. No trees shall be felled.
 8. Cut timber shall not be damaged or used for the construction of field fortifications or other purposes.
 9. Where digging is carried out the top soil shall as far as possible be removed and piled in such a manner that it can be replaced as the upper layer when the diggings are filled in.
 10. Firing with blank ammunition and the use of smoke-generating devices in the vicinity of villages, farm premises and public roads shall be prohibited.
 11. Special precautionary measures shall be taken to prevent fires, particularly in wooded areas, near stacks of straw or hay or other highly combustible material.
- These measures shall, in particular, include measures designed to prevent fires which might arise from the parking of motor vehicles near highly combustible material.
- No signal lights shall be fired at villages, farm premises or barns or at stacks of hay or straw or other highly combustible material.



Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien
über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Accord
entre la République Fédérale d'Allemagne et le Royaume de Belgique
relatif au Règlement des Litiges résultant de Contrats passés directement

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
 und
DAS KONIGREICH BELGIEN

SIND gemäß Artikel 44 Absatz (6) Buchstabe (b) des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Beilegung von Streitigkeiten aus Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges des belgischen Staates (im folgenden als belgische Behörden bezeichnet) im Bundesgebiet unmittelbar beschafft werden, gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Artikel 2

Die deutschen Behörden stellen den belgischen Behörden ihre guten Dienste zur Beilegung von Streitigkeiten, insbesondere durch vermittelnde oder gutachtlche Tätigkeit, jederzeit zur Verfügung.

Artikel 3

(1) Der Auftragnehmer kann wegen einer der in Artikel 1 bezeichneten Streitigkeiten Klage vor den deutschen Gerichten erheben. In diesem Falle ist die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten. Die Bundesrepublik Deutschland führt den Rechtsstreit im Interesse des belgischen Staates im eigenen Namen.

(2) Die Klage ist vor dem Gericht zu erheben, in dessen Bezirk diejenige deutsche Behörde ihren Sitz hat, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Rechtsstreit vertritt.

(3) Für die Entscheidung über die Klage ist das Recht maßgebend, das die Beteiligten in dem Vertrag vereinbart haben. Ist über das anzuwendende Recht in dem Vertrage keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.

Artikel 4

Die deutschen Behörden führen einen Rechtsstreit, in dem nach Ansicht der belgischen Behörden Klage gegen den Auftragnehmer zu erheben ist,

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
 et
LE ROYAUME DE BELGIQUE

CONFORMÉMENT à l'alinéa (b) du paragraphe 6 de l'Article 44 de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne, signé à Bonn, le 3 août 1959 (dénommé ci-après « Accord Complémentaire »)

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

Les dispositions suivantes s'appliquent au règlement des litiges découlant de fournitures et autres prestations effectuées sur le territoire fédéral à la suite de contrats passés directement par les autorités de la force ou de l'élément civil de l'État Belge (désignées ci-après comme « autorités belges »).

Article 2

Les autorités allemandes mettent à tout moment leurs bons services à la disposition des autorités belges en vue du règlement des litiges, notamment par voie de conciliation ou d'expertise.

Article 3

1. — Le fournisseur ou l'entrepreneur peut saisir les tribunaux allemands des litiges visés à l'Article 1. En ce cas, l'instance doit être introduite contre la République Fédérale d'Allemagne. La République Fédérale d'Allemagne mène l'affaire en son nom propre en défendant les intérêts de l'État Belge.

2. — L'action doit être portée devant le tribunal dans le ressort duquel l'autorité allemande qui représente la République Fédérale d'Allemagne au procès a son siège.

3. — Le jugement rendu sur l'affaire se conforme au droit adopté par les parties dans le contrat. Lorsque le contrat ne précise pas le droit à appliquer, il y a lieu de se conformer au droit allemand.

Article 4

À la demande des autorités belges les actions qu'elles estiment devoir être engagées contre le fournisseur ou l'entrepreneur sont poursuivies par

auf deren Antrag im Interesse des belgischen Staates im Namen der Bundesrepublik Deutschland.

Artikel 5

Für die Zusammenarbeit der deutschen und der belgischen Behörden bei Verfahren vor deutschen Gerichten gelten die Bestimmungen des Artikels 44 Absätze (1) bis (4) des Zusatzabkommens entsprechend.

Artikel 6

Die vorstehenden Bestimmungen beeinträchtigen nicht das Recht des Auftragnehmers, wegen der Streitigkeiten ein belgisches Gericht anzurufen.

Artikel 7

(1) Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik Deutschland durch vollstreckbare Titel in den auf Grund dieses Abkommens geführten Rechtsstreitigkeiten festgestellt werden, gehen zu Lasten des belgischen Staates oder kommen ihm zugute.

(2) Sofern die Truppe oder das zivile Gefolge gegen die Einlegung eines Rechtsmittels nur deshalb keine Eirwendung erhebt, weil eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt hat, und auf Grund des Rechtsmittels in dem gerichtlichen Verfahren Mehraufwendungen erwachsen, so wird von Fall zu Fall vereinbart, ob und inwieweit die in dem Verfahren festgestellten Verpflichtungen zu Lasten des belgischen Staates oder der Bundesrepublik gehen.

(3) Kosten, die aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens entstehen und die nicht in den vom Gericht festgesetzten Kosten enthalten sind, werden von dem belgischen Staat übernommen, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der belgischen Behörden eingeholt worden ist.

Artikel 8

(1) Über Streitigkeiten, an denen die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost beteiligt ist, entscheidet ein Einzelschiedsrichter, der gemäß Artikel VIII Absatz (2) Buchstabe (b) des am 19. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen ausgewählt wird. Die Entscheidung des Schiedsrichters ist bindend und endgültig. Die Vergütung für den Schiedsrichter wird im Einvernehmen zwischen den deutschen und belgischen Behörden festgesetzt und, ebenso wie die bei der Durchführung seiner Aufgaben entstehenden Kosten, von der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost und dem belgischen Staat zu gleichen Teilen getragen.

(2) Für die Entscheidung des Schiedsrichters ist das Recht maßgebend, das bei der Bestellung der Lieferung oder Leistung vereinbart worden ist. Ist über das anzuwendende Recht bei der Bestellung keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.

les autorités allemandes dans l'intérêt de l'État Belge au nom de la République Fédérale d'Allemagne.

Article 5

Les dispositions des paragraphes 1 à 4 de l'Article 44 de l'Accord Complémentaire s'appliquent mutatis mutandis à la coopération des autorités allemandes et belges lors d'une action devant un tribunal allemand.

Article 6

Les dispositions précédentes n'affectent pas le droit du fournisseur ou de l'entrepreneur de saisir du litige une juridiction belge.

Article 7

1. — L'État Belge supporte à l'égard de la République Fédérale toutes les obligations et bénéficie de tous les droits déterminés à l'encontre de celle-ci ou en sa faveur par des titres exécutoires (vollstreckbare Titel) intervenus au cours d'actions en justice menées conformément au présent Accord.

2. — Si les autorités allemandes exercent une voie de recours, la force ou l'élément civil ne s'y opposant pas en raison de l'intérêt essentiel attesté par une autorité supérieure fédérale, et s'il en résulte des charges supplémentaires, les obligations que doit supporter l'État Belge ou la République Fédérale sont déterminées, dans chaque cas, par voie d'accord.

3. — Les frais découlant d'une action en justice et qui n'auraient pas été inclus dans les frais fixés par le tribunal sont assumés par l'État Belge lorsque les autorités belges ont donné, au préalable, leur consentement à ce que ces frais soient engagés.

Article 8

1. — Les litiges auxquels est partie la Deutsche Bundesbahn ou la Deutsche Bundespost sont tranchés par un arbitre unique choisi conformément à l'Article VIII paragraphe 2 alinéa (b) de la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces, signée à Londres le 19 juin 1951. La décision prise par l'arbitre sera obligatoire et définitive. La rémunération de l'arbitre sera fixée par accord entre les autorités allemandes et belges et sera, ainsi que les dépenses qu'aura occasionnées l'accomplissement de sa fonction, supportée par parts égales par la Deutsche Bundesbahn ou la Deutsche Bundespost d'une part et d'autre part l'État Belge.

2. — La décision prise par l'arbitre se conforme au droit adopté lors de la commande de la fourniture ou de la prestation. Lorsque le droit applicable n'a pas été précisé lors de la commande il y a lieu de se conformer au droit allemand.

Artikel 9

Dieses Abkommen findet auf alle Streitigkeiten Anwendung, die zur Zeit seines Inkrafttretens noch nicht beigelegt worden sind.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 9

Le présent Accord s'applique à tous les litiges non encore réglés au moment de sa mise en vigueur.

Article 10

1. — Le présent Accord sera ratifié ou approuvé. Les instruments de ratification ou d'approbation seront échangés à Bonn.

2. — Le présent Accord entrera en vigueur le même jour que l'Accord Complémentaire.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires soussignés dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn le trois jour du mois d'août 1959 en deux exemplaires, en langues allemande et française, les deux versions faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République Fédérale d'Allemagne:

A. H. van Scherpenberg

Für das Königreich Belgien:
Pour le Royaume de Belgique:

Baron de Gruben

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada
über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Agreement
between the Federal Republic of Germany and Canada
on the Settlement of Disputes arising out of direct Procurement

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
KANADA

SIND gemäß Artikel 44 Absatz (6) Buchstabe (b) des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

WIE FOLGT UBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Beilegung von Streitigkeiten aus Verträgen oder anderen Abmachungen über Lieferungen oder sonstige Leistungen, die von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges Kanadas (im folgenden als kanadische Behörden bezeichnet) im Bundesgebiet unmittelbar beschafft werden, gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Artikel 2

Die kanadischen Behörden machen alle Anstrengungen, um auf dem Verhandlungswege zu einer gütlichen Regelung mit dem Auftragnehmer zu gelangen. Auf Antrag der kanadischen Behörden stellen die deutschen Behörden ihre guten Dienste durch vermittelnde oder gutachtlche Tätigkeit zur Verfügung, um eine solche Regelung zu erreichen.

Artikel 3

(1) Falls eine Streitigkeit auf dem Verhandlungswege innerhalb von vier Monaten, nachdem der Auftragnehmer die kanadischen Behörden erstmalig schriftlich um eine Regelung gebeten hat, nicht beigelegt worden ist, kann der Auftragnehmer die Streitigkeit einem deutschen Gericht unterbreiten. Die Streitigkeit kann einem deutschen Gericht nur insoweit unterbreitet werden, als sie nicht auf dem Verhandlungswege beigelegt worden ist. Ein Vorschlag der kanadischen Behörden zur Regelung der Streitigkeit gilt als vom Auftragnehmer angenommen, wenn dieser ihn nicht innerhalb von sechs Wochen nach Erhalt schriftlich ablehnt.

(2) Die Klage des Auftragnehmers ist gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten, die den Rechtsstreit im Interesse Kanadas im eigenen Na-

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
CANADA

PURSUANT to sub-paragraph (b) of paragraph 6 of Article 44 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement"),

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

For the settlement of disputes arising out of contracts or other arrangements concerning goods and services directly procured in the Federal territory by the authorities of the force or of the civilian component of Canada (hereinafter referred to as the "Canadian authorities") the following provisions shall apply.

Article 2

The Canadian authorities shall make every effort to reach an amicable settlement by negotiation with the contractor. The German authorities shall, at the request of the Canadian authorities, offer their good offices in a mediatory or advisory capacity in order to reach such settlement.

Article 3

1. If a dispute has not been settled by negotiation within a period of four months from the time that the contractor first submitted in writing to the Canadian authorities a request for a settlement, it shall be permissible for the contractor to submit the dispute to a German court. Submission of the dispute to a German court shall be permissible only to the extent that the dispute has not been settled by negotiation. A proposal for settlement of the dispute made by the Canadian authorities shall be deemed to have been accepted by the contractor if the latter does not, within six weeks after receipt, reject the proposal in writing.

2. The plaint brought by the contractor shall be lodged against the Federal Republic of Germany which shall conduct the case in its own name in

men führt. Die Klage ist vor dem Gericht zu erheben, in dessen Bezirk diejenige deutsche Behörde ihren Sitz hat, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Rechtsstreit vertritt

(3) Auf Antrag der kanadischen Behörden erheben die deutschen Behörden im Interesse Kanadas im Namen der Bundesrepublik Deutschland Klage gegen einen Auftragnehmer

(4) Für die Entscheidung über eine nach den Absätzen (2) und (3) erhobene Klage ist das Recht maßgebend, das die Beteiligten bei der Bestellung der Lieferung oder Leistung vereinbart haben. Ist über das anzuwendende Recht bei der Bestellung keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.

Artikel 4

(1) Die deutschen Behörden unterrichten und konsultieren die kanadischen Behörden in vollem Umfang in jeder Lage des Verfahrens; sie führen alle Weisungen der kanadischen Behörden aus, die sich auf die Führung und Beendigung des Rechtsstreits, außergerichtlichen Vergleich, Widerklage, Zustimmung zu gerichtlichen Entscheidungen, Rechtsmittel und ähnliches beziehen. Die deutschen Behörden stellen den kanadischen Behörden auf Antrag Abschriften aller Unterlagen zur Verfügung, die für den Rechtsstreit von Bedeutung sind. Die kanadischen Behörden übermitteln den deutschen Behörden rechtzeitig alle Angaben und Unterlagen, die zur Führung des Rechtsstreits notwendig sind.

(2) Die deutschen Behörden können in Notfällen ohne Mitwirkung der kanadischen Behörden Maßnahmen zur Wahrung der Interessen Kanadas ergreifen, wobei die kanadischen Behörden sobald wie möglich vollständig über das Veranlaßte unterrichtet werden.

Artikel 5

(1) Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik Deutschland durch vollstreckbare Titel in gerichtlichen Verfahren, die sich aus den in diesem Abkommen erwähnten Streitigkeiten ergeben, festgestellt werden, gehen zu Lasten Kanadas oder kommen Kanada zugute.

(2) Kosten, die aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens entstehen und die nicht in den vom Gericht festgesetzten Kosten enthalten sind, werden von Kanada übernommen, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der kanadischen Behörden eingeholt worden ist.

Artikel 6

(1) Über Streitigkeiten, an denen die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost beteiligt ist, entscheidet ein Einzelschiedsrichter, der gemäß Artikel VIII Absatz (2) Buchstabe (b) des am 19. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen ausgewählt wird. Die Entscheidung des Schiedsrichters ist bindend und endgültig. Die Vergütung für den Schiedsrichter wird im Einvernehmen zwischen den deutschen und kanadischen Behörden festgesetzt und, ebenso wie die bei der Durchführung seiner

the interest of Canada. The plaint shall be lodged with the court in whose area that German authority is situate which represents the Federal Republic of Germany in the case

3. If the Canadian authorities so request, the German authorities shall lodge a plaint against a contractor in the name of the Federal Republic of Germany acting in the interest of Canada.

4. The decision on a plaint lodged in accordance with paragraphs 2 and 3 of this Article shall be based on the law which the parties have agreed upon at the time that the goods and services were ordered. If at the time of the order no agreement was made concerning the law to be applied, German law shall be applied.

Article 4

1. The German authorities shall keep the Canadian authorities fully informed and shall consult with them fully at all stages of the court proceedings and shall carry out any instructions given by the Canadian authorities in respect of their conduct and termination, settlement out of court, counter claims, consent to judgment, appeal and similar matters. The German authorities shall, if requested by the Canadian authorities, provide them with copies of all documents bearing on the court proceedings. The Canadian authorities shall forward to the German authorities in good time any data and documents necessary to the conduct of the court proceedings.

2. In the event of an emergency, the German authorities may take measures to safeguard the interests of Canada without the participation of the Canadian authorities, provided these authorities are fully informed as soon as possible thereafter of the measures taken.

Article 5

1. Canada shall meet all the obligations laid upon, and shall enjoy any benefits accruing to the Federal Republic of Germany, as a result of judgements, decisions, orders, and settlements (vollstreckbare Titel) in the court proceedings arising from disputes referred to in the present Agreement.

2. Costs arising in connection with court proceedings which are not included in the costs established by the court shall be paid by Canada if the Canadian authorities have given their agreement before the costs were incurred.

Article 6

1. Disputes to which the Deutsche Bundesbahn or the Deutsche Bundespost is a party shall be decided upon by a sole arbitrator who is selected in accordance with subparagraph (b) of paragraph 2 of Article VIII of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, signed at London on 19 June 1951. Any decision taken by the arbitrator shall be binding and conclusive. The compensation of the arbitrator shall be fixed by agreement between the German and Canadian authorities and shall, together with the necessary expenses incidental to

Aufgaben entstehenden Kosten, von der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost und den kanadischen Behörden zu gleichen Teilen getragen.

(2) Für die Entscheidung des Schiedsrichters ist das Recht maßgebend, das die Beteiligten bei der Bestellung der Lieferung oder Leistung vereinbart haben. Ist über das anzuwendende Recht bei der Bestellung keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.

Artikel 7

Dieses Abkommen findet auf alle Streitigkeiten Anwendung, die zur Zeit seines Inkrafttretens noch nicht beigelegt worden sind.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

the performance of his duties, be defrayed in equal proportions by the Deutsche Bundesbahn or the Deutsche Bundespost and the Canadian authorities.

2. The decision of the arbitrator shall be based on the law which the parties have agreed upon at the time that the goods and services were ordered. If at the time of the order no agreement was made concerning the law to be applied, German law shall be applied.

Article 7

The present Agreement shall be applicable to any dispute not settled at the effective date of this Agreement.

Article 8

1. The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or approval shall be exchanged at Bonn.

2. The present Agreement shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned representatives, duly authorized thereto, have signed the present Agreement.

DONE at Bonn in duplicate, this third day of August 1959, in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

For the Federal Republic of Germany:

A. H. van Scherpenberg

Für Kanada:

For Canada:

Escott Reid

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik
über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Accord
entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française
relatif au Règlement des Litiges résultant de Contrats passés directement

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE FRANZÖSISCHE REPUBLIK

SIND gemäß Artikel 44 Absatz (6) Buchstabe (b) des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Beilegung von Streitigkeiten aus Verträgen, die im Bundesgebiet von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges der Französischen Republik (im folgenden als französische Behörden bezeichnet) über Lieferungen oder sonstige Leistungen, die in diesem Gebiet zu erbringen sind, unmittelbar geschlossen werden, gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Artikel 2

(1) Die Streitigkeiten werden der vorgesetzten Behörde der Truppe oder des zivilen Gefolges unterbreitet, um zu versuchen, sie im Verwaltungswege beizulegen.

(2) Auf Antrag der französischen Behörden arbeiten die deutschen Behörden mit ihnen bei der Beilegung von Streitigkeiten zusammen.

Artikel 3

(1) Ist innerhalb von vier Monaten, nachdem der Auftragnehmer schriftlich eine Entscheidung der vorgesetzten Behörde der Truppe oder des zivilen Gefolges beantragt hat, kein Bescheid dieser Behörde ergangen, so gilt sein Antrag als zurückgewiesen.

(2) Der Bescheid gilt als vom Auftragnehmer anerkannt, wenn dieser nicht innerhalb von sechs Wochen, nachdem ihm der Bescheid mitgeteilt worden ist, das in Artikel 4 vorgesehene weitere Verfahren eingeleitet hat.

(3) Der Auftragnehmer kann das in Artikel 4 vorgesehene weitere Verfahren nur insoweit einleiten, als die Streitigkeit nicht im Verwaltungswege beigelegt worden ist.

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
LA RÉPUBLIQUE FRANÇAISE

CONFORMÉMENT à l'alinéa (b) du paragraphe 6 de l'Article 44 de l'Accord complétant la Convention entre les États Parties au Traité de l'Atlantique Nord sur le Statut de leurs Forces en ce qui concerne les Forces étrangères stationnées en République Fédérale d'Allemagne, signé à Bonn, le 3 août 1959 (dénommé ci-après « Accord Complémentaire »)

SONT CONVENUS DE CE QUI SUIT:

Article 1

Les dispositions suivantes s'appliquent au règlement des litiges qui résulteraient de contrats passés directement sur le territoire fédéral par les autorités de la force ou de l'élément civil de la République Française (désignées ci-après par: « les autorités françaises ») pour la livraison de fournitures ou l'exécution d'autres prestations sur ce territoire.

Article 2

1. — Les litiges sont soumis à l'autorité supérieure de la force ou de l'élément civil pour tentative de règlement administratif.

2. — A la demande des autorités françaises les autorités allemandes coopèrent au règlement des litiges.

Article 3

1. Si la décision de l'autorité supérieure de la force ou de l'élément civil n'intervient pas dans un délai de quatre mois à compter de la date à laquelle le fournisseur ou l'entrepreneur a demandé, par écrit, la décision de cette autorité, sa réclamation est considérée comme rejetée.

2. — La décision est tenue pour acceptée par le fournisseur ou l'entrepreneur si celui-ci n'a pas exercé le recours prévu à l'Article 4 dans un délai de six semaines à compter de la date à laquelle elle lui a été notifiée.

3. — Le fournisseur ou l'entrepreneur ne peut exercer le recours prévu à l'Article 4 qu'autant que le litige n'a pas été réglé au cours de la procédure administrative.

Artikel 4

Wird die Streitigkeit nicht im Verwaltungswege erledigt, so wird sie entsprechend den Vertragsbedingungen beigelegt. Sofern die Parteien nicht eine Entscheidung durch Schiedsrichter vereinbart haben, wird die Streitigkeit den deutschen oder den französischen Gerichten unterbreitet. Die Zuständigkeit der französischen Gerichte ist in einer besonderen, von beiden Beteiligten unterzeichneten Urkunde zu vereinbaren.

Artikel 5

Sind die deutschen Gerichte zuständig, so gelten die nachstehenden Bestimmungen:

- (1) Klagen, die der Auftragnehmer erhebt, sind gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten, die den Rechtsstreit im Interesse der Truppe oder des zivilen Gefolges im eigenen Namen führt. Die Klage ist vor dem Gericht zu erheben, in dessen Bezirk diejenige deutsche Behörde ihren Sitz hat, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Rechtsstreit vertreten.
- (2) Die deutschen Behörden führen einen Rechtsstreit, in dem nach Ansicht der französischen Behörden Klage gegen den Auftragnehmer zu erheben ist, auf deren Antrag im Interesse der Truppe oder des zivilen Gefolges im Namen der Bundesrepublik Deutschland.
- (3) Für die Entscheidung über die Klage ist das Recht maßgebend, das die Beteiligten in dem Vertrag vereinbart haben. Ist über das anzuwendende Recht in dem Vertrag keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.
- (4) a) Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik Deutschland durch vollstreckbare Titel in den auf Grund dieses Artikels geführten Rechtsstreitigkeiten festgestellt werden, gehen zu Lasten der Französischen Republik oder kommen ihr zugute.
- b) Sofern die Truppe oder das zivile Gefolge gegen die Einlegung eines Rechtsmittels nur deshalb keine Einwendungen erhebt, weil eine oberste Bundesbehörde ihr wesentliches Interesse daran bestätigt hat, und auf Grund des Rechtsmittels in dem gerichtlichen Verfahren Mehraufwendungen erwachsen, so wird von Fall zu Fall vereinbart, ob und inwieweit die in dem Verfahren festgestellten Verpflichtungen zu Lasten der Französischen Republik oder der Bundesrepublik gehen.
- c) Kosten, die aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens entstehen und die nicht in den vom Gericht festgesetzten Kosten enthalten sind, werden von der Französischen Republik übernommen, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der französischen Behörden eingeholt worden ist.

Article 4

A défaut de règlement administratif, les litiges sont réglés conformément aux conditions convenues dans le contrat. A moins qu'il ne soit convenu entre les parties de les soumettre à un arbitrage, ils sont portés devant les tribunaux allemands ou devant les tribunaux français. L'attribution de compétence aux tribunaux français doit faire l'objet d'un acte séparé, signé des deux parties.

Article 5

En cas de compétence des tribunaux allemands, les dispositions ci-après sont applicables:

1. — Les actions engagées par le fournisseur ou l'entrepreneur doivent être intentées contre la République Fédérale d'Allemagne qui poursuit la procédure en son nom propre dans l'intérêt de la force ou de l'élément civil. L'action doit être portée devant le tribunal dans le ressort duquel l'autorité allemande qui représente la République Fédérale d'Allemagne au procès a son siège.
2. — A la demande des autorités françaises, les actions qu'elles estiment devoir être engagées contre le fournisseur ou l'entrepreneur sont poursuivies par les autorités allemandes dans l'intérêt de la force ou de l'élément civil au nom de la République Fédérale d'Allemagne.
3. — Le jugement rendu sur l'affaire se conforme au droit adopté par les parties dans le contrat. Lorsque le contrat ne précise pas le droit à appliquer, il y a lieu de se conformer au droit allemand.
4. — (a) La République Française supporte à l'égard de la République Fédérale d'Allemagne toutes les obligations et bénéficies de tous les droits déterminés à l'encontre de celle-ci ou en sa faveur par des titres exécutoires (vollstreckbare Titel) intervenus au cours d'actions en justice menées conformément au présent Article.
- (b) Si les autorités allemandes exercent une voie de recours, la force ou l'élément civil ne s'y opposant pas en raison de l'intérêt essentiel attesté par une autorité supérieure fédérale, et s'il en résulte des charges supplémentaires, les obligations que doit supporter la République Française ou la République Fédérale sont déterminées, dans chaque cas, par voie d'accord.
- (c) Les frais découlant d'une action en justice et qui n'auraient pas été inclus dans les frais fixés par le tribunal sont assumés par la République Française lorsque les autorités françaises ont donné, au préalable, leur consentement à ce que ces frais soient engagés.

(5) Für die Zusammenarbeit der deutschen und der französischen Behörden gelten die Bestimmungen des Artikels 44 Absätze (1) bis (4) des Zusatzabkommens entsprechend.

Artikel 6

Wird eine Streitigkeit aus einer Lieferung oder sonstigen Leistung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost nicht im Verwaltungswege erledigt, so wird sie einem Schiedsrichter unterbreitet. Der Schiedsrichter wird durch eine Vereinbarung zwischen den deutschen und den französischen Behörden bestimmt.

Artikel 7

Dieses Abkommen ist auf Verträge, die vor seinem Inkrafttreten abgeschlossen worden sind, anzuwenden, soweit die Beteiligten dies in einer Vertragsergänzung vereinbart haben.

Artikel 8

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République Fédérale d'Allemagne:

A. H. van Scherpenberg

Für die Französische Republik:
Pour la République Française:

François Seydoux

5. — Les dispositions des paragraphes 1 à 4 de l'Article 44 de l'Accord Complémentaire s'appliquent mutatis mutandis à la coopération des autorités allemandes et françaises en la matière.

Article 6

A défaut de règlement administratif les litiges résultant de fournitures ou d'autres prestations effectuées par la Deutsche Bundesbahn ou par la Deutsche Bundespost sont soumis à un arbitre. L'arbitre est désigné d'un commun accord par les autorités allemandes et les autorités françaises.

Article 7

Le présent Accord ne s'applique aux marchés passés avant son entrée en vigueur qu'autant qu'un avenant à cet effet est conclu entre les parties.

Article 8

1. — Le présent Accord sera ratifié. Les instruments de ratification seront échangés à Bonn.

2. — Le présent Accord entrera en vigueur le même jour que l'Accord Complémentaire.

EN FOI DE QUOI, les Plénipotentiaires sous-signés, dûment autorisés à cet effet, ont apposé leurs signatures au bas du présent Accord.

FAIT à Bonn le trois jour du mois d'août 1959 en deux exemplaires, en langues allemande et française, les deux versions faisant également foi.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem
Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland
über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Agreement
between the Federal Republic of Germany and
the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
on the Settlement of Disputes arising out of direct Procurement

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH
VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND

SIND gemäß Artikel 44 Absatz (6) Buchstabe (b) des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

WIE FOLGT UBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Für die Beilegung von Streitigkeiten aus Verträgen oder anderen Abmachungen über Lieferungen oder sonstige Leistungen, die von den Behörden der Truppe oder des zivilen Gefolges des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (im folgenden als britische Behörden bezeichnet) im Bundesgebiet unmittelbar beschafft werden, gelten die nachstehenden Bestimmungen.

Artikel 2

Die deutschen Behörden stellen den britischen Behörden ihre guten Dienste zur Beilegung von Streitigkeiten, insbesondere durch vermittelnde oder gutachtlche Tätigkeit, jederzeit zur Verfügung.

Artikel 3

(1) Die Streitigkeit wird einem Schiedsgericht (Artikel 4 bis 7) oder, wenn die Beteiligten dies vereinbaren, ehe einer von ihnen das Schiedsgericht angerufen hat, einem deutschen Gericht (Artikel 8 bis 10) zur Entscheidung unterbreitet. Die Streitigkeit wird einem deutschen Gericht jedoch nicht unterbreitet, wenn die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost an ihr beteiligt ist.

(2) Der Antrag auf Entscheidung des Schiedsgerichts oder die Klage vor dem deutschen Gericht ist jedoch nur zulässig, wenn zuvor die Beilegung der Streitigkeit durch Verhandlungen zwischen dem Auftragnehmer und der beschaffenden britischen Behörde versucht worden ist. Der Antrag oder die

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND,

PURSUANT to sub-paragraph (b) of paragraph 6 of Article 44 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement"),

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

For the settlement of disputes arising out of contracts or other arrangements concerning goods and services directly procured in the Federal territory by the authorities of the Forces or of the civilian component of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (hereinafter referred to as the "British authorities") the following provisions shall apply.

Article 2

The German authorities shall at all times make available to the British authorities their good offices, particularly in a mediatory or advisory capacity, in the settlement of disputes.

Article 3

1. The dispute shall be referred for decision to a Court of Arbitration (Articles 4 to 7) or, if it is so agreed before one of the parties asks for arbitration proceedings, to a German Court (Articles 8 to 10). The dispute shall not, however, be referred to a German court if the Deutsche Bundesbahn or Deutsche Bundespost is a party.

2. Application for decision by the Court of Arbitration or the lodging of a plaint with a German court shall, however, be permissible only if an attempt has previously been made to settle the dispute by negotiations between the contractor and the British procurement authority. It shall be per-

Klage ist zulässig, wenn dem Auftragnehmer nicht innerhalb von vier Monaten, nachdem er die Entscheidung der beschaffenden britischen Behörde schriftlich beantragt hat, eine solche Entscheidung mitgeteilt worden ist.

(3) Die von der beschaffenden britischen Behörde mitgeteilte Entscheidung gilt als vom Auftragnehmer anerkannt, wenn dieser nicht innerhalb von sechs Wochen den Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung stellt oder die Klage einreicht.

(4) Der Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung oder die Klage ist nur insoweit zulässig, als die Streitigkeit nicht durch die Verhandlung zwischen dem Auftragnehmer und der beschaffenden britischen Behörde beigelegt worden ist.

(5) Das Schiedsgericht oder das deutsche Gericht legt seiner Entscheidung das Recht zugrunde, das die Beteiligten bei der Bestellung der Lieferung oder Leistung vereinbart haben. Ist über das anzuwendende Recht bei der Bestellung keine Bestimmung getroffen worden, so gilt deutsches Recht.

Artikel 4

(1) Der Antrag auf Entscheidung des Schiedsgerichts wird bei der Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen in Bonn eingereicht.

(2) Stellt die britische Behörde den Antrag, so benennt sie gleichzeitig ein Mitglied des Schiedsgerichts oder erklärt, daß die Streitigkeit vor einem Einzelschiedsrichter entschieden werden soll.

(3) Stellt der Auftragnehmer den Antrag, so übersendet die Geschäftsstelle ihn unverzüglich der britischen Behörde mit der Aufforderung, ein Mitglied des Schiedsgerichts zu benennen oder zu erklären, daß die Streitigkeit von einem Einzelschiedsrichter entschieden werden soll.

(4) Benennt die britische Behörde ein Mitglied des Schiedsgerichts, so bestellt der Deutsche Ausschuß für Schiedsgerichtswesen unverzüglich das weitere Mitglied des Schiedsgerichts.

(5) Erklärt die britische Behörde, daß die Streitigkeit von einem Einzelschiedsrichter entschieden werden soll, so ernennt der Präsident desjenigen Oberlandesgerichts, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Sitz oder Wohnsitz hat, den Einzelschiedsrichter.

(6) Die Mitglieder des Schiedsgerichts üben ihr Amt in voller Unabhängigkeit aus und sind nicht an Weisungen gebunden. Zum Mitglied kann nicht berufen werden, wer bereits in anderem Zusammenhang mit der Angelegenheit befaßt war oder an ihr unmittelbar interessiert ist.

(7) Das aus zwei Mitgliedern bestehende Schiedsgericht faßt seine Beschlüsse einstimmig. Können sich die Mitglieder nicht innerhalb von drei Monaten einigen, so wird auf Ersuchen eines der Schiedsrichter ein Obmann zugezogen, der den Vorsitz übernimmt; in diesem Falle entscheidet das Schiedsgericht mit Stimmenmehrheit. Können sich die Mit-

missible for such application to be made or plaint to be lodged if the contractor has not received a decision within four months of his having in writing requested one from the British procurement authority.

3. The decision notified by the British procurement authority shall be deemed to have been accepted by the contractor if the latter does not within six weeks make application for decision of a Court of Arbitration or lodge a plaint.

4. The application for decision of a Court of Arbitration or a plaint shall be permissible only to the extent that the dispute has not been settled in negotiations between the contractor and the British procurement authority.

5. The Court of Arbitration or the German court shall take its decision on the basis of the law that was agreed upon at the time that the goods and services were ordered. If at the time of the order no agreement was made concerning the law to be applied, German law shall be applied.

Article 4

1. Application for decision by a Court of Arbitration shall be made to the business office of the Deutscher Ausschuß für Schiedsgerichtswesen in Bonn (German Commission for Arbitral Adjudication).

2. If the British authorities make the application they shall at the same time nominate a member for the Court of Arbitration, or declare that the dispute is to be decided upon by a sole arbitrator.

3. If the contractor makes the application, the business office shall send it immediately to the British authorities with the request either to nominate a member for the Court of Arbitration or to declare that the dispute is to be decided upon by a sole arbitrator.

4. If the British authorities nominate a member for the Court of Arbitration, the Deutscher Ausschuß für Schiedsgerichtswesen shall immediately provide the other member for such Court.

5. If the British authorities declare that the dispute is to be decided upon by a sole arbitrator, such sole arbitrator shall be nominated by the President of the Oberlandesgericht in whose area the applicant has his seat or residence.

6. The members of the Court of Arbitration shall be completely independent in the exercise of their functions and shall not be bound by instructions. Membership shall be inadmissible for any person who has been previously concerned with the case in any other capacity or who has a direct interest in it.

7. All decisions of the Court of Arbitration consisting of two members shall be unanimous. Where the members are unable to reach agreement within a period of three months, they shall, at the request of one of the arbitrators, call upon the services of a third member who shall preside; in that event, the decisions of the court shall be by majority vote.

glieder nicht über die Person des Obmanns einigen, so wird dieser auf Ersuchen eines der Schiedsrichter von dem Präsidenten desjenigen Oberlandesgerichts bestellt, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Sitz oder Wohnsitz hat.

(8) Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend.

Artikel 5

(1) Das Schiedsgericht entscheidet unter Würdigung des tatsächlichen und rechtlichen Vorbringens der Beteiligten und einer gegebenenfalls durchgeführten Beweisaufnahme.

(2) Das Verfahren des Schiedsgerichts bestimmt sich nach den deutschen Vorschriften über schiedsgerichtliches Verfahren.

Artikel 6

Die Aufgaben der Geschäftsstelle des Schiedsgerichts werden von der Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen in Bonn wahrgenommen.

Artikel 7

(1) Für das Verfahren vor dem Schiedsgericht werden Kosten erhoben, deren Höhe das Schiedsgericht unter Berücksichtigung des Umfangs seiner Tätigkeit und des Streitwerts in dem Schiedsspruch festsetzt. Die Auslagen des Schiedsgerichts (z. B. für die Vernehmung von Zeugen) werden im Schiedsspruch gesondert festgesetzt.

(2) Die Kosten und Auslagen werden dem Beteiligten auferlegt, der im Schiedsverfahren unterliegt; bei teilweisem Unterliegen werden die Kosten und Auslagen entsprechend verteilt.

(3) Die Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen erhebt von dem Beteiligten einen Vorschuß, der die schiedsrichterliche Entscheidung beantragt hat. Der Vorschuß bemäßt sich nach der voraussichtlichen Höhe der gesamten Kosten und Auslagen; er beträgt mindestens 100 DM. Die Geschäftsstelle bestimmt für die Zahlung des Vorschusses eine angemessene Frist, nach deren fruchtlosem Ablauf der Antrag als zurückgenommen gilt.

(4) Vorschuß, Kosten und Auslagen sind an die Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Schiedsgerichtswesen zu entrichten.

(5) Die Kosten werden zu je $\frac{3}{8}$ auf die Schiedsrichter oder zu $\frac{3}{4}$ auf den Einzelschiedsrichter und zu $\frac{1}{4}$ auf die Geschäftsstelle verteilt. Wird ein Obmann zugezogen, so werden die Kosten auf diesen zu $\frac{4}{10}$ und zu je $\frac{2}{10}$ auf die Schiedsrichter und die Geschäftsstelle verteilt.

Artikel 8

(1) Haben die Beteiligten vereinbart, daß die Streitigkeit einem deutschen Gericht zur Entscheidung unterbreitet werden soll [Artikel 3 Absatz (1)], so ist die Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland zu richten. Die Bundesrepublik Deutschland

If the members of the court are unable to agree upon a third member, such member shall, at the request of one of the arbitrators, be nominated by the President of the Oberlandesgericht in whose area the applicant has his seat or residence.

8. The decision of the Court of Arbitration shall be final and binding.

Article 5

1. The Court of Arbitration shall make its decisions in the light of the factual statements and legal pleadings of the parties concerned and, if necessary, in the light of evidence taken.

2. The procedure of the Court of Arbitration shall be in accordance with the German provisions concerning arbitral court procedure.

Article 6

The functions of the business office of the Court of Arbitration shall be exercised by the business office of the Deutscher Ausschuß für Schiedsgerichtswesen in Bonn.

Article 7

1. The procedure before the Court of Arbitration will involve costs, the amount of which will be fixed by the Court and recorded in its decision, taking into account the extent of its functions and the amount in dispute. The expenses of the Court (e. g. for the hearing of witnesses) will be separately fixed and recorded in the decision of the Court.

2. Costs and expenses shall be charged to the losing party in the arbitration; if there is divided loss in the action, the costs and expenses shall be shared appropriately.

3. The business office of the Deutscher Ausschuß für Schiedsgerichtswesen shall demand a deposit from the party which asks for arbitral decision. The deposit shall be calculated according to the probable extent of the total costs and expenses; it shall be at least DM 100. The business office shall specify a reasonable period of time for the payment of the deposit, after the expiry of which, if payment has not been made, the application shall be deemed to have been withdrawn.

4. Deposits, costs and expenses are to be paid to the business office of the Deutscher Ausschuß für Schiedsgerichtswesen.

5. The costs shall be divided as to $\frac{3}{8}$ in respect of each arbitrator, or $\frac{3}{4}$ in respect of a sole arbitrator and $\frac{1}{4}$ in respect of the business office. If a third member is brought in, the costs shall be divided as to $\frac{4}{10}$ for him, $\frac{2}{10}$ each for the arbitrators and for the business office.

Article 8

1. If the parties have agreed that the dispute shall be referred for decision to a German court (paragraph 1 of Article 3) the plaint shall be lodged against the Federal Republic of Germany. The Federal Republic of Germany shall conduct the case

führt den Rechtsstreit im Interesse des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland im eigenen Namen.

(2) Die Klage ist vor dem Gericht zu erheben, in dessen Bezirk diejenige deutsche Behörde ihren Sitz hat, die die Bundesrepublik Deutschland in dem Rechtsstreit vertritt.

(3) Alle Verpflichtungen oder Rechte, die gegen oder für die Bundesrepublik Deutschland durch vollstreckbare Titel in den auf Grund dieses Artikels geführten Rechtsstreitigkeiten festgestellt werden, gehen zu Lasten des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland oder kommen ihm zugute.

(4) Kosten, die aus Anlaß eines gerichtlichen Verfahrens entstehen und die nicht in den vom Gericht festgesetzten Kosten enthalten sind, werden von dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland übernommen, wenn vor ihrer Entstehung die Zustimmung der britischen Behörde eingeholt worden ist.

Artikel 9

(1) Die deutschen Behörden machen Ansprüche des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland gegen den Auftragnehmer vor einem deutschen Gericht — auch im Wege der Widerklage — geltend, wenn die britischen Behörden dies auf Grund der besonderen Umstände des Einzelfalls beantragen und mit dem Auftragnehmer vereinbart haben, daß die Streitigkeit einem deutschen Gericht unterbreitet werden soll [Artikel 3 Absatz (1)].

(2) Die Bestimmungen der Absätze (3) und (4) des Artikels 8 sind entsprechend anzuwenden.

Artikel 10

Für die Zusammenarbeit der deutschen und britischen Behörden bei Verfahren vor deutschen Gerichten gelten die Bestimmungen des Artikels 44 Absätze (1) bis (4) des Zusatzabkommens entsprechend.

Artikel 11

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

in its own name in the interest of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland.

2. The plaint shall be lodged with the Court in whose area that German authority is situate which represents the Federal Republic of Germany in the case.

3. The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland shall meet all the obligations laid upon, and shall enjoy any benefits accruing to, the Federal Republic as a result of judgements, decisions, orders and settlements (vollstreckbare Titel) in court proceedings dealt with in accordance with this Article.

4. Costs arising in connection with court proceedings and which are not included in the costs established by the court shall be at the charge of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland if, before such costs were incurred, the agreement of the British authorities was obtained.

Article 9

1. The German authorities shall claim in a German court against the contractor—also by way of counterclaim (Widerklage)—in respect of claims of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, if the British authorities on the basis of the special circumstances of the individual case so request, and have agreed with the contractor that the dispute is to be referred to a German court (paragraph 1 of Article 3).

2. The provisions of paragraphs 3 and 4 of Article 8 shall apply *mutatis mutandis*.

Article 10

So far as co-operation between the German and British authorities in connection with proceedings before German Courts is concerned, the provisions of paragraphs 1 to 4 of Article 44 of the Supplementary Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

Article 11

1. The present Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged at Bonn.

2. The present Agreement shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorised thereto have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at Bonn, this third day of August 1959, in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:

A. H. van Scherpenberg

Für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland:
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland:

Christopher Steel

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
on the Settlement of Disputes arising out of direct Procurement

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA

SIND gemäß Artikel 44 Absatz (6) Buchstabe (b) des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zu dem Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrages über die Rechtsstellung ihrer Truppen hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Streitigkeiten aus Lieferungen oder sonstigen Leistungen, die die Behörden der Streitkräfte der Vereinigten Staaten (im folgenden als Behörden der Streitkräfte bezeichnet) im Bundesgebiet unmittelbar beschaffen, werden gemäß diesem Abkommen beigelegt.

Artikel 2

Die deutschen Behörden stellen den Behörden der Streitkräfte ihre guten Dienste zur Beilegung von Streitigkeiten, insbesondere durch vermittelnde oder gutachtlche Tätigkeit, jederzeit zur Verfügung.

Artikel 3

Streitigkeiten werden gemäß den Bestimmungen beigelegt, die in dem von den Vertragspartnern unterzeichneten Vertrag niedergelegt sind. Enthält der Vertrag keine solchen Bestimmungen, so sind — außer im Falle der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost, wofür besondere Vereinbarungen getroffen werden können — Klagen bei den deutschen Gerichten gegen die Bundesrepublik zu erheben, die den Rechtsstreit im Interesse der Vereinigten Staaten in ihrem eigenen Namen führt; Artikel 44 Absätze (2), (4) und (5) des Zusatzabkommens gelten entsprechend.

Artikel 4

(1) Entsteht eine Streitigkeit aus einem Vertrag, der Bestimmungen über ihre Beilegung enthält, so können die Vertragspartner beantragen, daß die Streitigkeit einem Schlichtungsverfahren gemäß den Bestimmungen des Absatzes (2) dieses Artikels unterworfen wird. Wenn der vertragschließende Offizier (contracting officer) einen schriftlichen Bescheid erteilt hat, muß der Auftragnehmer einen Schlichtungsantrag innerhalb von 21 Tagen nach

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE UNITED STATES OF AMERICA,

PURSUANT to sub-paragraph (b) of paragraph 6 of Article 44 of the Agreement to supplement the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement"),

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

Disputes arising out of direct procurement of goods or services in the Federal territory by the authorities of the forces of the United States (hereinafter referred to as "the authorities of the forces") shall be settled in accordance with the present Agreement.

Article 2

In the settlement of disputes the German authorities shall at all times make available to the authorities of the forces their good offices, particularly in a mediatory or advisory capacity.

Article 3

Disputes shall be settled in accordance with the provisions specified in the contract signed by the contracting parties. Where the contract contains no provisions to this effect, plaints, except in the case of the German Federal Railways and the German Federal Post for which separate arrangements may be agreed, shall be lodged with the German courts against the Federal Republic which shall conduct the case in its own name in the interest of the United States; paragraphs 2, 4 and 5 of Article 44 of the Supplementary Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

Article 4

1. Where a dispute arises out of a contract which contains provisions for the settlement thereof, the parties to the contract may request that the dispute be submitted to conciliation pursuant to the provisions of paragraph 2 of this Article. In the event a written decision has been rendered by the contracting officer, the contractor must file a request for conciliation within twenty-one days of the receipt of such decision. However, the contractor

Empfang dieses Bescheides stellen. Der Auftragnehmer wird jedoch nicht der Notwendigkeit enthoben, das gegebenenfalls in dem Vertrag vorge sehene Beschwerdeverfahren einzuhalten.

- (2) (a) Es wird ein Vertragsschlichtungsausschuß errichtet, der sich aus zwei von der Bundesregierung und aus zwei von den Behörden der Streitkräfte ernannten Vertretern zusammensetzt. Ein fünftes Mitglied kann gemeinsam von der Bundesregierung und den Behörden der Streitkräfte ernannt werden. Als Mitglied des Ausschusses kann nicht tätig werden, wer bereits mit dem Fall befaßt war oder an ihm unmittelbar interessiert ist.
- (b) Der Ausschuß versucht, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten gütlich beizulegen. Er kann Verhandlungen mit den streitenden Parteien führen und alle Umstände in Betracht ziehen, die zur Klärung des Sachverhalts von Bedeutung sind. Der Ausschuß kann zur Beilegung einer Streitigkeit Empfehlungen geben, die von den Behörden der Streitkräfte in vollem Umfang berücksichtigt werden.
- (c) Die Tätigkeit des Ausschusses beeinträchtigt nicht die Rechte, die den Beteiligten nach dem Vertrag in Zusammenhang mit der Beilegung von Streitigkeiten zustehen.
- (d) Die Streitigkeiten werden nach einem Verfahren unterbreitet und behandelt, das von dem Vertragsschlichtungsausschuß in Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden und mit den Behörden der Streitkräfte festzulegen ist; die Behörden der Streitkräfte stellen sicher, daß der Ausschuß genügend Zeit hat, ihm vorgelegte Schlichtungsanträge entgegenzunehmen und zu behandeln.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

shall not be relieved of the necessity to observe the appeal procedure which may be provided in the contract.

2. (a) A Contract Conciliation Commission shall be established composed of two representatives appointed by the Federal Government and two representatives appointed by the authorities of the forces. A fifth member may be appointed by agreement between the Federal Government and the authorities of the forces. Membership in the Commission shall be inadmissible for any person who has been previously concerned with a case or who has a direct interest in it.
- (b) The Commission shall seek to bring about amicable settlements of disputes which are submitted to it. It may conduct discussions with the parties to the dispute and consider all pertinent information bearing on its investigation. The Commission may submit recommendations for the settlement of a dispute which shall be given full consideration by the authorities of the forces.
- (c) The functions of the Commission shall not prejudice any rights to which the parties involved are entitled under the contract in connection with the settlement of disputes.
- (d) Disputes shall be submitted and considered in accordance with procedures to be determined by the Contract Conciliation Commission in cooperation with the German authorities and the authorities of the forces which shall ensure that the Commission is afforded a reasonable period of time to receive and consider requests for conciliation which are submitted to it.

Article 5

1. The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or of approval shall be exchanged at Bonn.

2. The present Agreement shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Bonn in duplicate, this third day of August 1959, in the German and English languages, each text being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:

A. H. van Scherpenberg

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:

David Bruce

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika
über die Rechtsstellung von Urlaubern**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany and the United States of America
on the Status of Persons on Leave**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DIE VEREINIGTEN STAATEN VON AMERIKA
SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Auf Mitglieder und Zivilangestellte der amerikanischen Streitkräfte, die außerhalb des Bundesgebietes oder Berlins in Europa oder Nordafrika stationiert sind, und die sie begleitenden Familienangehörigen sind

- a) die Artikel II, III, VII, VIII, X, XI, XII, XIII, XIV des am 1. Juni 1951 in London unterzeichneten Abkommens zwischen den Vertragsstaaten des Nordatlantikpaktes über die Rechtsstellung ihrer Truppen (im folgenden als NATO-Truppenstatut bezeichnet) und
- b) die Artikel 2, 5 Absatz (1) Buchstaben (c) und (d) und Absatz (2) Buchstaben (a) und (c), Artikel 6, 8, 15, 16, 17, 19, 22 bis 25, Artikel 26 Absatz (2), Artikel 36 Absatz (2), Artikel 39, 41, 59, 64, 66, 68, 69, 74 und 75 des am 3. August 1959 in Bonn unterzeichneten Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut hinsichtlich der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen (im folgenden als Zusatzabkommen bezeichnet)

anzuwenden, wenn sich diese Personen vorübergehend auf Urlaub im Bundesgebiet befinden und einen Ausweis besitzen, der ihren Standort angibt (im folgenden als Urlauber bezeichnet).

Artikel 2

(1) Begeht ein Urlauber eine Straftat, die sich gegen deutsche Interessen richtet und sind die amerikanischen Militärbehörden für die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zuständig, so halten sie den Beschuldigten für die Verhandlung vor einem amerikanischen Militärgericht im Bundesgebiet fest oder bringen ihn zu diesem Zwecke zurück; dies gilt nicht für Straftaten von geringerer Bedeutung, die im Wege des Disziplinarverfahrens verfolgbar sind, und in Fällen militärischer Erfordernisse.

(2) Im Falle eines militärischen Erfordernisses ist Artikel 26 Absatz (1) Buchstabe (b) des Zusatzabkommens entsprechend anzuwenden.

THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
THE UNITED STATES OF AMERICA
HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article 1

With respect to members and civilian employees of the United States Armed Forces, who are stationed in Europe or North Africa and outside the Federal territory and Berlin, and dependents who accompany them,

- (a) Articles II, III, VII, VIII, X, XI, XII, XIII, XIV of the Agreement between the Parties to the North Atlantic Treaty regarding the Status of their Forces, signed at London on 19 June 1951 (hereinafter referred to as the "NATO Status of Forces Agreement") and,
- (b) Article 2; sub-paragraphs (c) and (d) of paragraph 1 and sub-paragraphs (a) and (c) of paragraph 2 of Article 5; Articles 6, 8, 15, 16, 17, 19, 22 through 25; paragraph 2 of Article 26; paragraph 2 of Article 36; Articles 39, 41, 59, 64, 66, 68, 69, 74 and 75 of the Agreement to supplement the NATO Status of Forces Agreement with respect to Foreign Forces stationed in the Federal Republic of Germany, signed at Bonn on 3rd August 1959 (hereinafter referred to as the "Supplementary Agreement")

shall apply when such persons are temporarily in the Federal territory on leave, provided they are in possession of documentation identifying their duty station (hereinafter referred to as "persons on leave").

Article 2

1. Where a person on leave commits an offense against German interests, and provided that the United States military authorities are competent to exercise criminal jurisdiction, they will hold or return the accused for trial before a United States military court in the Federal territory except with respect to offenses of minor importance punishable through the exercise of disciplinary jurisdiction, or except in cases of military exigency.

2. In a case of military exigency the provisions of sub-paragraph (b) of paragraph 1 of Article 26 of the Supplementary Agreement shall apply *mutatis mutandis*.

(3) Die amerikanischen Militärbehörden unterrichten die deutschen Behörden über das Ergebnis aller in diesem Artikel bezeichneten Fälle.

Artikel 3

Um die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen gegen Urlauber, die das Bundesgebiet verlassen haben, soweit wie möglich zu vermeiden, gewähren die amerikanischen Militärbehörden bei der Durchsetzung solcher Ansprüche alle in ihrer Macht liegende Unterstützung.

Artikel 4

Die Anforderungen der amerikanischen Truppe in bezug auf Liegenschaften werden wegen der Anwesenheit von Urlaubern nicht erhöht.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung oder Genehmigung. Die Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden werden in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am gleichen Tage wie das Zusatzabkommen in Kraft.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Vertreter dieses Abkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Bonn am 3. Tage des Monats August 1959 in doppelter Urschrift in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
For the Federal Republic of Germany:

A. H. van Scherpenberg

Für die Vereinigten Staaten von Amerika:
For the United States of America:

David Bruce

3. The United States military authorities shall notify the German authorities of the disposition of all cases referred to in this Article.

Article 3

In order to avoid as far as possible the difficulties of enforcing civil law claims against persons on leave who have left the Federal territory, the United States military authorities will render all assistance in their power to facilitate the satisfaction of such claims.

Article 4

The requirements of the American force for accommodation shall not be increased by reason of the presence of persons on leave.

Article 5

1. The present Agreement shall be ratified or approved. The instruments of ratification or of approval shall be exchanged at Bonn.

2. The present Agreement shall enter into force on the same date as the Supplementary Agreement.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned Representatives duly authorized thereto have signed the present Agreement.

DONE at Bonn in duplicate, this third day of August 1959, in the German and English languages, each text being equally authentic.

Anlage IV

Denkschrift
zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen

Mit dem Inkrafttreten des Pariser Protokolls vom 23. Oktober 1954 (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 213) war am 5. Mai 1955 das durch die politische Entwicklung überholte Besatzungsregime in der Bundesrepublik Deutschland beendet.

Seit diesem Zeitpunkt beruht die Stationierung ausländischer Streitkräfte im Bundesgebiet nicht mehr auf Besatzungsrecht, sondern auf dem ebenfalls am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten und am 6. Mai 1955 in Kraft getretenen Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland — Aufenthaltsvertrag — (Bundesgesetzbl. 1955 II S. 253).

Die Rechtsstellung der ausländischen Streitkräfte wird seither durch den Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland (Truppenvertrag), den Finanzvertrag und das Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder (Steuerabkommen) bestimmt.

Diese drei Verträge wurden zusammen mit dem Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschlandvertrag) und dem Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen (Überleitungsvertrag) in den Jahren 1951/52 im Rahmen der Verhandlungen über die Beendigung des Besatzungsregimes ausgehandelt und am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnet. Das diese fünf Verträge umfassende sogenannte Bonner Vertragswerk war politisch und rechtlich mit dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft vom 27. Mai 1952 (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 342) verbunden; es trat, da die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im August 1954 scheiterte, in seiner ursprünglichen Fassung (Bundesgesetzbl. 1954 II S. 57) nicht in Kraft. Als auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz, die vom 28. September bis 3. Oktober 1954 tagte, erneut über die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein Sicherheitssystem unter gleichzeitiger Beendigung des Besatzungsregimes beraten und der Beitritt der Bundesrepublik zu dem Brüsseler Vertrag und dem Nordatlantikvertrag in Aussicht genommen wurde, ergab sich die Notwendigkeit, das Vertragswerk einschließlich der drei Verträge über die Rechtsstellung der ausländischen Streitkräfte der veränderten Lage anzupassen. Da die damalige politische Lage rasche Entscheidungen erforderte und aus diesem Grunde auf der Londoner Konferenz bereits für die zweite Hälfte des Monats Oktober 1954 eine weitere Konferenz in Paris vorgesehen wurde, stand nicht genügend Zeit zur Aushandlung neuer Verträge zur Verfügung. Auf der Pariser Konferenz, die vom 20. bis 23. Oktober 1954 stattfand, wurden die durch die dort getroffenen Beschlüsse erforderlich gewordenen Änderungen des

Bonner Vertragswerks in fünf Listen zu dem Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland niedergelegt. In dieser Fassung ist das Vertragswerk am 5. Mai 1955 in Kraft getreten (s. o. und Bundesgesetzbl. 1955 II S. 301 und 628).

Die Änderungen des Truppenvertrags, des Finanzvertrags und des Steuerabkommens, wie sie in den Listen 2, 3 und 5 zum Pariser Protokoll niedergelegt worden sind, waren provisorischer Natur. So wurde in der in Liste 1 zum Pariser Protokoll enthaltenen Neufassung des Artikels 8 des Deutschlandvertrags zum Ausdruck gebracht, daß diese drei Verträge durch neue Verträge zu ersetzen seien. Absatz 1 Buchstaben b und c dieser Bestimmung erhielt folgenden Wortlaut:

- „(b) Der Vertrag über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und das am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnete Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer Mitglieder in der durch das Protokoll vom 26. Juli 1952 abgeänderten Fassung bleiben bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten der Streitkräfte der Drei Mächte und sonstiger Staaten, die Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik unterhalten, in Kraft. Die neuen Vereinbarungen werden auf der Grundlage des in London am 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikpakt über den Status ihrer Streitkräfte unterzeichneten Abkommens getroffen, ergänzt durch diejenigen Bestimmungen, die im Hinblick auf die besonderen Verhältnisse in bezug auf die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte erforderlich sind.
- (c) Der Finanzvertrag bleibt bis zum Inkrafttreten neuer Vereinbarungen in Kraft, über die gemäß Artikel 4 Absatz (4) jenes Vertrages mit anderen Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verhandelt wird, die Truppen im Bundesgebiet stationiert haben.“

Am 23. Oktober 1954 wurde auf der Pariser Konferenz auch das Protokoll zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt der Bundesrepublik unterzeichnet. Nachdem die Bundesrepublik am 6. Mai 1955 dem Nordatlantikvertrag beigetreten war (Bundesgesetzblatt 1955 II S. 256, 630), stimmte der Nordatlantikrat in einer Entschließung vom 5. Oktober 1955 ihrem Beitritt auch zu dem in London am 19. Juni 1951 unterzeichneten Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) zu (vgl. Anlage zur

Denkschrift S. 46). Nach dieser Entschließung kann die Bundesrepublik dem NATO-Truppenstatut beitreten, wenn die in Artikel 8 Absatz 1 Buchstabe b des Deutschlandvertrags genannten Vereinbarungen zur Ergänzung des NATO-Truppenstatuts geschlossen sind und die Vertragsparteien ihre Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden zu diesen Vereinbarungen hinterlegt haben. Das NATO-Truppenstatut, das für die übrigen Mitgliedstaaten der NATO, mit Ausnahme Islands, in Kraft getreten ist, regelt die Rechtsstellung der Streitkräfte eines Mitgliedsstaats der NATO, die sich im Interesse der gemeinsamen Verteidigung im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedsstaates aufhalten. Es bildet nach dem Beitritt der Bundesrepublik auch die Grundlage für die Rechtsstellung der in andere Mitgliedsstaaten der NATO entsandten Truppen der Bundeswehr. Da es nur Rahmenvorschriften enthält, bedarf es der Ausfüllung und Ergänzung durch zusätzliche Vereinbarungen, die zwischen den jeweils beteiligten Staaten unmittelbar abgeschlossen werden.

Die Verhandlungen über die zusätzlichen Vereinbarungen zum NATO-Truppenstatut, wie sie in der Neufassung des Artikels 8 des Deutschlandvertrags zur Regelung der Rechtsstellung der ausländischen Streitkräfte im Bundesgebiet vorgesehen sind, wurden im Oktober 1955 in Bonn unter der später aufgegebenen Bezeichnung „Truppenvertragskonferenz“ eröffnet. An ihnen nahmen alle Staaten teil, die Streitkräfte im Bundesgebiet stationiert haben, nämlich die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Belgien, Kanada und die Niederlande; Dänemark, das an der Konferenz zunächst gleichfalls beteiligt war, schied aus, als seine Streitkräfte im April 1958 das Bundesgebiet verließen. Die Erwartung der Bundesregierung, daß es auf der Grundlage des NATO-Truppenstatuts in wenigen Monaten gelingen werde, eine Verständigung über die neuen Vereinbarungen zu erzielen und damit die Voraussetzungen für den Beitritt der Bundesrepublik zu dem Statut zu schaffen, erfüllten sich leider nicht. Das deutsche Bestreben, die Entsendestaaten zu einer Aufgabe oder Einschränkung bestimmter, ihnen durch die geltenden Verträge eingeräumter Rechte und zu einer Übernahme gewisser, bisher von der Bundesrepublik getragener finanzieller Lasten zu bewegen, führte zu langwierigen und äußerst schwierigen Verhandlungen, die erst im Sommer 1959 abgeschlossen werden konnten. Nachdem das Vertragswerk von allen beteiligten Regierungen gebilligt worden war, wurde es am 3. August 1959 in Bonn unterzeichnet.

Das Gesamtergebnis der Verhandlungen stellt — wie es bei einer so vielschichtigen und schwierigen Materie nicht anders sein kann — eine Kompromißlösung zwischen den oft widerstreitenden Interessen von sieben Staaten dar, die im einzelnen sowohl für die Bundesrepublik als auch für die Entsendestaaten manchen Wunsch unerfüllt läßt. Gleichwohl bedeutet es vom deutschen Standpunkt einen erheblichen Fortschritt gegenüber den drei seit dem 5. Mai 1955 für den Status der ausländischen Streitkräfte maßgebenden Verträgen. So wird die neue Regelung, welche für die politisch bedeutsame Frage der Strafgerichtsbarkeit über Mitglieder der Streitkräfte vereinbart worden

ist, es ermöglichen, Mitglieder der Streitkräfte in solchen Fällen vor deutsche Gerichte zu stellen, in denen wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erfordern. Auch auf dem Gebiet der Zivilgerichtsbarkeit sind Fortschritte erzielt worden. Sie betreffen das Zustellungswesen und die Zwangsvollstreckung. Durch die Neuregelung des Manöverrechts wird sichergestellt, daß — von Ausnahmen abgesehen — die einschlägigen Vorschriften des deutschen Rechts auch von den ausländischen Streitkräften beachtet werden und daß den deutschen Behörden in dem erforderlichen Umfang ein Mischspracherecht bei der Planung und Durchführung der Übungen zusteht. Aus anderen wichtigen Gebieten seien genannt die Verbesserungen bei dem Ersatz von Truppensdäden, die Erweiterung der Überwachungsbefugnisse der Zollverwaltung an den Grenzen und im Innern des Bundesgebietes, die Beseitigung der steuerlichen Vergünstigungen für Lieferungen und sonstige Leistungen, die mit aus dem Bundeshaushalt stammenden Mitteln bezahlt werden, die Abkehr vom Prinzip der allgemeinen Leistungsverpflichtung der Bundesrepublik und des Vorrangs des Bedarfs der Streitkräfte auf dem Gebiet ihrer Versorgung, die Verbesserung der Rechtsstellung der zivilen Arbeitskräfte, Verbesserungen auf dem Gebiet des Verkehrswesens, die Neuregelung des Haftpflichtversicherungsrechts für private Kraftfahrzeuge zur Sicherung der deutschen Ansprüche der Verkehrsopfer, die Vereinbarung eines Verfahrens für die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen der Streitkräfte. Hinzu kommen zahlreiche Regelungen mehr technischen Charakters (z. B. über Ausweise, Meldewesen, Waffenbesitz, Ausweisungen, Militärpolizei), die in ihrer Gesamtheit gleichfalls einen Fortschritt darstellen. Die Streitkräfte werden künftig die Vorschriften des deutschen Rechts auch bei Beschaffungen im Bundesgebiet, auf dem Gebiet des Preisrechts, bei der Verwaltung der ihnen überlassenen Liegenschaften und der Ausführung von Bauvorhaben sowie auf den Gebieten des Arbeitsrechts und des Gesundheitswesens einschließlich des Schutzes der Wasserversorgung und der Gewässer grundsätzlich befolgen müssen. Einschränkungen oder Abweichungen sind nur dort zugestanden worden, wo die Vorschriften der Streitkräfte gleichwertige oder höhere Anforderungen als das deutsche Recht stellen, deutsche oder allgemeine Belange durch die Anwendung ausländischer Rechtsvorschriften im Bundesgebiet nicht berührt werden oder Ausnahmen aus anderen Gründen unvermeidbar waren. Hinzuweisen ist schließlich noch darauf, daß in den Verhandlungen besonderes Gewicht auf die Sicherstellung einer laufenden Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Streitkräfte und den deutschen Behörden gelegt worden ist. Artikel 3 des Zusatzabkommens bestimmt deshalb, daß die genannten Behörden im Rahmen der innerhalb der Nordatlantikvertragsorganisation bestehenden Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung eng zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit erstreckt sich auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit insbesondere auf den Schutz der Sicherheit und des Vermögens der beteiligten Staaten.

ten und ihrer Staatsangehörigen. Für den Fall, daß weder auf örtlicher noch auf regionaler Ebene eine Einigung zwischen den beteiligten Behörden erzielt werden sollte, ist vorgesehen, daß die streitige Angelegenheit zur Beilegung der Meinungsverschiedenheit an die zuständige oberste Bundesbehörde und an die höhere Behörde der Streitkräfte weitergeleitet wird. Dieser Regelung liegt der Gedanke zugrunde, daß im Streitfalle keine Seite zu einseitigen Maßnahmen oder Entscheidungen berechtigt sein soll, vielmehr alle Probleme durch enge Zusammenarbeit und erforderlichenfalls Erörterungen auf höherer Ebene gelöst werden müssen. Dieser Gedanke kehrt in zahlreichen Bestimmungen des Zusatzabkommens wieder und wird dort teilweise konkretisiert, so in den eingehenden Vorschriften über die gemeinsame Abstimmung der Manöverpläne der Streitkräfte, über die gegenseitige Unterstützung bei der Verfolgung strafbarer Handlungen, der Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche und der Beilegung von Streitigkeiten aus Beschaffungen, über die Zusammenarbeit bei der Abwicklung von Truppenschäden und der Behandlung von Fragen, die sich aus der Beschäftigung ziviler Arbeitskräfte durch die Streitkräfte ergeben.

Bei der Beurteilung des erzielten Ergebnisses sollte nicht außer acht gelassen werden, daß Gegenstand der Verhandlungen nicht die Ablösung besatzungsrechtlicher Vorschriften, sondern der in den Jahren 1951/52 ausgehandelten Verträge in der Fassung des Pariser Protokolls vom 23. Oktober 1954 war. Bereits in diesen Verträgen ist der Status der Streitkräfte weitgehend an die in entsprechenden internationalen Abkommen enthaltenen Regelungen angeglichen worden, soweit es die Besonderheiten der deutschen Situation, wie Stärke der Truppen, die Dauer ihrer Stationierung und die strategische Gefährdung des Bundesgebietes, zuließen. So sind in die Artikel 8 und 9 des Finanzvertrags wesentliche Grundzüge der in Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts enthaltenen Truppenschädenregelung übernommen worden. Aus der Tatsache, daß Regelungen dieser Art und andere Bestimmungen der drei Verträge, die sich in der Praxis seit 1955 im großen und ganzen bewährt haben, auch für die Zukunft beibehalten werden sollen, können nachteilige Schlüsse also nicht gezogen werden.

Bei der Bewertung der finanziellen Verhandlungsresultate ist zu bedenken, daß auch andere Aufnahmestaaten der NATO üblicherweise auf Grund von Stationierungsverträgen zu unentgeltlichen Leistungen für die Streitkräfte von Entsendestaaten verpflichtet sind. Es konnte daher von Anfang an kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bundesrepublik auch ihrerseits Leistungen unentgeltlich zu erbringen haben würde. Ziel der Verhandlungen konnte nur sein, Art und Umfang der zu übernehmenden Leistungen im einzelnen festzulegen und die Gesamtbelastrung auf ein ertägliches Maß zu begrenzen. Wenn die Belastung der Bundesrepublik höher sein mag als diejenige anderer Aufnahmestaaten, so findet dies seine Rechtfertigung darin, daß die Bundesrepublik durch die Anwesenheit zahlenmäßig besonders starker Streitkräfte entsprechend geschützt wird.

Es muß auch berücksichtigt werden, daß für die Entsendestaaten bei den Verhandlungen über die finanziellen Regelungen im Hintergrund immer die Frage stand, ob und in welchem Umfang sie überhaupt mit finanziellen Beiträgen der Bundesrepublik rechnen konnten. Es erschien ihnen jedenfalls im Hinblick auf die damit möglicherweise verbundene Belastung ihrer Heimathaushalte nicht als tragbar, gleichzeitig sowohl auf solche finanziellen Beiträge als auch auf gewisse ihnen in den bisherigen Verträgen eingeräumten finanziellen Vergünstigungen zu verzichten.

Für die Würdigung der finanziellen Regelungen des Zusatzabkommens ist ferner von Bedeutung, daß Unklarheiten über die Auslegung verschiedener finanzieller Bestimmungen der bisherigen Verträge nunmehr in einer Anzahl von Fällen eine der deutschen Auffassung Rechnung tragende Klarstellung erfahren haben. Wenn solche Klarstellungen sich auch nicht in Zahlen ausdrücken lassen, so stellen sie doch ebenfalls eine Verbesserung dar. Ein bilanzmäßiger Vergleich zwischen den Belastungen, die die alten und die neuen Verträge für die Bundesrepublik gebracht haben bzw. bringen, ist überhaupt nicht möglich. Es kann für die Frage, ob das finanzielle Gesamtergebnis annehmbar ist, nicht ausschlaggebend sein, ob die neuen Bestimmungen in jeder Einzelheit einen Fortschritt gegenüber den gelgenden Verträgen darstellen. Entscheidend kann vielmehr nur sein, ob die aus den Zusatzvereinbarungen sich ergebende Belastung als Ganzes ein zumutbares und tragbares Ausmaß nicht übersteigt. Diese Frage ist aber auch bei einer kritischen Prüfung des Vertragswerks zu bejahen.

Für die Entscheidung über die Billigung des Vertragswerks ist schließlich wichtig, daß das Zusatzabkommen in seinem Artikel 82 besondere Revisionsvorschriften enthält, die — neben der Möglichkeit einer allgemeinen Revision des gesamten Zusatzabkommens bereits nach Ablauf von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten — unter bestimmten Voraussetzungen ein Verfahren zur beschleunigten Überprüfung einzelner Bestimmungen des Zusatzabkommens vorsehen. Eine solche Überprüfung einer oder mehrerer Bestimmungen des Abkommens muß auf Antrag einer Vertragspartei jederzeit stattfinden, wenn diese Partei der Auffassung ist, daß die weitere Anwendung der Bestimmungen für sie besonders belastend oder unzumutbar sein würde. In einem solchen Fall müssen Revisionsverhandlungen spätestens drei Monate nach der Stellung des Antrags aufgenommen werden. Sollte nach dreimonatigen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt sein, so kann jede Vertragspartei den Generalsekretär der Nordatlantikvertragsorganisation um seine guten Dienste und um die Einleitung eines Verfahrens ersuchen. Empfehlungen, mit denen ein vom Generalsekretär eingeleitetes Verfahren abgeschlossen wird, müssen die Vertragsparteien volle Beachtung schenken. Durch diese Regelung, die für die Bundesrepublik von besonderem Wert ist, ist sichergestellt, daß die Bundesrepublik nicht auf unabsehbare Zeit an Bestimmungen der Zusatzvereinbarungen gebunden werden kann, die sich als besonders belastend oder unzumutbar herausstellen sollten.

Das Ergebnis der Verhandlungen ist — soweit es alle sechs Entsendestaaten betrifft — in den folgenden Abkommen niedergelegt:

Zusatzabkommen (nebst Unterzeichnungsprotokoll) zum NATO-Truppenstatut, das in 83 Artikeln die wichtigsten Regelungen multilateraler Art enthält (Anlage III S. 29), Abkommen zu Artikel 45 Abs. 5 des Zusatzabkommens, das die in Artikel 45 des Zusatzabkommens enthaltene allgemeine Manöverrechtsregelung durch Bestimmungen über die Anmeldung der militärischen Übungen bei den deutschen Behörden ergänzt (Anlage III S. 169).

Außer diesen alle Entsendestaaten betreffenden Abkommen sind noch Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einzelnen Entsendestaaten über Fragen getroffen worden, die nur mit diesen Entsendestaaten zu regeln waren oder für die eine einheitliche Lösung nicht gefunden werden konnte. Hierzu gehören nachstehende Abkommen:

Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich über das Außerkrafttreten des Truppenvertrags, des Finanzvertrags und des Steuerabkommens (Anlage III S. 165),

Abkommen mit Großbritannien und Kanada über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg, durch das die hier seit mehr als 10 Jahren stattfindenden Übungen erstmalig unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze geregelt werden (Anlage III S. 177), bilaterale Abkommen mit den Vereinigten

Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Belgien und Kanada über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen, d. h. bei Beschaffungen, die die Streitkräfte ohne Einschaltung deutscher Behörden im Bundesgebiet vornehmen (Anlage III S. 203, 197, 193, 185, 189),

Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika über die Rechtsstellung von Urlaubern, das Urlauber der amerikanischen Streitkräfte betrifft, die außerhalb des Bundesgebiets und Berlins in Europa oder Nordafrika stationiert sind und sich vorübergehend im Bundesgebiet befinden (Anlage III S. 207).

Das Vertragswerk wird zusammen mit dem NATO-Truppenstatut an Stelle des Truppenvertrags, des Finanzvertrags und des Steuerabkommens künftig für die Rechtsstellung der im Bundesgebiet stationierten ausländischen Streitkräfte maßgebend sein, sobald die Bundesrepublik Deutschland im Anschluß an die Ratifizierung der Zusatzvereinbarungen dem NATO-Truppenstatut beigetreten sein wird.

Mit Italien wurde bereits am 17. April 1959 ein Abkommen geschlossen, in dem beide Staaten dahin übereingekommen sind, in ihren gegenseitigen Beziehungen das NATO-Truppenstatut schon vor dessen Inkrafttreten für die Bundesrepublik anzuwenden, um den deutschen Soldaten in Italien die gleiche Rechtsstellung zu geben, die dort die Soldaten anderer Mitgliedstaaten genießen (Bundesgesetzb. 1960 II S. 1961). Es wird mit dem Beitritt der Bundesrepublik zum NATO-Truppenstatut außer Kraft treten.

Nachstehend werden die Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und, soweit es erforderlich erschien, die wesentlichen Bestimmungen der Zusatzvereinbarungen erläutert:

A

Erläuterungen zum NATO-Truppenstatut

Zur Präambel

Die Präambel des NATO-Truppenstatuts enthält das Motiv für den Abschluß dieses multilateralen Abkommens und stellt dabei fest, daß die Truppen einer Vertragspartei „nach Vereinbarung“ zur Ausübung des Dienstes in das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei entsandt werden können. Der Beschuß, Truppen zu entsenden, ist vom NATO-Truppenstatut unabhängig und bleibt den Regierungen vorbehalten. Dabei können in Sondervereinbarungen, wie die Präambel ausführt, weitere Bedingungen für die Entsendung festgelegt werden.

staates zu achten und sich jeder mit dem Geiste dieses Abkommens nicht zu vereinbarenden Tätigkeit, insbesondere jeder politischen Tätigkeit im Aufnahmestaat, zu enthalten.

Zu Artikel III

Artikel III befaßt sich mit der Grenz- und Ausländerkontrolle, der Ausweispflicht und der Möglichkeit, ein Mitglied einer Truppe, eines zivilen Gefolges oder einen Angehörigen auszuweisen.

Die Mitglieder der Truppe sind von den Bestimmungen des Aufnahmestaates über Pässe, Sichtvermerke, Ein- und Ausreisekontrolle sowie Registrierung und Kontrolle von Ausländern befreit.

Es werden in Artikel III besondere Bestimmungen über die von den Mitgliedern der Truppe beim Grenzübergang vorzuzeigenden Urkunden getroffen.

Absatz 5 regelt den Fall, daß der Aufnahmestaat die Entfernung eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder die Entfernung eines Angehörigen aus seinem Gebiet verlangt. Die Bestim-

Zu Artikel I

Nach den Gepflogenheiten der angelsächsischen Rechtstechnik sind in Artikel I Begriffsbestimmungen vorangestellt.

Zu Artikel II

Artikel II erlegt den entsandten Truppen, ihrem zivilen Gefolge, den Mitgliedern sowie deren Angehörigen die Pflicht auf, das Recht des Aufnahme-

mung findet nur auf Personen Anwendung, die nicht Staatsangehörige des Aufnahmestaates sind.

Zu Artikel IV

Dieser Artikel regelt die Fahrerlaubnis für die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges. Danach kann der Aufnahmestaat entweder die Fahrerlaubnis, den Führerschein oder den Militärführerschein des Entsendestaates als gültig anerkennen oder für Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges, die eine Fahrerlaubnis, einen Führerschein oder einen Militärführerschein ihres Heimatstaates besitzen, seine eigene Fahrerlaubnis oder seinen eigenen Führerschein ausstellen. In beiden Fällen darf eine besondere Fahrprüfung nicht mehr verlangt, im Falle der Anerkennung der Fahrerlaubnis, des Führerscheins oder des Militärführerscheins des Entsendestaates auch keine Gebühr erhoben werden.

Zu Artikel V

Diese Bestimmung regelt das Recht der Mitglieder einer Truppe Uniform oder Zivilkleidung zu tragen. Sie tragen normalerweise Uniform. Für das Tragen von Zivilkleidung gelten die gleichen Bedingungen für sie wie für die Mitglieder der Truppen des Aufnahmestaates. Artikel V regelt auch die Kennzeichnung von Dienstfahrzeugen und verlangt außer einer Kennnummer ein deutliches Nationalitätszeichen.

Zu Artikel VI

Artikel VI sieht vor, daß Mitglieder einer Truppe Waffen besitzen und tragen können, wenn sie durch die Dienstanweisung ihrer Militärbehörden dazu befugt sind. Die Behörden des Entsendestaates werden Ersuchen des Aufnahmestaates in diesem Sachbereich (wie Ersuchen zum Einschreiten bei Waffenmißbrauch) wohlwollend erwägen.

Zu Artikel VII

Artikel VII enthält Bestimmungen über die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit, über die Polizeigewalt, insbesondere der Militärpolizei, und über gesetzgeberische Maßnahmen des Aufnahmestaates zum Schutz der Sicherheit der entsandten Truppen.

Den Militärbehörden des Entsendestaates wird das Recht zuerkannt, innerhalb des Aufnahmestaates die Straf- und Disziplinargerichtsbarkeit auszuüben, die ihnen nach ihrem Heimatrecht über alle ihrem Militärrecht unterliegenden Personen zusteht. Wer Staatsangehöriger des Aufnahmestaates ist oder dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, unterliegt dieser Gerichtsbarkeit jedoch nur, wenn er Mitglied der Truppe des Entsendestaates ist. Todesurteile werden im Aufnahmestaat nicht vollstreckt, wenn dessen Recht die Todesstrafe nicht kennt. Die Behörden des Aufnahmestaates haben Gerichtsbarkeit über die Mitglieder einer Truppe und eines zivilen Gefolges und über deren Angehörige in bezug auf die innerhalb des Gebietes des Aufnahmestaates begangenen und nach dessen Recht strafbaren Handlungen.

Die Gerichtsbarkeit der Militärbehörden des Entsendestaates und der Behörden des Aufnahmestaates

wird in der Weise abgegrenzt, daß zwischen ausschließlicher und konkurrierender Gerichtsbarkeit unterschieden wird.

Die Militärbehörden des Entsendestaates sind ausschließlich zuständig zur Aburteilung von Handlungen der ihrem Militärrecht unterworfenen Personen, die nach dem Recht des Entsendestaates, aber nicht nach dem Recht des Aufnahmestaates strafbar sind, einschließlich Handlungen gegen die Sicherheit des Entsendestaates (nach ausdrücklicher Begriffsbestimmung: Hochverrat, Sabotage, Spionage oder Verletzung eines Gesetzes über Amtsgeheimnisse oder Geheimnisse der Landesverteidigung). Die Behörden des Aufnahmestaates sind ausschließlich zuständig zur Aburteilung von Handlungen der Mitglieder der entsandten Truppe und des zivilen Gefolges sowie von Angehörigen, wenn die Tat nach dem Recht des Aufnahmestaates, aber nicht nach dem Recht des Entsendestaates strafbar ist (einschließlich Handlungen gegen die Sicherheit des Aufnahmestaates).

In der Praxis am bedeutsamsten sind die Fälle, in denen die Gerichtsbarkeit konkurriert, weil die Tat nach dem Recht beider Staaten strafbar ist. Hier ist die Ausübung der Gerichtsbarkeit durch Vorrechte geordnet. Die Militärbehörden des Entsendestaates haben das Vorrecht auf Ausübung der Gerichtsbarkeit über ein Mitglied der Truppe oder eines zivilen Gefolges bei Straftaten in Ausübung des Dienstes und bei solchen Straftaten, die nur gegen das Vermögen oder die Sicherheit dieses Staates oder nur gegen die Person oder das Vermögen eines Mitglieds der Truppe oder des zivilen Gefolges dieses Staates oder eines anderen Angehörigen gerichtet sind. Bei allen anderen strafbaren Handlungen haben die Behörden des Aufnahmestaates das Vorrecht. Jede Seite kann auf die Ausübung ihres Vorrechts verzichten oder die andere Seite um einen solchen Verzicht ersuchen.

Weitere Bestimmungen des Artikels VII betreffen die gegenseitige Unterstützung bei Festnahmen, bei Ermittlungen in Strafsachen und bei der Vollstreckung von Freiheitsstrafen.

Absatz 8 trägt dem rechtsstaatlichen Grundsatz ne bis in idem Rechnung, indem er verbietet, daß ein Angeklagter, der durch die Behörden einer Vertragspartei freigesprochen worden ist oder verurteilt worden ist und seine Strafe verbüßt oder verbüßt hat oder begnadigt worden ist, wegen derselben Handlungen in demselben Gebiet von den Behörden einer anderen Vertragspartei erneut vor Gericht gestellt wird.

Absatz 9 sichert den Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und den Angehörigen, die von dem Aufnahmestaat strafgerichtlich verfolgt werden, eine Reihe von prozessualen Rechten zu, wie sie in Rechtsstaaten üblich sind.

Zu Artikel VIII

Die Vorschrift regelt ausführlich die Abgeltung von Schäden, für die eine Truppe oder ein ziviles Gefolge verantwortlich sind, und zwar sowohl im Verhältnis zu dem Geschädigten wie auch der beteiligten Staaten untereinander, und die sogenannten ex-gratia-Zahlungen der Entsendestaaten bei Schadensverur-

sachungen durch außerdienstliche Handlungen der Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges. In zwei kurzen, aber grundlegenden Bestimmungen wird ferner die Zivilgerichtsbarkeit über die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges behandelt.

Absatz 1 enthält einen gegenseitigen Verzicht der beteiligten Staaten. Jede Vertragspartei verzichtet grundsätzlich auf Ansprüche gegen eine andere Vertragspartei wegen Schäden, die durch die im Zusammenhang mit dem Nordatlantikvertrag eingesetzten Streitkräfte einer anderen Vertragspartei an ihr gehörenden Vermögenswerten verursacht werden, wenn diese Vermögenswerte von ihren eigenen Streitkräften benutzt werden. Wie aus Artikel I Abs. 2 hervorgeht, erstreckt sich dieser Verzicht nicht auf Vermögenswerte, die im Eigentum politischer Untergliederungen einer Vertragspartei, d. h. im Falle der Bundesrepublik im Eigentum der Länder, stehen.

Bei Beschädigung anderer einer Vertragspartei gehörenden Vermögenswerte wird nach Absatz 2 über die Haftung durch einen Einzelschiedsrichter entschieden. Der Schiedsrichter wird aus den Staatsangehörigen des Aufnahmestaates ausgewählt, die hohe richterliche Ämter innehaben oder inne hatten.

Nach Absatz 2 Buchstabe f verzichten die Vertragsparteien jedoch ferner auf ihre Ansprüche, wenn der Schader einen gewissen Mindestbetrag nicht erreicht. Dieser Mindestbetrag ist im NATO-Truppenstatut in den Währungen der ursprünglichen Unterzeichnerstaaten angegeben.

Die Vertragsparteien verzichten schließlich auf alle Ansprüche gegeneinander, die darauf beruhen, daß ein Mitglied ihrer Streitkräfte in Ausübung des Dienstes eine Körperverletzung oder den Tod erlitten hat (Absatz 4).

Absatz 5 enthält Bestimmungen über die Abgeltung von Schäden, welchen Dritten durch dienstliche Handlungen oder Unterlassungen von Mitgliedern einer Truppe oder eines zivilen Gefolges oder durch andere Handlungen, Unterlassungen oder Begebenheiten, für welche eine Truppe oder ein ziviles Gefolge haftbar ist, zugefügt werden. Die Prüfung und Regelung solcher Ansprüche erfolgt durch den Aufnahmestaat nach den Gesetzen des Aufnahmestaates, die für Schadensersatzansprüche gegen seine eigenen Streitkräfte gelten. Die Bezahlung des Entschädigungsbetrages nimmt der Aufnahmestaat in eigener Währung vor. Unanfechtbare Entscheidungen über Entschädigungsansprüche sind für die Vertragsparteien bindend und endgültig.

In Absatz 5 Buchstabe e ist die Erstattung der von dem Aufnahmestaat gezahlten Entschädigungen geregelt. Dabei ist zwischen Fällen unterschieden, in denen ein Entsendestaat allein verantwortlich ist, und solchen, in denen mehrere Staaten für den Schaden verantwortlich sind.

Ist ein Entsendestaat allein verantwortlich, so wird der zuerkannte Betrag im Verhältnis von 25 : 75 zwischen dem Aufnahmestaat und dem Entsendestaat aufgeteilt.

Wenn mehrere Staaten für den Schaden verantwortlich sind, wird der zuerkannte Betrag gleichmäßig

unter sie aufgeteilt. Ist der Aufnahmestaat nicht unter den verantwortlichen Staaten, so beträgt sein Anteil lediglich die Hälfte des Anteils eines Entsendestaates.

Absatz 6 enthält eine Regelung für die sogenannten ex-gratia-Zahlungen, nämlich die freiwilligen Leistungen eines Entsendestaates bei Schadensersatzansprüchen gegen Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges aus Handlungen oder Unterlassungen, die nicht in Ausübung des Dienstes begangen worden sind. Solche Ansprüche werden von den Behörden des Aufnahmestaates geprüft, die über den Fall einen Bericht fertigen und den Behörden des Entsendestaates übergeben. Diese letzteren Behörden haben zu entscheiden, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sie eine Abfindung ohne Anerkennung einer Rechtspflicht anbieten wollen. Wird eine Abfindung angeboten und von dem Geschädigten als volle Abgeltung seines Anspruchs angenommen, so nehmen die Behörden des Entsendestaates die Zahlung vor und unterrichten die Behörden des Aufnahmestaates von ihrer Entscheidung und der Höhe des gezahlten Betrages. Die Zuständigkeit der Gerichte des Aufnahmestaates für die Durchführung von Verfahren gegen ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges bleibt unberührt, es sei denn, eine Zahlung sei als volle Abgeltung gewährt und angenommen worden (Absatz 6 Buchstabe d).

Über die Frage, ob eine zu Schadensersatz verpflichtende Handlung oder Unterlassung eines Mitglieds einer Truppe oder eines zivilen Gefolges in Ausübung des Dienstes begangen wurde, entscheidet im Streitfall ein Schiedsrichter (Absatz 8 — vgl. Absatz 2 Buchstabe b).

Aus Absatz 9 ergibt sich als eine der grundlegenden Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts, daß die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges der Zivilgerichtsbarkeit des Aufnahmestaates in vollem Umfang unterstehen, in Deutschland also der deutschen Zivilgerichtsbarkeit unterworfen sind.

Die Ausübung der Zivilgerichtsbarkeit wird lediglich dadurch beschränkt, daß nach Absatz 5 Buchstabe g ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges einer Zwangsvollstreckung aus einem Urteil nicht unterworfen werden darf, das in dem Aufnahmestaat in einer aus der Ausübung des Dienstes herrührenden Angelegenheit gegen ihn ergangen ist.

Der Begriff Zivilgerichtsbarkeit ist weit auszulegen. Er umfaßt grundsätzlich alle Zweige der Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Strafgerichtsbarkeit. Die Ausübung von Gerichtsbarkeit über die Truppen der Entsendestaaten selbst richtet sich nach den allgemeinen Sätzen des Völkerrechts, d. h. in der Regel sind die ausländischen Streitkräfte exempt.

Zu Artikel IX

Dieser Artikel betrifft Fragen der Versorgung der entsandten Truppe und des zivilen Gefolges, ihrer Mitglieder und der Angehörigen.

Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und die Angehörigen können sich die für ihren eigenen Verbrauch erforderlichen Waren und Leistungen an Ort und Stelle unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen des Auf-

nahmestaates verschaffen. Was für den Unterhalt einer Truppe oder eines zivilen Gefolges aus örtlichen Quellen benötigt wird, soll in der Regel durch Vermittlung der Dienststellen des Aufnahmestaates beschafft werden, die auch für die eigenen Streitkräfte mit der Beschaffung beauftragt sind. Dabei können erforderlichenfalls mit Rücksicht auf die Wirtschaft des Aufnahmestaates gewisse Waren benannt werden, deren Erwerb eingeschränkt oder untersagt werden sollte.

Soweit Grundstücke und dazugehörige Leistungen benötigt werden, ist es Sache der Behörden des Aufnahmestaates, die hierfür nötigen Maßnahmen zu treffen.

Soweit eine Truppe oder ein ziviles Gefolge einen Bedarf an zivilen Arbeitskräften im Aufnahmestaat hat, wird dieser Bedarf nach Artikel IX Abs. 4 in gleicher Weise wie der vergleichbare Bedarf des Aufnahmestaates im Wege der Arbeitsvermittlung befriedigt. Anstellungs- und Arbeitsbedingungen bestimmen sich nach dem Recht des Aufnahmestaates. Diese bei einer Truppe oder einem zivilen Gefolge beschäftigten zivilen Arbeitnehmer gelten in keiner Beziehung als Mitglieder der Truppe oder des zivilen Gefolges.

Nach Absatz 8 genießen weder eine Truppe noch ein ziviles Gefolge noch ihre Mitglieder oder deren Angehörige auf Grund dieses Artikels Befreiung von Steuern oder anderen Abgaben, die nach dem Abgabenrecht des Aufnahmestaates für den Erwerb von Gütern und die Leistung von Diensten zu entrichten sind.

Zu Artikel X

Dieser Artikel betrifft die steuerrechtliche Behandlung der Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges und bestimmt, daß der Aufenthalt im Aufnahmestaat im Rahmen des Dienstes nicht als Aufenthaltszeit oder als Änderung des Aufenthaltsortes oder Wohnsitzes im Sinne der Steuergesetze des Aufnahmestaates anzusehen ist. Die Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges sind im Aufnahmestaat von jeglicher Steuer auf Bezüge und Einkünfte befreit, die sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder einer Truppe oder eines zivilen Gefolges vom Entsendestaat erhalten, sowie von jeder Steuer auf ihnen gehörende bewegliche Sachen, die sich deshalb im Aufnahmestaat befinden, weil sich das Mitglied dort aufhält.

Der Aufnahmestaat behält jedoch das Recht, ein Mitglied einer Truppe oder eines zivilen Gefolges mit Einkünften aus einer im Aufnahmestaat nicht in dienstlicher Eigenschaft ausgeübten gewinnbringenden Tätigkeit zur Besteuerung heranzuziehen. In Artikel X Abs. 2 wird außerdem klargestellt, daß die Vorschriften des Aufnahmestaates hinsichtlich der beschränkten Steuerpflicht eines Mitglieds der Truppe oder des zivilen Gefolges über die in Artikel X Abs. 1 vorgesehenen Befreiungen hinaus nicht eingeschränkt werden.

Nach Absatz 4 sind Personen, die Staatsangehörige des Aufnahmestaates sind, nicht Mitglieder der Truppe im Sinne des Artikels X.

Zu Artikel XI

Dieser Artikel betrifft die zollrechtliche Behandlung von Waren, die für eine Truppe oder ein ziviles Gefolge, sowie für die Mitglieder und deren Angehörige eingeführt werden.

Er bestimmt, daß die Truppe und das zivile Gefolge ihre Ausrüstung und angemessene Mengen von Verpflegung und Versorgungsgüter zur ausschließlich eigenen Verwendung zollfrei einführen können. Darüber hinaus sind Dienstfahrzeuge von allen Abgaben befreit, die etwa wegen der Verwendung der Fahrzeuge im Straßenverkehr erhoben werden. Die Mitglieder und ihre Angehörigen sind grundsätzlich den Zollvorschriften des Aufnahmestaates unterworfen, dürfen jedoch in jedem Falle ihren Hausrat und private Kraftfahrzeuge zum eigenen Gebrauch vorübergehend zollfrei einführen.

Zu Artikel XII

Nach Artikel XII können die Behörden des Aufnahmestaates die vorgesehenen Vergünstigungen auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens von der Einhaltung von Bedingungen abhängig machen, die sie zur Verhütung von Mißbräuchen für erforderlich halten.

Absatz 2 enthält einen weiteren Vorbehalt für zoll- und steuerrechtliche Vergünstigungen bei der Einfuhr von Waren, die im Aufnahmestaat gewonnen, erzeugt oder hergestellt worden sind.

Zu Artikel XIII

Artikel XIII behandelt die Zusammenarbeit der Behörden der entsandten Truppen mit den Behörden des Aufnahmestaates bei Zuwiderhandlungen gegen zoll- und steuerrechtliche Vorschriften.

Zu Artikel XIV

Artikel XIV stellt fest, daß eine Truppe, ein ziviles Gefolge, ihre Mitglieder und die Angehörigen weiterhin den devisenrechtlichen Vorschriften des Entsendestaates und außerdem den devisenrechtlichen Vorschriften des Aufnahmestaates unterliegen. Entsendestaat wie Aufnahmestaat können Sonderbestimmungen erlassen.

Zu Artikel XV

Artikel XV regelt die Auswirkung von Feindseligkeiten, auf die der Nordatlantikvertrag Anwendung findet, auf das Abkommen. Das Abkommen bleibt grundsätzlich in Kraft; jedoch können die beteiligten Vertragsparteien Änderungen vereinbaren. Darüber hinaus hat jede Vertragspartei das Recht, unter Einhaltung einer Frist von 60 Tagen nach Benachrichtigung der anderen Vertragsparteien, die Anwendung von Bestimmungen des Abkommens auszusetzen; es ist hierauf über Ersatzbestimmungen zu beraten.

Zu Artikel XVI

Diese Bestimmung sieht vor, daß Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien hinsichtlich der Auslegung und Anwendung des Abkommens durch Verhandlungen zwischen ihnen beigelegt werden sollen. Soweit solche Verhandlungen nicht zum Ziel führen

und die Streitigkeiten auch nicht in die Zuständigkeit des in dem Abkommen vorgesehenen Schiedsrichters fallen, müssen sie vor den Nordatlantikrat gebracht werden. Außenstehende Gerichte dürfen nicht in Anspruch genommen werden.

Zu Artikel XVII

Nach dieser Bestimmung kann jede Vertragspartei jederzeit beim Nordatlantikrat die Revision eines jeden Artikels des Abkommens beantragen.

Zu Artikel XVIII

Artikel XVIII enthält Bestimmungen über die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Abkommens, sowie über den Beitritt zu dem Abkommen.

Das Abkommen ist ratifizierungsbedürftig.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Nordatlantikrats und unter den von diesem festzusetzenden Bedingungen kann jeder Staat, der dem Nordatlantikvertrag angehört oder beitritt, auch diesem Abkommen beitreten.

Die Ratifikationsurkunden und die Urkunden über den Beitritt sind bei der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu hinterlegen.

Zu Artikel XIX

Nach Artikel XIX kann das Abkommen von jeder Vertragspartei vier Jahre nach seinem Inkrafttreten durch Notifizierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach der Notifizierung wirksam. Das Abkommen tritt dann für die kündige Vertragspartei außer Kraft, bleibt aber zwischen den anderen Vertragsparteien bestehen.

Zu Artikel XX

Nach Artikel XX beschränkt sich der räumliche Geltungsbereich des Abkommens grundsätzlich auf das Mutterland der Vertragsparteien. Der Geltungsbereich kann jedoch auf alle oder einzelne Hoheitsgebiete einer Vertragspartei erstreckt werden, für deren internationale Beziehungen diese im Raume des Nordatlantikvertrags verantwortlich ist.

B

Erläuterungen zu den Zusatzvereinbarungen

Zu Artikel 2

Die Begriffsbestimmungen des Artikels I des NATO-Truppenstatuts werden durch diejenigen des Artikels 2 des Zusatzabkommens ergänzt*).

Zu Artikel 3

Artikel 3, dessen Bedeutung bereits in der Einleitung gewürdigt wurde (S. 2), enthält eine Fortführung der in der Präambel und in Artikel 3 des Nordatlantikvertrags vom 4. April 1949 niedergelegten Verpflichtung der Vertragsparteien zu gegenseitiger Unterstützung auf der Grundlage voller Gleichberechtigung. Er verpflichtet die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte, das NATO-Truppenstatut und die Zusatzvereinbarungen in enger Zusammenarbeit durchzuführen. Zu diesem Zweck sollen die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte erforderlichenfalls Verwaltungsabkommen oder andere Vereinbarungen schließen (Absätze 1, 3 und 4).

Als besonderes Ziel der Zusammenarbeit wird der Schutz der Sicherheit und des Vermögens der beteiligten Staaten und ihrer Staatsangehörigen genannt (Absatz 2; vgl. dazu Artikel 3 des Truppenvertrags).

Für das Gebiet der Versorgung werden in Absatz 5 allgemeine Grundsätze aufgestellt. Nach Buchstabe a gewähren die deutschen Behörden bei der Erfüllung der auf diesem Gebiet durch die einschlägigen Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens begründeten Verpflichtungen der Bundesrepublik den Streitkräften die für eine befrie-

digende Erfüllung ihrer Verteidigungspflichten erforderliche Behandlung. Die Behörden der Streitkräfte tragen ihrerseits nach Buchstabe b bei der Geltendmachung ihrer Rechte den deutschen öffentlichen und privaten Interessen im Sinne eines angemessenen Ausgleichs zwischen ihren Bedürfnissen und den Bedürfnissen der Bundesrepublik gebührend Rechnung (vgl. auch dazu Artikel 3 des Truppenvertrags).

Absatz 7 enthält eine Regelung für solche Fälle, in denen sich die zunächst zuständigen Behörden der Streitkräfte und die deutschen Behörden nicht einigen können. Führen die auf der ersten Zuständigkeitsstufe zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Behörden aufgenommenen Verhandlungen nicht zu einer Einigung, so ist nach Satz 1 die Angelegenheit an die übergeordneten Regionalbehörden, auf deutscher Seite also an die Landesregierungen, zur weiteren Behandlung abzugeben. Wird auch auf dieser Ebene keine Einigung herbeigeführt, dann werden die Verhandlungen, sofern nicht im NATO-Truppenstatut oder im Zusatzabkommen ein besonderes Verfahren vorgesehen ist, zwischen der sachlich zuständigen obersten Bundesbehörde und der höheren Behörde der Truppe fortgesetzt. Je nach der alsdann erzielten Übereinkunft erteilt nach Absatz 7 Satz 2 die Bundesregierung oder die höhere Behörde der Truppe die erforderlichen Einzelweisungen. Das in dieser Bestimmung vorgesehene besondere Weisungsrecht der Bundesregierung ist ein Weisungsrecht zur Ausführung von Bundesgesetzen — hier des NATO-Truppenstatuts und der Zusatzvereinbarungen — im Sinne des Artikels 84 Abs. 5 des Grundgesetzes. Die Einzelweisungen der Bundesregierung sind, außer im Dringlichkeitsfalle, an die

* Im Folgenden werden der Kürze halber „Truppe“ und „ziviles Gefolge“ unter der Bezeichnung „Streitkräfte“ zusammengefaßt.

obersten Landesbehörden zu richten. Gegebenenfalls sind sie von diesen gegenüber den Behörden der kommunalen Selbstverwaltung im Wege der Kommunalaufsicht durchzuführen und müssen sich insoweit (wegen Artikel 28 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes) darauf beschränken, die Behörden der kommunalen Selbstverwaltung im Wege der Rechtsaufsicht zur Erfüllung ihrer gesetzlich begründeten Verpflichtungen anzuhalten.

Zu Artikel 9 bis 11, 42, 48 Abs. 2 Satz 2, 57, 58 und 77

Die Verkehrsbestimmungen des Zusatzabkommens entsprechen der Sache nach den Artikeln 17 und 41 des Truppenvertrags. Sie sind jedoch gegenüber dem Truppenvertrag eingehender, enthalten zum Teil neue Bestimmungen und zum Teil wesentliche Änderungen. Sie tragen der Souveränität der Bundesrepublik als Aufnahmestaat und den Bedürfnissen des Verkehrs, insbesondere seiner Sicherheit, sowie finanziellen Notwendigkeiten stärker Rechnung als bisher.

Zu Artikel 9

Ausgangspunkt für die Regelung in Artikel 9 ist Artikel IV des NATO-Truppenstatuts. In dieser Bestimmung ist ein Wahlrecht des Aufnahmestaates vorgesehen, ohne Fahrprüfung entweder Führerscheine des Entsendestaates anzuerkennen oder eigene Führerscheine auszustellen, wenn der Besitz des Führerscheins eines Entsendestaates nachgewiesen wird. In Artikel 9 ist die Anerkennung der von einer Behörde eines Entsendestaates ausgestellten Führerscheine als Grundsatz festgelegt.

Gegenüber der bisherigen unterschiedslosen, summarischen Anerkennung von Urkunden zum Führen von — dienstlichen und privaten — Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen in Artikel 17 Abs. 6 des Truppenvertrags ist die Neuregelung wesentlich eingehender und differenzierter, um den deutschen gesetzlichen Sicherheitsvorschriften für die Ausstellung und Entziehung der verschiedenen Führerscheine soweit wie möglich Geltung zu verschaffen und den besonderen Bedürfnissen der Truppe Rechnung zu tragen.

Zu Artikel 10 und 11

Das NATO-Truppenstatut enthält keine einschlägigen Bestimmungen, so daß die in den Artikeln 10 und 11 getroffenen Regelungen als Ergänzung notwendig waren.

Artikel 10 hat seine wesentliche Bedeutung in der Festlegung der Zuständigkeit der Behörden der Truppe für die Registrierung und Zulassung von dienstlichen Kraftfahrzeugen der Streitkräfte und privaten Kraftfahrzeugen ihrer Mitglieder und deren Angehöriger.

Bedeutsam ist, daß private Kraftfahrzeuge nur zugelassen werden dürfen, wenn eine Haftpflichtversicherung nach Artikel 11 besteht.

Durch die in Artikel 11 erfolgte Neuregelung wird das inländische Verkehrsopfer, dem durch Fahrzeuge der Mitglieder der Streitkräfte oder ihrer Angehö-

riegen Schäden zugefügt werden, nunmehr in jeder Hinsicht nicht schlechter gestellt, als wenn der Schaden durch ein Fahrzeug verursacht wird, das bei einem inländischen Versicherer versichert ist.

Nach Absatz 1 ist jetzt allgemein eine „Haftpflichtversicherung nach deutschem Recht“ vorgeschrieben. Durch diese weitgehende Fassung ist sichergestellt, daß das deutsche Recht insgesamt gilt.

Von diesem Grundsatz ist allerdings im Absatz 2 die Ausnahme bestehengeblieben, daß die Haftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen abgeschlossen werden kann, dem in einem Entsendestaat die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb der Haftpflichtversicherung erteilt ist. Die bisher infolge dieser Ausnahme bestehenden Schwierigkeiten in bezug auf Schadensersatzverhandlungen, Klagen und Vollstreckung im Inland sind jedoch durch die Bedingung ausgeräumt worden, daß neben dem ausländischen Versicherer ein Versicherer im Bundesgebiet oder ein Verband solcher Versicherer die Pflichten eines Haftpflichtversicherers für Schadensfälle im Bundesgebiet übernimmt. Der Verband der Haftpflicht-, Unfall- und Kraftverkehrs-Versicherer e. V. (HUK-Vbd.) in Hamburg hat sich bereit erklärt, durch die Verwendung der grünen „Internationalen Versicherungskarte für Kraftverkehr“ diese Pflichten auch für die Mitglieder der Streitkräfte und die Angehörigen zu übernehmen.

Zu Artikel 42

Das NATO-Truppenstatut enthält keine einschlägigen Bestimmungen. Die in Artikel 42 des Zusatzabkommens getroffene Regelung war daher zur Wahrung der Sicherheit der Truppen als Ergänzung notwendig. Grundlage der bisherigen Regelung waren Artikel 17 Abs. 10 des Truppenvertrags sowie die Verfahrensrichtlinien, welche von dem nach Artikel 17 Abs. 8 des Truppenvertrags gebildeten Ständigen Luftfahrt-Koordinierungsausschuß festgelegt worden waren. Diese Regelung hat durch Artikel 42 des Zusatzabkommens wesentliche Änderungen erfahren, um der Souveränität der Bundesrepublik als Aufnahmestaat in stärkerem Maße Rechnung zu tragen als bisher. Im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

Nach Buchstabe a bedarf es für die deutsche Zulassung zum Luftbildgewerbe (Grunderlaubnis) statt der bisherigen Zustimmung nunmehr nur noch der Unterrichtung der Behörden der Truppe, und zwar auch nur dann, wenn diese ein entsprechendes allgemeines Ersuchen an die deutschen Verkehrsbehörden richten.

Deutsche Erlaubnisse für Luftbildaufnahmen waren bisher über Sperrgebieten an die Zustimmung der Truppen gebunden. Da diese große Teile des Bundesgebietes zum Sperrgebiet erklärt hatten, bedurften bisher die meisten Luftbildaufnahmen einer solchen Zustimmung. Diese Zustimmungspflicht ist nunmehr durch Buchstabe b auf solche Aufnahmen beschränkt worden, bei denen Anlagen, Ausrüstungsgegenstände sowie Stellungen oder Bewegungen einer Truppe in bestimmten geographischen Gebieten betroffen werden und die Sicherheit der Truppe gefährdet werden kann. Die genannten geographischen Gebiete sind in bilateralen Verwal-

tungsabkommen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Truppe festgelegt worden und gegenüber den bisher bestehenden Sperrgebieten wesentlich eingeschränkt.

Besonders bedeutsam ist, daß die deutschen Behörden nach Buchstabe c entgegen der bisherigen Regelung künftig auch Luftbildaufnahmen in den genannten Gebieten ohne Zustimmung der Truppe genehmigen können, wenn diese für amtliche Vermessungszwecke im Auftrage einer deutschen Behörde gemacht werden sollen. In diesem Falle stellen die deutschen Behörden auf Verlangen der Behörden der Truppe sicher, daß die letzteren Zugang zu den Negativen erhalten und die von ihnen gewünschten Sicherheitsmaßnahmen an den Negativen getroffen werden.

Zu Artikel 48 Abs. 2 Satz 2

Die für den Verkehr belastende Bestimmung des Artikels 41 Abs. 5 des Truppenvertrags, wonach die Streitkräfte berechtigt waren, alle am 5. Mai 1955 ihrem Gebrauch vorbehaltenden Verkehrsmittel und -einrichtungen zu behalten, hat wesentliche Einschränkungen erfahren. Diese Sonderfrage für den Verkehr ist nunmehr im Rahmen der allgemeinen Regelung für die weitere Überlassung von Liegenschaften durch Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens mitberücksichtigt worden (s. die Erläuterungen S. 33). Betroffen waren s. Z. in erster Linie Liegenschaften der Deutschen Bundesbahn, der Straßenbauverwaltungen sowie zivile Flugplätze. Diese sind nunmehr nach Artikel 48 Abs. 2 Satz 2 des Zusatzabkommens grundsätzlich — für ihren ursprünglichen Bestimmungszweck — freizugeben. Von diesem Grundsatz mußten Ausnahmen getroffen werden, weil in einer Reihe von Fällen ein weiterer Bedarf der Truppen zur Erfüllung ihrer Verteidigungsaufgaben auch im Interesse der Bundesrepublik besteht. Es wurde daher in die genannte Bestimmung eine Verpflichtung zu weiterer Überlassung gewisser Verkehrsliegenschaften aufgenommen. Die von dieser Verpflichtung betroffenen Liegenschaften sind in Notenwechseln mit der Belgischen Botschaft, der Französischen Botschaft, der Britischen Botschaft und der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika vom 3. August 1959 im einzelnen aufgeführt. Die weitere Überlassung der Liegenschaften steht unter den in Artikel 48 des Zusatzabkommens allgemein festgelegten Bedingungen, insbesondere unter der Verpflichtung zum Abschluß von schriftlichen Einzelüberlassungsverträgen sowie unter sonstigen ergänzenden Bedingungen. Diese eröffnen die Möglichkeit der vorzeitigen Beendigung der vereinbarten Überlassung, wenn Erfordernisse des öffentlichen Verkehrs oder betriebliche Notwendigkeiten es verlangen oder wenn Ersatzliegenschaften zur Verfügung gestellt werden. Die ergänzenden Bedingungen enthalten auch die Verpflichtung der Truppe, die deutsche Zustimmung zu baulichen Veränderungen einzuholen und in den meisten Fällen die zivile deutsche Mitbenutzung auf den ihr überlassenen Flugplätzen zu dulden. Die genannten Notenwechsel betreffen zunächst Liegenschaften der Deutschen Bundesbahn. Ferner werden eine Reihe von Flugplätzen unter besonderen ein-

schränkenden Bedingungen weiter überlassen. Hierbei ist in weitgehendem Maße zivile deutsche Mitbenutzung vorbehalten worden.

Von besonderer Bedeutung ist der Abschluß der Einzelüberlassungsverträge betreffend die Verkehrslägen Frankfurt und Stuttgart. Durch diese Verträge wird im wesentlichen eine gemeinsame, gegeneinander genau abgegrenzte zivile und militärische Benutzung festgelegt, wobei das Hausherrrecht der Flughafengesellschaft grundsätzlich wieder hergestellt ist.

Die Lösung der finanziellen Fragen betreffend die Miete für die zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Flughafen-Grundstücke sowie hinsichtlich der Start- und Landegebühren stellt gegenüber der bisherigen Lage eine wesentliche Verbesserung für die Flughafengesellschaften und die Bundesrepublik dar. Künftig werden grundsätzlich echte Entgelte gezahlt, wobei vertretbare Ermäßigungen auf die Start- und Landegebühren gewährt werden, die sich teils aus dem erheblichen Umfang des Luftverkehrs der Truppe, teils aus der Nichtinanspruchnahme von gewissen nur für den zivilen Luftverkehr bestimmten Einrichtungen ergeben.

Liegenschaften der Straßenbauverwaltungen werden nur noch an die amerikanische und britische Truppe weiter überlassen, und zwar ebenfalls unter besonderen einschränkenden Bedingungen und unter besonderen Rückgabeverpflichtungen.

Die Streitkräfte besitzen nicht mehr wie bisher nach Artikel 41 Abs. 8 des Truppenvertrags das Recht, innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften — nach Konsultation der deutschen Behörden — Verkehrsanlagen zu errichten, dies ist nur noch in Vereinbarungen gemäß Artikel 49 des Zusatzabkommens über Baumaßnahmen möglich.

Zu Artikel 57

Die in Artikel 57 enthaltene Regelung war notwendig, weil das NATO-Truppenstatut keine einschlägigen Bestimmungen enthält.

In Absatz 1 ist entsprechend dem Truppenvertrag das grundsätzliche Recht der Streitkräfte aufgenommen worden, mit eigenen (Land-, Wasser- und Luft-)Fahrzeugen im Bundesgebiet zu verkehren. Dieses auch in anderen Stationierungsverträgen enthaltene Recht ist die notwendige Folge aus dem in Artikel 1 des Aufenthaltsvertrags eingeräumten Recht zur Stationierung von Truppen im Bundesgebiet.

In Absatz 2 sind für die Einstellung und Beförderung von rollendem Eisenbahn-Material der Truppe nunmehr Vereinbarungen mit den deutschen Eisenbahnverwaltungen vorgesehen, während nach dem Truppenvertrag das rollende Material schon dann zur Beförderung zuzulassen war, wenn es im allgemeinen mit den Betriebsmethoden der Eisenbahnverwaltung vereinbar war.

In Absatz 3 ist über die nach Artikel II des NATO-Truppenstatuts bestehende allgemeine Verpflichtung zur Achtung des Rechts des Aufnahmestaates hinaus wiederum — wie in Artikel 17 Abs. 3 des Truppen-

vertrags — ausdrücklich festgelegt worden, daß grundsätzlich die deutschen Verkehrsvorschriften im weitesten Sinne, d. h. einschließlich von Verwaltungsanordnungen, gelten.

Nach Absatz 4 Buchstabe a darf die Truppe wie bisher nach dem Truppenvertrag im Falle dringender militärischer Erfordernisse, jedoch nur unter gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung von den Verhaltensvorschriften der Straßenverkehrsordnung abweichen.

Im Unterzeichnungsprotokoll sind in Besonderheit die Voraussetzungen festgelegt, unter denen die Truppe während der Tauperioden von den besonderen Anordnungen der deutschen Behörden zum Schutze der Straßen abweichen darf, nämlich nur bei Unglücksfällen, bei Katastrophen oder im Falle des Staatsnotstandes. Diese Festlegung erschien im beiderseitigen Interesse erforderlich, weil es in der Vergangenheit während der Tauperioden zu besonders großen Straßenschäden gekommen ist.

Neu und besonders bedeutsam ist die Bestimmung in Absatz 4 Buchstabe b. Diese entspricht der Regelung für die Bundeswehr in § 48 Abs. 1 Satz 2 der Straßenverkehrsordnung. Danach wird der militärische Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern, deren Abmessungen, Achslast und Gesamtgewicht oder Anzahl die nach dem deutschen Straßenverkehrsrecht geltenden Begrenzungen überschreiten, wie grundsätzlich auf ein zu vereinbares Straßennetz beschränkt. Diese Beschränkung ist erforderlich, um die Sicherheit des Straßenverkehrs zu erhöhen und um Schäden an großen Teilen des Straßennetzes, die für den vorgenannten Verkehr nicht geeignet sind, möglichst zu vermeiden.

Um einen möglichst reibungslosen Verkehr und den Schutz der Straßen zu gewährleisten, sollen neben den Vereinbarungen über die Bestimmung des besonderen Straßennetzes auch für dessen Benutzung gewisse Bedingungen und Auflagen mit den Streitkräften vereinbart werden, so wie es in bezug auf die Bundeswehr auf Grund des § 48 Abs. 1 Satz 2 der Straßenverkehrsordnung schon geschehen ist. Dadurch sollen insbesondere Art und Umfang des Zusammenwirkens der Behörden der Truppe mit den deutschen Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden geregelt werden. Im übrigen wird, insbesondere zur Frage des Ausbaus der Straßen, die in das Militärstraßennetz einbezogen worden sind, auf die Artikel 23 und 24 des Zustimmungsgesetzes und die Begründung hierzu verwiesen.

Außerhalb des vereinbarten Straßennetzes ist nur ausnahmsweise, d. h. bei Unglücksfällen, Katastrophen, im Falle des Staatsnotstandes oder auf Grund von Vereinbarungen zwischen den Behörden der Truppe und den deutschen Behörden, ein Verkehr mit überschweren Fahrzeugen oder Kolonnen zugelässig.

Absatz 5 enthält zwei Einschränkungen und eine Erweiterung gegenüber Artikel 17 Abs. 5 Satz 2 des Truppenvertrags. Danach waren die Kraftfahrzeuge

der Streitkräfte, ihrer Mitglieder und der Angehörigen uneingeschränkt von den deutschen Bau- und Betriebsvorschriften befreit. Nunmehr besteht diese Befreiung nur noch für die Streitkräfte und außerdem nur unter dem Vorbehalt gebührender Berücksichtigung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese Befreiung ist auch auf Kraftfahrzeuganhänger, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge ausgedehnt worden. Der genannte Vorbehalt hat die Bedeutung, daß die Streitkräfte zusätzliche Maßnahmen zu treffen haben, wenn die Vorschriften eines Entsendestaates nicht ausreichen, um im Bundesgebiet die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Als solche Maßnahmen können z. B. die Anbringung von beleuchteten Fahrtrichtungsanzeigern oder Vorrichtungen zum Abblenden der Scheinwerfer in Betracht kommen.

Absatz 6 bedeutet eine Einschränkung gegenüber Artikel 17 Abs. 1 Satz 3 des Truppenvertrags. Während nach dieser letzteren Bestimmung auf den nicht ausschließlich der Truppe zur Benutzung überlassenen Flugplätzen auch eine Landung aus Gründen der Sicherheit der Streitkräfte oder zu Übungszwecken möglich war, gibt es nach Absatz 6 ein Recht zur Landung nur — entsprechend dem international geltenden Recht — in Notfällen oder auf Grund von Vereinbarungen mit den zuständigen deutschen Behörden.

Absatz 7 ersetzt Artikel 17 Abs. 8 des Truppenvertrags. Anders als nach dieser Regelung sind mit Rücksicht auf die Souveränität der Bundesrepublik als Aufnahmestaat die militärischen Luftfahrtinteressen gegenüber denjenigen der zivilen Luftfahrt nunmehr von der Bundeswehr wahrzunehmen. Diese vertritt gleichzeitig die Luftfahrtinteressen der Streitkräfte. Vertretern der Streitkräfte wird jedoch, soweit angezeigt, angemessene Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt vor dem Ausschuß selber darzulegen.

Eine Übergangsregelung ist in Artikel 77 des Zusatzabkommens festgelegt. Hiernach soll, solange der Aufbau der Bundeswehr noch nicht weit genug fortgeschritten ist, um die ihr nach Absatz 7 obliegenden Koordinierungsaufgaben durchführen zu können, die Koordinierung im Rahmen des Koordinierungs-Ausschusses nach Artikel 17 Abs. 8 des Truppenvertrags fortgesetzt werden.

Absatz 8 entspricht Artikel 17 Abs. 9 des Truppenvertrags und ist nach wie vor im Interesse der Luftsicherheit notwendig.

Zu Artikel 58

Die in Artikel 58 enthaltene Regelung war notwendig, weil das NATO-Truppenstatut keine einschlägigen Bestimmungen enthält.

Das in Artikel 41 Abs. 1 Satz 1 des Truppenvertrags bereits enthaltene Recht zur Benutzung deutscher Verkehrsmittel und -einrichtungen ist nunmehr auf solche öffentlichen und privaten Verkehrsmittel und -einrichtungen beschränkt worden, welche dem öffentlichen Verkehr dienen.

Die in Artikel 41 Abs. 1 Satz 2 des Truppenvertrags festgelegte bevorzugte Behandlung der Streitkräfte ist in Artikel 58 nicht wieder aufgenommen worden. Vielmehr ist in Artikel 3 Abs. 5 Buchstabe a des Zusatzabkommens nur noch bestimmt, daß die deutschen Behörden den Streitkräften die für eine befriedigende Erfüllung der Verteidigungsaufgaben erforderliche Behandlung gewähren. Dabei sind nach Artikel 3 Abs. 5 Buchstabe b des Zusatzabkommens bei dem angemessenen Ausgleich der beiderseitigen Interessen die deutschen öffentlichen und privaten Interessen schließlich zu berücksichtigen, während nach Artikel 41 Abs. 1 Satz 2 des Truppenvertrags nur dem wesentlichen zivilen und Verteidigungsbedarf der Bundesrepublik Rechnung zu tragen war.

Nach Artikel 41 Abs. 1 letzter Satz des Truppenvertrags hatten die Streitkräfte das Recht, Verträge über Verkehrsleistungen mit Verkehrsunternehmungen abzuschließen. Ferner mußten sie nach Artikel 41 Abs. 2 des Truppenvertrags die Inanspruchnahme gewisser außergewöhnlicher Verkehrsleistungen öffentlicher und nichtöffentlicher Verkehrsunternehmungen bei den deutschen Behörden anmelden. Dagegen finden jetzt nach Artikel 58 Abs. 1 Satz 2 die allgemein für den (zivilen und militärischen) Verkehr geltenden Bestimmungen Anwendung, falls nichts anderes vereinbart wird. Danach sind Vereinbarungen entsprechend Artikel 41 Abs. 1 letzter Satz und Artikel 41 Abs. 2 des Truppenvertrags zwar nicht ausgeschlossen; doch gilt dies, wie nachstehend näher ausgeführt wird, mit der Einschränkung, daß Vereinbarungen über Tarife ausgeschlossen sind.

In Absatz 2 Buchstabe a ist für die Bundesrepublik der auch in anderen Stationierungsverträgen verwirklichte Grundsatz niedergelegt, daß bei der Benutzung von Verkehrsmitteln und -einrichtungen des Aufnahmestaates durch die Streitkräfte des Entsendestaates keine ungünstigeren Tarife angewandt werden als sie für die nationalen Streitkräfte des Aufnahmelandes gelten. Bedeutsam ist, daß an Stelle der bisher nach Artikel 41 Abs. 1 letzter Satz des Truppenvertrags vereinbarten Entgelte und der auf Grund von Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 12 Abs. 4 des Finanzvertrags abgeschlossenen Tarifvereinbarungen künftig die von den deutschen Behörden festgesetzten oder genehmigten Tarife, insbesondere die Militärtarife, gelten. Die Behörden der Truppe haben das Recht, an den Verhandlungen mit den Verkehrsträgern über Militärtarife teilzunehmen und Wünsche zu äußern. Dabei mußte berücksichtigt werden, daß „besondere Verhältnisse“ eintreten können, in denen es an Bestimmungen im Militärtarif fehlt (z. B. Transport von Material, das die Bundeswehr nicht besitzt). Für diese Fälle werden die deutschen Behörden den Militärtarif angemessen ergänzen. Bei den Verhandlungen über die Festlegung dieser Verpflichtung waren sich die Beteiligten darüber einig, daß die Länge der Transportwege und der Umfang der Benutzung nicht als „besondere Verhältnisse“ anzusehen sind.

Absatz 2 Buchstaben b und c ist auf besonderen Wunsch der Entsendestaaten aufgenommen worden:

Buchstabe b enthält allgemeine Grundsätze über die Gestaltung des Militärtarifs und

Buchstabe c die Feststellung, daß die Anwendung der Sätze des Militärtarifs insgesamt zu keinem ungünstigeren Ergebnis führt als die Anwendung der Sätze der öffentlichen Tarife einschließlich der Ausnahmetarife.

Absatz 3 enthält eine Verpflichtung zu wohlwollender Prüfung von Anträgen einer Truppe auf Errichtung zusätzlicher oder Abänderung bestehender Einrichtungen, wenn der Verkehrsbedarf der Truppe in anderer Weise nicht befriedigt werden kann. Diese Bestimmung bedeutet eine Einschränkung gegenüber Artikel 41 Abs. 7 des Truppenvertrags, wonach die deutschen Behörden auf einen von den obersten Kommandostellen der Streitkräfte genehmigten Antrag Verkehrsmittel und -einrichtungen erweitern, ändern oder neu errichten mußten. Eine Kostenbeteiligung der Streitkräfte besteht in den vorgenannten Fällen nach Artikel 7 Abs. 6 des Finanzvertrags nur ausnahmsweise. Dagegen werden künftig nach Artikel 63 Abs. 6 Buchstabe b des Zusatzabkommens derartige Kosten grundsätzlich von den Streitkräften getragen. Nur in Fällen, in denen gleichzeitig auch eine Befriedigung des zivilen Bedarfs in Betracht kommt, werden sich die deutschen Behörden an den Kosten entsprechend beteiligen.

Nach Absatz 4 haben die deutschen Behörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit erforderlichenfalls geeignete Schritte zu unternehmen, um sicherzustellen, daß der Bedarf der Truppe an Kessel-, Schlaf- und Speisewagen durch Abmachungen zwischen den Behörden der Truppe und Unternehmen, die solche Dienste gewerblich anderen Benutzern zur Verfügung stellen, zu angemessenen Bedingungen befriedigt wird. Auch mit dieser Bestimmung sind die Verpflichtungen der Bundesrepublik gegenüber der gegenwärtigen Rechtslage eingeschränkt; nach Artikel 41 Abs. 3 des Truppenvertrags ist die Bundesrepublik verpflichtet, den gesamten Bedarf der Streitkräfte zu decken. Letztere Verpflichtung hat besondere finanzielle Nachteile, da die Streitkräfte nicht die tariflichen Entgelte zu zahlen brauchen. Künftig sind solche Entgelte zu zahlen.

Zu Artikel 13, 56 und 78

Zu Artikel 13

Nach derzeitigem Recht erfaßt die deutsche Sozialversicherung grundsätzlich sämtliche im Bundesgebiet in abhängiger Beschäftigung ausgeübten Tätigkeiten einschließlich derjenigen eines Beamten und Soldaten, soweit diese Tätigkeiten nicht auf Grund besonderer gesetzlicher Vorschriften versicherungsfrei sind. Leistungsansprüche aus der Sozialversicherung (z. B. im Krankheitsfalle) können auch ohne entsprechende Beitragsleistungen erhoben werden. Es würde der Stellung der ausländischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland jedoch nicht gerecht werden, wenn ihre Mitglieder, deren Zugehörigkeit zu den Streitkräften auf die militärische Organisation des Entsendestaates zurückgeht, in die sie eingeordnet sind, mit ihren Angehörigen sozialversicherungsrechtlich so behandelt würden, als ob sie bei einem Arbeitgeber oder

Dienstherrn im gewöhnlichen Sinne in der Bundesrepublik Deutschland in abhängiger Beschäftigung tätig wären. Die Streitkräfte, ihre Mitglieder und die Angehörigen befinden sich auf Grund besonderer Abmachungen im Bundesgebiet, die es nicht sinnvoll erscheinen lassen, die Beziehungen des einzelnen Mitglieds zu den Streitkräften als Beschäftigung im Sinne des deutschen Sozialversicherungsrechts anzusehen; demgemäß sollen die Entsendestaaten und nicht die deutschen Stellen für die soziale Sicherheit dieser Personen verantwortlich sein. Ähnliche Überlegungen gelten für die Betreuung dieser Personen in Fällen der Not. Um sicherzustellen, daß entsprechend verfahren wird, bestimmt Artikel 13, daß die im Bundesgebiet geltenden Bestimmungen über die soziale Sicherheit und Fürsorge auf die genannten Personen nicht angewendet werden, soweit nicht für bestimmte Fälle ausdrücklich etwas vorgesehen ist.

Anders ist es dagegen, wenn rechtliche Beziehungen zur deutschen Sozialversicherung außerhalb der Mitgliedschaft zu den Streitkräften begründet worden sind oder hergestellt werden. Es besteht kein Grund, diese rechtlichen Beziehungen zu beschneiden, weil es sich gleichzeitig um Mitglieder der Streitkräfte oder Angehörige handelt. Um dies klarzustellen, sieht Artikel 13 Abs. 1 vor, daß den Mitgliedern der Streitkräfte, sofern sie vor dem Eintritt in die Streitkräfte nach Zurücklegung der erforderlichen Versicherungszeiten das Recht erworben hatten, sich in der sozialen Kranken- und Rentenversicherung weiterzuversichern, dieses Recht erhalten bleibt. Ebenso muß ihnen aus den genannten Gründen die Möglichkeit bleiben, Rechte geltend zu machen, die ihnen während der Zeit der Mitgliedschaft bei den Streitkräften in der deutschen sozialen Kranken- und Rentenversicherung erwachsen sind.

Anders ist auch die Stellung der Mitglieder der Streitkräfte und der Angehörigen im Sozialversicherungsrecht, wenn sie als Arbeitgeber auftreten. Sie insoweit der deutschen gesetzlichen Regelung nicht zu unterwerfen, besteht kein Anlaß. Um zu verhüten, daß aus der Regelung im Absatz 1 Satz 1 der Schluß auf Freistellung von den Arbeitgeberpflichten in der deutschen Sozialversicherung gezogen wird, ist Absatz 2 vorgesehen.

Zu Artikel 56 und 78

Die neue Regelung des Artikels 56 lehnt sich sowohl materiell als auch im Aufbau an die bisherigen Bestimmungen des Artikels 44 des Truppenvertrags an.

Auf der Grundlage des Artikels IX Abs. 4 des NATO-Truppenstatuts wird nunmehr für die zivilen Bediensteten der Streitkräfte der Entsendestaaten das für die Angestellten und Arbeiter der Bundeswehr geltende Arbeitsrecht maßgebend, soweit nicht einzelne Abweichungen vorgesehen sind. Solche Abweichungen ergeben sich aus dem Umstand, daß die Arbeitgeber in diesem Falle ausländische souveräne Staaten sind und ihre in der Bundesrepublik gelegenen Dienststellen Aufgaben hoher politischer und militärischer Bedeutung wahrzunehmen haben.

Die Neuregelung der Arbeitsbedingungen ist als Ganzes zu sehen und zu werten. Sie stellt einen entscheidenden Fortschritt zugunsten der Arbeitnehmer dar. Dies gilt insbesondere bezüglich der Mitwirkung der deutschen Gewerbeaufsichtsämter auch beim technischen Arbeitsschutz, ferner bei Versetzungen vor allem auch hinsichtlich des Betriebsvertretungsrechts. Letzteres ist nunmehr auch für diesen Personenkreis auf eine gesetzliche Grundlage gestellt und dem Personalvertretungsrecht des deutschen öffentlichen Dienstes weitgehend angenähert worden. Ein Mitbestimmungsrecht war bei den Entsendestaaten jedoch nicht zu erreichen, wohl aber eine Mitwirkung. Die Betriebsvertretungsmitglieder genießen jetzt den gleichen gesetzlichen Kündigungsschutz wie die Personalvertretungsmitglieder und die Betriebsratsmitglieder in der deutschen privaten Wirtschaft.

Beseitigt werden konnten die beiden in Artikel 44 Abs. 3 und 8 des Truppenvertrags vorgesehenen Gemischten Kommissionen. Die erstere hatte über die Vereinbarkeit geltenden deutschen Arbeitsrechts mit den militärischen Erfordernissen der Entsendestaaten zu befinden. Der zweiten war die Entscheidung über die Berechtigung von Kündigungen aus Sicherheitsgründen zugewiesen. Beide Kommissionen stellten eine gewisse Einengung des deutschen Arbeitsrechts und der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit dar. Den Verzicht auf diese Kommissionen machten die Entsendestaaten von einer Lockerung der Beschäftigungspflicht bei bestehendem Arbeitsverhältnis und von der Einräumung des Rechts abhängig, sich gegebenenfalls durch Zahlung einer vom Arbeitsgericht festzusetzenden angemessenen Abfindung von der Fortsetzung eines Arbeitsverhältnisses im Einzelfall zu befreien.

Für Rechtsstreitigkeiten aus dem Arbeits- und aus dem Sozialversicherungsverhältnis sowie für Anträge bei Streitigkeiten der Betriebsvertretung der zivilen Arbeitskräfte bei den Streitkräften gilt die Ausführungsbestimmung des Artikels 26 des Zustimmungsgesetzes.

Artikel 78 bringt die notwendige Übergangsbestimmung für die Behandlung derjenigen Kündigungen aus Sicherheitsgründen, die beim Inkrafttreten des Abkommens noch bei der Gemischten Kommission anhängig sind bzw. im Anschluß an ein solches Verfahren vor der Kommission noch bei einem Gericht für Arbeitssachen schwelen.

Zu Artikel 17 bis 27, 29, 30 und 75

Die Artikel 17 bis 27 sowie 29 bis 39 betreffen die Gerichtsbarkeit, und zwar die Artikel 17 bis 27 sowie 29 und 30 strafrechtliche, die Artikel 31 bis 35 nichtstrafrechtliche Angelegenheiten. Gemeinsame Vorschriften für die Zivil- und Strafgerichtsbarkeit enthalten die Artikel 36 bis 39.

Bei den strafrechtlichen Angelegenheiten steht die Frage, wer die Strafgerichtsbarkeit über Mitglieder der Streitkräfte und deren Angehörige ausübt, im Vordergrund.

Nach dem geltenden Recht haben die Behörden der Streitkräfte grundsätzlich die ausschließliche Strafgerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte

und gewisse nahe Familienangehörige. Nur in Ausnahmefällen unterstehen Mitglieder der Streitkräfte und deren Angehörige der deutschen Strafgerichtsbarkeit, nämlich auf Grund einer Abgabe der Sache (Artikel 6 Abs. 4 des Truppenvertrags) oder wenn die Militärgerichte nach ihrem Heimatrecht nicht zuständig sind (Artikel 6 Abs. 2).

Im Gegensatz hierzu teilt Artikel VII des NATO-Truppenstatuts die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zwischen Aufnahmestaat und Entsendestaat auf. Diese Regelung will erreichen, daß Straftaten, die von Mitgliedern der Streitkräfte oder deren Angehörigen begangen worden sind, unverzüglich und in einer Weise abgeurteilt werden, die sowohl die Aufgaben der Streitkräfte am wenigsten beeinträchtigt als auch den Rechten und den Interessen der Zivilbevölkerung den größten Schutz gewährt. Diese Erwägungen kommen in folgender Aufteilung der Strafgerichtsbarkeit zwischen Aufnahmestaat und Entsendestaat zum Ausdruck:

Ist eine Handlung nur nach dem Recht eines dieser Staaten strafbar, so hat dieser die ausschließliche Gerichtsbarkeit. In den übrigen Fällen steht grundsätzlich beiden Staaten die Gerichtsbarkeit zu, und zwar den Entsendestaaten in dem Umfang, in dem ihre Gerichte zur Aburteilung von Soldaten und gleichgestellten Personen, die sich im Ausland aufhalten, nach ihrem Heimatrecht zuständig sind. In allen diesen Fällen konkurriert daher die Gerichtsbarkeit des Entsendestaates mit der des Aufnahmestaates. Insoweit ist deshalb in Artikel VII Abs. 3 Buchstaben a und b vorgesehen, daß beiden Staaten bezüglich bestimmter Fallgruppen oder Fälle jeweils ein Vorrecht zur Ausübung der Gerichtsbarkeit eingeräumt wird. Der Entsendestaat besitzt das Vorrecht bei strafbaren Handlungen, die sich ausschließlich gegen sein Vermögen, seine Sicherheit, gegen Mitglieder seiner Truppe, seines zivilen Gefolges oder deren Angehörige oder gegen das Vermögen dieser Personen richten. Weiter hat der Entsendestaat das Vorrecht zur Aburteilung von Straftaten, „die sich aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes ergeben“. Bei allen anderen strafbaren Handlungen steht das Vorrecht dem Aufnahmestaat zu.

In Artikel VII Abs. 3 Buchstabe c ist vorgesehen, daß der bevorrechtigte Staat dem anderen Staat die Ausübung der Gerichtsbarkeit überlassen kann und daß beide Staaten verpflichtet sind, ein Ersuchen der anderen Seite um Verzicht auf das Vorrecht wohlwollend zu erwägen. Hieran knüpft das Zusatzabkommen in Artikel 19 an. Nach dieser Vorschrift verzichtet die Bundesrepublik auf Ersuchen eines Entsendestaates diesem gegenüber auf ihr Vorrecht zur Ausübung der konkurrierenden Strafgerichtsbarkeit. Sie hat aber die Möglichkeit, den Verzicht in jedem Einzelfall zurückzunehmen, wenn die deutschen Behörden wegen besonderer Umstände der Ansicht sind, daß wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege die Ausübung der deutschen Gerichtsbarkeit erfordern (Artikel 19 Abs. 3). Die Bundesregierung sah sich nicht in der Lage, auf ihr Vorrecht zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit nach Artikel VII des NATO-Truppenstatuts allgemein zu verzichten, denn dies hätte eine Aufrechterhaltung des bisherigen Rechtszustands bedeutet. Auf der

anderen Seite besteht kein wesentliches deutsches Interesse daran, daß Straftaten von geringerer Bedeutung, die von Mitgliedern der Truppe, des zivilen Gefolges oder von Angehörigen begangen werden, in jedem Fall durch die deutschen Behörden verfolgt werden. In den meisten Stationierungsfällen überläßt der Aufnahmestaat in einem Großteil der Fälle dem Entsendestaat gemäß Artikel VII Abs. 3 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts durch Einzelverzicht die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit. Da es auch bei der großen Zahl der in der Bundesrepublik stationierten Soldaten nicht zweckmäßig gewesen wäre, alle Straftaten von geringerer Bedeutung zunächst durch die deutschen Behörden strafrechtlich zu verfolgen, um die Strafsachen sodann auf Grund eines Einzelverzichts an die ausländischen Behörden abzugeben, ist die in Artikel 19 vorgesehene Lösung gewählt worden, die eine zu große verwaltungsmäßige Belastung der deutschen Behörden vermeidet, dem entscheidenden Teil der deutschen Interessen aber vollständig Rechnung trägt.

Die übrigen Bestimmungen treten gegenüber Artikel 19 des Zusatzabkommens an Bedeutung zurück. Artikel 17 erleichtert die Feststellung, ob eine Straftat nach dem Recht des Aufnahmestaates oder nach dem Recht des Entsendestaates strafbar ist. Artikel 18 betrifft die in Ausübung des Dienstes begangenen Handlungen oder Unterlassungen. In Artikel 20 wird das Festnahmerecht der Militärbehörden behandelt. Artikel 21 sieht eine Benachrichtigung über Ermittlungsverfahren und Festnahmen vor, die Bedeutung für die Sicherheit der Bundesrepublik oder der Entsendestaaten haben können. Die Frage, wem nach einer Festnahme von Mitgliedern der Streitkräfte oder von Angehörigen der Gewahrsam an diesen Personen zusteht, bestimmt sich nach Artikel 22. Das Zutrittsrecht zu diesen Personen nach ihrer Festnahme ist in Artikel 23 geregelt. Artikel 24 ermöglicht den Abschluß von Vereinbarungen, die der gegenseitigen Unterstützung bei der Strafverfolgung dienen sollen. Das Recht von Vertretern der Bundesrepublik oder des Entsendestaates, in der Hauptverhandlung anwesend zu sein, ist in Artikel 25 festgelegt. Vorschriften über den Ort der Hauptverhandlung finden sich in Artikel 26 und über den Ausschluß des beschleunigten Verfahrens in Artikel 27. Artikel 29 enthält eine Verpflichtung der Bundesrepublik, die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutz der Streitkräfte und ihrer Mitglieder herbeizuführen. Nach Artikel 30 können Gemischte Ausschüsse zur Behandlung der Fragen der Strafgerichtsbarkeit gebildet werden.

Zu Artikel 17

Nach Artikel VII Abs. 2 des NATO-Truppenstatuts richtet sich die Ausübung der Strafgerichtsbarkeit in bestimmten Fällen danach, ob eine Handlung nur nach dem Recht des Aufnahmestaates oder nur nach dem des Entsendestaates strafbar ist. Da die Frage, ob eine Handlung nach dem Recht eines bestimmten Staates strafbar ist, am besten von Behörden dieses Staates beurteilt werden kann, ist in Artikel 17 die Erteilung einer entsprechenden Bescheinigung vorgesehen, und zwar auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Das deutsche Gericht oder die deutsche

Behörde ist jedoch ebenso wie die Behörde des Entsendestaates nicht unter allen Umständen an den Inhalt der Bescheinigung gebunden, sondern kann nach Absatz 2 in Ausnahmefällen auch eine Überprüfung herbeiführen, die auf diplomatischem Wege vorzunehmen ist. Nach Absatz 4 kann ein Entsendestaat erreichen, daß die Absätze 1 bis 3 im Verhältnis zwischen ihm und der Bundesrepublik nicht angewendet werden. In diesem Fall kommt wegen der Gegenseitigkeit auch die Erteilung von Bescheinigungen durch die Behörden dieses Entsendestaates nicht in Betracht.

Zu Artikel 18

Artikel VII Abs. 3 Buchstabe a (ii) des NATO-Truppenstatuts gewährt den Militärbehörden des Entsendestaates das Vorrecht auf die Ausübung der Gerichtsbarkeit, wenn die von einem Mitglied der Streitkräfte begangene Straftat sich „aus einer Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes“ ergibt. Zur Ergänzung dieser Vorschrift bestimmt Artikel 18, daß sich die Entscheidung, ob diese Bedingung erfüllt ist, nach dem Recht des Entsendestaates richtet; auch hier ist die Erteilung einer entsprechenden Bescheinigung möglich, welche — wie bei Artikel 17 — auf diplomatischem Wege überprüft werden kann. Die Möglichkeit einer Überprüfung bedeutet eine wesentliche Verbesserung gegenüber Artikel 16 des Truppenvertrags. Eine Pflicht zur Aussetzung des Verfahrens, wie sie diese Vorschrift des Truppenvertrags den deutschen Gerichten oder Behörden noch auferlegt, kennt das Zusatzabkommen nicht mehr.

Zu Artikel 19

Die allgemeine Bedeutung dieser Vorschrift und ihr Zusammenhang mit Artikel VII des NATO-Truppenstatuts sind bereits vor Artikel 17 dargestellt.

Nach Absatz 1 verzichtet die Bundesrepublik gemäß Artikel VII Abs. 3 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts auf das ihr nach dessen Buchstaben b (in Verbindung mit Buchstabe a) zustehende Vorrecht zur Ausübung der konkurrierenden Strafgerichtsbarkeit, wenn sie von einem Entsendestaat hierum ersucht wird. Im Verhältnis zu einem Entsendestaat, der um den Verzicht nicht ersucht, gilt für die Aufteilung der Strafgerichtsbarkeit Artikel VII des NATO-Truppenstatuts ausschließlich. Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 19 bestimmt, daß das Ersuchen eines Entsendestaates um den Verzicht bereits vor dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens gestellt wird und daß die Bundesrepublik in diesen Fällen den Verzicht mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens gewährt. Damit ist gerade auf diesem wichtigen Gebiet sichergestellt, daß nach dem Außerkrafttreten des Truppenvertrags eine klare Rechtslage besteht. Für den Fall, daß ein Entsendestaat erst nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens um den Verzicht ersucht, sieht Absatz 1 Satz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 19 die Ausarbeitung von Übergangsregelungen vor.

Die ausschließliche Gerichtsbarkeit der Bundesrepublik, die immer dann besteht, wenn eine Straftat nur nach deutschem Recht strafbar ist, wird durch die Regelung des Artikels 19 nicht berührt.

Absatz 2 sichert eine Unterrichtung der deutschen Behörden über jeden Fall, in dem das deutsche Vorrecht besteht. Diese Mitteilungspflicht ist insbesondere wegen des — in Absatz 3 vorgesehenen — deutschen Rechts auf Zurücknahme des Verzichts von Bedeutung. Auf die Unterrichtung der deutschen Behörden kann durch Vereinbarungen, die nach Absatz 7 geschlossen werden können, verzichtet werden; dabei ist vor allem an Straftaten von geringfügiger Bedeutung gedacht.

Nach Absatz 3 kann der Verzicht durch eine einfache Erklärung zurückgenommen werden, und zwar des Inhalts, daß die deutschen Behörden der Ansicht sind, wesentliche Belange der deutschen Rechtspflege erforderten die Ausübung der deutschen Strafgerichtsbarkeit in diesem Falle. Bei den „wesentlichen Belangen der deutschen Rechtspflege“ handelt es sich nicht um materielle Voraussetzungen der Rücknahmeerklärung; es kommt bei der Entscheidung vielmehr lediglich auf die Ansicht der zuständigen deutschen Behörde an. Die — konstitutiv wirkende — Entscheidung steht daher im freien Ermessen der deutschen Behörde. An dieser Rechtslage ändert auch Absatz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 19 nichts. Diese Bestimmung sichert vor allem eine frühzeitige Zusammenarbeit bei denjenigen Straftaten, bei denen der beteiligte Entsendestaat von vornherein mit einer Zurücknahme des Verzichts rechnen muß, (z. B. bei sog. Staatsschutzdelikten, Mord, Raub, Notzucht).

Absatz 4 sieht für den Fall, daß der Entsendestaat in einer Einzelsache mit der Rücknahme des Verzichts nicht einverstanden ist, zunächst Erörterungen zwischen den beteiligten Behörden selbst vor. Führen diese zu keinem Einvernehmen, so kann die Bundesregierung von dem beteiligten Entsendestaat auf diplomatischem Wege mit der Angelegenheit befaßt werden. Da die Bundesregierung die Meinungsverschiedenheit beilegt, liegt die Entscheidungsbefugnis auch in diesem Fall ausschließlich auf deutscher Seite.

Absatz 5 will auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ermöglichen, einzelne Strafsachen an deutsche Behörden oder an Behörden eines Entsendestaates abzugeben. Diese Bestimmung, die in ähnlicher Form auch in Artikel 6 Abs. 4 und 5 des Truppenvertrags enthalten ist, wird von Bedeutung sein, wenn die Bundesrepublik oder ein Entsendestaat die Gerichtsbarkeit über ein Mitglied der Streitkräfte oder einen Angehörigen in einem bestimmten Fall aus besonderen Gründen nicht ausüben will oder wenn auf deutscher Seite ein Interesse an der Ausübung der Gerichtsbarkeit besteht, ohne daß die deutschen Behörden die Rücknahme des Verzichts aussprechen wollen.

Die Ausübung der den deutschen Behörden nach den Absätzen 3 und 5 Buchstabe b eingeräumten Befugnisse und die Erteilung der Zustimmung der deutschen Behörden nach Absatz 5 Buchstabe a wird in Artikel 2 des Zustimmungsgesetzes näher geregelt.

Nach Absatz 6 sind besonderen Verbindungsstellen, die nach Artikel 32 eingerichtet werden, Abschriften von Schriftstücken, die einem Mitglied der Streitkräfte oder einem Angehörigen in einem deutschen Strafverfahren zugestellt werden, auf Ersuchen zuzuleiten. Diese Mitteilungspflicht beruht auf der Erwägung, daß die aus Schriftstücken dieser Art ersichtlichen Vorgänge für die Militärbehörden vielfach wichtig sein und ihnen Anlaß zu Maßnahmen geben können. Die Zustellung der Schriftstücke an den Beschuldigten liegt ausschließlich in deutschen Händen.

Um die Verwaltungsarbeit bei der Verfolgung von Straftaten geringerer Bedeutung zu erleichtern, sieht Absatz 7 den Abschluß von Vereinbarungen vor; es ist möglich, die Vereinbarungen z. B. für den Bezirk eines Landgerichts oder für ein Bundesland oder auch für das gesamte Bundesgebiet zu treffen. Hierdurch wird vor allem den Bedürfnissen der Praxis in denjenigen Gebieten Rechnung getragen werden können, in denen eine besonders große Zahl von Soldaten stationiert ist.

Zu Artikel 20

Artikel 7 des Truppenvertrags regelt in eingehender Weise, in welchen Fällen die deutschen Behörden Mitglieder der Streitkräfte und deren Angehörige und die Behörden der Entsendestaaten Personen, die nicht zu den Mitgliedern der Streitkräfte und den Angehörigen gehören, festnehmen können. Nach Artikel VII des NATO-Truppenstatuts und Artikel 20 des Zusatzabkommens bestehen für das Festnahmerecht der deutschen Behörden keine Schranken mehr. Soweit die deutschen Behörden zur Ausübung der Strafgerichtsbarkeit zuständig sind, haben sie ohne weiteres die Festnahmefestigung nach deutschem Recht. Im Interesse einer erfolgreichen Verbrechensbekämpfung erschien es aber geboten, den Behörden der Entsendestaaten die Befugnis zur vorläufigen Festnahme in bestimmten Fällen zu gewähren. Danach können die Militärbehörden eines Entsendestaates nach Absatz 1 Buchstabe b eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, auf Ersuchen einer deutschen Behörde auch ohne Haftbefehl festnehmen; ein solches Ersuchen ist selbstverständlich nur zulässig, wenn die Voraussetzungen des deutschen Rechts für eine Festnahme vorliegen. Auch Mitglieder der Streitkräfte eines anderen Entsendestaates oder deren Angehörige dürfen Behörden eines Entsendestaates nach Absatz 1 Buchstabe c festnehmen, falls eine Behörde des anderen Staates um die Festnahme ersucht. Wenn Absatz 1 Buchstabe a darüber hinaus noch bestimmt, daß Militärbehörden eines Entsendestaates eine Person, die nicht ihrer Gerichtsbarkeit unterworfen ist, unter bestimmten Voraussetzungen vorläufig festnehmen dürfen, so handelt es sich um eine inhaltliche Wiederholung der Vorschrift des § 127 Abs. 1 StPO. Es erschien den Entsendestaaten zweckmäßig, einen Hinweis auf dieses ihren Militärbehörden — wie auch sonst jedermann — zustehende Recht in den Zusammenhang der die Festnahme regelnden Vorschriften des Zusatzabkommens aufzunehmen. Das nach § 127 Abs. 2 StPO der deutschen Staatsanwaltschaft und den deutschen Polizeibeamten zustehende Fest-

nahmerecht wird durch Absatz 2 des Artikels 20 auf die Militärbehörden der Entsendestaaten erstreckt, soweit es sich um Straftaten handelt, an deren Verfolgung die Entsendestaaten in besonderem Maße interessiert sind (z. B. Handlungen gegen ihre Sicherheit und ihre Anlagen).

Die verfassungsmäßigen Immunitätsrechte der deutschen Parlamente sind in Absatz 5 besonders geschützt.

Zu Artikel 21

Die Vorschrift bestimmt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit, daß die beiderseitigen Behörden so bald wie möglich unterrichtet werden, wenn ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder eine Festnahme vorgenommen worden ist, die für die Sicherheit der Bundesrepublik oder eines Entsendestaates von Bedeutung ist. Sie ergänzt damit Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts, in dem die Pflicht zur gegenseitigen Unterstützung bei der Durchführung aller Ermittlungen in Strafsachen festgelegt ist. Die Bestimmung dient weiter zur näheren Ausgestaltung der in Artikel 3 Abs. 2 des Zusatzabkommens vorgesehenen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sicherheitsschutzes.

Zu Artikel 22

Nach Artikel VII Abs. 5 Buchstabe c des NATO-Truppenstatuts verbleibt das einer strafbaren Handlung beschuldigte Mitglied der Streitkräfte bis zur Anklageerhebung auch dann im Gewahrsam des Entsendestaates, wenn der Aufnahmestaat die Gerichtsbarkeit hat. Artikel 22 ergänzt diese Regelung. Nach Absatz 1 steht der Gewahrsam an Mitgliedern der Streitkräfte und an Angehörigen ohne Rücksicht darauf, wer die Gerichtsbarkeit auszuüben hat, grundsätzlich den Behörden des Entsendestaates zu. Wegen der besonderen Verhältnisse der im Bundesgebiet stationierten Streitkräfte erschien es insbesondere zur Aufrechterhaltung der Disziplin notwendig, den Gewahrsam an den Mitgliedern der Truppe und den ihnen gleichgestellten Personen beim Entsendestaat zu belassen, soweit das mit den Erfordernissen der deutschen Strafrechtspflege vereinbar ist. Die deutschen Behörden übergeben daher nach Absatz 2 den von ihnen Festgenommenen grundsätzlich den Behörden seines Staates. In besonderen Fällen — namentlich in Staatsschutzsachen — steht der Gewahrsam aber nach Maßgabe von Vereinbarungen, die mit den Behörden des betreffenden Entsendestaates gegebenenfalls hierzu geschlossen werden, den deutschen Behörden zu (oder verbleibt ihnen). Die Erfordernisse der deutschen Strafrechtspflege werden dadurch gewahrt, daß die Behörden des Entsendestaates den Festgenommenen nach Absatz 3 den deutschen Behörden zur Verfügung stellen und jedem besonderen Wunsch der deutschen Behörden in vollem Umfange Rechnung tragen müssen. Einer reibungslosen Durchführung des deutschen Strafverfahrens dient auch das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 22, wonach die Entsendestaaten den Festgenommenen möglichst in der Nähe des Sitzes der zuständigen deutschen Behörde unterzubringen haben.

Diese Regelung betrifft nicht die Strafvollstreckung. Die Strafe wird vielmehr von den Behörden desjenigen Staates vollstreckt, dessen Gericht sie verhängt hat. Die Behörden der Entsendestaaten können aber nach Artikel VII Abs. 7 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts die Todesstrafe im Bundesgebiet nicht vollstrecken; diese Regelung entspricht denjenigen des Artikels 6 Abs. 1 des Truppenvertrags.

Zu Artikel 23

Artikel 7 Abs. 6 des Truppenvertrags enthält in den Fällen, in denen eine der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehende Person wegen strafbarer Handlungen gegen die Sicherheit der Entsendestaaten und ihrer Streitkräfte festgenommen worden ist, ein Mitwirkungsrecht, das einen weitgehenden Eingriff in die deutsche Strafrechtspflege bedeutet. Diese Eingriffsmöglichkeiten werden vollständig beseitigt. An ihre Stelle tritt in Artikel 23 lediglich ein auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ausgestattetes Zutrittsrecht zu dem Festgenommenen.

Zu Artikel 24

Die Aufteilung der Strafgerichtsbarkeit zwischen Aufnahme- und Entsendestaat erfordert eine enge Zusammenarbeit der beiderseitigen Behörden bei der Verfolgung strafbarer Handlungen. Deshalb schreibt Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts vor, daß sich die Behörden des Aufnahme- und des Entsendestaates bei der Festnahme von Mitgliedern der Streitkräfte und deren Angehörigen unterstützen. Nach Absatz 5 Buchstabe b dieser Vorschrift ist den Behörden des Aufnahmestaates die Festnahme solcher Personen mitzuteilen. Darüber hinausgehend bestimmt Artikel VII Abs. 6 Buchstabe a, daß sich die beiderseitigen Behörden bei allen Ermittlungen in Strafsachen und bei der Beschaffung von Beweismitteln zu unterstützen haben. Alle diese Verpflichtungen zum Zusammenwirken bedingen bei der großen Zahl der im Bundesgebiet stationierten Soldaten nähere Absprachen zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Entsendestaaten. Artikel 24 sieht deshalb die Möglichkeit vor, hierüber Vereinbarungen abzuschließen.

Die Bundesregierung ist bei den Verhandlungen über die Zusatzvereinbarungen zum NATO-Truppenstatut davon ausgegangen, daß Artikel 16 Abs. 2 des Grundgesetzes durch einen vorbehaltlosen Beitritt der Bundesrepublik zum NATO-Truppenstatut auch im Hinblick auf dessen Artikel VII Abs. 5 Buchstabe a nicht berührt wird. Die Regierungen der Entsendestaaten haben, als sie das NATO-Truppenstatut ratifiziert haben bzw. ihm beigetreten sind, einen Vorbehalt in bezug auf die genannte Bestimmung des NATO-Truppenstatuts nicht erklärt.

Zu Artikel 25

Artikel VII Abs. 9 Buchstabe g des NATO-Truppenstatuts gewährt Mitgliedern der Streitkräfte und Angehörigen, gegen die der Aufnahmestaat die Strafgerichtsbarkeit ausübt, das Recht auf Anwesenheit eines Vertreters ihres Staates bei der Hauptverhandlung, soweit es die Verfahrensvorschriften des Aufnahmestaates gestatten. Nach Artikel 8 Abs. 5 des Truppenvertrags steht dieses Recht den

beiderseitigen Behörden selbst zu, „soweit nicht Sicherheitswägungen dem entgegenstehen“. Artikel 25 des Zusatzabkommens enthält in Absatz 1 sachlich dieselbe Regelung wie der Truppenvertrag. Das den Streitkräften oder ihren Mitgliedern in Artikel 8 Abs. 5 Satz 3 des Truppenvertrags gewährte Recht, in bestimmten Fällen als Nebenkläger aufzutreten, entfällt jedoch ersatzlos.

Während Absatz 1 des Artikels 25 nur die Hauptverhandlung betrifft, sieht Absatz 2 das Recht auf Anwesenheit eines nationalen Vertreters auch bei Ermittlungshandlungen vor, z. B. bei Vernehmungen, soweit hierüber Vereinbarungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit geschlossen werden.

Zu Artikel 26

Grundsätzlich sollen nach dieser Vorschrift (ebenso wie nach Artikel 8 des Truppenvertrags) die Hauptverhandlungen gegen Mitglieder der Streitkräfte und deren Angehörige wegen der Straftaten, die sie auf deutschem Boden begangen haben, im Bundesgebiet stattfinden. Dieser Grundsatz läßt sich jedoch nicht ausnahmslos durchführen, weil die obersten Militärgerichte der Entsendestaaten ihren Sitz im Heimatland haben und ihnen die Durchführung einer Hauptverhandlung außerhalb des Sitzes nach ihrem Recht meistens nicht gestattet ist. Auch aus praktischen Gründen kann es notwendig sein, daß die Hauptverhandlung außerhalb des Bundesgebiets stattfindet, z. B. wenn sich alle Zeugen im Ausland aufhalten. Diesem Gesichtspunkt tragen die Buchstaben a und b des Absatzes 1 Rechnung. Die deutschen Interessen sind aber im Rahmen des Möglichen zu berücksichtigen, wenn sie die Durchführung der Hauptverhandlung im Bundesgebiet angebracht erscheinen lassen.

Absatz 2 trägt den deutschen Belangen für den Fall Rechnung, daß die Hauptverhandlung außerhalb des Bundesgebiets stattfindet. Die deutschen Behörden müssen über Ort und Zeit der Hauptverhandlung, das Urteil und den Ausgang des Verfahrens unterrichtet werden. In Ergänzung zu Artikel 25 Abs. 1 Satz 2 ist ferner bestimmt, daß ein deutscher Vertreter bei einer solchen Hauptverhandlung anwesend sein kann.

Das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 26 stellt die Anwendung des in Absatz 1 Buchstabe b verwendeten Begriffs „militärische Erfordernisse“ für die Fälle klar, in denen sich Personen vorübergehend zur Teilnahme an Übungen oder Manövern im Bundesgebiet aufhalten.

Zu Artikel 27

Das NATO-Truppenstatut enthält in Artikel VII Abs. 8 und 9 strafverfahrensrechtliche Vorschriften, die besonders dem Schutz des Beschuldigten dienen. Absatz 8 Satz 1 dehnt das in Artikel 103 Abs. 3 des Grundgesetzes enthaltene Verbot, jemanden wegen derselben Tat auf Grund der allgemeinen Strafgesetze mehrmals zu bestrafen, auf den Fall aus, daß ein Strafverfahren von den Behörden eines anderen Staates auf Grund des Artikels VII des NATO-Truppenstatuts durchgeführt worden ist. Absatz 9 sichert eine Anzahl von grundlegenden Rechten des Be-

schuldigten, die rechtsstaatlichen Erfordernissen entsprechen. Für das deutsche Strafverfahren sind die Bestimmungen des Absatzes 9 von keiner selbständigen Bedeutung, da solche Rechte im deutschen Strafprozeßrecht in oft noch weitergehendem Umfang gewährleistet sind. Darüber hinaus fand sich die deutsche Seite bereit, auf die Anwendung des beschleunigten Verfahrens, die in Strafsachen gegen Mitglieder der Streitkräfte und Angehörige ohnehin kaum praktische Bedeutung erlangt hätten, ausdrücklich zu verzichten.

Zu Artikel 29

Artikel 29 Abs. 1 knüpft an Artikel VII Abs. 11 des NATO-Truppenstatuts an. Dabei stellt Satz 2 sicher, daß die in Berlin stationierten Streitkräfte der Entsendestaaten in den hiernach zu gewährenden Schutz einbezogen werden, und zwar insoweit, als es sich um Straftaten handelt, die im Bundesgebiet begangen worden sind.

Für die Erfüllung der in Absatz 2 im einzelnen festgelegten Verpflichtungen hat die Bundesrepublik bereits durch Artikel 7 bis 9 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes vom 11. Juni 1957 (Bundesgesetzbl. I S. 597) Vorsorge getroffen. Dabei bestimmt Artikel 7 des Gesetzes, in welchem Umfang und in welcher Weise die Strafvorschriften zum Schutze der deutschen Landesverteidigung und der Bundeswehr auch zum Schutz der Truppen der Entsendestaaten gegen die in Artikel 29 Abs. 2 des Zusatzabkommens bezeichneten Straftaten sinngemäß anwendbar sind.

Die in Absatz 3 vorgenommene Abgrenzung des Begriffs „militärische Geheimnisse“ stimmt inhaltlich mit der Begriffsbestimmung in Artikel 7 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Strafrechtsänderungsgesetzes überein.

Zu Artikel 30

Bei der Anwendung der Bestimmungen über strafrechtliche Angelegenheiten, für die vielfach örtliche Behörden zuständig sind, kann die Notwendigkeit entstehen, eine einheitliche Handhabung durch alle deutschen Behörden einerseits und alle Behörden eines Entsendestaates andererseits sicherzustellen. Die Bundesrepublik oder ein Entsendestaat kann daher beantragen, daß zu diesem Zweck ein Gemischter Ausschuß gebildet wird. Dabei wird von Vorteil sein, daß die hier zu behandelnden Fragen auf deutscher und ausländischer Seite stets von denselben Persönlichkeiten erörtert werden.

Zu Artikel 75

Die Aufteilung der Strafgerichtsbarkeit zwischen Aufnahme- und Entsendestaat in Verbindung mit dem allgemeinen deutschen Verzicht (Artikel VII des NATO-Truppenstatuts, Artikel 19 des Zusatzabkommens) enthält eine Änderung gegenüber dem Recht des Truppenvertrags (Artikel 6). Straftaten, die bisher von den ausländischen Behörden zu verfolgen waren, können künftig in die deutsche Zuständigkeit fallen. Diese Änderung des Rechtszustandes bedingt eine Regelung für die Strafverfahren, die bei Inkrafttreten des Zusatzabkommens noch

nicht abgeschlossen sind. Zugleich muß dem Verbot der doppelten Strafverfolgung in den Fällen Rechnung getragen werden, in denen die früher zuständigen Behörden das Verfahren bereits abgeschlossen haben.

Absatz 1 bestimmt daher, daß das neue Recht auf die von den ausländischen Militärbehörden bei Inkrafttreten des Zusatzabkommens bereits eingeleiteten oder abgeschlossenen Verfahren nicht anzuwenden ist. Um die Rechtsstellung des Beschuldigten nicht zu verschlechtern, ist diese Regelung auf diejenigen Taten ausgedehnt worden, deren Verfolgung nach den Bestimmungen des bisher für die Strafgerichtsbarkeit zuständigen Entsendestaates verjährt ist. Die deutsche Gerichtsbarkeit besteht daher nicht, wenn das Verfahren bereits abgeschlossen oder die Strafverfolgung verjährt ist. Für die noch nicht abgeschlossenen Verfahren soll bis zu ihrem Abschluß das Recht des Truppenvertrags weiterhin gelten. Der Anwendungsbereich dieser Vorschrift wird aber dadurch überschaubar gestaltet, daß sie nur für die Fälle gilt, die den deutschen Behörden innerhalb von 10 Tagen nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens mitgeteilt werden. Welche deutschen Behörden für den Empfang dieser Mitteilungen zuständig sind, wird in Artikel 3 des Zustimmungsgesetzes bestimmt.

Die gesamten Übergangsvorschriften erfassen nur bereits abgeschlossene oder noch anhängige Verfahren; auf die Zeit der Begehung der Tat kommt es nicht an. Für später ermittelte Handlungen, die vor dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens begangen worden sind, gilt daher das neue Recht. Absatz 2 schreibt für diese Fälle zugunsten des Beschuldigten lediglich vor, die Strafdrohung des Gesetzes, dem er zur Zeit seiner Tat unterworfen war, bei der Strafbemessung zu berücksichtigen, wenn dieses Gesetz eine mildere Strafe als das deutsche Recht vorsieht.

Zu Artikel 31 bis 35

Die Artikel 31 bis 35 enthalten Bestimmungen über die Ausübung aller Zweige der Gerichtsbarkeit über die Mitglieder der Streitkräfte und über die Angehörigen mit Ausnahme der Strafgerichtsbarkeit (im Text des Zusatzabkommens als „nichtstrafrechtliche Gerichtsbarkeit“ bezeichnet). Die Entsendestaaten selbst und ihre Streitkräfte unterliegen im allgemeinen nicht der deutschen Gerichtsbarkeit. Ansprüche gegen sie aus Truppenschäden und aus unmittelbaren Lieferungen und Leistungen können aber nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 des Zusatzabkommens und nach Artikel 44 des Zusatzabkommens geltend gemacht werden.

Artikel 31 behandelt das Armenrecht und die Befreiung von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten. Artikel 32 bringt Vorschriften über das Zulistungswesen. Artikel 33 dient dem Schutz vor Nachteilen bei dienstlicher Abwesenheit. Sondervorschriften für die Vollstreckung enthält Artikel 34. Die Pfändung von Ansprüchen eines Schuldners aus einem Rechtsverhältnis zu den Entsendestaaten wird durch Artikel 35 in großem Umfange ermöglicht.

Gemeinschaftliche Vorschriften für die Ausübung der gesamten Gerichtsbarkeit einschließlich der Strafgerichtsbarkeit finden sich in den Artikeln 36 bis 39.

Der Truppenvertrag bestimmt in Artikel 9 Abs. 1, daß die Mitglieder der Streitkräfte in nichtstrafrechtlichen Angelegenheiten grundsätzlich der deutschen Gerichtsbarkeit unterstehen. Die Artikel 9 (Absätze 1 bis 4), 10 und 11 jenes Vertrages enthalten jedoch eine Reihe von Einschränkungen bei der Anwendung des deutschen Rechts, die sich bei der Durchführung der gerichtlichen Verfahren fühlbar auswirken.

Das NATO-Truppenstatut geht ebenfalls davon aus, daß die Mitglieder der Streitkräfte und Angehörige der Zivilgerichtsbarkeit des Aufnahmestaates unterliegen. Artikel VIII Abs. 9 in Verbindung mit Abs. 5 Buchstabe g des Statuts enthält lediglich eine Ausnahme von diesem Grundsatz für Ansprüche aus Diensthandlungen. Insoweit greifen jedoch die Bestimmungen über Truppenschäden (Artikel VIII Abs. 1 bis 5 des Statuts, dazu Artikel 41 des Zusatzabkommens) ein.

Die Artikel 31 bis 35 führen den Grundsatz des NATO-Truppenstatuts im einzelnen aus. Sie tragen der Tatsache Rechnung, daß die Mitglieder der Streitkräfte und ihre Angehörigen mit dem deutschen Recht und oft auch mit der deutschen Sprache nicht vertraut sind und der Mithilfe ihrer Behörden bedürfen. Die Mitwirkung der Behörden des Entsendestaates entspricht auch den praktischen Notwendigkeiten, da ohne ein solches Zusammenwirken ein gerichtliches Verfahren, an dem eine Militärperson beteiligt ist, nur schwer ordnungsgemäß durchgeführt werden kann. Das gilt in verstärktem Maße, wenn es sich um Mitglieder einer ausländischen Streitmacht handelt. Da die zum zivilen Gefolge zählenden Personen — zu denen nach Artikel I Abs. 1 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts Deutsche nicht gehören können — und die Familienangehörigen der Mitglieder der Truppe und des zivilen Gefolges sich nur wegen der Verteidigungsaufgaben der ausländischen Truppen im Bundesgebiet aufhalten und mit den Mitgliedern der Truppe in enger Gemeinschaft leben, sind diese Personen den Mitgliedern der Truppe gleichgestellt worden. Artikel 34 und 35 sind insbesondere eine Folge der Exemption der Entsendestaaten, die sich auch bei der Durchführung von Pfändungen auswirkt.

Insgesamt gesehen berücksichtigt die Regelung des Zusatzabkommens über die Ausübung der nichtstrafrechtlichen Gerichtsbarkeit die mit dem Truppenvertrag gemachten Erfahrungen und führt in mehrfacher Hinsicht zu erheblichen Verbesserungen.

Zu Artikel 31

Artikel 9 Abs. 4 des Truppenvertrags gewährt den Mitgliedern der Streitkräfte und ihren Angehörigen bei der Bewilligung des Armenrechts und der Befreiung von der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten Inländerbehandlung. In Artikel 31 des Zusatzabkommens werden den Mitgliedern der Streitkräfte sowie den Angehörigen nur dann solche Vorrechte

zugestanden, wenn zwischen der Bundesrepublik und dem einzelnen Entsendestaat ein Abkommen auf diesem Gebiet besteht. Zur Vermeidung von praktischen Schwierigkeiten ist vorgesehen, daß bei diesen Personen die dienstliche Anwesenheit ohne Prüfung ihrer Dauer im Einzelfall als ständiger Aufenthalt im Sinne dieser Abkommen gilt.

Zwischen der Bundesrepublik und Frankreich war beim Abschluß der Verhandlungen über das Zusatzabkommen eine entsprechende vertragliche Regelung zwar bereits ausgehandelt, aber noch nicht ratifiziert. Seit dem 1. Januar 1960 gilt zwischen diesen beiden Staaten das Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 1. März 1954. Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 31 enthält für die Übergangszeit eine Zwischenlösung.

Absatz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 31 stellt die Mitglieder der belgischen und der französischen Streitkräfte und deren Angehörige bei Schäden, die sie durch Amtspflichtverletzungen eines deutschen Hoheitsträgers erleiden, den Inländern gleich.

Zu Artikel 32

Artikel 11 Abs. 5 des Truppenvertrags bestimmt, daß die Behörden der Streitkräfte Zustellungen an Mitglieder der Streitkräfte und an Personen innerhalb von Anlagen entweder selbst durchführen oder die Durchführung durch deutsche Zustellungsorgane gestatten. In der Praxis hat diese Regelung zu Schwierigkeiten geführt. Nach dem Zusatzabkommen wird die Zustellung in Anlagen ausschließlich nach deutschem Recht und von deutschen Zustellungsbeamten bewirkt, wobei die Behörden der Streitkräfte zur Mithilfe verpflichtet sind (Artikel 36 Abs. 2). Auch für die Zustellung an Mitglieder der Streitkräfte oder an Angehörige während eines bereits eingeleiteten Verfahrens ist die deutsche Seite ausschließlich zuständig; sie kann sich dabei aber der Mithilfe von Verbindungsstellen der Streitkräfte bedienen (Artikel 32 Abs. 1 Buchstabe a Satz 2).

Lediglich für Klageschriften und andere Schriftstücke sowie gerichtliche Verfügungen, die ein nichtstrafrechtliches Verfahren einleiten, ist eine Sonderregelung getroffen worden. Diese Schriftstücke werden stets über eine Verbindungsstelle der fremden Streitkräfte zugestellt, und zwar auch dann, wenn eine formelle Zustellung nach den Vorschriften des deutschen Rechts nicht vorgeschrieben ist (Absatz 1 Buchstabe a Satz 1). Damit wird erreicht, daß die Mitglieder der Streitkräfte und ihre vorgesetzte Dienststelle stets von dem Beginn eines gerichtlichen Verfahrens Kenntnis erhalten.

Die Einzelheiten der Zustellungen durch Vermittlung der Verbindungsstelle regeln die Buchstaben b und c des Absatzes 1. Hier ist insbesondere vorgesehen, daß die Zustellung als bewirkt gilt, wenn die Verbindungsstelle auf das deutsche Zustellungsersuchen binnen einer bestimmten Frist nicht geantwortet hat.

Nach Absatz 2 erhalten die Behörden der Streitkräfte auf Ersuchen ihres Entsendestaates eine Abschrift von Urteilen und Rechtsmittelschriften, damit sie über die Beendigung oder die Weiterführung

eines Verfahrens unterrichtet sind. Für die Zustellung dieser Urteile und Rechtsmittelschriften an die Partei ist die deutsche Seite ausschließlich zuständig.

Zustellungen auf Grund von Rechtshilfeersuchen ausländischer Gerichte oder Behörden fallen nicht unter Artikel 32. Sie werden nach den allgemeinen deutschen Vorschriften bewirkt.

Zu Artikel 33

Wegen der Notwendigkeit des militärischen Dienstes sind Militärpersonen vielfach gehindert, in gerichtlichen Verfahren ihre Rechte innerhalb der bestehenden Fristen oder zu bestimmten Terminen wahrzunehmen. Artikel 33 unterstreicht die schon nach deutschem Recht den Gerichten obliegende Verpflichtung, auf eine dienstlich begründete Abwesenheit angemessene Rücksicht zu nehmen. Artikel 9 Abs. 3 des Truppenvertrags sieht eine Aussetzung der Verfahren in derartigen Fällen bis zu 6 Monaten vor, wenn die Verhinderung durch eine Bescheinigung glaubhaft gemacht wird. Diese verhältnismäßig starre Regelung entfällt.

Zu Artikel 34

Bei der Vollstreckung aus deutschen Vollstreckungstiteln muß ebenso wie bei Artikel 32 und 33 den besonderen militärischen Erfordernissen Rechnung getragen werden. Eine Haft kann deshalb in nicht-strafrechtlichen Verfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte oder gegen Angehörige nicht angeordnet werden (Absatz 2). Nach dem Recht einiger Entsendestaaten können die Gerichte des Heimatlandes die Bezüge, die einer Person gegen ihre Regierung zustehen, nicht pfänden. Absatz 3 bestimmt daher, daß die Pfändung in diesen Fällen auch den deutschen Gerichten nicht möglich ist. Zum Ausgleich für diese Einschränkung sind die Militärbehörden der Entsendestaaten nach Absatz 1 verpflichtet, mit allen verfügbaren Mitteln auf die Durchsetzung deutscher Vollstreckungstitel hinzuwirken, und zwar sowohl während als auch außerhalb eines Zwangsvollstreckungsverfahrens.

Nach Absatz 4 werden auch Zwangsvollstreckungen innerhalb von Anlagen einer ausländischen Truppe durch die deutschen Vollstreckungsbüros vollzogen. Damit liegt im Gegensatz zu Artikel 10 Abs. 2 des Truppenvertrags die Zwangsvollstreckung ausschließlich in deutschen Händen. Weiter entfällt Artikel 10 Abs. 3 des Truppenvertrags. Für die Pfändung von Gegenständen, die einem Mitglied der Streitkräfte gehören oder von ihm zur Erfüllung seiner dienstlichen Obliegenheiten benötigt werden, gelten nunmehr die allgemeinen Bestimmungen des deutschen Rechts.

Bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen unehelicher Kinder, insbesondere bei der Vollstreckung von Unterhaltstiteln haben sich bisher zum Teil erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Eine Lösung dieser Frage durch besondere Bestimmungen innerhalb des Zusatzabkommens war nicht möglich. Die im Zustellungs- und Vollstreckungswesen allgemein erreichten Verbesserungen werden sich aber auch bei der Durchführung von Unterhaltsprozessen und der Beitreibung von Unterhaltsforderungen günstig

auswirken. Bei einer verständnisvollen Zusammenarbeit müßten auch die Unterhaltsfälle im Rahmen der Artikel 31 bis 34 befriedigend abgewickelt werden können, jedenfalls solange sich der Unterhaltsverpflichtete im Bundesgebiet aufhält. Um diese Zusammenarbeit zu fördern, sind außerhalb des Zusatzabkommens verwaltungsmäßige Absprachen getroffen worden.

Ein wesentlicher Fortschritt ist weiterhin dadurch eingetreten, daß die für die amerikanischen Streitkräfte intern geltenden Vorschriften („Army Regulations No 608-99“ — für die Luft- und Seestreitkräfte gelten im wesentlichen übereinstimmende Vorschriften) während der Verhandlungen zum Zusatzabkommen geändert worden sind. Nach der früheren Fassung dieser Dienstvorschriften war es den amerikanischen Militärbehörden untersagt, bei der Vollstreckung nichtamerikanischer Unterhaltstitel mitzuwirken. Durch die Neufassung ist diese Unterscheidung beseitigt worden. Die Militärbehörden haben nunmehr im Hinblick auf Entscheidungen deutscher Gerichte die gleiche Unterstützung zu gewähren, wie sie sie leisten, wenn eine Entscheidung eines amerikanischen Gerichts vorliegt. Die Militärbehörden haben den Unterhaltschuldner auf seine Verpflichtungen hinzuweisen und andere angemessene Maßnahmen zu treffen. Bleiben diese Anstrengungen ohne Erfolg, so kann gegen den Unterhaltsverpflichteten auch ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden. Diese Beistandspflicht der amerikanischen Militärbehörden gilt auch dann in demselben Umfang, wenn der Unterhaltsverpflichtete das Bundesgebiet verlassen hat.

Zu Artikel 35

Nach den Grundsätzen des Völkerrechts ist die Pfändung von Ansprüchen, die sich gegen fremde Staaten richten, wegen der Exemption dieser Staaten von der deutschen Gerichtsbarkeit im allgemeinen nur mit ihrer Zustimmung möglich. Artikel 35, der im Truppenvertrag kein Vorbild hat, gestattet nunmehr durch eine Sonderregelung mit den Entsendestaaten den Zugriff auf die Ansprüche in einem großen Teil der Fälle und vermeidet damit Unzuträglichkeiten, wie sie sich in der Vergangenheit ergeben haben.

Der Zugriff ist immer möglich, wenn die Zahlung durch Vermittlung einer deutschen Behörde geleistet wird (Buchstabe a). An die Stelle der Pfändung und Überweisung nach der Zivilprozeßordnung tritt wegen der Exemption der Entsendestaaten das Ersuchen des Vollstreckungsbüros, Zahlung an den Pfändungsgläubiger zu leisten. Zahlen die Behörden des Entsendestaates unmittelbar, so hinterlegen sie, soweit ihr Heimatrecht dies zuläßt, die von ihnen anerkannte Schuldsumme mit der Wirkung, daß sich der Gläubiger aus diesem hinterlegten Betrag befriedigen kann (Buchstabe b). Läßt das Heimatrecht die Hinterlegung nicht zu, so sind die Behörden des Entsendestaates zur Mithilfe bei der Durchsetzung des Vollstreckungstitels verpflichtet.

Ausführungsvorschriften zu Artikel 35 sind in Artikel 4 des Zustimmungsgesetzes enthalten.

Zu Artikel 36 bis 39

Die Artikel 36 bis 39 treten im wesentlichen an die Stelle der Artikel 11 bis 16 des Truppenvertrags. Artikel 36 betrifft die öffentliche Zustellung und die Zustellung in Anlagen der Truppe. Artikel 37 behandelt die Ladungen von Mitgliedern der Streitkräfte und von Angehörigen vor deutsche Gerichte und von anderen Personen vor die Gerichte oder Militärbehörden der Entsendestaaten. Durch Artikel 38 wird der Schutz von Staats- und Amtsgeheimnissen sichergestellt. Artikel 39 regelt die Rechtsstellung der Zeugen und Sachverständigen.

Die allgemeinen Verfahrensbestimmungen übernehmen die Regelung des Truppenvertrags nur teilweise. Die Artikel 12 und 13 jenes Vertrags über die Mißachtung des Gerichts und das Auftreten von Rechtsanwälten entfallen ersatzlos. Anders als nach Artikel 16 des Truppenvertrags muß eine Bescheinigung über Diensthandlungen nach Artikel 18 des Zusatzabkommens nur noch in Strafsachen berücksichtigt werden. Zudem ist jetzt die Möglichkeit einer Überprüfung vorgesehen. Die Regelung über Aussagegenehmigungen (Artikel 15 des Truppenvertrags) ist vereinfacht worden.

Zu Artikel 36

Das in Absatz 1 ausgesprochene Verbot der öffentlichen Zustellung beruht auf der besonderen Lage eines Truppenteils, der sich auf ausländischem Staatsgebiet befindet.

Abweichend von Artikel 11 Abs. 5 des Truppenvertrags, nach dem die Zustellung in Anlagen den Entsendestaaten vorbehalten ist oder von ihnen zumindest zugelassen werden muß, wird die Zustellung durch deutsche Zustellungsbeamte nicht dadurch ausgeschlossen, daß sich der Zustellungsempfänger in einer Anlage der Truppe aufhält. Die Behörden der Entsendestaaten sind verpflichtet, dem deutschen Zustellungsbeamten alle erforderliche Hilfe zu leisten (Absatz 2).

Zu Artikel 37

Die Bestimmung stellt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sicher, daß die von den deutschen Gerichten und Behörden oder die von den Gerichten oder Militärbehörden eines Entsendestaats benötigten Parteien, Zeugen und Sachverständigen auf Ladung erscheinen.

Zu Artikel 38

Der Gegenstand der Vorschrift des Absatzes 1 ist gegenüber Artikel 15 des Truppenvertrags unverändert. Auch jetzt werden sowohl die Staats- als auch die Amtsgeheimnisse der Bundesrepublik und der Entsendestaaten geschützt. Die Vorschrift ist lediglich vereinfacht worden. Der bereits in Artikel 15 Abs. 3 des Truppenvertrags enthaltene Hinweis auf verfassungsmäßige Rechte (Artikel 103 Abs. 1 des Grundgesetzes) ist aufrechterhalten.

Absatz 2 übernimmt die Regelung von Artikel 14 des Truppenvertrags mit der Änderung, daß die Gefährdung der Mitglieder der Streitkräfte und der Angehörigen von der Vorschrift nicht mehr erfaßt

wird. Wegen des gemeinsamen Sicherheitsbedürfnisses ist es nach wie vor geboten, den Anwendungsbereich der §§ 172 bis 175 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des § 15 Straßenverkehrsordnung so zu erweitern, daß diese Vorschriften auch die Gefährdung der Sicherheit der Streitkräfte der Entsendestaaten umfassen.

Zu Artikel 39

Satz 1 wiederholt einen allgemeinen Grundsatz des internationalen Verfahrensrechts, nach dem die Rechtsstellung von Zeugen und Sachverständigen jeweils durch die lex fori bestimmt wird. Nach Satz 2 gilt dieser Grundsatz aber nicht uneingeschränkt. Das Heimatrecht des Zeugen oder des Sachverständigen ist zu berücksichtigen. Damit wird insbesondere der deutsche Zeuge oder Sachverständige geschützt, der nach deutschen Recht im allgemeinen weitergehende Vorrrechte, zum Beispiel bei der Aussageverweigerung, besitzt, als sie in den Rechten der Entsendestaaten gewährt werden.

Artikel 39 entspricht sachlich im wesentlichen dem Artikel 11 Abs. 4 des Truppenvertrags.

Zu Artikel 40

Die Vorschrift zieht Folgerungen aus der Exemption fremder Staaten von hoheitlichen Maßnahmen der Gerichte und Behörden eines anderen Staates. Sie entspricht sachlich Artikel 22 des Truppenvertrags.

Zu Artikel 41

Artikel 41 ergänzt Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts, der die Abgeltung von Schäden regelt, für welche die Streitkräfte oder ihre Mitglieder rechtlich verantwortlich sind (sogenannte Truppenschäden).

Die in Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und in Artikel 41 des Zusatzabkommens nebst Unterzeichnungsprotokoll enthaltenen Bestimmungen treten an die Stelle der Regelung der Artikel 8 und 9 des Finanzvertrags und der Ausführungsabkommen zu diesen Bestimmungen. In dem geltenden Recht sind bereits wesentliche Grundzüge des Artikels VIII des NATO-Truppenstatuts verwirklicht:

- Die Entsendestaaten haften für Schäden, die von Mitgliedern oder Bediensteten der Streitkräfte in Ausübung des Dienstes verursacht werden. Das gleiche gilt für Schäden, die durch andere Begegebenheiten verursacht werden, soweit nach deutschem Recht eine Haftung gegeben ist (z. B. Gefährdungshaftung des Fahrzeughalters nach dem Straßenverkehrsgegesetz).
- Über die Entschädigungsansprüche entscheiden deutsche Behörden unter Anwendung deutschen Rechts. Dem Geschädigten steht der Rechtsweg vor den Gerichten der Bundesrepublik offen.
- Die Entschädigungsbeträge werden grundsätzlich zu 75 v. H. von den Entsendestaaten und zu 25 v. H. von der Bundesrepublik getragen.
- Schäden, die durch außerdienstliche Handlungen von Mitgliedern oder Bediensteten der Streitkräfte verursacht werden, können von den Entsendestaaten ohne Anerkennung eines Rechtsanspruchs durch sogenannte ex gratia-Zahlungen abgegolten werden.

- e) Soweit Schäden in Ausübung des Dienstes verursacht werden, können Ansprüche gegen Mitglieder oder Bedienstete der Streitkräfte unmittelbar nicht geltend gemacht werden; bei Schäden aus außerdienstlichen Handlungen gilt das gleiche, wenn der Geschädigte eine ex gratia-Zahlung als Abgeltung seines Anspruchs angenommen hat.

Das Ziel der Verhandlungen war es, gewisse Bestimmungen der geltenden Regelung, die eine Schlechterstellung gegenüber Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts darstellen, nach Möglichkeit zu beseitigen. Es handelt sich dabei insbesondere um die finanzielle Regelung der Schäden an Sachen im Eigentum des Bundes und der Länder (Artikel 9 des Finanzvertrags) und um gewisse Verfahrensvorschriften (Artikel 8 Abs. 17 des Finanzvertrags, § 3 der Ausführungsabkommen zu Artikel 8 des Finanzvertrags). Dieses Ziel konnte im Laufe der Verhandlungen weitgehend verwirklicht werden.

Artikel 41 Abs. 1 weist auf Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 des Zusatzabkommens als Rechtsgrundlage für die Abgeltung der sogenannten Truppenschäden hin.

Absatz 2 führt zwei ausschließende Tatbestände an, die in ähnlicher Form auch in Artikel 8 Abs. 5 Buchstaben a und b des Finanzvertrags enthalten sind.

Absatz 2 Buchstabe a stellt klar, daß auch die Streitkräfte nicht für Schäden aufzukommen haben, die durch eine Benutzung von Straßen und anderen Verkehrsanlagen für normale Verkehrszwecke verursacht werden.

Die Bestimmung des Absatzes 2 Buchstabe b sieht vor, daß für Schäden an Gegenständen, die aus Mitteln des Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts oder des Stationierungskostenhaushalts beschafft oder erbaut worden sind, eine Entschädigung nicht zu gewähren ist, soweit der Schaden während der Zeit der Nutzung der Sache verursacht wird; jedoch ermöglicht sie — im Gegensatz zu Artikel 8 des Finanzvertrags — die Abgeltung von Schäden, die von den Streitkräften nach Beendigung der Nutzung an der Sache verursacht werden.

Absatz 3 tritt an die Stelle des Artikels 9 Abs. 1 des Finanzvertrags. Er regelt in Ergänzung des Artikels VIII Abs. 1 und 2 des NATO-Truppenstatuts den Umfang der Ersatzpflicht der Entsendestaaten für Schäden an Bundes eigentum.

Während Artikel 9 Abs. 1 des Finanzvertrags einen uneingeschränkten Verzicht der Bundesrepublik auf den Ersatz aller Schäden an Bundes eigentum enthält, sieht Absatz 3 Buchstabe a über den bereits in Artikel VIII Abs. 1 des NATO-Truppenstatuts enthaltenen Verzicht bei Schäden an sogenanntem Militäreigentum des Aufnahmestaates hinaus einen Verzicht nur noch vor bei Schäden an solchen Gegenständen, welche die Bundesrepublik den Streitkräften zur ausschließlichen Benutzung oder zur Benutzung gemeinsam mit der Bundeswehr überlassen hat. Dieser Verzicht ist überdies mehrfach eingeschränkt. Er gilt nicht für Schäden an Sachen im Eigentum der Bundesbahn und Bundespost, die damit ihre bisherige Sonderstellung be-

halten (Artikel 9 Abs. 1 Satz 2 des Finanzvertrags). Er gilt aber ferner nicht für Schäden, die vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht werden (wobei darüber, ob dieser Tatbestand gegeben ist, bei Meinungsverschiedenheiten der in Artikel VIII Abs. 2 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts vorgesehene — deutsche — Schiedsrichter entscheidet — Absatz 6 des Unterzeichnungsprotokolls —). Eine weitere Einschränkung des Verzichts ergibt sich schließlich aus Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls. Danach bezieht sich der Verzicht nicht auf den Ersatz von Schäden, die infolge der Nichterfüllung der übernommenen Instandsetzungs- und Instandhaltungspflicht entstehen. Solche Schäden sollen nach einem noch zu vereinbarenden Verfahren abgegolten werden, soweit nicht in die über die einzelnen Sachen abzuschließenden Überlassungsvereinbarungen Bestimmungen über die Abgeltung aufgenommen werden.

Die Bestimmung des Absatzes 3 Buchstabe b befaßt sich mit dem in Artikel VIII Abs. 2 Buchstabe f des NATO-Truppenstatuts festgelegten Verzicht auf den Ersatz sogenannter Bagatellschäden. Dieser Verzicht gilt nicht für Schäden an Sachen im Eigentum der Bundesbahn und der Bundespost sowie an Bundesstraßen.

Absatz 4 enthält eine Übergangsregelung für Schäden an Sachen, die im Eigentum eines Landes stehen. Soweit Schäden an solchen Sachen nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens verursacht werden, bestimmt sich die Haftung — anders als nach der Regelung des Artikels 9 Abs. 3 des Finanzvertrags — allgemein nach den für Schäden an privatem Eigentum geltenden Grundsätzen.

Absatz 5 enthält einen Verzicht der Entsendestaaten auf gewisse Ansprüche, die ihnen wegen des Verlustes oder der Beschädigung von ihnen gehörenden Sachen gegen die Bundesrepublik erwachsen können. Die Vorschrift ist im Zusammenhang mit dem in Absatz 3 Buchstabe a enthaltenen Verzicht der Bundesrepublik zu sehen. Sie enthält eine gewisse Erweiterung gegenüber dem in Artikel VIII Abs. 1 des NATO-Truppenstatuts vorgesehenen gegenseitigen Verzicht insofern, als nicht darauf abgestellt ist, daß der Schaden „im Zusammenhang mit der Durchführung des Nordatlantikvertrags“ verursacht sein muß, andererseits, entsprechend Absatz 3 Buchstabe a Satz 2, eine Einschränkung des Verzichts dahin, daß er nicht für vorsätzlich oder grob fahrlässig verursachte Schäden gilt.

Absatz 6 sieht vor, daß Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts und Artikel 41 des Zusatzabkommens nicht auf Ansprüche anzuwenden sind, die Mitgliedern der Streitkräfte gegen ihren eigenen Staat zustehen (also z. B. nicht auf Ansprüche eines amerikanischen Soldaten, der durch ein amerikanisches Armeefahrzeug überfahren worden ist, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika). Diese Regelung entspricht einer bereits bestehenden Übung.

Absatz 7 enthält eine Regelung für die in Artikel 71 Abs. 2 genannten Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters. Diese Organisationen sollen entschädigungsrechtlich wie Bestandteile der Streitkräfte behandelt werden, soweit sie von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit sind und daher von

den Geschädigten vor den deutschen Gerichten nicht auf Schadensersatz in Anspruch genommen werden können. Besteht dagegen zwischen dem Entsendestaat und der Bundesrepublik Einverständnis darüber, daß die Organisation insoweit nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit ist, so entfällt eine Haftung der Streitkräfte nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts, und der Geschädigte kann sich unmittelbar an die Organisation halten. In Absatz 8 des Unterzeichnungsprotokolls ist festgestellt, daß die beiden amerikanischen Organisationen University of Maryland und American Red Cross in bezug auf die Abgeltung von Schäden nicht von der deutschen Gerichtsbarkeit befreit sind.

Absatz 8, wonach die Haftung der Streitkräfte dadurch nicht berührt wird, daß sie gewisse Befreiungen von deutschen Vorschriften genießen, schließt sich an Artikel 8 Abs. 4 Satz 2 des Finanzvertrags an. Die Bestimmung gewinnt dann Bedeutung, wenn durch die einen Schaden verursachende Handlung eines Mitglieds oder Bediensteten der Streitkräfte an sich eine Gebots- oder Verbotsnorm verletzt wird, die Streitkräfte von der Einhaltung dieser Norm jedoch befreit sind. Infolge der Befreiung ist die Handlung nicht rechtswidrig, und der Geschädigte könnte in den Fällen, in denen eine rechtswidrige Handlung die Voraussetzung für eine Ersatzpflicht ist, keinen Ersatz verlangen. Diese Auswirkung der Befreiungsvorschrift wird durch Absatz 8 vermieden. Über die Entschädigungsansprüche ist so zu entscheiden, als ob die Befreiungsvorschrift nicht bestünde. Stehen die gleichen Befreiungen auch der Bundeswehr zu, so haften die Streitkräfte nur dann und nur in dem Umfang, wie die Bundeswehr haften würde.

Absatz 9 stellt in Buchstabe a klar, daß in Fällen, in denen dem für einen Schaden nach Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts verantwortlichen Entsendestaat seinerseits ein Schadensersatzanspruch gegen den Dritten zusteht, der Schadensersatzansprüche gegen den Entsendestaat erhoben hat, bei der Abgeltung des Schadens von der nach deutschem Recht bestehenden Aufrechnungsmöglichkeit Gebrauch zu machen ist.

Buchstabe b sieht vor, daß darüber hinaus die Bundesrepublik einem Entsendestaat aus im Bundesgebiet verursachten Schäden gegen im Bundesgebiet ansässige Personen zustehende Ansprüche auf Antrag des Entsendestaates für diesen geltend macht. Diese Regelung ist im Zusammenhang damit zu verstehen, daß Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts es den deutschen Geschädigten ihrerseits ermöglicht, ihre Ansprüche gegen die der deutschen Gerichtsbarkeit nicht unterliegenden Entsendestaaten im Bundesgebiet bei deutschen Behörden und deutschen Gerichten geltend zu machen.

Die in Absatz 9 getroffene Regelung entspricht einer schon bestehenden Praxis. Mit den britischen, französischen und belgischen Streitkräften sind bereits Vereinbarungen über die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen abgeschlossen worden.

Absatz 10 regelt die Frage, zu wessen Lasten im Verhältnis zwischen den Entsendestaaten und der Bundesrepublik die Entschädigungen für die sogenann-

ten alten Belegungsschäden an Sachen gehen, die weder im Eigentum des Bundes noch in dem eines Landes stehen. Es handelt sich dabei um Schäden an Sachen, die vor dem 5. Mai 1955 von den ehemaligen Besatzungsmächten zur Nutzung oder zum Gebrauch in Anspruch genommen worden sind und erst nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens freigegeben werden. Die Kostentragung ist bisher wie folgt geregelt, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Schäden jeweils als im Zeitpunkt der Freigabe der Sachen entstanden eingetreten gelten:

Bei Freigaben vom 5. Mai 1955 bis 5. Mai 1956

75 v. H. zu Lasten der Streitkräfte,

25 v. H. zu Lasten des Bundes,

bei Freigaben vom 6. Mai 1956 bis 4. Mai 1957

100 v. H. zu Lasten des Bundes,

bei Freigaben vom 5. Mai 1957 bis zum Inkrafttreten des Zusatzabkommens

50 v. H. zu Lasten der Streitkräfte,

50 v. H. zu Lasten des Bundes.

Absatz 10 sieht die Beibehaltung der Regelung, wie sie für die letztgenannte Zeit getroffen ist, vor. Er wird praktische Bedeutung kaum mehr erlangen.

Absatz 11 ergänzt Artikel VIII Abs. 8 des NATO-Truppenstatuts. Dort ist vorgesehen, daß, wenn Streit über die Frage entsteht, ob eine zum Schadensersatz verpflichtende Handlung oder Unterlassung in Ausübung des Dienstes begangen worden ist oder ob die Benutzung eines Fahrzeugs der Streitkräfte eines Entsendestaates unbefugt war, der in Artikel VIII Abs. 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts erwähnte Schiedsrichter zu entscheiden hat. In Absatz 11 ist ergänzend bestimmt, daß die Streitkräfte über diese Frage eine Bescheinigung auszustellen haben. Diese Regelung erscheint insofern zweckmäßig, als in den meisten Fällen nur die Streitkräfte selbst in der Lage sein werden zu beurteilen, ob eines ihrer Mitglieder bei einem bestimmten Vorfall in Ausübung dienstlicher Pflichten gehandelt hat oder nicht und ob eine Befugnis zur Benutzung eines Dienstfahrzeugs vorliegen hat oder nicht. Auch im Entschädigungsverfahren nach Artikel 8 des Finanzvertrags ist die Erteilung einer solchen Bescheinigung vorgesehen. Die in Artikel VIII Abs. 8 des NATO-Truppenstatuts und Absatz 11 des Zusatzabkommens vorgesehene Regelung stellt jedoch gegenüber der Regelung nach dem Finanzvertrag einen wesentlichen Fortschritt dar; denn die auf Grund des Finanzvertrags zu erstellenden Bescheinigungen sind für die Entscheidung deutscher Behörden und im Falle eines Rechtsstreites auch für das deutsche Gericht bindend (Artikel 8 Abs. 17 des Finanzvertrags, § 3 Abs. 2 der mit den verschiedenen Entsendestaaten abgeschlossenen Ausführungsabkommen zu Artikel 8 des Finanzvertrags). Diese bindende Wirkung fällt nunmehr fort. Wenn Zweifel über die Richtigkeit der Bescheinigung der Streitkräfte bestehen, entscheidet letzten Endes der in Artikel VIII Abs. 8 und Abs. 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts genannte Schiedsrichter. Die Regelung des Absatzes 8 bedeutet gegenüber der des Finanzvertrags auch insofern einen Fortschritt, als die Bescheinigung sich nur auf die in Artikel VIII Abs. 8 des NATO-

Truppenstatuts erwähnten Fragen beschränkt, während zur Zeit eine Bescheinigung der Streitkräfte auch in bezug auf andere Tatbestände erforderlich ist.

Die Einholung einer Bescheinigung ist nicht erforderlich, wenn nach Umfrage bei den als Verursacher des Schadens in Betracht kommenden Streitkräften nicht festgestellt werden kann, welche Streitkräfte für den Schaden verantwortlich sind.

Absatz 12 enthält die Übergangsbestimmungen. Danach sind die Schäden, die nach Inkrafttreten des Zusatzabkommens verursacht werden oder als nach diesem Zeitpunkt verursacht gelten (Belegungsschäden), nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit Artikel 41 des Zusatzabkommens abzugelten, während auf die übrigen Schäden die bisher geltenden Vorschriften weiter anzuwenden sind.

Absatz 13 eröffnet die Möglichkeit zum Abschluß von Verwaltungsabkommen, die in erster Linie dazu dienen sollen, die Einzelheiten des bei der Zusammenarbeit der Behörden der Entsendestaaten und der Bundesrepublik anzuwendenden Verfahrens zu regeln. In Absatz 9 des Unterzeichnungsprotokolls ist hierzu vorgesehen, daß in diesen Verwaltungsabkommen Abweichungen von den Verfahrensbestimmungen des Artikels VIII des NATO-Truppenstatuts enthalten sein können. So könnte zum Beispiel ein kürzerer als der in Absatz 5 Buchstabe e (iv) dieses Artikels vorgesehene Abrechnungszeitraum von einem halben Jahr vereinbart werden.

Soweit die einzelnen Absätze des Unterzeichnungsprotokolls nicht bereits im Zusammenhang mit den Vorschriften des Artikels 41 behandelt worden sind, ist folgendes zu bemerken:

- Absatz 1 übernimmt die Vorschrift des Artikel 8 Abs. 5 Buchstabe c des Finanzvertrags. Danach wird Artikel 41 auf Ansprüche wegen Schäden aus Verträgen oder vertragsähnlichen Rechtsverhältnissen nicht angewendet. Eine inhaltsähnliche Vorschrift ist in Artikel VIII Abs. 5 des NATO-Truppenstatuts enthalten.
- Absatz 2 stellt klar, daß die Streitkräfte Schäden nach Vereinbarung mit dem Geschädigten selbst beseitigen können (Buchstabe b). Die Vorschrift eröffnet den Streitkräften weiter die Möglichkeit (Buchstabe a), Straßenschäden sowie Manöverschäden an Bundesbesitz ohne ausdrückliche Vereinbarung mit dem Eigentümer bzw. dem Straßenbaulastträger selbst zu beseitigen, anstatt eine Entschädigung zu bezahlen. Der Eigentümer (Bund) bzw. die zuständige deutsche Behörde (Straßenverkehrs- bzw. -baubehörde) ist jedoch vorher von den Streitkräften zu hören, und bei Straßenschäden werden die Streitkräfte von der Behebung der Schäden absehen, wenn die zuständige Behörde aus triftigen bautechnischen oder verkehrspolizeilichen Gründen widerspricht. Einer Unterrichtung der zuständigen Behörde (Bundesvermögensstelle, Straßenbaubehörde, Straßenverkehrsbehörde) bedarf es im Einzelfall jedoch nicht, wenn vorher eine allgemeine Verständigung erzielt worden ist.

Buchstabe c stellt klar, daß Entschädigungsansprüche unberührt bleiben, wenn nach Auffassung des Geschädigten ein Schaden nicht vollständig oder nicht ordnungsgemäß beseitigt worden ist.

- In Absatz 3 hat es die Bundesrepublik übernommen, durch geeignete gesetzliche Maßnahmen sicherzustellen, daß eine angemessene Antragsfrist für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen vorgesehen wird.
- Absatz 5 geht davon aus, daß Sachen, die den sogenannten Bundesgesellschaften gehören, rechtlich nicht im Eigentum des Bundes stehen. Soweit jedoch einzelne Vermögensgegenstände dieser Gesellschaften den Streitkräften zur unentgeltlichen Nutzung überlassen worden sind, geht die Entschädigung für Schäden an diesen Sachen in dem in Artikel 41 Abs. 3 Buchstabe a vorgesehenen Umfang mit den dort sowie in Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls enthaltenen Beschränkungen zu Lasten des Bundes.

Die in Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts sowie in Artikel 41 des Zusatzabkommens nebst Unterzeichnungsprotokoll enthaltene Regelung für die Abgeltung von Truppenschäden bedarf, soweit sich diese Regelung auf Schäden bezieht, von denen Dritte betroffen werden, der innerstaatlichen Ergänzung. Diese ist in den Artikeln 5 bis 14 des Zustimmungsgesetzes vorgesehen.

Zu Artikel 44

einschließlich der zweiseitigen Abkommen über die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen

Die Stationierung größerer Truppeneinheiten auf fremdem Staatsgebiet bringt vielfache enge Verflechtungen mit der Wirtschaft des aufnehmenden Staates mit sich. Dies gilt vor allem für die Deckung des täglichen Bedarfs der Truppe.

Lieferungen und Leistungen für die fremden Streitkräfte können auf zwei Wegen bewirkt werden: Bei der „indirekten Beschaffung“ sind die deutschen Behörden zwar Vertragspartner des deutschen Auftragnehmers, Empfänger der Lieferungen und Leistungen sind aber die Streitkräfte. Bei der „direkten Beschaffung“ treffen die Behörden der Streitkräfte die notwendigen Vereinbarungen mit dem einheimischen Unternehmer selbst. Außer auf dem Gebiet der Bauleistungen haben die Streitkräfte in der Bundesrepublik ihren Bedarf bisher nur im Wege der „direkten Beschaffung“ gedeckt.

Entstehen Streitigkeiten, so bedarf es bei indirekten Beschaffungen einer Regelung der Rechtsbeziehungen zwischen dem Auftragnehmer und der deutschen Behörde nicht. Da die Streitkräfte jedoch wirtschaftlich gesehen von dem Ausgang des Streitfalles allein betroffen werden, sind Bestimmungen über ihre Beteiligung bei Erledigung der Streitigkeit notwendig. Bei der direkten Beschaffung ist eine Entscheidung von Streitigkeiten im Inlande nur möglich, wenn besondere Vereinbarungen getroffen werden, da die deutschen Gerichte wegen der auf dem Völkerrecht beruhenden Exemption ausländischer Staaten grundsätzlich keine Gerichtsbarkeit über die Streitkräfte besitzen.

Artikel 44 regelt in den Absätzen 1 bis 5 das Verhältnis der deutschen Behörden zu den ausländischen Behörden bei indirekten Beschaffungen. Die Vorschriften über die Streitigkeiten aus direkten Beschaffungen sind in Absatz 6 und in fünf zweiseitigen Abkommen enthalten, die mit allen Vertragspartnern mit Ausnahme der Niederlande geschlossen sind.

Der Truppenvertrag enthält keine Vorschriften über die Beilegung von Streitigkeiten aus direkten oder indirekten Beschaffungen. Die indirekten Beschaffungen bleiben Absprachen im Einzelfall zwischen den beiderseitigen Behörden überlassen. Bei direkten Beschaffungen sind die Vergabebedingungen der Entsendestaaten maßgebend; diese gewährleisten im allgemeinen keinen den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft entsprechenden Rechtsschutz. Das NATO-Truppenstatut enthält ebenfalls keine Regelung der Streitigkeiten bei mittelbaren oder unmittelbaren Lieferungen oder sonstigen Leistungen.

Die bestehende Rechtslage hat in der Vergangenheit mehrfach zu recht erheblichen Schwierigkeiten geführt, die auch den Deutschen Bundestag verschiedentlich beschäftigt haben. Die Bundesregierung hat es deshalb — obwohl es den deutschen Unternehmern freisteht, Aufträge der Entsendestaaten im Rahmen unmittelbarer Beschaffungen anzunehmen oder nicht — als ihre Aufgabe angesehen, in den Verhandlungen über das Zusatzabkommen einen möglichst wirksamen Rechtsschutz für den deutschen Auftragnehmer zu vereinbaren. Gleichzeitig war sie bestrebt, bei indirekten Beschaffungen für eine zweckmäßige Zusammenarbeit in entstehenden Streitigkeiten Sorge zu tragen. Diese Ziele sind durch Artikel 44 und die mit ihm in Zusammenhang stehenden zweiseitigen Abkommen im wesentlichen erreicht.

I.

Die Absätze 1 bis 5 legen die Grundsätze für die Zusammenarbeit der beiderseitigen Behörden bei Streitigkeiten fest. Sie gelten für Streitigkeiten aus indirekt beschafften Lieferungen und sonstigen Leistungen unmittelbar und nach Absatz 1 Satz 2 für Streitigkeiten aus Arbeitsverhältnissen, aus dem Betriebsvertretungsrecht und aus den Sozialversicherungsverhältnissen einheimischer Arbeitskräfte bei den ausländischen Streitkräften (vgl. Artikel 56) sowie für Rechtsstreitigkeiten aus Anforderungsverfahren zugunsten dieser Streitkräfte (vgl. Artikel 62) entsprechend.

Absatz 1 stellt fest, daß die beiderseitigen Behörden verpflichtet sind, eng zusammenzuarbeiten, und daß die Einzelheiten hierfür in Verwaltungsabkommen festgelegt werden.

Nach Absatz 2 ist in den Verwaltungsabkommen vorzusehen, daß die deutschen Behörden die ausländischen Behörden bei Verfahren, die von dem Auftragnehmer eingeleitet werden, konsultieren und ihnen damit Gelegenheit geben, auf die Erledigung der Streitigkeit Einfluß zu nehmen. Die Konsultation ist auch deshalb erforderlich, weil die deutschen Behörden zur Führung von Prozessen Informationen durch die Streitkräfte benötigen. Weiter ist eine Regelung über die Einlegung von Rechtsmitteln

getroffen. Diese nähere Regelung ist geboten, weil sowohl Fälle denkbar sind, in denen die deutschen Behörden eine Berufung oder eine Revision für wünschenswert halten können, während die Streitkräfte den entgegengesetzten Standpunkt einnehmen, als auch umgekehrt Fälle, in denen die Streitkräfte ein Rechtsmittel einzulegen wünschen, die deutschen Behörden dies jedoch für nicht tunlich ansehen.

Absatz 3 überträgt die Regelung des Absatzes 2 auf die Streitigkeiten, bei denen die deutschen Behörden das gerichtliche Verfahren einleiten.

Absatz 4 bindet die deutschen Behörden an das Einvernehmen der Behörden der Streitkräfte bei besonders wichtigen Handlungen, die — wie zum Beispiel ein außergerichtlicher oder gerichtlicher Vergleich oder eine Klagerücknahme — zur Beendigung eines Rechtsstreits führen.

Die finanziellen Fragen sind in Absatz 5 geregelt. Danach wird die Bundesrepublik durch die Prozeßführung bei Streitigkeiten aus indirekten Beschaffungen finanziell nicht belastet. Alle Rechte und Verpflichtungen aus gerichtlichen Titeln gehen zu Lasten der Entsendestaaten oder kommen ihnen zugute. Dieser Grundsatz des Buchstabens a umfaßt auch die gerichtlich festgesetzten Kosten. Die in den gerichtlich festgesetzten Kosten nicht enthaltenen Ausgaben (z. B. für ein von den deutschen Behörden in Auftrag gegebenes Privatgutachten) werden von den Entsendestaaten im Rahmen der Vorschrift unter Buchstabe c übernommen. Buchstabe b zieht die finanzielle Folgerung aus der Regelung über die Einlegung von Rechtsmitteln in Absatz 2 Buchstabe b.

II.

Absatz 6 bildet die Grundlage für die Beilegung von Streitigkeiten bei Direktbeschaffungen. Für die Ausgestaltung des Rechtsschutzes zugunsten der deutschen Unternehmer kamen drei Möglichkeiten in Betracht:

1. die Klage vor deutschen Gerichten, wobei die Bundesrepublik für die Entsendestaaten die Prozeßstandschaft übernimmt (nach den für die Fälle des Absatzes 1 Satz 2 geltenden Grundsätzen);
2. die Vereinbarung eines unabhängigen Schiedsgerichts;
3. die Errichtung von Schlichtungsausschüssen.

Die Bundesregierung hat sich in den Verhandlungen bemüht, im Verhältnis zu sämtlichen Entsendestaaten eine der ersten beiden Regelungen vertraglich festzulegen. Dem entspricht Buchstabe a des Absatzes 6. Die Verhandlungen haben jedoch gezeigt, daß diese allgemeine Regelung wegen der großen Unterschiede in dem Beschaffungssystem der einzelnen Entsendestaaten nicht zu erreichen ist. Deshalb mußten zweiseitige Vereinbarungen geschlossen werden, die nach Buchstabe b der allgemeinen Regelung des Buchstabens a vorgehen und denen somit das entscheidende Gewicht für den Rechtsschutz des deutschen Auftragnehmers bei der Beilegung von Streitigkeiten zukommt. Im einzelnen handelt es sich hierbei um die Abkommen mit Belgien (Anlage III S. 185), Kanada (Anlage IV

S. 189), Großbritannien (Anlage III S. 197), Frankreich (Anlage III S. 193) und den Vereinigten Staaten von Amerika (Anlage III S. 203). Für die Niederlande erübrigte sich der Abschluß eines Abkommens, weil die Behörden der niederländischen Streitkräfte weder mittelbar noch unmittelbar beschaffen. Auf die danach vorgesehenen Fälle der Prozeßstandschaft findet die Ausführungsbestimmung des Artikels 26 des Zustimmungsgesetzes Anwendung.

Das deutsch-belgische Abkommen stellt den Rechtsschutz in lückenloser Weise dadurch sicher, daß die deutschen Gerichte für die Entscheidung über alle Streitigkeiten aus direkten Beschaffungen der belgischen Streitkräfte im Bundesgebiet zuständig sind. Die Bundesrepublik übernimmt insoweit die Prozeßstandschaft für den belgischen Staat (Artikel 3). Sie hat sich ihrerseits verpflichtet, Ansprüche der belgischen Streitkräfte gegen deutsche Unternehmer ebenfalls im Wege der Prozeßstandschaft vor deutschen Gerichten zu verfolgen (Artikel 4). Die finanzielle Regelung entspricht derjenigen des Artikels 44 Abs. 5 des Zusatzabkommens (Artikel 7). Für Streitigkeiten, an denen die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost beteiligt ist, ist der Einzelschiedsrichter des Artikels VIII Abs. 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts zuständig (Artikel 8).

Das Abkommen zwischen Deutschland und Kanada entspricht im wesentlichen der deutsch-belgischen Vereinbarung. Nach Artikel 3 dieses Abkommens müssen dem Gerichtsverfahren jedoch Verhandlungen vorangehen. Der Auftragnehmer kann die Streitigkeit einem deutschen Gericht erst unterbreiten, wenn sie innerhalb von vier Monaten nicht durch solche Verhandlungen beigelegt ist. Für Streitigkeiten, an denen die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost beteiligt ist, ist wie in dem deutsch-belgischen Abkommen der Einzelschiedsrichter des Artikels VIII Abs. 2 Buchstabe b des NATO-Truppenstatuts zuständig (Artikel 6).

Das deutsch-französische Abkommen sieht die Vorschaltung eines Verwaltungsverfahrens vor (Artikel 2 und 3). Führt das Verwaltungsverfahren nicht zur Beilegung der Streitigkeit, so entscheiden entweder die deutschen oder die französischen Gerichte, sofern nicht von den Parteien die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts vereinbart worden ist. Die französischen Gerichte können mit dem Rechtsstreit aber nur befaßt werden, wenn das in einer besonderen, von beiden Beteiligten unterzeichneten Urkunde vorgesehen ist (Artikel 4). Die französischen Behörden haben erklärt, daß sie nicht die Absicht haben, die Zuständigkeit der französischen Gerichte bei Aufträgen zu vereinbaren, deren Wert DM 5000,— nicht übersteigt. Damit ist sichergestellt, daß gerade kleinere Unternehmer ihren Rechtsschutz im Inlande finden. Sofern die Zuständigkeit der deutschen Gerichte gegeben ist, entspricht die Regelung wiederum dem deutsch-belgischen und dem deutsch-kanadischen Abkommen (Artikel 5). Streitigkeiten mit der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden einem gemeinsam zu ernennenden Schiedsrichter unterbreitet (Artikel 6).

Das deutsch-britische Abkommen unterscheidet sich von den Abkommen mit Belgien, Kanada und

Frankreich dadurch, daß hier die zweite Lösung, nämlich die Zuständigkeit eines Schiedsgerichts, im Regelfall für die Erledigung von Streitigkeiten aus direkten Beschaffungen vorgesehen ist. Beide Parteien können jedoch vereinbaren, daß die Streitigkeit einem deutschen Gericht unterbreitet wird (Artikel 3 Abs. 1).

Für Streitigkeiten, an denen die Deutsche Bundesbahn oder die Deutsche Bundespost beteiligt ist, ist ausschließlich das Schiedsgericht zuständig (Artikel 3 Abs. 1 Satz 2). Der Anrufung des Schiedsgerichts oder des deutschen Gerichts muß ein Verwaltungsverfahren vorangehen (Artikel 3 Abs. 2 bis 4). Das Schiedsgericht ist paritätisch besetzt, soweit nicht die britischen Behörden die Entscheidung durch einen von deutscher Seite zu ernennenden Einzelschiedsrichter vorziehen. Wenn sich die beiden Mitglieder des Schiedsgerichts nicht einigen können, ist ein Obmann zuzuziehen. Artikel 7 des Abkommens enthält eine Regelung über die Kosten, die von den Parteien erhoben werden und dem Schiedsgericht zufließen. Wird die Streitigkeit einem deutschen Gericht unterbreitet, so gelten wiederum im wesentlichen dieselben Grundsätze wie in den zuvor erwähnten Abkommen.

Das Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika trägt der Tatsache Rechnung, daß das auf der ganzen Welt verbreitete amerikanische Beschaffungssystem eine eingehende Regelung über die Beilegung von Streitigkeiten durch amerikanische Stellen enthält. Es war daher bei den Verhandlungen nicht möglich, die Zuständigkeit deutscher Gerichte oder auch eines Schiedsgerichts zu erreichen. Eine Verbesserung des bestehenden Rechtsschutzes liegt aber darin, daß die deutschen Gerichte nach Artikel 3 zuständig sind, falls in dem Beschaffungsvertrag keine Bestimmungen über die Beilegung von Streitigkeiten enthalten sind. Für die übrigen Fälle ist ein Schlichtungsverfahren vorgesehen, das in weitem Maße geeignet sein dürfte, Streitigkeiten auf gütlichem Wege beizulegen (Artikel 4). Das Schlichtungsverfahren findet vor einem Ausschuß statt, der paritätisch besetzt ist. Der Ausschuß kann Empfehlungen zur Beilegung einer Streitigkeit geben, die von den amerikanischen Behörden in vollem Umfange zu berücksichtigen sind.

Zu Artikel 45 und 46

einschließlich des Abkommens zu Artikel 45 Abs. 5 und des Abkommens über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg

I.

Die Neuregelung des Manöverrechts der ausländischen Streitkräfte hat besondere Schwierigkeiten bereitet und zu der langen Dauer der Konferenz erheblich beigetragen. Auf deutscher Seite mußte Ziel der Verhandlungen sein, das nach dem Wortlaut des Artikels 19 des Truppenvertrags materiell nicht begrenzte und eine deutsche Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung der militärischen Übungen nur in sehr bescheidenem Umfang vorsehende Manöverrecht der Streitkräfte durch eine Regelung zu ersetzen, die sicherstellt, daß in Zukunft

die einschlägigen Vorschriften des deutschen Rechts auch von den ausländischen Streitkräften beachtet werden und daß die deutschen Behörden in dem erforderlichen Umfange ein Mitspracherecht bei der Planung und Durchführung der Übungen bekommen. Auf der anderen Seite mußten die Entsendestaaten verständlicherweise darauf bestehen, daß ihren Truppen ausreichende Übungsmöglichkeiten im Bundesgebiet erhalten bleiben, damit die im Interesse der gemeinsamen Verteidigung notwendige Ausbildung der Truppen nicht beeinträchtigt wird. Es mußte infolgedessen eine Lösung angestrebt werden, die den nicht immer leicht miteinander zu vereinbarenden deutschen Interessen einerseits und den militärischen Notwendigkeiten andererseits gerecht wird. Dieses Ziel dürfte in der nunmehr ausgehandelten Neuregelung des Manöverrechts, die in den Artikeln 45 und 46 des Zusatzabkommens, in dem Abkommen zu Artikel 45 Abs. 5 über die Anmeldung von Manövern und anderen Übungen (Anlage IV S. 169) und in dem Abkommen über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raume Soltau-Lüneburg (Anlage III S. 177) niedergelegt ist, erreicht sein.

II.

(1) Als wichtigste Neuerung enthält Artikel 45 des Zusatzabkommens die Bestimmung, daß für die Ausübung des den Streitkräften grundsätzlich eingeräumten Manöverrechts die für die Abhaltung von Manövern und anderen Übungen maßgebenden Vorschriften des deutschen Rechts gelten, soweit nicht in dem genannten Artikel etwas anderes vorgesehen ist. Die Entsendestaaten haben der Aufnahme dieser Bestimmung in das Zusatzabkommen erst nach langen und schwierigen Verhandlungen und nur unter der Bedingung zugestimmt, daß ihre Streitkräfte den Vorschriften des Bundesleistungsgesetzes in drei Fällen nicht uningeschränkt unterworfen werden.

Ihre Einwendungen richteten sich vor allem gegen die Bestimmung des § 66 Abs. 2 Satz 2 des Bundesleistungsgesetzes, wonach dasselbe „Gelände“ für mehrtägige Übungen nur in Ausnahmefällen innerhalb dreier Monate wiederholt benutzt werden darf. Nach eingehenden Erörterungen und Überlegungen mußte von deutscher Seite zugegeben werden, daß bei strikter Beachtung dieser Vorschrift ein erheblicher Teil der zur Erhaltung der Einsatzbereitschaft laufend erforderlichen Übungen nicht mehr stattfinden könnte. Es mußte deshalb der Aufnahme einer Bestimmung in das Zusatzabkommen zugestimmt werden, durch die die Streitkräfte von der Beachtung der genannten Vorschrift freigestellt werden. Um die Grundeigentümer aber gleichwohl in Zukunft dagegen zu schützen, daß sie durch Übungen auf ihren Grundstücken über ein vertretbares Maß hinaus belastet werden, ist im Zusatzabkommen vorgesehen,

1. daß ein Grundstück, auf dem infolge einer Übung erhebliche Schäden entstanden sind, innerhalb dreier Monate nicht wieder benutzt werden darf (es sei denn, daß die deutschen Behörden zustimmen), und

2. daß auf einem Grundstück, dessen wirtschaftliche Nutzung durch eine Übung wesentlich beeinträchtigt worden ist, so lange Übungen nicht stattfinden dürfen, als diese zu einer weiteren oder erneuten wesentlichen Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Nutzung führen könnten.

Dieses doppelte, nicht schematisch auf die Dauer der einzelnen Übung, sondern auf Art und Umfang des angerichteten Schadens oder die Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Nutzung eines Grundstücks abstellende Verbot dürfte die Grundeigentümer in gleicher, wenn nicht sogar besserer Weise als § 66 Abs. 2 Satz 2 des Bundesleistungsgesetzes schützen. In Ausführungsbestimmungen zu Artikel 45 des Zusatzabkommens (Artikel 15 und 16 des Zustimmungsgesetzes) ist zudem eine Ergänzung des § 76 des Bundesleistungsgesetzes aufgenommen worden, die eine Erweiterung der Ersatzleistung bei Manöverschäden vorsieht.

Die Bedenken der Entsendestaaten richteten sich weiter gegen eine vorbehaltlose Anerkennung des in § 68 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes enthaltenen Verbots, in Naturschutzgebieten ohne Einwilligung des Berechtigten zu üben. Die Entsendestaaten befürchteten, daß die Übungsmöglichkeiten ihrer Truppen dadurch erheblich beschränkt werden könnten, daß künftig weite Teile des Bundesgebiets zu Naturschutzgebieten erklärt werden. Sie sind zwar grundsätzlich bereit, alle (bereits vorhandenen oder erst noch zu schaffenden) Naturschutzgebiete zu beachten, haben aber aus dem erwähnten Grunde darauf bestanden, daß die Bundesregierung ihnen im Einzelfall die Befugnis einräumt, ein Naturschutzgebiet oder einen Naturschutzpark (oder Teile von ihnen) trotz Fehlens der Einwilligung des Berechtigten zu benutzen, wenn und soweit dies aus militärischen Gründen unabweisbar sein sollte. Im Zusatzabkommen ist deshalb vorgesehen, daß die Bundesregierung erforderlichenfalls unter der genannten Voraussetzung mit der Regierung eines Entsendestaates eine Vereinbarung des Inhalts treffen wird, daß in einem Naturschutzgebiet oder einem Naturschutzpark (oder in Teilen von ihnen) nach Maßgabe der Vereinbarung Übungen stattfinden können. Eine solche Vereinbarung ist bisher nur in bezug auf den im Raume Soltau-Lüneburg gelegenen Teil des Naturschutzgebiets Lüneburger Heide verlangt und getroffen worden (s. u.). Nach dem Inkrafttreten der Zusatzvereinbarungen werden die Streitkräfte also mangels Vereinbarung mit der Bundesregierung in allen anderen Naturschutzgebieten und Naturschutzparks Übungen nur abhalten, wenn der Berechtigte dem zustimmen sollte.

Die letzten Bedenken der Entsendestaaten betrafen das in § 66 Abs. 1 des Bundesleistungsgesetzes vorgesehene Recht der deutschen zivilen Verwaltungsbehörden, für den Einzelfall „einschränkende Bedingungen“ für die Durchführung von Manövern oder anderen Übungen festzulegen. Gegen diese Regelung wurde eingewandt, daß sie den deutschen Behörden die Möglichkeit gebe, durch einseitige Anordnungen die Abhaltung von Übungen wesentlich zu erschweren oder gar ganz unmöglich zu machen. Obwohl in den Verhandlungen von deutscher Seite darauf hingewiesen wurde, daß die

Bestimmung die deutschen Behörden selbstverständlich nicht zu willkürlichen Maßnahmen ermächtigte, „einschränkende Bedingungen“ vielmehr nur nach Maßgabe der deutschen Gesetze festgelegt werden könnten, beharrten die Entsendestaaten auf ihrer Weigerung, die genannte Vorschrift als verbindlich für ihre Streitkräfte anzuerkennen. Dem die gesamte Manöverrechtsregelung durchziehenden Gedanken entsprechend, daß von keiner Seite einseitige Maßnahmen ergriffen werden dürfen, vielmehr alle Probleme gemeinsam erörtert und gelöst werden müssen, wurde deshalb im Zusatzabkommen vorgesehen, daß „einschränkende Bedingungen“ von den deutschen Behörden, soweit die Streitkräfte betroffen werden, nur im Einvernehmen mit diesen festgelegt werden dürfen.

(2) Als zweite wichtige Neuerung ist in Artikel 45 des Zusatzabkommens und in dem Abkommen zu Artikel 45 Abs. 5 eine Verpflichtung der Behörden der Truppe vorgesehen, den deutschen Behörden künftig vor jedem Manöver und jeder anderen Übung rechtzeitig (d. h. unter Einhaltung bestimmter Mindestfristen) ihre Pläne zu übermitteln, über deren Durchführung ein Einvernehmen zwischen beiden Seiten herbeigeführt werden muß. Im Unterschied zu der Manöverrechtsregelung des Artikels 19 des Truppenvertrags (die die Behörden der Streitkräfte nur verpflichtet, die deutschen Behörden vor dem Beginn einer Übung rechtzeitig zu benachrichtigen und sie, falls Verwaltungsmaßnahmen deutscher Behörden notwendig werden, angemessen zu konsultieren) sehen die neuen Bestimmungen gemeinsame Erörterungen auf örtlicher oder regionaler Ebene und — falls auf diesem Wege innerhalb einer angemessenen Frist eine Einigung nicht erzielt werden sollte — Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung des Entsendestaates mit dem Ziele vor, ein Einvernehmen über die beabsichtigte Übung herbeizuführen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann jede beteiligte Regierung auch den Generalsekretär der Nordatlantikvertragsorganisation um ein Gutachten darüber ersuchen, ob eine Übung für die Erfüllung der Verteidigungsaufgabe der Streitkräfte von übertragender Bedeutung ist und den im Rahmen der Nordatlantikvertragsorganisation festgesetzten Richtlinien entspricht. Ein solches Gutachten muß in den weiteren Verhandlungen der beteiligten Regierungen gebührend berücksichtigt werden. Erst nachdem die Erörterung auf örtlicher oder regionaler Ebene oder die Verhandlungen der Regierungen zu einer Einigung geführt haben, führt die Truppe das Manöver oder die andere Übung in Übereinstimmung mit dem über den Plan erzielten Einvernehmen aus. Die Neuregelung beruht also auf dem Grundgedanken, daß alle mit den Übungen der Streitkräfte zusammenhängenden Probleme im Geiste der Bündnisgemeinschaft gemeinsam erörtert und einer die berechtigten Belange beider Seiten berücksichtigten Lösung zugeführt werden. Sie kann deshalb als ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem sehr weitgehend noch einseitige Maßnahmen der Truppe gestattenden Manöverrecht des Artikels 19 des Truppenvertrags angesehen werden.

(3) Von besonderer Wichtigkeit ist ferner, daß die Streitkräfte nach Artikel 45 des Zusatzabkom-

mens außerhalb der ihnen zur Verfügung stehenden Standort- und Truppenübungsplätze Manöver und andere Übungen überhaupt nur durchführen dürfen, soweit sie ihre Ausbildung nicht ohne Beeinträchtigung ihrer Ausbildungsziele auf diesen Plätzen durchführen können. Angesichts der vollen Ausnutzung aller Standort- und Truppenübungsplätze im Bundesgebiet dürfte diesem Grundsatz z. Z. keine aktuelle Bedeutung zukommen. Er könnte sich aber in Zukunft bei etwaigen Veränderungen, z. B. durch Verlegung militärischer Einheiten, als nützlich erweisen, um zu verhindern, daß Übungen, die ihrer Art nach auf Standort- und Truppenübungsplätzen abgehalten werden können, außerhalb solcher Plätze durchgeführt werden.

(4) Von Bedeutung ist schließlich noch, daß nach Artikel 45 des Zusatzabkommens Manöver und andere Übungen nur in dem Umfang durchgeführt werden dürfen, der zur Erfüllung der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe erforderlich ist und mit den von dem Obersten Befehlshaber der verbündeten Streitkräfte in Europa (oder einer anderen Behörde der Nordatlantikvertragsorganisation) etwa herausgegebenen Befehlen oder Empfehlungen übereinstimmt. Durch diese Regelung soll sichergestellt werden, daß sich die Streitkräfte auch im Bundesgebiet an die von der Nordatlantikvertragsorganisation etwa erlassenen Anordnungen halten.

III.

Die in Artikel 45 und 46 des Zusatzabkommens und in dem Abkommen zu Artikel 45 Abs. 5 niedergelegte allgemeine Manöverrechtsregelung reicht nicht aus, um das durch die Übungen britischer und kanadischer Truppen im Raum Soltau-Lüneburg aufgeworfene Problem zu lösen. Die Besonderheit dieses Problems liegt darin, daß die britischen und kanadischen Truppen in diesem Raum seit mehr als zehn Jahren vom Frühjahr bis zum Herbst jeden Jahres laufend Übungen, insbesondere mit Panzern, abhalten, deren Intensität über die normale Inanspruchnahme des übrigen Bundesgebiets erheblich hinausgeht und die deshalb zu einer besonderen Belastung für die Bevölkerung und die Land- und Forstwirtschaft geführt haben. Besondere Schwierigkeiten bereitet dabei die Tatsache, daß die britischen und kanadischen Truppen seit Jahren auf bestimmten Flächen innerhalb des Raumes Soltau-Lüneburg in einem Ausmaß ständig üben, das eine land- oder forstwirtschaftliche Nutzung teilweise unmöglich macht, ohne daß die Bestimmungen des Truppenvertrags und des deutschen Rechts über die Beschaffung von Land für militärische Zwecke beachtet werden und ohne daß die betroffenen Grundeigentümer — von dem Ersatz der jeweils nachgewiesenen Manöverschäden abgesehen — eine angemessene Entschädigung dafür erhalten, daß sie die Benutzung ihrer Grundstücke durch die britischen und kanadischen Streitkräfte dulden müssen.

Vor der Aufnahme der Verhandlungen über das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Kanada ist deshalb eingehend geprüft worden, ob eine Möglichkeit besteht, die Übungen in diesem Raum einzustellen

oder doch wenigstens auf ein Ausmaß zurückzuführen, das der Belastung des übrigen Bundesgebiets entsprechen würde. Diese Prüfung hat zusammengefaßt folgendes ergeben:

1. Das den britischen und kanadischen Truppen zur ausschließlichen Benutzung zur Verfügung stehende Ausbildungsgelände reicht nicht aus, um alle zur Erhaltung der Verteidigungsbereitschaft dieser Truppen notwendigen Übungen auf ihm durchführen zu können; dies gilt insbesondere für die im Raume Soltau-Lüneburg durchzuführende Ausbildung von Panzereinheiten bis zur Zugstärke.
2. Die große Siedlungsdichte, die Belange der Industrie und der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, das dichte Verkehrsnetz und die Naturschutzgebiete bereiten der Anlage neuer Truppenübungsplätze und der Erweiterung der Standort- und Truppenübungsplätze so große Schwierigkeiten, daß die britischen und kanadischen Truppen in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein werden, alle Übungen auf ständigen Übungsplätzen abzuhalten.
3. Eine Entlastung des Raumes Soltau-Lüneburg läßt sich auch nicht durch eine Mitbenutzung oder bessere Ausnutzung der sonst vorhandenen Ausbildungsgelände erreichen. Die Übungsplätze Bergen-Hohne, Munster-Nord und Munster-Süd sind bereits bis zur Leistungsgrenze ausgelastet; zusätzliche Übungen sind auf ihnen nicht mehr möglich.
4. Da andere Ausweichmöglichkeiten nicht bestehen, könnte eine Einstellung oder wesentliche Einschränkung der Übungen im Raume Soltau-Lüneburg nur dadurch erreicht werden, daß die Übungen in andere Teile des Bundesgebiets verlegt würden. Dies würde nach Lage der Dinge dazu führen, daß in weit stärkerem Ausmaß als bisher landwirtschaftlich genutztes, vielfach wertvolleres Gelände herangezogen werden müßte. Eine solche Lösung, die zweifellos wesentlich größere Schäden verursachen und die gleichen innenpolitischen Schwierigkeiten an anderer Stelle des Bundesgebiets hervorrufen würde, hält die Bundesregierung nicht für vertretbar. Trotz der Belastung, die die Übungen ohne Zweifel für die Bevölkerung und die Land- und Forstwirtschaft des Raumes Soltau-Lüneburg darstellen, ist deshalb eine Lösung gesucht worden, die einerseits den britischen und kanadischen Truppen auch in Zukunft ausreichende Übungsmöglichkeiten in diesem (nach dem Inkrafttreten des Abkommens erheblich verkleinerten) Raum gewährleistet, andererseits aber die Durchführung der Übungen unter Beachtung rechtsstaatlicher Grundsätze so regelt, daß die Belastung soweit wie möglich vermindert wird.

Das mit diesem Ziele ausgehandelte Abkommen mit dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und Kanada (Anlage III S. 177) bringt gegenüber dem jetzigen Zustand im einzelnen die folgenden Verbesserungen (vgl. dazu die Karte des Raumes Soltau-Lüneburg Anlage III S. 183):

1. Eine erhebliche Verkleinerung des Raumes, der auch in Zukunft mehr als das übrige Bundesgebiet mit militärischen Übungen belegt werden wird (statt 48 100 ha künftig nur noch 34 500 ha).
2. Eine Konzentrierung der erfahrungsgemäß besonders schwere Schäden verursachenden Übungen kleinerer Panzereinheiten auf eine beschränkte Anzahl von Flächen, die im Rahmen des Landbeschaffungsgesetzes (nach Möglichkeit durch Begründung von Nutzungsverhältnissen) beschafft werden sollen (die Gesamtgröße dieser Fläche beträgt 4600 ha, wovon 1900 ha zum Naturschutzgebiet Lüneburger Heide gehören). Es handelt sich ganz überwiegend um die Heide- und Forstgrundstücke, die durch die jahrelangen Panzerübungen besonders stark in Mitleidenschaft gezogen sind; nur einige wenige landwirtschaftlich genutzte Grundstücke mußten wegen des räumlichen Zusammenhangs in die erwähnten Flächen einbezogen werden.
3. Die Zahlung angemessener laufender Vergütungen für die ständige Benutzung der zuvor erwähnten Flächen. Diese Vergütungen gehen nach Artikel 63 Abs. 5 des Zusatzabkommens zu Lasten des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland und Kanadas. Ersatz für Sachschäden wird allerdings während der Dauer des Nutzungsverhältnisses nicht geleistet; vielmehr werden diese Schäden erst nach Beendigung des Nutzungsverhältnisses abgegolten.
4. Die Festlegung bestimmter Straßen und Wege für den Verkehr mit überschweren Fahrzeugen (insbesondere Panzern) und Kolonnen. (Im Interesse des zivilen Verkehrs hat sich die Bundesregierung dem Lande Niedersachsen gegenüber bereit erklärt, den Straßenbaulastträgern in dem notwendigen Umfang Bundesmittel für einen etwa erforderlichen Ausbau dieser Straßen und Wege zur Verfügung zu stellen.)
5. Die Festlegung genauer Übungsbedingungen für diejenigen Übungen, die außerhalb der den Truppen zur ständigen Benutzung überlassenen Flächen stattfinden (z. B. über die Schonung noch nicht abgeernteter Grundstücke unmittelbar vor und während der Ernte, über die Einschränkung der Übungen an Sonntagen und bestimmten Feiertagen, über die Verhütung von Bränden u. a. m.).
6. Die Einsetzung eines mit Befehlsgewalt gegenüber allen übenden Einheiten versehenen britischen Offiziers, der für die volle Einhaltung aller Übungsbedingungen verantwortlich ist.
7. Die Bildung eines aus Vertretern der Bundesregierung, der niedersächsischen Landesregierung und der britischen Streitkräfte bestehenden Ständigen Ausschusses, der eine enge Koordinierung der zivilen und militärischen Belange sicherstellen und vor allem bei Beschwerden und Meinungsverschiedenheiten sofort schlichtend tätig werden soll.

Die zum Vollzug des Abkommens erforderlichen Ausführungsbestimmungen sind in Artikel 25 des Zustimmungsgesetzes enthalten.

IV.

Auch für die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Luftraum ist (durch Artikel 46 des Zusatzabkommens) sichergestellt, daß die Streitkräfte die einschlägigen Vorschriften des deutschen Rechts über die Benutzung des Luftraums und die Inanspruchnahme von Anlagen und Einrichtungen der Luftfahrt, die sich im Rahmen der Richtlinien und Empfehlungen der Internationalen Zivilluftfahrt halten, beachten müssen. Von Bedeutung ist ferner, daß für Luftübungen, die zu einer Benutzung von Grund und Boden führen, wie dies bei Außenlandungen und Fallschirmabsprüngen und -abwürfen der Fall ist, die Vorschriften des Artikels 45 des Zusatzabkommens gelten.

Zu Artikel 47

Artikel 47 ist die Ergänzung des Artikels IX Abs. 2 des NATO-Truppenstatuts. Er löst Artikel 39 und insoweit auch Artikel 37 Abs. 1 Buchstabe b des Truppenvertrags ab.

Artikel 37 und 39 des Truppenvertrags konstituieren eine allgemeine Leistungsverpflichtung der Bundesrepublik auf den in Artikel 37 des Truppenvertrags genannten Gebieten der Versorgung. Sie stellen das Prinzip des Vorrangs der militärischen Bedürfnisse der Entsendestaaten vor dem nicht der Verteidigung dienenden innerdeutschen und Ausfuhrbedarf auf (Artikel 39 Abs. 5 Satz 2 des Truppenvertrags). Eine gewisse Schutzbestimmung gegenüber den weitgehenden Rechten der Streitkräfte enthält Artikel 3 Abs. 1 des Truppenvertrags, wonach die Streitkräfte bei der Geltendmachung der ihnen eingeräumten Rechte auf die deutschen öffentlichen und privaten Interessen gebührend Rücksicht zu nehmen haben, indem sie insbesondere der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und dem innerdeutschen und Ausfuhrbedarf der Bundesrepublik und Westberlins Rechnung tragen sollen.

Artikel 47 des Zusatzabkommens bildet, wie bereits am Anfang hervorgehoben, eine Ergänzung des Artikels IX Abs. 2 des NATO-Truppenstatuts, welcher der Wirtschaft des Aufnahmestaates grundsätzlich den Vorrang vor den Bedürfnissen der Streitkräfte einräumt. Nach dieser Bestimmung können die Streitkräfte die für ihren Unterhalt benötigten Waren aus örtlichen Quellen beschaffen (in der Regel durch die militärischen Beschaffungsstellen des Gastlandes — s. jedoch die Ausführungen zu Artikel 47 Abs. 3); der Aufnahmestaat hat aber das Recht, in Fällen, in denen sich die Beschaffungen der Streitkräfte auf seine Wirtschaft schädlich auswirken können, diejenigen Gegenstände zu benennen, deren Beschaffung eingeschränkt oder untersagt werden soll. Dieser Grundsatz gilt künftig also auch für die Bundesrepublik, so daß insoweit eine Abkehr von dem Prinzip der allgemeinen Leistungsverpflichtung der Bundesrepublik und der Priorität des Bedarfs der Streitkräfte eingetreten ist.

Dem stehen auch nicht die Bestimmungen des Artikels 3 Abs. 5 Buchstaben a und b sowie des Artikels 47 Abs. 1 des Zusatzabkommens entgegen. Artikel 3 Abs. 5 statuiert im Gegensatz zu Artikel 37 des Truppenvertrags keine eigene Verpflich-

tung der Bundesrepublik, gewisse Leistungen für die Streitkräfte zu erbringen; er regelt vielmehr lediglich die Art und Weise, in welcher die deutschen Behörden auf den verschiedenen Versorgungsgebieten — für welche die Verpflichtungen der Bundesrepublik in den einzelnen Artikeln des Zusatzabkommens verschieden geregelt sind — den Streitkräften behilflich sein sollen.

Artikel 47 Abs. 1 enthält den allgemeinen Grundsatz der Nichtdiskriminierung der Streitkräfte gegenüber der Bundeswehr, welcher sich auch an anderen Stellen des Zusatzabkommens (z. B. in Artikel 58 Abs. 2 Buchstabe a, Artikel 60 Abs. 1, Artikel 61) wiederfindet. Diese Bestimmung könnte zugunsten der Streitkräfte nur von Bedeutung sein, wenn nach den deutschen Leistungsgesetzen zugunsten der Bundeswehr Maßnahmen durchgeführt würden, auf welche sich die Streitkräfte im gegebenen Falle berufen könnten.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Artikels 47 ist im übrigen das Nachstehende zu bemerken:

Artikel 39 des Truppenvertrags sieht die gemeinsame Aufstellung periodischer Beschaffungsprogramme vor, für deren Durchführung ein aus Vertretern der Bundesrepublik und der Streitkräfte zu bildender gemeinsamer Versorgungsausschuß verantwortlich ist. Nachdem früher solche Programme tatsächlich in gewissen Zeitabständen aufgestellt wurden, hat die deutsche Seite zunächst noch für bestimmte Versorgungszweige die Bekanntgabe von Bedarfsmengen erbeten, aber schon seit längerer Zeit mit Rücksicht auf die allgemeine Versorgungslage der Bundesrepublik darauf verzichtet. Der Versorgungsausschuß ist im übrigen niemals gebildet worden.

Die Bundesregierung hat sich jedoch in Artikel 47 Abs. 2 das Recht vorbehalten, daß ihr in den Fällen, in denen sich die Beschaffungen der Streitkräfte für die deutsche Wirtschaft schädlich auswirken könnten, auf ihren Antrag der Bedarf der Streitkräfte auf bestimmten Versorgungsgebieten im voraus mitgeteilt wird. Auf die Aufnahme dieser Bestimmung hat die deutsche Seite im übrigen deshalb so großen Wert gelegt, weil durch die ausdrückliche Erwähnung des Artikels IX Abs. 2 Satz 2 des NATO-Truppenstatuts in Artikel 47 des Zusatzabkommens sichergestellt wird, daß die Bundesregierung wie alle anderen NATO-Staaten das Recht hat, gegebenenfalls bestimmten Beschaffungen der Streitkräfte zu widersprechen.

Artikel 47 Abs. 3 des Zusatzabkommens weicht von dem im Artikel IX Abs. 2 des NATO-Truppenstatuts enthaltenen Grundsatz der sogenannten mittelbaren Beschaffung ab und hält die in Artikel 39 Abs. 5 des Truppenvertrags den Streitkräften überlassene freie Wahl aufrecht, ihren Bedarf entweder unmittelbar oder nach vorheriger Vereinbarung durch die deutschen Behörden zu decken. Bislang ist die direkte Beschaffung die Regel.

Artikel 47 Abs. 4 Buchstaben a und b des Zusatzabkommens gestattet bei direkten Beschaffungen den Entsendestaaten, ihr eigenes Beschaffungsverfahren anzuwenden. Nachdem die von den Streitkräften vergebenen Aufträge in zunehmendem Umfang mit ihren eigenen Heimatmitteln bezahlt

werden, können diese Aufträge als kommerzielle „quasi-Ausfuhr“-Aufträge angesehen werden, für die nach Artikel 33 und 34 des Truppenvertrags sowie nach Artikel 65 bis 68, 71, 72 und 79 des Zusatzabkommens gewisse Abgabenvergünstigungen gewährt werden. Da die früheren Klagen der Wirtschaft über die Beschaffungsverfahren und -bedingungen der Streitkräfte verstummt sind, kann angenommen werden, daß sich die deutschen Auftragnehmer den Beschaffungsmethoden der Streitkräfte im allgemeinen angepaßt haben. (Wegen der Streitigkeiten aus direkten Beschaffungen der Streitkräfte s. S. 25.) Die deutsche Seite hatte daher keine Bedenken, die bei den verschiedenen Entsendestaaten üblichen Beschaffungsverfahren zuzulassen. Sie hat aber mit Rücksicht auf die früheren Erfahrungen sichergestellt, daß die Streitkräfte bei ihren Beschaffungen die Grundsätze der Marktwirtschaft, d. h. des Wettbewerbs, beachten. Ferner hat die deutsche Seite entsprechend dem Beschuß des Deutschen Bundestages vom 8. Juli 1955 (Bundestagsdrucksache 1438, 743) die Streitkräfte verpflichtet, die in den verschiedenen Richtlinien der Bundesregierung über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen enthaltenen Grundsätze bei ihren Beschaffungen anzuerkennen. Schließlich sind in diesem Absatz in Ergänzung zu Artikel 61 die Streitkräfte auf die Beachtung des für öffentliche Aufträge in der Bundesrepublik geltenden Preisrechts festgelegt worden. Die Pflicht zur Unterrichtung der deutschen Behörden ist aus Artikel 39 Abs. 7 des Truppenvertrags übernommen.

Die in Artikel 47 Abs. 5 des Zusatzabkommens geregelten sogenannten „mittelbaren“ Beschaffungen (durch deutsche Behörden) haben bislang noch keine praktische Bedeutung erlangt. Bei dem sogenannten „Koblenzer Verfahren“ — Einschaltung des Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung bei den direkten Beschaffungen der kanadischen und belgischen (früher auch der britischen) Streitkräfte — handelt es sich nur um eine „Verwaltungshilfe“ bei der ersten Phase des Beschaffungsverfahrens, nämlich lediglich bei der Ausschreibung, während alle übrigen Phasen des Beschaffungsverfahrens, insbesondere die Erteilung des Zuschlags und die Abnahme, durch die kanadischen und belgischen Streitkräfte selbst erfolgen.

Die Forderung ins einzelne gehender, insbesondere technischer Angaben sowie genauer Lieferungs- und Zahlungsbedingungen, die Absatz 5 Buchstabe a enthält, ist deutscherseits erhoben worden, um die deutschen Beschaffungsbehörden in die Lage zu versetzen, bei der Ausschreibung möglichst spezifizierte Leistungsbeschreibungen geben zu können, um eine ordnungsgemäße Abnahme sicherzustellen. Auf diese Weise sollen Verzögerungen und Mißverständnisse vermieden und den deutschen Behörden Kosten durch fehlerhafte Aufträge erspart werden.

Die in Absatz 5 Buchstabe b vorgenommene Klärstellung der Rechtsbeziehungen zwischen den deutschen Behörden und dem Auftragnehmer hat u. a. den Zweck, eine eindeutige Grundlage für die Anwendung der deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu schaffen. Insbesondere handelt es

sich — neben den allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen — um folgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften:

- a) Preisvorschriften bei öffentlichen Aufträgen,
- b) Vorschriften des Wettbewerbs- und Kartellrechts,
- c) Verdingungsordnung für Leistungen — ausgenommen Bauleistungen — (VOL),
- d) Erlasse und Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber.

Obwohl die Beschaffungsverträge zwischen den deutschen Behörden und den Auftragnehmern geschlossen werden und damit die ausschließliche Zuständigkeit der ersten für die Durchführung der Beschaffungen gegeben ist, hat die deutsche Seite sich damit einverstanden erklärt, daß — gemäß Absatz 5 Buchstabe c — die Behörden der Truppe im Rahmen ihrer Interessen am Verfahren angemessen beteiligt werden. Diese Beteiligung wurde unter dem Gesichtspunkt der von den Entsendestaaten für die Beschaffungen selbst aufgewandten Mittel zugesandt.

Die vorherige schriftliche Zustimmung der Behörden der Truppe zur Auftragserteilung oder zur Änderung eines Auftrags sowie die gemeinsame Abnahme bedeuten aber zugleich einen Schutz der deutschen Beschaffungsbehörden, da die Behörden der Truppe hierdurch gleichzeitig gebunden werden.

Absatz 5 Buchstabe d regelt die finanzielle Seite des indirekten Beschaffungsverfahrens.

In Absatz 5 Buchstabe d (i) ist der Grundsatz enthalten, daß die Entsendestaaten den deutschen Beschaffungsbehörden sämtliche Aufwendungen zuersetzen haben, zu denen diese nach den deutschen rechtlichen Bestimmungen über die Vergabe von öffentlichen Aufträgen verpflichtet sind; ausgenommen hiervon sind Aufwendungen auf Grund eines außergerichtlichen Vergleichs, wenn die Truppe diesem nicht zugestimmt hat. Die Beteiligung der Truppe an Rechtsstreitigkeiten der deutschen Beschaffungsbehörden mit dem Auftragnehmer, die sich aus dem Auftrag etwa ergeben, regelt Artikel 44 des Zusatzabkommens, dessen Absatz 5 auch Einzelheiten über die finanzielle Seite solcher Rechtsstreitigkeiten enthält (vgl. die Begründung zu Artikel 44 des Zusatzabkommens).

Absatz 5 Buchstabe d (ii) und (iii) bedarf keiner Erläuterungen, da die dort getroffenen Regelungen sich von selbst verstehen.

Die Regelung des Absatzes 5 Buchstabe e soll verhindern, daß die Bundesrepublik bei den von ihr im Interesse der Entsendestaaten vorgenommenen Beschaffungen mit eigenen Haushaltssmitteln in Vorrang treten muß. Im übrigen vgl. auch das Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 47.

Das in Absatz 5 Buchstabe f festgelegte Prüfungsrecht der Behörden der Entsendestaaten hinsichtlich der von den deutschen Behörden an den Auftragnehmer geleisteten Zahlungen konnte nicht verweigert werden, da die Zahlungen in zunehmendem Maße mit Mitteln der Entsendestaaten erfolgen.

Der letzte Halbsatz des Absatzes 5 Buchstabe g verfolgt den Zweck, zu verhindern, daß durch die in

Absatz 5 Buchstabe c vorgesehene Beteiligung der Truppe keine unangemessenen Verzögerungen des Verfahrens eintreten, insbesondere bei Erteilung des Auftrags und der Abnahme, was insoweit bedeutsam ist, als nach den deutschen Bestimmungen gewisse Fristen (Zuschlagsfrist, Annahmeverzug) eingehalten werden müssen.

Zu Artikel 48 und 53

Mit der Deckung des Liegenschaftsbedarfs der Streitkräfte und mit den Rechten und Pflichten der Streitkräfte innerhalb der ihnen zur ausschließlichen Benutzung überlassenen Liegenschaften befassen sich die Artikel 48 und 53, welche Vereinbarungen im Sinne von Artikel IX Abs. 3 des NATO-Truppenstatuts darstellen. Durch die Bestimmungen der Artikel 48 und 53 und des Unterzeichnungsprotokolls zu diesen Bestimmungen werden die in den Artikeln 21, 38 und 48 (soweit letzterer Liegenschaften betrifft) des Truppenvertrags sowie die in Artikel 12 Abs. 3 des Finanzvertrags enthaltenen Regelungen abgelöst.

Eine dem Artikel 37 Abs. 1 Buchstabe a des Truppenvertrags entsprechende Verpflichtung der Bundesrepublik, sicherzustellen, daß der sich im Bundesgebiet auf dem Gebiet der Liegenschaften ergebende Bedarf der Streitkräfte befriedigt wird, ist in den genannten Bestimmungen des Zusatzabkommens nicht mehr enthalten.

Als Grundsatz ist in Artikel 48 Abs. 1 niedergelegt, daß der Liegenschaftsbedarf der Streitkräfte nur nach Maßgabe des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens gedeckt wird. Dadurch ist klar gestellt, daß eigene Maßnahmen der Streitkräfte zur Beschaffung von Liegenschaften grundsätzlich nicht in Betracht kommen.

Für das Verfahren der Anforderung von Liegenschaften (vgl. Artikel 48 Absatz 1 Buchstaben b und c) gilt im wesentlichen das gleiche wie nach Artikel 38 des Truppenvertrags. Neu ist, daß die Einzelheiten über die Deckung des Liegenschaftsbedarfs in Vereinbarungen geregelt werden. Durch diese Vorschrift soll zur Vermeidung von Schwierigkeiten, die bei dem bisherigen Verfahren hin und wieder aufgetreten sind, erreicht werden, daß eine Liegenschaft erst dann beschafft wird, wenn Einigkeit über alle im Zusammenhang mit der Beschaffung der Liegenschaft zu regelnden tatsächlichen und finanziellen Fragen erzielt worden ist.

Die vorstehend genannten Vereinbarungen sind zu unterscheiden von den in Artikel 48 Abs. 3 Buchstabe a erwähnten Überlassungsvereinbarungen. Letztere werden nach Beschaffung der Liegenschaften abgeschlossen; sie sind Voraussetzung der Überlassung einer Liegenschaft an die Streitkräfte. Diese Regelung stellt einen wesentlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Verfahren dar. Sie ermöglicht es, die Rechte und Pflichten der Streitkräfte im Einzelfall genau festzulegen.

Die in Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53 enthaltene Bestimmung, daß vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarungen den Streitkräften die wirtschaftliche Nutzung der ihnen zur Benutzung

überlassenen Liegenschaften nicht zusteht, ist nicht nur eine Klarstellung gegenüber den in Einzelfällen noch bestehenden unterschiedlichen Auffassungen zwischen dem Bund und den Streitkräften; sie gibt auch die Möglichkeit, im Einzelfall in den Überlassungsvereinbarungen zu regeln, wie weit eine Liegenschaft in ihrer Substanz verändert werden darf. Aus dem vorstehend genannten Grundsatz ergibt sich ferner, daß, soweit möglich, die Nutzung einer Liegenschaft durch den Berechtigten nur insoweit eingeschränkt wird, als es zur befriedigenden Erfüllung der Verteidigungspflichten der Streitkräfte erforderlich ist (Absatz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53). Ob und inwieweit der Berechtigte eine Liegenschaft weiter nutzen darf, ist ebenfalls in die Überlassungsvereinbarung aufzunehmen.

Was sonst noch in den Überlassungsvereinbarungen geregelt werden kann, ergibt sich aus Artikel 48 Abs. 3 Buchstabe a und aus Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48. Die in Absatz 5 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53 aufgeführten Punkte können, soweit erforderlich und bei Abschluß der Überlassungsvereinbarungen schon übersehbar, ebenfalls in die Überlassungsvereinbarungen einbezogen werden.

Die Bestimmung des Absatzes 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48, daß Vereinbarungen über die Höhe von etwa zu gewährenden Nutzungs-, Duldungs- oder ähnlichen Entgelten sowie eine Eingang über eine Besitzeinweisungsentschädigung nur im Benehmen mit den Behörden der Streitkräfte abgeschlossen werden können, stellt — ebenso wie die entsprechende Regelung in den Artikeln 62 und 63 des Zusatzabkommens — eine Einschränkung der Rechte der Streitkräfte gegenüber der zur Zeit geltenden Regelung dar. (Das nach Artikel 12 Abs. 2 des Finanzvertrags erforderliche Einvernehmen ist durch Benehmen ersetzt, das in Artikel 12 Abs. 3 vorgesehene Benehmen ist ersatzlos fortgefallen). In Artikel 48 Abs. 4 ist die Verpflichtung der Streitkräfte zur Instandsetzung und Instandhaltung aller ihnen überlassenen Liegenschaften niedergelegt. Eine solche Verpflichtung war im Finanzvertrag nur für die den Streitkräften unentgeltlich überlassenen Liegenschaften ausdrücklich vorgesehen (Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe g des Finanzvertrags). Wenn auch bisher kein Zweifel an der grundsätzlichen Verpflichtung der Streitkräfte zur Instandsetzung und Instandhaltung aller ihnen überlassenen Liegenschaften bestanden hat, so haben sich doch in Einzelfällen Unstimmigkeiten, insbesondere wegen der Notwendigkeit und des Umfangs dieser Arbeiten, ergeben. Diese Unstimmigkeiten sollen durch die in Absatz 4 enthaltene Regelung in Verbindung mit der in Absatz 6 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48 enthaltenen Bestimmung, daß die Verpflichtung zur Instandsetzung und Instandhaltung nicht den Wiederaufbau eines durch höhere Gewalt ganz oder überwiegend zerstörten Gebäudes umfaßt, ausgeräumt werden.

Über die Lieferung von Wasser, Gas und Elektrizität sowie über die Abwasserbeseitigung schließen die Streitkräfte im Regelfall selbst Vereinbarungen mit den zuständigen Versorgungsunternehmern ab (Artikel 48 Abs. 1 Buchstabe d).

Wie schon nach Artikel 38 des Truppenvertrags, sind die Streitkräfte auch nach Inkrafttreten des Zusatzabkommens verpflichtet, den Bedarf an den ihnen überlassenen Liegenschaften laufend zu überprüfen und auf das erforderliche Mindestmaß zu beschränken (Artikel 48 Abs. 5). Liegenschaften, die nicht mehr benötigt werden, sind freizugeben (siehe hierzu auch Absatz 7 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48).

Für die Freigabe von Liegenschaften, die den Streitkräften nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens überlassen werden, bringen die Bestimmungen des Artikels 48 Abs. 5 Buchstaben c und d eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Recht. Die Streitkräfte haben in den genannten Vorschriften nämlich ihre Verpflichtung anerkannt, Liegenschaften, die ihnen nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens überlassen werden, dann freizugeben, wenn ein Nutzungsvertrag ausläuft und die in diesem Vertrag enthaltene zeitliche Begrenzung in Übereinstimmung mit den bei der Anmeldung des Liegenschaftsbedarfs von den Streitkräften gemachten Angaben steht und der Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte die weitere Überlassung ablehnt, es sei denn, daß im Falle eines noch fortbestehenden Bedarfs der Streitkräfte eine weitere Inanspruchnahme durch andere Maßnahmen, insbesondere auf Grund der Bestimmungen des Landbeschaffungsgesetzes, erfolgen kann. Die Streitkräfte haben eine solche Liegenschaft ferner dann freizugeben, wenn sie ihnen auf Grund einer vorzeitigen Besitzeinweisung zur Verfügung gestellt worden war und die Enteignungsbehörde später den Besitzeinweisungsbeschuß auf Grund des § 42 des Landbeschaffungsgesetzes aufhebt.

Im Falle der Freigabe von Liegenschaften müssen die Streitkräfte wie schon bisher (Artikel 38 Abs. 6 des Truppenvertrags) auch gleichzeitig die darin befindlichen Gegenstände zurückgeben, es sei denn, daß der Eigentümer der Gegenstände mit einer weiteren Überlassung an die Streitkräfte einverstanden ist (Artikel 48 Abs. 5 Buchstabe e).

In Erweiterung der Vorschrift des Artikels 21 des Truppenvertrags bestimmt Artikel 53 Abs. 3, daß die deutschen Behörden die zur Wahrnehmung deutscher Belange erforderlichen Maßnahmen innerhalb der Liegenschaften durchführen können. Es sollen dadurch in Zukunft Schwierigkeiten vermieden werden, die sich auf diesem Gebiet verschiedentlich ergeben haben. Um die Durchführung dieser Vorschrift zu sichern, sieht Absatz 6 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53 vor, daß, soweit nicht militärische Sicherheitserfordernisse dem entgegenstehen, deutsche Behörden Zutritt zu den von den Streitkräften benutzten Liegenschaften haben.

Die Durchführung der in den Artikeln 48 und 53 enthaltenen Bestimmungen hängt ebenso wie die Durchführung der übrigen Bestimmungen des Zusatzabkommens von einer guten Zusammenarbeit zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte ab. Diese Zusammenarbeit so eng wie möglich zu gestalten, ist die Aufgabe der in Artikel 53 Abs. 4 in Verbindung mit den Absätzen 5 und 7 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53 getroffenen Regelungen.

Die Aufstellung der Bundeswehr erforderte Bestimmungen über eine gemeinsame Benutzung von Liegenschaften durch die Bundeswehr und durch die Streitkräfte. Diese bringt Artikel 53 Abs. 5, der zugleich die gemeinsame Benutzung von Liegenschaften durch die Streitkräfte und durch zivile deutsche Stellen regelt.

Auf Wunsch der Streitkräfte ist die in Artikel 53 Abs. 6 enthaltene Bestimmung in das Zusatzabkommen aufgenommen worden. Sie entspricht im wesentlichen dem Inhalt des Artikels 21 Abs. 4 des Truppenvertrags. Daß Maßnahmen der in Artikel 53 Abs. 6 genannten Art nur im Rahmen der deutschen Gesetze möglich sind, stellt Absatz 3 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 53 klar.

Die vorstehenden Ausführungen beziehen sich nicht nur auf Liegenschaften, welche den Streitkräften nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens überlassen werden, sondern auch auf die Liegenschaften, welche den Streitkräften im Rahmen der Bestimmungen des Truppenvertrags bereits überlassen worden sind und sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zusatzabkommens noch in ihrem Besitz befinden (vgl. z. B. Artikel 48 Abs. 3 Buchstabe b). Hinsichtlich dieser Liegenschaften gewährleistet die Bundesrepublik, daß sie den Streitkräften so lange weiter überlassen werden, als sie nicht nach Artikel 48 Abs. 5 Buchstaben a und b zurückzugeben sind (Artikel 48 Abs. 2 Satz 1). Eine derartige Gewährleistungsbestimmung, die dem Artikel 48 Abs. 2 des Truppenvertrags entspricht, mußte deutscherseits zugestanden werden.

Die Gewährleistungspflicht umfaßt nicht Liegenschaften, die für den öffentlichen Verkehr und dessen Versorgungseinrichtungen sowie für das Post- und Fernmeldewesen bestimmt sind; diese Liegenschaften sind zurückzugeben, soweit nicht zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte etwas anderes vereinbart worden ist (Artikel 48 Abs. 2 Satz 2). Vereinbarungen über die Weiterüberlassung von Liegenschaften dieser Art liegen bereits vor (Einzelheiten s. S. 10).

Die Absätze 2 und 5 sowie zum Teil Absatz 3 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48 befassen sich nur mit Liegenschaften, auf die sich die Gewährleistungspflicht bezieht. Sie tragen den besonderen Verhältnissen Rechnung, die sich aus der bereits bestehenden Benutzung dieser Liegenschaften durch die Streitkräfte für die Rückgabe der Liegenschaften und für die in diesen Liegenschaften, soweit sie im Eigentum des Bundes oder eines Landes stehen, befindlichen Gegenstände ergeben.

Mit Artikel 17 bis 22 des Zustimmungsgesetzes werden der Bundesrepublik die erforderlichen innerstaatlichen Rechtsgrundlagen für die Erfüllung ihrer Gewährleistungspflicht aus Artikel 48 Abs. 2 gegeben.

Zu Artikel 49

Artikel 49 stellt die Ergänzung zu Artikel IX Abs. 3 des NATO-Truppenstatus dar:

Er legt das Verfahren im einzelnen fest, nach dem der Bedarf der Streitkräfte an baulichen Anlagen gedeckt wird.

Dieser Bedarf kann in zweierlei Formen gedeckt werden, nämlich:

- a) durch Überlassung von Baulichkeiten, die dem Bund zur Verfügung stehen, sei es, daß sie schon vorhanden sind, sei es, daß sie ad hoc errichtet werden;
- b) durch Errichtung der notwendigen Baulichkeiten (Neubauten einschließlich Um- und Erweiterungsbauten), die aus Heimatmitteln der Entsendestaaten oder aus Mitteln finanziert werden, die den Entsendestaaten vom Bund zur Verfügung gestellt worden sind.

Der Fall unter a) wird in Artikel 49 nicht behandelt; Artikel 49 geht vielmehr nur von dem Fall unter b) aus.

Artikel 49 steht in Zusammenhang mit Artikel 48, mit Artikel 53 und mit Artikel 55. Er ist gewissermaßen in die genannten anderen Artikel eingebettet insofern, als diese regeln:

- a) wie der Bedarf der Streitkräfte an Liegenschaften, auf denen die Baumaßnahmen dann ausgeführt werden können, gedeckt wird und
- b) welche Rechte die Streitkräfte in den ihnen überlassenen Liegenschaften ausüben können.

Diese Zusammenhänge werden besonders deutlich bei Artikel 48 Abs. 4, Artikel 53 Abs. 1, 3 und 4 sowie Artikel 55 Abs. 1 Buchstabe b.

Artikel 49 tritt an die Stelle des Artikels 39 Abs. 5 Satz 1 und des Artikels 40 des Truppenvertrags.

Der Truppenvertrag regelt die Durchführung der Baumaßnahmen der Streitkräfte und begründet für sie eine (begrenzte) Zuständigkeit der „deutschen Baubehörden“ (Artikel 40 Abs. 2) nur für die Fälle, in denen die Baumaßnahmen aus dem deutschen Verteidigungsbeitrag (Artikel 4 des Finanzvertrags) oder aus anderen, an dessen Stelle getretenen Zahlungen des Bundes finanziert werden; bei Baumaßnahmen, die mit Heimatmitteln der Entsendestaaten finanziert werden, bedarf es einer besonderen Antragstellung, wenn die Behörde der Streitkräfte die Durchführung der Baumaßnahmen durch deutsche Behörden wünscht (Artikel 39 Abs. 5 Satz 1 des Truppenvertrags). Artikel 49 des Zusatzabkommens kennt keine Unterscheidung mehr zwischen Baumaßnahmen, die mit Heimatmitteln der Entsendestaaten bezahlt werden, und solchen, die aus den Entsendestaaten vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln finanziert werden.

Artikel 49 geht davon aus, daß die Programme für die zur Deckung des Bedarfs der Streitkräfte erforderlichen Bauvorhaben zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte vereinbart werden. Unter Programmen sind hier nicht nur „Programme“ im strengen Wortsinne, also über einen längeren Zeitabschnitt sich erstreckende Zusammenstellungen der Bauabsichten, zu verstehen; der Begriff „Programm“ ist vielmehr weit auszulegen und umfaßt die Bauabsichten (der Streitkräfte) schlechthin, gleichgültig, ob sie für längere Zeiträume systematisch aufgestellt, oder ob sie von Fall zu Fall vorgelegt werden.

Die Bestimmung soll den deutschen Behörden die Möglichkeit geben, von vornherein sicherzustellen, daß die Bauabsichten der Streitkräfte mit den deutschen Planungen in Einklang gebracht und auf ihre Ausführbarkeit geprüft werden können.

Die Zuständigkeit liegt auf der deutschen Seite bei „den für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden“, das sind im Regelfall die Behörden der Finanzbauverwaltungen (Bundesministerium für wirtschaftlichen Besitz des Bundes, Oberfinanzdirektionen — Landesbauabteilung — und nachgeordnete Ortsbaudienststellen); die Finanzminister und -senatoren der Länder werden in der bei Bundesbauaufgaben allgemein üblichen Form beteiligt. Die militärischen Belange werden im Regelfall dadurch gewahrt, daß die Streitkräfte ihren Liegenschaftsbedarf bei den deutschen militärischen Behörden anmelden müssen (Artikel 48 Abs. 1 des Zusatzabkommens); entsteht für die Ausführung eines Bauvorhabens ausnahmsweise kein Liegenschaftsbedarf, weil die Arbeiten innerhalb einer den Streitkräften bereits zur Verfügung stehenden Liegenschaft ausgeführt werden sollen, so ist durch geeignete Verwaltungsanordnungen sichergestellt, daß die Behörden der Finanzbauverwaltung erst tätig werden, wenn eine etwa erforderliche Zustimmung der deutschen militärischen Behörden erteilt ist.

Artikel 49 Abs. 2 stellt die Regel auf, daß die Baumaßnahmen der Streitkräfte durch die für Bundesbauaufgaben zuständigen deutschen Behörden durchgeführt werden. Er legt weiter, wie in Artikel 47 Abs. 5 Buchstabe b, fest, daß hierbei die deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften anzuwenden sind. Dies entspricht der von der Bundesregierung bereits seit 1953 verfolgten Politik, die Bautätigkeit der Streitkräfte so weitgehend wie zweckmäßig auf die deutschen Baubehörden zu überführen. Maßgebend hierfür sind vor allem drei Gesichtspunkte, nämlich:

- a) die Notwendigkeit, die deutschen Belange in bezug auf die Raumplanung, den Städtebau und die bauaufsichtlichen Vorschriften zu wahren;
- b) die Bedeutung, die sich aus der langen Lebensdauer von Bauwerken, ihrem vergleichsweise großen Wert und ihrer festen Verbindung mit dem Grund und Boden ergibt;
- c) die Verbesserung des Schutzes der deutschen Auftragnehmer, unter denen sich — entsprechend der Struktur des Baugewerbes — ein besonders hoher Anteil von Klein- und Mittelbetrieben befindet.

Durch den Hinweis, daß für die Durchführung der Baumaßnahmen die geltenden deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften maßgebend sind, wird sichergestellt, daß die Gesamtheit der deutschen Rechts- und Verwaltungsvorschriften Vorrang vor Vorschriften der Streitkräfte hat. Insbesondere handelt es sich — neben den allgemeinen zivilrechtlichen Bestimmungen — um folgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften:

- a) Vorschriften des öffentlichen Baurechts,
- b) Vorschriften des Wettbewerbs- und Kartellrechts,

- c) Preisvorschriften bei öffentlichen Aufträgen,
- d) Erlasse und Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber,
- e) Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB),
- f) Verdingungsordnung für Leistungen — ausgenommen Bauleistungen — (VOL),
- g) Verwaltungsrichtlinien für die Anwendung der Verdingungsordnungen, z. B. „Richtlinien zur Anwendung der VOB“ vom 27. Juli 1953.

Der Umfang der Zuständigkeiten, der sich aus Artikel 49 Abs. 2 für die deutsche Bauverwaltung ergibt, muß in Zusammenhang mit Absatz 3 betrachtet werden, der die Ausnahmen von der Regel festlegt:

- a) Die Streitkräfte können Baumaßnahmen mit eigenen Kräften ausführen; eigene Kräfte im Sinn dieser Bestimmungen sind Soldaten (Pioniere) oder zivile Regiearbeiter, die in den Diensten der Streitkräfte stehen. Ähnliche Regelungen enthalten schon die auf Grund von Artikel 40 des Truppenvertrags zwischenzeitlich mit einer Reihe von Entsendestaaten (siehe unten) abgeschlossenen Übereinkommen; es erscheint gerechtfertigt, daß gewisse Arbeiten zu Übungszwecken von Pioniertruppen oder wegen ihrer Dringlichkeit in dem allgemeinen üblichen Rahmen durch Regiearbeiter ausgeführt werden.
- b) Die Streitkräfte können weiter Baumaßnahmen unmittelbar, also ohne Einschaltung der deutschen Behörden, an Unternehmer vergeben, jedoch nur in besonders bezeichneten Ausnahmefällen, z. B. wenn es sich um kleinere Bauvorhaben handelt. Artikel 40 Abs. 4 des Truppenvertrags spricht in ähnlicher Weise von „kleineren Bauvorhaben“ und von „Bauaufträgen, über die besondere Absprachen getroffen worden sind“. Über die Abgrenzung des Begriffs „kleinere Bauvorhaben“ sind bereits in der Vergangenheit mit der Mehrzahl der Entsendestaaten Abmachungen erzielt und die Grenze ist dabei auf 5000,— DM je Auftrag festgelegt worden. Nur die amerikanischen Streitkräfte haben bisher — vor allem bei mit Heimatmitteln finanzierten Baumaßnahmen — an einer Wertgrenze von 200 000,— DM festgehalten oder wenigstens die jure völlige Handlungsfreiheit beansprucht. Es wird Sache der Bundesregierung sein, nunmehr alsbald einheitlich Vereinbarungen mit einer Wertgrenze von 5000,— DM zu schließen. Daneben ist einheitlich vorzusehen, daß die Baumaßnahmen, ohne Rücksicht auf ihre Wertgrenze, durch die deutschen Baubehörden durchzuführen sind, wenn besondere Rechts- und Verwaltungsvorschriften, z. B. baurechtliche Vorschriften, zu beachten sind (wie dies ebenfalls mit einer Reihe von Entsendestaaten schon in der Vergangenheit vereinbart worden ist).

Werden Bauarbeiten durch Streitkräfte mit eigenen Kräften durchgeführt oder unmittelbar von ihnen an Unternehmer vergeben, so kann dies nach Artikel 49 Abs. 3 Satz 1 nur im Benehmen mit den deutschen Behörden geschehen; deutsche Behörden sind in diesem Fall die zuständigen deutschen Militär- und Baubehörden (deren Sache es ist, ge-

gebenenfalls andere betroffene Behörden zu beteiligen). Dadurch ist die Wahrung der deutschen Be lange in diesen Fällen ausreichend sichergestellt und vor allem gewährleistet, daß Pioniertruppen oder Regiearbeiter nicht ohne Kenntnis der deutschen Seite an den von den Streitkräften benutzten Liegenschaften bauliche Arbeiten ausführen. Es wird Sache noch zu treffender Vereinbarungen sein, wie das Benehmen zwischen den Streitkräften und den deutschen Behörden hergestellt wird.

Grundsätzlich müssen die Streitkräfte in allen Fällen, in denen sie Bauarbeiten mit eigenen Kräften ausführen oder an Unternehmer unmittelbar vergeben, die deutschen Bauvorschriften beachten. Da die notwendige Kenntnis der deutschen Bauvorschriften bei den Behörden der Streitkräfte nicht vorausgesetzt werden kann, wird über diese Vorschrift des Artikels 49 zusätzlich die Einflußnahme der deutschen Behörden auf die Bautätigkeit der Streitkräfte ermöglicht. Dadurch wird der schon seit langem beklagte Übelstand beseitigt, daß die Streitkräfte bisher keine Rücksicht auf die deutschen bauaufsichtlichen Vorschriften zu nehmen brauchten. Für die zuständigen deutschen Behörden ergibt sich daraus auch ein gewisses Kontroll- und Inspektionsrecht. Vergeben die Streitkräfte in dem vorstehend bezeichneten Rahmen unmittelbar Bauaufträge an Unternehmer, so sind sie nach Artikel 49 Abs. 3 Satz 2 gehalten, hierbei das öffentliche deutsche Baurecht zu beachten und die Grundsätze zu berücksichtigen, die sich aus den deutschen Vorschriften über den Wettbewerb, über die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber sowie über die Preise bei öffentlichen Aufträgen ergeben. Wegen der Erläuterungen hierzu im einzelnen wird auf die Begründung zu Artikel 47 Abs. 4 verwiesen, der die gleichen Bestimmungen enthält. Für den Rechtsschutz der Auftragnehmer wird in diesen Fällen durch besondere bilaterale Vereinbarungen nach Artikel 44 Abs. 6 gesorgt.

Da nach Artikel 40 Abs. 3 des Truppenvertrags Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten nur auf besonderen Antrag der Streitkräfte durch die deutschen Baubehörden ausgeführt werden sollen, diese Arbeiten aber teilweise einen beträchtlichen Umfang haben, war es notwendig, ausdrücklich festzustellen, daß die allgemeinen Regeln von Artikel 49 Abs. 2 und 3 des Zusatzabkommens auch für Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten gelten (Artikel 49 Abs. 4). Dies erwies sich auch deshalb als erforderlich, weil bei Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten die bauaufsichtlichen Vorschriften erfahrungsgemäß leicht verletzt werden.

Wie sich aus den vorstehenden Ausführungen ergibt, wirken die deutschen Behörden, vor allem die Baubehörden, künftig in erheblich erweitertem Umfang auf die gesamte Bautätigkeit an den Streitkräften zur Verfügung gestellten Liegenschaften ein, sei es, daß sie die Arbeiten selbst planen und vergeben, sei es, daß mit ihnen mindestens Benehmen hergestellt werden muß und sie dabei die deutschen Bauvorschriften zur Geltung bringen. Über Form und Umfang dieser bisher fehlenden Einflußnahme müssen noch Vereinbarungen mit den Streitkräften getroffen werden

(Artikel 49 Abs. 5). Bei diesen Vereinbarungen wird es das Ziel der Bundesregierung sein, die Einwirkungsmöglichkeiten der zuständigen deutschen Behörden in concreto so festzulegen, daß eine ausreichende Wahrung der deutschen Belange gewährleistet ist, ohne daß damit eine unnötige bürokratische Belastung für die Streitkräfte eintritt. Entsprechende Verhandlungen mit einzelnen Entsendestaaten sind bereits eingeleitet.

Da die Durchführung der Baumaßnahmen durch die zuständigen deutschen Behörden als Regelfall angesehen wird (Artikel 49 Abs. 2), beschäftigt sich Artikel 49 Abs. 6 besonders ausführlich mit den Einzelheiten des dabei zu beobachtenden Verfahrens und der beiderseitigen Rechte und Pflichten; die Grundlage hierfür lieferten die Erfahrungen, die in der Vergangenheit mit Artikel 40 Abs. 2 des Truppenvertrags gemacht worden sind. Auf die haushaltrechtlichen Belange der Streitkräfte mußte hierbei ebenso wie auf die der deutschen Seite Bedacht genommen werden.

Hieraus ergibt sich — ähnlich wie bei Artikel 47 Abs. 5 Buchstabe c — die Beteiligung der Behörden der Streitkräfte am Verfahren, nämlich an Planung (Absatz 6 Buchstabe a), Ausschreibung und Vergabe (Absatz 6 Buchstaben b und c), an der Bauüberwachung einschließlich Rechnungslegung (Absatz 6 Buchstaben d und h) sowie an der Abnahme (Absatz 6 Buchstabe e). Die verschiedentlich ausgesprochene Anregung, die Streitkräfte sollten den deutschen Behörden lediglich ihre „Bauwünsche“ nach Art und Umfang mitteilen, die Baudurchführung sei einzig den deutschen Baubehörden vorzubehalten, und diese hätten dann nur noch die fertigen Bauten zu übergeben, ist unrealistisch. Abgesehen davon, daß die Behörden der Streitkräfte für die wirtschaftliche Verwaltung der verausgabten Mittel nicht anders verantwortlich sind als deutsche Behörden, würden bei einem derartigen Verfahren unübersehbare Meinungsverschiedenheiten darüber, ob das Bauwerk dem „Bauwunsch“ entspricht oder nicht, auf den Zeitpunkt verlegt, in dem das Bauwerk bereits fertiggestellt ist und jede Änderung mit erheblichen Kosten und Zeitverlusten verknüpft wäre. Demgegenüber erschien es richtiger, unter Auswertung der gesammelten Erfahrungen das Mitwirkungsrecht der Behörden der Streitkräfte so genau wie möglich zu definieren.

Entsprechendes gilt für die finanziellen Verpflichtungen, die die Behörden der Streitkräfte übernehmen (Absatz 6 Buchstabe f) einschließlich des Zeitpunktes, zu dem sie den deutschen Behörden die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen (Absatz 6 Buchstabe g). Den Artikeln 39 und 40 des Truppenvertrags fehlen entsprechende Bestimmungen, ein Nachteil, der in den verschiedenen Übereinkommen zu den Artikeln 39 und 40 über die Baumaßnahmen der Streitkräfte nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Gerade dieser Mangel aber hat sich als schwerer Nachteil für die deutsche Seite erwiesen, da in der Vergangenheit die Bezahlung häufig infolge der langen Bearbeitungsfristen bei den Behörden der Streitkräfte oder durch ungerechtfertigte Beanstandungen verschleppt wurde; in besonderen Härtefällen mußte dann der Bund mit Vorschüssen

helfen. Insbesondere ist jetzt die rechtzeitige Bereitstellung der notwendigen Mittel sichergestellt, d. h. zu einem Zeitpunkt, der die Zahlung an die Auftragnehmer bei Fälligkeit ihrer Ansprüche ermöglicht; die Fälligkeit bestimmt sich nach VOB/B § 16 und VOL/B § 17.

Abweichend von Artikel 63 Abs. 3 wird in Artikel 49 Abs. 6 Buchstabe i für die Leistungen, die die deutschen Behörden bei der Durchführung von Baumaßnahmen für Planung, Oberleitung und Bauführung erbringen, eine Entschädigung gewährt. Diese Entschädigungen werden nach dem Grundsatz der Aufwandsdeckung in angemessener Höhe vereinbart. Wie bereits erwähnt, wurden schon auf Grund der Artikel 39 und 40 des Truppenvertrags mit den verschiedenen Entsendestaaten Übereinkommen über die Durchführung der Baumaßnahmen getroffen. Es ist vorgesehen, daß diese Übereinkommen als Verwaltungsabkommen im Sinne von Artikel 49 Abs. 2, 3 und 6 zunächst weitergelten; ihre Anpassung an Artikel 49 ist eingeleitet; dies gilt insbesondere für die Berücksichtigung von Absatz 6 Buchstabe g.

Zu Artikel 50

Nach dem Truppenvertrag nehmen die Streitkräfte das Recht für sich in Anspruch, Einrichtungsgegenstände und sonstige bewegliche Sachen, die dem Bund oder den Ländern gehören (einschließlich der aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln beschafften), aus von ihnen benutzten Liegenschaften ohne Rücksicht auf berechtigte deutsche Interessen auf andere von ihnen benutzte Grundstücke innerhalb der Bundesrepublik zu verbringen. Der Truppenvertrag gibt der Bundesrepublik keine ausreichende Handhabe, dieser unerwünschten Übung entgegenzutreten, denn es gibt zur Zeit keine Bestimmung, die sich ausdrücklich mit der Frage der Verbringung von Einrichtungsgegenständen usw. innerhalb des Bundesgebiets befaßt.

Im NATO-Truppenstatut ist die Frage der Verbringung nicht berührt.

Die Bundesregierung hat gegenüber der gegenwärtigen Situation nunmehr in Artikel 50 des Zusatzabkommens eine Verbesserung der Rechtslage für die deutsche Seite erreicht (wenngleich den Entsendestaaten das Recht zur Verbringung bundeseigener Einrichtungs- und dgl. Gegenstände innerhalb des Bundesgebiets angesichts der Verteidigungsaufgabe ihrer hier stationierten Streitkräfte nicht schlechthin versagt werden konnte).

Einmal ist jetzt durch den klarstellenden Zusatz in Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 50 zum Ausdruck gebracht, daß eine Verbringung von nicht bundeseigenen Gegenständen, also jetzt auch von Gegenständen der Länder, ohne jede Einschränkung nur mit Zustimmung des Eigentümers zulässig ist. Zum anderen bedeuten die Vorschriften des Artikels 50 eine Beschränkung der bisherigen Verbringungsmöglichkeiten der Streitkräfte insofern, als in den unter Buchstabe a und grundsätzlich auch in den unter Buchstabe b des Artikels 50 genannten Fällen die Gegenstände aus der Liegenschaft, auf der sie sich befinden, nur mit Zustimmung der deut-

schen Behörden entfernt werden dürfen. Im einzelnen handelt es sich dabei um folgende Gruppen von Gegenständen:

- a) Gegenstände, deren Kosten in den Baukosten der von den Streitkräften benutzten Liegenschaften inbegriffen waren.

Bei welchen Einrichtungsgegenständen und dgl. die Kosten in den Baukosten eines Grundstücks enthalten zu sein pflegen, ergibt sich aus der DIN (Deutsche Industrienorm) 276, abgedruckt im Gemeinsamen Ministerialblatt 1954, Seite 104.

Sind im Einzelfall Unterlagen über die Baukosten nicht mehr vorhanden, so gilt Absatz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 50. Die dort erwähnten Maßstäbe gibt in erster Linie wiederum die DIN 276.

- b) Gegenstände, die mit einer bestimmten Liegenschaft verbunden oder eigens für sie angefertigt sind.

Bei solchen Gegenständen ist die Zustimmung der deutschen Behörden zur Verbringung auf ein anderes Grundstück auch dann erforderlich, wenn die Kosten der Gegenstände nicht in den Baukosten enthalten waren, z. B. bei nach Maß gebauten Möbeln.

Von diesem Grundsatz gilt zugunsten der Streitkräfte jedoch eine Ausnahme bei denjenigen Gegenständen, die aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln, also eigens für die Streitkräfte beschafft worden sind.

Auch da aber, wo eine deutsche Zustimmung zur Verbringung von Gegenständen in eine andere Liegenschaft nicht notwendig ist, sind die Behörden der Streitkräfte verpflichtet, von einer beabsichtigten Verbringung die deutschen Behörden rechtzeitig wenigstens zu unterrichten, um ihnen Gelegenheit zu verschaffen, mit den Streitkräften über die Zurücklassung von Gegenständen zu verhandeln, die man deutscherseits unter allen Umständen auf dem bisherigen Grundstück belassen sehen will, notfalls gegen eine Ersatzgestellung.

Zu Artikel 51

Artikel 51 des Zusatzabkommens befaßt sich im Gegensatz zu Artikel 50 nur mit den aus Besatzungskosten-, Auftragsausgaben- oder Stationierungskostenmitteln (im folgenden kurz „deutsche Mittel“ genannt) beschafften Gütern. Er geht von dem Grundgedanken aus, daß Güter dieser Art den Entsendestaaten — gegebenenfalls auch im Ausland — nur so lange und so weit zur Verfügung stehen, als dies zur Erfüllung von Aufgaben der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der NATO erforderlich ist. Für Verteidigungszwecke außerhalb der NATO oder für sonstige Zwecke dürfen die Entsendestaaten solche Güter nicht verwenden. Im einzelnen werden in Artikel 51 geregelt:

I. die Übergabe solcher Gegenstände an die Bundesrepublik, wenn sie von den Streitkräften nicht mehr benötigt werden, und gegebenenfalls ihre Verwertung;

II. die Verbringung solcher Gegenstände durch die Streitkräfte ins Ausland.

I.

(1) a) Nach Artikel 39 Abs. 11 Satz 2 des Truppenvertrags haben die Behörden der Streitkräfte, wenn sie „feststellen“, daß sie bestimmte aus deutschen Mitteln stammende Güter „nicht mehr benötigen“, diese den deutschen Behörden zu „übergeben“ (soweit „nichts anderes vereinbart“ wird).

b) Werden die Güter den deutschen Behörden nicht als solche übergeben, sondern durch Veräußerung verwertet, so liegt ihr Erlös nach Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe a und Abs. 2 Buchstabe a des Finanzvertrags teils der Bundesrepublik (soweit die Güter aus Besatzungskosten- oder Auftragsausgabenmitteln beschafft waren), teils den Entsendestaaten zu (soweit die Gegenstände aus Stationierungskostenmitteln stammen).

(2) Das NATO-Truppenstatut enthält zu dieser Frage naturgemäß keine Bestimmungen.

(3) Gegenüber dem derzeitigen Rechtszustande konnten in den Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut folgende Verbesserungen erreicht werden.

a) Es ist jetzt klargestellt, daß es für die Beurteilung der Frage, ob ein Entsendestaat einen Gegenstand der genannten Art noch benötigt, nicht mehr — wie es aus Artikel 39 Abs. 11 Satz 2 des Truppenvertrags zum mindesten entnommen werden kann — nur darauf ankommt, ob der Entsendestaat den Gegenstand noch für seine besonderen Zwecke benötigt, sondern auch darauf, ob er seiner noch für den gemeinsamen NATO-Zweck bedarf. Trifft nicht auch das letztere zu, so muß der Entsendestaat den Gegenstand den deutschen Behörden zur Verfügung übergeben, sofern er nicht auf Grund einer Vereinbarung zugunsten der Bundesrepublik verkauft oder sonstwie verwertet wird (Artikel 51 Abs. 5 Halbsatz 2 in Verbindung mit Abs. 1 und 2).

b) Werden auf Grund von Vereinbarungen Gegenstände verkauft oder sonstwie verwertet, so fließen die dadurch erzielten Einnahmen in Zukunft in jedem Falle — also auch bei Stationierungskostengütern — der Bundesrepublik zu (Artikel 51 Abs. 2). Dies gilt auch dann, wenn die Gegenstände aus der Bundesrepublik verbracht worden sind und im Ausland verwertet werden (Artikel 51 Abs. 5 Halbsatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 und mit Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 51).

II.

(1) Artikel 39 Abs. 11 Satz 1 des Truppenvertrags gestattet den Entsendestaaten, aus deutschen Mitteln beschaffte Güter aus dem Bundesgebiet zu entfernen, wenn dies zur Versorgung der Streitkräfte

aus militärischen Gründen erforderlich ist oder wenn es sich um militärische Ausrüstungen handelt, deren Mitnahme bei Verlegung militärischer Einheiten „üblich“ ist. Von den in dieser sehr allgemein gehaltenen Bestimmung liegenden Möglichkeiten einer Verbringung der genannten Güter aus der Bundesrepublik hat ein Teil der Streitkräfte weitgehend Gebrauch gemacht.

(2) Das NATO-Truppenstatut enthält auch zu dieser Frage zwangsläufig keine Bestimmungen.

(3) a) In Zukunft dürfen die Streitkräfte aus deutschen Mitteln beschaffte Güter insoweit überhaupt nicht mehr aus der Bundesrepublik verbringen, als es sich um Zubehörstücke und Einrichtungsgegenstände von Liegenschaften handelt (Artikel 51 Abs. 6). Dabei ist es — anders als in Artikel 50, der die Verbringung innerhalb des Bundesgebiets regelt — ohne rechtliche Bedeutung, ob die Kosten dieser Gegenstände in den Baukosten der Liegenschaften enthalten waren und ob die Gegenstände mit der Liegenschaft verbunden oder eigens für sie angefertigt sind.

b) Sonstige aus deutschen Mitteln stammende Güter (z. B. Bekleidung, Fahrzeuge, Sanitätsmaterial) dürfen, wenn Einheiten der Streitkräfte ersatzlos abgezogen oder verringert werden, aus dem Bundesgebiet nur noch auf Grund besonderer Vereinbarungen mitgenommen werden (Artikel 51 Abs. 4). Die Verhandlungen über solche Vereinbarungen sind in Übereinstimmung mit dem in Artikel 3 des Nordatlantikvertrags niedergelegten Grundsatz der gegenseitigen Unterstützung zu führen, wie in Absatz 6 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 51 noch einmal ausdrücklich festgehalten worden ist.

Soweit nicht der Fall der Verringerung oder des vollständigen Abzugs des Truppenkontingents eines Entsendestaates vorliegt, gilt Artikel 51 Abs. 3. Danach dürfen solche Güter aus dem Bundesgebiet zwar entfernt werden, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß dies für NATO-Zwecke erforderlich ist. Eine Mitnahme bei militärischen Einsätzen, die mit der Erfüllung von Verteidigungsaufgaben im Rahmen der NATO nichts zu tun haben, ist in Zukunft unzulässig (Artikel 51 Abs. 3 Satz 1).

Aber auch soweit im Rahmen von NATO-Aufgaben Gegenstände aus der Bundesrepublik mitgenommen werden dürfen, gilt in Zukunft die Einschränkung, daß die deutschen Behörden zuvor — in Eifällen nachträglich — zu unterrichten sind, so daß die Bundesrepublik künftig eine bessere Kontrolle über den Verbleib der Gegenstände erhält. Eine Ausnahme von diesem Erfordernis ist — zur Vermeidung unwirtschaftlicher Verwaltungsarbeit auf beiden Seiten — nur bei Bagatellgegenständen und bei lediglich vorübergehender Mitnahme im Rahmen von Manövern und von Truppentätigkeiten, die eine häufige Hin- und Herbewegung über die Grenze hinweg zur Folge haben, vereinbart worden (Artikel 51 Abs. 3 Satz 2, Buchstaben a und b). Besonderheiten gelten aus der Natur der Sache her-

aus für rollendes Eisenbahnmaterial (Absatz 5 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 51).

- c) Artikel 51 Abs. 5 Halbsatz 1 gilt für alle Fälle, in denen ein Entsendestaat aus deutschen Mitteln beschaffte Güter aus irgendeinem Grunde bereits aus dem Bundesgebiet entfernt hat und sie dann nicht mehr benötigt. Auch in diesen Fällen greifen die Übergabe- und Verwertungsvorschriften der Absätze 1 und 2 ein, ohne Rücksicht darauf, ob die Güter vor oder nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut ins Ausland verbracht worden sind. Wäre in solchen Fällen der Rücktransport einer Sache in das Bundesgebiet unwirtschaftlich, so wird sie im Ausland veräußert (Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 51).
- d) Die in den Absätzen 2, 3 und 4 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 51 enthaltenen Interpretationen dürften aus sich selbst verständlich sein. Absatz 3 ist inzwischen gegenstandslos geworden.

III.

Da bei den Verhandlungen vorauszusehen war, daß noch Einzelfragen zu regeln sein werden, die das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut überlasten würde, sieht Artikel 51 in Absatz 7 vor, daß Einzelheiten durch Verwaltungsabkommen geregelt werden. Dabei werden in erster Linie Verfahrens-, aber auch einzelne materielle Fragen zu klären sein (z. B. die Begriffe des „geringen Anschaffungswerts“ und des „häufigen Überschreitens der Grenze“ sowie die Wertermittlung bei Sachgesamtheiten).

Zu Artikel 52

Artikel 52, zu dem sich in den gegenwärtig gelgenden Verträgen und im NATO-Truppenstatut keine Parallelen finden, regelt die Frage, ob und inwieweit Investitionen, die die Entsendestaaten an von ihnen benutzten Vermögenswerten (insbesondere Liegenschaften) des Bundes oder eines Landes aus ihren eigenen Mitteln (Heimatmitteln) vorgenommen haben, von der Bundesrepublik abzugelten sind, wenn die Benutzung endet. Artikel 52 regelt ferner die entsprechende Frage für Ausrüstungsgegenstände und Vorräte, die aus eigenen Mitteln eines Entsendestaates beschafft worden sind und sich auf einer Bundes- oder Landesliegenschaft befinden, in Fällen, in denen der Entsendestaat seine Gegenstände nach Freigabe der Liegenschaft nicht mitnehmen will. Artikel 52 geht in beiden Fällen von dem Grundsatz aus, daß einerseits die Bundesrepublik nur dann zur Abgeltung von Investitionen usw. verpflichtet werden kann, wenn diese auch nach ihrer Auffassung einen ihr oder einem Land zufließenden Vermögensvorteil darstellen, daß aber andererseits die Entsendestaaten nicht verpflichtet sein sollen, noch Aufwendungen für die Entfernung der aus ihren Heimatmitteln finanzierten Investitionen usw. zu machen.

Die den Entsendestaaten aus der Zahlung von Besatzungskosten und Auftragsausgaben sowie von Stationierungskosten noch zur Verfügung stehenden

Mittel sind nur noch gering. Eine weitere Zahlung sogenannter Verteidigungshilfen an Stationierungs mächte auf Grund des Artikels III des Nordatlantik vertrags ist nicht in Aussicht genommen. Die Ent sendestaaten werden daher in Zukunft bei Investi tionen und Beschaffungen für ihre in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte in zunehmendem Maße auf Heimatmittel zurückgreifen. Damit gewinnen die obengenannten Fragen an Bedeutung. Es bestand daher Anlaß, auf ihre von den Ent sendestaaten gewünschte Regelung einzugehen.

Auch ohne ausdrückliche Bestimmung gelten nicht als mit eigenen Mitteln eines Ent sendestaates ge schaffen diejenigen Vermögenswerte, die ein Ent sendstaat aus Besatzungskosten-, Auftragsaus gaben- oder Stationierungskostenmitteln oder aus den ihm als sogenannte Verteidigungshilfe zur Ver fügung gestellten Geldern finanziert hat. Mittelbar ergibt sich dies aus Artikel 52 Abs. 4 Satz 1.

Eine Abgeltung nach Artikel 52 kommt nur bei sol chen Investitionen, Ausrüstungsgegenständen und Vorräten der Ent sendestaaten in Betracht, die sich auf Liegenschaften des Bundes oder eines Lan des befinden oder mit sonstigen Vermögensstücken des Bundes oder eines Landes in Verbindung stehen. Hingegen kommt für Investitionen usw. auf oder an Vermögensobjekten von Selbstverwaltungskörper schaften usw. sowie von natürlichen oder juristi schen Personen des privaten Rechts (einschließlich der sogenannten Bundes- und Landesgesellschaften) die allgemein geltenden Wertausgleichs- und Ent schädigungsgrundsätze zur Anwendung.

Will ein Ent sendstaat von ihm selbst finanzierte Vermögenswerte auf einer Bundes- oder Landesliegenschaft zurücklassen oder ihre Verbindung zu sonstigen Vermögensstücken des Bundes oder eines Landes nicht trennen, so finden wegen der Feststel lung des etwaigen Restwerts solcher Investitionen oder Sachen des Ent sendestaates Verhandlungen zwischen seinen Truppenbehörden und den zuständigen deutschen Behörden statt (Artikel 52 Abs. 1 Satz 1). Bei der Feststellung des Restwerts ist der militärische oder wirtschaftliche Nutzen zugrunde zu legen, den die Sache für den Bund oder das Land noch hat, abzüglich der Unkosten, die mit der Über nahme der Sache durch den Bund oder das Land etwa entstehen, wie z. B. der Kosten einer erforderlichen Abtrennung von Sachen, ihres Abtransports und dergleichen (Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 52). In gewissem Umfange, auf den weiter unten noch einzugehen sein wird, können auch die Kosten der Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands der betroffenen Bundes- oder Landesver mögenswerte bei der Ermittlung des Restwerts ab gesetzt werden (Artikel 52 Abs. 2). Gegebenenfalls ist für die Höhe des Restwerts der Netto-Verkaufserlös für den zurückgelassenen Gegenstand maß gebend (Unterzeichnungsprotokoll zu Artikel 52). Die Vereinbarung über die Feststellung des Rest werts kann auch zu dem Ergebnis führen, daß ein zurückgelassener Vermögenswert eines Ent sendestaates für die deutsche Seite überhaupt keinen Wert mehr hat. Es ist der Bundesregierung gelungen, in Artikel 52 Abs. 1 eine Bestimmung aus zu handeln, wonach keine Verpflichtung besteht, einem

Ent sendestaat eine Investition oder eine zurück gelassene Sache, für die Bund oder Länder keine un mittelbare Verwendung haben und die sie auch nicht anderweitig verwerten können, „abzukaufen“. Kommt eine Vereinbarung über das Vorhandensein eines Restwerts und über seine Höhe zustande, so erstattet die Bundesrepublik dem Ent sendestaat diesen Restwert (Artikel 52 Abs. 1 Satz 2). Dies gilt — unbeschadet der internen finanziellen Auseinander setzung zwischen Bund und Land — auch dann, wenn der Restwert dem Lande zugute kommt.

Artikel 52 Abs. 3 hat praktische Bedeutung für die Fälle, in denen eine Investition oder die Zurücklas sung von Ausrüstungsgegenständen oder Vorräten für den Bund oder ein Land ganz oder überwiegend einen Schaden darstellt und daher eine Vereinbarung getroffen wird, in der festgestellt wird, daß ein Restwert nicht vorhanden ist. Es ist vorgesehen, daß die Ent sendestaaten weder physisch noch finanziell verpflichtet sind, die Investitionen usw. selbst zu entfernen. Auch können sie nicht zur Kosten tragung herangezogen werden, falls der Bund oder das Land die Entfernung veranlaßt. Die Bundesrepublik übernimmt es, die Ent sendestaaten von etwaigen Ansprüchen der Länder freizustellen, die diesen, wenn die betroffenen Vermögensgegen stände in ihrem Eigentum stehen, etwa nach deut schem Recht aus der Unterlassung der Entfernung zustehen. Die Bestimmung fügt sich in die oben in Absatz 1 dargestellte Gesamtkonzeption des Artikels 52 ein.

Das Fehlen einer Beseitigungspflicht der Ent sendestaaten wird für gewisse Fälle mittelbar ab gemildert durch Artikel 52 Abs. 1 Satz 3. Befinden sich nämlich auf einer Bundes- oder Landesliegenschaft Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte eines Ent sendestaates, so hat dieser nach Freigabe der Liegenschaft schon dem Grunde nach keinen Anspruch auf Erstattung des Restwerts dieser Sachen, wenn er sie gegen den Willen des Bundes oder des Lan des auf der Liegenschaft zurückläßt; vielmehr ent steht ein solcher Anspruch (über dessen Höhe dann noch gemäß Artikel 52 Abs. 1 Satz 1 zu verhandeln ist) nur dann, wenn die Sachen „vereinbarungs gemäß“ auf der Liegenschaft zurückgeblieben sind. Der Ent sendestaat ist also mittelbar genötigt, für die Entfernung der Ausrüstungsgegenstände oder Vor räte zu sorgen, wenn er nicht Gefahr laufen will, der Vergütung des Restwerts der Sachen verlustig zu gehen.

An Vermögenswerten, insbesondere Liegenschaften, an denen ein Ent sendestaat Investitionen vorgenommen hat oder auf denen er Ausrüstungsgegenstände oder Vorräte zurückläßt, kann der Ent sendestaat Schäden verursacht haben. Auf den Ersatz solcher Schäden hat die Bundesrepublik teilweise verzichtet bzw. die Ent sendestaaten von der Haftung für Ent schädigungsansprüche der Länder in gewissem Umfang freigestellt (Artikel 41 Abs. 3 und 4). Gleichwohl kann die Bundesrepublik, wenn ihren von dem Verzicht erfaßten Ent schädigungsansprüchen oder entsprechenden Ansprüchen eines Landes Forderungen eines der Ent sendestaaten auf Erstat tung des Restwerts von Investitionen usw. gegen überstehen, nach Artikel 52 Abs. 2 auch insoweit

— bis zur Höhe des Restwerts — aufrechnen, als sie verzichtet oder die Entsendestaaten von der Haftung befreit hat.

In Artikel 52 Abs. 4 Satz 1 wird klargestellt, daß die Entsendestaaten wegen Investitionen, die aus den oben in Absatz 2 genannten deutschen Geldquellen stammen, keine Restwertansprüche gegen den Bund oder ein Land haben. Andernfalls entstünde die Situation, daß Bund und Länder die aus ihren Mitteln finanzierten Vermögenswerte den Entsendestaaten gleichsam abkaufen müßten. Eine ähnliche unerwünschte Konsequenz ist in Artikel 52 Abs. 4 Satz 1 auch hinsichtlich der juristischen Personen, an denen der Bund oder ein Land wirtschaftlich beteiligt ist, vermieden worden.

Artikel 52 Abs. 4 Satz 2 ist in gewisser Weise ein Spiegelbild eines Teils von Artikel 52 Abs. 2. Ist nämlich in Absatz 2 der Bundesrepublik die Möglichkeit eröffnet worden, gegen Restwertforderungen der Entsendestaaten mit Schadensersatzansprüchen aufzurechnen, die sie nicht mehr hat, weil sie darauf verzichtet hat, so mußte in Absatz 4 Satz 2 andererseits den Entsendestaaten die Möglichkeit zugestanden werden, mit Entschädigungen für Schäden, die der Bundesrepublik oder einem Land zu stehen, den Restwert von Investitionen zu verrechnen, auf dessen Vergütung die Entsendestaaten auf Grund der in Artikel 52 Abs. 4 Satz 1 getroffenen Regelung keinen Anspruch haben.

Zu Artikel 60

Artikel 60 Abs. 1 Satz 1 bestimmt — wie Artikel 18 Abs. 3 des Truppenvertrags — daß die Streitkräfte, ihre Mitglieder und die Familienangehörigen grundsätzlich die öffentlichen Fernmeldedienste der Bundesrepublik (Deutsche Bundespost) benutzen.

Für diese Benutzung ließ Artikel 42 Abs. 1 des Truppenvertrags die bei seinem Inkrafttreten geltenden „Leistungsbedingungen“ in Kraft. Artikel 60 Abs. 1 Satz 2 des vorliegenden Abkommens bestimmt nunmehr, daß für die Benutzung der deutschen Fernmeldedienste durch die Streitkräfte die jeweiligen deutschen Vorschriften gelten. Damit werden die bisherigen, im wesentlichen in der Besatzungszeit erlassenen besonderen Gebühren- und Benutzungsbedingungen für die Streitkräfte aufgehoben, und es wird festgelegt, daß künftige deutsche Benutzungsvorschriften auch für die Streitkräfte gelten. Nach dem Unterzeichnungsprotokoll wird eine Truppe möglichst frühzeitig, spätestens einen Monat vor Inkrafttreten einer sie berührenden Neuregelung über diese unterrichtet. Für etwa notwendige Änderungsmaßnahmen wird der Truppe eine ausreichende Frist gewährt.

Gewisse militärische Bedürfnisse und die Verwendung vorhandener nachrichtentechnischer Einrichtungen der Streitkräfte, die mit den im Bundesgebiet allgemein verwendeten nicht übereinstimmen, erfordern einige Ausnahmen von den deutschen Benutzungsvorschriften. Deshalb ist vorgesehen, daß (anlässlich des Inkrafttretens des Zusatzabkommens oder auch später) von den deutschen Benutzungsvorschriften Abweichendes vereinbart werden kann, und zwar durch Verwaltungsabkommen. Es handelt

sich hier nicht um Normen, durch die die Rechtsstellung der Allgemeinheit beim Benutzen der Fernmeldedienste geregelt wird. Vielmehr müssen vorwiegend technische und verwaltungsmäßige Einzelheiten zur Durchführung eines völkerrechtlichen Vertrags mit bestimmten Vertragspartnern der Bundesrepublik festgelegt werden. Deshalb soll die Postverwaltung in diesem Falle von dem sonst für die Festsetzung von Benutzungsbedingungen und Gebühren nach dem Postverwaltungsgesetz vorgesehenen Verfahren freigestellt werden.

Bei der Anwendung der deutschen Vorschriften (soweit diese Ermessensspielraum lassen) wird nach Satz 3 eine Truppe nicht ungünstiger als die Bundeswehr behandelt.

Die Absätze 2, 3 und 5 regeln nunmehr erschöpfend und im einzelnen, unter welchen Voraussetzungen die Truppen eigens Fernmeldeanlagen errichten und betreiben dürfen. Nach Absatz 2 Buchstabe b darf eine Truppe — entgegen der bisherigen Auffassung der Streitkräfte — Funkstellen für feste Funkdienste nur nach Konsultation und nach Absatz 3 Buchstabe a Drahtfernmeldeanlagen außerhalb der von ihr benutzten Liegenschaften nur mit Zustimmung der deutschen Behörden (Bundespost) errichten und betreiben. Für die übrigen einzeln aufgeführten Arten von Fernmeldeanlagen wird den Truppen eine generelle Genehmigung erteilt.

Durch diese Regelung wird die Fernmeldehoheit der Bundesrepublik den Streitkräften gegenüber bestätigt, wenn ihnen auch mit Rücksicht auf ihren Status und die von ihnen zu erfüllenden Aufgaben eine Stellung eingeräumt wird, die nach deutschem Recht im öffentlichen Interesse nur bestimmten deutschen Stellen zukommt.

Absatz 4 gibt Übergangsbestimmungen für Fernmeldeanlagen, die beim Inkrafttreten des Zusatzabkommens bereits in Betrieb sind oder deren Errichtung (auf Grund der bisher weiteren Befugnisse der Streitkräfte) bereits begonnen, aber noch nicht beendet worden ist. Die in Absatz 4 Buchstabe b genannte Frist von sechs Monaten gilt nach dem Unterzeichnungsprotokoll nicht für gewisse Fälle; unter bestimmten Voraussetzungen kann sie auch verlängert werden.

Durch Absatz 5 Buchstabe a wird das bisher unbeschränkte Recht der Streitkräfte, Ton- und Fernsehrundfunksender zu betreiben, dahin eingeschränkt, daß zwar die bestehenden Funkstellen weiterbetrieben werden dürfen, soweit sie die deutschen Rundfunkdienste nicht in unbilliger Weise beeinträchtigen; zusätzliche Sendeanlagen dürfen aber nur im Einvernehmen mit den deutschen Behörden errichtet und betrieben werden. Das Unterzeichnungsprotokoll stellt klar, daß die Berechtigung zum Betrieb von Rundfunksendern durch die Streitkräfte die Frage der urheberrechtlichen Schutzrechte nicht berührt.

Nach Absatz 5 Buchstabe b können die Streitkräfte, ihre Mitglieder und die Familienangehörigen — wie schon bisher — Ton- und Fernsehrundfunkempfangsanlagen gebührenfrei und ohne Einzelgenehmigung errichten und betreiben. Diese Regelung ist nach

wie vor gerechtfertigt und geboten, zumal die Gebühreneinziehung mit ganz erheblichen Schwierigkeiten und Aufwendungen verbunden wäre.

Absatz 6 verweist hinsichtlich der Bestimmungen über Funkfrequenzen auf das Unterzeichnungsprotokoll. Dort ist festgelegt, daß eine Truppe in der Bundesrepublik nur solche Funkfrequenzen benutzt, die ihr von den deutschen Behörden zugeteilt sind. Die Berechtigung der deutschen Behörden, Frequenzuteilungen erforderlichenfalls zu ändern oder zurückzuziehen, wird ausdrücklich erwähnt. Der nach Anhang B zum Truppenvertrag gebildete Funkfrequenzausschuß, der aus Vertretern der Drei Mächte und der Bundesrepublik besteht und die Frequenzen „festlegt“, wird aufgelöst. Damit ist klargestellt, daß die hoheitlichen Aufgaben auf dem Funkgebiet ausschließlich von deutschen Behörden wahrgenommen werden.

Das Unterzeichnungsprotokoll sieht eine besondere Vereinbarung über das Verfahren der Frequenzuteilung (einschließlich der -änderung und -zurückziehung) vor, die mit den einschlägigen NATO-Bestimmungen im Einklang stehen muß. Weiter werden die Zuständigkeit für Maßnahmen zum Schutz der Frequenzen durch die NATO bzw. zivile internationale Organisationen sowie die im Falle von Störungen anzuwendenden Verfahrensvorschriften festgelegt.

Im Hinblick auf die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Bundesrepublik werden durch Absatz 8 Buchstabe a die Streitkräfte erstmalig verpflichtet, alle die Bundesrepublik auf dem Gebiet des Fernmeldebewesens bindenden internationalen Abmachungen zu berücksichtigen, jedoch insoweit nicht (Buchstabe b), als auch die Bundeswehr befreit ist. Die Bestimmungen des Internationalen Fernmeldevertrags gestalten der Bundesrepublik, den Streitkräften solche Befreiungen einzuräumen. Die sonstigen einschlägigen Übereinkünfte sehen jedoch keine Befreiungsmöglichkeiten für die Bundeswehr vor, so daß z. Z. insoweit auch für die Streitkräfte keine Befreiungen in Betracht kommen können.

Das Unterzeichnungsprotokoll verpflichtet die Streitkräfte weiter, in bestimmten Umfangen auch solche internationalen Übereinkünfte zu berücksichtigen, denen die Bundesrepublik zwar nicht angehört, deren Bestimmungen sie jedoch (aus Gründen der Zweckmäßigkeit) innerstaatlich anwendet.

Absatz 9 enthält die wechselseitige Verpflichtung, Störungen des Fernmeldebetriebes im Rahmen des Zumutbaren bzw. der deutschen Vorschriften zu vermeiden oder zu beseitigen.

Nach Absatz 10 behalten die Entsendestaaten wie bisher nach Artikel 18 Abs. 7 des Truppenvertrags die „vollständige Kontrolle“ über die beiden nach Berlin führenden Fernmeldekabel der Deutschen Bundespost, soweit sie im Bundesgebiet liegen. Die Regelung entspricht sowohl den Interessen der Streitkräfte als auch denen der Bundesrepublik.

Zu Artikel 61

Die Bestimmung des Artikels 61 lehnt sich an Artikel 12 Abs. 2 des Finanzvertrags an, der durch das Zusatzabkommen abgelöst wird. Sie hat das Ziel,

1. zur Erhaltung des deutschen Preisgefüges sicherzustellen, daß bei den immer noch ansehnlichen Beschaffungen der Streitkräfte keine anderen als die im Bundesgebiet üblichen Preise gefordert und gewährt werden,
2. den Streitkräften Schutz vor etwaigen Überforderungen deutscher Auftragnehmer zu gewähren,
3. dem auch in anderen Bestimmungen des Zusatzabkommens anerkannten Grundsatz der Nichtdiskriminierung (vgl. Artikel 47 Abs. 1, Artikel 58 Abs. 2 Buchstabe a, Artikel 60 Abs. 1) dadurch Geltung zu verschaffen, daß die Streitkräfte bei der Deckung ihres Bedarfs im Bundesgebiet nicht schlechter als die vergleichbaren deutschen Käufer gestellt werden.

Bei den Streitkräften vergleichbaren deutschen Käufer sind die öffentlichen Auftraggeber im Sinne der VO PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen vom 21. November 1953 (BAnz. Nr. 241 vom 18. Dezember 1953) in der Fassung der VO PR Nr. 14/54 vom 23. Dezember 1954 (BAnz. Nr. 250 vom 29. Dezember 1954) und im Sinne der VO PR Nr. 8/55 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen für Bauleistungen vom 10. Dezember 1955 (BAnz. Nr. 249 vom 24. Dezember 1955). Zur Prüfung, ob die von den Auftraggebern geforderten Entgelte den Preisvorschriften entsprechen, stehen die deutschen Preisbehörden zur Verfügung.

Durch Artikel 47 Abs. 4 Buchstabe a des Zusatzabkommens werden die Streitkräfte ihrerseits auf die Einhaltung der Grundsätze des deutschen Preisrechts für öffentliche Aufträge verpflichtet (vgl. Begründung zu Artikel 47 Abs. 4 Buchstabe a).

Die in Artikel 61 Abs. 1 erwähnte Steuer- und Zollbefreiung (siehe Artikel 65 bis 68) müssen dazu führen, daß in den betreffenden Fällen die Entgelte entsprechend niedriger sind als die Entgelte, die deutsche öffentliche Auftraggeber zu zahlen haben; den Auftragnehmern verbleiben jedoch die gleichen Nettoerlöse wie bei deutschen öffentlichen Aufträgen.

In Absatz 1 ist weiterhin eine Sonderregelung für Waren getroffen worden, die im Interesse des deutschen Verbrauchers subventioniert sind; solche Subventionen können von den Streitkräften nur beansprucht werden, wenn die Waren zum Gebrauch oder Verbrauch durch Arbeitskräfte im Sinne des Artikels 56 bestimmt sind.

Artikel 61 Abatz 2 bezieht sich auf die bisher in den Absätzen 4 bis 6 des Artikels 12 des Finanzvertrags behandelten Entgelte für Arbeitskräfte, Verkehrsleistungen sowie Fernmeldeleistungen, die in den Zusatzvereinbarungen in besonderen Bestimmungen (siehe Artikel 56, 58, 60) geregelt werden.

Zu Artikel 62

Die Vorschrift gewährleistet ein Zusammenwirken der deutschen Behörden und der Behörden der Streitkräfte bei Anforderungsverfahren zugunsten der Streitkräfte. Es handelt sich hierbei um Anforderungsverfahren nach dem Bundesleistungsgesetz, da die Vorschrift nicht für Verfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz und dem Schutzbereichsgesetz gilt (Absatz 2). Artikel 62 regelt lediglich Art und Weise

von Anforderungsverfahren zugunsten der Streitkräfte, begründet aber keine materielle Verpflichtung der Bundesrepublik, solche Anforderungen durchzuführen.

Im einzelnen ist vorgesehen, daß die deutschen Behörden, die als Bedarfsträger für die Streitkräfte den Antrag bei der zuständigen Anforderungsbehörde stellen, im Benehmen mit den Behörden der Streitkräfte bestimmt werden. Die deutschen Behörden nehmen auch die Ausübung der Rechte und — soweit dies der Natur der Sache nach möglich ist — die Erfüllung der Pflichten wahr, die sich aus der Stellung der Streitkräfte als Leistungsempfänger ergeben. Näheres hierüber wird in Verwaltungsabkommen geregelt werden. Insbesondere werden die deutschen Behörden bei Verhandlungen zur Abgeltung von Leistungen Erklärungen nur im Benehmen mit den Behörden der Streitkräfte abgeben. Wie bisher wird die Bundesrepublik Rechtsstreitigkeiten, die sich für oder gegen die Streitkräfte als Leistungsempfänger ergeben, im eigenen Namen führen; näheres hierüber ist in Artikel 44 des Zusatzabkommens und in der Ausführungsvorschrift des Artikels 26 des Zustimmungsgesetzes bestimmt.

Zu Artikel 63 und 64

Artikel 63 regelt finanzielle Fragen; er legt insbesondere fest, welche Vermögenswerte und Leistungen den Entsendestaaten unentgeltlich zur Verfügung zu stellen bzw. unentgeltlich zu erbringen sind. Artikel 63 tritt insoweit an die Stelle des Artikels 7 des Finanzvertrags.

Das NATO-Truppenstatut enthält über diese Fragen keine Bestimmungen.

In Artikel 63 Abs. 1 ist bestimmt, daß die Streitkräfte Vermögenswerte und Leistungen unentgeltlich nur erhalten, wenn und soweit es in diesem Artikel vorgesehen ist (vgl. hierzu auch Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 63, der auf den Wunsch der Entsendestaaten zurückgeht). Durch diese Bestimmung werden Unklarheiten beseitigt, die sich daraus ergeben haben, daß der Finanzvertrag keine entsprechende Regelung enthält.

Ebenso wie nach dem Finanzvertrag (Artikel 7 Abs. 1 Buchstaben a bis f) können die Streitkräfte die öffentlichen Wege, Straßen und Brücken unentgeltlich benutzen. Ferner erhalten sie Verwaltungsleistungen und Verwaltungshilfen sowie gewisse andere näher bezeichnete Leistungen zumindest in demselben Umfang unentgeltlich wie die Bundeswehr (Artikel 63 Abs. 2 und 3).

Geblieben ist auch die in Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe g und Abs. 2 des Finanzvertrags enthaltene Regelung, wonach die Streitkräfte Bundes- und Landeseigentum sowie Vermögenswerte, die mit Mitteln des Besatzungskosten- und Auftragsausgabenhaushalts und des Stationierungskostenhaushalts beschafft oder erbaut worden sind oder werden, unentgeltlich benutzen können (Artikel 63 Abs. 4 Buchstaben a und b). Ausgenommen von der unentgeltlichen Benutzung waren und sind Vermögenswerte, die im Eigentum oder unter der Verwaltung der Deutschen Bundesbahn oder der Deutschen Bundespost stehen.

Auf Wunsch der deutschen Seite ist klargestellt worden, daß Vermögenswerte im Eigentum juristischer Personen auch dann nicht als Eigentum des Bundes oder eines Landes angesehen werden können, wenn die Anteile der juristischen Personen sich ganz oder teilweise in der Hand des Bundes bzw. eines Landes befinden (Absatz 4 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 63). Diese Vorschrift war erforderlich, weil die Streitkräfte unter der Geltung des Finanzvertrags entgegen dem deutschen Recht die Vermögenswerte solcher juristischer Personen wie Bundes- bzw. Landeseigentum behandelt haben. Die Bundesrepublik hat sich allerdings verpflichtet, gewisse Vermögenswerte im Eigentum solcher juristischen Personen den Streitkräften zu überlassen, ohne daß diese hierfür einen Mietzins oder Pachtzins zu zahlen haben (Absatz 5 des Unterzeichnungsprotokolls). Im wesentlichen handelt es sich um Liegenschaften, die durch finanzielle Maßnahmen des früheren Deutschen Reichs für militärische Zwecke hergerichtet worden waren.

Die in Artikel 63 Abs. 4 Buchstabe c getroffene Regelung entspricht derjenigen des Artikels 7 Abs. 1 Buchstabe g (iii) Nr. 1 des Finanzvertrags.

Unbeschadet der unentgeltlichen Benutzung haben die Streitkräfte jedoch die in Artikel 63 Abs. 4 Buchstabe d in Verbindung mit Absatz 8 des Unterzeichnungsprotokolls genannten Kosten zu tragen. Hier sind in erster Linie die Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung zu nennen (so auch schon Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe g des Finanzvertrags). Wegen der Begriffe Instandsetzung und Instandhaltung verweist Absatz 11 des Unterzeichnungsprotokolls auf Artikel 48 Abs. 4 und auf Absatz 6 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48 (s. hierzu die Begründung zu Artikel 48).

Nach deutscher Auffassung haben die Streitkräfte schon jetzt grundsätzlich die Betriebskosten (wegen des Begriffs Betriebskosten vgl. § 27 der Zweiten Berechnungsverordnung vom 17. Oktober 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 1719 —) für die von ihnen unentgeltlich benutzten Liegenschaften zu tragen. In vielen Fällen war aber keine Übereinstimmung darüber zu erzielen, welche Kosten im Einzelfall von den Streitkräften zu zahlen waren. Das gilt insbesondere hinsichtlich der Kosten für die Reinigungs- und Streupflicht und für die Müllabfuhr. In Absatz 8 des Unterzeichnungsprotokolls ist nunmehr ausdrücklich festgelegt, was als Betriebskosten anzusehen ist. Diese Vorschrift bedeutet somit nicht nur eine Klarstellung, sondern auch im Ergebnis eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand.

Eine weitere Verbesserung stellt die Übernahme der Grundsteuer durch die Streitkräfte dar. Die Grundsteuer gehört im Rahmen der Betriebskosten zu den laufenden öffentlichen Abgaben, welche in Artikel 63 Abs. 4 Buchstabe d (ii) aufgeführt sind. Gemäß Artikel 7 Abs. 3 des Finanzvertrags zahlt z. Z. die Bundesrepublik die Grundsteuer für die von den Streitkräften unentgeltlich benutzten Vermögenswerte. Das gleiche gilt für die Zwangsversicherung gegen Feuer- und sonstige Sachschäden.

Die Verpflichtung zur unentgeltlichen Überlassung von Bundes- bzw. Landeseigentum besteht dann nicht ohne weiteres, wenn der Bund oder ein Land

nach Inkrafttreten des Zusatzabkommens Vermögenswerte, die von den Streitkräften benutzt werden, für andere als Verteidigungszwecke erwirbt. Hier sieht Absatz 7 des Unterzeichnungsprotokolls die Möglichkeit vor, daß in solchen Fällen ein Entgelt vereinbart werden kann (vgl. auch Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe g (i) des Finanzvertrags).

Da die deutschen Leistungsgesetze (Bundesleistungsgesetz, Landbeschaffungsgesetz und Schutzbereichsgesetz) beim Abschluß der Bonner-Pariser Verträge noch nicht bestanden, enthält der Finanzvertrag keinerlei Bestimmungen über Kostenregelungen im Zusammenhang mit den Leistungsgesetzen.

Ausgehend von dem in Artikel 63 Abs. 1 niedergelegten Grundsatz (vgl. Begründung hierzu) brauchte das Zusatzabkommen keine Regelung über die Tragung von Kosten im Zusammenhang mit Anforderungen nach dem Bundesleistungsgesetz zu treffen, da insoweit die Streitkräfte ihre Verpflichtung zur Tragung der Kosten anerkennen. Artikel 63 Abs. 5 befaßt sich demgemäß nur mit den Kosten — oder, wie es in Absatz 5 heißt, mit den Aufwendungen —, die im Zusammenhang mit Maßnahmen auf Grund des Landbeschaffungsgesetzes oder des Schutzbereichsgesetzes entstehen.

Von den Aufwendungen nach dem Landbeschaffungsgesetz tragen die Streitkräfte nicht die Entschädigung für die Entziehung des Eigentums sowie die Besitzeinweisungsentschädigungen bei Landbeschaffungsvorhaben, die nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens eingeleitet werden [Absatz 5 Buchstabe a (i) (aa)]. Gemäß Absatz 12 des Unterzeichnungsprotokolls tragen sie ebenfalls nicht die Kaufpreise für Liegenschaften, die von der Bundesrepublik für die Streitkräfte zur Durchführung ihrer Verteidigungspflichten beschafft werden, da die Kaufpreise der Entschädigung für die Entziehung des Eigentums entsprechen.

Dagegen sind die Streitkräfte verpflichtet, die Besitzeinweisungsentschädigungen für nicht dem Bund oder einem Land gehörende Liegenschaften, die ihnen vor Inkrafttreten des Zusatzabkommens zur Benutzung überlassen worden sind, zu zahlen. Das gleiche gilt für etwaige von einer Enteignungsbehörde festgesetzte Vergütungen für die Benutzung solcher Liegenschaften und dementsprechend — gemäß Absatz 12 des Unterzeichnungsprotokolls entsprechen die Miet- und Pachtzinsen den in Artikel 63 Abs. 5 Buchstabe a (ii) (bb) genannten Vergütungen — für die Miet- und Pachtzinsen für die Benutzung von Liegenschaften dieser Art, es sei denn, daß diese Liegenschaften den Streitkräften nach dem Inkrafttreten des Zusatzabkommens zu dem Zwecke überlassen werden, auf ihnen feste Bauwerke zu errichten [Absatz 5 Buchstabe a (i) (bb) in Verbindung mit Absatz 12 des Unterzeichnungsprotokolls]. Damit steht fest, daß die Streitkräfte in den von § 64 des Landbeschaffungsgesetzes erfaßten Fällen alle Besitzeinweisungsentschädigungen, Mieten, Pachten und dergleichen zu tragen haben.

Bei dem Abschluß von Nutzungs-, Duldungs- oder ähnlichen Verträgen sowie bei Einigung über die Höhe einer Besitzeinweisungsentschädigung ist Absatz 1 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 48

zu beachten, wonach Vereinbarungen über die Höhe des Entgelts sowie eine Einigung über die Höhe einer Besitzeinweisungsentschädigung das Benehmen mit den Behörden der Streitkräfte zur Voraussetzung haben.

Für sonstige Kosten, die dem Bund aus Landbeschaffungen für die Streitkräfte entstehen (vgl. insbesondere die §§ 4, 6 und § 26 des Landbeschaffungsgesetzes), trifft Absatz 5 Buchstabe b eine Regelung dahingehend, daß von Fall zu Fall darüber zu verhandeln ist, inwieweit der Entsendestaat, zu dessen Gunsten das Land beschafft werden soll, solche Kosten zu tragen hat.

Diese Regelung greift nicht Platz in den Fällen des Artikels 63 Abs. 6 Buchstaben a und c. Hier ist bestimmt, daß die Streitkräfte die durch bauliche Anlagen oder im Zusammenhang mit solchen Maßnahmen entstehenden Räumungskosten nicht (Absatz 6 Buchstabe a) und daß sie die Kosten, die durch die Umlegung oder Ersetzung von Anlagen und Einrichtungen des Verkehrs- und Fernmeldewesens, der Versorgung mit Elektrizität, Gas und Wasser und der Abwasserbehandlung entstehen, nur insoweit tragen, als der bisherige Standard nicht überschritten wird (Absatz 6 Buchstabe c). Hiermit sind etwa die Fälle des § 5 des Landbeschaffungsgesetzes erfaßt.

Für den Fall, daß Anlagen und Einrichtungen der vorstehend genannten Art auf Veranlassung der Behörden der Streitkräfte errichtet, geändert, verstärkt oder erweitert werden und diese Anlagen und Einrichtungen auch der Befriedigung des deutschen Bedarfs dienen, sieht Absatz 6 Buchstabe b eine entsprechende Aufteilung der Kosten zwischen den deutschen Behörden und den Behörden der Streitkräfte vor, die hierüber Vereinbarungen treffen. Diese Regelung gilt auch für die Kosten der Instandsetzung und Instandhaltung von Anlagen und Einrichtungen der genannten Art, deren Stellung oder Abbau deutscherseits geplant ist, die jedoch auf Antrag der Streitkräfte beibehalten werden sollen.

Die Schutzbereichentschädigungen werden grundsätzlich von den Streitkräften getragen, es sei denn, daß es sich um die an die Länder zu zahlenden Schutzbereichentschädigungen handelt, soweit sie Vermögensnachteile ausgleichen sollen, die nur durch die Beschränkung der wirtschaftlichen Nutzung oder anderweitigen Benutzung einer Sache verursacht sind [Artikel 63 Abs. 5 Buchstabe a (ii)].

Wenn Schutzbereiche auf Veranlassung der Streitkräfte entstanden sind und die Schutzbereichentschädigungen nicht in der Form wiederkehrender Leistungen entrichtet werden, können die deutschen Behörden und die Behörden der Streitkräfte in geeigneten Fällen von Fall zu Fall über eine Aufteilung der Entschädigung zwischen dem Entsendestaat und der Bundesrepublik verhandeln (Artikel 63 Abs. 5 Buchstabe c).

Nach Absatz 2 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 63 dürfen die von den Streitkräften gemäß Artikel 63 Abs. 2, 3 und 4 Buchstaben a und b unentgeltlich benutzten oder ihnen unentgeltlich erbrachten Vermögenswerte und Leistungen von den Streitkräften den Angehörigen ihrer Mitglieder in der gleichen Weise amtlich zur Verfügung gestellt

werden, wie sie den Mitgliedern selbst amtlich zur Verfügung gestellt werden dürfen.

Artikel 64 legt darüber hinaus fest, daß bestimmte Leistungen, wie schon bisher (vgl. Artikel 7 Abs. 4 des Finanzvertrags), den Mitgliedern der Streitkräfte oder ihren Angehörigen kraft eigenen Rechts unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die Bestimmungen des Artikels 63 Abs. 7 treten an die Stelle der in Artikel 7 Abs. 5 des Finanzvertrags enthaltenen Regelung.

Die Absätze 9 und 10 des Unterzeichnungsprotokolls gehen auf Wünsche der Entsendestaaten zurück.

Zu Artikel 65 bis 68, 74 und 79

1. Zoll- und verbrauchsteuerrechtliche Bestimmungen

Die Bestimmungen des Zusatzabkommens über die Abgabenbefreiung bei der Einfuhr von Waren zur ausschließlichen Verwendung durch die Streitkräfte enthalten im wesentlichen eine nähere Regelung der in Artikel XI des NATO-Truppenstatuts aufgestellten Grundsätze. Durch Artikel 74 des Zusatzabkommens soll sichergestellt werden, daß diese Vergünstigungen nicht mißbräuchlich ausgenutzt werden.

Auf dem Gebiet der Zollkontrolle konnten die bisher im Truppenvertrag enthaltenen Diskriminierungen beseitigt werden. Künftig unterliegen alle Einfuhren der Streitkräfte grundsätzlich der deutschen Zollkontrolle. Soweit unter Geheimschutz stehende Sendungen und Kuriergepäck von der Zollkontrolle ausgenommen sind, handelt es sich um Vergünstigungen, die auch andere NATO-Staaten gewähren. Über das NATO-Truppenstatut hinaus werden nach dem Zusatzabkommen — wie im Truppenvertrag — für Beschaffungen der Streitkräfte im Inland die für den Fall einer Ausfuhr vorgesehenen Abgabenvergünstigungen gewährt, wenn diese Beschaffungen mit eigenen Mitteln der Entsendestaaten bezahlt werden. Die Gewährung dieser Abgabenvergünstigungen erschien zweckmäßig, um zu vermeiden, daß die Streitkräfte ihre Beschaffungen im Ausland vornehmen, um dort in den Genuß der steuerlichen Ausfuhrvergünstigungen zu kommen. Abweichend vom Truppenvertrag werden dagegen Abgabenvergünstigungen für Beschaffungen, die mit Stationierungskostenmitteln oder anderen Bundesmitteln bezahlt werden, künftig nicht mehr gewährt.

Den Mitgliedern der Streitkräfte sind nach dem NATO-Truppenstatut Abgabenvergünstigungen nur für die vorübergehende Einfuhr von Hausrat und privaten Kraftfahrzeugen zu gewähren. Diese Vergünstigungen waren im Truppenvertrag auf die Einfuhr auch anderer Waren des persönlichen Gebrauchs ausgedehnt werden. Mißbräuche dieser Vergünstigungen zum Nachteil der deutschen Wirtschaft sind nicht festgestellt worden. Um den ausländischen Soldaten, insbesondere den Amerikanern und Kanadiern, eine engere Verbindung mit ihrer Heimat zu ermöglichen, sind diese Vergünstigungen beibehalten worden.

2. Besitz- und verkehrsteuerrechtliche Bestimmungen

a) Umsatzsteuer

Dem schon bisher in den Abkommen über die steuerliche Behandlung der Streitkräfte und ihrer

Mitglieder enthaltenen Grundsatz entsprechend, sieht Artikel 67 Abs. 1 eine unmittelbare Besteuerung der Truppe nur für den Fall vor, daß sich die Truppe am deutschen Wirtschaftsverkehr beteiligt. Hierbei wird ein Leistungsaustausch zwischen der Truppe und ihren Mitgliedern, den Mitgliedern des zivilen Gefolges sowie den Angehörigen ausdrücklich nicht als Beteiligung am deutschen Wirtschaftsverkehr angesehen.

Über das NATO-Truppenstatut hinaus werden einem Unternehmer nach dem Zusatzabkommen — wie im Truppenvertrag — bei Lieferungen und sonstigen Leistungen an die Streitkräfte Umsatzsteuerbefreiung und bei Lieferungen außerdem die für den Fall der Ausfuhr vorgesehenen Umsatzsteuervergünstigungen gewährt, wenn die Entsendestaaten das Entgelt für die empfangenen Lieferungen oder Leistungen mit eigenen Mitteln bezahlen. Die Gründe hierfür sind die gleichen wie bei den verbrauchsteuerlichen Vergünstigungen. Abweichend vom Truppenvertrag werden Umsatzsteuervergünstigungen für Beschaffungen, die mit Stationierungskostenmitteln oder anderen Bundesmitteln bezahlt werden, künftig nicht mehr gewährt.

Für Lieferungen oder sonstige Leistungen an Mitglieder der Streitkräfte oder an deren Angehörige werden — wie bisher — Umsatzsteuervergünstigungen nicht gewährt.

b) Beförderungsteuer

Für die unmittelbare Besteuerung der Truppe selbst gelten die gleichen Grundsätze wie bei der Umsatzsteuer. Die abweichend vom NATO-Truppenstatut und von den bisherigen Verträgen eingeführte Steuerbefreiung der Beförderungsleistungen für eine Truppe ist auf den Eisenbahnverkehr und den gewerblichen Kraftfahrzeugverkehr beschränkt. Beförderungen, die mit anderen Leistungen oder mit Lieferungen an die Truppe verbunden sind, insbesondere Beförderungen im Werkfernverkehr, sind dagegen ebenso wenig befreit wie Beförderungsleistungen für Mitglieder der Streitkräfte oder für deren Angehörige. Für die Befreiung gelten im übrigen die gleichen Voraussetzungen wie bei der Umsatzsteuer.

c) Kraftfahrzeugsteuer

Kraftfahrzeugsteuer für private Personenkraftfahrzeuge ist von den Mitgliedern der Streitkräfte oder von deren Angehörigen nicht zu entrichten, es sei denn, daß Kraftfahrzeuge mit deutschen Erkennungszeichen benutzt werden. Die Steuerfreiheit wirkt sich jedoch nicht aus, weil praktisch von allen vorübergehend ins Inland einfahrenden ausländischen privaten Personenkraftfahrzeugen keine Kraftfahrzeugsteuer erhoben wird.

Zu Artikel 71 bis 73

Nach der Regelung des Artikels 36 des Truppenvertrags können nichtdeutsche Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters, die von den Streitkräften oder der beteiligten Macht zum Nutzen der Mitglieder der Streitkräfte eingerichtet worden sind oder die der Truppenbetreuung dienen, den Streitkräften ganz oder teilweise gleichgestellt werden. Das gilt auch für nichtdeutsche Unternehmen

wirtschaftlichen Charakters, derer sich die Streitkräfte bedienen, soweit ihre Bedürfnisse nicht durch deutsche Unternehmen befriedigt werden können. Diese Regelung beruht noch auf der aus der Besatzungszeit stammenden Unterscheidung zwischen militärischen und nichtmilitärischen Stellen; sie umfaßt die seinerzeit sämtlich als nichtmilitärisch angesehenen Organisationen, gleichgültig ob diese organisatorisch selbständige oder Bestandteile der Streitkräfte sind. Artikel 36 sieht ferner die Möglichkeit vor, die Bediensteten der in Betracht kommenden Organisationen und Unternehmen den Mitgliedern der Streitkräfte gleichzustellen.

Das NATO-Truppenstatut enthält keine Vorschriften über Organisationen und Unternehmen im Dienste der Streitkräfte. Grundsätzlich werden im Bereich der NATO solche Organisationen, die nach dem Recht des Entsendestaats integrierende Bestandteile der Streitkräfte sind, auch im Aufnahmestaat als integrierende Bestandteile der Streitkräfte anerkannt.

Bei der zu treffenden systematischen Neuregelung dieser Frage war es das Bestreben der deutschen Seite, den Kreis der begünstigten Organisationen und Unternehmen und die gewährten Vergünstigungen und Befreiungen in den durch die Bedürfnisse der Streitkräfte gebotenen Grenzen zu halten. Hierbei mußte allerdings berücksichtigt werden, daß namentlich die amerikanischen und kanadischen Streitkräfte bei der Betreuung ihrer Mitglieder der Tatsache Rechnung zu tragen haben, daß diese während ihrer Dienstzeit im Interesse der gemeinsamen Verteidigungsaufgabe von ihren Heimatstandorten weit entfernt sind und daher vielfach auch von ihren Familien und anderen Angehörigen begleitet werden. Hinzu kommt, daß in den angelsächsischen Ländern die Clubs weitgehend Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens sind — also mit den deutschen Vereinen nicht verglichen werden können —.

Organisationen, die integrierende Bestandteile der Streitkräfte sind, werden auch in der Bundesrepublik als solche anerkannt.

Im Zusatzabkommen regelt — ergänzt durch das Unterzeichnungsprotokoll — Artikel 71 den Status der begünstigten selbständigen Organisationen nichtwirtschaftlichen Charakters, Artikel 72 denjenigen der begünstigten Unternehmen wirtschaftlichen Charakters. Beide Artikel enthalten eine Regelung auch für die Bediensteten dieser Organisationen bzw. Unternehmen.

Artikel 71 unterscheidet den Status nach zwei Gruppen von Organisationen:

- a) Organisationen, die wie Bestandteile der Truppe angesehen und behandelt werden, also den Streitkräften gleichgestellt sind (Absatz 1);
- b) Organisationen, denen die in dem NATO-Truppenstatut und den Zusatzvereinbarungen der Truppe gewährten Vergünstigungen und Befreiungen in dem Umfang zuerkannt werden, der zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist (Absatz 2).

In dem Unterzeichnungsprotokoll sind im einzelnen diejenigen Organisationen aufgeführt, für die diese Regelungen gelten.

Die unter Artikel 72 des Zusatzabkommens fallenden Unternehmen genießen die in Absatz 1 Buchstaben a und b aufgeführten Befreiungen, wobei unter Buchstabe a festgelegt ist, daß die dort genannten Befreiungen den Unternehmen nur in dem Umfang gewährt werden, der zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig ist. Nach Buchstabe c können weitere Vergünstigungen gegebenenfalls durch Verwaltungsvereinbarungen festgelegt werden (soweit dies im Verwaltungswege möglich ist).

Den Status des Artikels 72 genießen nach dem Unterzeichnungsprotokoll Absatz 1 die Zweigstellen zweier amerikanischer und eines kanadischen Bankinstituts. Diese Unternehmen befassen sich mit Zahlmeistergeschäften, wie Auszahlung des Wehrsoldes und dessen Überweisung in die Entsendestaaten und auf Sparkonten; sie müssen etwaige nichtbegünstigte Geschäfte rechtlich oder verwaltungsmäßig von ihrer dem ausschließlichen Interesse der Truppe dienenden Tätigkeit klar trennen.

Die Einschränkung des Kreises der begünstigten wirtschaftlichen Unternehmen hat andererseits aus militärischen Gründen zu der Sonderregelung des Artikels 73 des Zusatzabkommens für technische Fachkräfte geführt, die für die Truppe tätig sind.

Mißbräuchen der eingeräumten Vergünstigungen wird durch Bestimmungen wie Absatz 4 Buchstabe b des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel I Absatz 1 Buchstabe a des NATO-Truppenstatuts, Artikel 71 Abs. 2 Buchstabe a Satz 2 des Zusatzabkommens sowie insbesondere durch Artikel 74 des Zusatzabkommens und dazu getroffene bilaterale Vereinbarungen begegnet werden. Diese letzteren Abkommen betreffen namentlich Anforderungen, die an das Personal der Organisationen und Clubs zu stellen sind, Beschränkungen bei der Abgabe bestimmter Waren und Einzelheiten des Zusammenwirkens der Behörden der Streitkräfte mit den zuständigen deutschen Behörden.

Anlage
zur Denkschrift*(Übersetzung)***Entschließung des Nordatlantikrats
über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland vom 5. Oktober 1955****DER NORDATLANTIKRAT,**

BEZUG NEHMEND auf Artikel 8 Absatz 1 (b) des Vertrags über die Beziehungen zwischen den drei Mächten und der Bundesrepublik Deutschland in der geänderten Fassung gemäß Liste I zu dem am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichneten Protokoll über die Beendigung des Besatzungsregimes in der Bundesrepublik Deutschland, in welchem Verhandlungen über neue Vereinbarungen über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik vorgesehen sind;

UNTERRICHTET über die Einigung, die hinsichtlich des Verfahrens zur Durchführung der Verhandlungen über die neuen Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Regierungen der Staaten erzielt worden ist, die Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland unterhalten, nämlich Belgiens, Kanadas, Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, und ferner davon unterrichtet, daß die Verhandlungen Anfang Oktober 1955 in Bonn beginnen werden;

LADT die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierungen der genannten Staaten, die in der Bundesrepublik Streitkräfte unterhalten, ein, in Verhandlungen einzutreten und den Rat zu gegebener Zeit von deren Ergebnis zu unterrichten;

BESTIMMT auf Empfehlung dieser Regierung Herrn Georges Kaeckenbeeck dazu, bei diesen Verhandlungen den Vorsitz zu führen.

BILLIGT nach Artikel XVIII Absatz 3 des Abkommens zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu dem genannten Abkommen unter der Bedingung, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Beitrittsurkunde zu diesem Abkommen erst dann hinterlegt, wenn die Parteien der in Artikel 8 Absatz 1 (b) des Vertrags über die Beziehungen erwähnten ergänzenden Vereinbarungen ihre Ratifikations- oder Genehmigungsurkunden zu diesen Vereinbarungen hinterlegt haben;

WEIST die zuständigen NATO-Dienststellen an, auf Ersuchen der beteiligten Regierungen bei den Verhandlungen, soweit sie dazu in der Lage sind, Hilfe zu leisten.

Stellungnahme des Bundesrates

I.

1. Zu Artikel 5

In Absatz 4 ist folgender neuer Satz anzufügen:
„Dies gilt nicht für Personen- und Sachschäden, die erst nach Ablauf dieser Frist erkennbar werden.“

Begründung

Erfahrungsgemäß gibt es Schäden, die erst geraume Zeit nach Eintritt des schädigenden Ereignisses auftreten. Es erscheint unbillig, in diesen Fällen die Geltendmachung von Ansprüchen auszuschließen.

2. Zu Artikel 6

Der letzte Satz ist wie folgt zu fassen:
„Artikel 5 Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.“

Begründung

Folge von Ziffer 1.

3. Zu Artikel 7

Absatz 3 ist wie folgt zu fassen:

„(3) Die Landesregierung kann bestimmen, daß abweichend von den Absätzen 1 und 2

1. allgemein oder für bestimmte Gruppen von Ansprüchen die für die Verteidigungslastenverwaltung zuständige oberste Landesbehörde selbst oder die Behörde der mittleren Verwaltungsstufe,
2. für die Bezirke mehrerer Behörden eine von ihnen zuständig ist.“

Begründung

Da zumindest in einigen Ländern Zuständigkeitsregelungen nur durch Rechtsvorschriften getroffen werden können, sollte die Ermächtigung im Hinblick auf die Entscheidung des BVerfG vom 10. Mai 1960 zu § 12 des Milch- und Fettgesetzes den Landesregierungen erteilt werden.

4. Zu Artikel 11

Absatz 4 Satz 3 ist zu streichen.

Begründung

Die vorgesehene Regelung erscheint unzweckmäßig, weil sie nicht erkennen läßt, ob und in welcher Form der Kläger vor Gericht den Nachweis dafür zu erbringen hat, daß er eine nochmalige Aufforderung an die Behörde gerichtet hat. Ferner ist unklar, ob diese Aufforderung innerhalb oder erst nach Ablauf der in Satz 1 vorgesehenen 5-Monats-Frist zu erfolgen hat.

5. Zu Artikel 13

In Nummer 1 sind nach dem Wort „Verwaltungsvorschrift“ die Worte „mit Zustimmung des Bundesrates“ einzufügen.

Begründung

Nach der vom Bundesrat ständig vertretenen Auffassung bedürfen Verwaltungsvorschriften auch dann der Zustimmung des Bundesrates, wenn sie von einem einzelnen Bundesminister erlassen werden. Dies folgt aus Artikel 84 Abs. 2 GG, der als Schutzvorschrift für die Länder anzusehen ist. Daß das Grundgesetz die Zustimmung des Bundesrates zu allgemeinen Verwaltungsvorschriften für die Landesverwaltung als zwingendes Erfordernis voraussetzt, wird auch durch die Ausnahmeverordnung des Artikels 87b Abs. 2 Satz 2 GG bestätigt.

6. Zu den Artikeln 18, 19 und 20

Die Artikel 18, 19 und 20 sind zu streichen.

Begründung

Nach Artikel 48 des Truppenvertrags wurde der bei Wiedererlangung der Souveränität am 5. Mai 1955 bestehende Zustand übergangsweise um 1 Jahr verlängert.

Durch das Fortgeltungsgesetz vom 3. Juli 1956 trat eine nochmalige Verlängerung dieser Frist bis zum 31. Dezember 1956 ein.

Eine dritte Fortsetzung dieses unbefriedigenden Zustands ermöglichte das am 1. Januar 1957 in Kraft getretene Landbeschaffungsgesetz, indem es die Aufrechterhaltung von Grundstückeinspruchnahmen im Einzelfall bis 31. Dezember 1958 zuließ.

Schließlich brachte das Gesetz zur Ergänzung des § 64 des Landbeschaffungsgesetzes vom 23. Dezember 1958 eine nochmalige Verlängerung bis zum 31. Dezember 1960. Allen diesen Bestimmungen lag die Einsicht zugrunde, daß die vor dem 5. Mai 1955 durch Requisitionen geschaffenen Verhältnisse die baldige Überführung in eine rechtsstaatliche Form erfordern. Aus diesem Grunde wurden diese Regelungen jeweils zeitlich und auch sachlich begrenzt.

Durch die in Kapitel 5 vorgesehenen Ausführungsbestimmungen zu Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens soll nunmehr eine nochmalige Verlängerung der Besitzteinweisung bis zum 31. Dezember 1962 ermöglicht werden.

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß es einer nochmaligen Verlängerung der Fristen nicht bedarf, weil die bestehenden bundesgesetzlichen Bestimmungen ausreichen, um den Stationierungsstreitkräften die notwendigen Liegenschaften ordnungsgemäß zur Verfügung zu stellen.

7. Zu Artikel 22

Artikel 22 ist zu streichen.

Begründung

Gegen die Bestimmung bestehen verfassungs- und rechtpolitische Bedenken. Es erscheint nicht angängig, daß künftige Verfahren nach Artikel 22 des Gesetzentwurfs im Wege der Auftragsverwaltung, die Enteignungsverfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz dagegen in landeseigener Verwaltung durchgeführt werden sollen. Ein Nebeneinander unterschiedlicher Verfahren bei Enteignung nach dem Landbeschaffungsgesetz und nach dem Artikel 22 des Gesetzentwurfs ist auch aus Gründen der Rechts-einheitlichkeit nicht wünschenswert.

8. Zu Artikel 23 Abs. 1 Satz 1

Absatz 1 Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

„Vereinbarungen über die Einbeziehung einer Straße in das gemäß Artikel 57 Abs. 4 Buchstabe b des Zusatzabkommens zu vereinbarenden Straßennetz werden von der zuständigen obersten Landesbehörde oder der von ihr bestimmten Stelle abgeschlossen.“

Begründung

Angleichung an § 48 Abs. 1 Satz 2 der Straßenverkehrsordnung.

9. Zu Artikel 23 Abs. 1 Satz 3

Absatz 1 Satz 3 ist zu streichen.

Begründung

Der Satz erscheint im Hinblick auf das in Artikel 3 Abs. 7 des Zusatzabkommens festgelegte Weisungsrecht der Bundesregierung entbehrlich. Im übrigen fehlt die nach Artikel 84 Abs. 5 GG erforderliche Umschreibung der „besonderen Fälle“.

10. Zu Artikel 24

In Satz 1 sind die Worte „mit Zustimmung des Bundesministers für Verkehr oder der von ihm bestimmten Stellen“ zu streichen; am Ende des Satzes 1 ist folgender Nebensatz anzufügen:

„..., sofern der Bundesminister für Verkehr oder die von ihm bestimmten Stellen der Einbeziehung zugestimmt haben.“

Begründung

Klarstellung, daß die Zustimmung des Bundesministers für Verkehr nur Voraussetzung für die Kostenerstattung durch den Bund ist.

II.**Entschließung zu Teil I Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe D**

Das Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Kanada und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland über die Durchführung von Manövern und anderen Übungen im Raum Soltau-Lüneburg bedeutet für die Bevölkerung der betroffenen Landkreise eine schwere Belastung in vielen lebenswichtigen Bereichen. Der Bundesrat erwartet deshalb, daß die Bundesregierung alle nur möglichen Schritte zur Milderung der Auswirkungen unternimmt und darüber hinaus nichts unversucht läßt, die den britischen und kanadischen Stationierungsstreitkräften zugestandenen Manöverrechte auf ein erträgliches Maß zurückzuführen.

Begründung

Britische und kanadische Stationierungsstreitkräfte führen seit mehr als 10 Jahren in großen Teilen der Landkreise Soltau, Harburg und Lüneburg vom Frühjahr bis zum Herbst jeden Jahres laufende Übungen insbesondere mit Panzern durch, deren Intensität — wie auch von der Bundesregierung in ihrer Denkschrift zum NATO-Truppenstatut und zu den Zusatzvereinbarungen anerkannt wird — über die normale Inanspruchnahme des übrigen Bundesgebiets hinausgeht. Diese Übungen haben zu einer außerordentlichen Belastung der Bevölkerung und insbesondere der Land- und Forstwirtschaft geführt. Der Bundesrat hat zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung nach eingehender Prüfung keine Möglichkeit sieht, die Einstellung der Übungen in diesem Raum zu erreichen, da dies nach ihrer Auffassung voraussetzen würde, die Übungen in andere Teile des Bundesgebietes zu verlegen.

Bei dieser Sachlage muß aber von der Bundesregierung erwartet werden, daß sie alles unternimmt, um die Belastungen zu mildern, die sich unvermeidbar aus dem Abkommen für die Bevölkerung ergeben.

Antwort der Bundesregierung

1. Zu Artikel 5 Abs. 4

2. Zu Artikel 6

Dem Vorschlag des Bundesrates, Artikel 5 Abs. 4 und Artikel 6 Satz 3 des Zustimmungs- und Ausführungsgesetzes in der vorgesehenen Form zu ergänzen bzw. zu ändern, kann nach Auffassung der Bundesregierung nicht gefolgt werden.

Im Absatz 3 des Unterzeichnungsprotokolls zu Artikel 41 des Zusatzabkommens ist bestimmt, daß

es erforderlich ist, für die Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen nach Artikel VIII des NATO-Truppenstatuts in Verbindung mit § 41 des Zusatzabkommens eine angemessene Antragsfrist vorzusehen, um eine schnelle Abwicklung der Entschädigungsverfahren zu gewährleisten, und

die Bundesrepublik die zur Erreichung dieses Zweckes geeigneten gesetzlichen Maßnahmen trifft.

Der in dieser Vertragsbestimmung zum Ausdruck kommende Grundsatz einer beschleunigten Feststellung und Erledigung aller Schadensfälle läßt die vorgesehene Ausschlußfrist geboten erscheinen. Diese ist gegenüber der in Artikel 8 Abs. 6 Satz 2 des Finanzvertrages vorgesehenen Frist ohnehin schon um 1 Jahr verlängert. Die Einbeziehung auch der sog. verdeckten Personen- und Sachschäden in diese Regelung ist auch nicht unbillig. In Fällen, in denen mit der Möglichkeit eines Schadens gerechnet werden muß, kann erwartet werden, daß der Betroffene unverzüglich eine Feststellung dahingehend erwirkt, daß ihm jeder aus dem möglicherweise schadensverursachenden Ereignis später tatsächlich erwachsende Schaden zu ersetzen ist. Eine solche Feststellung liegt andererseits auch im Interesse des etwa Geschädigten selbst, da sie den später mit Sicherheit auftretenden Beweisschwierigkeiten weitgehend vorbeugt.

Vorsorglich darf auf folgendes hingewiesen werden:

Selbst wenn man eine Sonderregelung für diejenigen Personen- und Sachschäden, die erst nach Ablauf der Ausschlußfrist von 2 Jahren erkennbar werden, für unerlässlich hielte, könnte sie jedenfalls nicht in der Form eines einfachen Ausschlusses dieser Fälle von der allgemeinen Regelung getroffen werden. Es könnte vielmehr nur bestimmt werden, daß der Lauf der Ausschlußfrist in diesen Fällen erst mit dem Zeitpunkt beginnt, in dem der Schaden erkennbar wird. Außerdem würde zu prüfen sein, ob es nicht erforderlich wäre, für diese Fälle besondere Verjährungsvorschriften vorzusehen.

Der letzte Satz des Artikels 6 könnte in keinem Falle einfach durch die vom Bundesrat vorgeschlagene Formulierung ersetzt werden, da

dann nicht ohne weiteres klar wäre, daß in den Schadensfällen der in Artikel 41 Abs. 10 des Zusatzabkommens genannten Art die Ausschlußfrist mit der Freigabe der Sache zu laufen beginnt.

3. Zu Artikel 7 Abs. 3

Es werden keine Einwendungen erhoben.

4. Zu Artikel 11 Abs. 4 Satz 3

Es wird zugestimmt.

5. Zu Artikel 13 Nr. 1

Es wird zugestimmt.

6. Zu den Artikeln 18, 19 und 20

7. Zu Artikel 22

Dem Vorschlag des Bundesrates, die Artikel 18 bis 20 und 22 des Ausführungsgesetzes zu streichen, kann die Bundesregierung nicht folgen.

Die Bundesrepublik ist sowohl nach dem derzeit geltenden Truppenvertrag, wie nach Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens verpflichtet, den Stationierungsstreitkräften den weiteren Besitz an den bisher innegehabten und weiterhin benötigten Liegenschaften zu gewährleisten. Die Erfüllung dieser völkerrechtlichen Verpflichtung wäre jedoch nicht möglich, wenn dem Vorschlag des Bundesrates entsprochen würde. Die Auffassung des Bundesrates, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zur Erfüllung der Gewährleistungsverpflichtung der Bundesregierung ausreichend seien, hält einer näheren Nachprüfung nicht stand.

Nach dem Stand vom 30. Juni 1960 sind im Bundesgebiet für Zwecke der ausländischen Streitkräfte nach § 64 des Landbeschaffungsgesetzes noch insgesamt 12 900 Fälle mit einer Gesamtfläche von rund 65 500 ha zu bereinigen. Es ist offensichtlich, daß die Bereinigung dieser großen Zahl von Altrequisitionen nicht mehr bis zum 31. Dezember 1960 durchgeführt werden kann. Da am 31. Dezember 1960 die mehrfach verlängerte Besitzteinweisungsfrist ausläuft, kann auf ihre erneute Verlängerung bis zu dem Zeitpunkt der voraussichtlichen Erledigung dieser Fälle nicht verzichtet werden. Würde die Verlängerung nicht vorgenommen, dann entfiel für die Stationierungsstreitkräfte die Rechtsgrundlage für den Besitz gegenüber den Eigentümern. Die Folge davon wäre, daß mit Räumungs- und Schadensersatzklagen gerechnet werden müßte, die zu erheblichen innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten führen würden. Ein solcher Zustand würde zudem auch rechtsstaatlichen Grundsätzen widersprechen. Es kommt hinzu, daß bei einer erheblichen Anzahl von Altrequisitionsfällen — gegenwärtig noch etwa 2000 — die nach dem Gesetz notwendigen

Beschlüsse auf Verlängerung der Besitzteinweisung wegen verfahrensmäßiger Schwierigkeiten entweder überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig erlassen oder nicht zugestellt werden konnten. Für diese Fälle soll das Besitzrecht der Alliierten durch den Artikel 18 des Ausführungsgesetzes wiederhergestellt werden. Diese Regelung erscheint um so dringlicher, als diese Fälle nicht an der durch das Gesetz zur Ergänzung des § 64 LBG vom 23. Dezember 1958 (BGBl. I S. 990) bewirkten Verlängerung der Besitzteinweisungsfrist bis zum 31. Dezember 1960 teilhaben, die vorzeitige Besitzteinweisung in diesen Fällen vielmehr schon am 1. Januar 1959 abgelaufen ist. Die Bundesregierung muß ferner auch an der Vorschrift des Artikels 19 des Ausführungsgesetzes festhalten, weil er die Rechtsgrundlage dafür abgibt, daß die ursprünglich auf Grund des Bundesleistungsgesetzes zu vorübergehenden Zwecken überlassenen Liegenschaften der Stationierungsmächte nunmehr nach dem Landbeschaffungsgesetz abgewickelt werden, nachdem sich die Inanspruchnahme mittlerweile zu einer Dauerinanspruchnahme der betroffenen Grundstücke selbst entwickelt hat.

Die Bundesregierung kann schließlich auch nicht auf die Bestimmung des Artikels 22 des Ausführungsgesetzes verzichten, der für die Abwicklung der Altrequisitionen die Einführung der Auftragsverwaltung vorsieht. Die vom Bundesrat für seine Auffassung gegebene Begründung, daß es rechts- und verfassungspolitisch bedenklich sei, die Enteignungsverfahren nach dem Landbeschaffungsgesetz grundsätzlich in landeseigener Verwaltung abzuwickeln, für die Altrequisitionen aber die Auftragsverwaltung einzuführen, vermag nicht zu überzeugen, um so weniger, als die gleiche Zweiteilung bereits in § 5 Abs. 2 des Bundesleistungsgesetzes vom 19. Oktober 1956 enthalten ist, ohne daß der Bundesrat dieser Regelung, die in Artikel 87 b Abs. 2 Satz 1 GG ausdrücklich vorgesehen ist, je widersprochen hätte. Die Forderung der Bundesregierung, für die Abwicklung der Altrequisitionsfälle die Auftragsverwaltung einzuführen, ist auch sachlich vollauf gerechtfertigt. Von dem Inkrafttreten des Gesetzes am 1. Januar 1957 an bis zum 1. Juli 1960, also im Verlauf von dreieinhalb Jahren, konnten von den insgesamt von den Alliierten ursprünglich beanspruchten Liegenschaften von 91 000 ha erst rund 27 000 ha, also noch nicht ein Drittel der Fälle, bereinigt werden. Da die Durchführung der Enteignungsverfahren Sache der landeseigenen Verwaltung ist, vermag die Bundesregierung insoweit auf die Einrichtung der Behörden, ihre personelle Ausgestaltung und das Verfahren keinen Einfluß zu nehmen. Es mag eingewandt werden, daß der keineswegs gleichmäßige Vollzug des Gesetzes nicht nur von dem Ausmaß der Belegung in den einzelnen Ländern abhängt, sondern auch durch die rechtlichen Schwierigkeiten und Streitfragen, die sich bei der Durchführung des Gesetzes ergeben haben, beeinträchtigt wird. Die Bundesregierung ist jedoch gehalten, ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen auf Gewähr-

leistung der Liegenschaften der Stationierungsmächte nach Artikel 48 Abs. 2 des Zusatzabkommens nachzukommen und dafür Sorge zu tragen, daß die in den ersten Nachkriegsjahren durch Requisitionen geschaffenen Verhältnisse so bald als möglich in eine rechtsstaatliche Form überführt werden. Das der Bundesregierung im § 28 Abs. 3 LBG eingeräumte Einzelweisungsrecht reicht aber keinesfalls aus, um rechtliche Streitfragen auszuräumen und eine gleichmäßige und rasche Durchführung des Gesetzes sicherzustellen.

Die Bundesregierung muß daher auch an ihrer Forderung nach Einführung der Auftragsverwaltung, wie in Artikel 22 des Ausführungsgesetzes vorgesehen, festhalten.

8. Zu Artikel 23 Abs. 1 Satz 1

Dem Änderungsvorschlag des Bundesrates Nr. 8 kann nicht zugestimmt werden. Nach Artikel 57 Abs. 4 (b) des Zusatzabkommens sind die Vereinbarungen über die Einbeziehung einer Straße in das Militärstraßennetz zwischen den Behörden einer Truppe und den deutschen Behörden abzuschließen. Dabei können die örtlich zuständigen Behörden nicht übergegangen werden, weil es unzulässig wäre, dem örtlichen Straßenbaulastträger das Verfügungssrecht über seine Straße von vornherein zu entziehen. Das ist in den Verhandlungen über das Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut von den Entsendsstaaten ausdrücklich anerkannt worden und hat seinen Niederschlag in der Bestimmung des Artikels 3 Abs. 7 des Zusatzabkommens gefunden.

Nur in den Fällen, in denen eine Vereinbarung mit den örtlich zuständigen Behörden nicht zu stande kommt, kann die zuständige oberste Landesbehörde die Zustimmung der örtlichen Behörden ersetzen; dadurch wird jedoch an der Partnerschaft der örtlich zuständigen Behörden nichts geändert. Diese Ausnahmeregelung, durch die insbesondere der Straßenbaulastträger betroffen wird, bedeutet insoweit einen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung, der hier damit gerechtfertigt werden kann, daß die Bundesrepublik völkerrechtlich verpflichtet ist, das Zustandekommen von Vereinbarungen zu gewährleisten. Eine Angleichung an die Regelung des § 48 Abs. 1 Satz 2 der Straßenverkehrsordnung i. d. F. der Verordnung zur Änderung von Vorschriften des Straßenverkehrsrechts vom 7. Juli 1960 (BGBl. I S. 485) ist daher nicht möglich.

9. Zu Artikel 23 Abs. 1 Satz 3

Es wird zugestimmt.

10. Zu Artikel 24 Satz 1

Es wird zugestimmt.

11. Entschließung zu Teil I Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe D

Die Bundesregierung hat die Entschließung des Bundesrates zu Teil I Artikel 1 Abs. 2 Buchstabe D (Soltau-Lüneburg-Abkommen) zur Kenntnis genommen.